

# Probleme der Wertlehre

## Erster Teil

Beiträge von V. Furlan, Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld,  
Wilhelm Kromphardt, Robert Liefmann, Ludwig Mises,  
Oskar Morgenstern, Franz Oppenheimer, Othmar Spann,  
Wilhelm Vleugels, Hans Zeisl

Herausgegeben von  
Ludwig Mises und Arthur Spiethoff



Duncker & Humblot *reprints*



SCHRIFTEN  
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK  
183/1

---

Probleme der Wertlehre

Herausgegeben von

Ludwig Mises und Arthur Spiethoff

Erster Teil



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
MÜNCHEN UND LEIPZIG 1931

# Probleme der Wertlehre

Herausgegeben von

Ludwig Mises und Arthur Spiethoff

## Erster Teil

Beiträge von V. Furlan, Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld,  
Wilhelm Kromphardt, Robert Liefmann, Ludwig Mises,  
Oskar Morgenstern, Franz Oppenheimer, Othmar Spann,  
Wilhelm Vleugels, Hans Zeisl



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
MÜNCHEN UND LEIPZIG 1931

**A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n**



**Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkungen der Herausgeber . . . . .	VII
I. Die drei Grundtypen der Theorie des subjektiven Wertes. Von Privatdozent Dr. <i>Oskar Morgenstern</i> , Wien . . . . .	1
II. Die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht. Von Privatdozent Dr. <i>V. Furlan</i> , Basel . . . . .	43
III. Vom Weg der subjektivistischen Wertlehre. Von Professor Dr. <i>Ludwig Mises</i> , Wien . . . . .	73
IV. Cassels Gründe der Ablehnung der Wertlehre. Von Privatdozent Dr. <i>Wilhelm Kromphardt</i> , Münster . . . . .	95
V. Von der Wert- und Grenzertragslehre. Von Professor Dr. <i>Robert Liefmann</i> , Freiburg i. Br. . . . .	109
VI. Meine Ablehnung der Wertlehre. Von Professor Dr. <i>Friedrich Gottl-Ottlilienfeld</i> , Berlin . . . . .	133
VII. Die ökonomische Theorie des Wertes. Von Professor Dr. <i>Franz Oppenheimer</i> , Frankfurt a. M. . . . .	147
VIII. Marxismus und subjektive Theorie. Von Professor Dr. <i>Hans Zeisl</i> , Berlin . . . . .	177
IX. Hauptpunkte der universalistischen Wert- und Preislehre. Von Professor Dr. <i>Othmar Spann</i> , Wien . . . . .	201
X. Zur Verteidigung der Wertlehre. (Kritik der der Ablehnung der Wertlehre zugrunde liegenden Gedankengänge.) Von Professor Dr. <i>Wilhelm Vleugels</i> , Königsberg . . . . .	251
XI. Die psychologischen Wurzeln des Widerstandes gegen die national-ökonomische Theorie. Von Professor Dr. <i>Ludwig Mises</i> , Wien . . . . .	275



## VORWORT

Als der Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik im September 1929 in Kissingen die Erörterung der Wertlehre beschloß, war es seine Absicht, als Grundlage für eine mündliche Aussprache eine Darstellung der wichtigsten Lehrmeinungen derart herbeizuführen, daß Auffassungs- und Auslegungsverschiedenheiten über diese möglichst ausgeschlossen werden. Dies wurde in erster Linie dadurch zu erreichen erstrebt, daß die Urheber der betreffenden Lehren selbst um deren Darstellung gebeten wurden. Mit Ausnahme eines Falles ist unserer Bitte dankenswert entsprochen worden, und wir glauben, daß dadurch der Klärung der Standpunkte ein nicht zu unterschätzender Dienst erwiesen worden ist.

In einem zweiten Halbband hoffen wir, eine Niederschrift der im September 1931 in Bamberg stattfindenden mündlichen Aussprache veröffentlichen zu können.

**Die Herausgeber.**





OSKAR MORGENSTERN

**Die drei Grundtypen  
der Theorie des subjektiven Wertes**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Der instrumentale Charakter der Wertlehre . . . . .	3
II. Die Fassung der Theorie des subjektiven Wertes durch die österreichische Schule . . . . .	6
III. Die Lausanner Variante . . . . .	22
IV. Die anglo-amerikanische Variante . . . . .	30
V. Die Einheit der Werttheorie . . . . .	38

Motto: „Eine Nationalökonomie, die die Theorie des subjektiven Wertes nicht entwickelt, ist in die Luft gebaut.“

E. v. Böhm-Bawerk.

## I. Der instrumentale Charakter der Wertlehre

An den Anfang dieser Ausführungen, die der schweren Aufgabe dienen sollen, in großen Zügen die Rolle der verschiedenen Typen der subjektivistischen Wertlehre zu umreißen, gehört eine kurze Überlegung über den Zweck und Sinn der Wertlehre, über die Absicht, die die Werttheoretiker mit ihr verfolgen. Jede, auch noch so skizzenhafte Formulierung der Aufgabe liefert sofort zwei Resultate: 1. es kann sich nur um die Betrachtung einiger Grundtypen handeln, um das Herausheben jener Varianten einer im Kern durchaus einheitlichen Auffassung, die bereits durch ihr langdauerndes Bestehen einer gesonderten Betrachtung wert sind, und es zeigt sich 2., daß die Rolle, die Bedeutung, die Leistungsfähigkeit jeder dieser Varianten nur dann gleichmäßig erfaßt und beurteilt werden kann, wenn über das „wozu?“ und „wofür?“ keine Meinungsverschiedenheit besteht.

Es ist relativ leicht, über den ersten Punkt ins Klare zu kommen und mit Namen die Theorien zu bezeichnen, die tieferes Interesse verdienen. Es muß die Aufmerksamkeit des Lesers für eine Untersuchung der Stellung der österreichischen Wertlehre oder Grenznutzentheorie in bezug auf die Behandlung des Wertproblems bei den Lausannern Gleichgewichtstheoretikern, bei der Marshall'schen Cambridger Schule und bei den Amerikanern erbeten werden, für welche letztere J. B. Clark und seine Anhänger immerhin noch als repräsentativ angesehen werden können. Dabei wird es zweckmäßig sein, die in gewissem Rahmen unerläßliche positive Darstellung auf eine einzige Gruppe zu beschränken und die Abweichungen der anderen nur als Variationen des Themas zu erfassen. Es wäre an sich gleichgültig, welche Gruppe man auswählt. Wir entscheiden uns aus mehreren Gründen für die österreichische Formulierung, nicht zuletzt, weil nur hier eine wirklich in Einzelheiten geführte Ausbildung der Werttheorie geboten wurde, was zugleich bereits ein Hauptmerkmal gegenüber den anderen werttheoretischen Varianten ausmacht. Der eigentliche Grund für diese Wahl ist aber ein anderer: Die — meist unglückselige — Wertdiskussion weist als eines ihrer Hauptmerkmale den Umstand auf, daß die Gegner der modernen Theorie des subjektiven Wertes

ihre oft nur mangelhafte Kenntnis des Gehaltes der kritisierten Lehre auf den Stand dieser Wissenschaft basieren, den sie etwa in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eingenommen hat. In Wirklichkeit ist aber seither, nicht zuletzt in den jüngsten zehn Jahren, ein sehr erheblicher Fortschritt erzielt worden. Eine Kritik kann nur dann Anspruch auf ernsthafte Antikritik erheben, wenn sie mit diesen letzten Phasen innig vertraut ist. Im Vergleich zur Fortbildung der engeren Grenznutzentheorie ist jedoch die Entwicklung der anderen Lehren seit geraumer Zeit zu einem Stillstand gekommen, so daß hiermit der dritte und tiefste Grund für unsere Wahl angegeben ist.

Der zweite Punkt erfordert ein etwas weiteres Ausholen. Wenn man über den Zweck der Werttheorie nicht genau die gleichen Ansichten hegt, sind Kritik und Gegenkritik (sofern es sich dabei um mehr handeln soll, als um den Nachweis eventueller Denk- und Beobachtungsfehler) in ihrem Zusammenspiel außerordentlich behindert, ja, ein völliges Aneinander vorbei-Reden ist noch das Harmloseste. Wir postulieren daher, daß sich alle Nationalökonomien darüber einig seien, es gälte in erster Linie die komplexen Preiserscheinungen der Verkehrswirtschaft (beliebigen Entwicklungsstadiums) zu beschreiben und zu erklären. Diesem Postulat wird jedermann zustimmen müssen, da sich sonst eben ergäbe, daß man in vollkommen getrennten Abteilungen arbeitet, die miteinander nichts gemein haben<sup>1</sup>.

Es kann also keinem Widerspruch begegnen, wenn festgestellt wird, daß die die Preiserscheinungen erklärende Preistheorie im Zentrum der ökonomischen Theorie steht. Es ist nun nichts als eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie diese Preistheorie aufzubauen ist, ob mit oder ohne eine vorhergehende, irgendwie näher zu bestimmende rein instrumentale Werttheorie. Damit ist bereits das entscheidende Wort ausgesprochen: die Werttheorie ist lediglich ein Mittel, ein Hilfswerkzeug, um zur Preiserklärung zu gelangen. Man könnte in Variation eines bekannten Satzes Nietzsches sagen: „In der Werttheorie hat alles nur eine Absicht und die heißt: Preise erklären helfen“. Auf diesen instrumentalischen Charakter der Werttheorie paßt in völliger Analogie das bekannte Theorem von den Produktionsumwegen. Es ist nur scheinbar ein Sich-Verlieren in ferne Gedankengänge, ein Abweichen vom Ziel, wenn man sich z. B. mit Fragen der Meßbarkeit des Nutzens, mit Sonderproblemen der Zurechnungstheorie befaßt, denn im Hintergrund aller dieser Hilfstheoreme liegt die Preistheorie.

---

<sup>1</sup> Will sagen: logisch. Daß manche Forscher sich vorwiegend mit der Werttheorie beschäftigen und andere Probleme relativ zurückstellen, ist eine durchaus verständliche Erscheinung, die dem obigen Postulat in keiner Weise widerspricht.

Aber genau so, wie ein zu kleiner Vorrat an Produktivgütern das Einschlagen weiter Produktionsumwege verbietet — die besonders ergiebig wären —, muß der Forscher mit seinen Kräften haushalten und immer trachten, sich dem eigentlichen Ziel nicht auf allzu großen Umwegen zu nähern. Begreiflich daher, daß die Klassiker, die noch alles selbst zu tun hatten und kaum eine nennenswerte Vorarbeit früherer Generationen übernehmen konnten, fast unmittelbar, nur mit dem groben Werkzeug des Arbeitswertgedankens versehen, daran gingen, die Gesetze von Angebot und Nachfrage zu formulieren. Wir, die wir so glücklich sind, ein wunderbar feines Instrument vorzufinden, tun gut daran, nicht nur die Kunst seiner Handhabung zu wahren, sondern nach bestem Vermögen an seiner Vervollkommnung zu arbeiten. Die Werttheorie wegwerfen zu wollen, wie es so manche nur allzu Modernen vorschlagen (nur vorschlagen, denn in aller Heimlichkeit, unter anderem Namen, verwenden sie die geschmähte Lehre in mangelhafter Weise doch wieder), kennzeichnet ein Verhalten, das der ganzen, klar erkennbaren Entwicklungstendenz der Nationalökonomie widerspricht. Aus diesen Überlegungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Formulierung, man müsse die Wertlehre durch die Preistheorie „ersetzen“, von abgrundtiefem Unverständnis der Beziehung dieser beiden Lehren zeugt, da sie ja zwei verschiedene Gegenstände behandeln. *A priori* — ehe auf Sachliches eingegangen zu werden braucht — wäre daher gegen jeden Autor, der eine derartige Formulierung gebraucht, äußerstes Mißtrauen am Platze; nirgends ist es so angebracht wie bei Cassel.

Es muß schon hier, noch einleitend, auf eines der grundlegenden Kennzeichen der modernen Theorie hingewiesen werden, nämlich auf die klare Trennung in eine Theorie der Einfachen und in eine Theorie der Gesellschaftlichen Wirtschaft. Der genaue Sinn wird noch am rechten Ort festzulegen sein. Es ist hervorzuheben, daß die sogenannte Wertlehre nur ein Bruchstück der Theorie der Einfachen Wirtschaft ausmacht, daß also die Verfechter einer in diesem Sinne „wertfreien“, „wertlosen“ Nationalökonomie — abgesehen davon, daß sie sich eines Instrumentes begeben — einen Torso zurücklassen, mit dem sie für Probleme, die sich auch ihnen da und dort in aller Deutlichkeit stellen, nichts anfangen können. Der Kampf um die Wertlehre mutet geradezu grotesk an, wenn man bedenkt, daß die Theorie der Einfachen Wirtschaft, die das eigentliche Instrument abgibt, mit der Werttheorie durchaus nicht ausgeschöpft ist<sup>2</sup>, ja, daß die wirklich moderne Fassung das Wort Wert gar nicht

---

<sup>2</sup> Man lasse sich durch das Wort „Einfach“ nicht zu dem Glauben verleiten, die Theorie dieses Gebietes müsse wirklich „einfach“, d. h. leicht verständlich, mit wenigen Worten zu umreißen sein. Dafür fehlen alle Vorbedingungen, denn in der sogenannten

verwendet, sondern viel genauere Begriffe geprägt hat, Begriffe, die so präzise sind, daß z. B. die Behauptung Cassels, der Wertbegriff sei „verworren“, „sehr unbestimmt und dehnbar“, zur Gänze auf diesen Autor zurückfallen muß.

## II. Die Fassung der Theorie des subjektiven Wertes durch die österreichische Schule

Obwohl es nicht Zweck dieser Abhandlung sein kann, die moderne Werttheorie entwickelt vorzutragen — es wäre nicht nur technisch unmöglich, sondern auch unnötig, angesichts des ganz spezifischen Leserkreises, an den sich die Ausführungen dieses Bandes wenden —, müssen doch ihre Grundzüge soweit klargelegt werden, daß über Termini bei späteren Diskussionen keine Zweifel entstehen können. Wir besitzen derzeit eine ganz vorzügliche, ausführliche Darstellung des wirklich letzten Standes der Wertlehre in den Artikeln „Wert“ von Böhm-Bawerk, samt Ergänzung von F. X. Weiß und „Grenznutzen“ von P. N. Rosenstein-Rodan<sup>3</sup>.

Besonders dieser zuletzt genannte Aufsatz, dem ich in fast allen Punkten zustimme und an den ich mich in vielem anlehne, sei eindringlich zur Lektüre empfohlen, da er den neuesten Stand der Werttheorie in vorzüglicher Weise darstellt und angesichts des beschränkten Raumes hier nicht alle Probleme behandelt werden können, deren dort zumindest Erwähnung getan ist.

Wir gehen nun direkt in *medias res* und wenden uns der Darstellung der Grundzüge der Grenznutzentheorie zu<sup>3a</sup>.

Der Begriff der Einfachen Wirtschaft: Unter einer Einfachen Wirtschaft sind jene Vorgänge zu verstehen, die sich beim Disponieren eines Wirtschaftssubjektes über einen ihm gegebenen beschränkten Vorrat an Konsum- (und Produktiv-) Gütern ergeben. Es muß also ein einheitlicher Wille vorhanden sein, der über die Verwendung des Gütervorrates restlos verfügt und gleichzeitig über die Reihenfolge und das Ausmaß der

---

Einfachen Wirtschaft treten in einem Punkt, nämlich in der Person des Wirtschafters zusammengefaßt, gleichsam wie durch eine Linse gesammelt, viele Funktionen in Erscheinung, die nicht unbedingt an einer Stelle auf einmal auftreten müssen. So ist z. B. manche Individualwirtschaft, die in die heutige Verkehrswirtschaft eingebettet ist, nur konsumtiv eingestellt, ihr Subjekt nimmt vielleicht an einem Produktionsprozeß teil, ohne Leiter eines solchen zu sein, wie das jedoch bei einer produzierenden, isolierten Einfachen Wirtschaft der Fall ist. Es lassen sich leicht noch weitere derartige quantitative Unterschiede feststellen; eine prinzipielle Bedeutung kommt ihnen aber nicht zu.

<sup>3</sup> Sämtlich im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., erschienen.

<sup>3a</sup> Ich halte mich dabei weitgehend an meinen Beitrag „Werttheorien“. Kőzgasdasági Encyklopédia. Budapest 1930. (Ungarisch.)

Befriedigung der gesamten Bedürfnisse bestimmt. Der Begriff der Einfachen Wirtschaft (der von Wieser geprägt wurde, allerdings unter strikter Beschränkung auf naturale Wirtschaftsvorgänge ohne Tausch), ist also rein formal zu fassen; es ist gleichgültig, ob dieser Wille der eines einzelnen Individuums, z. B. eines Robinson, sei oder durch den Diktator einer kommunistischen Wirtschaft repräsentiert werde. Die Individualwirtschaften in einer empirischen Verkehrswirtschaft werden hauptsächlich durch einzelne Menschen, vor allem aber durch die Haushalte dargestellt. Es wäre also verfehlt, mit diesem Begriff nur die Vorstellung vom Robinson zu verbinden, wie dies so häufig geschieht. In Wirklichkeit ist auch in der höchstentwickelten kapitalistischen Wirtschaft jedes Individuum in irgendeiner Individualwirtschaft enthalten. Die Wirtschaft des alleinstehenden Junggesellen stellt formal eine vollständige Individualwirtschaft dar, die Kinder z. B. sind dagegen bloße Glieder einer solchen, die von der Familie gebildet wird. Wie in diesen Fällen die Willensbildung vor sich geht, ist sozialpsychologisch außerordentlich wichtig, kommt aber für das abzuleitende Grundschema nicht weiter in Betracht.

1. Es ist von der Annahme eines dieser Einfachen Wirtschaft gegebenen gleichförmigen Gütervorrates auszugehen. Dem wirtschaftenden Individuum stehen diese Güter, d. h. Dinge, denen es eine objektive Tauglichkeit oder „Nützlichkeit“ beilegt, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zur Verfügung. Es wird damit beginnen, seinen Bedürfnissen eine Rangordnung zu geben und nun der Reihe nach den wichtigsten Bedürfnissen Güter zur Befriedigung zuführen. Ein Bedürfnis ist aber in der Regel nicht unteilbar, sondern läßt sich in eine Serie von zeitlich aufeinander folgenden Bedürfnisregungen zerlegen; es wird also auch nicht mit einer einzigen Gütereinheit gestillt, sondern verlangt den Nachschub einer Mehrheit von Gütern. Das Bedürfnis zeigt einen großen Grad von Intensität, wenn die Befriedigung einsetzt, einen geringeren nach der Zufuhr einer Gütereinheit, dann abermals einen geringeren, bis es schließlich gesättigt ist. Diese Erscheinung der Abnahme der Bedürfnisbefriedigung wird durch das von Wieser so benannte Gossensche Gesetz beschrieben. Es gilt als Regel, daß die Bedürfnisbefriedigung ständig abnimmt, jedoch sind Einzelfälle bekannt, bei denen zunächst eine Intensivierung des Bedürfnisses eintritt, was jedoch die schließliche Minderung und das endgültige Erlöschen jeder Bedürfnisregung nicht verhindert<sup>4</sup>. Reicht der

---

<sup>4</sup> Diese Ausnahmefälle sind seit langem in der Literatur berücksichtigt worden, insbesondere von Böhm-Bawerk, Graziadei, Ricci u. a. m., weswegen neuere Kritiken, die dieses veraltete Argument aufnehmen (in auffallend unzulänglicher Form O. Spann, W. Keilhau) schon bei ihrem Erscheinen überholt waren; vgl. dazu J. Neubauer, Die Gossenschen Gesetze. Ztschr. f. Nationalökonomie. Bd. II. H. 5. Die Bedürfnislehre ist dargestellt im Art. „Bedürfnis“, von H. Mayer. Hdwb. 4. Aufl.



Vorrat aus, um das Bedürfnis zur Gänze zu stillen, und bleibt darüber hinaus noch ein großer Vorrat übrig, so ist der Besitz einer Einheit des betreffenden Gutes offenbar irrelevant, es hängt von ihm für die Sättigung nichts ab, sie ist „wertlos“, stiftet keinen Nutzen. Erreicht dagegen der Vorrat die Kapazität des Bedürfnisses nicht, so müssen einige Bedürfnisregungen unbefriedigt bleiben. Von dem Besitze einer Gütereinheit ist also die Befriedigung der letzten tatsächlich gestillten Bedürfnisregung abhängig, der Besitz hat für den Wirtschaftler Bedeutung, das Gut hat einen Wert. Der Nutzen der Gütereinheit ist also eine Funktion, ein Maß der Größe des Vorrates, er nimmt ab, je größer der Vorrat wird: das sogenannte „Gesetz des abnehmenden Nutzens“. Das Gossensche Gesetz gilt in dieser Fassung — auf der der Ausbau der wesentlichen Erkenntnisse der modernen Werttheorie beruht — nur für einen Zeitpunkt, während jedoch immer für einen Zeitraum gewirtschaftet wird. Hans Mayer hat das Gesetz durch die Aufstellung des „Gesetzes der periodischen Wiederkehr der Bedürfnisse“ für diese Zwecke erweitert. Dieses Gesetz zeigt, daß die meisten Bedürfnisse nach Befriedigung wieder auftauchen und abermalige Befriedigung erheischen. Es ist daher notwendig, um mit dem Gütervorrat über diesen Zeitraum auszukommen, zunächst nur die wichtigsten Intensitäten zu befriedigen, indem das Wiederauftauchen in späteren Zeitpunkten bereits mitberücksichtigt wird. Auf diese Weise ergeben sich Schichten von Rangordnungen, und der Nutzen einer Teilmenge nimmt nicht in der oben beschriebenen einfachen linearen Weise ab, sondern stufenweise; der Nutzen einer Teilmenge der letzten Bedürfnisschichte ist der Grenznutzen, der diesem betreffenden Gute zukommt.

Da in einem gegebenen Zeitpunkt immer nur ein Bedürfnis, ja sogar nur eine einzige Bedürfnisintensität oder Bedürfnisregung tatsächlich erlebt werden kann, erscheint es zunächst unmöglich, in die Gesamtheit der Bedürfnisse Ordnung zu bringen. Es scheint also, als ob ein planmäßiges Wirtschaften, d. h. ein Streben nach gleichmäßiger Versorgung in der Zeit, unmöglich sei. In Wirklichkeit werden aber die vorgestellten Bedürfnisse und ihre Intensitäten Motiv des Handelns. Fällt das später auftretende empirische Bedürfnis anders aus, als ursprünglich erwartet, so wird dadurch die frühere Handlung nicht rückgängig gemacht, wohl aber eine neue zukünftige korrigiert. Der Wirt muß also die Erfahrung haben, um diese Synchronisierung zeitlich auseinanderfallender Bedürfnisse vornehmen zu können, um die Rangordnung aufzustellen, nach der er sein Verhalten (sei es auf dem Markte als Konsument, sei es auch als Produzent in einer isolierten Wirtschaft) einrichtet.

Daß der Nutzen der letzten Teilmenge eines Gütervorrates ausschlag-

gebend ist, erhellt aus dem Prinzip der Substitution, denn gerät eine Teilmenge in Verlust, so wird der Wirtschaftler zweifellos auf die Befriedigung der mindest wichtigen Bedürfnisregung verzichten und nicht auf die einer wichtigeren. Tritt der Ausfall auch tatsächlich bei einer für eine wichtigere Verwendung bestimmten Gütereinheit ein, so wird doch sofort die Teilmenge, die bisher an letzter Stelle stand, aufrücken und die Lücke füllen. Ein Verlust ist also unter allen Umständen immer nur der Verlust der letzten Teilmenge, daher kann jede Teilmenge nur den Wert der letzten haben, es wird nach seinem „Substitutionswert“ (Böhm-Bawerk) geschätzt. Mit anderen Worten, der Wert einer Gütereinheit ist gleich dem Grenznutzen, den dieses Gut erzielt. „Wert“ und „Grenznutzen“ sind demnach synonyme Ausdrücke, eine eigene Werttheorie, die neben der Theorie des Grenznutzens stünde — die mit den bisherigen Ausführungen natürlich nicht erschöpft ist —, gibt es nicht, und auf das Wort „Wert“ ist weiter kein Gewicht zu legen, da es nur eine abkürzende Ausdrucksweise für den genaueren Begriff „abhängiger Nutzen“ ist.

Nun ist auch kein Raum mehr für jene „Wertparadoxa“, die der Arbeitswerttheorie so viele Schwierigkeiten machten. Es ist kein Widerspruch, daß Luft, Wasser usw., die doch eminent „nützlich“ sind, keinen „Wert“ haben (und daher auf dem Markt keinen Preis erzielen). Denn es ergibt sich von selbst, daß die „Nützlichkeit“ ein abstrakter Begriff ist, der die bloße technische Tauglichkeit meint, sich auf eine Bedürfnis- oder Verwendungsgattung bezieht, wogegen der Nutzen nur in einer konkreten Situation existent werden kann und ausschließlich auf konkrete Bedürfnisse und Bedürfnisregungen Bezug hat. Vom Besitz einer Einheit Luft oder Wasser ist im allgemeinen keine Bedürfnisbefriedigung abhängig, weswegen der Wirtschaftler völlig zweckmäßig verfährt, wenn er einer solchen Einheit keine Bedeutung beimißt und ihr auch keine Sorgfalt der Behandlung zukommen läßt. Daraus folgt, daß die Aufmerksamkeit, die der Wirtschaftler den Gütern widmet, um so größer ist, je kleiner ihr Vorrat und je größer Zahl und Wichtigkeit der mit ihm zu sättigenden Bedürfnisse.

An dieser Stelle sei auf den „subjektiven“ Grundzug der modernen Wertlehre hingewiesen, der oft groben Mißverständnissen ausgesetzt ist. Dieser subjektive Charakter besagt lediglich, daß ein Subjekt vorhanden sein müsse, auf das bezogen werden könne; es ist notwendig, daß die Relation zwischen einem disponierenden Subjekt und einem ihm zur Verfügung stehenden Vorrat hergestellt werden kann. Ohne diese Beziehung kann das Phänomen des Wertes gar nicht auftauchen, und der Mangel der alten Wertlehren beruhte eben darin, nicht erkannt zu haben, daß nur

das wirtschaftende Subjekt diesen Bezugspunkt abgeben kann. Die Theorie des subjektiven Wertes ist trotzdem in keiner Weise willkürlich, von objektiven Momenten unabhängig, wie oft fälschlich gemeint, was — wäre sie es wirklich — sie zu einer unwissenschaftlichen Lehre stempeln würde. Alle diese groben Mißverständnisse werden vermieden, wenn man richtig von einer „Theorie des subjektiven Wertes“ an Stelle von einer „subjektiven Werttheorie“ spricht<sup>5</sup>, eine Ausdrucksweise, die in der Tat vermuten läßt, als läge diese Theorie im Belieben des Forschers, der sie aufstellt.

Für die Bestimmung des Gesamtwertes eines einheitlichen Gütervorrates gelten folgende Überlegungen: Es sind zwei Methoden denkbar, und beide werden in der Literatur vertreten. Kommt auch jeder Teilmenge — so lautet die eine Argumentation — nur der Grenznutzen zu, so müsse doch allen zugleich ein höherer Wert zugemessen werden, als sich durch Multiplikation der Stückzahl mit dem Grenznutzen ergäbe. Es müßten vielmehr die verschiedenen direkten Einzelnutzen addiert werden, was mathematische Nationalökonomien durch ein Integral auszudrücken pflegen. Zu Vertretern dieser Richtung gehören z. B. Böhm-Bawerk und Schumpeter. Andere dagegen meinen, daß einzig die Multiplikationsformel zulässig sei (Wieser). In jüngster Zeit hat H. Mayer versucht, diese letztere Formel völlig neu zu begründen<sup>6</sup>, indem er zeigte, daß der Grenznutzen eine Schichte von gleichwertigen Verwendungen erfasse (wegen der zeitlichen Erstreckung der Wirtschaft), weswegen bei einer stationären Wirtschaft gegen die Verwendung der Multiplikationsformel kein Bedenken vorliege. Die These wird durch Hinweis auf die empirischen Individualwirtschaften gestärkt. Die Integration bleibt jedoch als allgemeine Fassung unberührt (Multiplikation ist gleich einer Addition gleicher Größen) und enthält die so modifizierte Wiesersche Formel als einen, praktisch allerdings sehr belangreichen, Spezialfall.

2. Es sei nunmehr die Annahme eines gleichförmigen Gütervorrates fallen gelassen und statt dessen angenommen, daß verschiedenerelei Güter in verschiedenen Mengen gegeben sind. Dieser Fall ist nicht mehr so hypothetisch wie der soeben behandelte, er ist wirklichkeitsnäher und verhilft außerdem zur Gewinnung einer überaus wichtigen Erkenntnis. Bisher gab es nur einen Nutzen eines Gutes; nun müssen sich offenbar mehrere Nutzen für die verschiedenen, untereinander nicht vertauschbaren Güter ergeben. Für jeden dieser Einzelnutzen gilt das gleiche Prinzip:

---

<sup>5</sup> Eher könnte man die Bezeichnung „subjektivistische“ Werttheorie zulassen, da in ihr der Subjektbezug enthalten ist.

<sup>6</sup> Untersuchung zu dem Grundgesetz der wirtschaftlichen Wertlehre. Ztschr. f. Volksw. u. Sozp., N. F. Bd. I—II.

Der Nutzen (Wert) ist eine Funktion von Vorrat und Bedürfnis. Die Frage geht aber dahin, ob die Nutzen unverbunden nebeneinander stehen. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die einzelnen Bedürfnisse untereinander aufs engste verknüpft sind, daß einige überhaupt erst auftauchen, wenn andere schon ganz oder teilweise befriedigt sind, daß die Befriedigung einiger von der Reihenfolge der Befriedigung anderer abhängt usw. Diese Erkenntnisse sind vornehmlich Pareto zu verdanken, der denn auch, obgleich nicht als erster, gezeigt hat, daß die Nutzen, die den verschiedenen Gütern zukommen, untereinander abhängig sind, komplementär sind (ebenso Komorczynski, Wicksell u. a.). Der Nutzen eines Gutes ist also nicht länger nur eine Funktion der Menge dieses betreffenden Gutes, sondern eine Funktion des gesamten Gütervorrates, den ein Wirtschaftssubjekt besitzt. Das Maximum an Wohlfahrt ist also von einer ganz bestimmten, mit dem Bedürfnissystem harmonisierenden Struktur der Gütervorräte abhängig, so daß nichts unzulässiger ist, als hier Vorstellungen von ungeordneten, unzusammenhängenden Haufen zu imputieren. Die klare Erkenntnis dieser Interdependenz reicht *de facto* bis in die ersten Anfänge der Grenznutzentheorie zurück. Auf diese Weise ist die Einheitlichkeit einer jeden Wirtschaft gewährleistet. Diese Komplementarität der Nutzen ist eine psychische, neben ihr besteht außerdem noch eine physische Komplementarität der Güter, indem nämlich zur Befriedigung der meisten Bedürfnisse das besondere Formen annehmende technische Zusammenwirken mehrerer Güter notwendig ist, die ihrerseits wieder vielfache Verwendbarkeiten haben können.

Die Komplementarität der Nutzen macht es verständlich, daß die Intentionen des Wirtschafters stets auf den gesamten Nutzeffekt seiner Entscheidungen gerichtet sind. Obwohl der Grenznutzen die alleinige Richtschnur und das ausschließliche Maß für sein Verhalten abgibt, so zielt doch seine Absicht dahin, den sogenannten Gesamtwirtschaftsnutzen, den ihm sein Güterbesitz vermitteln kann, zu maximalisieren<sup>7</sup>.

Das Individuum wird daher bestrebt sein, eine möglichst gleichförmige Befriedigung der einzelnen Bedürfnisse zu erzielen. Es wäre offenbar zweckwidrig, die Sättigung des einen Bedürfnisses bei einem hohen Intensitätsgrad abubrechen, ein anderes dagegen bis zum vollen Erlöschen zu bringen. Das Maximum an Nutzen wird erreicht, wenn der Grenznutzen aller Güter derselbe ist, wenn ein einheitliches Nutzenniveau hergestellt wird. Dieser Vorgang entspricht dem sogenannten „Gesetz vom Grenznutzenniveau“, das auch das zweite Gossensche Gesetz genannt wird, da es von Gossen, diesem wichtigsten Vorläufer der modernen werttheore-

---

<sup>7</sup> Vgl. hierzu vor allem L. Schönfelds gedankenreiches Buch: Grenznutzen und Wirtschaftsrechnung. Wien 1924, sowie die Arbeiten V. Paretos.

tischen Schriftsteller, schon ausgebildet wurde. Zu diesem Gesetz ist eine wichtige Einschränkung zu machen: Es steht unter der Voraussetzung, daß die Bedürfnisse fließend sind, d. h. daß sie gleichmäßig unterteilt werden können; ein gleiches muß auch für die Teilbarkeit der Güter gelten. Nun sind aber in Wirklichkeit die Güter ungleich teilbar (Zucker, Mehl kann man in beliebig kleine Portionen zerlegen, ein Stuhl, ein Auto muß aber als Ganzes genommen werden), weswegen schon eine namhafte Schwierigkeit für die Realisierung des Grenznutzenniveaus entsteht. Das andere Hindernis liegt in der Struktur der Bedürfnisse. Einige von ihnen sind wirklich fließend, andere fallen sprungweise (sind „intermittierend“), und einige wenige werden mit der Zufuhr einer einzigen Gütereinheit zum Verschwinden gebracht. Als Beispiele können die Bedürfnisse gelten, die mit den soeben angeführten Gütern gestillt werden. Auf diese Weise ist es unmöglich, das genaue Grenznutzenniveau tatsächlich zu erzielen; es ist selbst in einer ideal geführten Wirtschaft kein realer Zustand<sup>7a</sup>, sondern es besteht nur die Tendenz, einen solchen Zustand wirklich herbeizuführen. Aber obwohl dieser Zustand nicht erreicht werden kann, ist den Anforderungen nach größter Rationalität Rechnung getragen; die Maximalisierung des Wirtschaftserfolges wird durch diese empirischen Momente weder überhaupt verhindert, noch in seiner Genauigkeit beeinträchtigt.

Wir haben nun gesehen, in welcher Weise der Wirtschaftler auf die Gestaltung seines Gesamtwirtschaftsnutzens hinzielt, und welche Form seine Disposition über den ihm zur Verfügung stehenden Gütervorrat annimmt. Das Maximum seiner Wohlfahrt ist nur durch eine ganz bestimmte Kombination und Anordnung von Gütern gewährleistet. Wenn in dem Güterbesitz Veränderungen auftreten, so kann das Individuum die Bedeutung einer solchen auf zweierlei Weise feststellen und so die Richtschnur für sein Verhalten gewinnen. Es komme ein Gut zu dem Vorrat hinzu; um den unmittelbar abhängigen Nutzen dieses Gutes festzustellen, ist der Gesamtwirtschaftsnutzen aller Güter plus diesem Gute dem Gesamtwirtschaftsnutzen aller Güter ohne dieses Gut gegenüberzuhalten. Der Unterschied der beiden ist identisch mit dem Nutzen, der unmittelbar von diesem Gute abhängt.

Der Wert dieses Gutes kann aber auch noch anders erfaßt werden, was zugleich ein anderes Endergebnis liefern muß; es wird notwendig sein, wegen des Hinzutretens oder Wegfallens eines Gutes die Gesamt-

---

<sup>7a</sup> Zur Kritik dieses Gesetzes vgl. z. B. H. Mayer, Eine neue Grundlegung der theoretischen Nationalökonomie. Ztschr. f. Vw., Sozp. u. Verw. Bd. 20. 1911. Eine eingehende Erörterung bringt der demnächst erscheinende Aufsatz v. H. Mayer in Wirtschaftstheorie d. Gegenwart Bd. II.

verwendungsweise *aller* Güter zu ändern (das ergibt sich aus den obigen Darlegungen über die Komplementarität)<sup>8</sup>. Um nun die Bedeutung eines Gutes zu errechnen, muß einmal der Nutzen bestimmt werden, den dieses Gut in der optimalen Verwendung aller Güter erzielt, und dann der Nutzen, der verloren geht, wenn es fehlt, wobei nun allerdings die Verwendungsweisen der verbleibenden Güter geändert werden. Dadurch bestimmt sich der mittelbar abhängige Nutzen. Der direkt erlittene Verlust (bzw. erzielte Gewinn) kann oft größer sein als der auf diese Weise zustande gekommene, da man im Wege der Substitution den durch Verlust des Gutes leergelassenen Platz wieder füllen wird, so daß der tatsächlich erlittene Verlust kleiner wird. Es braucht nicht weiter gezeigt zu werden, daß der mittelbar abhängige Nutzen gleich ist dem eigentlichen Grenznutzen. Obwohl der Grenznutzen ein Einzelnutzen ist, sieht man deutlich, daß seine Bestimmung nur im Rahmen der Gesamtdisposition möglich ist, was nicht scharf genug betont werden kann. Es ist ferner nötig, hervorzuheben, daß es sich bei dieser Operation der Änderung der Gesamtgüterkombination keineswegs immer um einen realen Vorgang zu handeln braucht, sondern daß eine gedankliche Veranschlagung Genüge tut. Jedoch muß auf alle Fälle eine Veränderung des Güterbesitzes unterstellt werden; denn träte eine solche nicht ein, so bestünde gar kein Anlaß, sich über die Größe des Wertes eines Gutes Gedanken zu machen. Soll aber ein Gut erworben werden, so muß sich der Wirtschaftler völlig darüber im klaren sein, ob nicht etwa der Wert des hingegebenen Tauschgutes den des erworbenen erreicht oder gar übersteigt.

Sind damit die Bestimmungsgründe des Wertes unter den allereinfachsten Voraussetzungen entwickelt, so ist nun die Frage aufzuwerfen, wie die Größe des Wertes gefaßt wird, wie sie gemessen werden kann. Die bisherigen Variationen des Güterbesitzes erlaubten lediglich festzustellen, daß zwischen mehreren Nutzen die Relation von „größer“, „gleich“, „kleiner“ besteht. Sind mehr als zwei Nutzen miteinander zu vergleichen, so gilt, daß sukzessive je zwei nebeneinander gehalten werden;

---

<sup>8</sup> Wir betonen, daß alle Güter in Betracht zu ziehen sind; dabei ist aber hervorzuheben, daß vielleicht nur sehr wenige andere Güter tatsächlich umdisponiert werden müssen. Diejenigen, die nicht betroffen werden, deren Verwendungsweisen konstant bleiben, sind aber unendlich geringfügig affiziert, und die Wirkung des neuen Gutes kann für sie gleich Null gesetzt werden. Man erkennt sofort die völlige Parallelität dieses Gedanken mit den Arbeitsmethoden der sogenannten Mathematiker, die auch vorübergehend Variable gleich Null setzen und trotzdem mit der Annahme der gegenseitigen Interdependenz arbeiten. Daher muß man vorsichtig sein, ihnen hieraus einen Vorwurf zu machen, wie oft geschieht, denn letzten Endes handelt es sich um nichts anderes als um die Methode der Abstraktion überhaupt, nur verschiedentlich begründet. Vgl. dazu auch L. Schönfeld a. a. O.

auf diese Weise wird eine Reihe gebildet, in der jeder Posten zwischen zwei andere derart gestellt ist, daß gesagt werden kann: Der eine ist größer, der andere kleiner als der in Frage stehende. Also z. B.  $N_1 > N_2 > N_3 > N_4 \dots$ , so daß sich weiterhin auch  $N_1 > N_3$ ;  $N_2 > N_4 \dots$  ergibt usw. Der Wirtschaftler hat außerdem, wie Wieser glücklich formulierte, „ein Distanzgefühl für die Größe des Abstandes“. Genau so wie man Einzelnutzen in ein solches Schema bringen kann, so kann man auch Differenzen, Unterschiede zwischen je zwei Gesamtwirtschaftsnutzen vergleichen, in welcher Weise man eben die Veränderungen der Gesamtwohlfahrt durch Variationen der Gütermenge bestimmt. Diese Art der Bestimmung der Wertgröße genügt dem Wirtschaftler völlig, denn ein exaktes Messen, das darüber hinausginge, ist nicht erforderlich. Die Wirtschaft kann auf die gegebene Weise mit genügender Rationalität verfahren. Ein Messen des Nutzens ist darüber hinaus auch unmöglich, denn die Nutzen sind intensive Größen, Qualitäten, nicht jedoch extensiv, Quantitäten, was nach den üblichen Auffassungen die zur Messung unerläßliche Voraussetzung wäre<sup>9</sup>.

Ursprünglich wurde die Meßbarkeit des Nutzens gefordert, und diese Ansicht fand namhafte Vertreter in Gossen, Menger, Böhm-Bawerk u. a., wogegen heute die Ansicht der Unmeßbarkeit vorherrschend sein dürfte (Wieser, Mayer, Mises, Engländer, Bilimovič usw.). Diese Gruppe erblickt eines ihrer Hauptargumente darin, daß die Meßbarkeit kein Erfordernis der praktischen Einfachen Wirtschaft ist und daher noch weniger ein solches der Theorie der Einfachen Wirtschaft sein kann.

3. Die Kosten. Es muß nun zu einem weiteren Problem übergegangen werden, das eine neue Erweiterung unserer bisherigen Voraussetzungen nötig macht. Wir nehmen nicht länger einen Gütervorrat an, der sich nach Erschöpfen irgendwie von selbst erneuert, sondern lassen seinen Ersatz Angelegenheit der Produktion der Einfachen Wirtschaft werden. Dazu müssen neben den Konsumgütern, die wir bisher ausschließlich betrachteten, Produktionsmittel, aus denen eben solche Konsumgüter herstellbar sind, gegeben sein. Obwohl die Theorie der Produktion hier nicht zu entwickeln ist<sup>10</sup>, muß das Kostenphänomen, das immer eines der Hauptprobleme der Werttheorie ausgemacht hat, einer kurzen Analyse unterzogen werden. Dabei wird sich zeigen, daß wirklich das Kostenphänomen in jener einheitlich-systematischen Weise in die gesamte Er-

<sup>9</sup> Hier dürfte sich im Laufe der Zeit ein Wandel der Ansichten einstellen, da diese einfache Fassung vielleicht nicht mehr ganz dem gegenwärtigen Stande derjenigen Wissenschaft entspricht, die allein über diese Fragen zu entscheiden hat, nämlich der Mathematik. Aber eine andere Entscheidung könnte nur Vorteile bringen, da sie zugunsten der „Meßbarkeit“ ausfallen müßte.

<sup>10</sup> Dazu vgl. Artikel „Produktion“ von H. Mayer, im Hdwb. d. Staatsw. 4. Aufl. Bd. V.

klärung des wirtschaftlichen Wertes eingebaut ist, wie es oben in Aussicht gestellt wurde, und worin einer der wesentlichen Fortschritte der modernen Werttheorie erblickt werden darf.

Die Realisierung eines Nutzens durch Widmung einer Gütereinheit aus einem beschränkten Vorrat ist nur möglich, indem auf eine andere Verwendung dieser Gütereinheit verzichtet wird. Der Verzicht wird selbstverständlich ein solcher auf einen geringeren Nutzen sein, denn es würde der Zweckmäßigkeit wirtschaftlichen Verhaltens widersprechen — wie aus den obigen Ausführungen klar hervorgeht —, würde man eine minder wichtige Verwendungsweise einer wichtigeren vorziehen. Der Wirtschaftler muß sich also etwas entgehen lassen, und dies sind die „Kosten“ der tatsächlichen Verwendung<sup>11</sup>. „Kosten“ sind entgangener Nutzen oder negativer Nutzen. Damit ist gezeigt, daß mit den Kosten kein dem Nutzen heterogenes Element in die Wirtschaft eingeführt wird, sondern daß es sich im Grunde um eine und dieselbe Sache handelt.

Es sei an dieser Stelle mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß es nur des Eingeständnisses dieser einen Tatsache des Vorziehens von Gütern, der Wahl von Verwendungsweisen bedarf, um sofort aus diesem einzigen Punkt heraus die ganze Theorie der Einfachen Wirtschaft, also die gesamte Theorie des subjektiven Wertes zwangsläufig entwickeln zu müssen. Es ist schlechterdings undenkbar, daß es irgend jemanden geben könne, der imstande wäre zu leugnen, daß der Erwerb eines Gutes — sei es durch Tausch (z. B. Hingabe von Geld auf dem Markte), sei es durch direkte Eigenproduktion (z. B. Aufwendung von Arbeit in der eigenen Wirtschaft) — nicht den Verzicht auf ein anderes Gut bedeute. Hier sitzt der Teufel der Wertlehre, dem jeder ökonomische Theoretiker den kleinen Finger reichen muß, will er überhaupt eine wissenschaftliche Theorie vortragen. Und statt bloß den Finger nimmt er die ganze Hand, mag man sich noch so sträuben; das gilt selbst für Cassel. Es ist ganz klar, daß im Augenblicke, als eine solche Verzichtleistung nötig wird — dies ist immer der Fall, wie sich leicht zeigen läßt —, das Problem für den Einzelnen auftaucht, zu bestimmen, auf welche Güter er nicht verzichten darf, mit anderen Worten, welche er von den vielen am höchsten schätzt, welche er allen anderen vorzieht. Selbst wenn man nur Menschen auf dem Markte beobachten will (etwa um den Problemen der Wertlehre aus dem Wege zu gehen), muß diese Feststellung an der Spitze stehen, denn wie anders wäre es möglich, ohne Zuhilfenahme einer dieser Wahl-

---

<sup>11</sup> Hier ist anzumerken, daß diese Fassung identisch ist mit der in der angelsächsischen Literatur unter dem Namen des „opportunity cost principle“ vorgetragenen Lösung. Vgl. darüber weiter unten.



handlung zugrunde liegende Wertordnung das Verhalten des Individuums zu deuten? Sonst würde die Hypothese, das Individuum werde fortgesetzt immer die gleiche Ware kaufen, die es — man könnte sogar annehmen: zufällig! — gerade anfangs kaufte, genau so wahrscheinlich sein wie die, daß eine nähere Erklärung der vom Individuum vorgenommenen Reihenfolge und Mengenverteilung deshalb unmöglich sei, weil hier bei ihm überhaupt kein regulatives Prinzip vorwalte. Bei einer dieser beiden ganz absurden Feststellungen — oder bei allen beiden — landet schließlich jede, wie immer geartete und wie immer formulierte Ablehnung der Wertlehre. Das Bestehen einer solchen Rangordnung ist aber ein empirisches Faktum, das es zu erklären gilt. Es muß diese Erklärung vollständig sein, und das ist nur der Fall, wenn die Analyse zurückgeführt wird bis auf die Tatsachen der Bedürfnislehre, die oben entwickelt wurden. Gegen das Ausgehen von den Wahlhandlungen ist als solches jedoch nichts einzuwenden; man muß sich nur im klaren sein, daß man trotz des verschiedenen Ausgangspunktes zu dem System der oben dargelegten Thesen der Werttheorie kommt.

Betrachten wir nun zunächst den Fall, daß dem Wirtschaftler als einziges Produktionsmittel seine Arbeit gegeben ist, so bedeutet ihm der Besitz von Produkten die Ersparnis von Arbeit. Wünscht er von einem Gut mehr Teilmengen zu haben, als ihm im Augenblick zur Verfügung stehen, so muß er weitere Arbeit vollbringen. Das verursacht Mühe, ist positiv anstrengend, und er verliert die Zeit, um sich zu erholen und zu unterhalten. Daher wird er abzuwägen haben, ob der Nutzen, den ihm das zusätzliche Produkt liefert, größer ist als der Nutzen, der ihm in der Gestalt der Erholung entgeht, größer ist als das Arbeitsleid, das mit der Produktion verbunden ist. Nur dann wird er das Produkt herstellen; die Kosten werden unter dieser ganz strikten und, wie man sieht, ziemlich künstlichen Annahme gleich dem zu überwindenden Arbeitsleid sein. Maßgebend für die Ausführung oder Unterlassung der Produktion ist einzig der Nutzen des Produktes, weswegen die Bedeutung des Arbeitsleides nicht überschätzt werden darf, wozu die Vertreter der sogenannten „disutility“-Theorie neigen. (Vergleiche dazu IV.)

Unmittelbare Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung können nur schon konsumreife Güter haben, nur Konsumgütern kommt ein direkter Nutzen zu. Die Produktionsmittel, aus denen sie hergestellt werden, sind aber, obwohl sie keinen direkten Nutzen stiften, nicht wertlos, denn jeder mann weiß bereits aus seiner eigenen Erfahrung, daß er dem Besitz von Produktionsmitteln nicht gleichgültig gegenübersteht. Und das mit Recht so. Vom Besitze an Produktionsmitteln hängt die Versorgung der betreffenden Wirtschaft in einem späteren Zeitpunkte ab. Den Produktions-

mitteln kommt also auch ein Nutzen zu, der mit dem Werte der Produktion, der sich wieder aus ihrer Menge ableitet, also sich mit der Ertragsfähigkeit der Produktionskombination in Einklang befindet, in bestimmtem Zusammenhang stehen muß. Den Wert der einzelnen Produktionsmittel zu erklären, ist Aufgabe einer eigenen Untergruppe der Werttheorie, der sogenannten „Zurechnungslehre“<sup>12</sup>. Wie schon das Wort besagt, handelt es sich darum, den Wert, den das Produkt hat, auf die einzelnen mitwirkenden Faktoren aufzuteilen, ihnen ihren „produktiven Beitrag“ zuzurechnen, eine Operation, die mit aller Genauigkeit durchgeführt werden muß. Kommt nur ein einziges Produktionsmittel in Betracht und sind die anderen freie Güter, so ist selbstverständlich, daß der Wert dieses Produktionsmittels gleich sein wird dem gesamten Wert seines Produktes. Von diesem Fall ausgehend, entwickelt man die Gesetze der Wertaufteilung. Sie können zweckmäßig durch ein System simultaner Gleichungen beschrieben werden<sup>13</sup>.

Ebenso wie zum Zwecke der Erreichung des größten Gesamtwirtschaftsnutzens beim Besitze eines Vorrates von verschiedenerlei Konsumgütern die Einzelnutzen genau zu vergleichen sind, so müssen auch die Einzelnutzen der Produktivmittel gegeneinander abgewogen werden. Hierbei zeigt sich die Fruchtbarkeit des Grenznutzenprinzips abermals. Wenn eine Gesamtproduktionskombination hergestellt ist, d. h. alle Produktionsmittel sukzessive für die Produktion der dringlichst begehrten verschiedenen Güter verwendet werden, bis sie sich schließlich erschöpfen, so ergibt sich für jedes Produktionsmittel ein Gut, das gegenüber den anderen, die mit ihm erzeugt werden, den geringsten Nutzen aufweist. Dieses Produkt ist das „Grenzprodukt“. Wird es nun einem Bedürfnis zugeführt, so tritt das erste Gossensche Gesetz in Funktion, d. h. es erhält sukzessiv verschiedene Einzelnutzen, bis schließlich der letzte den Grenznutzen bestimmt, oder mit anderen Worten mit ihm zusammenfällt. Dieser „Grenznutzen des Grenzproduktes“ ist nur für die Verwendung des betreffenden

---

<sup>12</sup> Die Theorie der Zurechnung kann hier nicht entwickelt werden; es muß genügen, die Problemstellung aufzuzeigen. Über diese Theorie besteht bekanntlich eine umfangreiche Literatur. Es sei mit Nachdruck auf H. Mayers Artikel „Zurechnung“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften verwiesen, der nicht nur die umfassendste Darstellung bringt, sondern auch einen sehr wichtigen neuen Lösungsversuch enthält. Vgl. ferner vom gleichen Verfasser: Die Wert- und Preisbildung der Produktionsmittel, in *Economia politica Contemporanea*. Padua 1931. Bd. II. S. 1 ff.

<sup>13</sup> Es verdient immerhin Beachtung — worauf meines Wissens noch nicht recht aufmerksam gemacht wurde —, daß die Theoretiker der österreichischen Schule gerade dort, wo die Darstellung sehr komplex zu werden beginnt, die Arbeitsmethoden der sogenannten mathematischen Nationalökonomien anzuwenden versuchen, womit sie eigentlich einen schlagenden Beweis für Nützlichkeit und Eigenheit dieses Verfahrens liefern. Die ersten, allerdings sehr primitiven, und daher wenig leistungsfähigen Gleichungen der Zurechnungslehre finden sich schon bei Wieser, *Natürlicher Wert*. 1889.

Produktionsmittels maßgebend. Ob eine neue, bisher noch nicht erprobte Verwendungsweise zulässig ist, ob sie den Gesamtwirtschaftsnutzen erhöht, prüft der Wirtschaftler daran, ob der Nutzen, der jetzt mit dem Produktionsmittel erzielt wird, größer oder kleiner ist als der Grenznutzen des neuen, in Erwägung gezogenen Grenzproduktes. Ist er größer, so wird die Entscheidung zugunsten dieser Produktion ausfallen. Fiele eine Einheit des Produktionsmittels aus irgendeinem Grunde weg, so wird der Verlust wiederum nicht an der Stelle getragen, wo der Verlust tatsächlich eintrat, sondern im Wege der Substitution wird — genau der früheren Schilderung entsprechend — nur die Grenzverwendung fallen gelassen. Jede Produkteinheit ist also auf Kosten des Grenznutzens des Grenzproduktes der betreffenden Produktionsmittelart ersetzbar: das Produkt wird nach seinen Produktionskosten veranschlagt. Diese Formulierung des „Kostengesetzes“, das in dieser Gestalt für die gesamten möglichen Fälle der Produktion gilt, verdankt man Friedrich von Wieser, weshalb es auch von M. Pantaleoni als das „Wiesersche Gesetz“ benannt wurde. Es bleibt auch für den Fall der entwickelten Produktion der Idee getreu, daß Kosten nichts anderes sind als entgangener Nutzen. Diese Schätzung der Güter nach ihren Kosten bleibt auch in derjenigen Individualwirtschaft aufrecht, die in eine preiswirtschaftliche Verkehrswirtschaft eingebettet ist. Wenn irgendein Gut für einen Schilling erstanden werden kann, so wird der Wirtschaftler es nur mit einem Schilling (sozusagen seinen — für diesen Wirtschaftler relevanten — Produktionskosten) veranschlagen und nicht mit dem höheren Werte, den es vielleicht in seiner eigentlichen Verwendung erzielt.

Damit ist nun — zwar in großen Zügen, aber wohl doch mit der nötigen Genauigkeit — ein Abriss der österreichischen Version der Theorie des subjektiven Wertes gegeben. Es verbleibt jetzt noch zu zeigen, inwiefern die obige Behauptung vom instrumentalen Charakter der Werttheorie zu Recht besteht, und worin die Vorteile liegen, die sich bei der Preistheorie durch Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse einstellen sollen. Selbstverständlich kann hier keine Preistheorie entwickelt werden, vielmehr ist nur von dem Grenzgebiet der beiden Theorien die Rede.

Die Preistheorie kann unter drei verschiedenen Gesichtspunkten aufgeklärt werden; es ist entweder a) die Veränderung schon bestehender Preise zu erklären (dann wird ein historischer Regreß nötig sein, bzw. die angewendete Methode entspricht einem solchen Regreß auf alle Fälle), oder b) es ist das Entstehen eines für das als bereits vorhanden angesehene Preissystem neuen Preises zu erklären, oder c) es soll die erstmalige Bildung aller Preise beschrieben, also, wie ich sagen möchte, die „Geburt der Preise“ erklärt werden. Die dritte Art, die Aufgabe der Preistheorie

zu formulieren, geht in die größten Tiefen und setzt unbedingt eine Werttheorie als Werkzeug voraus. Die beiden anderen allerdings auch, aber nicht in so deutlicher Form, was wohl auch damit zusammenhängen dürfte, daß sie einfach eine Reihe von Fragen, die man sofort nach der — wie immer gearteten — ersten Erklärung stellen muß, unbeantwortet lassen.

Der wichtige Kunstgriff, um an die Preiserscheinungen heranzukommen und ihre Gesetzmäßigkeit zu begründen, besteht darin, durch die komplexen Preisgrößen hindurchzuschauen auf die Verhaltensakte der einzelnen Individuen, die sie erst konstituieren. Die konsequente Anwendung dieser Methode hat allein die großen Fortschritte möglich gemacht, die während der letzten sechzig Jahre zu verzeichnen waren. So schematisch es daher auch aussehen mag, so unvermeidlich ist es doch, die ganze Reihe der typischen Tauschrelationen einzeln abzuhandeln, die Menger und Böhm-Bawerk zum Ausgangspunkt ihrer Preistheorien gemacht haben. Es gibt hier kein Entkommen; die Interpretation, die dieses Verfahren entweder als altmodisch oder sogar als (auch moralisch) verwerflich („individualistisch“) brandmarken möchte, ist durchaus fehl am Orte und zeigt nur, daß die Träger dieser Ansichten weit davon entfernt sind, überhaupt nur zur Problemstellung, geschweige denn Problemlösung vorgedrungen zu sein.

Noch vor nicht sehr vielen Jahren war es nötig, zwischen subjektivem Gebrauchswert, subjektivem Tauschwert und objektivem Tauschwert zu unterscheiden. Es läßt sich aber der Begriff des subjektiven Tauschwertes ohne weiteres ausscheiden, da ihm keine Funktion zukommt, die nicht durch die Möglichkeiten des Begriffes vom „abhängigen Nutzen“ ausgefüllt werden könnte. Der objektive Tauschwert ist nun wieder nichts anderes als der Preis. Auch diese Bezeichnung sollte verschwinden, denn es haftet dem Preise nichts „Objektives“ in dem etwas primitiven Sinne an, den man mit diesem Wort — z. B. in Analogie zu den Klassikern — zu verknüpfen bereit ist. Der objektive Charakter des Preises könnte höchstens darin gelegen sein, daß dem Einzelnen nicht die Möglichkeit gegeben ist, ihn abzuändern, daß er ihn, um mit Pareto zu sprechen, hinnehmen muß<sup>15</sup>. Jedoch stünde diese Fassung unter der Voraussetzung völlig freier Konkurrenz, der Begriff wäre also auf ein allzu enges Ge-

---

<sup>15</sup> Das graphische Bild für diesen Tatbestand wäre das einer von links nach rechts sinkenden, individuellen Nachfragekurve, die von einer in der Höhe des geltenden Marktpreises zur (Mengen-) Ordinate parallel verlaufenden Geraden geschnitten wird. Der Fall läßt sich reziprok für das Angebot genau so darstellen; vgl. meine Abhandlung „Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie“. Ztschr. f. Nationalökonomie. Bd. II. H. 4. S. 485—486. Es ist jedoch klar, daß die obige Fassung für die Nachfrage auch, bzw. erst recht, bei Monopolisierung des Angebotes gelten muß.

biet beschränkt, wozu noch kommt, daß gerade die elementaren Ansatzformeln der Preiserklärung (Tausch zu zweien, zu dreien, einseitiger Wettbewerb der Käufer oder Verkäufer usw.) mit dieser Formel der freien Konkurrenz unmittelbar nichts zu tun haben, da in allen diesen Fällen eine direkte Abhängigkeit von Angebot oder Nachfrage eines Einzelnen und der erzielten Tauschrelation besteht. Der Preis ist eben nichts anderes als die Relation von hingegabem und empfangenem Tauschgut und drückt sich ganz exakt in einem Zahlenwerte aus.

Es entsteht demnach, wie sofort einleuchtet, die Kernfrage, wie es denn möglich sei, daß der subjektive Wert, von dem weiter oben nachgewiesen wurde, daß er eine intensive, nicht meßbare qualitative Größe ist, in einer bestimmten Quantität, also z. B. einer Menge Geldes extensiv und völlig exakt ausgedrückt werden kann. Es ist am einfachsten, das Verhalten eines Wirtschafters bei entwickelter Geldwirtschaft zu betrachten, da am grundsätzlichen nichts geändert wird und jeder den Vorgang leicht bei sich selbst nachprüfen kann. Jeder Wirtschaftler hält für den Erwerb einer gewissen Grundgruppe von Gütern — um zu vereinfachen, könnte man ein einziges, nichtkomplementäres Grundgut annehmen — eine Geldmenge bereit. Er ist bereit, für diesen Güterkomplex seine gesamte Geldmenge zu opfern; es ist dies aber nur in den seltensten Fällen nötig, nämlich dann, wenn er gerade das Grenzgebot auf dem Markte macht. Daher verbleiben ihm Restbeträge, die er nun je nach seiner Wertskala zu Höchstgeboten für weitere Einheiten oder andere Güter verwendet<sup>16</sup>. Er ist jedesmal bereit, diese gesamten Beträge hinzugeben, aber niemals mehr, und wird selbstverständlich trachten, sie nicht ausschöpfen zu müssen. Es gibt also eindeutige Parallelen zwischen den mengenmäßigen Höchstgeboten einerseits und den qualitativen Skalawertziffern, die den Gütern beigelegt werden, andererseits. Auf diese Weise bildet sich die Skala der effektiven Zahlungswilligkeiten des wirtschaftenden Individuums, die zwar von der Rangordnung seiner Bedürfnisse in ganz eindeutig angebbarer und abbildbarer Weise abhängt, aber sie nicht quantitativ ausdrückt. Nach dem bisher Ausgeführten bedarf es keiner weiteren Begründung für die Feststellung, daß selbstverständlich die Reihenfolge sowie die Interrelationen dieser Höchstgebote von den Werten der Güter bestimmt wird. Würde eine Preistheorie von dieser Rückverbundenheit der Höchstgebotsziffern absehen und diese als letzte Daten einsetzen wollen, so scheidet sie automatisch an einer ganzen Reihe von Aufgaben, wie z. B. der Erklärung der Wirkung und des Verlaufes

---

<sup>16</sup> Der hier gegebene Abriss hält sich eng an Ausführungen, die Prof. H. Mayer seit vielen Jahren an der Universität Wien vorträgt. Es sei ferner auf Oskar Engländer's „Theorie der Volkswirtschaft“, Bd. I, J. Springer, Wien 1929, hingewiesen.

einer Inflation. Diese aber zu bestimmen, hat auch ein eminent praktisches Interesse, also ist die Beschäftigung mit der Wertlehre auch aus diesem Gesichtspunkt heraus kein müßiges Spiel<sup>17</sup>.

Eine subjektive oder individuelle Nachfragekurve — die allein die Realitäten des Marktes zu beschreiben vermag —, ist also etwas von den Nutzenkurven völlig Verschiedenes. Beide dürfen nicht verwechselt werden, und in der modernen Fassung der österreichischen Grenznutzenlehre ist das, wofern man sich streng an die von ihr ausgearbeiteten methodischen Grundlagen hält, auch gar nicht mehr möglich, weswegen die hierauf abzielenden Kritiken, die früher einmal eine gewisse Berechtigung gehabt haben dürften, nicht mehr erhoben werden können.

Hiermit sei die Darstellung der Grundlinien dieses Haupttypus der Theorie des subjektiven Wertes beendet, da eine Vorführung weiterer Einzelheiten allzuviel Raum beanspruchen würde. Als eines der Hauptmerkmale sei festgehalten, daß durch die Wertlehre eine präzise Begründung der Einheit der Einfachen Wirtschaft gegeben und ihre Form in Einzelheiten analysierbar ist. Psychische und technisch-physikalische, subjektive und objektive Elemente konstituieren diese Einheit, wobei dem psychisch-subjektiven eine deutliche Vorzugsstellung zugeordnet werden muß; offenbar würde die Komplementarität der Bedürfnisse allein genügen, um die Einheit dieser elementarsten Wirtschaftsform sicherzustellen. Treten mehrere Einfache Wirtschaften miteinander in Verbindung, so entsteht die Aufgabe, zu untersuchen, ob und inwiefern sich dann eine Interdependenz dieser verbundenen Einfachen Wirtschaften (d. i. der „Gesellschaftlichen Wirtschaft“) bildet. Diese Untersuchung hat aber zur Voraussetzung, daß neben das System der hier beschriebenen Wirtschaftsakte jenes der — bisher noch nicht ausreichend untersuchten — Unternehmerakte gesetzt wird, was aber außerhalb unserer Aufgabe fällt.

Die Beschreibung der anderen beiden Typen der modernen Werttheorie kann um so eher in kurzen Zügen geschehen, als wir jetzt nur die Differenzen gegenüber der eben gegebenen aufzuzeigen brauchen, und weil ferner die restlichen Beiträge zu diesem Band *de facto*, wenn auch in anderer Form, die gleiche Aufgabe zu erfüllen haben. Hier handelt es sich nur um die Typen, also um Theoriegruppen, so daß die Varianten

---

<sup>17</sup> Es sei ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die Böhm-Bawerksche Terminologie, laut welcher die Preise aus „subjektiven Wertschätzungen“ entstehen, zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Im Grunde ist der Satz völlig richtig, nur sind diese subjektiven Wertschätzungen nicht identisch mit den Höchstgebotsziffern. Gewisse Kritiker der modernen Wertlehre müssen anscheinend gesondert gebeten werden, den wirklich letzten Stand dieser Theorie als Angriffsobjekt zu wählen und nicht den von 1880, damit sie dann um so leichter offene Türen einrennen können, bei welcher Gelegenheit sie sich selbst reichlich Weihrauch streuen.

von Person zu Person innerhalb einer solchen Gruppe als gegenstandslos behandelt werden können<sup>18</sup>. Wenn es zwischen Theorien über den gleichen Gegenstand Differenzen gibt, so auch Gemeinsamkeiten. Leider pflegen diese meist in den Hintergrund gerückt zu werden, so daß es nützlich erscheinen mag, sie auch hervorzuheben, wobei sich außerdem Gelegenheit ergibt, den instrumentalischen Charakter der Werttheorie von einem neuen Gesichtspunkt aus zu beleuchten. Doch zunächst über die Unterschiede.

### III. Die Lausanner Variante

Nirgends tritt der oben sowie einleitend betonte instrumentale Charakter der werttheoretischen Ausführungen so deutlich in Erscheinung wie bei der sogenannten „Lausanner Schule“. Bei ihr ist das Abzielen auf eine Preiserklärung viel unmittelbarer ersichtlich als bei den Österreichern. Wurde eingangs die Forderung aufgestellt, die österreichische Theorie stets in ihrer modernsten Fassung zu betrachten, so gilt dies selbstverständlich auch für die anderen Gruppen. Hier liegt nun sofort ein wichtiges Merkmal vor: Der neueste Stand der Schule von Lausanne (über die Berechtigung, eine solche Gruppe jetzt überhaupt noch zu unterscheiden, wäre noch zu sprechen) ist gegeben mit dem *Manuel d'Économie politique* von V. Pareto, das 1909 erschien. (Man findet eine sehr gute, systematische und nicht allzu schwierige Darstellung der Lehren Paretos hauptsächlich bei A. de Pietri-Tonelli, *Traité d'Économie Rationelle*, Paris 1927, übersetzt nach der 3. italienischen Auflage.) Seit dieser Zeit herrscht völliger Stillstand nicht dieser Theorie überhaupt, sondern der in ihr enthaltenen Theoreme über den wirtschaftlichen Wert. Der Grund dafür liegt sowohl darin, daß diese Erscheinung auf ihr Minimum zusammengedrückt wurde, sowie in der zwar genialen, aber im Grunde vielleicht doch unfruchtbaren Art<sup>19</sup>, in der man sich ihr näherte. Von letzterer wird nun kurz zu handeln sein, wobei lediglich die Differenzpunkte stärker hervorgehoben werden sollen. Dazu ist noch zu bemerken, daß ein vollständiger Vergleich der gesamten Theorien nicht in Betracht kommt, daß er in unserem engen Bereich auch nicht glücken

<sup>18</sup> Zu diesen Unterarten möchte ich z. B. die Theorien von Engländer und Bilimovič rechnen. Die Arbeiten des letztgenannten Autors würden eine viel weiter gehende Aufmerksamkeit verdienen, als ihnen bisher zuteil geworden ist, da sie große Gelehrsamkeit mit Gedankenfülle verbinden und vielfach neue Wege weisen dürften.

<sup>19</sup> Es wäre auch denkbar, daß der Mangel einer Fortbildung der Wertlehre darin zu sehen ist, daß sie für die weiteren Theoreme, z. B. über Zins, Rente, Kapitalisierung usw. von untergeordneter oder zumindest nur von indirekter Bedeutung ist, daß also deren Abhängigkeit von der Werttheorie nur eine geringe wäre. Wir lassen diese Frage, die zu weit führen müßte, hier offen.

kann, da die Wertlehre nur Teilelemente der gesamten entwickelten Theorie enthält. Es ist eigentümlich, daß es wirklich gelungene Versuche eines solchen kritischen Vergleiches, wie er hier für ein Spezialgebiet als Aufgabe gestellt ist, nicht gibt<sup>20</sup>.

Eine strikte Trennung zwischen Einfacher und Gesellschaftlicher Wirtschaft wird nicht vorgenommen. Daher befaßt man sich mit dem wirtschaftenden — d. h. über Mittel disponierenden — Subjekt nicht in allen Formen, sondern fast ausschließlich in der Form des in eine Verkehrswirtschaft eingebetteten Individuums. Zweifellos entfällt dadurch eine Reihe von Theoremen überhaupt, andere werden anders formuliert. Doch darauf sei kein großes Gewicht gelegt, da es offenbar freisteht, diese fehlenden Theoreme zu interpolieren. Der Gewinn liegt darin, daß man bei aller Abstraktion, die die sogenannte mathematische Gestalt annimmt, den Anschein größter Realität wahrt, da man dem Leser ein auf dem Markte tätiges Individuum vorführt, also in Situationen, in denen sich der Leser selbst ständig bewegt, was beim Robinson gewiß nicht der Fall ist. Da sich das Verhalten eines Wirtschafters auf dem Markte darin äußert, daß er gewisse Güter bzw. Güterkombinationen anderen vorzieht, rücken diese Wahlhandlungen in den Vordergrund. Sie sind bereits bei Walras beschrieben; in die deutsche Literatur wurden sie durch Schumpeter eingeführt, der, Walras' Vorbild folgend, es für ausreichend hält, die individuellen Nachfragefiguren den Einzelnen abzufragen. Auf diese Weise wird das Eingehen auf die Bedürfnislehre, deren bedeutsame Rolle

---

<sup>20</sup> Die beiden Arbeiten: H. Bayer, *Lausanner und österreichische Schule der Nationalökonomie, Zur Methode und Problemstellung der reinen Wirtschaftstheorie*, Ztschr. f. d. ges. Staatsw., Bd. 86, S. 491 ff., 1929, und E. Quittner-Bertolasi, *Die Stellung der Lausanner Schule in der Grenznutzenlehre*, Arch. f. Sozw. u. Sozp., Bd. 64, 1930, S. 16 ff., vermögen diese Lücke nicht auszufüllen. Gegen die erste, sehr verdienstliche, ist hauptsächlich einzuwenden, daß die mathematische Methode wohl nicht zutreffend eingeschätzt wird, gegen die zweite, glänzend und intelligent geschriebene, daß schwere Irrtümer, elementarer dogmenhistorischer Art, unterlaufen, indem von der Grenznutzenlehre zum größten Teil ein mit den Tatsachen einfach nicht übereinstimmendes Bild entworfen wird. Kein Wunder, daß sich dann Unterschiede gegenüber Lausanne aufzeigen lassen, die für sie nachteilig sind. Von welcher Art die Irrtümer Quittner-Bertolasis sind, mögen zwei Zitate bezeugen: „Obwohl sie sich (die österreichische Schule) die Aufgabe stellt, nicht nur für die Tauschwirtschaft, sondern für jede Wirtschaft gültige Gesetze aufzudecken, geht sie von dem Studium eines isoliert gedachten Wirtschaftsobjektes aus.“ (S. 37.) Ein „obwohl“, wo ein „gerade weil“ stehen sollte! Oder: „Um aus der Grenznutzentheorie eine Werttheorie zu machen (?), ist es nötig, den Nutzen nicht als ‚Gattungsnutzen‘ aufzufassen, sondern als Bedürfnis (!) nach einer ganz bestimmten Menge eines Gutes.“ (Ebenda.) Hier wird wieder Nutzen, Nützlichkeit und Wert durcheinander gebracht. Der Gipfel aber ist, zu sagen: „Durch den Einbau der Kostentheorie bei der österreichischen Schule (!) wurde der ökonomische Gegensatz beseitigt.“ (S. 44.) Als ob es nicht der Kern der Sache wäre, daß Kosten und Nutzen von Anbeginn einheitlich erklärt wurden.



für die österreichische Formulierung dargestellt wurde, anscheinend vermieden. Es läßt sich aber leicht zeigen, daß sie in anderer Art doch wieder verwendet wird, und zwar bei der Begründung der Komplementarität des Nutzens.

Die sogenannte „Ophelimität“, die Pareto an Stelle des „Nutzens“ oder der „rareté“ (Walras) einführt, stellt nur ein terminologisches Novum<sup>21</sup> dar, irgendeine sachliche Neuerung ist damit nicht geschaffen. Pareto verwendet bewußt dieses schwerfällige Wort, um den Begriff zu befreien von der Vorstellung, als müsse das Gut, das „Nutzen“ stiftet, auch in einem höheren, eventuell sogar moralischen Sinne „nützlich“ sein. Vielmehr kommt es bei ihm genau wie bei den Österreichern nur darauf an, daß irgendein Ding, mag es auch noch so verwerflich sein, ein Bedürfnis befriedigt oder, noch exakter, für eine Bedürfnisbefriedigung als tauglich gehalten wird. Dem Grenznutzen entspricht genau die „ophélimité élémentaire“. Bei diesem Punkte brauchen wir also nicht weiter zu verweilen<sup>22</sup>; es sei nur ganz entschieden darauf hingewiesen, daß es sich hier um die gleiche Sache handelt; die öfters vorgebrachte Behauptung, man habe hier einen Fortschritt gegenüber der österreichischen Fassung erzielt, ist unzutreffend, da die Österreicher Nutzen und Nützlichkeit (*utilité*) gewiß nicht verwechseln, sondern den scharfen Unterschied im Gegenteil mit aller Deutlichkeit von Anfang an begründet haben.

Es ergibt sich also ebenfalls die Relation: Bedürfnis (mit seiner Intensität) — Gut (in bestimmter Menge) — Ophelimität. Die Lausanner pflegen mit Betonung darauf hinzuweisen, daß es sich bei ihnen nicht darum handle, die eine Ursache des Wertes (Ophelimität) festzustellen, da sie das diesbezügliche Vorgehen der Grenznutzentheoretiker für falsch halten, sondern daß sie vielmehr der Ansicht seien, der Wert habe viele Ursachen und könne demzufolge nur funktional erfaßt werden. Man faßt den Unterschied gelegentlich in die Worte: Statt *rerum cognoscere causam*, wie die Grenznutzentheoretiker, wollen sie *rerum cognoscere nexus*. Als notwendige Weiterung ergibt sich, daß dadurch die Aufgabe allzu komplex wird, so daß nur die Mathematik imstande ist, das Problem zu lösen; darin also der tiefste Grund für ihre Anwendung.

Da die Lausanner auf ihrer Methode und viele Österreicher auf der strikten Kausalerklärung beharren, hat sich ein Zwiespalt herausgebildet.

<sup>21</sup> Andere Autoren haben andere Worte vorgeschlagen, Gide z. B. „désirabilité“, Viner „desirability“.

<sup>22</sup> Die „ophélimité ponderée“, die sich ergibt, indem die ophélimité élémentaire durch den Preis des betreffenden Gutes dividiert wird, kommt durch die Unzulässigkeit zustande, daß eine qualitative Größe durch eine quantitative dividiert wird, worauf bereits mehrfach zutreffend aufmerksam gemacht wurde, so z. B. von Bilimovič, Rosenstein u. a. m. Wir lassen sie demgemäß völlig außer Betracht.

Das methodologische Problem gehört nicht zu unserer Aufgabe, nur soviel sei dazu gesagt, daß es sich um einen doppelten Scheingegensatz handeln dürfte. Erstens erklären die Österreicher den Wert nicht aus einer einzigen Ursache; der Beweis dafür liegt in allen Theoremen über die Komplementarität und die Produktionsmittelverwandtschaft, wie oben nachgelesen werden kann. Daher wäre jede gegenteilige Behauptung falsch. Zweitens dürfte eine unvoreingenommene, im Einklang mit der modernen Logik stehende Untersuchung des Gegensatzes kausal-funktional diesen auflösen und die Kausalmethod<sup>e</sup> sozusagen als vermenschlichte Ausdrucksweise für den Funktionalzusammenhang bestimmen, wodurch ihr gleichzeitig ein weites Anwendungsgebiet bliebe. Die Funktionalmethod<sup>e</sup> hat den Vorteil, außerdem noch eine Rahmenaufgabe erfüllen zu können: Mit ihrer Hilfe ist es nämlich möglich zu bestimmen, ob ein Problem — wie z. B. das der Interdependenz aller Werte — überhaupt lösbar ist oder nicht. Stimmt die Zahl der Unbekannten mit der Zahl der Ansätze (Gleichungen) überein, so ist dies der Fall<sup>23</sup>, und die Ableitung kann auch kausal gegeben werden. Die Kausalmethod<sup>e</sup> dagegen kann allein und von vornherein über die Möglichkeit einer prinzipiellen Lösbarkeit nichts aussagen. Doch ist es immer am zweckmäßigsten und sichersten, Methoden an ihren Früchten zu prüfen.

Auf einen Einfall Edgeworths zurückgehend, hat die Werttheorie durch Pareto eine höchst eigentümliche Darstellung erfahren. Pareto geht davon aus, daß die Güterkombinationen, die ein Individuum begehrt, nicht starr sind; es wird also *A* und *B* gleichzeitig im Verhältnis 1 : 1 oder 1,2 : 0,8, 1,3 : 0,7 . . . begehren, ohne eine dieser Kombinationen zu bevorzugen; sie können daher, wie schon bei Edgeworth und später bei Fisher, in einer sogenannten „Indifferenzkurve“ angeordnet werden. Für andere, größere oder kleinere Gesamtkombinationen ergeben sich andere Indifferenzlinien, und jede erhält einen Index ( $J_1, J_2, J_3, \dots$ ) zugeordnet<sup>24</sup>. Das Individuum wird immer die Kombinationen mit dem höchsten Index, der die höchste Gesamtmenge bezeichnet, begehren. Seinen Bedürfnissen stellen sich aber Hindernisse entgegen, die teils technischer Natur sind, teils durch die Bedürfnisse anderer Wirtschaftssubjekte dargestellt werden. Damit zeigt sich sofort, daß alle Wirtschaftler nicht nur interdependent<sup>e</sup> eigen-

---

<sup>23</sup> Allzuoft muß man feststellen, daß viele mathematische Nationalökonom<sup>e</sup>n sich damit schon begnügen, an Stelle nun erst mit der Analyse anzufangen. Ebenso ist gar wenig damit getan, wenn gezeigt wird, der Nutzen sei eine Funktion der Menge des betreffenden Gutes  $N = f(x)$ , wenn die Form dieser Funktion nicht bestimmt ist.

<sup>24</sup> Man kann sie sich auch übereinander geschichtet denken, so daß die Indifferenzlinien wie bei den Atlanten Höhenlinien bezeichnen. So erhält man „Hügel“ der Wohlfahrt; diese können mehr oder minder steil sein, Stufen haben usw. Doch in diese Einzelheiten können wir nicht gehen.

wirtschaftliche Akte aufweisen, sondern auch bereits in dieser elementaren Art untereinander dependet sind<sup>25</sup>.

Der Komplementarität der Bedürfnisse hat Pareto besondere Aufmerksamkeit gewidmet, ohne sie aber später eingehend zu verwenden. Es wird nicht nur gezeigt, daß eine technische Komplementarität sogar der Konsumgüter besteht — z. B. stiftet die Tischlampe nur dann richtigen Nutzen, wenn Tisch, Stuhl, Zimmer, Heizung usw. vorher vorhanden sind —, sondern auch nachgewiesen, daß von der zeitlichen Anordnung der Konsumakte die Gesamtwohlfahrt des Wirtschaftssubjektes entscheidend beeinflußt wird. Die Theoreme können ohne diese Annahme entwickelt werden, wir sprechen dann von „geschlossenen Zyklen“, oder mit ihr, was „offene Zyklen“ ergibt<sup>26</sup>. Daß die Reihenfolge der Bedürfnisbefriedigungen nicht gleichgültig ist, kommt in der österreichischen Version ebenfalls zum Ausdruck, obwohl gesonderte, mit Namen versehene Theoreme nicht aufgestellt wurden. Es liegt hier also kein Unterschied vor, der einen Widerspruch bedeuten würde. Der Nutzen, den eine Einheit eines Gutes stiftet, wird nicht nur als Funktion der Menge dieses Gutes, sondern der Mengen aller vom Individuum besessenen Güter angesehen. Man erkennt auf den ersten Blick, daß hier — im Gegensatz zu den in der Literatur vielfach verbreiteten Ansichten — völlige Identität mit dem Prinzip des mittelbar bzw. unmittelbar abhängigen Nutzens besteht. Soweit ein Unterschied vorhanden ist, fällt er zugunsten der österreichischen Schule aus, da es ihr in ganz einfacher Weise möglich ist, die Art des Umdisponierens, das durch das Hinzukommen einer weiteren Gütereinheit nötig wird, zu beschreiben. Es läßt sich dieser Prozeß in allen Teilstadien mit jedem gewünschten Genauigkeitsgrad verfolgen.

Die nächste große Gruppe von Theoremen betrifft die Einheit von Kosten und Preisen. Das Kostengesetz wird nur in Form eines Preisgesetzes entwickelt; eine explizite vorgetragene Zurechnungstheorie, die nur mit den Nutzengrößen, also ohne Preise arbeitet, fehlt, obwohl der Theorie der Grenzproduktivität ein breiter Raum gewidmet wird. Dadurch ist die Lausanner Theorie ärmer, da sie die realen Vorgänge, die der Zurechnung entsprechen, völlig außerhalb ihres Systemes läßt. Dieser Umstand steht ganz im Einklang damit, daß die Theorie der Einfachen Wirt-

---

<sup>25</sup> Womit die Behauptung vom „atomistischen Charakter“ der modernen Wertlehre abermals zusammenbricht. Sie konnte überhaupt nur aufgestellt werden, weil man sich über die Dinge nicht einmal informiert hat.

<sup>26</sup> Die Terminologie stammt aus der Thermodynamik. Man gelangt zu dieser Theorie, je nachdem, ob die Grundgleichung des Grenznutzenniveaus, das bei den Lausannern eine zentrale Stellung einnimmt, Integrationskonstanten aufweist oder nicht. Vgl. darüber weiter unten.

schaft nicht als geschlossene Theorie vorgetragen wird<sup>27</sup>. Es fehlt demzufolge ein rundes Schema der Eigenproduktion, weswegen es den darauf hinzielenden Elementen an Überzeugungskraft gebricht. Ja, es unterlaufen sogar methodische Irrtümer, so z. B. wenn ausgeführt wird, daß eine der Obergrenzen des vom Nachfragenden bewilligten Preises durch die Produktionskosten gegeben ist, die auflaufen würden, wenn der Nachfragende das betreffende Gut selbst herstellen würde. Eine solche Grenze ist natürlich in einer entwickelten Verkehrswirtschaft völlig fiktiv, wie kaum erst nachgewiesen werden muß.

Damit ist nun zwar — in Übereinstimmung mit unserer Aufgabe und angesichts der technischen Unmöglichkeit — kein systematischer Abriss dieser werttheoretischen Variante gegeben worden, aber es sind doch die wichtigsten unterschiedlichen Elemente vorgeführt worden. Man wird es vielleicht als befremdlich finden, daß unter diesen Unterschieden dasjenige Element, das am meisten in die Augen springt, fehlt, nämlich die mathematische Darstellung. So sehr aber auch von beiden Seiten dieser Trennungsgrund hervorgehoben wird, so wenig vermag ein tiefes Studium der dazugehörigen logisch-mathematischen Aspekte dazu veranlassen, hierin wirklich eine wesentliche Differenz zu sehen. Als äußerlicher mag er geltengelassen werden, dabei ist jedoch der Wunsch auszusprechen, man möge über ihm nicht den ökonomischen Sachgehalt vergessen, auf den es beiden Teilen ankommt, und in dem sich, wie wohl klar geworden ist, erfreulicherweise nur sehr wenige Unterschiede ergeben.

Zum Abschluß dieses Teiles möge noch ein Wort über falsche Interpretationen der Lausanner, speziell Paretoschen Wertlehre angefügt werden, da diese Auslegungen neuerdings Unheil anzurichten drohen. An dieser schiefen Auffassung, die entstehen kann, bzw. zum Teil schon entstanden ist, hat aber Pareto mit Schuld. Allerdings ist es bei ihm ein gewisser literarischer Überschwang, hervorgerufen durch sein begrüßenswertes, oft in scharfe Form sich kleidendes Auftreten gegen alle Metaphysik in der ökonomischen Theorie. Hier handelt es sich um den Glauben, Pareto habe eigentlich mit der Schaffung der Indifferenzlinien das Zurückgehen auf die Ophelimität, bzw. auf den Nutzen oder Wert vermieden. Er würde plötzlich an der Spitze der modernen Wertgegner marschieren, die ihn gern an eine solche Stelle setzen möchten, um sich hinter seiner mächtigen Autorität zu verschanzen. Lassen wir einen seiner Adepten sprechen:

---

<sup>27</sup> Dies ist wohl auch mit schuld daran, daß manche dieser Forscher bedenklich nahe an Vorstellungen vom „Sozialen Wert“ geraten, was nur möglich ist, wenn man die Relation: Ein Wille und ein ihm gegenüberstehender Vorrat von Mitteln, nicht förmlich herausstellt. Pareto bietet dafür besonders mit seinem *Traité de Sociologie Générale*, 1917—1919, ein Beispiel.

„Il (Pareto) élimine des équations tout ce qui correspond à ophélimité, indices d'ophélimité, etc. Ainsi, la théorie mathématique de l'économie pure n'est plus fondée que sur un fait expérimental, à savoir la détermination des quantités de biens qui constituent des combinaisons indifférentes pour l'individu. De cette manière, tout vestige d'entité métaphysique a disparu; il devient inutile de se livrer à des recherches sur l'ophélimité. C'est un échaffaudage dont la science n'a plus besoin, mais qui est commode pour l'enseignement.“<sup>28</sup>

Pareto geht aus von den Ergebnissen der Wahlhandlungen, die sich rein quantitativ darstellen und die Form einer aus einer anderen Gleichung abgeleiteten Differentialgleichung annehmen. In dieser experimentell gefundenen Gleichung tritt die Ophelimität nicht auf. Integriert man die Gleichung, so erhält man in der Form der Integrationskonstante den der betreffenden Indifferenzlinie (das ist die Integralkurve der empirisch sich ergebenden reinen Mengengleichung) zugehörigen Ophelimitätsindex.

Eine kurze Ableitung möge dies verdeutlichen: Eine Indifferenzlinie ist gegeben durch

$$I = \Psi (x, y, z \dots) \quad . . . . . (1)$$

wobei  $I$  den Index bezeichnet. Diese eine Gleichung ergibt aber sofort eine ganze Schar weiterer Funktionen:

$$I = F (\Psi) \quad . . . . . (2)$$

wobei  $F$  willkürlich ist.

Geht man jetzt von  $x, y, z \dots$  zu  $x + \Delta x, y, z \dots$  über, d. h. erhält also das Individuum  $\Delta x$  mehr, so steigt auch der Index  $I$ :

$$\frac{\delta I}{\delta x} dx = F' \cdot \Psi'_x dx \quad . . . . . (3)$$

wo  $\Psi'_x$  ein partielles Differential von  $\Psi$  nach  $x$  darstellt. Diese neue Kombination wird vom Individuum vorgezogen, da der Gesamtnutzen größer ist. Differenziert man jetzt (3), bei der  $I$  eine Konstante ist, so erhält man:

$$0 = \Psi'_x dx + \Psi'_y dy + \Psi'_z dz + \dots \quad (4)$$

Dies ist nun die Gleichung, die man empirisch, experimentell erhalten kann. Auf eine hier nicht weiter bedeutsame Weise nimmt sie die Gestalt

$$0 = q_x dx + q_y dy + q_z dz + \dots \quad (5)$$

---

<sup>28</sup> Pierre Boven, Les applications mathématiques à l'économie politique. Lausanne 1912. S. 174.

Durch Integration dieser Gleichung findet man den Integrationsfaktor und gelangt auf dem gleichen Weg, auf dem sie abgeleitet wurde, nur rückwärtsschreitend zu (1) oder (2), mit anderen Worten zum Ophelimitätsindex<sup>29</sup>.

Das ist die sogenannte „Ausschaltung der Wertlehre“ bei Pareto.

Sie besteht also nur und nur darin, daß statt der Ophelimität selbst lediglich deren Index von Bedeutung ist<sup>30</sup>. Dadurch ist allerdings die Frage nach dem „Wesen“ des Wertes ausgeschaltet, nach seiner Meßbarkeit usw., aber das Verfahren steht durchaus nicht in fundamentalem Widerspruch zu dem der österreichischen Schule. Es sind lediglich Fragen des Erkenntnisdranges, nach der Geschlossenheit des Systems, die sich dahingehend erheben, ob es denn genüge, sich mit diesen Indices zu bescheiden, ob nicht die Theorie der Bedürfnisse, die gerade durch Pareto wesentliche Förderung erfahren hat, nur in zu lockerer Weise mit den restlichen Theoremen verknüpft werde usw. Ferner kommt hinzu, daß die Gleichung (5) die des Grenznutzenniveaus ist, gegen welches die oben angeführten Bedenken bestehen. Da die Annahme des Niveaus über das, was die Österreicher lehren, sogar weit hinausgeht, steckt in dieser Gleichung viel mehr als ein bloßes empirisches Faktum!

Die Lausanner, für die ich wahllos Boven als Wortführer herausgegriffen habe (ähnliche Stellen finden sich auch in den bekannten Darstellungen von Osorio, Zawadsky, Moret), irren gewiß, wenn sie sich zu solchen übertriebenen Aussagen hinreißen lassen. Sie interpretieren sich selbst falsch, und da sie auf einen bestimmten Punkt abzielen, merken sie nicht, daß sie zwar die Form umgegossen haben, aber das gleiche Metall verwenden. Im übrigen gilt, was bereits oben (S. 15) über die Wahlhandlungen (deren tiefere besonderen psychologischen Zusammenhänge in dieser Abhandlung nicht behandelt werden können) gesagt wurde: wo es Ophelimitätsindices gibt, dort auch Ophelimitäten und ihre Ordnung.

Es sei einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß die

---

<sup>29</sup> Dies sind die Grundgleichungen des berühmten mathematischen Anhangs zum Manuel; §§ 3—5, S. 541—543. Es ist interessant, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die Gleichung (5) sich in der Wirklichkeit natürlich nicht schon gegeben vorfindet, sondern erst gebildet werden muß. Was man finden kann, sind die einzelnen Elemente, aber man würde sie niemals zu dieser Gleichung zusammenfügen, wenn man sie nicht vorher theoretisch aus (1) oder (3) abgeleitet hätte. Das methodische Problem liegt genau wie es sich heute bei den Problemen der Statistifizierung der Nationalökonomie darstellt, auf welches in jüngster Zeit öfter aufmerksam gemacht wurde.

<sup>30</sup> Daß dieser nicht immer gefunden werden kann, wird gleichfalls von Pareto untersucht; aber hier handelt es sich um das Prinzip und den Normalfall. An diesem Punkte wird die Unterscheidung von offenen und geschlossenen Zyklen wichtig.

Frage der „Ausschaltung der Wertlehre“ nur auf diesem Boden angegangen und erledigt werden kann. Soweit über die Rolle der Wertlehre in der modernen Theorie überhaupt Meinungsverschiedenheiten bestehen, sind sie von der eben angeführten Art, und der Streit wird — so paradox es auch klingt — zu erledigen sein innerhalb der Wertlehre selbst, nämlich zwischen Lausanne und Wien, aber nicht zwischen den Österreichern und Cassel, Gottl usw.

#### IV. Die anglo-amerikanische Variante

Noch stärker als in den beiden vorhergehenden Fällen muß man sich bei Betrachtung der anglo-amerikanischen Variante der Theorie des subjektiven Wertes auf den gegenwärtigen Stand der Forschung beziehen, da man sonst nur ein arg verzerrtes Bild entwerfen würde. Die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Versuche entgegenstellen, sind besonders für Amerika sehr erhebliche, da hier eine ausgesprochene Schule, sehr geschlossenen Charakters nur noch in beschränktem Sinne besteht. Dafür sind die Diskussionen sehr lebhaft und bringen oft neue und wertvolle Gedanken, die sich als Anwendungen wie Umdeutungen des Prinzips vom Grenznutzen darstellen. In England ist von einer derartigen Diskussion nicht die Rede; dafür bekennt sich die überwiegende Mehrheit der Forscher ohne Rückhalt zu den von Jevons, Marshall, Cannan, Edgeworth, Wicksteed u. a. entwickelten Theorien, die untereinander, wie von der österreichischen Fassung, nur um geringes abweichen, welche Differenzpunkte uns sofort noch beschäftigen werden. Vergleicht man etwa die Lage der Werttheorie in diesen beiden Ländern mit derjenigen, die sie in Deutschland einnimmt, so verstärkt sich der Eindruck, daß die gefestigte Stellung der ökonomischen Theorie besonders in England nicht zuletzt darauf beruht, daß die Theorie des subjektiven Wertes eben wirklich unbestrittene Basis aller weiteren Arbeit wurde. Was spielt es dann für eine Rolle, wenn sie nicht in alle Einzelheiten verfeinert wurde, wo sie doch die Stetigkeit der Wissenschaft gewährleistete, jeden Hokus-pokus unmöglich machte und niemals Verirrungen zuließ, wie sie bei uns z. B. durch die Hochschätzung der „neuen“ Theorien Cassels gekennzeichnet sind. Dagegen ist die Situation in Amerika weitaus gefährdeter, was aber nicht an einem etwaigen Unvermögen dieser hier speziell interessierenden Theorie läge — eine andere neben ihr gibt es dort ebenso wenig wie sonst irgendwo —, sondern hervorgerufen durch die bedenkliche Neigung zu Gedankengängen, die ganz an die m. E. hierzulande endgültig überwundenen extremen Lehren der historischen Schule gemahnen,

Gedankengänge, die sich zudem lange nicht immer auf dem Niveau bewegen, wie dies Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland der Fall war.

Es sei gestattet, auch an dieser Stelle nochmals zu betonen, daß die Feststellung gewisser Unterschiede und Ähnlichkeiten der Werterklärung nicht ausreicht, um die gesamten, jeweiligen ökonomischen Theorien zu kennzeichnen. Eine solche Aufgabe ginge sehr weit über den Rahmen dieser Abhandlung hinaus. Eine zusätzliche Schwierigkeit taucht auf, in der sich zugleich ein Hauptmerkmal der noch zu besprechenden Version kundgibt: Im Vergleich zu den beiden schon erörterten Fassungen der Werttheorie ist die angelsächsische die unsystematischste, um nicht zu sagen unvollständigste<sup>30a</sup>. Das gilt am meisten vielleicht für J. B. Clark, dann für Marshall, am wenigsten für Jevons, der — anscheinend getrieben von der Neuheit seiner Entdeckung — zwar auch nicht im österreichischen Sinne systematisch, aber doch die weitesten Verästelungen der Bedürfnis- und Werterscheinungen zu verfolgen suchte. In diesem bruchstückartigen Ausarbeiten des Hauptinstrumentes kommt der eminent praktische Sinn der Engländer zur Geltung, der auf sofortige Verwendung von Theorien drängt, und ihre Brauchbarkeit erproben will. Und weil sich die Erkenntnisse der Theorie des subjektiven Wertes leicht anwenden ließen, weil sie die Alltagserscheinungen einfacher erklärten als die Arbeitstheorie, deswegen verwurzelte sie nach anfänglichem Sträuben und Widerstand (der bedingt war durch das Streben, die Kontinuität der Wissenschaft zu wahren) um so fester und wurde zu einem Bestandteil der englischen ökonomischen Theorie, aus der sie nicht mehr hinweggedacht werden kann.

Während also für England die bekannten großen Werke der oben erwähnten Autoren noch immer das Letzte enthalten (der darin liegende Stillstand ist unverkennbar), bilden J. B. Clark, F. A. Fetter, Irving Fisher, Davenport, Taylor usw. nicht länger die einzige amerikanische Gruppe, die in Betracht kommt. Es ist vielmehr insbesondere hinzuweisen auf die Arbeiten von J. Viner<sup>31</sup>, F. H. Knight<sup>32</sup>, C. M. Walsh<sup>33</sup>, R. T. Bye<sup>34</sup>,

---

<sup>30a</sup> Es ist sehr bemerkenswert, festzustellen, daß im Vergleich zu den Lausanner und anglo-amerikanischen Theoretikern die Österreicher ihre Lehre bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet haben. Nirgends wurde so ausgefeilt und mit solcher Gründlichkeit verfahren. Hierin kommt eben der typisch deutsche Nationalcharakter dieser Forscher wie der Grenznutzenlehre klar zum Ausdruck.

<sup>31</sup> The Utility Concept in Value Theory. *Journal of Political Economy*. 1925.

<sup>32</sup> Risk, Uncertainty and Profit. 1921; *Economic Psychology and the Value Problem*. *Quart. J. of Econ.* 1925; *Facts and Metaphysics in Economic Psychology*. *Am. Econ. Review*. 1925.

<sup>33</sup> The four kinds of economic value. 1927.

<sup>34</sup> Some recent developments in economic theory, in *The Trend of Economics*. 1924.



G. P. Watkins<sup>35</sup>. Bei allen diesen Schriftstellern liegen sehr beachtliche Fortbildungsversuche vor, die im Detail hier nicht besprochen werden können. Für Amerika möge überhaupt eine der Übersichten gelesen werden, die den ganzen Stand der Theorie betreffen und daher auch Rücksicht nehmen können auf die verschiedenen Kritiken an den Grundgedanken des subjektiven Wertes, die z. B. mit dem Namen Veblen verknüpft sind, und die in ihrer Bedeutung meist ebenso überschätzt werden, wie sie unhaltbar sind<sup>36</sup>.

Die amerikanische Wertdiskussion dreht sich hauptsächlich um die Zulässigkeit der Verwendung der Psychologie für die Werterklärung. Ich möchte mich hier nicht in Methodologie einlassen, aber so viel steht fest, daß die eigenproduzierte psychologische Basis der Österreicher frei ist von jeglicher Bindung an jedwede Psychologenschule. Darauf ist stets hingewiesen worden. Insbesondere ist klar ersichtlich, daß die „Nutzenrechnung“ (die man genau so gut „ $\alpha$ -Rechnung“ oder „ $\beta$ -Rechnung“ oder sonst irgendwie nennen könnte, ohne an der Sache irgend etwas zu verändern, was Pareto eben mit dem Wort „Ophelimität“ bezweckte), nicht das mindeste mit dem Utilitarismus Benthamscher oder sonst einer Schattierung zu tun hat. Ja, die Österreicher brauchten Bentham nicht einmal gekannt zu haben. Daher ist es spezifisch englisch-amerikanisch, daß sowohl Jevons seine Grundlegung absichtlich mit Benthamschen Ideen verbinden wollte (obwohl sie von ihnen *de facto* unabhängig ist), als auch daß die österreichische Theorie, die in Amerika Jevons überschattete, in den Geruch des Utilitarismus und Hedonismus geriet, mit ihnen schlankweg identifiziert wurde. Diese Assoziation ist falsch. Es genügt, was auch tatsächlich geschehen ist, die Voraussetzungen in neutraler Sprache zu formulieren (also ohne die Worte „Lust“, „Lustmaximum“ usw.), um auch nach außen hin einen derartigen Anschein der Gleichförmigkeit zu vermeiden. Man darf wohl diese ganze Angelegenheit als *res judicata* ansprechen und muß nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß gewisse jüngere Amerikaner nach Studium der einschlägigen Literatur hier zustimmen werden. Mit dieser Erkenntnis würde einer der beiden Hauptgründe für die Feindseligkeit gegen die Theorie des subjektiven Wertes (oder besser: gegen marginal „utility“) verschwinden.

<sup>35</sup> Welfare as an Economic Quantity. 1915.

<sup>36</sup> Vgl. vor allem F. A. Fetter, „Amerika“, in *Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, Bd. I, Wien 1927, sowie J. Schumpeter, „Deutschland“, ebenda (enthält — abgesehen von der brillanten Darlegung der Situation der Forschung im deutschen Sprachgebiet — wertvollste allgemeine Bemerkungen, die speziell auf Amerika Anwendung haben); A. A. Young, „The Trend of Economics as seen by some American Economists“, in *Economic Problems. New and Old*. Boston 1927; O. Morgenstern, „Bemerkungen über die Problematik der amerikanischen Institutionisten“, in der *Gedenkschrift für Giuseppe Prato: Saggi di Storia e Teoria Economica*. Turin 1930 bzw. 1931. S. 331—350.

Der andere Grund liegt in der vermeintlichen Apologetik für das kapitalistische System. Auf die Unrichtigkeit einer solchen Behauptung ist zu oft hingewiesen worden, als daß es nötig wäre, sich mit ihr noch länger zu beschäftigen. Allein es wird zugegeben werden müssen, daß J. B. Clark noch am ehesten ein derartiger Fehler angekreidet werden muß. Wo immer eben ein Unbegriff wie der des sozialen Wertes aufzustellen versucht wird, können die peinlichen Folgen nicht ausbleiben. Sollte es sich nämlich beim sozialen Wert wirklich um eine Erscheinung handeln, die mit dem hier entwickelten Grundgedanken der Wertlehre etwas zu tun hat, so muß sie offenbar alle Kriterien erfüllen, die oben aufgestellt wurden. Es zeigte sich als unerlässlich, daß ein einheitlicher Wille über einen knappen Vorrat von Gütern verfüge. Nur unter diesen Bedingungen kann „Wert“ entstehen. Diese Bedingung der strengen Subjektsbeziehung kann nicht durchbrochen werden; sie ist so scharf zu sondern, daß selbst ein intersubjektiver Nutzen- oder Wertvergleich unmöglich wird (besonders von Wicksteed betont und durch das Schlagwort „no bridge“ — nämlich zwischen verschiedenen Individuen — charakterisiert). Für eine Volkswirtschaft, die trotzdem eine strenge Einheit anderer Art bildet, kann das Wertphänomen aber nicht auftreten; es fehlt die einheitlich-willensmäßige Leitung aller Wirtschaftsvorgänge und es fehlt dementsprechend ein einheitlicher Gütervorrat. Die volkswirtschaftliche Einheit ist eine solche der Verkettung von Einzelvorgängen, die alle in weitem Maße voneinander unabhängige Prozesse enthalten. Nur eine kommunistische Wirtschaft mit durchgängigem Konsumzwang würde das Wertphänomen in größtem Maßstabe hervortreten lassen, sobald aber eine Tauschwirtschaft gegeben ist, kann von einem „sozialen“ Wert nicht gesprochen werden. Da die Voraussetzungen fehlen, liegt kein Problem vor. Die Lehre vom sozialen Wert beruht auf Mißverständnis. Sie wird u. a. von J. B. Clark, E. R. A. Seligman, B. M. Anderson jun. vertreten. Bei all diesen Autoren treten in die rein wirtschaftswissenschaftlich gemeinten Überlegungen wissenschaftsfremde Elemente ein, wie etwa utilitaristische Postulate usw. Die Theorie des Wertes der Güter hat sich aber von solchen Beimengungen frei zu halten: die Gesellschaft ist ein abstraktes Kollektivum und kein Individuum, das Bedürfnisse hat und Schätzungen vornimmt, also gibt es für sie keinen Wert. Anders, weniger ablehnend, ist der Versuch zu beurteilen, exakte Untersuchungen über das Problem der sozialen „Wohlfahrt“ auf die Wertlehre zu gründen. Da es sich hier aber um ein Anwendungsproblem handelt, und das Thema viel zu weitläufig wäre, muß es mit der Erwähnung Genüge haben. Hinzuweisen ist vor allem auf A. C. Pigou, der

ein ganzes System der Volkswirtschaftspolitik auf dem Versuch aufbaut ohne Werturteile auszukommen und ganz im Bereiche exakter, allgemein gültiger Aussagen zu bleiben<sup>37</sup>.

Da die Übereinstimmung zwischen der österreichischen Formulierung und derjenigen der Anglo-Amerikaner sehr groß ist, brauchen nur einige Besonderheiten ausgewählt zu werden. Ich verzichte wieder darauf, die meist vorkommende mathematische Fassung des Grenznutzensgesetzes als wesentlich herauszuheben, denn wenn Marshall (wie Jevons) sagt, daß  $\frac{du}{dx} \Delta x$  den Grenznutzen darstellt (wo  $u$  den Gesamtnutzen einer Menge  $x$  bezeichnet), so handelt es sich um genau das gleiche, was die Österreicher lehren. Wie rasch Marshall über Einzelheiten hinweggeht, zeigt schon der Umstand, daß nach zwei Seiten der Schilderung des Sättigungsvorganges eines Bedürfnisses die Anwendung dieser, man möchte sagen, noch warmen Erkenntnis auf die individuellen Nachfrageschemata gegeben wird. Damit ist auch schon erwähnt, daß das Preisproblem, für das sie herangezogen werden, nur in der Weise gestellt wird, daß schon andere Preise als bestehend vorausgesetzt werden. Die gekennzeichnete Methode ist die des sogenannten partiellen Gleichgewichtes, gegenüber der des allgemeinen Gleichgewichtes der Lausanner. Die Österreicher sind in diesem Punkte den Anglo-Amerikanern verwandt. Die Frage des Preiszusammenhanges tritt weniger in den Vordergrund als bei den Lausannern oder Österreichern. Dabei ist aber der Ausgangspunkt für alle der gleiche. Jedes Individuum hat sein eigenes Gleichgewicht herzustellen, und da alle Individuen untereinander in Zusammenhang stehen, ist ein Einzelgleichgewicht nur erreichbar, wenn das Gesamtgleichgewicht durch das System der Preise gebildet wird. Für das Individuum ist wieder das Gesetz vom Grenznutzenniveau maßgebend; über praktische Schwierigkeiten, die seiner Erreichung im Wege stehen, wird hinweggegangen, da diese für die abstrakte Fassung offenbar als irrelevant angesehen werden.

Bei der Ableitung des positiven Nutzens, die dann zu dem inhaltlich gleichen Ergebnis führt, wird allerdings in viel weiterreichendem Maße

---

<sup>37</sup> Vgl. hierzu A. C. Pigou, *The Economics of Welfare*. 3. Aufl. 1920; F. A. Fetter, *Value and the larger economics*. *Journal of political Economy*. 1923; Derselbe, *Welfare economics vs. price economics*. *American Econ. Review*. Bd. 10. 1920. In dieser Abhandlung verteidigt Fetter die Grenznutzentheorie, insbesondere gegen den Vorwurf, sie sei zur Untersuchung breiterer, allgemeinerer Probleme, die nicht unmittelbar etwas mit Preisen zu tun haben, untauglich. Über diese Probleme der Wohlfahrtsökonomie ist eine lebhafteste Diskussion im Gange. Eine ausführliche Behandlung des Themas wird ein demnächst in englischer Sprache erscheinendes Buch von G. Haberler bringen.

als bei den Österreichern der „Unnutzen“, das „Arbeitsleid“, die „disutility“ als Bestimmungsgrund mit herangezogen<sup>38</sup>. Stellt man den Nutzen durch eine sinkende Kurve dar, so muß das Arbeitsleid durch eine steigende veranschaulicht werden. Der Schnittpunkt bildet den Gleichgewichtspunkt, denn bei jeder weiteren Güterzufuhr wäre das mit dem Erwerb oder der Produktion verbundene Leid größer als der durch diese Einheit erzielte Nutzen. Man kann, wie auch Böhm-Bawerk sagt, das Gesetz des zunehmenden Arbeitsleides rückhaltlos anerkennen. Allerdings als Teilregel, nicht als Satz der allgemeinen Werttheorie. Es gibt nämlich eine Unzahl von Fällen, in denen die Werterscheinung vorliegt, und bei denen von einem Arbeitsleid keine Rede sein kann, so daß Jevons berühmter Satz „value depends entirely upon utility“ völlig zu Recht besteht. Den Kern des Arguments hat Richard Whately getroffen, als er 1831(1) sagte: „It is not that pearls fetch a high price because men have dived for them; but, on the contrary, men dive for them because they fetch a high price<sup>39</sup>.“ Ist also die Anerkennung des Prinzips des Arbeitsleides als subsidiäres durchaus am Platze, so nicht als gleichberechtigtes, und schon gar nicht als dominierendes, welche Rolle ihm in erster Linie von J. B. Clark<sup>40</sup> zugemessen wird. Da es aber trotzdem selbst bei Clark den Gang der anderen Theoreme nicht berührt, darf man die ganze Angelegenheit als von untergeordneter Bedeutung betrachten und muß nur hoffen, daß der österreichische Standpunkt als der logisch einwandfreiere durchdringt.

Auf eine große, meines Wissens nicht beachtete Schwäche der Disutility-Theorie ist noch hinzuweisen, die sofort den ganz nebensächlichen Charakter des Arbeitsleides für die Werterklärung noch deutlicher werden läßt. Genau wie immer nur ein Bedürfnis zu einem Zeitpunkt empfunden wird, oder nur eine Bedürfnissättigung, so kann auch immer nur ein Arbeitsleid gegenwärtig sein. Das Wesen der Bedürfnisordnung liegt nun aber darin, in einem Zeitpunkt alle zu veranschlagen, was durch Reflexion — wie im Teil II dargelegt — möglich ist. Außerdem ist nur auf diese Weise die Komplementarität berücksichtbar, deren entscheidende Bedeutung jetzt Gemeingut geworden ist. Wie aber steht es mit der Projizierung der verschiedenen Arbeitsleide auf einen einzigen Zeit-

---

<sup>38</sup> Man vgl. vor allem E. Böhm-Bawerk, Exkurs IX, betreffend die Stellung des „Arbeitsleides“ (disutility), im System der Werttheorie. Positive Theorie des Kapitals, Bd. II, 2. Teil, 1921, woselbst die einschlägige Literatur zitiert ist. An der Argumentation Böhm-Bawerks braucht kein Jota geändert zu werden, weswegen auch ich mich hier ganz kurz fassen kann.

<sup>39</sup> Introductory Lectures on Political Economy. 3. Aufl. 1847. S. 235. Zitiert bei Edwin Cannan, A Review of Economic Theory. London 1929. S. 187.

<sup>40</sup> Distribution of Wealth. New York 1899.

punkt? Kann der Arbeitende sie auch reflexiv erfassen? Wie hängen sie untereinander zusammen? Welches sind die Formen ihrer Komplementarität, die doch wohl unterstellt werden muß? Leitet sich das Arbeitsleid nicht in erster Linie von dem schon erreichten wie noch erwarteten Wohlfahrtszustand, wie dem schon erlittenen Arbeitsleid ab? Eine ganze Kette von Fragen, die die Disutility-Theoretiker weder gestellt noch beantwortet haben. Würde man sich um diese Probleme bemühen, so ginge klar hervor, daß es hier auf ganz zwecklose Verdoppelungen von Teilercheinungen hinauskäme. Um so mehr Grund, der Disutility die ihr gebührende, untergeordnete Stellung auch wirklich zuzuweisen, und sie nicht weiter mitzuschleppen, nur weil sich Autoren vom Range eines Edgeworth und Clark um sie bemüht haben.

Auch einer weiteren Differenz sollte man nur noch historisches Interesse zubilligen können, nämlich dem Versuche A. Marshalls, den Begriff der sogenannten „Realen Kosten“ (real costs) aufrechtzuerhalten<sup>41</sup>: „The exertions of all the different kinds of labour, together with the abstinence or rather the waitings . . . all these efforts und sacrifices together will be called the real of cost of production of the commodity.“ Cannan bemerkt dazu — und es ist ihm bei jedem Wort zuzustimmen —, daß die Theorie der Realkosten durchaus unklar blieb. „The doctrin is little more than what it professes to be, a rechauffé of Smith’s doctrine of natural price“<sup>42</sup>.

Es wäre gar nicht nötig, sich mit diesem Kostenbegriff noch weiter zu beschäftigen, würde er nicht immer noch angewendet werden, so schwer es auch fallen mag, den Grund dafür einzusehen, denn irgendwelche Vorteile, ja nur Vereinfachungen der betreffenden Sonderprobleme werden dadurch nicht erzielt. Diese Anwendungen geschehen vor allem im Bereiche von Cambridge. Als Beispiel sei D. H. Robertson erwähnt, der von einer Konstruktion der realen Kosten bei seiner berühmten Untersuchung über Kredit- und Bankpolitik ausgeht<sup>43</sup>. Dieses außerordentlich

<sup>41</sup> Principles of Economics. 8. Aufl. S. 339.

<sup>42</sup> a. a. O. S. 195. Dasselbst ist eine interessante Darstellung der Entwicklung dieser Marshalls eigenes Gebäude störenden Theorie gegeben. Sie wird von Cannan mit einleuchtenden Argumenten völlig abgelehnt. Die Zusammenfassung ist ausgezeichnet, obwohl die Gedankengänge schon bekannt sind. Sie spielten insbesondere bei den großen Kostendiskussionen Ende des vorigen Jahrhunderts eine erhebliche Rolle. Durch die Kritik der unter vielfacher Verkleidung aufgetretenen Realkosten gelangte man schließlich zu den „opportunity costs“. Es ist vielleicht nötig, zu erwähnen, daß Böhm-Bawerk davor warnt, die Theorie der „real costs“ schlechthin zusammenzuwerfen mit der „disutility“. Diese beiden Erscheinungen sind zwar miteinander verwandt, aber in dem Sinne, daß die ersteren keine notwendige Folgerung aus letzterer darstellen.

<sup>43</sup> Banking Policy and the Price Level, An Essay in the Theory of the Trade Cycle. London 1926.

bedeutsame Buch gehört auch nicht von Ferne zu unserem Thema, und gerade deswegen dient es vortrefflich dazu, zu zeigen, welche weittragenden Folgen werttheoretische Aussagen auf die weitere Theorie haben (hier handelt es sich noch überdies um eine Angelegenheit von eminentem praktischen Interesse), was mit der Beobachtung der instrumentalen Natur der Werttheorie in schöner Weise in Einklang steht.

Zum Schluß sei noch der jetzt wohl allgemein in England und Amerika akzeptierte Kostenbegriff erwähnt, nämlich der der „*opportunity cost*“ oder der „alternativen Kosten“. Über diese Fassung der Kosten ist zu wiederholen, was ich unlängst an anderer Stelle darüber sagte: Es würde gewiß eine lohnende Aufgabe sein, die Zusammenhänge oder besser die Identität der österreichischen Formulierung des Kostengesetzes und der „*opportunity cost*“-Theorie einmal in aller Deutlichkeit nachzuweisen. Hier ist nämlich immer noch ein überflüssiger, sogar ärgerlicher Differenzpunkt vorhanden. — Da es aber, dies ist meine feste Überzeugung, nur ein Scheingegensatz ist, wird hier gewiß Wandel eintreten, sofern man sich nur auf beiden Seiten ernstlich bemüht<sup>44</sup>.

Der Inhalt der Theorie ist am besten durch einige Zitate aus der Untersuchung Knights wiederzugeben. Er knüpft an das bekannte Beispiel Adam Smiths bezüglich der Biber-Reh-Jagd an und zeigt, daß implicite dort bereits der moderne Kostengedanke enthalten ist. Wir lassen aber diese dogmenhistorischen Interpretationen beiseite und halten uns ausschließlich an das Schema: „The essence of the deer-beaver case in its cost aspect is simply that as more beaver are killed, and fewer deer, the number of deer which are in fact given up (not killed), in order to kill an additional beaver remains unchanged, with changes in the relative numbers „produced“; this is the „necessary and sufficient condition“ which assures that deer and beaver will exchange at the given ratio of „cost“<sup>45</sup>.“ Die korrekte allgemeine Formulierung des Kostenprinzips nimmt demzufolge diese Gestalt an: „The number of units of any commodity B which exchange in the market for one unit of any other commodity A must be the number of units of B which are sacrificed in production in adding the last unit of A to the total pro-

---

<sup>44</sup> Die Theorie wurde begründet von D. J. Green, *Pain Cost and Opportunity Cost*. Quarterly Journal of Economics, Bd. VIII, S. 218ff., sowie von Davenport. Ihre neueste Formulierung findet sich in der in jeder Hinsicht interessanten und bedeutsamen Abhandlung von F. H. Knight, *A Suggestion for Simplifying the Statement of the General Theory of Prices*. Journal of Political Economy. Vol. XXXVI. 1928. S. 353ff. Vgl. auch Pasquale Jannacone, *Il costo di produzione*, Turin 1901, bes. Kap. I, 12, S. 43ff., woselbst auch eine Kritik dieser Theorie und ihrer Entwicklung wie der Lehre von den „real costs“ gegeben wird. Dieses Buch würde mehr Interesse verdienen, als es außerhalb Italiens gefunden hat.

<sup>45</sup> a. a. O. S. 355. Sperrung im Original.

duced<sup>46</sup>.“ Man braucht diese Formulierung nur im Sinne des sogenannten „inneren Tausches“ aufzufassen, um die Definition der Kosten als „Nutzentgang“ (oben S. 15) wiederzufinden. Es besteht hier also völlige Einigkeit im Ausgangspunkt, und es ist anzunehmen, daß sie sich auch bei den Anwendungen des Kostenprinzips auf die Frage des Vorherrschens und Überwiegens der Angebot- oder Nachfrageseite bei der Preisbestimmung wird erzielen lassen. Doch liegt dieses Thema außerhalb unserer Aufgabe; seine Bearbeitung wäre äußerst verdienstvoll.

Damit kann die Darstellung der Unterschiede dieser Theoriegruppe (wohlgemerkt: ihres gegenwärtigen Standes unter Außerachtlassung der methodologischen und insbesondere psychologischen Probleme) beendet werden. Es zeigten sich keine nennenswerten Verschiedenheiten, ja, es ist sogar schwierig, auch diese Gruppe heutzutage noch gesondert zu fassen. Dies wird vor allem klar, wenn man bedenkt, wie stark der Einfluß und wie eng die Zusammenhänge sind z. B. zwischen Irving Fisher und Edgeworth einerseits und Pareto andererseits. Hier genügt es, die Indifferenzlinien anzuführen, mit denen alle drei arbeiten, so daß es gekünstelt ist, sie auf anderem Teilgebiete der nämlichen Werttheorie wieder trennen zu wollen. Letzten Endes verschmelzen alle Variationen eben doch zu einer Einheit, und soweit dies nicht schon geschehen ist, besteht die Aufgabe der Forscher darin, die noch vorhandenen Unterschiede auszulöschen und durch Beseitigung des Trennenden die Bahn frei zu machen für positive Weiterarbeit auf den Gebieten, auf denen die Wertlehre als Instrument ihre Nützlichkeit erweisen und dadurch klarmachen soll, daß die Beschäftigung mit ihr keine verlorene Mühe bedeutet hat.

## V. Die Einheit der Werttheorie

Es hat sich, *implizite*, ein sehr wichtiges Ergebnis herausgestellt, das aber nicht überraschen kann, obwohl es, so seltsam es klingt, in den Darstellungen der Theorie, die etwa die gleiche Aufgabe zu erfüllen hätten, wie sie der gegenwärtigen gestellt ist, kaum klar ausgesprochen wurde. Dieses Ergebnis lautet: es gibt keine drei (oder noch mehr) verschiedenen Typen der Theorie des subjektiven Wertes. In beinahe jeder Dogmengeschichte kann man nachlesen, daß Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts der gleiche Gedanke unabhängig von Menger, Walras und Jevons gefaßt wurde<sup>47</sup>. Die Namen waren verschieden, die Dar-

<sup>46</sup> ebda. S. 35g.

<sup>47</sup> Am wichtigsten ist natürlich, daß die drei Autoren, auf die es ankommt — man wird außer ihnen noch Marshall, J. B. Clark und Pantaleoni hinzuzählen müssen —, selbst auf die unter ihnen bestehenden Gemeinsamkeiten hingewiesen haben. Bekannt ist außerdem, daß sie, hauptsächlich auf Betreiben Jevons', ihren gemeinsamen Vorläufer Gossen nach seiner Entdeckung in alle Ehren eingesetzt haben.

legungen wichen um ein geringes voneinander ab, und nun soll sich das unfassbare Wunder zugetragen haben, daß sich aus diesem gemeinsamen Kern drei verschiedene, zum Teil sogar widerstreitende Lehren abgeleitet hätten, die nicht etwa verschiedene Sachgebiete, sondern das eine und nämliche zum Gegenstand haben. Man überlege doch, was dies heißt, und man wird sofort sehen, daß es keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma gibt, als in ganz naheliegender Weise anzunehmen:

- a) alle drei Theorien sind falsch;
- b) alle drei Theorien sind richtig und *de facto* identisch, unterscheiden sich aber durch verschiedenartige Durchbildung gewisser Teilprobleme, Verwendung bzw. Nichtverwendung mathematischer Darstellungsweise usw.;
- c) eine Theorie ist richtig, die anderen sind falsch;
- d) zwei Theorien sind richtig und identisch (wie sub. b), die andere ist falsch.

Da, wie ohne weitere Begründung feststeht, der Fall a von vornherein ausscheidet, kann nur die Hypothese b in Betracht kommen; nur sie entspricht der Wirklichkeit. Die obigen Ausführungen bestätigen dies, zwar schon zur Genüge, aber es seien wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes noch einige Ergänzungen gestattet. Es ist um so wichtiger, hier ganz klar zu sehen, als diese Trennung gerade in jüngster Zeit stärker betont wird, allerdings bezeichnenderweise von jenen, die außerhalb aller stehen. Wurde in der Tat von einem und demselben Grundgedanken ausgegangen, und zeigen sich bei der Formulierung späterer Theorien Unterschiede — z. B. in der Zinstheorie, in der Geldtheorie usw. —, so kann dies sowohl darauf beruhen, daß das gemeinsame Grundprinzip nicht gleichmäßig festgehalten wurde, oder daß tatsächlich Beobachtungs- oder Denkfehler vorgefallen sind. Im allgemeinen sind solche Unstimmigkeiten nicht tiefreichend, wenn man sich die Mühe nimmt, die eine Lehre in die Denkform und die Terminologie der anderen zu übersetzen; man erhält dann überraschende Ergebnisse. Daß die Terminologie abweicht, ist kein Wunder angesichts der drei oder vier verschiedenen Nationen und Sprachen und der räumlichen Trennung; aber gegenwärtig scheint sich ein starker Wandel anzubahnen. Es kann hier nicht im Detail gezeigt werden, wie weit diese „Übersetzbarkeit“ tatsächlich geht. Sie ist z. B. besonders leicht prüfbar an Hand der Fisherschen Zinstheorie, die weitestgehend auf der angelsächsischen Fassung der Werttheorie — zu der Fisher übrigens einige bedeutende Beiträge lieferte — beruht und sich noch dazu in mathematisches Gewand kleidet, das Fisher (man denke wiederum an die Theorie der Indifferenzlinien) zudem den Lausannern



sehr ähnlich und verwandt erscheinen läßt. Fishers Zinserklärung ist in völlige Harmonie zu bringen mit der Böhm-Bawerkschen, und die Differenzen sind nur solche der Fortbildung dieser Theorie durch Fisher. Gerade bei ihr ist die Rolle der Werttheorie besonders groß, also müßte notwendigerweise diese eben angedeutete „Differenz“ in den Werttheorien der beiden Autoren diese Übersetzbarkeit und Angleichung unmöglich machen. Der Beweis ist schlagend, aber es ist nicht der einzige Beweis, da man nur auf irgendein anderes Theorem zu greifen braucht, um die gleiche Erscheinung beobachten zu können.

Es gäbe allerdings noch eine Möglichkeit, die gewiß von den Gegnern der Wertlehre angeführt werden könnte. Sie besteht darin, zu behaupten, die Wertlehre (der gemeinsame Kern und Ausgangspunkt) sei eben für diese entwickelten Theorien, die *eo ipso* Preistheorien sind, irrelevant. Damit wäre das „Durchgreifen“ der Werterklärung — wie wir dies nennen können — bestritten, ihre Überflüssigkeit erst recht nachgewiesen.

Gewiß wird zugegeben werden müssen, daß der direkte Einfluß einer bestimmten Abart in der Werttheorie auf ein späteres Theorem — z. B. auf die Erklärung des Konjunkturzyklus — nicht notwendig sehr groß sein muß; aber es gibt eben eine ganze Reihe anderer, für diese Theoreme wie auch ganz allgemein höchst bedeutsamer Probleme, bei denen sich solche Variationen der als Basis dienenden Werttheorie sofort geltend machen. Man braucht nur an die Geldtheorie zu denken — und wie gäbe es eine Konjunkturtheorie ohne Geldtheorie? —, für die das Problem des Geldwertes lange Zeit hindurch ein unüberwindliches Hemmnis am Wege der Entwicklung bedeutete. Es ist gewiß kein Zufall, daß Wieser die Krönung seiner tieferschürfenden Untersuchungen über den wirtschaftlichen Wert in seinen Arbeiten über den Geldwert erblickte. Erst mit der Anwendung der Theorie des subjektiven Wertes auf die Gelderscheinung wurde die Bahn zu einer Lösung auch einer Unzahl von praktisch-politischen Fragen freigelegt. Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß einer der heftigsten Bekämpfer der modernen Werttheorie, G. Cassel, ein ganzes Buch seines bekannten Werkes mit „Geldwert“ betitelt, nachdem er wenige Seiten vorher den Wertbegriff zum „auszumusternden Ballast“ unserer Wissenschaft gerechnet hat. Kein Wunder, daß dann auch seine geldtheoretischen Auslassungen schwere Mängel aufweisen.

Die Einheit der drei Grundtypen, die vorgeführt wurden, kann also, außer an der Wertlehre selbst, an diesen Auswirkungen bewiesen werden. Dies ist nie im Detail getan worden; es kann auch hier nicht geschehen, da der zur Verfügung stehende Raum bereits übermäßig in Anspruch genommen wurde. Dagegen ist ein allgemeiner, über den Rahmen der Werttheorie hinausreichender Umstand anzuführen, der gerade gegenwärtig

von großer Bedeutung ist, da er zeigt, wie weitgehend die österreichische Formulierung der Werttheorie den beiden anderen Typen, insbesondere aber der Lausanner, trotz der fundamentalen Übereinstimmungen überlegen ist. Es handelt sich um die Frage der „Dynamisierung“ der ökonomischen Theorie, um ihre Leistungsfähigkeit in bezug auf die Erklärung von Bewegungserscheinungen. Nirgends spielt — und das ist ganz begreiflich — die Scheidung von Statik und Dynamik eine so große Rolle wie bei den Lausanner Gleichgewichtstheoretikern, wogegen die Österreicher ihr von jeher nur untergeordnetes Interesse zugewendet haben. Der Grund dafür liegt darin, daß es der Theorie des allgemeinen Gleichgewichtes größte Schwierigkeiten bereitet, den Übergang von einem Gleichgewichtszustand zu einem anderen zu beschreiben<sup>47a</sup>. Es wurde oben (S. 26) schon erwähnt, daß die Österreicher eine ihrer Stärken gerade darin aufweisen, den Weg mit allen nötigen Einzelheiten angeben zu können, ohne die allgemeine Form ihrer Theorie irgendwie verändern zu müssen. Man kann sagen, um sich mit einem Modewort auszudrücken, die österreichische Theorie sei invariant gegenüber den immer stärker werdenden Versuchen zur Dynamisierung. Dagegen bilden sie für die Lausanner Gruppe eine nicht unbeträchtliche Gefahr, selbst wenn das Bestreben vorwaltet, die Gleichungen des allgemeinen Gleichgewichtes selbst als Ausgangspunkt zu nehmen, was z. B. bei H. L. Moore der Fall ist. Ja, man muß noch weitergehen und feststellen, daß diese Ansätze der Erfassung der Bewegungserscheinungen ein immer stärkeres Zurückgreifen auf die österreichische Variante der ökonomischen Theorie auch über die Werttheorie hinaus nötig machen werden. Ansätze dazu kann man z. B. sehr deutlich in der Konjunkturtheorie beobachten. Allerdings haben die Anhänger der österreichischen Schule noch manche Aufgabe vor sich; der oben gegebene Abriss der Werttheorie zeigt zwar ein geschlossenes System, läßt aber doch erkennen, daß noch eine ganze Reihe von Fragen zu behandeln ist. Es genügt hier offenbar, zu erwähnen, daß diese Probleme sich erheben, wenn man das Disponieren des wirtschaftenden Subjektes über verschiedene Zeiträume betrachtet und sich fragt, welches die Bestimmungsgründe für die Dauer und Länge dieser Zeitabschnitte sind. Das Phänomen der periodischen Wiederkehr der Bedürfnisse wird hier als Ausgangspunkt dienen müssen. Doch gehört es nicht mehr in den Rahmen dieser Abhandlung, darauf einzugehen, da sie nur einen kurzen, schlichten Bericht über das schon Erreichte und Gegenwärtige geben sollte.

\*

---

<sup>47a</sup> Vgl. hierzu vor allem E. Schams: Komparative Statik, Ztschr. f. Nationalökonomie 1930. Bd. II. S. 27—61.

Unter den Werttheoretikern welcher Schattierung immer dürfte es heute wohl niemanden geben, der John Stuart Mills berühmte Aussage über den Abschluß unserer Erkenntnis auf diesem Gebiete wiederholen oder neu formulieren möchte. Noch ist die Werttheorie im Flusse, noch gibt es offene Probleme, wenngleich einige, wahrscheinlich unerschütterliche Einsichten in die Werterscheinung erzielt wurden. Aber es besteht kein Hindernis, warum nicht auch von Grund aus umgeformt werden sollte, wenn sich einmal die Notwendigkeit dazu ergibt, wofern dadurch Vorteile der Vereinfachung bei gleichzeitig tieferdringender Erkenntnis gewährleistet sind. Aber diese Sicherung muß gegeben sein.

An das Ende dieser Betrachtungen mag ein Wort gesetzt werden, das von dem gleichen J. St. Mill stammt und in diesem Zusammenhang wahrlich keines weiteren Kommentars bedarf:

„The beliefs which we have most warrant for, have no safeguard to rest on but a standing invitation to the whole world to prove them unfounded.“<sup>48</sup>

---

<sup>48</sup> Zitiert von M. Pantaleoni, am Ende seiner schönen Abhandlung: *Dei criteri che devono informare la storia delle dottrine economiche*, 1898, abgedruckt in *Errores di Economia*, Bd. I, 1925, woselbst es aber auch heißt: „Finora la storia è stato troppo indulgente con i produttori di dottrine economiche“, was heute leider mehr denn je zutrifft, aber nicht zutreffen sollte.

**V. FURLAN**

**Die Lehre  
vom wirtschaftlichen Gleichgewicht**



## I.

Aufgabe der wirtschaftlichen Theorie ist es, das wirtschaftliche Geschehen, das ist die Gesamtheit der wirtschaftlichen Handlungen der Menschen, auf möglichst einfache und klare, d. h. die Zusammenhänge erkennen lassende Art zu beschreiben. Voraussetzung einer solchen Beschreibung ist die eindeutige begriffliche Festlegung dessen, was wir als wirtschaftliche Handlung ansprechen wollen, ebenso eine Begrenzung des der Beschreibung zugrunde liegenden wirtschaftlichen Geschehens in zeitlicher und räumlicher Hinsicht. Es gibt heute noch entlegene Gegenden, in denen die wirtschaftlichen Handlungen der Eingeborenen in ihrer sich wiederholenden Einförmigkeit einen derart primitiven Charakter besitzen, daß deren Beschreibung vom Standpunkte des Nationalökonomen sich mit wenigen Sätzen erledigt und nähere Einzelheiten wohl den Ethnologen, nicht aber den Volkswirt zu interessieren vermögen, und je weiter wir in der Geschichte zurückblättern, einen um so größeren Umfang stellt, von zeitweisen Unterbrechungen abgesehen, dieses — ökonomisch gesprochen — undifferenzierte wirtschaftliche Geschehen im Rahmen der Gesamtheit der wirtschaftlichen Handlungen der betreffenden Epoche dar. Allgemeiner wird man festzustellen haben, daß die Wirtschaftstheorie selbst eine Funktion des Ortes und der Zeit des wirtschaftlichen Geschehens ist, das sie erfassen soll, und wenn wir von Wirtschaftstheorie schlechthin sprechen, so muß darunter stillschweigend die (örtliche und zeitliche) Beschränkung auf die wirtschaftlichen Vorgänge in den Ländern des europäisch-amerikanischen Kulturkreises in der jüngsten Vergangenheit vorausgesetzt werden. Nicht in der Gegenwart, wie vielfach angenommen wird: in der Tat wird in der Regel von der einfachen Registrierung der wirtschaftlichen Ereignisse, wie sie fortlaufend durch die Presse, die Rechenschaftsberichte der Unternehmungen, die Berichterstattung der wirtschaftlichen Verbände usw. erfolgt, bis zu deren monographischen Verarbeitung auf wissenschaftlicher Grundlage und von da bis zur Gewinnung des theoretischen Gesamtbildes ein Zeitraum von der Größenordnung eines Jahrzehnts vergehen müssen. Möglich ist freilich, daß der Begründer einer Theorie, vielleicht — wenn wir den Zufall ausschließen wollen — durch eine ihm eigene Divinationsgabe geleitet, aus der unendlichen Mannigfaltigkeit der künftigen möglichen Entwicklungen eine herausgreift, die sich in der

Folge verwirklicht und diese bei der Ausarbeitung seines theoretischen Gebäudes mitberücksichtigt. Sofern dies nicht der Fall ist, wird das theoretische Schema, auf den Erfahrungen der Vergangenheit fußend, mehr und mehr der Voraussetzungen, auf denen es aufgebaut ist, verlustig gehen; es wird die Übereinstimmung mit der lebendigen Wirklichkeit verlieren und zu einem Gefäß ohne Inhalt werden. Einen Wert für die wissenschaftliche Forschung wird es auch dann beibehalten, und zwar in dem gleichen Sinne, in dem eine auf imaginärem Tatsachenmaterial<sup>1</sup> fußende Ökonomik wissenschaftliche Bedeutung für sich in Anspruch nehmen darf.

Die Lösung der eingangs umschriebenen Frage der wirtschaftlichen Theorie kann offenbar keine eindeutige sein, nicht nur, weil alle Beobachtung nur Stückwerk ist, sondern vor allem mit Rücksicht auf den Umfang des in Frage stehenden Tatsachenmaterials. In der Tat läßt sich für die Gesamtzahl der wirtschaftlichen Handlungen der Erdbevölkerung — als Merkmal der abgeschlossenen Einzelhandlung die jeweilige Übertragung von Geld oder Geldsurrogaten zugrunde gelegt — die Größenordnung von einer Billion im Jahr ansetzen. Es zeigt sich, daß selbst nach Ausschaltung alles Gleichartigen und bei Vernachlässigung aller unwesentlichen Verschiedenheiten eine noch außerordentlich große Zahl von Modalitäten übrigbleibt, deren Beschreibung in die Form von einigen tausend Sätzen zu kleiden — denn darauf kommt ja, praktisch gesprochen, eine Wirtschaftstheorie hinaus — auf eindeutige Weise nicht möglich ist. Dieser Zustand, die Vielfachheit der Lösung, ist ebenso unbefriedigend wie die bereits erwähnte Abhängigkeit derselben von der örtlichen und zeitlichen Beschränkung, und der Wunsch liegt nahe, ebenso wie dies bei den Naturwissenschaften der Fall ist, zu einer Lösung zu gelangen, die nicht mehr eine Auffassung unter sehr vielen mehr oder weniger gleichberechtigten darstellt, sondern die ansprechendste unter wenigen ist, und bei der auch die Gebundenheit von den Umständen des Ortes und der Zeit wegfällt. Auch bei den Naturwissenschaften ist zwar, wie wir wissen, das theoretische Bild fortwährenden Änderungen unterworfen, allein in jedem Augenblick gelten die herrschenden Theorien als die besten Lösungen, welche der Erfahrung gerecht werden, und sie gelten unabhängig von Zeit und Raum in dem Sinne, daß wir uns zur Annahme berechtigt halten, daß die gleichen (beispielsweise physikalischen

---

<sup>1</sup> Von einigen Autoren (Sensini, Rueff, Amoroso) wird für diese auf erfahrungsgemäß nicht oder in der Regel nicht zutreffenden, im übrigen aber logisch widerspruchsfreien Voraussetzungen fußenden theoretischen Konstruktionen der Ausdruck „nichteuklidische Ökonomik“ angewendet (in offensichtlicher Analogie zu den Geometrien, in denen das Euklidische Parallelenaxiom keine Gültigkeit hat).

oder chemischen) Erfahrungen, die wir heute in unserem Laboratorium machen, mit den gleichen Instrumenten und in der gleichen Versuchsanordnung auch vor tausend Jahren an einem ganz anderen Orte gemacht worden wären. Der Grund zu den Änderungen des theoretischen Weltbildes in den Naturwissenschaften rührt von den neuen Erfahrungen her, die zu den alten, bereits gesammelten dazukommen und die aus neuen Versuchsanordnungen oder (mit) verbesserten Meßinstrumenten erschlossen werden, und wir können uns sehr wohl vorstellen, daß die Möglichkeiten zu einer solchen Erweiterung des Tatsachenmaterials einmal erschöpft sein werden, das gewonnene Bild also ein endgültiges sein wird.

Daß die Wünschbarkeit einer solchen Lösung auch für die wirtschaftliche Theorie ohne weiteres zu bejahen ist, wird wohl kaum im Ernste bezweifelt werden können. Eine ganz andere Frage ist indes, ob hier die Möglichkeit zu einer derartigen Lösung zu gelangen, überhaupt besteht. Um hierzu Stellung zu nehmen, wird man sich vergegenwärtigen müssen, daß für die Wirtschaftswissenschaft das Weltgeschehen zwar ein Laboratorium riesenhaftesten Ausmaßes darstellt, dessen Einmaligkeit jedoch die beliebige Wiederholung von Versuchsfolgen ausschließt, ein Laboratorium, in dem wir, die wir die wirtschaftlichen Erscheinungen beobachten, nicht selbst die Versuchsanordnungen treffen, sondern nur die Laboratoriumsdiener sind, die die Tatsachen registrieren und die insbesondere die Meßinstrumente ablesen; in dieser bescheidenen Rolle muß aber der Gedanke, alle möglichen Versuchsfolgen je erschöpfen zu können, um so zu einem abgeschlossenen Gesamtbild zu gelangen, von vornherein als aussichtslos zurückgewiesen werden.

Angesichts der Unmöglichkeit, dem angestrebten Ziele in seiner ganzen Allgemeinheit näher zu kommen, wird man die Problemstellung zweckmäßigerweise dahin zu erweitern haben, daß man sich fragt, ob eine Teillösung in einem befriedigenden Umfange möglich ist. Eine solche Teillösung, die an sich nach verschiedenen Richtungen gesucht werden könnte, bietet die sogenannte „Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes“: sie unterscheidet sich von der allgemeinen Lösung im oben gekennzeichneten Sinne vor allem dadurch, daß sie nicht die konkrete wirtschaftliche Erscheinung als solche der Beschreibung zugrunde legt; vielmehr wird, von der konkreten Erscheinung ausgehend, ein sehr vereinfachtes Bild derselben entworfen, das nur die uns in allererster Linie wesentlich erscheinenden Punkte enthält, gerade dadurch aber einen axiomatischen Aufbau ermöglicht, d. h. die wirtschaftliche Handlung, die wir beschreiben wollen, leitet sich durch logische Schlüsse aus bestimmten Voraussetzungen ab. Man wende nicht ein, daß dies nur natürlich sei, da ja jede Beschreibung auf viele unwichtig erscheinende



Details verzichten muß und nie erschöpfend sein kann: in unserem Falle ist beim Übergang von der konkreten Erscheinung zum theoretischen Bild der Grad der Abstraktion so groß, daß er die praktisch sehr unerwünschte Folge hat, den Kreis der sich am Aufbau und an der Entwicklung der Theorie Beteiligten allzusehr zu verringern und, was noch mehr ins Gewicht fällt, eine schier unüberbrückbare Kluft des Mißverständnisses zwischen dieser und anderen Anschauungen zu setzen.

Während als Träger der konkreten Erscheinung der alte Adam erscheint, dessen Handeln nicht nur durch wirtschaftliche Erwägungen, sondern durch mannigfache andere (bewußt und unbewußt wirkende) Momente beeinflußt wird, wird in der Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes als Träger der wirtschaftlichen Erscheinung der Homo oeconomicus angesehen, dessen Verhältnis zur Umwelt in eindeutiger (in jedem Falle experimentell feststellbarer) Weise umschrieben wird und für dessen Handlungen ein einziges Prinzip maßgebend sein soll. Diese beiden Eigenschaften des Homo oeconomicus oder, wie wir hinfort sagen wollen, des wirtschaftenden Individuums, das Verhältnis zur Umwelt und das Prinzip des Handelns, sollen im nächsten Abschnitt erläutert werden; sie sind so allgemein gehalten, daß sie in erster Annäherung ebenso auf den einsamen Robinson Crusoe wie auf den Baumwollspinner in Lancashire, auf den deutschen Industriekapitän oder einen Wallstreetspekulanten Anwendung finden. Oder, um bei dem früher gewählten Bild zu bleiben: der Inhalt des Gefäßes für die Theorie ist so verdünnt, daß sie innerhalb sehr, sehr weiter Grenzen von Raum und Zeit passende Verwertung zuläßt, d. h. die durch sie gegebene Darstellung der konkreten Erscheinung in erster Annäherung eine befriedigende ist. Allerdings sieht das Bild, das wir entwerfen, in seiner Vereinfachung so sehr anders aus als das konkrete wirtschaftliche Geschehen, daß bei einer solchen Betrachtungsweise — insbesondere bei dem an naturwissenschaftliches Denken nicht Geschulten — das Gefühl des Unbefriedigtseins zurückbleiben kann; ja es kann der Eindruck entstehen, daß diese Theorie, wie ein hervorragender Vertreter der historischen Schule dem Verfasser einmal sagte, nirgends, es sei denn in einem „Wolkenkuckucksheim“, zu Recht bestehe. Da es für das Verständnis der Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes sehr wichtig ist, diesen Abstand zwischen dem konkreten und dem theoretischen wirtschaftlichen Phänomen richtig einzuschätzen, sei es gestattet, die Verhältnisse durch einen Vergleich zu illustrieren. Es ist bekannt, daß die Erscheinungen der Atmosphäre ausschließlich auf Grund der physikalischen Gesetze erfolgen, daß aber gleichzeitig auch die hierbei auftretenden physikalischen Prozesse durch menschliches Eingreifen (Aufforstung oder Abtragung von Wäldern, Ablenken eines Flußbetts, Anlegen

künstlicher Seen usw.) einer Modifikation zugänglich sind. Wir können uns nun einen Zustand vorstellen, bei dem dieses bewußte Eingreifen in das meteorologische Geschehen durch Menschenhand sehr weit über das heutige Maß hinausgeht, die Zustände der Atmosphäre und deren „Gesetzmäßigkeit“ also fortwährend durch menschliche Willkür beeinflußt würden, allerdings immer nur im Rahmen der sich aus den Gesetzen der Physik ergebenden Funktionalzusammenhänge. In einem solchen Zustande würde sich die theoretische Physik zur meteorologischen Wirklichkeit verhalten, wie sich heute die Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichts zur ökonomischen Wirklichkeit verhält; auch hier würden nicht nur die ganzen oder halben Praktiker, sondern auch ein großer Teil der Fachgelehrten den Erkenntniswert der physikalischen Wissenschaft für das meteorologische Geschehen anzweifeln oder zum mindesten die hierbei an die konkrete Erscheinungswelt gegebene Annäherung für unbefriedigend halten.

Der angeführte Vergleich spiegelt auch die Kompliziertheit des ökonomischen Geschehens sehr gut wider, das diese Eigenschaft mit dem meteorologischen Phänomen teilt, weshalb in beiden Wissenschaften die rein statistische Empirie (vielfach ohne nähere Erkenntnis der vorhandenen funktionellen Zusammenhänge) eine so große Rolle spielt. Und zwar trägt diese Kompliziertheit den Charakter der Interdependenz, d. h. ebenso wie der gegenwärtige Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Orte nicht nur von den früheren Zuständen am gleichen Ort, sondern auch von den früheren Zuständen an vielen anderen Orten zugleich abhängt, so hängen auch die Handlungen des wirtschaftenden Individuums von den früheren Handlungen sehr vieler anderer wirtschaftender Individuen zugleich ab. Von anderen Theorien, welche, gleich der Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, ebenfalls auf einer weitgehenden Abstraktion der konkreten wirtschaftlichen Erscheinung beruhen — wir denken hier in erster Linie an die Grenznutzentheorie —, unterscheidet sich jene vor allem dadurch, daß sie eben diese Interdependenz in adäquater Weise (immerhin mit den weiter unten in Abschnitt 4 gegebenen Einschränkungen) im Bilde festhält. Es handelt sich hier nicht um Beziehungen von Ursache und Wirkung, sondern um funktionale Beziehungen, d. h. Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit (so hängen beispielsweise die Preise von den bezahlten Löhnen ab und diese gleichzeitig von den Kosten des Lebensaufwandes, also von Preisen usw.). Diese funktionalen Beziehungen, dieser funktionale Zusammenhang des Ganzen wird eben in der Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichts in zweckdienlicher Weise festgehalten. Auf einen weiteren wichtigen Unterschied gegenüber der Grenznutzenlehre kommen wir in Abschnitt 2 zurück.

Diese axiomatische Betrachtungsweise, verbunden mit der synthetischen Darstellung der Kompliziertheit des wirtschaftlichen Geschehens, wie sie uns in der Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichts entgegentritt, nimmt für sich — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht näher dargelegt werden — einen höheren Grad der Wissenschaftlichkeit in Anspruch, was uns indes nicht zu hindern braucht, auch die vorhandenen Unvollkommenheiten derselben zu erkennen. Diese sind vor allem darin zu erblicken, daß eine direkte Anwendungsmöglichkeit des gebotenen Gesamtbildes fehlt, weil an eine unmittelbare numerische Auswertung der dargestellten funktionalen Beziehungen nicht zu denken ist. (In diesem Punkte hinkt auch der obige Vergleich mit dem Verhältnis der theoretischen Physik zur Meteorologie.) Die Hoffnung bleibt uns allerdings, uns in wichtigen Spezialfällen durch „sukzessive Annäherungen“ auch in den rein zahlenmäßigen Zusammenhängen an die Wirklichkeit heranzuarbeiten zu können. Weil aber, allgemein gesprochen, der Übergang zur Messung nur gedanklich, nicht aber praktisch möglich erscheint, werden wir berechtigt sein, in der Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht weniger eine Brücke zur Wirklichkeit, als vielmehr eine Brücke zum Verständnis der Wirklichkeit zu sehen. Hier, auf didaktischem Gebiete, wird sie die größten Dienste leisten, so, wenn sie den Lernenden erkennen läßt, daß in einem gegebenen System die Zahl der angeführten Bedingungen ebenso groß ist wie die Zahl der unbekanntenen Größen, daß also das gestellte Problem gedanklich gelöst ist, oder aber bei der Diskussion der in schier unübersehbarer Anzahl sich ergebenden Spezialfälle. Dabei muß allerdings davor gewarnt werden, sich auf das Gebiet der rein formalen Spekulationen zu begeben und so den Kontakt mit der lebendigen Wirklichkeit zu verlieren<sup>2</sup>.

Es ist schließlich vielleicht nicht unnötig, auch an dieser Stelle hinzuzufügen, daß die Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichtes als eine Beschreibung des Seienden keine Aussagen über das Seinsollende zu

---

<sup>2</sup> Daß in dem rein formalen (mathematischen) Aufbau der Theorie nicht Inhalt und Wesen derselben zu suchen ist, wird vor allem auch dort erkannt, wo der in anderen geistigen Kategorien Denkende am ehesten die Freude am Spiel mit Zahl und Symbolik vermuten würde. Als Beweis sei gestattet, die schönen Worte des italienischen Mathematikers Federigo Enriques anzuführen, die dieser in seinem philosophischen Werk „Problemi della Scienza“ (Bologna 1906) in einem „die Krisis der zeitgenössischen Nationalökonomie“ betitelten Kapitel der Frage widmet: „L'ammirazione che c'ispirano gli sforzi degli economisti matematici, miranti, come il Walras e il Pareto, ad una ferma più precisa e ad un più ampio sviluppo delle deduzioni a cui conducono le ipotesi economiche, non toglie ai nostri occhi di cercare in codeste teorie una veduta più adeguata dei principii; ed il maggior interesse si concentra per noi nella critica delle ipotesi implicite, cioè nella valutazione di quegli elementi che, essendo presi come mesurabili, vengono dotati di una più precisa invarianza.“

machen sich für befugt hält. Die Frage, wie im Gegensatz zum Seienden das Seinsollende zu gestalten möglich und wünschbar wäre, bedarf zu ihrer Beantwortung neben der Berücksichtigung der Erfahrungstatsachen, die sich jedoch auf das konkrete wirtschaftliche Geschehen (und nicht auf die Abstraktion des Homo oeconomicus) zu beziehen haben, noch der Hinzuziehung weiterer, darin nicht enthaltener Elemente der Meinungsbildung: Der Vorschlag zur Lösung wird gewöhnlich auf Grund einer gegebenen Weltanschauung erfolgen, die Erfüllung derselben aber fast immer auf dem Wege des Kompromisses gesucht werden. Dies gilt vor allem auch für die Auseinandersetzung zwischen der öffentlichen Gewalt und der Wirtschaft (das ist für die durch Staat und Gemeinde mögliche und wünschbare Beeinflussung der Wirtschaft und umgekehrt der politischen Institutionen durch die Wirtschaft), die im Rahmen der Austragung von Interessenkonflikten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen ihre Erledigung findet; es gilt aber letzten Endes ebenso für jene stille, wenn auch mitunter nicht minder heftige Auseinandersetzung, die sich im Ich des Einzelnen abspielt, und die ihn zwingt, in der Zielsetzung der persönlichen Bestrebungen (körperliche Tüchtigkeit, geistige Reife, Familienglück, Reichtum, Macht, Genußsucht, Askese) jene lebenskluge Wahl zu treffen, die seinem inneren Gleichgewicht entspricht.

## II.

Die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht bemüht sich also, wie im vorstehenden ausgeführt wurde, auf Grund einer Auswahl von Voraussetzungen Schemata für die Handlungen des Homo oeconomicus zu entwickeln, wobei als das zu erreichende Ziel die Ableitung eines lückenlosen, in sich geschlossenen und widerspruchslosen Systems von Lehrensätzen aus einer geringen Anzahl von Prämissen vorschwebt. Auch wurde festgestellt, daß die Bedeutung dieser Schemata, nach dem Vorbild der Naturwissenschaften, in einer sukzessiv fortschreitenden Annäherung der theoretisch gewonnenen Zusammenhänge an die Wirklichkeit bestehen müßte; indessen muß man, entgegen übertriebenen Hoffnungen, die früher wohl vereinzelt in dieser Beziehung bestanden haben, feststellen, daß dies bis jetzt nur zum geringen Teile der Fall ist, so daß der Vorteil dieser Betrachtungsweise sich vor allem in einer wertvollen Schulung des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens auswirkt.

Welches sind nun diese Voraussetzungen, diese Eigenschaften, die wir dem wirtschaftenden Individuum zuschreiben, wie ist das Bild präzisiert, das wir uns von ihm — in gedanklich eindeutiger Form — machen müssen? Um dieses Bild vor unseren Augen entstehen zu lassen, mag es

zweckmäßig sein, etwas weiter auszuholen. Unter den in mannigfacher Weise vielfältigen Beziehungen, welche den Menschen mit den Dingen der Außenwelt verknüpfen, ist es eine und nur eine, welche uns in diesem Zusammenhange beschäftigen soll: die Beziehung nämlich, welche dadurch gegeben ist, daß diese Dinge der Außenwelt dem Menschen in vielen Fällen als begehrenswert erscheinen. Man pflegt, wo diese Beziehung in einem gegebenen Augenblick vorhanden ist, das Bestehen derselben sprachlich auch in andere Formen zu kleiden. Statt zu sagen, das Ding *a* erscheine dem Einzelindividuum *I* als begehrenswert, können wir auch sagen, daß *a* in *I* den Wunsch erweckt, sich in den Genuß von *a* zu setzen, oder auch, daß *a* ein Bedürfnis (wirtschaftliches Bedürfnis) von *I* befriedigt, oder noch, daß *a* für *I* nützlich ist oder dem *I* Nutzen gewährt, oder endlich, daß *a* für *I* ein Gut (wirtschaftliches Gut) darstellt. Alle diese verschiedenen Ausdrucksweisen treten für den Zweck unserer Darstellung als gleichberechtigt nebeneinander, und deren Aufzählung ist nur erfolgt, um bei deren allfälligem Gebrauch kein Mißverständnis aufkommen zu lassen. Die gekennzeichnete Beziehung zwischen dem Menschen und den Dingen der Außenwelt ist also nur insofern gegeben, als diese Dinge Güter sind. Mensch und Güterwelt (das ist die Gesamtheit der Güter) stehen sich gegenüber, und die einzelnen Bestandteile derselben sind geeignet, seine Bedürfnisse zu befriedigen, und sie werden ihm, sofern er sich in den Genuß derselben gesetzt hat, Nutzen gewähren. Das Bestehen dieser Beziehung löst nun beim Menschen erfahrungsgemäß Handlungen aus, um sich in den Genuß der Güter zu bringen, und diese Handlungen, die sich, in früher Jugend beginnend, in fast ununterbrochener Folge bis an die Schwelle des Todes fortsetzen, bezeichnen wir als wirtschaftliche Handlungen. Die Stellung des wirtschaftenden Individuums zu den anderen wirtschaftenden Individuen ist ebenfalls durch eine Beziehung besonderer Art charakterisiert: Analog wie die Dinge der Außenwelt können ihm auch die Dienste der Mitmenschen begehrenswert erscheinen oder nützlich sein (ebenso wie seine eigenen Dienstleistungen seinen Mitmenschen nützlich sein können), so daß wir also diese Dienste zweckmäßig den Gütern assimilieren und sogar — für die Zwecke unserer Betrachtung — direkt in die Güterwelt einbeziehen können. Die fundamentale Beziehung, welche die Menschen sowohl untereinander als auch mit den Dingen der Außenwelt verbindet, läßt sich also in der Form aussprechen: Die wirtschaftlichen Handlungen haben zum Zweck, das wirtschaftende Individuum in den Genuß von Gütern und Dienstleistungen zu setzen.

Gehen wir nun daran, für das wirtschaftende Individuum in einem gegebenen Augenblick das Verhältnis zur Umwelt festzulegen, so wird

es genügen, zu konstatieren, daß jedes wirtschaftende Individuum in jedem Augenblick sich im Genuß bestimmter Mengen verschiedener Güter und bestimmter Dienstleistungen anderer wirtschaftender Individuen befindet sowie auch selbst Dienste für andere wirtschaftende Individuen leistet. Diese Aufzählung kann (gedanklich erschöpfend und) in der Praxis mit jedem beliebigen Grade von Genauigkeit erfolgen, indem die in Betracht kommenden Güter und Dienstleistungen im einzelnen beschrieben und klassifiziert und deren Mengen (nach Zahl oder Gewicht bzw. bei Dienstleistungen nach dem zu messenden Umfang pro Zeitteilchen) angegeben werden. Diese Aufzählung charakterisiert die momentane Position  $P$  des wirtschaftenden Individuums. Das Prinzip des Handelns ist das hedonistische Prinzip, das wir in dieser Form aussprechen wollen: Von der Position  $P$  ausgehend, sucht das Individuum neue Positionen zu erreichen mit dem Ziele, eine Position  $P$  einzunehmen, welche ihm begehrenswerter erscheint als die ursprüngliche, und welche die begehrenswerteste ist unter denen, die ihm zu erreichen möglich ist. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert eine einzige Voraussetzung: daß nämlich das wirtschaftende Individuum in der Lage ist, beim Vergleich von zwei Positionen  $P_1$  und  $P_2$  immer anzugeben, ob beide ihm gleich begehrenswert erscheinen, oder, falls dies nicht der Fall ist, welche von beiden Positionen es für begehrenswerter hält. Die zur Lösung führende Methode ist dann die, daß wir die bisherigen Formulierungen in eine Gestalt kleiden, welche sie der mathematischen Analyse zugänglich macht. Dadurch erhalten wir den Formelkomplex für die funktionalen Zusammenhänge, welche wir, wie früher erklärt, suchen. Grundlegend ist hierbei der Begriff des Indifferenzgebildes, d. h. der Gesamtheit der Positionen  $P, P', P'' \dots$ , die dem Individuum  $I$  gleich begehrenswert erscheinen, und die, da eine Position durch die Quantitäten  $a, b, c \dots$  der Güter und Dienste  $A, B, C \dots$  charakterisiert wird, die Form einer Gleichung zwischen  $a, b, c \dots$  annehmen. Für das wirtschaftende Individuum ist es gleichgültig, welche Position es innerhalb eines und desselben Indifferenzgebildes einnimmt; wonach es trachtet, ist, eine beliebige Position an einem anderen Indifferenzgebilde zu erreichen, dessen sämtliche Positionen ihm begehrenswerter erscheinen als seine gegenwärtige. Der Begriff des Indifferenzgebildes gestattet also, die Menge der denkbaren Positionen, die der Güterraum enthält, zu ordnen. Die nächste Aufgabe besteht nun darin, innerhalb des so geordneten Güterraums die Gebiete jener Positionen zu markieren, deren Erreichung durch das wirtschaftende Individuum sich Hindernisse in den Weg legen, und dies geschieht vor allem dadurch, daß wir dem Güterraum von  $I$  die Güterräume anderer wirtschaftender Individuen  $I', I'' \dots$  entgegenstellen; es

ist klar, daß das wirtschaftende Individuum, wären keine solchen Hindernisse vorhanden, sich in den Genuß aller Güter bis zur vollständigen Sättigung setzen würde. Durch diese Gegenüberstellung werden die Wege, die das Individuum im Güterraum einschlagen kann, begrenzt. Was wir nun suchen, sind Positionen des Gleichgewichts, d. h. Positionen, in denen die durch das hedonistische Prinzip ausgelöste Handlung aufhört, weil es bei den vorhandenen Widerständen für das wirtschaftende Individuum unmöglich ist, eine neue, begehrenswertere Position zu erreichen. Da die Diskussion der sich dabei ergebenden Modalitäten — ob eine Gleichgewichtsposition überhaupt vorhanden ist oder nicht, oder ob deren gleich mehrere existieren, ob und unter welchen Verhältnissen die Gleichgewichtslage eine stabile sein wird usw. — einen breiten Raum einnimmt, wird diese Theorie zweckdienlich als Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichtes<sup>3</sup> bezeichnet.

Ohne an dieser Stelle auf die weitere Behandlung dieser Gedankengänge in formaler Hinsicht einzugehen, mögen als charakteristische Merkmale der hier entwickelten Betrachtungsweise die folgenden Punkte angeführt werden:

Erstens die Rolle, die der Begriff des Nutzens spielt. Er ist vollständig seines — da und dort noch vorhandenen — mystischen Charakters entkleidet und stellt nur eine (neben anderen ebenso brauchbaren) sprachlichen Wendungen für die Tatsache dar, daß Dinge und Dienste dem Menschen begehrenswert erscheinen. Kein Wort davon, daß dieser Nutzen eine Größe sei, sondern nur die nicht zu widerlegende Annahme, daß es im „begehrenswert erscheinen“ ein Mehr und ein Weniger gibt, was jedermann an sich selber bestätigt finden kann. Es ist bekannt, daß eben dieser Begriff des Nutzens — ebenso wie der des Wertes (wir könnten das Wort „subjektiver Wert“ in die Reihe der Sprachwendungen einführen, die wir oben als synonym mit „begehrenswert“ setzten) — immer wieder zu Verwirrungen Anlaß gab, da Nationalökonomien sich sträubten, etwa Strychnin als für den Selbstmörder „nützlich“ anzusehen, obwohl der Physiker von „Geschwindigkeit“ spricht auch bei sehr geringen Ortsveränderungen in der Zeit, also etwa der einer Schnecke, oder von „Wärme“ bei Temperaturen, die bei uns eine nicht geringe Kälteempfindung auslösen. Diese Verwechslung mit dem gewöhnlichen Sprachgebrauch hat z. B. Irving Fisher bewogen, in seinen späteren Werken das Wort „utility“ durch „desirability“ zu ersetzen, ebenso Walras, der

---

<sup>3</sup> Es scheint wohl kaum notwendig hervorzuheben, daß diese Bezeichnung nicht dazu verleiten soll, jeden nationalökonomischen Schriftsteller, der vom Gleichgewichtsbegriff als solchem in irgendeiner Form und in irgendwelchem Zusammenhang Gebrauch macht, dieser Richtung zuzuzählen.

„Nutzen“ als „utilité effective“ bezeichnet, für „Grenznutzen“ das Wort „rareté“ zu wählen, während Pareto, dem dieses letztere Wort immer noch eine Möglichkeit zu Mißverständnissen (mit „Knappheit“ im Sinne des Umfanges des quantitativen Vorkommens eines Gutes) zu bieten schien, es vorzog, für „Nutzen“ das aus dem Griechischen (ὠφελιμος) abgeleitete Wort „Ophelimität“ zu prägen, das sich beispielsweise in der italienischen Literatur teilweise eingeführt hat. Noch viel weniger wird in der vorangehenden Darstellung angenommen, daß der Nutzen eine meßbare Größe sei. In der Tat hat sich der Nachweis hierfür aus dem gegebenen Tatsachenmaterial — außer in unter bestimmten Bedingungen geltenden Spezialfällen — nicht erbringen lassen. Dies tut indes weiter nichts zur Sache, die Hypothese der Meßbarkeit ist gar nicht notwendig, und man kommt mit der Annahme vollständig aus, daß es sich beim Nutzen um ein Merkmal handelt, bei dem das „Mehr“ oder „Weniger“ oder „Gleich“ jederzeit feststellbar ist, analog wie bei der Wärmeempfindung, die ja auch nicht durch die größere oder geringere Ausdehnung der Quecksilbersäule des Thermometers etwa „gemessen“ wird, und bei der wir nur ein „wärmer“ bzw. „gleich“ oder „weniger warm“ unterscheiden. Ebenso wird hier — und dies ist ein Unterschied gegenüber der Grenznutzenlehre — der Begriff des Grenznutzens nicht in den Vordergrund gestellt, obwohl auch die meisten dieser Richtung angehörenden Autoren hiervon in einer entsprechend modifizierten, d. h. der Tatsache, daß der Nutzen nicht als eine meßbare Größe angenommen wird, angepaßten Form, ausgiebig Gebrauch machen; bei Pareto wird er, in Anlehnung an die Ersetzung des Wertes „Nutzen“ durch Ophelimität als „Elementarophelimität“ bezeichnet. Doch hat eben dieser Forscher darauf hingewiesen<sup>4</sup>, daß es sich vielleicht eines Tages empfehlen wird, das ganze Gebäude ohne Hinzuziehung dieses Begriffs zu entwickeln; es muß jedoch als fraglich erscheinen, ob damit viel gewonnen würde, da auch dann der Grenznutzenbegriff in verkappter Form (so bei den in Form von Schnittpunkten resultierenden Gleichgewichtslagen) doch, wenn auch formell ausgemerzt, wieder da wäre.

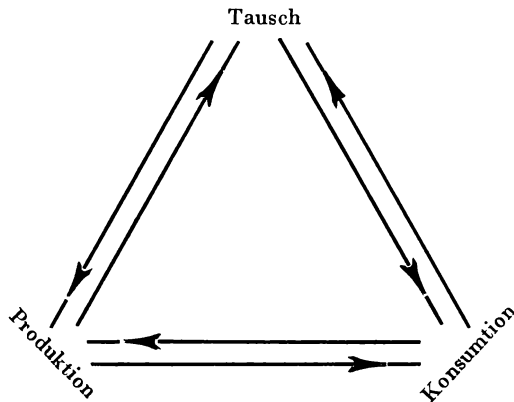
Zweitens die einheitliche und universelle Verbundenheit des Gesamtbildes im Sinne der im vorhergehenden Abschnitt erläuterten Interdependenz des wirtschaftlichen Geschehens: die alten klassischen Kategorien — Tausch, Produktion, Konsumtion (Verteilung) — werden zu Teilerscheinungen des Gesamtphänomens, die in millionenfacher Wiederholung ständig vor sich gehen. In der Tat hat sich mit der Erreichung jeder neuen Gleichgewichtsposition ein wirtschaftlicher Vorgang voll-

<sup>4</sup> Vilfredo Pareto, Manuel d'Economie Politique, Paris 1909, im Mathematischen Anhang. S. 543.



zogen, wobei die fundamentale Beziehung zwischen dem wirtschaftlichen Individuum  $I$  und den Gütermengen  $a, b \dots$  und den Diensten  $\alpha, \beta \dots$ , in deren Genuß  $I$  steht, sich verwandelt, entweder indem an Stelle von  $I$  ein anderes wirtschaftliches Individuum  $I'$  tritt, das in den Genuß eines Teiles dieser Güter gelangt (Tausch), oder aber, indem diese Güter und Dienste selbst durch  $I$  Veränderungen erleiden. Letztere können materielle sein, wobei aus  $a, b \dots, \alpha, \beta \dots$  entweder neue Güter  $m, n \dots$  erzeugt werden (Produktion) oder aber neue Dienstleistungen  $\mu, \nu \dots$  hervorgebracht werden, d. h.  $I$  verbraucht diese Güter für seinen Lebensunterhalt und wird dabei in die Lage versetzt, neue Dienstleistungen zu verrichten (Konsumtion), und sie können endlich auch räumlich sein, d. h. die Güter oder auch Dienste verwandeln ihren Standort (Verkehr). Schließen wir der Einfachheit halber den letzteren in die Produktion ein, so können wir uns durch diese Einteilung in Produktion, Tausch und Konsumtion das ganze wirtschaftliche Geschehen innerhalb gegebener Grenzen von Zeit und Raum in eine Neben- und Aneinanderreihung von elementaren Vorgängen zerlegt denken, wobei ein Vorgang den anderen ablösen wird. Ist durch Tausch das Gut  $a$  aus den Händen des Individuums  $I$  in die eines anderen wirtschaftenden Individuums  $I'$  übergegangen, so steht es nunmehr zur Verfügung von  $I'$ , der entweder selbst in den Genuß von  $a$  treten wird oder es gegen andere Güter bzw. Dienste in die Hände eines dritten Individuums  $I''$  fallen lassen kann oder es durch Produktion in ein Gut  $a'$  verwandeln kann. Das gleiche ist nach vollzogener Produktion der Fall, das Gut  $a'$  ist zur Verfügung von  $I$  und kann wieder einer dreifachen Verwendung zugeführt werden. Das gleiche gilt aber auch für den Fall der Konsumtion. Beim Verbrauch erleiden die Güter Veränderungen, die, auf die zeitliche Einheit reduziert, fast unmerkbar sein können, ebenso wie sie enorm groß sein können, und es wird sich daher, allgemein gesprochen, durch Konsumtion das Gut  $a$  in ein anderes  $\bar{a}$  verwandeln, das nach Ablauf des Verbrauchsvorganges wieder zur Verfügung steht, um auf eine der drei genannten Arten Verwendung zu finden; außerdem aber hat der Verbrauchsvorgang selbst das Individuum in die Lage versetzt, Dienste zu leisten, die in die Produktion eingehen bzw. gegen andere Güter getauscht werden können. Wir sehen also, daß die drei Elementarvorgänge zu immer neuen Wiederholungen Anlaß geben und die Grundlage für einen steten Kreislauf bieten, der indes kein kontinuierlicher sein muß: Beim Tausch beispielsweise ist die Möglichkeit gegeben, daß das Gut  $a$  nach einer Reihe von Tauschvorgängen ganz oder teilweise aufgehört hat, für irgendein Individuum ein Gut zu sein; bei der Produktion liegt die gleiche Möglichkeit vor, ebenso beim Konsum, dort, wo dem Verbrauch keine Hervorbringung

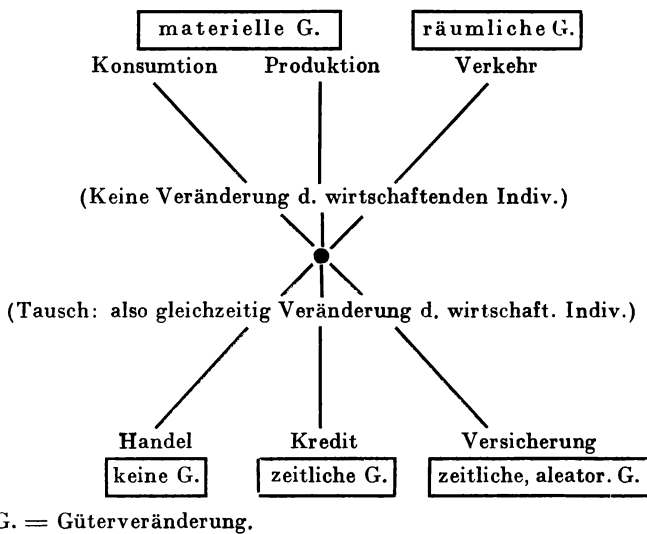
von Diensten gegenübersteht („parasitärer“ Verbrauch); außerdem wirken in der gleichen Richtung Elementarereignisse, wie Erdbeben, Wasserschäden usw., aus politischen Gründen entstehende Katastrophen (Kriege) usw. Der Kreislauf in der Güterwelt, dessen Modalitäten durch die Richtungspfeile im nachstehenden Schaubild versinnbildlicht werden, ist also kein geschlossener (im Gegensatz zum physikalischen Kreislauf, der auf Grund der Gesetze von der Erhaltung der Materie und der Erhaltung der Energie ein geschlossener ist), und die Elementarvorgänge, aus denen er sich zusammensetzt, sind in keinem Falle<sup>5</sup> reversibel: denn jede Umkehrung würde ja eine Rückkehr von einer begehrenswerteren Position  $P'$  zu einer weniger begehrenswerten Position  $P$  bedeuten.



Zu diesen materiellen und räumlichen Gütertransformationen treten die zeitlichen hinzu, zu deren Betrachtung uns die vom Einfachen zum Komplizierteren fortschreitende Hierarchie des Tausches hinführt. Dabei darf vorausgeschickt werden, daß als Preis allgemein das mengenmäßige Verhältnis, in dem zwei Güter zum Tausch gelangen, bezeichnet wird. Die einfachste Formel lautet hier: 1. „Gut gegen Gut.“ Die nächste Stufe bedingt die Wahl eines bestimmten Gutes (Geld genannt) als Einheit, d. h. die Preise aller Güter werden auf dieses eine Gut bezogen: 2. „Gut gegen Geld.“ Die weiteren Formeln führen bereits zu den zeitlichen Gütertransformationen (Kredit): 3. „Geld gegen eine Geldforderung“, d. h. gegen eine oder mehrere in einem künftigen Augenblick zur Zahlung gelangenden Geldsummen: 4. „Ware gegen Geldforderung“ und 5. „Geld gegen Warenforderung“. Die Formel 3 belegt den

<sup>5</sup> Dies gilt natürlich nur für das kleine Zeiteilchen, das diesem, wie später noch dargelegt werden soll, statischen Teile der Theorie zugrunde liegt. Bei Betrachtung eines längeren Zeitabschnitts wäre zu berücksichtigen, daß auch die Indifferenzgebilde sich ändern, so daß sehr wohl reversible Prozesse möglich erscheinen.

allergrößten Teil der Kreditgeschäfte, die überhaupt getätigt werden, Formel 4 stellt das Warenkreditgeschäft dar und Formel 5 einen Teil der Warentermingeschäfte. Endlich haben wir als letzte Formel: 6. „Geld gegen eine unter zufälligen Bedingungen zu realisierende Geldforderung“. In diese Kategorie fällt das ganze große Gebiet der Versicherung; der Versicherte zahlt einen Geldbetrag (Prämie), während die Leistung des Versicherers nach dem Zeitpunkt ihres Eintretens (und in vielen Fällen auch nach der Höhe) von aleatorischen Momenten abhängt. Auch Spiel und Wette gehören hierher, soweit sie als wirtschaftliche Handlungen angesehen werden können. Von einigen weiteren Kombinationen sehen wir in diesem Zusammenhange ab, da es sich uns nur darum handelt, die großen Kategorien herauszuschälen, für die sich danach zusammenfassend das folgende Schema ergibt, wobei bemerkt sei, daß die Praxis auch die verschiedensten gegenseitigen Kombinationen zuläßt:



Jede einzelne dieser materiellen, zeitlichen und räumlichen Güterveränderungen und jede Veränderung des wirtschaftenden Individuums als Träger derselben bedeutet die Erreichung eines (momentanen) Gleichgewichtszustandes auf dem Wege von einer (ursprünglichen) Position zu einer (neuen) größerem Nutzen entsprechenden Position.

Und endlich drittens. Die Anwendbarkeit der Methode wird auch durch die Tatsache nicht berührt, daß die Beweggründe des Homo oeconomicus durch Motive veranlaßt sein könnten, die wir bei umfassenderen Erfahrungen, als sie uns zur Verfügung stehen, vielleicht dereinst als

wesensfremd mit dem rein wirtschaftlichen Zweck ansehen werden. Da die Beziehungen zwischen Mensch und Güterwelt nur einen Teil der Beziehungen zwischen Mensch und Außenwelt darstellen, so werden die wirtschaftlichen Handlungen notwendigerweise vielfach durch Momente beeinflusst, welche nicht der Sphäre des Wirtschaftlichen angehören, so durch das gleichzeitige Bestreben, politische (Macht-) Bedürfnisse zu befriedigen, ferner durch ethische und religiöse sowie durch ästhetische Erwägungen und andere, unsere Erkenntnis der rein wirtschaftlichen Zusammenhänge störende Einflüsse mehr. Die wirtschaftlichen Handlungen sind mit diesen wesensfremden Elementen so innig verwoben, daß auch der Beobachter des wirtschaftlichen Geschehens sie vielfach als unerläßliche Prämissen empfindet, die ihm nur teilweise bewußt werden, teilweise auch unbewußt bleiben. Soweit uns diese in den Bereich des Nichtwirtschaftlichen fallenden Momente unbewußt sind und unbewußt bleiben, müssen sie als ein (unbekannter) konstituierender Bestandteil des Homo oeconomicus, das ist des nur die Güterwelt kennenden und mithin nur die Befriedigung seiner Bedürfnisse suchenden Menschen, mit in Kauf genommen werden; soweit sie uns bewußt werden, können und müssen sie ebenfalls den Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung bilden. Wir gehen dabei so vor, daß wir die Wirtschaftswissenschaft in zwei Hauptteile teilen: einerseits die „reine“ Ökonomik („*Économie politique pure*“), welche sich nur mit den Handlungen des Homo oeconomicus befaßt, und die praktische Ökonomik oder Wirtschaftspolitik andererseits, welche letztere die wirtschaftlichen Handlungen des Menschen als Resultante sowohl seiner Beziehungen zur Güterwelt als auch seiner gleichzeitigen anderen Beziehungen zur Außenwelt auffaßt. Die erwähnten Schwierigkeiten zu beheben, d. h. den Homo oeconomicus ganz seiner nicht ausschließlich auf dem Verhältnis zur Güterwelt beruhenden Eigenschaften zu entkleiden, liegt ein interessanter Versuch durch Pareto<sup>6</sup> vor. Pareto macht den Homo oeconomicus zum Träger der „*actions logiques, répétées en grand nombre qu'exécutent les hommes pour se précurer les choses qui satisfont leurs goûts*“. Allein die grundsätzliche Schwierigkeit ist damit nicht behoben, denn die genannten „wesensfremden“ Elemente lassen sich, soweit sie uns unbewußt bleiben, nicht eliminieren, sondern werden in den Begriff der „*action logique*“, der logischen Handlung, mit hereingelegt, wie dies ganz deutlich aus der Definition hervorgeht, die Pareto in seiner Soziologie<sup>7</sup> gibt, und die wie folgt lautet: „... nous appellerons ‚*actions logiques*‘ les opérations qui sont logique-

---

<sup>6</sup> Vilfredo Pareto, *Manuale di Economia Politica*, Mailand 1906, oder die bereits zitierte französische Ausgabe dieses Werkes.

<sup>7</sup> Vilfredo Pareto, *Traité de Sociologie*. I. Bd. Paris 1917. S. 67.

ment unies à leur but, non seulement par rapport au sujet qui accomplit ces opérations mais encore par ceux qui ont des connaissances plus étendues.“ Es liegt auf der Hand, daß die „wesensfremden“ Elemente auch nicht notwendigerweise eliminiert werden, wenn wir annehmen, daß die gleiche logische Handlung oft zur Wiederholung gelangt. Eine Gefährdung der reinen Ökonomik durch diesen (unbekannten) konstituierenden Bestandteil des Homo oeconomicus wäre indes erst dann gegeben, wenn nachgewiesen würde, daß dieser Bestandteil im Raume und der Zeit bedeutenden Veränderungen unterworfen wäre, was jedoch nicht anzunehmen ist. Dagegen muß natürlich diesem Umstande Rechnung getragen werden, wenn wir den auf dem Gebiete der reinen Ökonomik gewonnenen Erkenntnissen Sätze von säkularer Bedeutung und universeller Geltung sehen wollen, worüber noch am Schluß dieses Aufsatzes einiges gesagt werden soll. Aus der im vorstehenden skizzierten Entwicklung des Gedankenganges geht unmittelbar hervor, daß alle logischen, in großer Zahl wiederholten Handlungen, welche die Menschen vornehmen, um sich in den Genuß von Gütern zu setzen, wirtschaftliche Handlungen in unserem Sinne sind, das Umgekehrte dagegen nicht notwendigerweise der Fall zu sein braucht.

### III.

Die Entwicklungsgeschichte der Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichts darzustellen, ja auch nur einigermaßen erschöpfende bibliographische Angaben zu machen, kann bei der Beschränktheit des zur Verfügung stehenden Raumes nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes sein, wohl aber mögen wenigstens die für das Verständnis des heutigen Standes wichtigsten Punkte kurz festgehalten werden. Vorab ist festzustellen, daß die Theorie als solche in das umfassendere Gebiet der naturwissenschaftlichen Analogien der Sozialwissenschaften sich einreihen läßt; sie stellt eine ökonomische Mechanik dar, ebenso wie beispielsweise mehr oder weniger erfolgreiche Versuche gemacht wurden, die wirtschaftliche mit der biologischen Erscheinungswelt in Parallele zu setzen. Es ist dies weder, wie mit Rücksicht auf den hohen Stand der Entwicklung der Naturwissenschaften bemerkt worden ist, ein Vorzug der Theorie, noch auch ein Fehler derselben, wie noch öfter von entgegengesetzter Seite behauptet wird, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß ja die Methoden, die für die tote Materie passen, nicht auf den lebendigen, durch seine freien Willensimpulse bewegten Menschen Anwendung finden könnten. Vielmehr ist diese Tatsache die natürliche Konsequenz des Umstandes, daß unser Denken beim Studium sehr disparater Materien oft in die gleichen Bahnen verfällt. Unser Gehirn stellt vielfach zwischen

durchaus verschiedenen Teilen der Außenwelt einen sehr tiefgreifenden Parallelismus her. Man vergleiche etwa die sehr verschiedenen Wissensgebieten angehörenden Begriffe „Konjunktur“, „Wetter“ und „Gesundheit“. „Konjunktur“ ist ein Allgemeinbegriff für den Zustand des Wirtschaftslebens, sofern man diesen Zustand von einem besonderen Gesichtspunkt aus betrachtet, ebenso wie „Gesundheit“ ein Allgemeinbegriff für den Zustand des menschlichen Körpers von einem besonderen Gesichtspunkte aus oder „Wetter“ ein Allgemeinbegriff für den Zustand der irdischen Atmosphäre, ebenfalls von einem besonderen Gesichtspunkte aus betrachtet, und in allen drei Fällen haben wir es mit einem Erscheinungskomplex zu tun, der, wenn wir ihn in seinen Einzelheiten analysieren, von außerordentlich vielen — praktisch unendlich vielen — Veränderlichen oder Variablen abhängt. Wir haben hier ein Beispiel weitgehender Analogie — die Details könnten mit Leichtigkeit noch vertieft werden — zwischen besonderen wirtschaftlichen, physikalischen und biologischen Vorgängen, mit der wir uns ebenso abzufinden haben wie allgemeiner mit der Tatsache, daß die Tendenz zur Analogienbildung mit dem wissenschaftlichen Denken aufs innigste verknüpft ist.

Eine weitere Bemerkung mag den Umstand betreffen, daß man auf den Kreis der Forscher, die sich mit der Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichts beschäftigen, oft die Bezeichnung „mathematische Schule“ angewendet findet. Es sei gestattet, daran anknüpfend, zu bemerken, daß darin eine Verallgemeinerung enthalten ist, welche nicht zulässig erscheint. Es ist richtig, daß zum näheren Eindringen in die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht mathematische Methoden notwendig sind, daß zum erschöpfenden Durchdenken der möglichen Modalitäten die mathematische Sprache wie keine andere geeignet ist, am sichersten zum Ziele zu führen (man vergleiche die Entwicklung der alten „Logik“ zur modernen, in ein rein mathematisches Gewand gekleideten „Logistik“). Allein die Mathematik ist für die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht nur das (nach unseren Kenntnissen) praktischste Werkzeug zur Bearbeitung des Stoffes, und nicht mehr; oder, wie Schumpeter<sup>8</sup> sagt, „seiner logischen Natur nach unterscheidet sich das, was die sogenannten mathematischen Nationalökonomien tun, in nichts von dem, was jeder andere Theoretiker auch tut“. Darum darf uns nicht verwundern, daß die Mathematik von Mathematikern mitunter auch in sinnwidriger Form auf ökonomische Probleme angewandt wurde. Dieses Instrument des Denkens ist sicher nicht die Hauptsache, vermag aber vor gefährlichem Irrtum und leichtfertigem Urteil zu bewahren, und vielleicht hat es einen tieferen Sinn,

---

<sup>8</sup> Schumpeter, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“. I. Bd. Wien 1927. S. 11, Anm.

wenn beim Tode von F. Y. Edgeworth in einem Nekrolog („The Times“ vom 16. Februar 1926) gesagt wurde, daß er „was sometimes accused of being constitutionally incapable of pronouncing a decided opinion on any practical question“, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß nicht auch Gelehrte mit sehr intensivem praktischem Wirklichkeitssinn sich mit der Anwendung mathematischer Methoden auf sozialwissenschaftliche Probleme befaßt haben. Vor allem scheint entscheidend zu sein, daß die Anwendungen der Mathematik auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften nicht nur die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht umschließen, sondern sehr viel weiter reichen; sie umfassen das ganze große Gebiet der Anwendungen der theoretischen Statistik (in ihren zwei Hauptrichtungen, der Lexis-Bortkiewiczschen und der anglo-amerikanischen), ferner wichtige Kapitel des Versicherungswesens, des Verkehrswesens, der Einkommensverteilung, der Standortslehre usw. Innerhalb der sogenannten mathematischen Nationalökonomie<sup>9</sup> selbst ist es nur eine einzelne Richtung, welche durch die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht erfaßt wird.

Drei Namen sind als Vorläufer zu nennen: J. H. Thünen in bezug auf den axiomatisch-deduktiven Charakter seiner Methodik, H. Gossen, dessen Sättigungsgesetz die in der Hauptsache auch heute in nur wenig veränderter Gestalt verwendete funktionale Abhängigkeit zwischen dem Nutzen und der Menge eines Gutes erkannt und formuliert hat, endlich als dritter Name A. A. Cournot<sup>10</sup>, der — mehr bekannt als Mathematiker denn als Nationalökonom — als erster von der mathematischen Symbolik weitestgehenden Gebrauch machte. Niemand ist hierin vor Cournot so weit gegangen wie er, nur wenige später. Cournot gebührt das Verdienst, als erster die Gleichgewichtslage im Fall des Monopols in einer Form dargestellt zu haben, deren Gedankengänge auch heute noch Anwendung finden. Dagegen war Cournot, obwohl Mathematiker von Ansehen, im allgemeinen in der Anwendung der mathematischen Analyse auf wirtschaftliche Probleme durchaus nicht glücklich.

Der Beginn der Entwicklung setzt dann — von den Vorläufern vollständig unbeeinflusst — um die Wende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein, nicht lange also (wie J. S. Nicholson<sup>11</sup> richtig be-

<sup>9</sup> Jacques Moret zitiert in seinem Buch „L'Emploi des Mathématiques en Economie Politique“ den Ausspruch von Dr. L. Winiarsky am „Congrès international de l'enseignement des sciences sociales“ im Jahre 1900, wonach damals mathematische Nationalökonomie an etwa zwanzig Universitäten gelehrt wurde.

<sup>10</sup> Thünen, *Der isolierte Staat* in bezug auf Landwirtschaft und Nationalökonomie (1826, 1850, 1863); Gossen, *Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs*. Braunschweig 1854; A. Cournot, *Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses*. Paris 1838.

<sup>11</sup> Art. „Value“, in *Encyclop. Britannica*. 11. Auflage.

merkt hat), nachdem J. St. Mill erklärt hatte, daß glücklicherweise „there is nothing in the laws of value which remains for the present or any future writer to clear up; the theory of the subject is complete“. Damals wurde, dieser Voraussage zum Trotz, von drei Forschern — St. Jevons, C. Menger und L. Walras — nahezu gleichzeitig und unabhängig voneinander der grundlegende Begriff des Grenznutzens herausgearbeitet und zum Ausgangspunkt der Wert- und Preislehre gemacht. In der Folge führte dieser gemeinsame Ausgangspunkt zu drei verschiedenen Richtungen, die indes auch heute noch, nach mehr als einem halben Jahrhundert, trotz der vorhandenen Gegensätzlichkeiten der Auffassung sich nicht anders zueinander stellen als die Kinder der gleichen Mutter; ja man darf wohl sagen, daß die Jahre die Gegensätze eher gemildert als verschärft und das gegenseitige Sichverstehen letzten Endes gefördert haben. Von den drei genannten Forschern war es einer, Léon Walras<sup>12</sup>, dem die Wissenschaft die Anwendung des Begriffs des Grenznutzens in Verbindung mit der Idee des Gleichgewichts und der Darstellung der funktionellen Interdependenz des wirtschaftlichen Phänomens<sup>13</sup> verdankt. Die Zusammenfassung dieser Gedankenelemente führt zu Gleichungssystemen, die Walras gesondert für den Tausch, die Produktion und die Kapitalisation entwickelt, wobei ebensoviel (voneinander unabhängige) Gleichungen angegeben werden, als unbekannte Größen zu bestimmen sind. In eine leicht faßliche Form gebracht, kann man das so ausdrücken, daß beispielsweise beim Tausch, bei dem zwischen einer Gruppe von wirtschaftenden Individuen eine Anzahl von Gütern die Hand ändern, die zu Beginn bei jedem Individuum vorhandenen Quantitäten als bekannt vorausgesetzt werden, ebenso die Abhängigkeit des Nutzens jeden Gutes von dessen Menge für jedes Individuum, während die zum Austausch gelangenden Mengen jeden Gutes sowie die Preise zu bestimmen sind. Hierfür dienen nun Gleichungen, die in drei Gruppen zerfallen: erstens in solche, welche für jedes Individuum die Gleichheit der auf die Einheit

---

<sup>12</sup> Walras, *Eléments d'Economie politique pure*. (Lausanne et Paris, letzte Auflage 1900, erste Ausgabe in zwei Teilen 1874—1877.) Dieses Buch bildet einen ersten, selbständigen Teil eines dreibändigen Werkes, dessen zwei anderen Bände der „angewandten“ und „Sozial“ökonomik (im Sinne der Terminologie des Verfassers) gewidmet sind.

<sup>13</sup> Auch für diese Erkenntnis der funktionellen Abhängigkeit aller Elemente des wirtschaftlichen Phänomens untereinander gibt es eine Reihe von „Vorläufern“, darunter wohl als einen der ersten den französischen Ingenieur Achille-Nicolas Isnard. Dessen Werke „*Traité des Richesses*“, 1781 anonym in London erschienen und in Lausanne verlegt, war allerdings auf Walras ebensowenig von Einfluß wie die Gossensche Untersuchung. Dagegen gedenkt Walras in dankbarer Ehrfurcht der Anregungen, die er von seinem Vater (A. A. Walras, Schulmann und nationalökonomischer Schriftsteller) empfangen hat.



der Preise bezogenen Grenznutzen für jedes Gut ausdrücken, zweitens solche, welche der Tatsache entsprechen, daß für jedes Individuum (in Geldeinheiten ausgedrückt) die Summe der Ausgaben gleich der Summe der Einnahmen ist (Budgetgleichungen), und drittens die Bedingungen, welche zum Ausdruck bringen, daß beim Tausch die Gütermengen erhalten bleiben, d. h. vor und nach vollzogenem Tausch die gleichen sind. Hierbei zeigt es sich, daß die Anzahl der in Form von Gleichungen gekleideten (voneinander unabhängigen) Bedingungen ebenso groß ist wie die Zahl der Unbekannten, und die Aufgabe mithin ideell gelöst ist. Die Formelgruppen, die Walras, wie gesagt, nicht nur für den Tausch, sondern auch für die Produktion und die Kapitalisation aufgestellt hat, behandeln nur den Fall der freien Konkurrenz, und sie setzen den Nutzen eines Gutes als eine Größe, und zwar eine nur von der Menge des betreffenden Gutes abhängige Größe voraus. Damit sind bereits einige Momente angeführt, welche Gelegenheit zu einer Vervollkommnung der Theorie boten, die dann durch Vilfredo Pareto, dem Nachfolger Walras' an der Universität Lausanne, erfolgte. Die Tatsache, daß an dieser Hochschule nacheinander zwei Gelehrte, ein Franzose<sup>14</sup> (Léon Walras) und ein Italiener (Vilfredo Pareto), wirkten, welche die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht begründet und ausgestaltet haben, ist auch der Grund dafür, daß diese Ideenrichtung in der Literatur oft als Lausanner Schule bezeichnet wird. Paretos Lehre — nur von jenem Teil seiner Arbeiten, welche die Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichts betreffen, ist hier die Rede — hat eine interessante Wandlung durchgemacht<sup>15</sup>. Der

<sup>14</sup> Mit rührenden Worten gedenkt Walras in der Einleitung seiner „*Eléments d'Economie politique pure*“ des Wohlwollens und Vertrauens, das ihm vom damaligen Erziehungsdirektor des Kantons Waadt entgegengebracht wurde, dem er seine Berufung an die Akademie (die spätere Universität) Lausanne verdankte, und er stellt sie in Gegensatz zu der frostig-ablehnenden Haltung der „*Académie des sciences morales et politiques*“, der er im Jahre 1873 eine Abhandlung, die Grundlagen seiner Theorie des Tausches enthaltend, unterbreitet hatte. (... „L'Académie accueille cette communication de la façon la moins favorable et la moins encourageante. J'en suis fâché pour ce corps savant...“) Walras blieb lange Zeit in Frankreich gänzlich unbeachtet und hat übrigens in seinem Heimatlande auch später mehr Achtung als Anhänger gefunden.

<sup>15</sup> Vgl. Pareto, *Cours d'Economie politique*, Lausanne 1896, ferner zahlreiche Abhandlungen, vor allem im „*Giornale degli economisti*“, die einschlägigen Beiträge in der deutschen und (in stark veränderter Form) in der französischen Ausgabe der mathematischen Enzyklopädie (Anwendungen der Mathematik auf Nationalökonomie, in „*Enzyklopädie der math. Wissenschaften mit Einschluß ihrer Anwendungen*“, I. Bd., Leipzig 1898, und *Economie mathématique*, in „*Encyclopédie des Sciences mathématiques pures et appliquées*“, Tome I, vol. 2, Leipzig und Paris 1911), endlich die bereits vorher zitierten „*Manuale*...“ und „*Manuel*...“. Der mathematische Anhang des „*Manuel*“ (zusammen mit dem etwas später fertiggestellten Beitrag in der französischen Ausgabe der mathematischen Enzyklopädie) gibt eigentlich die letzte Fassung

„Cours“ befreit zwar von der Walrasschen Annahme, daß der Nutzen eines Gutes nur von der Menge desselben abhängt, auch betrachtet er neben dem Falle der freien Konkurrenz den Fall des Monopols, dessen Behandlung im wesentlichen aus einer zweckmäßigen Verbindung des bereits von Cournot angewandten Gedankenganges mit dem Walrasschen Formelsystem resultiert. Allein diese theoretischen Fortschritte treten innerhalb des Lehrgebäudes zurück gegenüber der Tatsache, daß — wie ein so hervorragender Kritiker wie L. v. Bortkiewicz bemerkt hat<sup>16</sup> — hier „zum erstenmal ein Versuch im großen gemacht wurde, die neuen Theorien nach der wirtschafts- und sozialpolitischen Seite hin zu bewerten, und zwar im Sinne eines extremen Liberalismus und Idealismus“. Diese Ansicht, als ließen sich auf Grund rein wissenschaftlich begründeter Erwägungen Folgerungen von solcher Tragweite in bezug auf praktische Probleme ziehen, hat indes Pareto selbst später nicht mehr aufrecht-erhalten, sie vielmehr als irrig erkannt. Die fernere Ausgestaltung der Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht durch Pareto ist schrittweise seit Ende des vorigen Jahrhunderts erfolgt; sie wurde zunächst in Abhandlungen niedergelegt und erschien, in ein geschlossenes System gekleidet, etwa zu gleicher Zeit, da in Deutschland Schumpeter, auf ähnlichen Gedankenlinien fußend, die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Gleichgewichtsproblems, mit bewußter Betonung seiner zentralen Stellung im Rahmen der ökonomischen Theorie, verbreitete und vertiefte<sup>17</sup>. Die Gleichgewichtslehre in der Form, die sie in den letzten Arbeiten Paretos angenommen hat, geht hauptsächlich von der durch Irving Fisher in seiner Dissertation<sup>18</sup> gegebenen Klärung der in bezug auf die Meßbarkeit des Nutzens sich ergebenden Problemstellung aus; diese Meßbarkeit läßt sich auf Grund von Angebot und Nachfrage nur dann eindeutig (d. h. bis auf die willkürliche Wahl der Maßeinheit) vornehmen, wenn der Nutzen einer Menge eines Gutes nur von diesem einen Gut selbst abhängt, eine Einschränkung also, von der sich zu befreien im Interesse einer allgemeineren Gültigkeit der Theorie zum Gebot der Notwendigkeit wird. Irving Fisher hat auch gezeigt, daß diese Annahme durchaus überflüssig

---

wieder, welche die Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bei Pareto, der die letzten Jahre seines Lebens der Fertigstellung seiner Soziologie widmete, angenommen hat.

<sup>16</sup> L. v. Bortkiewicz, „Die Grenznutzentheorie als Grundlage einer ultraliberalen Wirtschaftspolitik“, in Schmollers Jahrbuch 1898.

<sup>17</sup> Schumpeter, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Leipzig 1908.

<sup>18</sup> Irving Fisher, Mathematical Investigations in the Theory of Value and Prices (zuerst erschienen in „Transactions of the Connecticut Academy“, Juli 1892; Neudruck: New Haven, Yale University Press 1925).

ist<sup>19</sup>, und zugleich den Weg gewiesen, wie man, ohne die Hypothese der Meßbarkeit des Nutzens zu machen, zu dem gleichen Ziele gelangen kann<sup>20</sup>. Hier ist der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Gleichgewichtslehre durch Pareto gewesen. Er läßt jedes wirtschaftende Individuum eindeutig durch sein individuelles Indifferenzgebilde charakterisieren, einen Begriff, dessen Einführung in die Wissenschaft F. Y. Edgeworth zu verdanken ist<sup>21</sup>; das Indifferenzgebilde stellt die begriffliche Erweiterung der (für zwei Güter geltenden) Indifferenzlinien dar, wenn man an die Stelle von zwei Gütern deren mehrere treten läßt. Diese Umstellung, d. h. der Verzicht auf die Annahme, daß der Nutzen eine meßbare Größe sei, drückt sich dann in den Formeln so aus, daß an Stelle der früheren Größe „Nutzen“ der „Nutzenindex“ tritt, d. h. eine von den Mengen der Güter abhängige Funktion, welche die Eigenschaft hat, beim Übergang von einer Kombination der Variablen  $K_1$  zu einer anderen Kombination  $K_2$  zu wachsen, gleichzubleiben oder abzunehmen, je nachdem die durch die zweite Kombination dargestellten Gütermengen dem wirtschaftenden Individuum begehrenswerter, gleich oder weniger begehrenswert erscheinen als die durch die erste Kombination dargestellten. Das wirtschaftliche Gleichgewicht resultiert danach, wie weiter oben bereits ausgeführt, aus dem Gegenspiel zwischen dem Bestreben des wirtschaftenden Individuums, von dem Indifferenzgebilde, das seine Anfangsposition charakterisierte, zu immer größerem Nutzen entsprechenden Positionen zu gelangen, einerseits, und den Widerständen (Hindernissen, Bindungen), die sich ihm hierbei entgegenstellen, andererseits. Die angeführten Bedingungen nehmen die Form von Gleichungen an, aus deren Koexistenz sich die Lösung, sofern eine solche existiert, ableitet. Die entsprechenden Untersuchungen hat Pareto in einer sehr allgemeinen

---

<sup>19</sup> Dies hindert, wie nur nebenbei erwähnt sei, nicht, aus anderen Gründen nach der Möglichkeit, geeignete Maßzahlen für den Nutzen zu finden, zu forschen. In dem in der vorhergehenden Anmerkung zitierten Neudruck seiner „Mathematical Investigations . . .“ kündigte Irving Fisher im Vorwort die Entwicklung einer statistischen Methode zur Erreichung dieses Zieles an; man vgl. für diesen Versuch die Abhandlung „A statistical Method for Measuring ‚Marginal Utility‘ and Testing the Justice of a progressive Income Tax“ in der Festschrift für John Bates Clark.

<sup>20</sup> Irving Fisher gelangte für den Tausch von einer beliebigen Anzahl von Gütern bei einer beliebigen Anzahl von wirtschaftenden Individuen zu einem Gleichungssystem, das im wesentlichen dasjenige von Walras ist, ohne dieses vorher gekannt zu haben. Er urteilt darüber selbst im Vorwort zu seiner Arbeit wie folgt: „That similar results should be obtained independently and by separate paths is certainly an argument to be weighed by those skeptical of the mathematical method.“ Auch die Idee der sogenannten Indifferenzgebilde, die vor ihm Edgeworth entwickelt hatte, gewann er unabhängig von diesem Forscher. Man vgl. dazu die ebenfalls von verschiedenen Forschern in vollständiger gegenseitiger Unabhängigkeit entwickelte Grenznutzentheorie.

<sup>21</sup> F. Y. Edgeworth, *Mathematical Psychics*. London 1882.

Form durchgeführt, ebenso für den Fall der freien Konkurrenz sowohl bei konstanten als auch bei veränderlichen Preisen, wie für diverse Modalitäten des Monopols (Fall eines Monopolisten und eines monopolisierten Gutes, Fall zweier Monopolisten und eines bzw. zweier monopolisierter Güter) und auch unter der Annahme einer auf kollektivistischer Basis organisierten Ordnung der Produktion<sup>22</sup>. Die aus dem mechanischen Vorbilde sich ergebende Analogie, die bei Irving Fisher sogar zur Konstruktion eines hydraulischen Modells geführt hatte, das trotz seiner Kompliziertheit auch tatsächlich zur Ausführung gelangte, ist bei dieser Fassung der Theorie zwar nicht verschwunden, jedoch eine andere, nach ökonomischen Kategorien selbständigere geworden, als sie uns bei Walras erscheint. Auch geht die Untersuchung nicht einfach darauf aus,  $N$  (voneinander unabhängige) Bedingungen aufzustellen, welche uns  $N$  als unbekannt angenommene Größen (ideell) zu bestimmen erlauben sollen, sondern es werden allgemein die Voraussetzungen geprüft, welche die Existenz einer (bzw. mehrerer) Lösung(en) bedingen, ebenso wie daran anschließend die Natur des einer gefundenen Lösung entsprechenden Gleichgewichtszustandes (d. h. ob dieser ein stabiler ist oder nicht) zur Erörterung gelangt: Aus einfachen Prämissen entwickelt sich eine reiche Kasuistik, welche im einzelnen sehr weit geführt werden kann.

#### IV.

Mit der zuletzt dargestellten Phase der Theorie soll diese dogmengeschichtliche Skizze schließen; sie entspricht auch deren gegenwärtigem Zustande, da Fortschritte prinzipieller Natur seitdem nicht erzielt wurden und wir von Ansätzen, die sich noch nicht genügend herauskristallisiert haben, an dieser Stelle absehen wollen und müssen. Wenn wir abschließend einige kritische Erwägungen spezieller und allgemeiner Natur folgen lassen, so werden wir damit zugleich angedeutet haben, in welcher Richtung ein Ausbau der Theorie wünschenswert, ja notwendig erscheint.

Was die speziellen Punkte anlangt, so ist in erster Linie festzustellen, daß die Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes eine statische

---

<sup>22</sup> Vgl. für eine Gegenüberstellung der das wirtschaftliche Gleichgewicht ausdrückenden Gleichungssysteme bei Walras und bei Pareto die folgenden Aufsätze im „Giornale degli Economisti“ (Rom 1924): Umberto Ricci, Pareto e l'economia pura; Luigi Amoroso, La Meccanica Economica, und Alfonso de Pietri-Tonelli, Le equazioni generali dell'equilibrio economico di Vilfredo Pareto. An Gesamtdarstellungen der Lehre des wirtschaftlichen Gleichgewichtes seien ferner angeführt: Amoroso, Lezioni di economia matematica (Bologna 1921) und de Pietri-Tonelli, Traité d'économie rationelle (Paris 1927), sowie die italienischen Ausgaben dieses Werkes. Die speziell mathematischen Kapitel entwickelt A. L. Bowley (The Mathematical Groundwork of Economics, Oxford 1924) sowohl für allgemeine als auch für spezielle (insbesondere in England im Anschluß an Marshall vielfach behandelte) Gleichgewichtsfälle.

Theorie ist. Wenn im Anschluß daran, wie bei Pareto, Ansätze zu einer Dynamik entwickelt werden (die im wesentlichen aus einer Verallgemeinerung der Ricardoschen Theorie der Grundrente und aus einer Theorie der Konjunkturbewegungen bestehen), so ist zu sagen, daß diese Ansätze sich nicht als ein logischer Ausbau des statischen Gebäudes darstellen. Die eingangs postulierte Allgemeingültigkeit der Theorie in der Zeit bezieht sich im Falle unserer Lösung wohl auf ein beliebiges Zeiteilchen, gestattet aber nicht, die Kontinuität in der Entwicklung zu verfolgen: wir können wohl (ideell) für jeden beliebigen Augenblick zwei aufeinanderfolgende Filmbildchen konstruieren, vermögen aber daraus keinen kontinuierlichen Filmstreifen hervorzubringen. Damit, daß das gebotene Bild ein statisches und kein dynamisches ist, hängt es auch zusammen, daß die Theorie nicht nur die Entwicklung in der Vergangenheit darzustellen nicht erlaubt, sondern ebensowenig eine Prognose über die zukünftige Entwicklung zuläßt; daß eine solche der Tatsache Rechnung tragen muß, daß die Handlungen der wirtschaftenden Individuen in diesem Falle auch von der Meinung, die sich diese über die Zukunft des wirtschaftlichen Phänomens machen, abhängen, braucht in dem Zusammenhange nicht weiter erörtert zu werden.

Diese Erweiterung der Theorie nach der dynamischen Seite — das zeitliche Element — ist die wichtigste Aufgabe. Sie wird zweckmäßigerweise ihre Vervollständigung darin erblicken, weitere neue Elemente in das Bedingungs- (Gleichungs-) System aufzunehmen, welche bisher noch nicht in die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht organisch mit hereingebaut wurden. Und zwar erstens das räumliche Element, womit die Standortsprobleme sich in die Theorie einfügen. Zweitens das biometrische Element. Der Homo oeconomicus hat in den Gleichungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts kein Alter; der Tatsache aber, daß in einer bestimmten Gruppe von wirtschaftenden Individuen im nächsten Zeiteilchen eine gewisse Anzahl durch Alter, Invalidität und Tod ausscheiden, andere infolge Erreichung eines bestimmten Alters neu hinzukommen, und daß dieser Prozeß gleichzeitig gewisse Handänderungen von Gütern (Erbteilung...) bedingt, muß in adäquater Weise Rechnung getragen werden. Und drittens das organisatorische Element, das den Umstand berücksichtigen muß, daß die wirtschaftenden Individuen Verbindungen eingehen, die ihrerseits zu Verbindungen höherer Ordnung oder höheren Einheiten führen; beispielsweise können in einem gegebenen Augenblick gleichzeitig als Käufer auf dem Markt erscheinen Einzelindividuen, Familien, Aktiengesellschaften, Trusts, der Staat oder die Gemeinde (durch öffentliche Betriebe) usw., und mit Rücksicht auf die Darstellung der Interdependenz des wirtschaftlichen Phänomens geht es

nicht an, so vorzugehen, als ob einfach eine entsprechende Zahl von Einzelindividuen auf dem Markt wäre<sup>23</sup>.

Es zeigt sich also, daß die „allgemeine Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes“, wie sie genannt wird, noch wesentlicher Verallgemeinerungen fähig ist. Allein, auch abgesehen davon, drängt sich die Möglichkeit einer Vervollkommnung der Theorie in einem ganz anderen Sinne auf. Die größere Annäherung an die Wirklichkeit wird nicht nur durch die im vorstehenden angedeutete Einbeziehung des zeitlichen, räumlichen usw. Elements in das Gleichungssystem erfolgen, sondern sie kann auch auf anderem Wege vor sich gehen. Es sei z. B. an die Modalitäten des Monopols erinnert. Die Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes verdankt einer Zeit ihre Entstehung, da in der praktischen Wirtschaftspolitik die freie Konkurrenz sich der Gunst der Verhältnisse erfreute; Walras stellte seine Gleichungen nur für den Fall der freien Konkurrenz dar, und dieser Fall stand auch bei Pareto durchaus im Vordergrund des Interesses. Pareto drängte sich auch in seinen späteren Arbeiten die Notwendigkeit einer besseren begrifflichen Trennung der beiden Fälle der freien Konkurrenz und des Monopols auf; er gelangte hierbei zu der Unterscheidung zweier Arten von wirtschaftlichen Handlungen, eines Typus I, bei dem die wirtschaftenden Individuen die Bedingungen des Marktes annehmen, wie sie sie vorfinden, und eines Typus II, bei dem die wirtschaftenden Individuen diese Marktbedingungen zu modifizieren trachten, eine Unterscheidung, die den landläufigen Unterschied zwischen der freien Konkurrenz und dem Monopol widerspiegelt. Dabei liegt auf der Hand, daß der Umfang der möglichen Kasuistik, die bei der Aufstellung der Bedingungsgleichungen zu untersuchen ist, im Falle der freien Konkurrenz ein beschränkter, im Falle der Handlungen vom Typus II dagegen ein unbeschränkter ist. Bei der Reichhaltigkeit der praktischen Fälle von Monopolen und monopoloiden Gebilden, die uns die Gegenwart und die jüngste Vergangenheit bieten, und welche die Begründer der Theorie zu jener Zeit, da die Wirtschaftspolitik mehr der liberalen Auffassung entsprach, nicht in Rechnung stellen konnten, bleibt für das begriffliche Durchdenken der verschiedenen, nicht nur möglichen, sondern auch tatsächlich durch die Erfahrung gegebenen Modalitäten noch ein weiter Spielraum der künftigen Forschung überlassen.

Das empfindungsgemäß dringendste Bedürfnis, die Annäherung an die Wirklichkeit auf zahlenmäßigem Wege zu vollziehen, stellt, so-

---

<sup>23</sup> Einen Versuch, für die Erweiterung der Theorie nach dieser Richtung zunächst dem Begriff des Nutzens einen entsprechenden eindeutigen allgemeineren Sinn zu geben, hat der Verfasser vor zwei Jahrzehnten unternommen (vgl. Furlan, Cenni su una generalizzazione del concetto di ofelimità, in „Giornale degli economisti“, 1908).

fern man von den Gleichungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes ausgeht, das eigentliche Kruzialproblem für diese Theorie dar. Die Behandlung von derartigen Gleichungssystemen mit so vielen Gleichungen — wenn wir uns ein Land von der Bevölkerungszahl der Schweiz von der Außenwelt völlig abgesperrt denken, hätten wir immer noch ein System von mehreren 100 Millionen simultanen Gleichungen aufzulösen —, wobei die gesuchten Größen von der gleichen Größenordnung sind, ist mit Hilfe der bekannten Methoden nicht gangbar. Die Methode mußte erst geschaffen werden; Pareto hat sich einmal so ausgedrückt, daß er sagte, der Laplace der Nationalökonomie sei noch nicht geboren. Will man die Zahl der Gleichungen so reduzieren, daß eine numerische Behandlung in den Bereich der Möglichkeit gerückt wird, so wird man unwillkürlich auf die Bildung von Mittelwerten geführt. So kann man beispielsweise die Budgetgleichungen, welche einen Teil der Gleichungssysteme des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bilden und welche zum Ausdruck bringen, daß bei jeder Tauschtransaktion der bezahlte (erhaltene) Geldbetrag gleich ist dem Preis des gekauften (verkauften) Gutes mal der Menge desselben, für alle Tauschakte in einem gegebenen Land und einem bestimmten Zeitraum zusammenaddieren: man erhält dann die bekannte Relation zwischen der Menge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, dem Handelsvolumen und dem Preisniveau, also vier Begriffen, welche einen allgemeinen Durchschnittszustand der Wirtschaft innerhalb gegebener Grenzen von Zeit und Raum ausdrücken. Wie dieses Beispiel zeigt, kann die Möglichkeit, durch Benützung weiterer und Einführung neuer derartiger „Allgemeinbegriffe“ aus dem Bedingungssystem des wirtschaftlichen Gleichgewichtes Folgerungen ableiten zu können, welche eine numerische Verifizierung an der Erfahrung gestatten, nicht wohl bestritten werden.

Eine kurze Schlußbetrachtung sei der Natur der durch die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht vermittelten Erkenntnisse gewidmet. Ist es nicht verfehlt, zwischen den einzelnen Größen, welche in die Gleichungssysteme des wirtschaftlichen Gleichgewichts eingehen, eindeutig funktionale Beziehungen zu konstruieren? Vor über einem halben Jahrhundert hat Wilhelm Lexis in seiner Dorpater Antrittsvorlesung darauf hingewiesen<sup>24</sup>, daß, faßt man „den motiviert handelnden Menschen auf nach der Schablone der bloß äußerlich erkannten Naturerscheinungen“, man „eine Vermischung der Kategorien im umgekehrten Sinne, wie es die Alten getan haben“ begeht, welche den subjektiven Formen des

---

<sup>24</sup> Lexis, „Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft“, erschienen in „Abhandlungen zur Theorie der Bevölkerungs- und Moralstatistik“. Jena 1903. Vgl. auch vom gleichen Verfasser Art. „Gesetz“, in „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“. 3. Aufl.

menschlichen Denkens eine reale Bedeutung für die Natur zuschrieben. Dieser Fehler — denn um dieses Argument handelt es sich letzten Endes bei allen den zahlreichen Kontroversen in dieser Frage — wird nun bei der Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht nicht gemacht, allein die Vermeidung desselben erscheint auf den ersten Blick etwas verschleiert, indem die individuelle Freiheit des menschlichen Handelns hier schon in den „Indifferenzgebilden“ postuliert ist, die den Ausgangspunkt der Theorie bilden. Da die Lehre außerdem den Standpunkt der gegenseitigen Interdependenz, der Verkettung sämtlicher Elemente des wirtschaftlichen Phänomens untereinander, vertritt, so reiht sie damit gleichzeitig — angesichts der großen Zahl der in gegenseitiger Beziehung stehenden wirtschaftenden Individuen — die auf diesem Gebiete untersuchten Erscheinungen in die allgemeinere Kategorie der Massenerscheinungen der menschlichen Gesellschaft ein und mithin in ein Gebiet, „welches nur aus den Prinzipien der Wahrscheinlichkeitsrechnung heraus zu begreifen ist“<sup>25</sup>. Damit ist zugleich ausgesprochen, daß die Abhängigkeiten, auf welche wir in dem Versuche zur zahlenmäßigen Annäherung der Theorie an die Wirklichkeit stoßen werden, nicht eindeutig funktionaler Natur sind, sondern, wie man heute nach einem von L. v. Bortkiewicz in die Wissenschaft eingeführten Begriff sagt, stochastische Abhängigkeiten sind<sup>26</sup>. Das stochastische Element ist also im Bedingungs- (Gleichungs-) System des wirtschaftlichen Gleichgewichts durchaus nicht ausgeschaltet, und es besteht kein Widerspruch zu der Unmöglichkeit, die freien Willenshandlungen des Menschen in eine eindeutige funktionale Abhängigkeit von den ebenso freien Willenshandlungen anderer Menschen setzen zu können. Zwischen den Größen, welche in die Gleichungen vom wirtschaftlichen Gleichgewicht eingehen, besteht mithin nur deswegen eine eindeutige funktionale Verbundenheit, weil bei der Aufstellung des Gleichungssystems die stochastische Verbundenheit bereits vorweggenommen wurde. Von der Berücksichtigung dieses Umstandes wird jeder praktische Versuch, durch Zusammenfassen der Gleichungen (d. h. durch geeignete Mittelwertbildung) einen Schritt in der Richtung einer zahlenmäßigen Erfassung der durch das Gleichungssystem des wirtschaftlichen Gleichgewichtes dargestellten Verhältnisse zu vollziehen, seinen Ausgangspunkt zu nehmen haben.

---

<sup>25</sup> v. Bortkiewicz, Kritische Betrachtungen zur theoretischen Statistik, in Conrads Jahrbüchern. III. Folge. Bd. VIII, X u. XI (vor allem Bd. X, S. 356ff.).

<sup>26</sup> v. Bortkiewicz, Die Iterationen. Berlin 1917.





LUDWIG MISES

**Vom Weg  
der subjektivistischen Wertlehre**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Die Umgrenzung des „Wirtschaftlichen“ . . . . .	75
II. Das Vorziehen als Grundelement des menschlichen Verhaltens . . .	77
III. Eudämonismus und Wertlehre . . . . .	78
IV. Nationalökonomie und Psychologie . . . . .	80
V. Nationalökonomie und Technologie . . . . .	83
VI. Die Geldrechnung und das im engeren Sinne „Wirtschaftliche“ . .	84
VII. Die Austauschverhältnisse und die Grenzen der Geldrechnung . . .	86
VIII. Datenänderungen . . . . .	87
IX. Die Zeit in der Wirtschaft . . . . .	88
X. Die „Widerstände“ . . . . .	90
XI. Die Kosten . . . . .	91

## I.

# Die Umgrenzung des „Wirtschaftlichen“

Den geschichtlichen Ausgangspunkt der Überlegungen, die zur Ausbildung der nationalökonomischen Theorie geführt haben, bildeten Untersuchungen über die Geldpreise der Güter und Dienstleistungen. Der erste Schritt, der diesen Forschungen den Weg zum Erfolge eröffnete, war die Einsicht, daß das Geld „nur“ eine Vermittlerrolle spielt, daß durch seine Vermittlung in letzter Linie Waren und Dienste gegen Waren und Dienste ausgetauscht werden, und daß man daher logisch vor die Theorie des durch Geld vermittelten mittelbaren Tausches (Theorie des indirekten Tausches, auch Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel) die Theorie des direkten Tausches zu stellen habe, die mit der Fiktion arbeitet, daß alle Tauschhandlungen ohne Dazwischentreten eines Tauschvermittlers durchgeführt werden. Noch weitere Erkenntnismöglichkeiten wurden erschlossen, als man begriffen hatte, daß die Tauschhandlungen zwischen wirtschaftenden Individuen dem Wesen nach von dem, was der einzelne auch ohne Hinausgreifen in die gesellschaftliche Sphäre in seinem Haushalte an Veränderungen vornimmt, nicht verschieden sind, daß also jede Verfügung über Güter — auch die in den Produktionsprozessen — ein Tauschen ist, und daß man somit das Grundgesetz des wirtschaftlichen Handelns schon an dem Verfahren des isolierten Wirts zu erfassen vermag. Damit hatte man die Grundlage gewonnen, auf der man erst das Problem der Abgrenzung des „wirtschaftlichen“ Handelns vom „nichtwirtschaftlichen“ Handeln korrekt stellen und einer befriedigenden Lösung zuführen konnte.

Auf zwei verschiedenen Wegen war man an dieses Problem schon früher herangekommen, freilich in einer Weise, die seine Lösung beträchtlich erschweren mußte. Der klassischen Nationalökonomie war es nicht gelungen, die Schwierigkeiten, die die scheinbare Antinomie der Werterscheinung bot, zu überwinden; sie mußte ihre Wert- und Preislehre vom Tauschwert her aufbauen, sie mußte vom Handeln des Kaufmanns ausgehen, weil sie es nicht vermochte, von den Wertschätzungen der letzten Verbraucher aufsteigend ihr System aufzurichten. Das spezifische Verhalten des Kaufmanns ist durch das Streben nach Erzielung des höchsten erreichbaren Geldgewinnes bestimmt; indem die Klassiker in diesem das Wesen des wirtschaftlichen Verhaltens erblickten, mußten sie

„wirtschaftliches“ und „nichtwirtschaftliches“ Verhalten nach diesem Gesichtspunkt sondern. Diese Unterscheidung mußte sich, weil dem Grundgedanken des Systems widersprechend, als ganz unbrauchbar, ja geradezu als sinnwidrig, erweisen, sobald man den Übergang zur subjektivistischen Wertlehre vollzogen hatte; es hat freilich geraumer Zeit bedurft, ehe man es erkannte.

Erwies sich die Scheidung des „Wirtschaftlichen“ vom „Nichtwirtschaftlichen“ von seiten der Motive und der nächsten Ziele des Handelnden her als unhaltbar, so ging es mit dem Versuche, die Objekte des Handelns zur Grundlage der Scheidung zu machen, nicht besser. Körperliche Dinge der Außenwelt werden nicht nur gegen andere Dinge dieser Art ausgetauscht, sondern auch gegen andere — „immaterielle“ — Güter, wie Ehre, Ruhm und Anerkennung, hingegeben. Wollte man diese Handlungen aus dem Bereich des „Wirtschaftlichen“ hinausweisen, dann ergibt sich eine neue Schwierigkeit. Denn ein großer Teil aller Tauschhandlungen, in denen materielle Güter umgesetzt werden, dient dem einen oder beiden Kontrahenten nur als Wegbereiter zur Erlangung solcher „immaterieller“ Befriedigung. Jeder Versuch, hier scharf zu scheiden, mußte jedoch in scholastisch unfruchtbare und sich hoffnungslos in innere Widersprüche verwickelnde Erörterungen von der Art jener führen, die die Nachfahren der Klassiker den verwandten Bestrebungen zur Umgrenzung der Begriffe „Gut“ und „Produktivität“ gewidmet hatten. Doch auch wenn man davon ganz absehen wollte, durfte man sich nicht der Tatsache verschließen, daß das menschliche Verhalten eine unauflösbare Einheitlichkeit aufweist, und daß es, wenn es Sachgüter gegen nicht materiell verkörperte Güter umsetzt, sich in nichts von dem unterscheidet, was es im Umsatz von Sachgütern kennzeichnet.

Aus dem werttheoretischen Subjektivismus folgen zwei Sätze, die eine strenge Scheidung zwischen „Wirtschaftlichem“ und „Nichtwirtschaftlichem“, wie sie die ältere Nationalökonomie suchte, als undurchführbar erscheinen lassen. Da ist zunächst die Erkenntnis, daß das wirtschaftliche Prinzip das Grundprinzip alles rationalen Verhaltens und nicht etwa eine Besonderheit einer bestimmten Art dieses Verhaltens ist; alles rationale Verhalten ist sohin ein Wirtschaften. Das zweite ist die Erkenntnis, daß jedes bewußte — sinnvolle — Verhalten rational ist. Jenseits der Rationalität stehen nur — und zwar immer und ausnahmslos — die letzten Ziele (Werte, Zwecke), denen das Verhalten zustrebt. Mit dem Subjektivismus war es nicht mehr vereinbar, rational und irrational mit objektiv zweckmäßig und objektiv unzweckmäßig gleichzusetzen; es ging nicht mehr an, das „richtige“ Handeln dem unrichtigen — durch Irrtum, Unkenntnis, Unachtsamkeit vom besten Wege abgelenkten — Verhalten als

rational gegenüberzustellen. Ebensovienig war es weiterhin möglich, ein Verhalten, in dem Werte wie Ehre, Religiosität, politische Ziele berücksichtigt werden, irrational zu nennen. Max Webers Versuch, eine Sondernung des zweckrationalen vom übrigen Verhalten auf solchen Unterscheidungen aufzubauen, war der letzte dieser Art; er mußte mißlingen<sup>1</sup>.

Wenn aber alles bewußte Verhalten rationales Wirtschaften ist, dann muß man die Grundkategorien der Wirtschaft in jedem, also auch in dem vom Sprachgebrauch „nichtwirtschaftlich“ genannten Verhalten aufweisen können. In der Tat gelingt es auch unschwer, in jedem denkbaren menschlichen — bewußten — Verhalten die Grundkategorien der Katalaktik (Wert, Gut, Tausch, Preis, Kosten) nachzuweisen. Das zeigt nicht nur die Wissenschaft von der Ethik. Auch der Sprachgebrauch des Alltags gibt uns dafür genug Beweise. Man beachte z. B., wie außerhalb jenes Bereiches, den man im Alltag als den der Wirtschaft zu bezeichnen pflegt, Ausdrücke und Wendungen gebraucht werden, in denen von diesen Kategorien die Rede ist.

## II.

# Das Vorziehen als Grundelement des menschlichen Verhaltens

Alles bewußte Verhalten von Menschen stellt sich als Vorziehen eines a einem b gegenüber dar. Es ist ein Wählen zwischen sich bietenden Möglichkeiten. Diese Wahlakte allein, diese in die Außenwelt hinauswirkenden inneren Entscheidungen sind uns gegeben. Wir erfassen ihren Sinn, indem wir den Begriff der Wichtigkeit setzen. Wenn ein Individuum a dem b vorzieht, dann sagen wir, daß ihm im Augenblicke des Wahlaktes a wichtiger (wertvoller, begehrenswerter) erschien als b.

Wir pflegen auch zu sagen, daß das Bedürfnis nach a dringender war als das Bedürfnis nach b. Das ist eine Ausdrucksweise, die unter Umständen recht zweckmäßig sein mag. Doch sie ward als Hypostasierung des zu Erklärenden zur Quelle bössartiger Mißverständnisse. Man vergaß, daß wir das Bedürfnis nur aus dem Verhalten zu erkennen vermögen, daß daher die Vorstellung eines nicht den Bedürfnissen entsprechenden Verhaltens unsinnig ist, und daß man in dem Augenblick, in dem man versucht, zwischen dem Bedürfnis und dem Verhalten zu unterscheiden und das Bedürfnis zum Richter über das Verhalten zu machen, den Boden der theoretischen wertfreien Wissenschaft verläßt. Hier tut es not, sich darauf

---

<sup>1</sup> Vgl. darüber Mises, Soziologie und Geschichte. (Archiv für Sozialwissenschaft, 61. Bd.) S. 477 ff.

zu besinnen, daß wir die Lehre vom menschlichen Verhalten vor uns haben und nicht etwa Psychologie oder Logik und schon gar nicht eine Normenlehre, die gut und böse oder Wert und Unwert zu scheiden hat. Gegeben sind für uns die Handlungen, das Verhalten. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit und in welcher Art wir uns mit dem, was dahinter steht — Wertsetzungen, Wollungen —, in unserer Wissenschaft zu befassen haben. Denn nicht zu bezweifeln ist, daß wir uns mit dem gegebenen Verhalten, und nur mit ihm, zu befassen haben, und daß Verhalten, das sein sollte, aber nicht ist, für uns nicht in Betracht kommt.

Das wird uns am besten klar, wenn wir die Aufgabe der Katallaktik ins Auge fassen. Die Katallaktik hat zu erklären, wie aus dem Verhalten der am Tauschverkehr Beteiligten die Marktpreise entstehen. Sie hat die Marktpreise zu erklären, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten. Wenn man dieser Aufgabe gerecht werden will, dann darf man keineswegs „wirtschaftliche“ und „nichtwirtschaftliche“ Preisbestimmungsgründe sondern und sich darauf beschränken, eine Theorie des Preises zu schaffen, die nur für eine Welt zutreffend wäre, die nicht ist. In dem berühmten Böhm-Bawerkschen Beispiel von den fünf Kornsäcken des Kolonisten ist nicht von einer Rangordnung objektiver Richtigkeit, sondern von einer Rangordnung der subjektiven Begehungen die Rede.

Die Grenze, die das Wirtschaften vom Nichtwirtschaften trennt, ist nicht innerhalb des Raumes des rationalen Handelns zu suchen; sie fällt mit der Linie zusammen, die das Handeln vom Nichthandeln sondert. Gehandelt wird nur dort, wo Entscheidungen zu treffen sind, wo die Notwendigkeit der Wahl zwischen möglichen Zielen besteht, weil alle Ziele entweder überhaupt nicht oder nicht zu gleicher Zeit erreicht werden können. Die Menschen handeln, weil sie dem Zeitwandel unterworfen sind und daher dem Zeitablauf gegenüber nicht indifferent sind. Sie handeln, weil sie nicht voll befriedigt und genußgesättigt sind, und weil sie handelnd den Grad der Befriedigung erhöhen können. Wo diese Voraussetzungen fehlen — den „freien“ Gütern gegenüber — wird nicht gehandelt.

### III.

## Eudämonismus und Wertlehre

Die ärgerlichsten Mißverständnisse, die die Geschichte des philosophischen Denkens kennt, knüpfen sich an die Ausdrücke Lust und Unlust. Sie sind in das Schrifttum der Soziologie und Nationalökonomie übergegangen und haben auch hier Unheil gestiftet.

Die Ethik war vor Einführung dieses Begriffspaares eine Lehre von dem, was sein soll; sie suchte Ziele, die der Mensch sich stecken soll. Mit der Erkenntnis, daß der Mensch mit seinem Tun und Lassen Befriedigung sucht, war die Bahn eröffnet, auf der allein man zu einer Wissenschaft vom menschlichen Verhalten gelangen kann. Wenn Epikur in der ἀταραξία das Endziel sieht, so können wir, wenn wir wollen, darin jenen Zustand der Vollbefriedigung und Wunschlosigkeit erblicken, dem das menschliche Verhalten zustrebt, ohne es je erreichen zu können, und den grobmaterialistisches Denken in den Traumbildern des Paradieses und des Schlaraffenlandes zu umschreiben suchte. Ob man tatsächlich Epikurs Worten diesen Sinn unterlegen darf, bleibt bei der Spärlichkeit der Überlieferung freilich ungewiß.

Jedenfalls geschah es nicht ohne Verschulden Epikurs und seiner Schule, daß man die Begriffe Lust und Unlust im engsten und grobmateriellen Sinne nahm, wenn man die Ideen des Hedonismus und Eudämonismus mißverstehen wollte. Und man wollte sie nicht nur mißverstehen; man wollte sie entstellen, karikieren, verspotten und verhöhnen. Erst das 17. Jahrhundert begann wieder Verständnis für die Lehren des Epikureismus zu zeigen. Auf den von ihm geschaffenen Grundlagen erwuchs der moderne Utilitarismus, der seinerseits wieder bald mit denselben Entstellungen der Gegner zu kämpfen hatte, die seinem antiken Vorläufer entgegengetreten waren. Hedonismus, Eudämonismus und Utilitarismus wurden verfehmt und geächtet, und wer nicht Gefahr laufen wollte, sich die ganze Welt zum Feind zu machen, mußte ängstlich darauf bedacht sein, dem Verdachte zu entgehen, daß er diesen ketzerischen Lehren zuneige. Man muß dies im Auge behalten, wenn man verstehen will, weshalb viele Nationalökonomien sich bestrebten, den Zusammenhang zwischen ihren Lehren und denen des Utilitarismus zu bestreiten. Selbst Böhm-Bawerk glaubte, sich gegen den Vorwurf des Hedonismus verteidigen zu müssen. Den Kernpunkt dieser Verteidigung bildet die Feststellung, daß er schon in der ersten Darlegung seiner Wertlehre ausdrücklich bemerkt habe, daß er das Wort „Wohlfahrtszwecke“ im weitesten Sinne gebrauche, in welchem es „nicht bloß die egoistischen Interessen eines Subjektes, sondern alles umfaßt, was diesem erstrebenswert erscheint“<sup>2</sup>. Böhm hat nicht bemerkt, daß er sich damit dieselbe Auffassung von dem formalen, inhaltlich indifferenten Charakter der eudämonistischen Grundbegriffe Lust und Unlust zu eigen machte, die alle fortgeschrittenen Utilitaristen vertreten haben. Man vergleiche etwa mit den angeführten Worten Böhms den Ausspruch Jacobis: „Wir be-

---

<sup>2</sup> Vgl. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins. 4. Aufl. Jena 1921. II. Abteilung. I. Bd. S. 236, Anm.



gehen oder wollen einen Gegenstand ursprünglich nicht darum, weil er angenehm oder gut ist, sondern wir nennen ihn angenehm oder gut, weil wir ihn begehren und wollen; und das tun wir, weil es unsere sinnliche oder übersinnliche Natur so mit sich bringt. Es gibt also keinen Erkenntnisgrund des Wünschenswerten und Guten außer dem Begehungsvermögen — dem ursprünglichen Begehren und Wollen selbst.“<sup>3</sup>

Wir können es uns ersparen, näher darauf einzugehen, daß jede Ethik, mag sie auch zunächst noch so rigoros als Bekämpferin des Eudämonismus auftreten, irgendwie heimlich die Glückseligkeit in ihr Gedankengebilde einschmuggeln muß, und daß es, wie schon Böhm gezeigt hat, mit der „ethischen“ Nationalökonomie nicht anders steht<sup>4</sup>. Denn daß die Begriffe Lust und Unlust für die Lehre vom menschlichen Verhalten keine Aussage über den Inhalt des Angestrebten enthalten, dürfte denn doch wohl kaum noch verkannt werden können.

Mit dieser Feststellung erledigt man alle Einwendungen, die die „ethische“ Nationalökonomie und alle verwandten Richtungen vorzubringen wußten. Es mag Menschen geben, die etwas anderes anstreben als die Menschen, die wir kennen, doch solange es Menschen sein werden, d. h. solange sie nicht bloß weiden wie die Tiere oder bloß vegetieren wie die Pflanzen, sondern Ziele suchend handeln, werden sie immer notwendigerweise der Logik des Handelns untertan sein, die zu erforschen Aufgabe unserer Wissenschaft ist. In diesem Sinne ist diese Wissenschaft allgemein menschlich und nicht national beschränkt, zeitgebunden oder klassenbedingt; in diesem Sinne ist sie logisch vor aller geschichtlichen und deskriptiven Forschung.

#### IV.

## Nationalökonomie und Psychologie

Zur Bezeichnung der modernen subjektivistischen Nationalökonomie verwendet man nicht selten den Ausdruck „psychologische“ Schule; mitunter hebt man auch den Unterschied, der zwischen der österreichischen und der Lausanner Richtung im Verfahren besteht, dadurch hervor, daß man jener die „psychologische“ Methode zuschreibt. Daß aus solcher Sprachgewohnheit die Vorstellung entstehen konnte, die Nationalökonomie sei so ungefähr ein Zweig der Psychologie oder angewandte Psychologie, ist nicht erstaunlich. Weder diese Mißverständnisse noch ihre Verwendung

<sup>3</sup> Nach Fr. A. Schmid, zitiert bei Jodl, Geschichte der Ethik. 2. Aufl. II. Bd. S. 661.

<sup>4</sup> Vgl. Böhms Bemerkungen über Schmoller a. a. O. S. 239, Anm.

in dem Kampfe, der um die österreichische Schule geführt wurde, können heute anderes als literarhistorisches Interesse erwecken.

Doch das Verhältnis der Nationalökonomie zur Psychologie ist noch immer problematisch, die Stellung, die dem Gossenschen Gesetze der Bedürfnissättigung zukommt, noch immer ungeklärt.

Vielleicht wird es nützlich sein, vorerst einen Blick zu werfen auf den Weg, den das Denken zurückzulegen hatte, um zur modernen Behandlung des Preisproblems zu gelangen. Wir werden so am ehesten dazu kommen, dem ersten Gossenschen Gesetze seine Stellung im System zuzuweisen, die von der Stellung, die es in der Heuristik gespielt hat, verschieden ist.

Die älteren Versuche, die Gesetze der Preisbildung zu ergründen, scheiterten an der universalistischen Betrachtungsweise, der man sich unter der Herrschaft des Begriffsrealismus überließ. Man darf die Bedeutung, die dem nominalistischen Denken schon bei den Alten, im Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit zukam, gewiß nicht unterschätzen. Doch sicher ist, daß nahezu alle Versuche, Probleme der gesellschaftlichen Sphäre zu erfassen, auf dem Boden des Universalismus angestellt wurden, auf dem sie hoffnungslos fehlschlagen mußten. Wer Preise erklären wollte, der sah auf der einen Seite die Menschheit, den Staat, den Stand, auf der anderen Seite hier die Gütergattungen und dort das Geld. Es gab auch nominalistische Versuche, und ihnen verdanken wir Ansätze subjektivistischer Werterklärung; doch sie wurden immer wieder von der Übermacht des herrschenden Begriffsrealismus unterdrückt.

Erst die Auflösung der universalistischen Denkungsart durch die individualistische Methode des 17. und 18. Jahrhunderts legt den Weg zur Ausbildung einer wissenschaftlichen Katalaktik frei. Nun sieht man, daß auf dem Markte nicht Menschheit, Staat oder Stand agieren, sondern einzelne Menschen und Menschengruppen, daß ihre Wertungen und ihr Handeln und nicht abstrakte Kollektiva entscheiden. Und es schien nun nahezuliegen, die kopernikanische Wendung der Sozialwissenschaft zu vollenden durch die Einsicht, daß nicht Gütergattungen, sondern konkrete Güter stückweise umgesetzt werden, um den Zusammenhang zwischen Wertung und Gebrauchsnutzen zu erkennen und so der Antinomie des Wertes beizukommen. Doch es bedurfte noch weiterer hundert und etlicher Jahre, um auch diesen Schritt zu machen. Das ist eine kurze Spanne Zeit, wenn wir die Dinge weltgeschichtlich betrachten und wenn wir die Schwierigkeit, die sich hier dem Denken bot, entsprechend würdigen. Für die Dogmengeschichte unserer Wissenschaft gewann aber gerade diese Zeit eine besondere Wichtigkeit, da in ihr jenes wundervolle Gebilde des ricardianischen Systems entstand, das ungeachtet des

radikalen Fehlers, auf dem es aufgebaut wurde, so fruchtbar wurde, daß es mit vollem Rechte die Bezeichnung „klassisch“ trägt.

Der Schritt, der von den Klassikern zu den Modernen führt, ist die Erkenntnis, daß niemals Gütergattungen in abstracto, sondern stets nur konkrete Stücke einer Gütergattung umgesetzt und gewertet werden. Nicht was „Brot“ für die Menschheit oder alles heute vorhandene Brot oder zehntausend Laib Brot wert sind, ziehe ich in Betracht, wenn ich einen Laib kaufen oder verkaufen will, sondern nur den einen in Frage stehenden Laib. Diese Erkenntnis ist nicht aus dem ersten Gossenschen Gesetz abgeleitet; sie wird uns durch die Erfahrung gegeben oder, anders ausgedrückt, die Erfahrung verbietet unserem Denken eine andere Annahme.

Aus diesem uns durch die Erfahrung gegebenen Satze und aus der weiteren aus der Erfahrung gewonnenen Erkenntnis, daß wir in unseren Wichtigkeitsskalen die einzelnen Güterstücke nicht nach Gütergattungen oder Bedürfnisgattungen, sondern nach den konkreten Bedürfnisregungen ordnen, d. h. daß wir, bevor noch eine Bedürfnisgattung voll befriedigt ist, bereits an die Deckung einzelner Bedürfnisse anderer Gattungen schreiten, die wir nicht befriedigen würden, wenn nicht vorher eine oder mehrere Regungen der ersten Gattung befriedigt worden wären, leiten wir das Gesetz der Bedürfnissättigung ab.

Das Gossensche Gesetz hat daher für uns nichts mit Psychologie zu tun; es wird von der Nationalökonomie abgeleitet aus Erfahrungen, die nicht psychologischer Natur sind. Das Sättigungsgesetz der Psychologie ist von ihm unabhängig; daß es mit unserem Gesetz in Einklang steht, ist begreiflich, da es aus demselben Erfahrungsmaterial geschöpft ist. Doch was die beiden trennt, ist die Verschiedenheit der Methode, auf der man zu ihm gelangt; durch die Methode der Betrachtung des Menschen scheiden sich eben Psychologie und Nationalökonomie.

Damit steht natürlich weder die Tatsache in Widerspruch, daß ein Mann, der zu den größten Geistern der Gesellschaftslehre zählt und auf der Höhe der Nationalökonomie seiner Zeit stand, Bentham, zu unserem Gesetz auf psychologischem Wege gelangt ist und von ihm keine national-ökonomische Anwendung zu machen wußte, noch der Umstand, daß das Gesetz in der Darstellung von Gossen als psychologisches erscheint, auf dem dann die nationalökonomische Lehre aufgebaut wird. Benthams reicher Geist hat eben nicht nur einer Wissenschaft gedient. Wie Gossen zu seiner Erkenntnis kam, wissen wir nicht; es ist auch für die Entscheidung unserer Frage gleichgültig; es hat nur für die Geschichte, nicht auch für das System einer Wissenschaft Bedeutung, dem Wege nachzuspüren, auf dem man diese oder jene Wahrheit zuerst gefunden

hat. Daß die Stellung, die Gossen dem Gesetze dann in seinem System zuwies, für uns nicht autoritative Geltung haben kann, ist wohl auch selbstverständlich. Und jedermann weiß, daß Menger, Jevons und Walras nicht auf dem Wege über das Gossensche Gesetz zur Überwindung der Wertantinomie gelangt sind.

## V.

# Nationalökonomie und Technologie

Wie von der Psychologie ist das System der nationalökonomischen Theorie auch von anderen Wissenschaften unabhängig. Das gilt auch von dem Verhältnis zur Technologie. Wir wollen es beispielsweise am Ertragsgesetz erweisen.

Auch historisch kam das Ertragsgesetz nicht aus der Technologie her, sondern aus nationalökonomischen Erwägungen. Man interpretierte die Tatsache, daß der Landwirt, der mehr erzeugen will, auch die Anbaufläche ausdehnen will, und daß er dabei auch schlechteren Boden heranzieht. Würde das Ertragsgesetz nicht gelten, dann wäre es nicht zu erklären, daß es so etwas wie „Bodenhunger“ geben kann, dann müßte der Boden freies Gut sein. Die naturwissenschaftliche Lehre vom Landbau konnte diese Erwägungen weder „empirisch“ fundieren noch widerlegen. Die Erfahrung, von der sie ausging, war die Tatsache, daß Ackerland als wirtschaftliches Gut behandelt wird<sup>5</sup>. Daß auch hier letzten Endes Nationalökonomie und Naturwissenschaft sich treffen müssen, ist klar.

Man konnte nicht umhin, das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag schließlich zum allgemeinen Ertragsgesetz zu erweitern. Wird ein Gut höherer Ordnung als wirtschaftliches Gut behandelt, dann muß vor diesem Gut das Ertragsgesetz — Zunehmen des Ertrages bis zu einem bestimmten Punkte, darüber hinaus Abnehmen des Ertrages — gelten. Eine einfache Überlegung zeigt, daß ein Produktivgut, für das das Ertragsgesetz nicht gilt, niemals als wirtschaftliches Gut angesehen werden könnte; es wäre ja für uns ohne Bedeutung, ob wir über größere oder kleinere Mengen dieses Gutes verfügen.

Das Bevölkerungsgesetz ist ein besonderer Fall des Ertragsgesetzes. Würde die Erhöhung der Arbeiterzahl stets proportionale Steigerung des Ertrages bewirken, dann würde die Vermehrung der Unterhaltungsmittel mit der Vermehrung der Bevölkerung Schritt halten.

Wer, wie Henry George, Franz Oppenheimer u. a. m., behauptet, daß das Bevölkerungsgesetz praktisch bedeutungslos sei, nimmt an, daß mit

---

<sup>5</sup> Vgl. Böhm-Bawerk, Gesammelte Schriften, hrsg. von F. X. Weiß. I. Bd. Wien 1924. S. 193ff.

jedem das Optimum übersteigenden Bevölkerungszuwachs notwendigerweise Veränderungen der Technologie oder der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation Hand in Hand gehen, die es bewirken, daß, auf den Kopf der Gesamtbevölkerung berechnet, zumindest keine Ertragssenkung, vielleicht sogar eine Ertragssteigerung eintritt. Für diese Annahme gibt es keinen Beweis.

## VI.

# Die Geldrechnung und das im engeren Sinne „Wirtschaftliche“

Alles Handeln ist auf den Erfolg gerichtet, empfängt Sinn nur in der Ausrichtung auf den Erfolg. Das Vorziehen und Zurückstellen, das in ihm hervortritt, nimmt zum Richtmaß die Bedeutung des erwarteten Erfolgs für die Wohlfahrt des Handelnden. Was unmittelbar der Wohlfahrt dient, wird ohne Schwierigkeit der Wichtigkeit gemäß geordnet und gibt so die Rangordnung, in der die Ziele des Handelns im gegebenen Augenblicke stehen. Wie weit es möglich ist, die entfernteren Bedingungen (Mittel) des Wohlseins in die Rangordnung zu bringen, ohne zu verwickelteren Denkprozessen zu greifen, ist von der Intelligenz des Einzelnen abhängig. Sicher ist aber, daß auch für den Begabtesten die Schwierigkeiten der Abwägung von Mittel und Erfolg unüberwindbar werden, sobald man über die einfachsten, nur kurze Zeit und wenige Zwischenstufen beanspruchenden Produktionsumwege hinausgeht. Die kapitalistische Produktion (im Sinne Böhm-Bawerks, nicht in dem der Marxisten) erfordert vor allem anderen die Technik der Wirtschaftrechnung, durch die Sachaufwendungen und Arbeitsleistungen verschiedener Art vergleichbar werden. Die Wirtschaftler müssen befähigt sein, zu erkennen, welcher Weg mit dem geringsten Aufwand zu dem angestrebten Ziel führt. Das ist die Funktion der Geldrechnung.

Das Geld, das ist das allgemein gebräuchliche Tauschmittel, wird damit zu einem unentbehrlichen geistigen Requisit des Wirtschaftens, das weiter ausgreifende Produktionsprozesse durchführen will. Ohne Geldrechnung, ohne Kalkulation, Buchführung und Gewinn- und Verlustrechnung in Geld hätte die Produktionstechnik sich auf die einfachsten und daher am wenigsten ergiebigen Verfahren beschränken müssen. Würde heute — etwa durch Vollsozialisierung — die Geldrechnung aus der Produktion wieder verschwinden, dann würde das Gebilde der kapitalistischen Produktion sich in der kürzesten Zeit in ein wüstes Chaos verwandeln, aus dem es keinen andern Ausweg geben könnte als die Rückbildung zu den Wirtschaftsgestaltungen primitivster Kulturen. Da Geld-

preise der Produktionsmittel nur in einer Gesellschaftsordnung gebildet werden können, in der Sondereigentum an den Produktionsmitteln besteht, ergibt sich daraus der Beweis der Undurchführbarkeit des Sozialismus.

Dieser Nachweis ist wohl das wichtigste Ergebnis, das die national-ökonomische Theorie für die Politik und für die Geschichtswissenschaft zutage gefördert hat. Man kann seine praktische Bedeutung kaum hoch genug veranschlagen. Er allein gibt uns die Möglichkeit, in der Politik ein endgültiges Urteil über alle Arten von Sozialismus und Kommunismus zu fällen, er allein wird künftige Geschichtschreiber in die Lage versetzen, zu verstehen, wie es kam, daß der Sieg der sozialistischen Bewegung nicht zur Schaffung sozialistischer Gesellschaftsordnung geführt hat. Darauf haben wir hier nicht weiter einzugehen. Wir müssen das Problem der Geldrechnung in einer anderen Hinsicht betrachten, nämlich in seiner Bedeutung für die Sonderung des „Wirtschaftlichen im engeren Sinne“ vom übrigen Handeln.

Die Eigenart der geistigen Technik, die die Geldrechnung darstellt, bewirkt es, daß uns jenes Gebiet, auf dem sie angewendet wird, als ein besonderer Bezirk innerhalb des weiteren Bereiches des gesamten Handelns erscheint. Soweit in Geld gerechnet wird, reicht für den Sprachgebrauch des Alltags das Gebiet des Wirtschaftlichen; was darüber hinausgeht, wird das Außerwirtschaftliche genannt. Wir können diesem Sprachgebrauch nicht folgen, wenn er wirtschaftliches und nichtwirtschaftliches Handeln als Gegensatz faßt; wir haben gesehen, daß eine solche Sonderung nur irreführt. Doch gerade der Umstand, daß wir in der Wirtschaftsrechnung in Geld das wichtigste und unentbehrlichste geistige Hilfsmittel der weitausgreifenden Produktion erblicken, läßt uns eine terminologische Sonderung dieser beiden Gebiete als zweckmäßig erscheinen. Wir müssen die Ausdrücke „wirtschaftlich“ und „nichtwirtschaftlich“ oder „außerwirtschaftlich“ im Hinblick auf die voranstehenden Ausführungen ablehnen, doch wir können die Ausdrücke „wirtschaftlich im engeren Sinn“ und „wirtschaftlich im weiteren Sinn“ hinnehmen, wenn man aus ihnen nicht eine Verschiedenheit des Umfangs des rationalen und des wirtschaftlichen Handelns herauslesen will.

(Eine Zwischenbemerkung: Die Geldrechnung ist keine „Funktion“ des Geldes, sowenig die astronomische Ortsbestimmung eine „Funktion“ der Gestirne ist.)

Die Wirtschaftsrechnung ist entweder Vorausberechnung künftiger Möglichkeiten (Vorkalkulation oder auch kürzer Kalkulation) als Grundlage der Entschlüssen, die das Handeln leiten, oder nachträgliche Feststellung erzielten Erfolges (Gewinn- und Verlustrechnung). In keiner

Hinsicht kann man sie als „vollkommen“ bezeichnen; ein großer Teil der Aufgaben der Theorie des indirekten Tausches (Theorie des Geldes und der Umlaufmittel) besteht gerade darin, die Unvollkommenheit oder — richtiger gesagt — die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser Methode aufzuweisen. Doch sie ist die einzige Methode, die einer arbeitsteilenden Gesellschaft zur Verfügung steht, wenn sie Aufwand und Ertrag ihres Verfahrens vergleichen will. Alle Versuche der Apologeten des Sozialismus, eine „sozialistische Wirtschaftsrechnung“ auszuklügeln, mußten daher notwendigerweise scheitern.

## VII.

### Die Austauschverhältnisse und die Grenzen der Geldrechnung

Die Geldpreise der Güter und Dienstleistungen, die wir feststellen können, sind die Verhältnisse, in denen diese in einem bestimmten Augenblick der näheren oder entfernteren Vergangenheit gegen Geld umgesetzt wurden. Sie sind immer Vergangenheit, gehören immer der Geschichte an. Sie haben einer Marktlage entsprochen, die nicht die von heute ist.

Die Wirtschaftsrechnung kann bis zu einem gewissen Grade die Preise des Marktes verwenden, weil sie sich in der Regel nicht so schnell verschieben, daß dadurch der Kalkül wesentlich verfälscht werden könnte. Gewisse Abweichungen und Veränderungen können übrigens mit einer solchen Annäherung an das, was später wirklich eintritt, abgeschätzt werden, daß das Handeln — die „Praxis“ — mit der Geldrechnung, ungeachtet aller ihrer Mängel, ganz gut auszukommen vermag.

Diese Praxis aber ist, und das kann nicht scharf genug betont werden, stets die im Rahmen einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung sich abwickelnde Praxis des einzelnen Wirtschafters, der den Erfolg seines individuellen Handelns, soweit es das Gebiet des im engeren Sinne Wirtschaftlichen nicht verläßt, erkennen will. Sie ist Rentabilitätsrechnung des Händlers. Mehr kann sie nie werden.

Darum ist es verkehrt, die Elemente dieser Wirtschaftsrechnung auf andere Probleme anwenden zu wollen, als die es sind, die diesem Wirtschaftler gegeben sind. Man darf sie auf *res extra commercium* nicht ausdehnen, man darf nicht versuchen, mit ihrer Hilfe mehr als das im engeren Sinne Wirtschaftliche zu erfassen. Das aber gerade wollen die, die den Wert des menschlichen Lebens, der gesellschaftlichen Einrichtungen, des Volksvermögens, der Kulturwerte oder dergleichen mehr er-

rechnen wollen, oder die scharfsinnig zu ergründen suchen, wie Austauschverhältnisse näherer oder gar entfernterer Vergangenheit „in unserem Gelde“ ausgedrückt werden könnten.

Nicht minder verkehrt ist es, auf die Geldrechnung zurückzugreifen, wenn man der Rentabilität des Handelns die Produktivität gegenüberstellen will. Indem man Rentabilität und Produktivität des Handelns vergleicht, vergleicht man den Erfolg, wie er dem einzelnen Wirtschaftler in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erscheint, mit dem Erfolg, wie er dem Zentralkommissar eines gedachten sozialistischen Gemeinwesens erscheinen würde. (Nebenbei bemerkt: auch das, daß dieser gar nicht rechnen könnte, wird dabei außer acht gelassen.)

Den Gipfel erreicht die Verwirrung der Begriffe, wenn man die Geldrechnung an das Problem heranbringt, das man das des Maximums nennt. Da wird der Zusammenhang mit der Rentabilitätsrechnung des Individuums bewußt aufgegeben, um über das „Individualistisch-Atomistische“ hinaus zu „sozialen“ Ergebnissen zu gelangen. Und wieder sieht man nicht und will nicht sehen, daß das Rechensystem untrennbar mit der Rentabilitätsrechnung des Individuums verbunden ist.

Die Geldrechnung ist eben nicht Wertrechnung und schon gar nicht Wertmessung. Ihre Grundlage ist die Vergleichung von Wichtigerem und Minderwichtigem, ist ein Nach-dem-Rang-Ordnen, ein Skalieren (Cuhel), und nicht ein Messen. Das Suchen nach einem Maßstab des Güterwertes war ein Irrweg; die Wirtschaftsrechnung beruht in letzter Linie nicht auf Messung der Werte, sondern auf ihrer Einreihung in eine Rangordnung.

## VIII.

### Datenänderungen

Die allgemeingültige Lehre vom menschlichen Handeln ist notwendigerweise formal. Material sind die Gegebenheiten der menschlichen Verhältnisse, die das Handeln im einzelnen Falle auslösen: die Ziele, denen die Menschen zustreben, und die Mittel und Wege, durch die sie diesem Streben Erfolg zu verschaffen suchen<sup>6</sup>.

Die Gleichgewichtslage des Marktes entspricht dem jeweiligen Stande der Daten: Verändern sich die Daten, dann verschiebt sich auch die Gleichgewichtslage. Wir begreifen die Wirkung der Datenänderung mit Hilfe unserer Theorie, wir können mit ihrer Hilfe auch die Qualität — oder, besser gesagt, die Richtung — der Veränderungen, die caeteris

---

<sup>6</sup> Vgl. die gedankenreichen Untersuchungen von Strigl, Die ökonomischen Kategorien und die Organisation der Wirtschaft. Jena 1923.



paribus auf bestimmte Datenänderung folgen müssen, voraussagen. Quantitativ diese Veränderungen aus dem bekannten Ausmaß der Datenänderungen vorauszubestimmen sind wir nicht imstande. Denn die Veränderungen der äußeren Verhältnisse müssen sich, um auf das Handeln wirksam zu werden, im Innern der Menschen in Wollen umsetzen. Über diesen Prozeß wissen wir nichts. Selbst der Materialismus, der das Verhältnis des Psychischen zum Physischen durch die berühmte einfache Formel gelöst zu haben glaubte, das Denken stehe in demselben Verhältnis zum Gehirn wie die Galle zur Leber, hat nicht einmal den Versuch unternommen, eine feste Beziehung zwischen bestimmten äußeren — quantitativ und qualitativ erkennbaren — Ereignissen und dem Denken und Wollen herzustellen.

Alle Bemühungen, die dem Aufbau einer quantitativen Theorie der Katalaktik gewidmet wurden und gewidmet werden, müssen daher scheitern. Alles, was auf diesem Gebiet geleistet werden kann, ist Wirtschaftsgeschichte, kann niemals über das da und damals Gegebene hinaus allgemeine Gültigkeit gewinnen<sup>7</sup>.

## IX.

### Die Zeit in der Wirtschaft

Die klassische Nationalökonomie unterschied drei Produktionsfaktoren: Arbeit, Boden, Kapital. Da Kapital in Arbeit und Boden aufgelöst werden kann, bleiben zwei Produktionsfaktoren übrig: Arbeit und die von der Natur zur Verfügung gestellten „Bedingungen der Wohlfahrt“. Sie allein waren, wenn man von den Genußgütern absieht, nach der Auffassung der älteren Literatur Objekte der Bewirtschaftung.

Daß auch mit der Zeit haushalten wird, konnten die Klassiker, deren Aufmerksamkeit vor allem auf das Verhalten des Kaufmanns gerichtet war, nicht bemerken. In den kaufmännischen Büchern kommt ein Konto „Zeit“ nicht vor, auf den Märkten wird für sie kein Preis gezahlt. Daß sie dennoch in jedem Umsatz berücksichtigt wird, konnte man von dem Standpunkte einer objektivistischen Wertlehre nicht sehen; man ließ sich auch nicht durch die im Sprichworte „Zeit ist Geld“ enthaltene volkstümliche Lehre darauf hinleiten. Es war eine der Großtaten von Jevons und Böhm, daß sie in Fortführung der Gedankengänge von Bentham und Rae dem Zeitelement seine Stellung zugewiesen haben.

---

<sup>7</sup> Das gilt z. B. besonders auch von den Versuchen von Moore (Synthetic Economics. New York 1929). Vgl. darüber die Kritik von Ricci (Ztschr. f. Nationalökonomie. I. S. 694 ff.).

Die Klassiker haben die reguläre Bedeutung der Zeit, die in jedem Tauschakte mittelbar oder unmittelbar ihre Wirkung äußert, verkannt; sie haben nicht gesehen, daß im Handeln immer zwischen Gegenwart und Zukunft, zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern unterschieden wird. Doch die Zeitdifferenz hat noch in anderer Hinsicht für die Wirtschaft Bedeutung. Alle Datenänderungen können sich nur in der Zeit auswirken. Es muß kürzere oder längere Zeit vergehen, ehe nach Eintritt des neuen Faktums der neue Gleichgewichtszustand erreicht wird. Der statische — oder, wie die Klassiker sagten, der natürliche — Preis wird nicht sofort, sondern erst nach einiger Zeit erreicht. In der Zwischenzeit ergeben sich Abweichungen, die die Quelle besonderer Gewinne und Verluste werden. Diese Tatsache haben die Klassiker und ihre Epigonen nicht nur nicht verkannt, sie haben sie mitunter eher überschätzt. Auch die moderne Theorie hat ihr besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das gilt vor allem auch von der Theorie des indirekten Tausches. Die Lehre von den Veränderungen der Kaufkraft des Geldes und von deren sozialen Begleiterscheinungen ist ganz darauf aufgebaut. Der Zirkulationskredittheorie des Konjunkturwechsels — die man gewöhnlich als monetäre Krisentheorie bezeichnet — wollte man in merkwürdiger terminologisch-scholastischer Gewissenhaftigkeit vor kurzem ihren Namen mit der Begründung absprechen, daß sie auf dem „Zeit-Lag“ aufgebaut ist<sup>8</sup>.

Die Behauptung, die nationalökonomische Theorie hätte die Bedeutung des Umstandes verkannt, daß immer ein kürzerer oder längerer Zeitraum verstreichen muß, ehe das durch Auftreten neuer Daten gestörte Gleichgewicht des Marktes wiederhergestellt wird, wäre nie aufgestellt worden, wenn man nicht aus politischen Gründen die Erörterung nationalökonomischer Fragen immer wieder durch unsachliche Einwendungen hätte stören wollen. Die Verteidiger interventionistischer Wirtschaftspolitik haben mitunter versucht, den durch unwiderlegliche nationalökonomische Ableitungen gestützten Ausführungen der Kritiker des Interventionismus entgegenzuhalten, daß die Sätze der Nationalökonomie nur in the long run Geltung hätten; man könne daher aus ihnen noch nicht den zwingenden Schluß auf die Sinn- und Zweckwidrigkeit der Eingriffe ziehen. Es würde den Rahmen dieser Untersuchung überschreiten, zu prüfen, welche Kraft diesem Argument in dem Streit um den Interventionismus zukommt. Es genügt hier, darauf hinzuweisen, daß die liberale Lehre den Nachweis der Sinn- und Zweckwidrigkeit der Eingriffe direkt führt und nicht mittelbar durch Deduktion aus allgemeinen

---

<sup>8</sup> Vgl. Burchardt, Entwicklungsgeschichte der monetären Konjunkturtheorie (Weltwirtschaftliches Archiv. 28. Bd.). S. 140; Löwe, Über den Einfluß monetärer Faktoren auf den Konjunkturzyklus (Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 173 Bd.). S. 362.

Grundsätzen, und daß man ihre Ausführungen nur dadurch widerlegen könnte, daß man Eingriffe aufweist, die nicht zu Wirkungen führen, die den Absichten derer, die eingegriffen haben, zuwiderlaufen.

## X.

# Die „Widerstände“

Der Nationalökonom pflegt bei seiner Arbeit oft nach der Mechanik hinüberzuschielen. Statt die Aufgaben, die ihm seine Wissenschaft stellt, mit den ihnen angemessenen Denkmitteln zu bearbeiten, holt er aus der Mechanik eine Metapher her, die er an die Stelle einer Lösung setzt. So entstand die Vorstellung, die Gesetze der Katallaktik hätten nur ideale Geltung, nämlich unter der Voraussetzung, daß die Menschen gewissermaßen im luftleeren Raume wirtschaften. Im Leben spiele sich dann alles ganz anders ab. Da gebe es „Reibungswiderstand“ aller Art, der es bewirke, daß das Ergebnis anders sei, als unsere Gesetze erwarten ließen. Da man von vornherein keinen Weg sah, um diese Widerstände exakt zu messen, ja, auch nur, um sie qualitativ irgendwie vollständig zu erfassen, gab man resigniert zu, daß der Wert der nationalökonomischen Forschung für die Erkenntnis der Verhältnisse unseres Gesellschaftslebens und für die Praxis nur sehr gering sei. Alle die vielen, die die nationalökonomische Wissenschaft aus politischen und verwandten Erwägungen ablehnten, alle die Etatisten, Sozialisten, Interventionisten stimmten freudig zu.

Hat man einmal die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichem und nichtwirtschaftlichem Handeln fallen gelassen, dann ist es nicht schwer, zu erkennen, daß es sich in allen Fällen des „Widerstandes“ um die konkreten Daten des Wirtschaftens handelt, die die Theorie voll erfaßt.

Ein Beispiel: Wenn die Preise eines Gutes steigen, dann wird, folgern wir aus unserer Theorie, die Produktion gesteigert werden. Doch wenn die Erweiterung der Produktion Neuinvestition von Kapital erfordert, die eine geraume Zeit in Anspruch nimmt, so wird eine gewisse Zeit verstreichen, ehe die Preissteigerung Erhöhung des Angebots bewirkt. Und wenn die Investition das Kapital in der Weise bindet, daß eine Überführung der angelegten Kapitalgüter in andere Produktionszweige entweder überhaupt nicht oder nur unter erheblichen Verlusten möglich ist, und wenn man der Meinung ist, daß die Preise bald wieder sinken werden, dann wird die Erweiterung der Produktion überhaupt unterbleiben. An dem allen ist nichts, was uns die Theorie nicht unmittelbar erklären könnte.

Daher ist es auch irrig, die Behauptung aufzustellen, die Sätze der Theorie hätten nur für den Fall vollkommen freier Konkurrenz Geltung. Dieser Einwand muß um so merkwürdiger erscheinen, als man eher noch behaupten könnte, die moderne Preistheorie hätte den Problemen des Monopolpreises zu viel Beachtung geschenkt. Daß man die Sätze der Theorie zuerst für den einfachsten Fall untersucht, ist doch wohl selbstverständlich. Man darf sich daher nicht darüber aufhalten, daß man bei Untersuchung des Konkurrenzpreises in der Regel von der Annahme ausgeht, daß alle Güter unbegrenzt teilbar sind, daß keine Hindernisse bestehen, die der Beweglichkeit von Kapital und Arbeit im Wege stehen, daß Irrtümer nicht begangen werden usw. Es bereitet dann keine Schwierigkeit, diese einfachen Annahmen Stück für Stück fallen zu lassen.

Richtig ist, daß die Klassiker aus ihrer Einsicht in die Probleme der Katallaktik für die wirtschaftspolitische Praxis die Folgerung gezogen haben, daß alle Hindernisse, die der Interventionismus der Konkurrenz in den Weg legt, einerseits die Gesamtproduktion in Menge und Wert mindern und andererseits auch nicht zu den Zielen führen, die man durch ihre Setzung erreichen will. Die Untersuchungen, die die moderne Nationalökonomie denselben Problemen gewidmet hat, führen zu dem gleichen Ergebnis. Daß der Politiker aus den Lehren der nationalökonomischen Theorie die Folgerung ableiten muß, daß man der Konkurrenz keine Hindernisse in den Weg legen soll, es sei denn, man hätte gerade die Absicht, die Ergiebigkeit der Produktion herabzudrücken, besagt nicht, daß die Theorie mit der „gebundenen“ Wirtschaft und mit den „Reibungswiderständen“ nichts anzufangen wüßte.

## XI.

### Die Kosten

Unter Kosten verstand die klassische Nationalökonomie eine Güter- und Arbeitsmenge. Für die moderne Theorie sind die Kosten die Bedeutung des nächstwichtigen nicht mehr zur Befriedigung gelangenden Bedürfnisses. Dieser Kostenbegriff tritt außerhalb des Bereiches des Wirtschaftlichen im engeren Sinne klar zum Ausdruck in einer Redewendung wie etwa: Die Arbeit für die Vorbereitung zur Prüfung kostete mich (brachte mich um) die Reise nach Italien. Hätte ich nicht für die Prüfung arbeiten müssen, so hätte ich eine Reise nach Italien unternommen.

Erst wenn man diesen Kostenbegriff verwendet, erkennt man, welche

Bedeutung der Rentabilität zukommt. Daß jede Produktion dort abgebrochen wird, wo sie aufhört rentabel zu sein, bedeutet, daß nur so weit produziert wird, als die für die Produktion erforderlichen Güter höherer Ordnung und Arbeitsleistungen nicht für eine andere Produktion dringender benötigt werden. Mit dieser Feststellung wird die beliebte Vorgangsweise, die Beschränkung der Produktion auf rentable Unternehmungen zu beanstanden, ohne dabei von jenen Unternehmungen zu sprechen, die unterbleiben müßten, wenn manche Unternehmungen über die Rentabilitätsgrenze hinaus fortgesetzt würden, abgeschnitten.

Damit erledigt sich aber auch die immer wieder vorgebrachte Behauptung, die subjektivistische Wertlehre werde nur der privatwirtschaftlichen Seite der Preisbildung, nicht auch der sozialwirtschaftlichen gerecht. Man könnte diesen Einwand eher umkehren und ausführen, daß wer die Preisbildung nur bis zu den Produktionskosten verfolgt, den Standpunkt des einzelnen Kaufmanns oder Erzeugers nicht verläßt, und daß erst die Zurückbringung des Kostenbegriffs auf die letzte Wurzel, wie sie die Grenznutzentheorie durchführt, die sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkte ganz in die Betrachtung einbezieht.

Die österreichische Richtung innerhalb der modernen Nationalökonomie hat sich der Lausanner und den dieser verwandten, die mathematische Darstellung bevorzugenden Richtungen nicht nur dadurch überlegen gezeigt, daß sie unter Meidung des in unserer Wissenschaft irreführenden Funktionsbegriffs das Kausalverhältnis zwischen Wert und Kosten klargestellt hat. Nicht weniger hoch muß man es ihr anrechnen, daß sie ihre Arbeit nicht beim Kostenbegriff enden läßt, vielmehr sie so weit fortsetzt, bis sie auch ihn auf die subjektiven Wertentscheidungen zurückzuführen vermochte.

Hat man erst die Stellung des Kostenbegriffs im Rahmen der modernen Wissenschaft richtig erkannt, dann sieht man ohne Schwierigkeit, daß die Nationalökonomie eine Stetigkeit der Entwicklung aufweist, die jener, die die Geschichte anderer Wissenschaften zeigt, nicht nachsteht. Die volkstümliche Behauptung, daß es verschiedene Richtungen und Schulen der Nationalökonomie gebe, deren Lehren nichts gemein haben, und daß jeder Nationalökonom damit beginne, das Werk der Vorgänger zu zerstören, um auf seinen Trümmern seine eigene Lehre aufzubauen, ist so wenig wahr wie die übrigen Legenden, die Historismus, Sozialismus und Interventionismus über die Nationalökonomie verbreiten. Von dem System der Klassiker führt eine gerade Linie zur subjektivistischen Nationalökonomie der Gegenwart; sie ist nicht auf den Trümmern, sondern auf den Grundlagen des klassischen Systems aufgerichtet; sie hat von ihm das Beste genommen, was es zu geben vermochte. Ohne die Gedanken-

arbeit, die die Klassiker vollbracht hatten, wäre es nicht möglich gewesen, zu den Erkenntnissen der modernen Richtung vorzudringen; es war die Problematik der objektivistischen Schule selbst, die zu den Lösungen hinführen mußte, die der Subjektivismus gab. Keine Arbeit, die an die Probleme gewendet worden war, war vergebens geleistet worden. Alles, was den Späteren als Abweg oder doch zumindest als Umweg des Denkens erscheint, war notwendig, um alle Möglichkeiten zu erschöpfen und keiner Überlegung, zu der die Probleme führen mochten, auszuweichen, ohne sie bis ans Ende gedacht zu haben.



**DR. WILHELM KROMPHARDT**

**Cassels Gründe  
zur Ablehnung der Wertlehre**





Wenn man der traditionellen Unterscheidung von objektiver und subjektiver Wertlehre folgt, so ist zunächst festzustellen, daß Cassel weder die eine noch die andere Art der Wertlehre akzeptiert, daß aber von einer Ablehnung im eigentlichen Sinne nur gegenüber der Grenznutzentheorie, besonders in ihrer Wiener Fassung und Terminologie gesprochen werden kann. Wenn hier Ablehnung und Nichtakzeptierung aufs deutlichste getrennt werden, so bedarf es hierfür der Rechtfertigung oder Erläuterung, denn es ist nicht ohne weiteres einsichtig, wieso es sich dabei nicht um Grade des Fernstehens, sondern um zwei prinzipiell verschiedene Haltungen handelt.

Sucht man die Stellung eines systematischen Wissenschaftlers zu irgendwelchen Vorgängern zu erfassen und zu charakterisieren, so wird die Tatsache wissenschaftlicher Entwicklung immer zu einer Nichtakzeptierung des Früheren von seiten des Nachfolgers führen und führen müssen, sofern eine fortschreitende Erkenntnis sich in der Zwischenzeit neue Bahnen gebrochen hat. Und sicher kann auch die respektvollste Behandlung Ricardos nicht darauf zielen, die Tatsache solchen Geschehens für die Wirtschaftstheorie leugnen zu wollen.

Von dieser Art ist ohne Zweifel Cassels Haltung zu dem, was man die Wertlehre der klassischen Schule nennen könnte; wenn man sich nicht scheut, den Eindruck zu erwecken, daß die klassische Theorie in dem Sinne Raum für eine besondere Wertlehre besessen hätte, wie es bei der Grenznutzentheorie der Fall ist. Aber so sollte man gar nicht sprechen, denn die Ansicht, daß subjektive und objektive Wertlehre homologe (wenn auch inhaltlich verschiedene) Stücke der Wirtschaftstheorie bildeten, dürfte durchaus unbegründet sein. Vielmehr ist die klassische Wertlehre in Cassels Terminologie gesprochen eine Preistheorie und keine „Wert“lehre, zu der allein sich Cassel in scharfen Gegensatz stellt und gestellt sehen will.

„Wertlehre“ in Cassels Argumentationen heißt immer eine solche Theorie der Wertphänomene, die unabhängig von den Methoden, Mitteln und Erkenntnissen der Preistheorie aufgebaut werden soll. Wobei Cassel selbstverständlich weit von dem Irrglauben entfernt ist, daß seine eigene Preistheorie etwa keine Theorie und kein Erklärungsversuch der Wertphänomene sei, vielmehr bezeichnet Cassel des öfteren seine Preise als Phänomene der Wertdimension der Dinge, und so gesprochen ist auch

Cassels Preistheorie auf nichts anderes gerichtet als eben auf Erklärung der wirtschaftlichen Werte von Sachen, Leistungen und Nutzungen, die im Wirtschaftsleben ihre Rolle spielen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß Cassel irgendwelchen Anlaß hätte, seine Preistheorie — obschon sie eine „Wert“lehre ist — auch als Wertlehre zu bezeichnen, denn Preise sind zwar Werte, aber Werte brauchen nicht immer Preise zu sein. Also wäre es unangebracht, den engeren Bereich, der von der vorgetragenen Theorie wirklich umspannt wird, mit einem Namen zu bezeichnen, der ein größeres Feld kennzeichnet, aus dem die Preistheorie Casselscher Prägung einen bloßen Ausschnitt darstellt. Gewiß ist das eine Frage sprachlicher Zweckmäßigkeit, aber doch auch eine Angelegenheit intellektueller Sauberkeit. Und Cassel verwirft daher mit vollstem Recht allen weiteren Gebrauch des Wortes Wert dort, wo ein anderes und genauer treffendes Wort zur Verfügung steht. Wiederum kann sich Cassel für diese seine terminologische Argumentation gegen alle „Wert“lehren auf die altbekannte Doppelsinnigkeit dieses Wortes, bald Gebrauchs-, bald Tauschwert, berufen, die zu Mißverständnissen geradezu herausfordert und jene Logomachien herbeiführt, deren lastende Existenz den ersten, wichtigsten und alles bereits entscheidenden Grund für Cassel bildet, die besonderen Wertlehren zum „auszumusternden Ballast der theoretischen Ökonomie“ zu schlagen.

Man dürfte in Verlegenheit geraten, wollte man Argumente gegen die außerordentliche Bedeutung dieser terminologischen Frage anführen, damit man Cassels Befriedigung nicht teilen müsse, die er allein schon darüber empfindet, daß es ihm gelungen ist, in seiner Theoretischen Sozialökonomie ohne den Terminus „Werte“ sein Auslangen zu finden. Denn bis zu welchem Ausmaße das Mißbehagen an der wirtschaftstheoretischen Terminologie schon seit langem gestiegen ist — ohne jedoch wirkliche Abhilfe zu finden —, beweist allein schon der Titel eines allbekannten Buches „Die Herrschaft des Wortes“, und es ist kein Zweifel, daß Cassel seine Haltung gegenüber aller Wertlehre noch allein aus diesem terminologischen Grunde beibehalten würde, wenn er bereit wäre, alle seine übrigen Argumente preiszugeben. Schreibt doch Cassel — und zieht die wiedergegebenen Gedanken als roten Faden durch alle seine hier in Betracht kommenden Publikationen —: „Vor allem hatte meiner Meinung nach die Wirtschaftslehre in ihren eigenen Arbeitsmethoden ökonomisch zu sein, sie sollte in der Tat in der sparsamen Verwendung der für das Erreichen wesentlicher Ergebnisse erforderlichen Arbeit allen anderen Wissenschaften ein Vorbild sein. Konnte eine schwerverständliche und zeitraubende Werttheorie entbehrt werden und konnte der Student durch eine klare Preistheorie unmittelbar in die wirtschaftlichen Probleme

realer Bedeutung eingeführt werden, dann war es eine der ersten Pflichten der Wirtschaftslehre, ein solches Vorgehen anzunehmen.“

„Es war weiter nicht schwierig, zu sehen, daß die Werttheorie, wie sie in den Lehrbüchern und Hörsälen gewöhnlich dargestellt wurde, ernsthafte Nachteile hatte. Die ganze Theorie litt an einer Zweideutigkeit in der Auffassung des ‚Wertes‘; die Begriffe ‚Gebrauchswert‘ und ‚Tauschwert‘ legen davon ja genügend Zeugnis ab. Wert bedeutet aber in der Tat immer einen Preis, der unter gewissen Umständen bezahlt wird. Da die Umstände beliebig verändert werden können, so konnten und wurden in Wirklichkeit Wertbegriffe in solcher Menge ausgestaltet, daß sie sich selbst für den geschulten Nationalökonom schwierig überblicken ließen und auf den jungen Studenten direkt verwirrend wirkten.“

„Es gereicht wirklich einer Wissenschaft nicht zum Ruhme, daß sie mit Bezug auf ihre einfachsten grundlegenden Begriffe keine allgemeine Übereinstimmung zustande zu bringen vermag. Auch aus diesem Grunde mußte es als sehr wünschenswert erscheinen, eine Wirtschaftstheorie aufbauen zu können, die unter ihre elementaren Begriffe den Wertbegriff gar nicht aufzunehmen brauchte.“<sup>1</sup>

Ohne weiteres ist einsichtig, daß der hier von Cassel vertretene Standpunkt sich mit jeder Achtung und voller Würdigung der von den Werttheoretikern geleisteten wissenschaftlichen Arbeit vereinbaren ließe und vereinbaren läßt, weil bei dieser Stellungnahme irgendwelche sachlichen Differenzen keinerlei Bedeutung besitzen, sondern allein die Anwendung des ökonomischen Prinzips auf die Darstellungsmethoden gefordert und das pädagogische Postulat der möglichst leichten Erfäßbarkeit aufgestellt wird. Und dahin geht auch Cassels Meinung, der unabhängig von sachlichen Divergenzen seine „wert“freie Terminologie als wertvoll empfindet, indem er z. B. ausdrücklich feststellt<sup>2</sup>:

„Vielleicht kann nicht gesagt werden, daß es logisch unmöglich wäre, eine richtige Zinstheorie in dieser Form (auf der Grundlage der Böhm-Bawerkschen Formel) auszuarbeiten. Denn unzweifelhaft ist es wahr, daß

<sup>1</sup> Gustav Cassel, Grundgedanken der theoretischen Ökonomie, Bd. 4, der „Einführung in die Rechts- und Wirtschaftswissenschaft“. Hrsg. Hatscheck & Scholl. Leipzig-Erlangen 1926. S. 2. Der Verfasser wählt gerade diese Schrift als endgültige Fixierung des Casselschen Standpunktes aus, weil Prof. Cassel in einem (dem Verfasser in Abschrift freundlichst zur Verfügung gestellten) Briefe an den Herausgeber dieses Referatbandes den zweiten Vortrag der zitierten „Grundgedanken“ als das Wesentliche enthaltend bezeichnet, was in dieser Frage zu sagen ist. Daher hat der Referent solchen Argumenten Cassels aus früheren Schriften, die in Widerspruch zu den hier gegebenen Argumentationen stehen, keinen Raum gegeben, erstens weil bei einem Widerspruch zwischen späteren und früheren Äußerungen jene den Vorzug größerer Authentizität besitzen dürften, und weil sonst eine widerspruchsfreie Schilderung der Casselschen Haltung nicht möglich gewesen wäre.

<sup>2</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 38 u. 39.

ein Vertrag, bei dem Zahlung eines Zinses in Frage kommt, in gewissem Sinne einen Austausch von gegenwärtigen Gütern gegen künftige bedeutet. Es muß aber ernstlich bezweifelt werden, daß diese Form der Erklärung vorteilhaft ist, und daß sie (die Form! W. K.) unter irgendwelchem Gesichtspunkt der Erklärung, die sich innerhalb des Rahmens einer allgemeinen Preistheorie ungesucht bietet, vorzuziehen ist.“ — „Die Unterbewertung künftiger Güter kann in der Tat nur durch die Annahme einer gewissen Abhängigkeit unserer ökonomischen Verfügungen vom Zinsfuß genau und erschöpfend beschrieben werden. . . . Es liegt auf der Hand, daß ein solches Studium äußerst erschwert wird, wenn wir dem ganzen Problem die Form eines Austausches gegenwärtiger gegen künftige Güter geben. Das ganze Problem wird viel einfacher und verständlicher, wenn . . .“

Mit diesen Worten hat Cassel zwar keineswegs die Böhm-Bawerksche Zinstheorie akzeptiert, aber die vorgenommene Unterstellung, daß innerhalb der Böhmischen Bahnen eine richtige Lösung des Zinsproblems möglich wäre, läßt aufs klarste die Unerheblichkeit sachlicher Differenzen zwischen Cassels eigenem und der Werttheoretiker Vorgehen für Cassels Stellung zur Wertlehre erkennen. Denn auch wenn deren Inhalt richtig ist oder wäre — auch unter dieser Voraussetzung gehört jede besondere Wertlehre nach Cassels Ansicht zu dem „auszumusternden Ballast der theoretischen Ökonomie“. (Und alle Werttheoretiker werden — von ihrer eigenen oder von der von ihnen akzeptierten Werttheorie abgesehen — dieses Urteil Cassels ohne Zweifel sofort unterschreiben.)

Cassels Begründung für die Ablehnung einer besonderen Werttheorie ist also in erster und in letzter Linie pädagogischer Natur und ein Ausfluß der Anwendung des ökonomischen Prinzips auf die Darstellungsmethoden der Wirtschaftstheorie, wobei allerdings niemals übersehen werden darf, daß zwischen der ersten und der letzten Linie der Casselschen Argumentationen sich eine ganze Reihe weiterer Kampfstellungen befindet.

In so hohem Maße der Inhalt dieser weiteren Stellungnahme von Divergenzen insbesondere mit der österreichischen Schule beherrscht wird, so wäre es doch ganz irrig, hieraus prinzipielle Gegensätze zwischen Cassel und Wien konstruieren zu wollen, da vielmehr von Cassel expressis verbis die Vereinbarkeit seiner auf einem Gleichungssystem beruhenden Preistheorie mit den Begriffen „Grenznutzen“ und „Grenzproduktivität“ — d. h. also mit den wichtigsten methodischen Instrumenten der österreichischen Wertlehre — festgestellt wird<sup>3</sup>: „Wir können diese Begriffe einführen, wenn wir ihre Verwendung nützlich finden, dürfen

<sup>3</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 55.

aber nie vergessen, daß sie innerhalb des Rahmens unseres Gleichungssystems ihren Platz haben (gesperrt W. K.), und daß sie dieses System nie überflüssig machen können.“

Letzteres haben natürlich nach Cassels Ansicht die Grenztheoretiker verkannt und daher die Bedeutung dieser Begriffe übertrieben (!) und schließlich (also nicht: überhaupt, sondern nur: insofern als) „jeden Zusammenhang mit der Wirklichkeit und der Logik verlassen“, als sie „so weit gingen, zu behaupten, der Grenznutzen sei der wirkliche und letzte (in welchem Sinne? W. K.) Grund des Tauschwertes“.

Aber selbst an dieser Stelle äußerster Zuspitzung<sup>4</sup> verwirft Cassel nur einen (angeblichen) Mißbrauch des Grenznutzenbegriffes und nicht die Grenznutzentheorie, behauptet er eine Übertreibung ihrer Bedeutung und nicht ihre Unrichtigkeit, rügt er Unkorrektheiten im einzelnen und nicht ihre prinzipiell verfehlte Fundierung; denn Cassel ist sich natürlich bewußt, daß der oben wiedergegebene Satz von der Einfügbarkeit des Grenznutzenbegriffes in sein (Cassels) Gleichungssystem selbverständlich auch die Umkehrung erlaubt, daß eine geradlinige Argumentation vom „Grenznutzen“ und von der „Grenzproduktivität“ bis zur Aufstellung eben dieses Casselschen Gleichungssystems geführt werden kann.

Nimmt man diese Äußerungen Cassels ernst — wozu um so mehr Anlaß vorliegt, als an der objektiven Vereinbarkeit beider Systeme kein Zweifel sein kann —, so enthüllt sich der durch polemische Schärfe nur allzusehr verdeckte Tatbestand, daß Cassels Ablehnung der „subjektiven“ Wertlehre (der allein die Bezeichnung als „besondere“, d. h. von der Preistheorie unabhängige Wertlehre zukommen kann) durchaus nicht auf deren grundsätzliche Fehlerhaftigkeit, sondern auf ihre Überflüssigkeit begründet ist. Nicht also lautet Cassels Gesamturteil so sehr auf verfehlt als auf überflüssig<sup>5</sup> und daher und nur daher schädlich, weil Kraft und Zeit von Wichtigerem abziehend.

Hier nun in der Tat beginnt unabhängig von pädagogischen Erwägungen, die in ganz unberechtigter Weise die Fassungskraft des Studenten zum Maßstabe der Berechtigung wissenschaftlicher Methoden machen, die sachliche Argumentation Cassels gegen die Grenznutzentheorie. Nichts aber ist wichtiger zu ihrem Verständnis als die Klarheit darüber, daß nicht die Falschheit der Grenznutzentheorie, sondern ihr

---

<sup>4</sup> Selbst Edgeworth, der in seiner Besprechung der Casselschen Theoretischen Sozialökonomie von sich sagt: „Professor Cassels scruples and our criticism apply equally to marginal utility“, bemerkt zu diesem Argument Cassels, daß der Grenznutzen ebenso eine Unbekannte wie der Preis und nicht ein Erklärungsgrund des Preises sei: „But quis negavit? What competent economist of any school can deny it after the repeated and explicit explanations given by Dr. Marshall . . .?“

<sup>5</sup> Vgl. z. B. Cassel, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Göttingen 1900. S. 21.

Überflüssigsein das Beweisthema ist, auf das Cassel hinaus will. Wie notwendig es ist, sich über diese Richtung der Casselschen Argumentationen im voraus klar zu werden, erhellt am besten daraus, daß Schumpeter, weil er nicht an diese Richtung der Casselschen Beweisführung zu glauben scheint, seinerzeit zu dem Resultat gekommen ist<sup>6</sup>, daß es eine Beleidigung aussprechen hieße, wollte man annehmen, daß Cassel seine eigenen Einwände gegen die Grenznutzentheorie nicht widerlegen könne.

Diese Bemerkung Schumpeters würde sicher nicht ihrer Berechtigung entbehren, wenn man Cassel die Absicht unterstellen dürfte, die Grenznutzentheorie als essentiell falsch zu erweisen. Aber hierzu ist man nach den oben gegebenen Zitaten nicht berechtigt. Nicht eine Widerlegung, sondern eine Ansehensminderung ist Cassels Ziel, und zwar eine solche Minderung ihres Ansehens, die auf der Kenntnis und auf der Erkenntnis eines Besseren beruht; eines Besseren weniger deshalb, weil es richtiger, als weil es darstellungstechnisch vollkommener sei. Für solche Zwecke genügt es, einen von drei Sätzen zu beweisen: entweder daß das, was die Werke der Grenznutzenschule enthalten, auch ohne ihre Methoden und Mittel auf einfachere Weise gewonnen werden könne — und das ist der Hauptanspruch, den Cassel zugunsten seiner eigenen Leistung erhebt —, oder daß die grenznutzlerische Methode zu Resultaten führt, die für die Anwendung der Wirtschaftstheorie belanglos seien — und das ist das Ziel der Casselschen Kritik jener Sätze vom Grenznutzenniveau, von der Konsumentenrente, von der psychologischen Basierung der Nachfragefunktionen auf Wertfunktionen und Verwandtem —, oder schließlich, daß die Grenznutzentheorie, ohne dafür durch anderweite Mehrleistungen Entschädigung zu bieten, die theoretische Entwicklung in eine Bahn dränge, die den Fortschritt der Wirtschaftswissenschaft gefährde — und das ist der Hauptinhalt der Vorwürfe Cassels über Wirklichkeitsfremdheit, Unquantifiziertheit und Unanschaulichkeit der Grenznutzentheorie.

Bezieht man Cassels Argumente auf diesen Beweis Zweck, einen nicht so sehr in der Sache als in der Form und in der Anwendbarkeit gelegenen Vorzug seines eigenen Systems gegenüber der Grenznutzentheorie zu erhärten, so gewinnt manches sonst kaum verstehbare Argument einen wirklichen Sinn. Wollte man die Grenznutzentheorie in der Sache selbst widerlegen, so wäre es für diesen Zweck z. B. höchst merkwürdig, einen der Haupt„einwände“ Cassels vorzutragen, der darauf hinausläuft, daß auch die Grenznutzentheorie eine Preistheorie sei wie Cassels eigene Theorie und eine „Geld“einheit voraussetze (wie es auch in Cassels Theorie geschähe) — und deshalb überflüssig wäre. Cassel nämlich

---

<sup>6</sup> Josef Schumpeter, Cassels Theoretische Sozialökonomie. Schmollers Jahrb. 51. Jahrg. 1927. S. 247. Anm. 1.

sagt<sup>7</sup>: „Eine Werttheorie, die ihre Aufgabe wirklich so ernstlich nähme, daß sie . . . irgendwelche Werteinheit zugrunde legte, z. B. eine Einheit der Lust und Unlust oder des Nutzens (welche Werttheorie sollte dies denn nicht explizit oder implizit getan haben? W. K.), würde ipso facto eine Geldeinheit in dem hier erwähnten Sinne (sc. eines bloßen Rechenmittels, nicht eines Tauschmittels l. c. p. 31) schon vorausgesetzt haben.“

Es muß und kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben, ob diese Casselsche Ansicht von der Rechengeldeinheit sachlich unantastbar richtig ist, denn es ist hier nur der Schluß von Interesse, den Cassel aus der Benutzung einer solchen Werteinheit, die Cassel eine Geldeinheit nennt, zieht<sup>8</sup>: „Sobald . . . wir die Existenz einer Geldeinheit voraussetzen, in der alle Werte gemessen werden können, (werden) die Werte Preise, und wir haben dann einen besonderen Wertbegriff nicht mehr nötig.“

Würde man in der Linie dieser Argumentation so gut wie alles, was z. B. Marshall zum Wertproblem zu sagen hat, zu „preis“theoretischen Erörterungen stempeln<sup>9</sup> und einfach überall dort, wo Marshall sich der Geldeinheit als eines Maßinstrumentes bedient, nach Cassels Anweisung die Terminologie von „Werten“ auf „Preise“ umstellen, so kann dadurch an den inhaltlichen Differenzen zwischen Marshall und Cassel natürlich nichts geändert werden, aber es würde allerdings auch von einer „besonderen“ Wertlehre nicht mehr allzuviel übrigbleiben, das von Wert wäre. Dann könnte Cassel die Argumentation zugunsten seines Vorgehens mit vollem Recht bis zu der Spitze treiben, die er in dem Satze formuliert<sup>10</sup>: „Es ist deshalb unberechtigt, dem von mir gewählten Verfahren mit dem Argument entgegenzutreten, daß die Psychologie der Wertschätzung bei einem solchen Verfahren vernachlässigt werden müßte.“

Nennt man jede Wertlehre, die sich in ihrer Darstellung der Geldeinheit als eines Maßinstrumentes bedient, Preistheorie, so zeigt schon Marshalls Werk aufs deutlichste, daß solch preistheoretisches Vorgehen keine Vernachlässigung der Psychologie involviert. Aber von dieser Möglichkeit des Einbaues der Wertschätzungspsychologie in seine Preislehre abgesehen, beharrt doch Cassel ausdrücklich und postulativ auf einer Ablehnung dieser Interessenrichtung. Denn wenn Cassel — akzeptabel für jeden Werttheoretiker — formuliert<sup>11</sup>: „Jede Analyse der Wertschätzung muß in unserem System die Form einer Beschreibung annehmen, wie die Nachfrage vom Preis abhängt“, so wendet er diese Übereinstimmung

---

<sup>7</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 33/34.

<sup>8</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 32.

<sup>9</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 13: „Eine quantitative Werttheorie ist immer notwendig auch eine Preistheorie.“

<sup>10</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 34.

<sup>11</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 34.



sofort zu einem Angriff gegen die Grenznutzler, indem er im selben Atem fortfährt: „Und... die Form dieser Funktion ist alles, was wir betreffs der subjektiven Seite des Preisbildungsprozesses... zu wissen brauchen.“

„Zu wissen brauchen“ — das sind die unterscheidenden Worte der Differenz zwischen Cassel und Wien. Kein Grenznutzler bestreitet, daß für begrenzte Zwecke der Preistheorie — eben in dem Umfange, wie Cassels theoretische Sozialökonomie sie verfolgt — man nicht mehr zu wissen „braucht“, aber die Wiener Schule steht gegen Cassel auf dem Standpunkt, daß man nicht nur zu erkennen versuchen soll, was man zu bestimmten (und begrenzten Zwecken) braucht, weil man es nicht entbehren kann. Cassels Argument endet demgegenüber bei einem Verbot der Erkenntnis der Nachfragefunktionen, weil ihre bloße Kenntnisnahme genüge — für bestimmte Zwecke. Und die Zwecke, die Cassel sich wählt, sind arrangiert nach pädagogischem Interesse auf der einen und nach dem Willen zu möglichst viel angewandter Theorie auf der anderen Seite. Was unter diesen Hüllen steckt, ist keine wissenschaftliche Differenz im eigentlichen Sinne, sondern es handelt sich um differierende Proklamationen persönlichen Interesses, denen sich anzuschließen eine Frage des Geschmacks, nicht der Logik ist. (Und die, was den Unterricht der Universitäten angeht, zuweilen umgekehrt entschieden werden muß, als wenn die gleiche Frage dem Forscher gestellt wird.) Sämtliche Argumentationen Cassels gegen die Wertlehre sind von der gleichen Struktur wie seine soeben skizzierte Haltung gegenüber der Frage nach der Erklärung der Nachfragefunktionen. Komplizierung der Problemstellung, Unzulänglichkeiten und Unkorrektheiten der Darstellung, pädagogische Ungeschicklichkeit und Unanschaulichkeit, Logomachien der Terminologien sind die Punkte, die Cassel herausgreift, sobald er einen konkreten Lehrsatz der Wertlehre polemisch heranzieht und dem er selten ein Falsch, immer aber ein *Cui bonum* entgegenhält.

Es würde zu keinem Resultat führen, wollte man Cassels Haltung gegenüber der Wertlehre durch eine inhaltliche Diskussion jener Argumente charakterisieren, die Cassel gegen einzelne positive Sätze der subjektiven Werttheorie anführt. Jede Ausstellung, die Cassel gegenüber positiven, einzelnen Sätzen vorbringt, dürfte nämlich insofern berechtigt sein, als man sie auf unvollkommene Formulierungen und unrichtige Anwendungen dieser Sätze bezieht. Und davon dürfte in der Literatur leicht eine hinreichende Fülle zu finden sein. Doch kann wiederum jede dieser Ausstellungen durch die Heranziehung kompetenter Vertreter der Grenznutzentheorie als unberechtigt erwiesen werden, sei es, daß Cassels Einwände solche qualifizierte Formulierungen überhaupt nicht treffen, sei es, daß Cassels Kritik sich als bloße Hervorhebung der von den Wert-

theoretikern selbst fixierten Bedingungen oder Einschränkungen darstellt.

Ein sehr wichtiges Beispiel solcher Einzelkritik vermag dies deutlich zu zeigen: die Diskussion, die Cassel gegenüber dem theoretischen Instrument führt, das von Marshall Konsumentenrente genannt worden ist. Cassel bringt gegenüber diesem Rüstzeug der theoretischen Analyse drei Einwände vor: erstens sei eine exakte Messung der Konsumentenrente unmöglich — das aber steht bereits in Marshalls eigener Entwicklung dieses Begriffes zu lesen —, zweitens nennt Cassel den Sinn einer solchen Aussage unklar: „eine Gesamtkonsumtion im Betrage von 3000 M. sei mehr wert als diese 3000 M.“ — aber es dürfte nicht nur in Marshall, sondern bei vielen anderen Werttheoretikern ebenfalls hinreichend Licht für diese prima vista paradox klingende Formulierung zu finden sein —, und drittens schließt Cassel sein Urteil mit dem Bemerkten, daß aus der von Marshall konstruierten Konsumentenrente keine neuen und anderweitigen Einsichten zu schöpfen seien. Marshall selbst aber hat unzweifelhaft — das beweist seine Einschätzung dieses Instrumentes — neue und wichtige Erkenntnisse durch diese Konstruktion gefunden, auch neben und nach ihm ließen sich viele Autoren aufzählen, von denen die Konsumentenrente bei der Gewinnung und Darstellung ihrer Erkenntnisse besonders auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Monopolktheorie — die allerdings von Cassel in seiner Theoretischen Sozialökonomie beide nur flüchtig gestreift werden — nach ihren Selbstzeugnissen aufschluß- und erfolgreich verwendet worden ist, so daß die „Konsumentenrente“ gerade durch ihre praktische Fruchtbarkeit am wenigsten Cassels auf Erfassung der Gegenwart drängenden Angriffen ausgesetzt sein dürfte.

Doch die Fortsetzung solcher Einzeldiskussion der Einzeleinwände Cassels würde zu einer schiefen Beurteilung der Casselschen Stellungnahme führen, weil auch an diesen Einzelargumenten, die Cassel verwendet, viel weniger ihre isolierte Richtigkeit interessant ist als die gemeinsame Wurzel, aus denen sie allesamt erwachsen sind. Es handelt sich hier um Anschauungen in einer Frage, die mit „Wertlehre oder nicht“ an sich gar nichts zu tun hat, die aber durch die historische Entwicklung der Wirtschaftstheorie fest und scheinbar unlöslich mit der Benutzung des Rüstzeugs der subjektiven Wertlehre und mit dem Bekenntnis zu ihr verbunden ist. Diese durch die historische Entwicklung der Werttheorie mit ihr vereinte und verwachsene — in Wirklichkeit aber von ihr durchaus lösbare — Auffassung erstreckt sich auf das, was man die Problemschichtung in der Wirtschaftstheorie nennen könnte.

Den bisher vorherrschenden Anschauungen über diese Problemschichtung hat Cassel für sein eigenes Denken eine kopernikanische Wen-

derung gegeben — wenn dieses beliebte Bild wieder einmal erlaubt ist —, und sein Kampf gegen die Wertlehre ist in Wirklichkeit ein Kampf um die Akzeptierung dieser neuen Auffassung der Problemschichtung, die — in eine Formel gepreßt — dahin lautet, daß die wirtschaftshistorisch primitiven Zustände die wirtschaftstheoretisch komplizierten, die historisch gesehen fortgeschrittensten Wirtschaftssysteme aber die wirtschaftstheoretisch einfachste Problemstruktur besitzen. Und es kann kaum ein Zweifel sein, daß der außerordentlich große Einfluß und die dauernde Wirkung der Leistung Cassels in dieser seiner neuen Anschauung über den Aufbau und die Darstellungstechnik der Wirtschaftstheorie begründet ist.

Entgegen nämlich dem Gang der wirtschaftstheoretischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts, vertritt Cassel hinsichtlich der Problemschichtung der Wirtschaftstheorie die Ansicht, daß die Wirtschaftstheorie, selbst wenn es tatsächlich eine Tauschwirtschaft ohne Geldgebrauch gegeben hätte oder gäbe, diese geldlose Tauschwirtschaft doch erst rückblickend von der Geldlehre verstehen könnte. Denn Cassel ist in höchstem Maße der Meinung, daß nicht die wirtschaftshistorisch primitiven Zustände, sondern die wirtschaftshistorisch entfaltetsten Epochen das theoretisch einfachste Wirtschaftssystem darstellen, weil — könnte man vielleicht sagen — ein bis zu vollendeter Funktionsaufteilung vorgeschrittenes Wirtschaftssystem durch die praktische Isolierung jeder einzelnen Funktion der theoretischen Analyse bereits durch die Zerlegung des Wirtschaftsprozesses in seine elementaren Einheiten und Relationen vorgearbeitet hat. Oder in Cassels eigenen Worten<sup>12</sup>:

„Mehr oder weniger bewußt wurde (bisher) angenommen, daß wir in unserer theoretischen Darstellung dieser historischen Entwicklung zu folgen hätten. Die Verhältnisse der primitiven Gesellschaft, so meinte man, stellten den einfachsten Fall dar, der erst zu studieren sei, ehe die Untersuchung zu den verwickelten Verhältnissen einer Geldwirtschaft fortschreiten könne. Vielleicht war man auch der Meinung, daß das Studium von primitiven Verhältnissen uns instand setzen würde, zu Wesentlichkeiten des Wirtschaftslebens vorzudringen, die unserer Analyse entgehen würden, wenn wir unsere Aufmerksamkeit sofort der modernen Geldwirtschaft zuwendeten.“ Und das Argument speziell auf die Wertlehre wendend, fährt Cassel fort<sup>13</sup>: „Es ist wahr, daß wir auch in den psychologischen Prozessen, die für die isolierte Haushaltung des primitiven Menschen bestimmend sind, Spuren einer (gemeint ist laut Vorhergehendem: ‚quantifizierbaren‘ W. K.) Wertschätzung finden. Diese

<sup>12</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 27.

<sup>13</sup> Cassel, Grundgedanken. S. 28.

liefern aber keine wirkliche Grundlage für das Studium der Tauschwirtschaft, und (das entscheidende sachliche Argument Cassels, das er neben sein pädagogisches Axiom stellt W. K.) wir werden diese primitiven Bewertungsprozesse umgekehrt viel besser verstehen, wenn wir zuvor die entsprechenden Prozesse im Kreise moderner Menschen, die in Geldeinheiten zu rechnen gewohnt sind, untersuchen.“

Hier scheint dem Referenten, über das Pädagogische hinausgehend und von den bedeutungslosen Einzelheitsdifferenzen punktueller Natur abgesehen, der Kern der Casselschen Polemik gegen die Wertlehre von Cassel selbst in voller Klarheit ausgesprochen zu sein: Nicht so sehr das Wort Wert, nicht so sehr die weitergehende Analyse der Nachfragefunktion, sondern die Gleichsetzung primitiver Wirtschaftssysteme mit wirtschaftstheoretisch einfacher Problemlagerung ist das, was Cassel mit der Schärfe seiner Polemik bekämpft. Eine Gleichsetzung, die Cassel in die grundlegenden Werke der Werttheorie zweifellos nicht hineingelesen, sondern wirklich in ihnen vorgefunden hat. Das praktisch komplizierte System ist jedoch das Einfache, das praktisch primitive System kompliziert, — so ist Cassels fundamentales inhaltliches Axiom gegen die „gewöhnlichen Lehrbücher“ und deren Darstellung. Und das praktisch Komplizierte ist das Anschauliche, weil dem heutigen Menschen bekannt und vertraut. Die für die theoretische Analyse so glücklich vorarbeitende Funktionsteilung ist — analytisch gesprochen — abstrakt, aber sie ist konkrete und vertraute Realität. So daß diese Symbiose von Anschauung und Abstraktion, die sich dem Wirtschaftstheoretiker bietet, wenn er nicht mit Robinsons wirtschaftlichen Kalkulationen, sondern mit dem Heute und Hier der Wirtschaft — also mit der Preistheorie — beginnt, es Cassel schlechthin unverständlich (und unverzeihlich) erscheinen läßt, diese glückliche Fügung nicht nutzen zu wollen.

Cassel beansprucht, den Weg zu solcher Nutzung gezeigt zu haben, und er beansprucht wohl auch, als erster diese Symbiose von Abstraktion und Anschauung im modernen Wirtschaftsprozeß entdeckt zu haben. Und die Wichtigkeit dieses Fundes scheint Cassel so groß, daß er zur „Ausmusterung des Ballastes der Tradition“ aufruft, weil er glaubt, daß in die neue Form der wirtschaftstheoretischen Darstellung und Forschung vom alten Inhalte alles wirklich Wichtige ohne seine Spreu aufgenommen und so zu kräftigerer und vorwärtsdrängenderer Entwicklung gebracht werden kann.

Und Cassels eigenes Werk ist doch in seiner trotz allem so stark traditionellen Struktur für diese These ein durch seine Wirkung lebendiger Beweis. Mehr vielleicht als es Cassel selbst anzunehmen und zuzugeben scheint.



**DR. ROBERT LIEFMANN**

**Von der Wert- zur Grenzertragslehre**

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
I. Der Standpunkt der Grenzertragslehre . . . . .	111
II. Kritik der Grenznutzenlehre . . . . .	114
III. Kritik der objektivistischen Richtungen . . . . .	120
IV. Zur Kritik der funktionellen Betrachtungsweise . . . . .	124
V. Einige Ergebnisse der Grenzertragslehre . . . . .	128

# I. Der Standpunkt der Grenzertragslehre

Gewiß ist der Kampf zwischen objektiver und subjektiver Wertlehre noch nicht erloschen. Es gibt auch noch Nationalökonomien, die das Problem der Wertlehre mit der Frage verwechseln, ob die Wirtschaftswissenschaft Werturteile fällen dürfe oder nicht. Darauf soll hier nicht eingegangen werden. Die Wirtschaftstheorie, die uns hier allein beschäftigt, hat jedenfalls nicht zu werten, sondern wirtschaftliche Erscheinungen, vor allem den Tauschverkehr, zu erklären.

Was aber den Gegensatz objektive und subjektive Wertlehre betrifft, so erkennt man immer mehr, daß ihm ein viel allgemeinerer Gegensatz zugrunde liegt, der zwischen Objektivismus und Subjektivismus in der Wirtschaftstheorie überhaupt. Auch diese Schlagworte können nun wieder sehr verschiedenes bedeuten, und es ist nicht möglich, hier auf alle diese Bedeutungen und Richtungen einzugehen, die man damit zusammenfassen kann. Wir wollen hier alle die Richtungen als objektivistisch bezeichnen, die prinzipiell glauben — ohne das freilich stets festzuhalten —, die grundlegenden tauschwirtschaftlichen Erscheinungen, das sind vor allem die Preise und Einkommen, als Extensitätsgrößen ohne Zurückgehen auf menschliche Zwecke, also im letzten Grunde als Gütermengen oder als Verhältnisse von Gütermengen und Geldsummen erklären zu können. Subjektivistisch nennen wir die Richtungen, die eine Erklärung jener Quantitätsgrößen, der Preise und Einkommen, durch Zurückgehen auf Intensitätsgrößen, die subjektiven Begehungen, für nötig halten oder, anders ausgedrückt, eine psychologische Begründung der Wirtschaftstheorie verlangen. Dabei gibt es natürlich die verschiedensten eklektischen Varianten, die sich schon daraus erklären, daß manche dieser subjektiven Richtungen, ja, außer der meinigen fast alle, die quantitative Messung jener Intensitätsgrößen für möglich halten. Das gilt vor allem auch für die Grenznutzenlehre, die auch sonst, namentlich in der Einkommenslehre, durchaus objektivistische Züge aufweist (Ertragszurechnung), wie überhaupt die meisten heutigen Theorien keinen wirklich systematischen Charakter haben.

Weder für die subjektiven noch für die objektiven Wirtschaftstheorien ist der Wertbegriff heute noch wesentlich. Meine Lehre, im folgenden



kurz Grenzertragslehre genannt, ein spezifisch subjektives, von individuellen Zwecken ausgehendes theoretisches System, fragt nicht mehr nach den Bestimmungsgründen des Güterwertes; sie nennt, um das vieldeutige Wort Wert zu vermeiden, die subjektiven Bewertungen zweckmäßiger Schätzungen. Sie braucht die Bezeichnung Wert etwa im Sinne der wirtschaftlichen Praxis nur für eine ganz bestimmte Vorstellung der Geldrechnung, für die geldliche Veranschlagung, den veranschlagten Preis dauerbarer Kostengüter, Ertragswert. Aber selbst die Grenznutzenlehre, die einzige nennenswerte Form einer subjektiven Wertlehre, ist in ihrer neuesten, von meiner Lehre beeinflussten Formulierung, wie wir unten sehen werden, gar keine Wertlehre mehr.

Ebenso ist für die objektivistischen Richtungen der Wertbegriff keineswegs wesentlich. Die hier herrschende Grenzproduktivitätstheorie — jede Produktivitätstheorie ist objektivistisch, legt einen technisch-naturwissenschaftlichen Kausalzusammenhang zugrunde — kann mit subjektiver und mit objektiver Wertlehre kombiniert oder ohne Wertlehre vorgetragen werden. So kann, wenn ich hier kurz zeigen will, wie man von der üblichen Wertlehre zur Grenzertragstheorie kommen mußte, der Wertbegriff nicht das *Principium divisionis* sein.

Sowohl zu den objektivistischen wie zu den subjektivistischen Richtungen der Wirtschaftstheorie habe ich in den „Grundsätzen“<sup>1</sup> sowie in verschiedenen Aufsätzen<sup>2</sup> Stellung genommen. Keinen der darin angeführten Einwände kann ich als widerlegt ansehen. Schon aus dem Grunde nicht, weil die meisten Theoretiker sie überhaupt übergehen oder nur im Sinne ihrer ganz anderen, technisch-materialistischen Wirtschaftsauffassung verstehen. Hier kann es nur darauf ankommen, diese Einwände noch einmal zusammenzufassen.

Aber es muß ausdrücklich betont werden: Mit bloßer Kritik ist wenig geleistet; man muß es selbst besser machen können. Und nur deshalb glaube ich für meine wirtschaftstheoretischen Arbeiten größeres Interesse beanspruchen zu können als eine Kritik, die sich auf methodologische Erörterungen beschränkt. Denn ich habe auf den verschiedensten Gebieten gezeigt, daß man mit meiner Lehre weiter kommt als mit den

---

<sup>1</sup> „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“. 2 Bde. 3. bzw. 2. Aufl. Stuttgart 1922/23. — Eine kurze systematische Darstellung, siehe Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 2. Aufl. Leipzig 1927.

<sup>2</sup> Es seien genannt: Zurechnung und Verteilung. Schmollers Jahrb. 48. 1924; Nutzen, Kosten, Wert und Preis. Ebenda. 49. Jahrg. 1925; Subjektivismus und Objektivismus in der neueren Wirtschaftstheorie. Ztschr. f. ges. Staatsw. 80. Bd. 1925/26; Neuere Literatur über H. H. Gossen. Ebenda. 1927; Der Ausgleichsgedanke als Organisationsprinzip des Tauschverkehrs. Weltw. Arch. 1929.

bisherigen Theorien, daß sie mehr von den wirtschaftlichen Zusammenhängen erklärt als diese, und ohne so komplizierte und falsche Voraussetzungen zu machen wie diese. Meine Kritik der verschiedenen wirtschaftstheoretischen Richtungen geht also nicht von den heute so beliebten philosophischen und methodologischen Erörterungen aus, mit denen man alles beweisen kann. Sie dekretiert nicht, wie eine Wirtschaftstheorie aussehen muß, philosophiert nicht darüber, was diese oder jene Betrachtungsweise leisten könne, sondern sie kritisiert die herrschenden Theorien vom Standpunkt eines vollständigen wirtschaftstheoretischen Systems, das auf einer ganz anderen, abstrakteren Wirtschaftsauffassung beruht.

Sie sieht das Wirtschaftliche nicht in der Güterbeschaffung — diese, die Handlungen, sind nur ein technischer, naturwissenschaftlicher Vorgang —, sondern in den dahinterstehenden Erwägungen, einem geistigen Vorgange. Sie leistet also für die Wirtschaftswissenschaft das, was Kant mit seiner Unterscheidung von Ding an sich und unserer Vorstellung von den Dingen („idealistische“ Auffassung im Kantschen Sinne) allgemein für die Erkenntnislehre geleistet hat. Sie gibt damit der Wirtschaftswissenschaft statt der bisherigen naturwissenschaftlichen eine wirklich geisteswissenschaftliche Grundlage.

Jener technisch-naturwissenschaftliche Charakter der bisherigen Wirtschaftstheorien als Ganzes genommen kann unmöglich geleugnet werden. Er spricht sich, um nur ein Beispiel anzuführen, darin aus, daß bis in die neueste Zeit, und selbst in den Kontroversen über meine Arbeiten, die Güter immer als Mittel des Wirtschaftens bezeichnet werden, während sie nur Mittel der Bedarfsbefriedigung sind. Nach meiner Auffassung aber ist Mittel des Wirtschaftens eine Vorstellung: Kosten, und niemals ist eine Gütermenge, z. B. ein Zentner Kohlen an sich Kosten, wie man noch überall in der Literatur lesen kann. Eine der wichtigsten Folgen dieser abstrakten, geistigen oder psychischen Wirtschaftsauffassung gegenüber der bisherigen quantitativ-materialistischen ist es, daß ich jede Entsprechung zwischen den Gütermengen, den Vorgängen der Produktion und den Gelderscheinungen, die das eigentliche Erklärungsobjekt aller Wirtschaftstheorie sind, leugne und betone, daß den tauschwirtschaftlichen Vorgängen der Preis- und Einkommensbildung nur seelische oder geistige Vorgänge, Erwägungen des einzelnen Menschen entsprechen, daß die bisherigen Wirtschaftstheorien, soweit sie überhaupt Kausalzusammenhänge zu erklären versuchten, immer hinter den Gelderscheinungen nur die technischen Vorgänge der Produktion gesehen und den technischen Kausalzusammenhang der Gewinnung der Produkte schon für einen wirtschaftlichen Kausalzusammenhang gehalten, an einer Ent-

sprechung der Gelderscheinungen mit den technischen Vorgängen der Produktion geglaubt haben.

Wer diese ganz verschiedenen Grundlagen meiner Wirtschaftstheorie ignoriert, sei es, weil er eine solche wissenschaftliche Umwälzung für unmöglich hält, sei es, weil er sie mir nicht zutraut, sei es, weil ihm die geistige Beweglichkeit fehlt, von den bisherigen Anschauungen loszukommen, der kann meiner Lehre nicht gerecht werden. Deshalb habe ich mich in der Tat über fortgesetzte Mißverständnisse zu beklagen. Denn jene kurz skizzierten Verschiedenheiten des Kausalzusammenhanges und der Wirtschaftsauffassung werden regelmäßig ignoriert. Die Folge davon ist aber, daß sich ungezählte Irrtümer in der bisherigen Wirtschaftstheorie wie eine ewige Krankheit forterben.

## II. Kritik der Grenznutzenlehre

Mein Widerspruch gegen die herrschende Wertlehre, subjektive wie objektive, macht nur einen ziemlich nebensächlichen Teil meiner Kritik der bisherigen Wirtschaftstheorie aus. Die ganze Wertlehre ist eben vom Standpunkt der „Güterlehre“, der als Axiom betrachteten technisch-materialistischen Wirtschaftsauffassung gesehen. Die subjektive Wertlehre hat einen richtigen Grundgedanken, den sie aber schon falsch formuliert hat, nämlich den, daß die Güter entfernterer Ordnung ihren „Wert“ von dem der Güter erster Ordnung, Genußgüter, ableiten. Diese noch dazu sehr unbestimmte Formulierung ist falsch, weil die Güter entfernterer Ordnung überhaupt keinen subjektiven Wert, sondern nur einen Preis haben, der allerdings nur aus der Preisbildung der Güter erster Ordnung erklärt werden kann. Er kann aber nicht als Wert erklärt werden, weil auch der Preis der Genußgüter zwar auf subjektiven Schätzungen beruht, aber kein Ausdruck solcher ist. Allein wegen dieses Irrtums ist es besser, den Wertbegriff in der Wirtschaftstheorie, die vor allem die Preisbildung zu erklären hat, zu vermeiden.

Alles, was die subjektive Wertlehre sonst über Wert und Preis der Güter sagt, ist falsch. Ich will meine Widerlegung hier an die neuesten Darlegungen der Grenznutzenlehre an hervorragender Stelle, nämlich im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, anknüpfen. Es sind die Artikel: „Grenznutzen“ von N. Rosenstein, „Wert“ von F. X. Weiß, „Zurechnung“ von Hans Mayer<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> Auf den Artikel Gleichgewicht gehe ich nicht ein. Ich bestreite jede Möglichkeit, mit Gleichgewichtsvorstellungen oder Gleichungen von Geld oder Gütermengen, auch der sogenannten „Verkehrsgleichung“, irgendwelche Wirtschaftszusammenhänge zu erklären. Dasselbe gilt von der sogenannten statischen Betrachtungsweise. Das sind

Der erste Einwand ist der, daß die Grenznutzenlehre einen schon vorhandenen Vorrat an Genußgütern voraussetzt, was der wirtschaftlichen Aufgabe durchaus widerspricht. Rosenstein erklärt das (S. 112) als „schweres Mißverständnis“ und meint, unter Gütervorrat verstehe man nicht nur (!) Genußgüter. Aber auch die Produktivgüter und die Arbeitsmühe sind nicht von vornherein vorhanden und gegeben, vor allem natürlich nicht im ganzen Tauschverkehr, wo doch das Angebot zu erklären ist. (Dies auch gegen Cassel.) Kein Wirtschaftler weiß zu Beginn einer Wirtschaftsperiode, wieviel „Arbeitskraft“ er in ihr aufwenden wird. Er weiß nur technisch ungefähr, wieviel Arbeitszeit dieses oder jenes Gut, dessen Beschaffung er in Betracht zieht, erfordert (nicht „kostet“; denn dieses technische Datum ist noch nicht Kosten). Gegeben, d. h. zahlenmäßig vorgestellt, sind auch erfahrungsgemäße Geldeinkommen. Wenn zufällig einmal ein Gütervorrat aus einer früheren Wirtschaftsperiode da ist, z. B. bei dauerbaren Kostengütern, wird er meist bei den späteren Erwägungen gar nicht mehr bewertet. Jedenfalls ist aber die Arbeitszeit, die ein Wirtschaftler in einer Wirtschaftsperiode aufwenden will, nicht von vornherein gegeben. Und gar den subjektiven Faktor Arbeitsmühe als gegeben und überhaupt als Quantum anzusehen, ist sinnlos. Diejenige Wirtschaftstheorie ist überlegen, die alle solche falschen Konstruktionen nicht gebraucht, und das ist die, die nicht allein mit der Nutzenvorstellung die wirtschaftlichen Erscheinungen zu erklären sucht, sondern die dem abnehmenden Nutzen steigende Kosten, Arbeitsmühe entgegenstellt und ferner zeigt, wie auch Aufwendungen, Opfer von Sachgütern, die man hat, besonders aber von Geld, als Kosten geschätzt werden (Grenzertragslehre).

Also das Gegenteil von dem, was Rosenstein behauptet, ist richtig. Die österreichische Theorie, die den „Wert“ eines Gütervorrates bestimmen, „auf ein Maß bringen“ wollte, mußte dafür einen vorhandenen Genußgütervorrat zugrunde legen. Denn ohne einen solchen hat die Wertbestimmung durch den Grenznutzen keinen Sinn. Ihre Vertreter haben sich dann auch darüber gestritten, ob — allein konsequent — der Wert des Gütervorrates nun durch Multiplikation des Grenznutzens mit der Zahl der vorhandenen Stücke gewonnen wird. Ihre Verteidiger verschweigen jetzt, offenbar infolge meiner Kritik, diese ganze Kontroverse. Ja, davon, daß die Grenznutzenlehre zur Bestimmung des „Wertes“ der Güter dient, ist in dem ganzen Aufsätze nicht mehr die Rede. Das heißt aber nichts anderes, als: Die Wertlehre ist von ihren eifrigsten Ver-

---

alles Hilfskonstruktionen, die zu angeblich „exakten“, aber falschen Ergebnissen führen, und die eine wirklich dynamische und subjektive, d. h. von individuellen Zwecken ausgehende Wirtschaftstheorie nicht braucht.

teidigern aufgegeben! Doch fragt es sich, was dann die ganzen komplizierten Erörterungen über den Grenznutzen sollen, die Rosenstein noch bringt.

Aber auch diese Lehre selbst, gerade in der österreichischen Formulierung, hat sich vollkommen gewandelt, weil, entsprechend der Grenzertragslehre, jetzt der Ausgleichsgedanke in den Vordergrund gestellt wird, den gerade die österreichische Theorie völlig ignoriert hatte<sup>4</sup>. Er findet sich zwar schon bei Gossen und dann bei Walras, aber gerade diese Theoretiker sind für die Verbreitung der Grenznutzenlehre unendlich viel einflußloser gewesen als die Österreicher. Sie haben ja auch mit ihrem „Ausgleich der Grenzgenüsse“ (bei Walras bezogen auf eine Gütermenge) für die Erklärung des Tauschverkehrs gar nichts anfangen können, und die wirkliche Bedeutung des Ausgleichsgedankens ist erst durch die Grenzertragslehre klar geworden.

Rosenstein sucht nun, wie schon vorher Hans Mayer, die mit der Grenzertragstheorie gewonnenen Ergebnisse, die zu einer völligen Umbildung gerade der österreichischen Lehre nötigten, möglichst in die alten Lehren hineinzuarbeiten. Jetzt soll sich der Grenznutzen erst aus der „Wirtschaftsrechnung“ ergeben. Wenn das der Fall ist, so ist die Ableitung des Wertes der Kostengüter aus dem der Genußgüter unmöglich. Dieser Wert wird vielmehr vorausgesetzt, wie das auch vielen Äußerungen der Grenznutzenlehre entspricht (siehe „Objektivismus und Subjektivismus“), die von der „Herrschaft des Kostengesetzes“ reden. Die Einwände des Zirkelschlusses und des „regressus ad infinitum“ sind gegenüber dieser Theorie durchaus berechtigt. Auch der Grund, warum sich die Grenznutzenlehre in solche Widersprüche verstricken muß, ist klar, weil sie eben von der fixen Idee ausgeht, die wirtschaftlichen Vorgänge nur aus dem Nutzen erklären zu wollen.

Bei Licht besehen ist es auch nur die Auffassung der Wirtschaftswissenschaft als Güterlehre, die zur Wertlehre und damit zur Verkennerung der psychischen Kostenvorstellung geführt hat. Denn selbst wenn Kosten wirklich nichts anderes als Nutzeneinbuße wäre, so ist doch auch hier der Verlustgedanke völlig falsch. Vielmehr wäre, wie ich in den „Grundsätzen“ gezeigt habe, der nicht mehr erlangte Nutzen eines über die verfügbare Menge hinausgehenden weiteren Gutes Kosteneinheit und Grundlage der Kostenschätzung. Auch dann aber ist Kosten nicht gleich Nutzeneinbuße oder entgangener Nutzen; sondern die Vorstellung eines Nutzens, der geopfert werden muß oder auf den man verzichtet, bleibt immer eine völlig andere als die eines Nutzens, den

---

<sup>4</sup> Entgegenstehende Behauptungen, so noch neuestens von Kromphardt (*Ztschr. f. Nationalökonomie*, Bd. 1, H. 4) sind einfach falsch.

man erstrebt, mag auch die Höhe jenes Opfers sich aus Nutzenvorstellungen ableiten. Es ist eben die „Güterlehre“ und der Wertgedanke, letzten Endes die Verkennung des Preises, die immer wieder zu dem Versuch führen, den Gütern angeblich subjektive „Schätzungsziffern“ anzuheften, einen „Wert“ der Güter festzustellen. Man verkennt, daß es sich um bloße Vorstellungen handelt, die etwas ganz anderes sind, wenn man Güter erstrebt, also nicht hat, und wenn man Güter opfert. Die Verkennung dieser Tatsachen ist der psychologische Grundfehler der subjektiven Wertlehre.

Aber Kosten ist überhaupt nicht in erster Linie die Vorstellung eines Opfers von Nutzen — das gilt allerdings vor allem dem Gelde gegenüber —, sondern viel allgemeiner, auch bei den in die Geldwirtschaft Verflochtenen, ist eine psychische Nutzen- und Kostenvergleiche mit Arbeitsmühe als Kostenfaktor. Sie machen alle diejenigen, bei denen die Arbeit die Verwendung sachlicher Produktionsmittel überwiegt. Auch das hätte die neueste Grenznutzenlehre meinen wiederholten Hinweisen gegenüber nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Es ist durchaus falsch, wenn Weiß (a. a. O. S. 1015) unter Berufung auf Böhm-Bawerk meint, „daß für die Schätzung der Arbeit nicht nur die Arbeitsmühe, sondern auch ... der durch sie entgehende Nutzen von Bedeutung ist“. Ebenso falsch ist die Fortsetzung, daß „die Antithese Nutzen und Kosten ihre Berechtigung verliere, da auf der Kostenseite auch nur Nutzen steht“. Das ist zugleich ein hübsches Beispiel, wohin die mathematische Auffassung führt.

Wie kommt man aber auf einmal zu dem völligen Umschwung, daß der Grenznutzen sich erst aus der Wirtschaftsordnung ergeben soll? Da liest man bei Rosenstein (S. 1198ff.) lange Ausführungen über die Bedeutung der Erfahrung, daß die wichtigeren Bedürfnisse unverändert bleiben, daß „die Veränderungen nur die Grenzschichten betreffen“ (ich sage: an den Rändern der Bedarfsbefriedigung sich vollziehen), und daß sich so die wirtschaftlichen Dispositionen sehr vereinfachen. Und dann kommt in einer Anmerkung die überraschende Notiz: „Diese überaus wichtige Erkenntnis im Zusammenhang mit der, daß der Grenznutzen sich erst am Ende der Gesamtdisposition ergibt, wurde ausdrücklich zuerst von Hans Mayer betont (Zeitschrift für Volkswirtschaft 1922) und nachher von L. Schönfeld ausführlich behandelt“. So? — Jeder, der meine Lehre kennt, weiß, daß diese Dinge lange vor beiden in meinen „Grundsätzen“ eingehend erörtert wurden. Darüber hinaus habe ich auch gezeigt, daß auch die erforderlichen Aufwendungen (das sind noch nicht Kosten im psychischen Sinne) einigermaßen bekannt sind, bei der Geldrechnung auch eine ungefähre Kenntnis der Preise vorhanden sein muß,

um die wirtschaftlichen Dispositionen treffen zu können. Man kann nun auch entnehmen, was von dem Satze am Schlusse: „In ihrem Aufbau ist die moderne Theorie ohne Anregung der Kritik vervollständigt worden“ zu halten ist. Da Rosenstein als extremer Grenznutzer die Kostenvorstellung vermeidet — es ist ja gerade der Fehler dieser Richtung, nur mit dem Nutzen die wirtschaftlichen Vorgänge erklären zu wollen —, geht er darauf nicht ein. Dagegen glaubt er, daß „dieses abgekürzte Verfahren kein unvollständiges Verfahren sei, das nur ungefähr das richtige Resultat ergibt, sondern ein durchaus vollständiges Verfahren, das ein exakt richtiges Resultat ergibt“. Das ist natürlich ein gewaltiger Irrtum, ein Rückfall auch bei den neuesten Grenznutzern in die alten quantitativen Vorstellungen vom Maß des Güterwertes. Wie stellt man sich überhaupt ein „exaktes Resultat“ bei psychischen Vorgängen vor? — Solange noch solche naturwissenschaftliche Vorstellungen auch bei den Subjektivisten zugrunde liegen, ist man von einer wirklichen psychologischen Erfassung des Wirtschaftslebens, die jeder als notwendig erkennt, noch himmelweit entfernt. Alles Wirtschaften bedeutet natürlich nur eine sehr annäherungsweise Rationalität, und auch im Tauschverkehr gibt es — das sei auch hier den Mathematikern gesagt, die sich noch immer mit Vorliebe in der Wirtschaftstheorie tummeln — keine exakten Feststellungen.

Die neue Erkenntnis, daß der Grenznutzen sich erst nachträglich ergibt, ist nichts anderes als ein Versuch, die Ergebnisse der Grenzertragslehre auf die Grenznutzenlehre zu übertragen. So aber ist er ein Zirkelschluß, der höchstens durch Annahme eines Gütervorrates etwas verschleiert werden kann. Ihm entgeht man nur dann, wenn man auf den aussichtslosen Versuch verzichtet, die wirtschaftlichen Vorgänge nur aus dem Nutzen erklären zu wollen, sondern den absteigenden Nutzenschätzungen der Güter die Kosten auch als psychischen Faktor gegenüberstellt. Die Grenzkonsumerträge, der Überschuß von Nutzen über die Kosten, d. h. die Grenze, bis zu der Kosten aufgewendet, Nutzen beschafft werden, ergeben sich in der Tat erst aus den wirtschaftlichen Dispositionen. Der Charakter der bisherigen subjektiven Wertlehre ist aber damit vollkommen preisgegeben. —

Es würde hier zu weit führen, auf alle die falschen Nutzenkonstruktionen der neueren Grenznutzenlehre einzugehen. Der „abhängige Nutzen“ im Sinne Böhm-Bawerks, der durch den Verlustgedanken bestimmt werden soll, setzt einen schon vorhandenen Gütervorrat voraus. Der „Gesamtwirtschaftsnutzen“ nach Schönfeld und Rosenstein ist der Versuch, die früher gerade von den Österreichern nicht berücksichtigte Tatsache nachträglich einzubeziehen, daß es sich um sehr verschiedenartige Nutzen handelt. Doch lassen sich die Nutzen nicht addieren, und das

wirtschaftliche Problem ist nicht, einen Gesamtwirtschaftsnutzen festzustellen, sondern letzten Endes nicht gegebene psychische Kosten auf die verschiedenen erstrebten Nutzen zu verteilen. Ebenso kann ich hier auf die Polemik gegen meinen psychischen Ertragsbegriff nicht eingehen. Es ist das in früheren Arbeiten schon zur Genüge geschehen, und es wird auch immer mehr anerkannt, daß der Vorstellung erstrebter Nutzen eine ebenfalls psychische Kostenvorstellung gegenüberzustellen ist, und daß es also auf das Verhältnis beider, das ich Ertrag nenne, ankommt. (Siehe dazu z. B. Oskar Klug, Robert Liefmanns Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge, Sozialwissenschaftliche Forschungen, Heft 9, 1929.) Nur mit dem Ertragsgedanken ist es möglich, die Brücke von den Gelderscheinungen zu den psychischen Vorgängen der Konsumwirtschaften zu schlagen und damit die ersteren wirklich zu erklären. Die Grenznutzenlehre macht in Wahrheit nicht einmal einen Versuch in dieser Richtung.

Was mit der Grenznutzenlehre auch in ihrer neuesten Form über psychologische Erörterungen hinaus zur Erklärung des Tauschverkehrs eigentlich geleistet werden soll und kann, darüber schweigen sich gerade ihre neuesten Verteidiger aus. Sie müssen das, weil sie ja noch an dem Glauben festhalten, die Gelderscheinungen ausschalten zu können. Aus der Betrachtung von Gütermengen läßt sich aber keine Erklärung der Preise und Einkommensbildung ableiten. Der Glaube der älteren österreichischen Schule, den Preis jeder Güterart aus den „Wertschätzungen“ der beiderseitigen „Tauschlustigen“ ableiten zu können, scheint nach der vernichtenden Kritik, die diese „Preistheorie“ gefunden hat, von den neueren Anhängern aufgegeben. Offen eingestanden wird es nicht. Weiß im Artikel Wert schweigt vollkommen darüber, was diese Wertbestimmung durch den Grenznutzen eigentlich für die Erklärung des Tauschverkehrs leistet. Rosenstein, der jene Wertbestimmung überhaupt nicht mehr kennt, behauptet nur ganz kurz (S. 1205): „Der gesamte volkswirtschaftliche Prozeß wird durch den Anschlag der Grenznutzen der Wirtschaftler bestimmt.“ Wie das geschieht, was zu zeigen wohl die Hauptaufgabe wäre, wenn der „Grenznutzen“ das leistet, verrät er nicht. Natürlich, sonst hätte er eingestehen müssen, daß der gesamte volkswirtschaftliche Prozeß nicht durch den Grenznutzen, sondern durch den Grenzertrag bestimmt wird, durch Übertragung dieses Begriffes auch auf geldliche Erscheinungen. Dann hätte er die Grenzertragslehre erläutern müssen, die allein den tauschwirtschaftlichen Prozeß erklärt. Freilich hätte er dann seine ganze Verteidigung der Grenznutzenlehre nicht schreiben können, denn sie leistet dafür nichts. Es ist ja auch noch niemals nur der bescheidenste Versuch gemacht worden, mit der Grenznutzenlehre das Angebot im Tauschverkehr zu erklären, was doch der



Kern der Grenzertragstheorie ist und jeder wirklichen Wirtschaftstheorie sein müßte. —

Ob Rosenstein mich auch zu den Grenznutzlern rechnet, ist nicht klar. Bei den auch von mir eingehend erörterten Ausführungen über den Nutzen (VI. a—h) werde ich nicht erwähnt. Im übrigen suchen die Grenznutzer jetzt jeden, der den „Grenzgedanken“ anwendet, als Vertreter der Grenznutzenlehre zu bezeichnen, was natürlich völlig falsch ist. So wird als Vorläufer auch Thünen genannt, ein extrem objektivistischer Werttheoretiker, unter den neueren Vertretern auch Cassel. S. 1206 wird „die Disutility-Theorie, die in Amerika von J. B. Clark (1881) begründet worden ist, „und den Begriff des sozialen Nutzens aufstellt“, als eine „Abart der psychologischen Richtung“ bezeichnet, und hier werde ich in Klammern als „zum Teil, nämlich nur als Disutility-Theoretiker“ zu dieser Richtung gehörig erwähnt. Das ist natürlich in jeder Hinsicht unzutreffend. Mit der Lehre Clarks, des Hauptvertreters der Produktivitätstheorie und daher einer extremen Ertragszurechnungslehre, und ebenso mit den Lehren der meist auf diesem Boden stehenden anderen Amerikaner hat die Grenzertragslehre gar keine Beziehung, und gar die zahlreichen kollektivistischen Rückfälle in jenen Lehren, die z. B. im Begriff des „sozialen Nutzens“ zutage treten, lehne ich durchaus ab. Aber auch mit „Disutility-Theorie“ — eine Vorstellung, die ebenfalls nur aus der herrschenden Güterlehre stammt — ist die Grenzertragstheorie nicht richtig bezeichnet. Mein psychischer Kostenbegriff ist eben nicht nur „disutility“.

### III. Kritik der objektivistischen Richtungen

Die Grenznutzenlehre wird von ihren Anhängern (Schumpeter, Rosenstein) als die „momentan einzige Theorie“ überhaupt erklärt. Sie können aber nicht leugnen, daß heute Theorien, die auf den „Grenzgedanken“ in jeder Form und auch auf eine subjektive Zurückführung der wirtschaftlichen Vorgänge prinzipiell verzichten wollen, wie diejenige Cassels, erheblich größere Bedeutung erlangt haben, womit über die Qualität dieser Lehren und das theoretische Verständnis ihrer Anhänger gar nichts ausgesagt sein soll. Auch die klassische Lehre findet wieder mehr Verteidiger, die es ganz ebenso machen wie Rosenstein, Weinberger u. a. Vertreter der Grenznutzenlehre, indem sie sie im Sinne der auf anderem Wege gewonnenen Erkenntnisse neu interpretieren und jene Erkenntnisse nachträglich in sie hineinzulegen versuchen. Das sind Schulmanöver, die leicht durchschaut, wer wirklich von einem anderen Standpunkt an die Probleme herantritt. So ist es ganz ebenso einseitig wie das obige Zitat, wenn

Adolf Weber noch neustens einen Ausspruch von Dietzel aus dem Jahre 1895 als Wahrheit bezeichnet und zitiert: „Das theoretische Lehrgebäude der Klassiker gleicht einer starken Festung..., die die Feinde nicht einnehmen können.“

Zugeben muß man allerdings, daß die „subjektive Wertlehre“ die klassische Theorie nicht überwunden hat. Warum sie das nicht hat, das konnte allerdings erst durch eine auf einer ganz anderen Wirtschaftsauffassung beruhenden Theorie klargestellt werden: weil beide eben auf der „Güterlehre“, der Identifizierung des technischen und wirtschaftlichen Kausalzusammenhangs und damit auf einer naturwissenschaftlichen Erklärung der Einkommen beruhen. Die subjektive Wertlehre ist nicht weiter als zu der immerhin schon sehr wichtigen Erkenntnis gekommen, daß die klassische Arbeitswerttheorie falsch sei und der „Wert“ der Güter entfernter Ordnung aus dem der Genußgüter abgeleitet werden müsse. Aber die „Bestimmung“ dieses Wertes durch Wertzurechnung ist eine Fiktion, die Bestimmung des Preises aus den angeblichen „Wertschätzungen“ der Käufer und Verkäufer bei gegebenem Gütervorrat ist weit entfernt, eine wirkliche Erklärung der Preisbildung zu sein. Weiter ist Carl Menger ebensowenig gekommen wie Gossen, Jevons, Walras u. a. Die Einkommenslehre, durch die Böhm-Bawerk und Wieser die Grenznutzentheorie zu vervollständigen suchten, beruht ganz ebenso auf der Ertragszurechnung wie die klassische, d. h. auf der Verwechslung von Wirtschaften und Produzieren, des technischen und wirtschaftlichen Kausalzusammenhangs. Und so ist die Grenznutzenlehre oder subjektive Wertlehre überhaupt kein einheitliches wirtschaftstheoretisches System, sondern, wie ich schon früher ausführte, nur ein Vorbau, der mit dem materialistisch-naturwissenschaftlichen Lehrgebäude der Klassiker, dem Erbe der Physiokraten, nicht organisch verbunden ist.

Der objektiven Wertlehre werfe ich vor, daß jede Produktionskosten- oder auch Produktivitätstheorie, die den Wert oder Preis der Güter durch die Produktionskosten oder durch die Produktivität eines Produktionsfaktors erklären will, falsch ist, auf einer Identifizierung des technischen und des wirtschaftlichen Kausalzusammenhangs beruht. Diese Verwechslung schreibt sich wieder aus dem Bestreben her, die Gelderscheinungen auszuschalten, die Wirtschaftstheorie als Lehre von der Produktion und der „Verteilung“ der Güter zu betrachten, ohne zu berücksichtigen, daß alle Produktion und alle Verteilung nur durch den Geldmechanismus erfolgt. Das alles nenne ich „Güterlehre“, technisch-materialistische Wirtschaftsauffassung, die aber, wie gesagt, der subjektiven Wertlehre ganz ebenso zugrunde liegt.

Wegen der geringen Leistungen der Grenznutzenlehre für die Er-

klärung tauschwirtschaftlicher Vorgänge und Zusammenhänge ist es nicht verwunderlich, daß insbesondere die außerdeutsche Literatur im wesentlichen noch an der klassischen Lehre — abgesehen etwa von der Arbeitswerttheorie — festhält, und daß auch in Deutschland die Zahl ihrer Anhänger wieder größer, die der Grenznutzenlehre aber immer geringer wird. Die einflußreichsten Lehrbuchverfasser Marshall, Gide, Philippovich, neuestens Adolf Weber, Taussig u. a. haben eine höchst eklektische Vermischung beider versucht, die natürlich wirklich theoretische Köpfe noch weniger befriedigt als die beiden Hauptrichtungen. In der Grenzproduktivitätstheorie Clarks und einiger Anhänger hat man den an sich aner kennenswerten Versuch gemacht, auf Grund der materialistisch-naturwissenschaftlichen Auffassung ein einigermaßen einheitliches System zu entwickeln, indem man die Unterscheidung von Statik und Dynamik zu Hilfe nahm. Er mußte gegenüber einer so typisch dynamischen Erscheinung wie das Wirtschaftsleben natürlich schon in den Anfängen scheitern, vor allem aber an der logischen Unmöglichkeit, finale Kausalzusammenhänge mit einer naturwissenschaftlichen Kausalität erklären zu wollen, mit der Ertragszurechnung, die in der Grenzproduktivitätslehre auf die Spitze getrieben ist. Es ist aber sehr bezeichnend, wie sehr derartige Vorstellungen noch heute die Wirtschaftstheorie bestimmen (siehe z. B. „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“).

Die Ertragszurechnung, die ich wie die Wertzurechnung seit mehr als zwanzig Jahren nicht nur bekämpfe, sondern auch durch mein theoretisches System, das die Einkommen wirklich als Preise erklärt, ersetzt habe, wird doch allmählich immer mehr als das entscheidende Problem anerkannt, an dem die technisch-materialistische Wirtschaftsauffassung scheitern muß. Wenigstens beginnen in Deutschland und Japan einige vorgeschrittene Köpfe das einzusehen, während sie in den angeblich theoretisch so fortgeschrittenen angelsächsischen Ländern — so langsam ist der Fortschritt der Wissenschaft — samt der zugrunde liegenden Wirtschaftsauffassung noch als Axiom gilt. Man kann aber nicht leugnen, daß die bisherige Einkommens- und Verteilungslehre gar nicht auf der Preistheorie beruht, weil es bis zur Grenzertragslehre keine wirkliche Erklärung der Preise und Einkommen aus individuellen Zwecken gab, sondern sie beruht eben auf der Ertragszurechnung.

Dieses Problem verschwindet aber, wenn man mit der Grenzertragslehre — und allerdings nur mit ihr — zeigen kann, einerseits, wie auch die Güter entfernterer Ordnung geschätzt werden, nämlich als Kosten, zweitens, wie auch im ganzen Tauschverkehr keine Zurechnung, sei es von Werten, sei es von Ertragsanteilen (Ertragszurechnung), nötig ist, sondern wie es ohne Zurechnung zum Preise der Güter entfernterer Ord-

nung kommt. Es ist also nicht wahr, wie Schumpeter und andere meinen, daß das Problem lösbar sein müsse, weil die Praxis es löse, sondern es liegt hier ein überaus bezeichnendes Beispiel dafür vor, daß die Wissenschaft so oft auf Grund falscher Voraussetzungen, hier die technisch-naturwissenschaftliche Wirtschaftsauffassung, zu Scheinproblemen kommt, die mit der Wahl eines besseren Identitätsprinzips als solche erkannt werden und verschwinden. Mit einer abstrakten individualistischen Wirtschaftsauffassung, die das Wirtschaftliche nicht in der technischen Handlung, sondern in den Erwägungen sieht, ergibt sich, daß der Mechanismus der Güterverteilung, der durch das Geld erfolgt, daß also die Gelderscheinungen ihre Entsprechung nicht in den technischen Vorgängen der Produktion, sondern in psychischen, innerwirtschaftlichen Erwägungen haben (Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge). Mit der Erkenntnis der Bedeutung des Geldertragsstrebens und eines Ertragsminimums (tauschwirtschaftlicher Grenzertrag) als Bestimmungsgrund allen Angebots, d. h. aller Kostenaufwendungen im Tauschverkehr war die Zurechnungslehre überwunden.

Das praktische Leben hat in der Tat ein gewaltiges Problem gelöst, indem es den „Produktivgütern mit derselben Sicherheit einen bestimmten Wert zuschreibt wie den Genußgütern“ (Böhm-Bawerk). Aber es hat dieses Problem nicht als Wert- und nicht als Zurechnungsproblem gelöst! Im praktischen Leben entstehen Preise, werden Preise veranschlagt oder wirklich bezahlt. Diese Preise sind aber in keiner Weise ein Ausdruck eines subjektiven Wertes, wenn auch eine sehr komplizierte Resultante zahlloser individueller Schätzungen, die sich auch nur auf die Genußgüter beziehen und an die bisherigen Preise anknüpfen. Die Preisbildung der Güter entfernterer Ordnung ist aber in keiner Weise anders zu erklären als die der Genußgüter. In beiden Fällen gilt das Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge. Allerdings ist diese Preisbildung keineswegs so exakt und eindeutig, wie die Vertreter der mathematischen Richtungen es darstellen. Denn tatsächlich gibt es gerade für die Genußgüter an demselben Orte meist sehr verschiedene Märkte mit sehr verschiedenen Preisen, z. B. in Läden, aber auch auf dem Wochenmarkte, und gleichzeitig einen einheitlichen Preis haben höchstens einige börsenmäßig gehandelte Rohstoffe.

Aber der Mechanismus der Preisbildung löst in der Tat, allerdings auf Grund tausendfacher Wiederholung und Erfahrung, das Problem, daß die meisten Massengüter trotz ganz verschiedener Wertschätzungen der Konsumenten, die sich ja auch nur auf die Genußgüter beziehen, einen einigermaßen bestimmten Preis erhalten. Das erscheint so wunderbar, weil die bisherigen Preistheorien eben sehr unvollkommen waren. Daher

kommt man von der Vorstellung eines „sozialen Wertes“ nicht los, und so glauben viele, im Preise ein geheimnisvolles Phänomen zu sehen, daß man vom Individuum aus nicht erklären könne. Sie ergeben sich dann soziologischen und philosophischen Spekulationen, die mit Nationalökonomie nichts mehr zu tun haben, aber durch die Unklarheit der dabei verwendeten Phrasen sie in Verruf bringen. Besonders beliebt ist es heute, dabei mit dem Schlagwort von der wirtschaftlichen und sozialen Macht zu operieren. Und doch kann auch der Soziologe nicht leugnen, daß die Preise nur aus individuellen Zwecken zustande kommen, und daß mit Phrasen vom sozialen Wert und sozialer Macht für eine Erklärung der allgemeinen Zusammenhänge gar nichts geleistet ist.

Wirtschaftliche Macht kann sich nur innerhalb der „ökonomischen Gesetze“ auswirken, d. h. einer richtigen Preistheorie, die Böhm-Bawerk fehlte. Sie ist dann ein Problem der Monopolpreisbildung, worüber die Grenzertragslehre doch manches sagen kann. Allerdings kann sie nicht, womit sich die mathematischen Richtungen gern noch abgeben, den Monopolpreis „bestimmen“ oder berechnen, sondern sie kann als eine „Theorie“, d. h. als eine Erklärung des Allgemeinen, nur die allgemeinen Grenzen der Preisbildung angeben. Ich muß hier auf Band II der „Grundsätze“, auf den Aufsatz Zurechnung und Verteilung und auf den immer noch nicht erschienenen Aufsatz Monopolpreis im Band II der „Wirtschaftstheorie der Gegenwart“ verweisen.

#### IV. Zur Kritik der funktionellen Betrachtungsweise

Angesichts des Mißerfolgs der subjektiven und der objektiven Wertlehre, die beide auf der Verwechslung des technischen und des eigentlich wirtschaftlichen Kausalzusammenhangs auf Grund der materialistischen Wirtschaftsauffassung beruhen, war der Versuch naheliegend, unter Beibehaltung der letzteren, die aber auch gar nicht als Problem erkannt wurde, die böse Kausalfrage überhaupt auszuschalten und sie durch eine „funktionelle Betrachtungsweise“ zu ersetzen. Aber einmal ist die Ausschaltung der Kausalbetrachtung ein so ungeheuerlicher Vorgang, daß noch niemand gewagt hat, ihn methodologisch zu rechtfertigen. Andererseits ist sie auch gar nicht durchführbar, und ihre Vertreter kommen doch immer wieder auf menschliche Zwecke als Agens alles Wirtschaftens zurück. Es ist sehr töricht, sie gerade bei der Betrachtung der Grundlagen des Wirtschaftslebens ausschalten zu wollen. Denn es ist klar, daß die bloße Konstatierung von Beziehungen nicht das mindeste von den wirtschaftlichen Zusammenhängen erklärt. So leisten denn auch die Preisgleichungen, die Cassel und Adolf Weber als Preistheorie ausgeben,

nichts für die Erklärung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Nicht nur kürzer, sondern auch sehr viel deutlicher können sie etwa durch folgende wenige Sätze erklärt werden: Alle Preise aller Güter hängen dadurch zusammen, daß die Konsumwirtschaften ihr Einkommen dergestalt auf ihre Bedürfnisse verteilen, daß sie einen Ausgleich der Grenzerträge verwirklichen. Dadurch kommt es zur Nachfrage nach Konsumgütern, und alle Erwerbstätigen verwenden ihre Kapitalien und Arbeitskraft mit dem Ziel größten Geldertrags, wodurch auch ein Ausgleich der Grenzerträge in der ganzen Volkswirtschaft verwirklicht wird. Das kann dann noch näher erläutert werden.

Die funktionelle Betrachtungsweise bleibt immer auf die allgemeinste Theorie beschränkt, wo ihre Vertreter von der hergebrachten materialistischen Auffassung nicht loskommen. Sie ist später vergessen, wo die wirtschaftlichen Zwecke nicht ausgeschaltet werden können. Ja, es ist merkwürdig, daß ihre Anhänger, ohne es zu merken, sobald etwas erklärt werden muß, individuelle Zwecke einführen, z. B. wenn sie den Zins als Preis für das „Warten“ erklären. Damit ist schon deutlich, daß jene Betrachtungsweise ein einheitliches wirtschaftstheoretisches System nicht ermöglicht.

Daß diese Betrachtungsweise objektivistisch-naturwissenschaftlich, die typische „Güterlehre“ ist, kann nicht mit dem Hinweis darauf geleugnet werden, daß „der Begriff Knappheit ohne die Verhältnismäßigkeit zwischen einem Vorrat und Begehungen, die auf ihn gerichtet sind, nicht gedacht werden könne“ (v. Zwiedineck). Denn nach Gütern entfernterer Ordnung gibt es keine „Begehungen“ und ebensowenig einen schon vorhandenen Vorrat. Jede Tauschverkehrstheorie, die von einem gegebenen Vorrat ausgeht und daher das Angebot nicht erklärt, kann schon als objektivistisch bezeichnet werden.

Aber die funktionelle Betrachtungsweise erklärt nicht nur das Angebot und daher die Preisbildung nicht, sondern, da sie keinen kausalen Inhalt hat, erklärt sie auch die Einkommen nicht. Denn hier ist eine Kausalbetrachtung unvermeidlich, und zwar noch mehr, eine Finalbetrachtung, eine Kausalbetrachtung auf Grund individueller Zwecke. Diese zu verschleiern und der Preisbildung eine „sozialökonomische Aufgabe“ zuzuweisen, wie es Cassel tun muß, um seine naturwissenschaftliche Gleichgewichtskonstruktion zu retten, ist natürlich keine Lösung.

Ebenso kann irgendeine andere kollektivistische, von der ganzen Volkswirtschaft ausgehende Betrachtungsweise keine Lösung bringen. Wirklich zu erklären ist die Preis- und Einkommensbildung nur auf Grund individueller Zwecke, und zwar zunächst des Geldertragstrebens aller Erwerbstätigen, nicht etwa nur der Kapitalisten (Sombart). Aber die Erklärung

der Nachfrage verlangt natürlich auch ein Eingehen auf die Erwägungen der Konsumwirtschaften, setzt daher die erst in meiner Lehre vorgenommene, an das Geld anknüpfende Unterscheidung dieser beiden Begriffe voraus.

Der Glaube, ohne Zurückgehen auf individuelle Zwecke auch die Einkommensbildung erklären zu können, führt Cassel zu der ganz unmöglichen Konstruktion, das Angebot von Arbeit für jede Art der Arbeitsverwendung, sowie von Boden für jede Art von Bodenbenutzung und ferner das Angebot von „Kapitaldisposition“ als gegebene Größe anzunehmen. Dann habe die Preisbildung die „Aufgabe“, gegenüber dieser Knappheit der Güter die Nachfrage zu begrenzen und so zu bestimmen. Wenn er nachträglich diese Voraussetzung wieder aufhebt, so hat das keine Bedeutung, denn jetzt setzt er die Nachfrage als bestimmt voraus. Tatsächlich aber erklärt er die Einkommensbildung gar nicht durch die Preisbildung, sondern genau wie die anderen durch eine „Zurechnungs- und Verteilungslehre“. Das ist besonders deutlich, wenn er den Zins als den Preis des „Wartens“ bezeichnet. Für Warten hat aber noch niemand einen Preis bezahlt. Preise werden nur gezahlt, wenn Güter verkauft oder verliehen werden, und der Zins ist ein Leihpreis und aus den Zwecken des Leihenden und des Verleihers im Zusammenhang mit allen anderen Preisen zu erklären.

Ebenso ist es einfach Zurechnungslehre, wenn Cassel S. 293 sagt: „daß das gesamte Arbeitseinkommen gleich dem der Mitwirkung der Arbeit entsprechenden Anteil am Gesamtergebnis der Produktion ist“. Andere Zurechnungsgedanken bei Cassel S. 169 und an anderen Orten.

Noch viel mehr finden sich Zurechnungsgedanken in Adolf Webers neuem Lehrbuch. Cassel glaubte, daß der oben zitierte Satz mit der Theorie des Arbeitslohnes als Ergebnis des allgemeinen Preisbildungsprozesses nicht in Widerspruch stände. Aber eine wirkliche Preistheorie braucht die von Cassel vertretene Produktivitätstheorie und auch die von Weber und den Amerikanern vertretene Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes ebensowenig wie eine besondere Zinstheorie. Sondern sie erklärt in Wahrheit Löhne, Zinsen und bedungene Renten als Preise. Der Lohn entspricht da nicht der Produktivität der Arbeit (vgl. die Ablehnung jeder Entgeltstheorie der Arbeit in den „Grundsätzen“). Er ist auch kein Anteil am Produkt oder am Gesamtergebnis der Produktion. Sondern der Arbeitgeber kauft nur eine technische Leistung des Arbeiters. Wie hoch er sie bezahlen kann, hängt von der Kalkulation aller seiner übrigen Kosten, verglichen mit dem voraussichtlichen Erlös aus den Produkten, d. h. hängt von seinen Ertragsaussichten ab. Wie hoch er die Leistung bezahlen muß,

hängt davon ab, wieviel Arbeiter auf Grund der Lohnerwartung, verglichen mit der individuell erfaßten Schwere der Arbeit, sich diesem Erwerbszweige zuwenden. Ohne die Berücksichtigung des Ertragsstrebens, also individueller Zwecke, gibt es keine Preis- und Einkommenstheorie. Jede Proportionalitäts- oder Produktivitätstheorie der Einkommen ist falsch, ist Ertragszurechnung und verkennt den wirtschaftlichen Zusammenhang, der umgekehrt wie der technische von den Preisen der Genußgüter zu denen der Produktionsmittel führt und durch die Tendenz zum Ausgleich der Grenzerträge erklärt wird.

Die funktionelle Betrachtungsweise erklärt also gar nicht die Einkommen als Preise, einfach, weil sie auch nicht die Preise erklärt, sondern sie berechnen will. Von den Preisgleichungen Cassels oder anderer Mathematiker führt kein Weg zur Erklärung der Einkommen. Diese kann man nur als Zwecke und aus Zwecken erklären, jede andere Theorie führt die Bezeichnung naturwissenschaftlich zu Recht.

Auch die bekannte Auffassung der Unternehmertätigkeit als eine tauschwirtschaftliche Funktion, die ein Entgelt verdient, ist Zurechnung und kehrt das wirkliche wirtschaftliche Kausalverhältnis um. Es ist auch Zurechnung, wenn Diehl bei Bekämpfung dieser Lehre (Jahrbuch für N. 131. Bd. S. 672) sagt: „Man kann den Arbeitslohn als Preis der Arbeitsleistung, den Kapitalzins als Preis der Kapitalnutzung, die Grundrente als Preis der Bodennutzung und den Unternehmergewinn als Preis der Unternehmerleistung auffassen und somit die Höhe der Anteile als Preiserscheinungen mit Hilfe der Wert- und Preistheorie erklären.“ Der Unternehmer erzielt einen Gewinn, nicht weil er der „Volkswirtschaft“ etwas geleistet hat und entsprechend dieser Leistung, sondern weil er die Verkaufspreise seiner Güter richtig kalkuliert und verstand, seine Produktionskosten niedriger zu halten. Jede ethisierende Entgeltsvorstellung liegt der Organisation des Tauschverkehrs fern.

Ebenso liegen Zurechnungsgedanken den verschiedenen sozialen oder sozialrechtlichen Lehren zugrunde, die mit der Auffassung des Preises als eines „sozialen Wertes“ etwas erklären zu können glauben oder ohne Wertlehre sich mit der Behauptung des Preises als Ergebnis sozialer Machtverhältnisse begnügen. Diehl selbst muß zugeben, daß die Macht nur „innerhalb gewisser Grenzen“ wirkt, „z. B. die Höhe des Arbeitslohnes wird auf die Dauer nicht weiter gesteigert werden können, als mit der Rentabilität der Betriebe vereinbar ist“. Aber über diese Grenzen kann eine richtige, auf den individuellen Zwecken beruhende Wirtschaftstheorie sehr viel sagen — ob sie das ökonomische Gesetze nennen will, ist ganz nebensächlich. Die von Diehl vertretene Richtung aber leistet dafür nichts, weil sie ebenso eine materialistisch-naturwissenschaftliche



Wirtschaftsauffassung zugrunde legt wie die Klassiker und die Grenznutzenlehre.

Solange man die Einkommen als individuelles oder soziales Entgelt auffaßt, besagt auch die Behauptung, daß der Lohn, Zins usw. Preise seien, nichts für eine Überwindung der Zurechnungslehre, so lange hat man, wenn überhaupt, die Einkommen nicht als Preise, sondern durch Ertragszurechnung erklärt. Erst wenn man Preise und Einkommen aus dem Geldertragsstreben kausal und final erklärt, kann man behaupten, die Zurechnungslehre ersetzt und die tauschwirtschaftliche Organisation richtig verstanden und erklärt zu haben. Das leistet nur die Grenzertragslehre, die darum das einzige einheitliche System der Erklärung des Tauschverkehrs darstellt, das bisher aufgestellt wurde.

Die mechanische Betrachtung von Größenbeziehungen, akausaler Quantitätsverhältnisse hat mit Wirtschaftstheorie nichts zu tun. Sie sind immer mit Zusätzen wie: *ceteris paribus*, oder: von einem gewissen Punkte ab verbunden, die ihre allgemeinere Geltung aufheben. Alle solche angeblichen „Gesetze“ wie: wenn manche Preise steigen, müssen andere fallen; wenn der Zins fällt, steigt der Lohn und ähnliche sind als wirtschaftliche Behauptungen einfach falsch. Es ist ebensogut möglich, daß andere Preise nicht fallen, die Löhne nicht steigen. Es ist auch durchaus falsch, anzunehmen, daß solche Quantenfeststellungen irgend etwas über das Wesen des Preises, Zinses usw. sagen<sup>5</sup>. Darüber erfahren wir nur etwas bei finaler (und kausaler) Betrachtungsweise. Die Betrachtung von Quantenbeziehungen kann nie etwas von geistigen Vorgängen erklären. Was hat denn alles Philosophieren in der Nationalökonomie geleistet, wenn man so einfache Wahrheiten noch nicht erkennt!

## V. Einige Ergebnisse der Grenzertragslehre

1. So wenig die Grenznutzenlehre die Aufgabe gelöst hat, die wirtschaftlichen Zusammenhänge „subjektiv“, deutlicher gesagt: aus individuellen Zwecken zu erklären, so wenig kann doch auf diese Aufgabe ganz verzichtet werden. Denn jede wirkliche Erklärung wirtschaftlicher Zusammenhänge führt auf menschliche Zwecke zurück. Das gilt auch für das anscheinend naturgesetzlichste wirtschaftliche Phänomen, die Konjunkturschwankungen. Erst recht läßt sich der allgemeine Mechanismus der Preis- und Einkommensbildung, mag er auch äußerlich naturwissenschaftliche Analogien aufweisen, ohne Zurückgehen auf individuelle Zwecke nicht verstehen und erklären. Trotzdem dies eigentlich

---

<sup>5</sup> Der offensichtliche Irrtum, neben anderen, von E. Carell. *Jahrb. f. Nationalökonomie*. Bd. 132. S. 161 ff.

nur von wenigen geleugnet wird, ist der naturwissenschaftliche, mechanische Charakter der meisten bisherigen Lehren bei etwas tieferem Eindringen unverkennbar. Man hat sich zwar bisher meist über meine diesbezügliche Kritik hinweggesetzt, aber er tritt an den verschiedensten Stellen in der Literatur deutlich zutage. Güterlehre, materialistische Wirtschaftsauffassung, Identifizierung des technischen und wirtschaftlichen Zusammenhangs, Ertragszurechnung, Ausgehen von einem vorhandenen Gütervorrat, Gleichsetzung von Geldsummen und Gütermengen, die Meinung, daß eine Gütermenge oder der Boden schon Kosten, ein Produktionsmittel an sich schon Kapital sei, Verwechslung von Mitteln der Bedarfsbefriedigung (Güter) und Mitteln des Wirtschaftens (Kostenvorstellung), Zerlegung der Wirtschaftstheorie in Produktions- und Verteilungslehre, Auffassung von Angebot und Nachfrage als gegebene Gütermengen, Vorstellung eines „Gleichgewichts“ von Gütermengen (und Geldsummen) statt einer Ausgleichstendenz von Zwecken, Produktivitätstheorie als Erklärung der Einkommen, das und noch vieles andere, was ich der bisherigen Theorie vorwerfe, von ihr aber meist ignoriert wird, bedeutet im Grunde immer dasselbe: Es bedeutet eine objektivistisch-technisch-naturwissenschaftliche Wirtschaftsauffassung, die unhaltbar ist, weil man mit ihr die Vorgänge des Geldtauschverkehrs nicht erklären kann<sup>6</sup>. Den Gelderscheinungen entsprechen eben nicht technische Vorgänge der Produktion und daher nicht Gütermengen, sondern nur psychische Vorgänge, individuelle Erwägungen. Sie sind die einzige Entsprechung und Beziehung, die zwischen der Welt der „Werte“, der subjektiven Vorgänge, und der Welt der Preis- und Einkommensbildung bisher gefunden werden konnte. Sie hat in der Grenzertragstheorie ihren Niederschlag gefunden, die zeigt, wie auch eine Geldsumme als Kosten geschätzt wird, und daß im ganzen Tauschverkehr dasselbe Organisationsprinzip gilt, das auch innerhalb jeder Einzelwirtschaft die Verteilung der Kosten bestimmt. Also psychische oder — wie ich jetzt sage, um diesen viel mißbrauchten Ausdruck (unfruchtbaren Psychologismus!) zu vermeiden — intentionale Grundlegung der Wirtschaftstheorie!

2. Ohne den Grenzgedanken in irgendeiner Form gibt es keine wirkliche Erklärung wirtschaftlicher Erscheinungen. Warum? Weil Wirtschaften in der Tat ein „Verteilungsproblem“ ist. Aber nicht im Sinne

---

<sup>6</sup> Dabei werden die logischen Fehler, die dabei herauskommen, immer wiederholt, selbst in Arbeiten, die auf meine Lehre Bezug nehmen. Nur zwei Beispiele: Bei W. Weddigen, Theorie des Ertrags, gehen immer noch Mittel der Bedarfsbefriedigung und Mittel des Wirtschaftens durcheinander, und in Diehls oben erwähntem, neuestem Aufsatz sind Rohrerträge wieder eine Gütermenge!

der heutigen, auf Ertragszurechnung beruhenden, mechanisch-naturwissenschaftlichen „Verteilungslehre“, sondern weil die wirtschaftliche Aufgabe darin besteht, Kosten auf die verschiedensten Bedürfnisse nach dem Prinzip eines Maximums von Erfolg zu verteilen. Darin liegt nämlich das Problem der Begrenzung der Kostenaufwendungen für jede Bedürfnisart. Man kann dieses Problem der Grenze der Kostenaufwendungen nicht, wie Cassel, umgehen, indem man die Produktionselemente als quantitativ gegeben annimmt. Denn das sind sie nicht. Und selbst, wenn man es annehmen wollte, könnten doch die meisten Kostengüter für sehr verschiedene Nutzen aufgewendet werden. Um die Grenze der Kostenaufwendungen für jede Bedürfnisart festzustellen, ist die Vorstellung eines Ertrages unentbehrlich, der allerdings nur beim Geldtauschverkehr in einem Geldertrag wirklich in Erscheinung tritt, aber als vorgestellte oder empfundene Spannung zwischen Nutzen und Kosten innerhalb jeder Einzelwirtschaft dieselbe Rolle spielt.

Aus der wirtschaftlichen Aufgabe als Kostenverteilungsplan ergibt sich auch, daß die Grenznutzenlehre, die auf die Gegenüberstellung von Nutzen und Kosten verzichtet und allein mit dem Nutzenbegriff arbeiten will, die wirtschaftlichen Erscheinungen nicht erklären kann. Sie muß daher auch von einem gegebenen Gütervorrat ausgehen und verkennt damit die eigentliche Aufgabe des Grenzgedankens.

Ebensowenig genügt aber die Heranziehung des Grenzgedankens für irgendeine Theorie der speziellen Einkommensarten, wie sie von der Grenzproduktivitätstheorie auf die Spitze getrieben wurde. (Noch neuesten besonders deutlich in Adolf Webers Lehrbuch.) Alle diese verschiedenen Einkommenslehren, von der klassischen bis heute, sei es mit, sei es ohne Grenzgedanken, die verschiedenen Lohn-, Zins- und Grundrententheorien — letztere bekanntlich die erste Anwendung des Grenzgedankens in der Wirtschaftstheorie überhaupt — beruhen auf der Verwechslung des wirtschaftlichen und technischen Kausalzusammenhangs, damit auf der Ertragszurechnung.

In dem System der Grenzertragslehre gibt es keine besonderen, voneinander unabhängigen Theorien des Lohnes, des Zinses, der Grundrente mehr, sondern hier ist wirklich Ernst gemacht mit der längst als notwendig anerkannten Forderung, die Einkommen allein durch die Preisbildung zu erklären. Dazu ist der im Wesen alles Wirtschaftens liegende Ausgleichsgedanke unvermeidlich, der auch allmählich die ganz unmöglichen mathematisch-naturwissenschaftlichen Vorstellungen vom „wirtschaftlichen Gleichgewicht“ zu verdrängen beginnt. Nur muß er eben konsequent psychisch-intentional als eine Ausgleichstendenz von Zwecken verstanden werden. Ein Verzicht auf die Final- und Kausal-

betrachtung, eine „strukturelle Betrachtungsweise“ kann die grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht erklären<sup>7</sup>.

3. Endlich die Ausschaltung des Geldes, die seit den Physiokraten ganz besonders zur Güterlehre, zur materialistischen Wirtschaftsauffassung geführt hat.

Jede sogenannte „Verteilungslehre“ der Einkommen, die heute noch unumschränkt herrscht, beruht auf Zurechnungsgedanken, und ist darum falsch. Es wird in der Volkswirtschaft nichts „verteilt“, und man kann daher die Einkommen nicht als Gütermengen erklären, wie es noch neuestens z. B. von Adolf Weber versucht wird. Sondern der Erwerb von Gütern und Leistungen geschieht durch das Geld, sie werden gekauft, und dabei entstehen Einkommen, nicht aus der „Produktivität“ der „Produktionsfaktoren“. Diese sind nicht schon an sich Kosten — das ist „Güterlehre“, technisch-materialistisch-objektivistische Wirtschaftsauffassung —, sondern erst ihre Widmung für den wirtschaftlichen Zweck, die Erlangung eines Nutzenüberschusses oder Ertrags, sei es psychisch von Bedarfsbefriedigung, sei es zahlenmäßig, als Zwischenzweck, eines Geldertrags, führt zur Kostenvorstellung. Das ist abstrakte, psychische oder intentionale Wirtschaftsauffassung.

Erträge und Einkommen sind nicht ursächlich auf die betreffenden Produktionsfaktoren zurückzuführen, ihnen zuzurechnen — das ist eine naturwissenschaftliche Auffassung —, sondern sie sind eben nur als Zwecke zu verstehen, auf die hin die technischen Handlungen der Produktion, wirtschaftlich ausgedrückt: die Kostenaufwendungen erst erfolgen. Eine Gütermenge ist technisch wohl die Folge der Produktion, aber wirtschaftlich gesehen ist der Geldertrag die Ursache der Produktion und jeder tauschwirtschaftlichen Tätigkeit. Nur auf ihn hin, der natürlich nur ein Zwischenzweck ist, wird heute Boden in Benutzung genommen, Arbeit aufgewendet. Der Arbeiter bekommt nicht einen Lohn, weil er eine „volkswirtschaftliche Funktion“ geleistet hat — er bekommt ihn auch, wenn er kein gesellschaftlich notwendiges Produkt geliefert hat —, sondern einfach, weil ein Arbeitgeber glaubt, im Hinblick auf einen Geldertrag im Rahmen seiner sonstigen Kosten auch Kosten auf die technische Benutzung dieser Arbeitskraft aufwenden zu können.

Es ist eigentlich logisch selbstverständlich, daß jede technisch-materialistische Auffassung des Wirtschaftens scheitern muß, sobald man daran kommt, die Gelderscheinungen zu erklären. Denn Gütersummen und Geldsummen entsprechen sich nicht, und eine zahlenmäßige Gegenüberstellung, in der sich die heute herrschende Theorie der englisch-amerika-

---

<sup>7</sup> Siehe meine Schrift: *Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsbeschreibung*. „Recht und Wert“. H. 61. Tübingen 1929.

nischen Nationalökonomie Cassels und ihrer Anhänger erschöpft, kann nichts erklären. Der einzige Weg, der zur Erklärung der Gelderscheinungen, der Preis- und Einkommensbildung führt, geht nicht über die Güter und die technischen Vorgänge der Produktion, sondern geht allein über die individuellen Erwägungen der Menschen, die nicht nur an die Güter, sondern auch und in erster Linie an das Geld anknüpfen, nämlich, daß alle Wirtschaftssubjekte nach Geldertrag streben, dann auch, daß sie ihn in ihren Konsumwirtschaften auf ihre Bedürfnisse verteilen. Nur so ist eine wirkliche systematische Erklärung des heutigen Wirtschaftslebens möglich.

Wer das erkennt, wird Anhänger der Grenzertragslehre, durch die drei Viertel der heutigen theoretischen Kontroversen als Scheinprobleme erkannt werden und verschwinden. Bei der Schwerfälligkeit der Wissenschaft wird es aber wohl noch eine Generation dauern, bis eine psychisch-intentionale Grundlegung der Wirtschaftstheorie als notwendig erkannt und damit das heutige wirtschaftstheoretische Chaos überwunden wird.

**FRIEDRICH v. GOTTL-OTTLILIENFELD**

**Meine „Ablehnung der Wertlehre“**



„Die Wertlehre, ins Herz ihrer Problematik getroffen, stirbt daran.“ Mit diesem Satze schließt mein Buch über die „Wirtschaftliche Dimension“, dem ich den Untertitel gegeben habe: „Eine Abrechnung mit der sterbenden Wertlehre“. Soweithin ist allerdings nicht daran zu zweifeln, daß ich von meinem Standpunkt aus „die Wertlehre ablehne“.

Diese Ablehnung könnte aber zweifach mißverstanden werden. Man könnte ebensowohl zu viel wie auch zu wenig dahinter vermeinen.

Zu viel, weil sich meine Ablehnung ganz und gar nicht auf alles erstreckt, was in das „Wertlehre“ nennbare Gebiet unserer Wissenschaft fällt. Es umgreift dieser Name tatsächlich ein Gebiet von ganz verschiedenem Umfang, je nach dem verschiedenen Sinn eben, in welchem von Wertlehre gesprochen wird.

Zu wenig aber könnte man hinter meiner Ablehnung vermuten, weil ich mich doch keineswegs gegen die Wertlehre alleinig wende. Ihre Ablehnung durch mich, als eine Sache unter vielen anderen noch, verknüpft sich mit meiner erkenntniskritischen Stellungnahme gegen die ganze Art überhaupt, wie heute noch Theorie in unserer Wissenschaft getrieben wird.

Das scheidet nun meinen Fall gleich von Grund aus von jener Art der Ablehnung, bei der man es einfach vermeidet, weiterhin noch von Wert zu reden, dies aber ganz ohne Bedacht darauf, ob nicht hernach eine Lücke offenbleibt, da man doch gleichzeitig noch festhält an jener Denkweise, die bisher vom Wert zu handeln gezwungen hat. Mit derlei „wertfreier“ Nationalökonomie hat meine eigene Haltung nicht das mindeste zu schaffen.

Spricht man davon, die Wertlehre abzulehnen, so kommt es doch vor allem darauf an, was man überhaupt unter der Wertlehre versteht. Gewiß, die Lehre vom Wert, aber damit ist weitaus noch nichts Eindeutiges gesagt.

Auf diese nachweisliche Mehrfältigkeit der Wertlehre gehe ich nun darum etwas näher ein, um es klarzustellen, was an Problemen unserer fachlichen Theorie mit blinder Selbstverständlichkeit gar nicht betroffen wird von meiner Ablehnung. Diese kehrt sich eben ausschließlich nur gegen das sogenannte Wertproblem im engeren Sinne, wie man es heute unter anderem durch die sogenannte Grenznutzenlehre zu lösen sucht. Keineswegs aber bloß gegen diesen einzelnen Lösungsversuch wendet sich



meine Ablehnung, so sehr er heute noch in den Vordergrund zu treten scheint und auf Majorisierung der Meinungen erpicht ist; sondern gleich das einschlägige Problem selber lehne ich ab, im Rahmen meines erkenntniskritischen Strebens, unserer Wissenschaft ganz im allgemeinen zu einer reiferen Problematik zu verhelfen.

Für den Alltag des Wirtschaftslebens ist der Wert einer Sache zunächst wenigstens eine sehr eindeutige Tatsache: ihr Anschlag in Geld! Den Wert schätzen, heißt da einfach bei dieser Veranschlagung das Rechte treffen, die Sache also richtig zu taxieren. Das geschieht entweder kurzerhand mit dem Blick darauf, wie diese Sache auf dem in Betracht fallenden Markt gehandelt wird, oder es wird die Veranschlagung in der verwickelten Weise etwa der landwirtschaftlichen Taxationslehre vorgenommen oder im Wege einer anderweitigen Kalkulation.

Hinter dem vom Alltag so gemeinten Wert läßt sich nun ein scharf erfaßlicher Tatbestand hervorziehen, jener, den ich die Wirtschaftliche Dimension der Objekte des Wirtschaftslebens nenne! Mit jedem nämlich dieser Objekte, ihrer Art nach oder als Individuum, verknüpft sich für die Praxis des Wirtschaftslebens eine wirtschaftlich charakteristische Zahl, heute in Geldeinheiten ausgedrückt. Dimension nenne ich es, denn bildlich kann man darin wohl eine Erstreckung ersehen, die zu sonstigen Dimensionen des Objektes, gleich etwa jenen technischen des Gewichts, der Länge und Breite, des Raum- und Flächeninhalts und so weiter, noch als die wirtschaftlich belangvolle hinzutritt. Das ist sie. Denn aller Anschlag des Objekts im eigenen Wirtschaftsbereich, ob nun als Individuum, gleich einem Landgut, oder als eine Objektmenge, gleich einem Zentner Weizen, erfolgt auf sie hin, und so richten sich in aller Regel auch bei einem Tausche beide Parteien vorerst an der Wirtschaftlichen Dimension des zu Vertauschenden aus, bevor sie je mit ihrem Angebot in den Preiskampf eintreten.

Nur ist es ganz und gar keine gemessene Dimension! Daran will uns bloß das unausrottbare Sprüchlein vom Geld als angeblichem Wertmaß glauben machen. Einfach vom Markt her zieht sich das Objekt oder seine Mengeneinheit diese wirtschaftlich charakteristische Zahl zu. Sie wird schlechthin abgehoben von der Preisgestaltung auf dem Markte oder wird doch kalkuliert aus von dorthier abgehobenen Größen, wobei man sich an den Durchschnitt oder an ein Mittel der dort verwirklichten Preise hält. Geld also „mißt“ da absolut nichts, es liefert bloß mit seiner Einheit einfach die Einheit für den zahlenmäßigen Ausdruck dieser Dimension.

Wie steht nun die Wirtschaftliche Dimension zum Preise? Der Preis verwirklicht sich doch stets erst mit dem Vorgang des Tausches selber.

Vorher schwebt er höchstens als zeitweises oder auch für eine Zeit hindurch geltendes Angebot in der Luft. Beim Tausche selber paaren sich allemal zwei bestimmte Mengen artverschiedener Dinge. Diese gepaarten Mengen sind dem Sprachgebrauch nach einander wechselseitig die Preise, solange nicht beim geldbewegenden Tausche, beim Kauf, dem Kaufgut gleich die dafür gezahlte Geldsumme als Preis gegenübertritt. Im schärfsten Sinne aber wird als Preis das Verhältnis der gepaarten Mengen ausgesagt, berechnet auf die Einheit des einen Tauschgutes, beim Kauf auf die Einheit des Kaufgutes, der Ware, als der in Geldeinheiten ausgedrückte, der Geldpreis.

Aller Preis, gleichgültig, ob ihm ein bewegliches oder für eine gewisse Dauer festes Angebot vorausgeht, kettet sich an den Vorgang des Tausches und fällt mit diesem zugleich sofort wieder der Vergangenheit anheim. Im Gegensatz nun gerade dazu verharret die Wirtschaftliche Dimension in der Vorstellung gleichsam als stete Gegenwart. Nur bleibt sie einer mehr oder minder lebhaften Veränderung ihrer Größe unterworfen, oft von Tag zu Tag, unter dem Eindruck der Vorgänge auf dem Markte und aller für diesen belangvollen Verhältnisse des Wirtschaftslebens. Es erscheint dem Preis gegenüber die Wirtschaftliche Dimension einerseits als der Niederschlag der Preise, als Preiserinnerung, andererseits aber als die Erwartung künftiger Preise, als Preishoffnung. Da sie als das stetig Gegenwärtige vorgestellt wird, schlägt die Wirtschaftliche Dimension kraft ihrer Geltung gleichsam die geistige Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft der Preise. Sie ist jedoch für ein und dieselbe Art Objekte nie bloß einzählig vorhanden. Vielmehr stehen für jede Objektart bestimmter Güte gleichzeitig mehrere und verschiedene Größen von ihr in Kraft, je nach dem Markt, auf den sie bezogen wird, und je nachdem es beispielsweise auf den Großhandel oder den Kleinhandel, auf den Althandel oder auf einen Freundschafts Kauf mit ihr gemünzt ist.

Weil sich nun einmal just mit diesem Tatbestand der Wirtschaftlichen Dimension im Alltag der Name Wert obenhin verknüpft, könnte man im Angesichte der wissenschaftlichen Stellungnahme dazu auch in diesem Sinne, in diesem zugleich umfassendsten und banalsten Sinne von einer Wertlehre sprechen. Diese Wertlehre abzulehnen, wäre natürlich heller Widersinn! Man schämt sich förmlich, dies erst noch betonen zu müssen. Aber muß man sich nicht seines Faches schämen, wenn einem gelegentlich allen Ernstes die Polemik entgegentritt: Mit der Wert zu nennenden Wirtschaftlichen Dimension mußt du dich also doch abgeben, ergo ist deine Ablehnung der Wertlehre durch dich selber widerlegt!

Nichts liegt doch klarer am Tag, als daß um diesen Tatbestand der

Wirtschaftlichen Dimension, und besonders für den Teil der heutigen Fälle von Wirtschaft, des heutigen Wirtschaftslebens, eine Fülle von Problemen allerersten Ranges kreist. Nur wird es sich auch hier aus erkenntniskritischen Gründen vor allem darum handeln, daß man an diesen Problemkreis richtig heranzukommen und ihn richtig zu entfalten weiß, um so erst einen gültigen Versuch der Lösung anzubahnen! Was da einer schon aufgeklärteren Theorie immer noch als künftige, erst zu bewältigende Lösung vorschwebt, das hat man im Fach gelegentlich als das Wunschbild einer sogenannten „realistischen Preislehre“ an die Wand gemalt. Nichts aber ist bezeichnender für das heutige Verhältnis zwischen Theorie und Empirie in unserer Wissenschaft, als daß im Bereich der Empirie, der Forschung in Tatsachen, in dieser Hinsicht schon überraschend viel geleistet worden ist, ganz abseits von den sogenannten Werttheorien!

Unter diesen Theorien gibt es aber eine Gruppe für sich, die selber schon in jenen bedeutsamen Problemkreis um die Wirtschaftliche Dimension herum einschlägt. Es sind dies die sogenannten privatwirtschaftlichen Werttheorien. Da dreht es sich um die Frage jener besonderen Mehrfältigkeit der Wirtschaftlichen Dimension, die für eine und dieselbe Gütermenge oder für ein individuelles Objekt namentlich im Verfügungsbereich der Unternehmung in Geltung steht. Je nachdem es hier auf den Einkauf, den Verkauf, die Bilanz, die Inventur, die Versicherung usw. ankommt, kalkuliert sich die Wirtschaftliche Dimension stets wieder anders. Die Privatwirtschaftslehre spricht diesen verschiedenen Weisen der Veranschlagung gegenüber von ebensovielen Werten. Ähnlich der juristischen Scheidung zwischen dem Gemeinen und dem Handels- und Marktwert, unterscheidet man hier zwischen Einkaufswert, Bilanzwert, Inventurwert, Verkaufswert usw. Die Theorien darüber nenne ich die Theorien der Wertkalkulation. Faßt man nun sie wieder als eine Wertlehre zusammen, dann eben als solche im privatwirtschaftlichen Verstande, so wäre natürlich auch deren Ablehnung heller Widersinn. Denn um eine mindestens praktisch höchst bedeutsame Klärung der Art und Weise richtiger Veranschlagung wird da gerungen.

Ganz außer Zusammenhang mit dieser einzelnen und so befugten Fragestellung in einem technischen Annex unserer Wissenschaft machen sich in deren eigenem Bereich seit langem schon jene Theorien breit, denen offen oder verstohlen die ewige Frage vorantritt: Was ist der Wert? Verstohlen geschieht es z. B. in jener Weise, daß man unter den bald anzudeutenden Umständen gleich von Terminal utility oder Grenznutzen spricht, und gar nicht erst vom Wert.

Nach der Banalität des Wertes im Alltagssinne, wo er einfach obenhin den Ausdruck für das beweglich Verharrende der Wirtschaftlichen Dimension im Gegensatz zum nur fallweise verwirklichten Preise besagt, danach ist in jenem theoretischen Sinne natürlich niemals gefragt worden. Auf ihn bezieht man sich gemeinighin mit dem rettenden Wort vom „Tauschwert“, das man dem anderen rettenden Wort „Gebrauchswert“ gegenüberstellt. Im Jargon der Theorie läuft dies so als eine Scheidung nebenher, die angeblich mindestens schon auf Adam Smith zurückreicht. In Wahrheit wird an der betreffenden Stelle der „value in use“ nicht viel anders vom Tisch gestreift, wie etwa jemand, der vom Bauer handeln will, sich dagegen verwahrt, nicht das Vogelbauer zu meinen.

Dem Worte Wert offen oder verhohlen eine Deutung zu geben und diese dann theoretisch auszuschlachten, gilt als das sogenannte Wertproblem beziehungsweise als dessen Lösung. Man erblickt darin vielfach die Kernfrage der nationalökonomischen Theorie. Etwas, so gilt es in diesem Denkbereich dogmatisch, muß der Wert sein, als ein Wirkliches; es fragt sich nur mehr was. Was besagt diese Stellungnahme aber, unbefangen gewürdigt? Durchaus im Denkstil naiver Theorie ist da einfach ein aus dem Alltag hergelaufenes Wort zu einer Frage umgestürzt, und dieses einwörtliche Problem soll nun das grundlegende Denken der Theorie ankurbeln helfen.

Wie es um diese naive, völlig ungeklärte Art wissenschaftlicher Problematik bestellt ist, kann man unter anderem daraus entnehmen, daß die nämliche und ewige Frage, was der Wert sei, zu verschiedenen Zeiten von einem ganz anderen Sinn war, ohne daß man sich dessen in der Theorie selber recht bewußt blieb. In aller Flüchtigkeit sei auf diesen Sinneswandel des sogenannten Wertproblems hingewiesen.

Noch von den Kirchenvätern her, die mit so gutem eigenen Recht über das „justum pretium“ nachdachten, ging die Frage nach dem Wert oder auch nach dem „wahren“ Wert einer Sache oder einer Objektart dahin, von welcher Höhe die Wirtschaftliche Dimension bei ihrem Aufbau aus anderen wirtschaftlichen Größen eigentlich sein müßte, um mit den Forderungen des menschlichen Zusammenlebens in jenem Einklang zu bleiben, den man als Gerechtigkeit rühmt. Hier war es also einfach die Frage nach dem gerechten Preisstand eines Objekts. Wert aber gab den richtigen Namen dafür in jenem Geiste ab, wie nach der Bibel etwa jeder Arbeiter seines Lohnes wert sei. In dieser Richtung kann man wohl von Theorien der Wertethik sprechen, die auch heute noch nicht ausgestorben sind.

Bei den Klassikern nahm die Frage nach dem Wert oder „natürlichen

Preis“ bereits einen ungleich nüchterneren Sinn an. Gefragt wurde damit gleichsam nach dem marktrichtigen Preisstand. Dessen Aufbau aus anderweitigen wirtschaftlichen Größen forschte man in diesen Theorien nach, nennbar als solche der Wertanalytik. Weil nun der banalsten Auffassung gemäß bei jenem Aufbau die sogenannten Arbeitskosten die erste Geige spielen, hat es sich eingebürgert, diese klassischen als Theorien des Arbeitswertes zu bezeichnen. Wieder rechtfertigt sich die Nennung auch der marktrichtigen Höhe der Wirtschaftlichen Dimension als Wert schon vom Sprachgebrauch her. Es lehnt sich dies an jene Redewendung des Alltags an, daß eine Sache bald über, bald unter ihrem Wert bezahlt worden sei, offenkundig also in der Abweichung davon, was man vom Standpunkt des einschlägigen Marktes aus für das Richtige hält.

Diese Theorien, bei denen es sich um den Aufbau der Wirtschaftlichen Dimension unter dem Gesichtspunkt einer Richtigkeit von ihrer Höhe dreht, dort der Gerechtigkeit, hier der Marktrichtigkeit, sind eigentlich nur aus der grundsätzlichen Erwägung heraus abzulehnen, daß es auf die Dauer nicht angeht, in einen so weitschichtigen Problemkreis nur so oberhin einzugreifen, rein nur des aus bestimmten Gründen herausgehörten Gefühlswertes eines Wortes halber. Was selbst bei einer so naiv einseitigen Fragestellung herauskommt, muß durchaus nicht falsch sein; im besten Falle aber können es nur Halbwahrheiten sein und oft von einer schon wirklich unerträglichen Banalität. Man denke an jenen, sehr oberflächlich aufgegriffenen Funktionalzusammenhang zwischen Wirtschaftlichen Dimensionen, den man so bombastisch als das „Kostengesetz“ bezeichnet. In welcher anderen Wissenschaft gelten solche, noch dazu recht fragwürdige Binsenwahrheiten als der Weisheit letzter Schluß?

Späterhin nun nahm die Frage nach dem Wert einen völlig anderen Sinn an. Gemäß dem oberflächlichen Ausdruck dafür begann diese Frage vom Tauschwert nach dem Gebrauchswert abzubiegen. Nun münzt es die Frage, was der Wert sei, nicht länger darauf, in welcher Art ihres Aufbaues und demnach ihrer Höhe die Wirtschaftliche Dimension von dem oder jenem Gesichtspunkt aus als die richtige erscheint. Jetzt setzt der Hebel der Fragestellung gleichsam um ein Loch tiefer ein. Gefragt wird nunmehr mit dem Wert nach dem letztentscheidenden Grund der Preisgestaltung selber, sozusagen also nach dem letzten Warum der Preise! An sich ist es als Fortschritt nicht zu leugnen, daß man über den bloßen Vorweis von Funktionalbeziehungen der wirtschaftlichen Größen untereinander noch hinaus trachtet, die Frage nach dem zureichenden Grund tiefer einzutreiben sucht. Auch die Wendung, die man wenigstens in der einen der bald zu erörternden Richtungen auf das Erwägen der inmitten

des Wirtschaftslebens Handelnden einschlug, die Wendung ins sogenannte „Subjektive“ (der man späterhin, einmal schon mitten drinnen in uferloser Rechnerei mit erschlichenen Einheiten, wieder untreu wurde), auch das kommt zweifellos als Fortschritt in Anschlag. Schon in der Wurzel vergiftet aber sind alle Lösungsversuche durch die unglückliche Problematik dabei, die hier eben abermals der Nase des Wortes nachging. Das soll sich nun dartun.

Als die naivste Antwort auf die Frage nach dem Wert als letztem Warum der Preise ließ sich einfach schon das rettende Wort vom Gebrauchswert ausspielen, daher man von da ab von Gebrauchswerttheorien spricht. Einer schärferen Lösung aber der nunmehr tiefer gestellten Frage eröffneten sich immer noch zwei getrennte Wege.

Abseits von aller Rederei vom Gebrauchswert konnte man jenes letzte Warum der Preise in etwas erschen, dessen eigene Größe sich gleichsam über die Köpfe der Tauschenden hinweg in den Preisen durchzusetzen wußte, in der Art eines Naturgesetzes. Damit schlägt die naiv versuchte Kausalerklärung der Preise förmlich schon ins Metaphysische hinaus. Für diese Theorien der Wertmetaphysik liefert der Marxsche Wertbegriff das Beispiel. Dem Tauschwert gegenüber liege der Wert als Substanz mit jenem, die Preise beherrschenden, selber gesellschaftlich notwendigen Ausmaß einfachster, von jedermann zu bewältigender Arbeit vor, die sich zu dem betreffenden Objekt als Ware gleichsam kristallisiert hätte.

Diese kabbalistische Lösung des Wertproblems schlängelt sich dann gesinnungsrichtig in der sogenannten Mehrwerttheorie fort. Wenn dieser Marxistische Wert auch noch so von Grund aus absteht von jenem der Klassiker, seelenruhig wirft man beides in einen Topf, als „Arbeitstheorie des Wertes“.

In der zweiten Richtung behalf man sich bei der Suche nach dem letzten Warum der Preise, die hier ins Seelische hineinging, zunächst in jener Weise, daß man zwei rettende Worte vertauschte und für Gebrauchswert nun Nutzen setzte. Es bleibt dabei gleichgültig, ob man nach wie vor geradeaus die Frage nach dem Wert zu beantworten suchte, indem man ihn selber etwa definierte als die Bedeutung, die einem Gute daraufhin zukommt, daß wir uns hinsichtlich der Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Verfügung über dieses Gut abhängig fühlen: Jedenfalls wird dann die Größe des Wertes der Höhe jenes Nutzens gleichgesetzt, die im Angesichte einer verfügbaren Gütermenge, fälschlich Vorrat genannt, der letzten Teilmenge daraus zukäme. Damit vergreift man sich freilich an dem letzten Eins der Menge für ihre Einheit. Darin nun, was man dann den Grenznutzen nennt, wäre recht eigentlich das letzte

Warum der Preise gefunden. Dahinter, wenn auch verhohlen, steht doch immer die Frage, was der Wert sei. Denn nur ihr entlang spinnt sich hier die Problemstellung fort.

Unterstellt ist hier der Nutzen, oder eben der einem bestimmten Nutzen gleichgesetzte Wert, als das letztentscheidende Kriterium für den Entschluß zu Tausch und Preis. Und zwar ist er unterstellt als etwas Größenhaft-Wirkliches, das der gefühlsmäßigen Schätzung zugänglich bliebe.

Nun kann es doch immer nur eine vernunftmäßige Erwägung sein, die in bestimmter Weise vom Wirtschaftler des Haushalts, in ganz anderer Weise aber vom Unternehmer dazu angestellt wird, um zu dem Entschluß zu gelangen, ob man überhaupt und zu dem und jenem Preise einen Tausch eingeht. Wie überaus schwierig und verwickelt gerade die vom Wirtschaftler anzustellende Erwägung verläuft, davon kann man sich ein Bild an jener Stelle machen, auf die ich mich noch am Schluß berufe. Wie liegt es aber damit bei jenen Theorien? Da erscheint der Homo oeconomicus, der im Geiste dieser Theorien zum Markt Stellung nimmt, zum abstrakt gedachten Tummelplatz aller Tauschvorgänge, begnadet mit der wunderbaren Gabe, das Resultat jener schwierigen Erwägung eins zwei vorwegzunehmen, im Wege des einzigen Aktes einer gefühlsmäßigen Schätzung!

Eine so gewaltsame Unterstellung ist natürlich davon begleitet, daß sich alle Dinge dabei, wie der Tauschende Stellung zu Tausch und Preis nimmt, völlig verzeichnet und verbogen darstellen. Auf einer so verfehlten Grundlage kommt es dann auch nur zu einem Schein von Lösung. Was erfährt man eigentlich über jene Größe, die am letzten Ende die ganze Preisgestaltung beherrschen soll, sofern man das als Wert Gemeinte dem sogenannten Grenznutzen gleichsetzt, oder diesen gleich selber dafür in Anschlag bringt, jene Größe zu sein? Wenn ich nach der Höhe einer Tür frage, die mir zu niedrig erscheint, und man antwortet mir, diese Tür ist genau so hoch, als jener Mann groß ist, der bei einem Gänsemarsch mehrerer der Größe nach geordneter Männer gerade noch aufrecht durch die Tür schreitet, so bin ich doch bei meiner Frage nach einer Unbekannten X mit dem Hinweis auf eine Unbekannte Y gleich X abgespeist worden. Redensarten lassen sich nun machen, aber in der Sache weiß ich genau so viel wie vorher, nämlich nichts! Was hilft es auch, wenn ich nun für diese zweite Unbekannte Y einen zahlenmäßigen Ausdruck einsetze, indem ich mir dazu Einheiten des Nutzens erschleiche, um von da aus eine Rechnerei zu beginnen, die doch nur eine Spielerei in Zahlen ist. Mit diesem Zahlengeflitter kann man dann natürlich alle möglichen Zusammenhänge umkleiden, die geradeaus viel einfacher durchschaubar sind. Hat es z. B. wirklich der Grenznutzenlehre bedurft, um der Bauern-

regel von Angebot und Nachfrage auf den Grund zu sehen? Leuchtet es nicht von der Stelle aus ein, daß dort, wo mehr Nachfrage als Angebot zutrifft, besonders die Nachfragenden in Wettbewerb untereinander treten und als Waffe dabei, um nicht ohne Einkauf nach Hause zu gehen, die Überbietung im Preise schwingen, so daß man einigermaßen darauf schließen kann, bei dieser Sachlage wird der Preis im allgemeinen nach oben neigen? Die Redensarten, die man vom Boden der Grenznutzenlehre auch darüber zu machen vermag, sind schon völlig überflüssig.

Wie kommt es aber zu jener kühnen Unterstellung eines größenhaft Wirklichen, das der gefühlsmäßigen Schätzung zugänglich sei? Worauf führt überhaupt jener „Dreh“ des sogenannten Wertproblems nach den „subjektivistischen“ Werttheorien, den Theorien der Wertpragmatik, zurück?

An der Wurzel sitzt da eine ganz nichtsnutzige Redeweise der Alltagssprache. Gesetzt, man hätte sich nach einer mehr oder minder vernunftmäßigen Erwägung dazu entschlossen, dies und jenes zu tun, statt es zu unterlassen; z. B. entschlossen, einen Tausch zu dem und jenem Preise einzugehen, statt davon abzustehen. Spricht man sich hernach über diesen Entschluß aus, so erfolgt dies einfach mit der Redewendung, die betreffende Tat zu vollziehen, wäre uns eben von höherem Wert erschienen, oder auch von höherem Nutzen für uns, als sie zu unterlassen; oder man hätte eben dem Hergetauschten einen höheren Wert beigelegt oder einen höheren Nutzen beigemessen als dem Hingetauschten. Welche Rolle spielt nun Wert oder Nutzen bei dieser Aussage? Eine sehr traurige; denn beide Worte, in beliebiger Abwechslung verwendet, vertreten einfach als rettende Worte die hierbei völlig dahingestellt bleibenden wahren Gründe unseres Entschlusses. Statt da lange auf den Verlauf der entscheidenden Erwägung einzugehen, sprechen wir wohlgenut diese Worte aus, um uns über die wahren Gründe des Entschlusses ausschweigen zu können!

Diese ausflüchtige Redeweise nimmt nun die Theorie ernst und macht aus dem Mittel der Ausflucht, aus dem rettenden Wort, den Drehpunkt ihres ganzen Denkens, eben mit der Frage, was dieser Wert, vom Beruf eines letztentscheidenden Kriteriums bei der Entscheidung im Handeln, eigentlich sei. Daß er etwas Wirkliches wäre, bleibt dabei ganz außer Frage, das gilt unbewußtermaßen als ein Dogma. So bleibt wirklich nur übrig, zu fragen, was er eigentlich sei. Bei der Gleichsetzung des gesuchten Wertes mit einem bestimmten Nutzen geht es aus den Armen des einen rettenden Wortes in die Arme des anderen. Auf einen Schäker von Wort fällt die Theorie herein und läßt sich von ihm ein Wirkliches hinter ihm einreden. Sie sündigt in plattestem Begriffsrealismus hinter einem rettenden Wort! Was dabei herauskommt, das sind gleichsam Notlügen der



Erklärung, darum begangen, weil man an den zu erklärenden Tatbestand von Beginn an nicht recht heranzufinden weiß.

Bekanntlich hat die nationalökonomische Theorie sogar Schule gemacht mit diesem niedlichen Selbstbetrug des Denkens und mit dieser Vorspiegelung eines Erklärens, wo in Wahrheit nur Worte klingeln, zuletzt noch „Grenznutzen“, als das rettende Wort für die vorgebliche Größe des angeblichen Wertes. Nachweislich sind erhebliche Teile der heutigen Philosophie in gerader Folge von da aus und hemmungslos einer Wertelei verfallen, daß einem angst und bange werden könnte.

Nun, das ist deren Sache. Aber im eigenen Hause ist es langsam Zeit, Schluß zu machen damit. Nicht einfach darum handelt es sich, endlich doch in würdigerer Form grundlegende Theorie zu treiben. Vor allem gilt es die große Einbuße an Erkenntnis gutzumachen, an jener Erkenntnis, der diese Lösungsversuche eines Scheinproblems schroff abschneidend in den Weg treten, gerade dort, wo sich unserer Wissenschaft so gewaltige und auch für die Praxis hochbedeutsame Probleme aufdrängen, gleich jenen um den Tatbestand der Wirtschaftlichen Dimension herum. An ihnen wird durch die ganze verzwickte Rechnerei von jenen Scheinlösungen aus doch nur schnöder Raubbau getrieben!

Das also ist die Wertlehre, die ich tatsächlich ablehne, und dies im Runden und Rohen die Gründe, warum ich es tue.

Das Ganze spielt aber für mich doch nur eine Episode bei meiner erkenntniskritischen Wendung überhaupt gegen die heute noch herrschende Theorie. Über das soeben abgelegte Bekenntnis zu meiner Art Ablehnung hinaus gehört es nicht mehr hierher, auch noch die Gedankengänge jener Erkenntniskritik aufzurollen. Die Stichworte dafür sind ja im Verlauf von mehr als drei Jahrzehnten schon so ziemlich bekannt geworden: wie es da gilt, die Herrschaft des Wortes zu überwinden, im Ringen nach der Freiheit vom Worte, auf daß die Theorie nicht länger mit ihrem ganzen grundlegenden Denken im Schlepptau des Alltagsdenkens fährt, indem sie in einem Haufen sprachlich vorgegebener Worte gleich ihre Grundbegriffe erblickt — Wirtschaft, Bedürfnis, Wert, Nutzen, Gut, Preis, Kapital, Zins usw. —, statt sich ihre Grundbegriffe regelrecht zu erarbeiten im Wege der Selbstbesinnung des fachlichen Denkens.

Über die Art, wie dies des näheren geschehen muß, wie der unauf-schieblich gewordene Fortschritt vom heute geübten wortgebundenen Denken zu einem problembewußten Denken an der Läuterung der fachlichen Problematik hängt, an der Ermittlung des Grundproblems unserer Wissenschaft, und wie sich dieser Aufstieg von der naiven zu einer reiferen Lehre von der Wirtschaft damit verknüpft, daß an die Stelle

eines Denkens in Gütern nun ein Denken in Gebilden tritt, bei klarem Blick für die Lebenswirklichkeiten des menschlichen Zusammenlebens, wie da ein anderes Sehen der Wirtschaft selber nottut, indem sich die allverbreitete Auffassung von der Wirtschaft als Leistung grundsätzlich läutert zur Auffassung der Wirtschaft als Leben, das will sagen, als einer Teilgestaltung des menschlichen Zusammenlebens, jener nämlich im Geiste dauernden Einklangs von Bedarf und Deckung — darüber brauche ich just im Augenblick nicht auch hier zu reden.

Dies alles kann man in meinem in der Zwischenzeit erschienenen Buche „Wirtschaft und Wissenschaft“ beschaulicher nachlesen.



FRANZ OPPENHEIMER

**Die ökonomische Theorie des Wertes**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Methode der Klassiker und ihre Gegner und vermeintlichen Anhänger	149
2. Die Prämissen der klassischen Schule: Thesis, Antithesis, Synthesis. Bourgeoisökonomik und St. Simonismus . . . . .	157
3. Der Wert der Güter, insbesondere der „beliebig produzierbaren Güter“ .	165
4. Der „Wert“ der Arbeit und der Machtpositionen . . . . .	170

Diese Veranstaltung, zu der die besten Namen der ökonomischen Theorie Deutschlands aufgeboten worden sind, verfolgt, so will mir scheinen, einen doppelten Zweck.

Erstens soll die geradezu verzweifelte Lage der Theorie unserer Zeit zum klaren Bewußtsein der Fachmänner gebracht werden. Daß sie besteht, wird kaum ein Sachkenner bezweifeln. Ihre Vertreter finden sich in allen denkbaren politischen und wirtschaftlichen Lagern, rechtfertigen alle denkbaren politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen mit einander schnurstracks widersprechenden theoretischen Argumenten, und so ist unsere Wissenschaft heute um jeden Kredit gekommen; sie sollte die Führerin sein und ist zur verachteten Magd geworden. Wer noch daran zweifeln sollte, den wird diese Veranstaltung überzeugen; denn eine Disziplin, die mehr als ein Dutzend verschiedener Theorien über ihr zentrales Problem — und das ist trotz allem das Wertproblem! — um den Sieg kämpfen sehen muß, ist noch keine Wissenschaft in dem ehrenvollen Sinne dieses Wortes.

Zweitens aber besteht doch wohl die Hoffnung, daß aus der hier vorgenommenen Konfrontation die Klärung hervorgehen könnte. Denn wir sind ja doch schließlich Wissenschaftler und nicht Künstler; für uns entscheidet — oder sollte doch wenigstens entscheiden — nicht der persönliche Geschmack ästhetisierender Schiedsrichter, wie etwa bei dem Preisausschreiben für den Palast des Völkerbundes, sondern allein die Kraft der Argumente.

Wenn aber eine Einigung überhaupt möglich sein soll, so müssen wir uns zuvor über die Methode einigen.

## 1. Die Methode der Klassiker und ihre Gegner und vermeintlichen Anhänger

Die Klassiker bedienten sich der einzigen Methode, mit der theoretische Ökonomik betrieben werden kann, der einzigen infolgedessen, mit der sie von jeher wirklich betrieben worden ist.

Diese Methode ist wenigstens der deutschen Fachwissenschaft in einem geradezu schauerlichen Maße verlorengegangen. Der Terror, den die historische Schule fast ein halbes Jahrhundert ausüben durfte, hat sie so gut wie ausgerottet. Ich will hier nicht über Dinge polemisieren, die nicht

streng zum Thema gehören, und nenne darum keine Namen; aber ich habe zeigen können, daß selbst die elementarsten Begriffe heute von fast allen Vertretern der Theorie nicht mehr richtig aufgefaßt werden. So z. B. wird der Begriff der „beliebig produzierbaren Güter“ auch von sehr angesehenen Verfassern gröblich ins Technische hinein mißverstanden, während er gar nichts anderes bedeutet als solche Güter, in deren Erzeugung und Handel kein Monopol eingegriffen hat. Und es gibt fast niemanden mehr, der einen so grundlegenden Autor wie Ricardo richtig auszulegen wüßte.

Und doch kann nur diese Methode, wenn sie richtig angewendet wird, zum Ziele der Wahrheit und damit zur Einigung und zur Heilung dieser schauerlichen „Krisis der theoretischen Ökonomik“ führen. Es gibt, wir wiederholen es, keine andere. Da aber diese Methode der Klassiker heute, wie gesagt, leider ganz und gar verlorengegangen ist, so muß ich sie in ihren Hauptzügen darstellen.

Das erste, was hier festzustellen ist, ist, daß die Meister keinen einzigen Satz aussprachen, ohne ihn zu begründen. Sie wußten noch, daß die bloße „Meinung“, die bloße „Ansicht“ auch des angesehensten Fachmannes bestenfalls als vorläufige Arbeitshypothese hingestellt werden darf; erst der methodische Beweis darf den Anspruch erheben, zu gelten, wenn er nicht, und solange er nicht, mit den Mitteln der Logik widerlegt worden ist. Bis dahin ist er zwingend, verpflichtet er jeden Forscher, der ihn nicht widerlegen kann, ihn anzunehmen. Widerlegt ist ein Beweis erstens, wenn in den Prämissen oder dem Schlußverfahren Fehler nachgewiesen sind, und zweitens, wenn sich in der „Quaestio facti“, der Prüfung an den Tatsachen, die der Deduktion zu folgen hat, auch nur eine einzige Tatsache findet, die dem behaupteten Satze widerspricht. Dann ist es die Aufgabe, den logischen Fehler aufzufinden, der sich in die Deduktion eingeschlichen haben muß; denn das „Selbstvertrauen der Vernunft“ fordert, als die einzige Möglichkeit von Wissenschaft überhaupt, daß das Denken zu Ergebnissen führe, die mit der Wirklichkeit völlig übereinstimmen. Die Klassiker hielten noch nicht, wie Thünen es einmal meisterhaft bezeichnet, „in einer Art von Begriffsverwechslung die Tatsachen für den Grund der Tatsachen, das zu Erklärende für die Erklärung“.

Und zwar deduzieren sie alle Erscheinungen durchaus aus einem einzigen Prinzip. Das ist das zweite, was wir hier in bezug auf ihre Methode festzustellen haben. Dieses Prinzip ist überaus einfach. Das ist in den letzten Dezennien vielfach verkannt worden: gerade wir Deutschen haben in dem berechtigten Bestreben, die Ökonomik psychologisch zu unterbauen, hier etwas über das Ziel hinausgeschossen, indem

wir ein Prinzip suchten — und fanden —, das beides, die vorwirtschaftliche Überlegung (das Gebiet der ökonomischen Psychologie) und die gesellschaftswirtschaftliche Mechanik, zugleich beherrscht: das Prinzip des kleinsten Mittels. Das ist gut und richtig gewesen, aber es hat uns in bezug auf die Marktwirtschaft in unnütze Debatten und Schwierigkeiten hineingebracht. Das leitende Prinzip der Klassiker ist eine einfache und unwidersprechlich richtige Ableitung aus diesem allgemeinen Prinzip: sie setzen nichts voraus, als daß jeder geistesgesunde Mensch das Bestreben hat, seine Waren, Dienst oder Gut, auf dem besten Markte, d. h. zum besten erreichbaren Preise zu verkaufen, und seinen Bedarf an Gütern und Diensten auf dem günstigsten Markte einzukaufen<sup>1</sup>.

Eine derartig orientierte Handlung ist eine wirtschaftliche Handlung. Der Inbegriff dieser Handlungen bildet den Gegenstand der Ökonomik. Als nicht-wirtschaftlich gelten alle Handlungen, die geltende Gesetze und sittliche Anschauungen der Zeit und Gesellschaft verletzen, also Verbrechen, und vor allem monopolistische Ausbeutung, also Wucher und Erpressung; als un-wirtschaftlich alle Handlungen, die jenes oberste Prinzip verletzen. Durchaus nicht wird dabei vorausgesetzt, daß jeder Mensch es versteht, den günstigsten Markt für Ver- und Einkauf auch wirklich zu finden; es genügt vollkommen, daß er das Bestreben danach hat und ihm in der Regel auch, abgesehen von einzelnen Handlungen der Leidenschaft und dergleichen, folgt. Wer dieses Bestreben besser und regelmäßiger durchzusetzen vermag, ist höher qualifiziert, geradeso wie ein Stärkerer oder Schnellerer: mit dieser Korrektur kommt die Klassik vollkommen aus.

Drittens: die klassische Methode ist, wie Schumpeter einmal mit Recht sagt, „essentiell statisch“. Das folgt aus ihrer Grundauffassung von dem Mechanismus der Marktwirtschaft, den ich den „Zusammenhang der Märkte“ genannt habe, ein Zusammenhang, der übrigens evident ist, und den die Klassik der kaufmännischen Praxis entnommen hat: kraft jenes Prinzips strebt jedermann denjenigen Märkten zu, wo er am vorteilhaftesten kauft und verkauft, d. h. wo er an seiner eigenen Ware den höchsten Gewinn erzielt und die von ihm bedurfte Ware am günstigsten erwirbt; unter sonst gleichen Umständen, namentlich also bei gleichen Transportkosten, strebt er also dahin, für seine Ware den höchsten Geldpreis zu erhalten und für seinen Bedarf den niedrigsten Geldpreis zu be-

---

<sup>1</sup> Um unnütze Debatten zu verhüten: der „beste“ Preis ist nicht notwendig der momentan höchste. Häufig wählt der Produzent denjenigen Markt, auf dem er auf die Dauer den höchsten Preis erwartet, und zwar ausgedrückt nicht in Geld, sondern in der Menge der dafür erwerbenden Gegenwaren.



zahlen. Dieses Bestreben führt zunächst dazu, daß auf dem gleichen Markte für die gleiche Ware der gleiche Preis bezahlt wird; und es führt im Zusammenhang der Märkte, weil jeder den günstigsten Markt aufsucht, dahin, daß Märkte mit günstigen Preisen stärker beschickt und besucht werden, so daß das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage steigt, und der Preis sinkt; während umgekehrt sich auf Märkten mit ungünstigen Preisen das Angebot zurückhält und deshalb der Preis steigt. Derart „tendiert“ jeder einzelne Warenpreis dahin, sich auf seinen „Wert“ einzustellen, auf seinen „natürlichen Tauschwert“ (natural value), auf das, was die neuere Theoretik seit Mill, der die Lehre seines Meisters Auguste Comte ökonomisierte, als den „statischen Preis“ bezeichnet.

Nur für diesen statischen Preis interessiert sich die Klassik; er allein ist ihr die Grundlage aller ihrer weiteren Deduktionen, unter denen die allerwichtigste, fast allein wichtige, die Ableitung der Gesetze der Distribution ist: die Aufgabe ist, den Lohn als den Wert der Arbeitsleistung (des Dienstes), die Grundrente als den Wert der Bodennutzung, den Kapitalprofit als den Wert der Kapitalnutzung zu deduzieren. Dagegen sieht sie methodisch von allen Schwankungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab; sie untersucht ihr Erkenntnisobjekt, die Gesellschaftswirtschaft der Wirtschaftsgesellschaft, unter der methodischen Fiktion, jene Tendenz habe sich verwirklicht, die „Statik“ sei erreicht und bleibe während der Dauer der Untersuchung erhalten. Schon daraus geht hervor, wie falsch die Grenznutzenschule die Klassik verstanden hat. Denn dasjenige, was sie den „Wert“ zu nennen beliebt, ist niemals der statische Preis „auf die Dauer und im Durchschnitt“, sondern immer irgendein „laufender Preis“.

Es kommt nun alles darauf an, das Problem der Statik richtig zu verstehen und zu instruieren. Die Klassiker, zum mindesten die beiden großen deduktiven Genies unter ihnen, Ricardo und Thünen, haben die statische Methode mit geradezu nachwandlerischer Sicherheit sozusagen instinktiv gehandhabt, hatten aber eben darum keine Veranlassung, darüber nachzudenken und sie schriftlich festzulegen. Die folgenden Generationen haben jene instinktive Sicherheit nicht mehr besessen und haben fast regelmäßig die Stellung des Problems bereits für seine Lösung gehalten.

Das Problem, richtig gestellt, lautet folgendermaßen: Offenbar tendiert die Konkurrenz im Zusammenhang der Märkte dahin, einen gewissen Gleichgewichtszustand der Gesellschaftswirtschaft herzustellen: wie ist er beschaffen?

Man kann diesen tendenziellen Zustand eines Gleichgewichts auf die verschiedenste Weise benennen und hat ihn in der Tat auf die verschiedenste Weise benannt. Man kann sagen: es ist der Ruhezustand der

Konkurrenz; oder: es ist der Zustand, wo Angebot und Nachfrage einander „die Waage halten“; oder: es ist der Zustand, wo kein Mitglied der Gesellschaft einen Anlaß hat, seine Produktion und Konsumtion zu ändern; oder: es ist der Zustand, wo alle Waren auf ihrem natürlichen Preise, also als Gesamtheit betrachtet, in ihrer natürlichen oder statischen Preisrelation stehen. Wie immer aber man diesen Gleichgewichtszustand benenne: man muß sich darüber klar sein, daß damit das Problem eben erst gestellt, aber noch nicht im mindesten gelöst ist.

Man kommt der Lösung auch kaum dadurch näher, daß man, wie es fast immer geschieht, die selbstverständliche Voraussetzung macht, daß sich die äußeren Daten des Problems während der Beobachtung nicht ändern. Das ist natürlich auszuschließen: es darf die Bevölkerung sich an Zahl und Zusammensetzung nicht ändern, es dürfen keine neuen Erfindungen gemacht werden, es müssen die Ernten gleichbleiben usw. Das sind nur die selbstverständlichen Bedingungen der möglichen Lösung, es ist aber noch entfernt nicht die Lösung selbst.

Die Lösung ist die einer analytischen Aufgabe aus der Mathematik: Gegeben ist aus einem System zusammenhängender, voneinander abhängiger Funktionen eine: wie müssen die übrigen Funktionen sich verhalten? Auf unseren Fall angewendet: Als gegeben wird angenommen jener irgendwie bezeichnete Gleichgewichtszustand der Gesellschaftswirtschaft: wie verhalten sich ihre übrigen Funktionen? Oder umgekehrt: wie müssen sich die Funktionen der Gesellschaftswirtschaft verhalten, damit jener Gleichgewichtszustand möglich sei? Schumpeter hat einmal gezeigt, daß es sich hier um eines der sogenannten Maximumprobleme handelt, wo gewisse Größen ihr Maximum und dafür andere das Minimum Null erreichen. Leider hat ihn seine grenznutzerliche Einstellung verhindert, das Problem richtig zu instruieren und aufzulösen.

Wir haben also, um es zu wiederholen, immer wieder zu fragen: wie muß sich diese oder jene Größe einstellen, um die Voraussetzung zu ermöglichen, daß sich die Konkurrenz in ihrem Ruhezustande befindet? Oder, anders ausgedrückt: wir haben immer wieder festzustellen, daß diese oder diese Größe sich auf gerade diesen Stand, auf gerade dieses Verhältnis zu anderen Größen einstellen muß: „Anders kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen.“ Erst der Inbegriff der auf diese Weise errechneten Größen und Größenverhältnisse ergibt die Lösung des Problems der Statik und damit die Möglichkeit der sicheren methodischen Weiterarbeit auf der gewonnenen Grundlage.

Unter Anwendung dieser Methode ergeben sich eine ganze Anzahl von

Bestimmungen, von denen einige hier angeführt werden mögen: in der Statik sind alle Löhne (Arbeitseinkommen) gleich qualifizierter Kräfte, zwar nicht dem Nominalbetrage nach, wohl aber dem Realbetrage nach gleich hoch, und die Löhne stufen sich exakt nach der relativen Seltenheit der Qualifikation. — Ferner sind die Profite von Kapitalien gleicher Gunst der Anlage ausgeglichen, so daß auf gleiches Kapital der gleiche Profit entfällt; und die Profite stufen sich ab exakt nach der Ungunst der Anlage. — Die Grundrente des „Grenzlandwirts“ ist exakt gleich Null, und die Grundrenteneinkommen der Eigentümer von „Boden höherer Rentierung“ sind exakt gleich der Ersparnis durch geringere Erzeugungskosten je Einheit (Bodenbonität) oder durch geringere Transportkosten zum Markte (Gunst der Lage). Und andere Bestimmungen dieser Art, die das Rückgrat der Theorie darstellen, wie etwa die bekannte Eingrenzung der Monopolgewinne aus Tauschmonopolen durch die Konkurrenz von nichtmonopolisierten Ersatzgütern und die Einstellung von konkurrenzfreien Monopolgütern auf das Optimum des Gewinnes; und die Beschränkung der Monopolgewinne aus privatrechtlich geschaffenen, durch Preisvereinbarung entstandenen Monopolen durch die Gefahr der Herbeiführung der Konkurrenz durch Outsiders. Usw. usw.!

Für die Lösung des Wertproblems brauchen wir zwei solcher Funktionsbestimmungen, die beide bereits von den Klassikern gemacht worden sind. Die erste von Ricardo: in der Statik enthält der Preis aller „beliebig produzierbaren Waren“, d. h. aller Waren, die unter voller freier Konkurrenz, ohne Eingriff eines Monopols, erzeugt und zu Markte gebracht werden, kein Atom Zuschlag für höhere angeborene Qualifikation. Denn die Konkurrenz kann erst dann zur Ruhe kommen, wenn den höher Qualifizierten alle Vorteile abgejagt sind, die sie nur der Konjunktur verdanken, während die Vorteile, die sie ihrer höheren Qualifikation verdanken, ihnen nicht abgejagt werden können. Die Dinge liegen hier genau ebenso wie bei der nahe verwandten Grundrente und den Gewinnen aus den von mir so genannten „Produktionsmonopolen“ (V. Wiesers „Monopoloiden“) überhaupt. Wo höher Qualifizierte mit offenbar überdurchschnittlichem Gewinne irgendeine Ware zu Markte bringen, da greift die Konkurrenz der durchschnittlich Qualifizierten sofort ein und währt so lange, bis der Preis auf den Satz herabgezogen ist, der ihnen gerade den durchschnittlichen Gewinn bringt.

Die zweite, unendlich viel wichtigere Funktionsbestimmung haben schon Adam Smith und Thünen gemacht: In der Statik sind alle Einkommen so weit ausgeglichen, wie die Konkurrenz sie gegen ihre beiden Hindernisse auszugleichen imstande ist. Diese Hindernisse sind die Verschiedenheit der Qualifikation und das

Monopol. Keine Konkurrenz der geringer Qualifizierten kann den Vorsprung ausgleichen, den die überlegene Qualifikation besitzt, die gleiche Ware mit geringeren Produktionskosten herzustellen; und die Konkurrenz kann die Vorteile aus einem Monopol nicht ausgleichen aus dem einfachen Grunde, weil das Monopol seinem Begriff nach darin besteht, daß bei der Produktion irgendeiner Ware die Konkurrenz eingeschränkt, im Grenzfalle aufgehoben ist. Aber das Einkommen aller durchschnittlich qualifizierten Produzenten von beliebig produzierbaren Waren ist in der Statik gleich groß; eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe gelangen. Das hat Adam Smith klar ausgesprochen in der ebenso bekannten wie wenig verstandenen Stelle, wo er den Mechanismus des „Zusammenhanges aller Märkte“ schildert: die Konkurrenz wirkt so lange, „bis alle Vorteile wieder auf einer Linie sind“. Und Thünen hat den Gleichgewichtszustand gar exakt dadurch bestimmt, daß alle Einkommen gleich sind, selbstverständlich, soweit nicht jene beiden Hindernisse dagegen wirken<sup>2</sup>. Solange nämlich noch einem durchschnittlich Qualifizierten sein Produktionszweig überdurchschnittliches Einkommen abwirft, muß die Konkurrenz versuchen, es ihm abzujagen. Das ist, wie mir scheint, evident.

Das ist die klassische Methode, und wir wiederholen: es ist die einzige, mit der die Ökonomik betrieben werden kann und jemals betrieben worden ist. Es ist denn auch nur ein einziges Mal, und zwar von den Begründern der „Historischen Schule“, der Versuch gemacht worden, an ihre Stelle eine andere zu setzen. Dieser Versuch ist anerkanntermaßen gescheitert. Ja, man kann sagen, daß er eigentlich niemals ernstlich gemacht worden ist. Es ist bei bloßen Programmen geblieben, und selbst die Vorfechter dieser Schule, ein Hildebrandt, ein Knies, ein Schmoller, haben sich in ihren theoretischen Arbeiten oder in den theoretischen Teilen ihrer Arbeiten nicht nur dieser Methode, sondern sogar ganz ohne Skrupel gewisser Ergebnisse der klassischen und leider auch der nachklassischen Schule bedient, um ihren historischen Stoff zu erklären, d. h. aus Gesetzen abzuleiten oder auf Gesetze zurückzuführen. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz ist geradezu eines der Axiome dieser Richtung.

Nicht als Gegner, sondern geradezu als Erneuerer der klassischen Methode trat dagegen die Grenznutzenschule auf den Plan. Diese mächtige Schule, die die historische in der Herrschaft über die deutschen und viele

---

<sup>2</sup> Isolierter Staat, Ausgabe Wäntig, S. 529: „Zwischen dem Preise einer Ware und den Produktionskosten derselben findet das Gleichgewicht statt, wenn das Gewerbe, wodurch diese Ware hervorgebracht wird, weder Verlust noch ungewöhnlichen Gewinn bringt. Woran — so muß man nun fragen — ist aber Gewinn und Verlust zu ermessen? Ich antworte: wenn durch den Preis der Waren die Arbeit von gleicher Qualität in allen Gewerben gleich hoch gelohnt wird, so findet das Gleichgewicht statt, und diese Durchschnittsbelohnung ist der Maßstab für die Produktionskosten wie für Gewinn und Verlust.“

auswärtige Hochschulen abgelöst hat, verdankt ihren großen Erfolg vor allem dem Umstande, daß sie zu der klassischen Methode und damit zu methodischem Arbeiten, d. h. zu Wissenschaft überhaupt, zurückzuführen schien; daß sie die Aussicht zu bieten schien, endlich wieder zur Herrschaft über den massenhaften, ganz und gar unübersichtlich angewachsenen rohen Wissensstoff zurückzugelangen, den der gar nicht hoch genug einzuschätzende Fleiß der Historiker in geschichtlichen Untersuchungen und Beobachtungen der uns umgebenden Wirtschafterscheinungen aufgehäuft hatte, — in dem wir aber hilflos zu ersticken Gefahr liefen. Freilich wird unsere Analyse zeigen, daß die Grenznutzler die klassische Methode falsch verstanden und daher ihr Ziel verfehlen mußten.

Die klassische Methode nämlich beschäftigt sich, das ist die letzte Feststellung, die wir hier zu machen haben, nur und ausschließlich mit der Gesellschafts- oder sogar der Marktwirtschaft. Sie interessierte sich nicht und hatte sich von ihrer Problemstellung aus auch gar nicht zu interessieren für dasjenige, was ich vorgeschlagen habe, „die psychologische Grundlegung der Ökonomik“ zu nennen. Niemand kann höher als ich die Bedeutung einschätzen, die namentlich Gossens Arbeit für die Vertiefung und die genauere Begründung unserer eigentlich ökonomischen Untersuchungen gehabt hat: aber er selbst hat vollkommen gewußt und klar ausgesprochen, daß er die klassische Doktrin nicht ersetzen, sondern nur unterbauen und nach der psychologischen Seite hin ergänzen wollte. Um den Unterschied und Gegensatz mit einer glücklichen Formel zu bezeichnen, die meines Wissens zuerst Hilferding in seiner großartigen Debatte mit Böhm-Bawerk angewendet hat, so untersucht die Klassik die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Menschen, wie sie durch Sachen vermittelt werden, während Gossen und die Grenznutzler in allen Teilen ihrer Lehre, die haltbar sind, die Beziehungen zwischen Menschen und Sachen untersuchen. Das erste ist Soziologie, das zweite ist Psychologie. Und ich behaupte, daß es keinen Weg von dieser zu jener gibt. Ich brauche mich nicht selbst abzuschreiben: ich habe in meinem Lehrbuch<sup>3</sup> die Versuche der angesehensten Vertreter der Schule, von ihrem „Grenzwert“ zu dem „Wert“ der Klassiker zu gelangen, als vollkommen unhaltbar, als eine einzige Kette der schwersten logischen Fehler nachgewiesen und bisher meines Wissens keinen Widerspruch erfahren, abgesehen von der lächerlichen kleinen Verteidigung, die Vleugels den Angegriffenen zuteil werden ließ. Um nur die Hauptpunkte noch einmal anzuführen, so ist sicher, daß sie überall den Preis, den sie abzuleiten behaupten, bereits voraussetzen: eine *Petitio principii* ärgster Art; daß

<sup>3</sup> Vgl. auch Wert und Kapitalprofit. 3. Aufl. S. 69 ff.: „Die Krisis der Grenznutzen-theorie“.

diese Erschleichung verdeckt wird durch die Anwendung doppeldeutiger Worte: bei Böhm bedeutet „Schätzen“ bald den Vergleich innerseelischer Intensitätsgrößen, bald ein Taxieren in Geld, also in Extensitätsgrößen; bei Zuckerkandl spielt das Wort „Nutzen“ die gleiche Rolle: das eine Mal bedeutet es einen höheren Grad innerseelischer Befriedigung, das andere Mal, wie in der Kaufmannssprache, geradezu den Profit. Dann wird überall mit seelischen Intensitätsgrößen skrupellos gerechnet: ein unverzeihlicher Elementarschnitzer gegen die ersten Regeln aller Mathematik, und die Folge ist z. B., daß jeder den „Gesamtgrenznutzen“ anders berechnet, der eine durch Addition, der zweite durch Multiplikation, der dritte gar durch Integration. Der „Wert“ der Produktivmittel wird durch eine logisch unmögliche Deduktion aus dem der fertigen Erzeugnisse abgeleitet, und zur Ableitung des Geldwertes muß ein weiterer elementarer Schnitzer gemacht werden: die Einführung einer historischen Tatsache, nämlich der früher geltenden Preisrelation, in die reine Deduktion. Ganz abgesehen davon, daß damit das Problem nur verschoben ist: denn wie kam jene zustande?, ist das Verfahren durchaus widerlogisch und verboten; es ist wieder eine *Petito principii* ärgster Art. Denn die Tatsachen sollen ja gerade erklärt werden und haben im Beweis erst wieder in der „*Quaestio facti*“ eine Rolle zu spielen, wenn die fertige Erklärung an ihnen geprüft und bestätigt werden soll. Schließlich wird, wieder der gleiche Fehler, in der sogenannten „Theorie der Zurechnung“ den Produktivmitteln immer genau derjenige Wert-Teil zugerechnet, den sie erfahrungsgemäß erhalten, so daß ich von der „Un-Zurechnungsfähigkeit“ der Doktrin sprechen konnte.

Mich noch weiter über die Grenznutzenschule hier zu verbreiten, muß ich, wie gesagt, ablehnen. Sie folgt nur insoweit der Klassik, als sie überhaupt eine Theorie für erforderlich hält, und als sie ihre Behauptungen zu beweisen versucht: beides sehr beachtenswert und dem notwendigen Kampfe gegen die Theoriefeindschaft der Historiker sehr dienlich, aber ihre Methode ist doch nicht die der Klassiker, die, wie ich behaupte und beweisen zu können glaube, nie etwas anderes untersuchten und zu erklären versuchten als eben die Gesellschaftswirtschaft.

## 2. Die Prämissen der klassischen Schule: Thesis, Antithesis, Synthesis. Bourgeoisökonomik und St. Simonismus

Bevor wir unsere Ergebnisse zur Lösung des uns vorliegenden Problems verwenden, bleibt noch ein sehr Wichtiges zu tun, nämlich nun auch die Prämissen der Klassiker zu untersuchen und je nachdem anzunehmen

oder abzulehnen. Es wird häufig übersehen — es ist das die Hauptschuld der Historischen Schule —, daß auch die vollkommenste Methode (und die klassische Methode ist in der Tat vollkommen) nicht zum Ziele der Wahrheit führen kann, wenn die Voraussetzungen falsch sind, von denen der Untersuchende ausgeht. Dann muß gerade die vollkommene Methode zu Ergebnissen führen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen, oder, und das ist so gut wie unvermeidlich: die Übereinstimmung wird gewaltsam durch logische Trugschlüsse hergestellt. Aber das ist dann nicht die Schuld der Methode, sondern des Forschers: geradeso gut könnte man die Arithmetik für einen Rechenfehler verantwortlich machen.

Der Grundfehler der klassischen Ökonomik besteht darin, daß sie, um es mit äußerster Schärfe auszudrücken, die Voraussetzung machte, die Geschichte sei nicht gewesen oder habe doch auf die sie umgebende, nennen wir sie die „kapitalistische“, Wirtschaft nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Sie stellt, anders ausgedrückt, die Frage nicht methodisch, welche Elemente dieser Ordnung etwa nicht der rein gedachten Konkurrenzwirtschaft immanent, sondern lebenskräftige Residuen aus der voraufgegangenen Ordnung des feudalen Eroberungsstaates sein möchten.

Denn das ist unbestreitbar: der „Kapitalismus“ ist zunächst einmal nichts anderes als eine historische Epoche. Für jede solche Epoche ohne Ausnahme gilt der Satz, daß sie noch lebenskräftige, fortwirkende Elemente aus der Vorepoche enthält, gegen die sich das neue, zur Herrschaft drängende Element erst kämpfend durchzusetzen hat. Auf unseren Fall angewendet: die Vorepoche war der Feudalismus in seiner letzten Erscheinungsform als Absolutismus. Seine konstituierenden Elemente in allen seinen Unterepochen waren erstens die rechtlich-verfassungsmäßige Scheidung der Stände in Vorberechtigte und Vorverpflichtete, und zweitens die Aussperrung der großen Masse von Grundbesitz durch massenhaftes geschlossenes Großgrundeigentum, die Bodensperre. Und das neue Prinzip, das sich gegen diese Feudalreste kämpfend durchzusetzen strebt, aber bisher noch nicht durchgesetzt hat, ist das der freien Konkurrenz.

Die Physiokraten und Adam Smith freilich waren sich noch der Tatsache klar bewußt, daß die sie umgebende, von ihnen zu analysierende „kapitalistische“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein historisches Gebilde ist. Sie sahen, daß diese Ordnung noch Elemente enthält, die aus außerökonomischer Gewalt, aus der Ordnung des im Absterben begriffenen Feudalstaates in seiner letzten Ausgestaltung als Absolutismus stammten, und sie waren sich darüber klar, daß diese Elemente abgebaut werden mußten, um das System der freien Konkurrenz zu verwirklichen,

von dem sie — mit Recht, wie ich behaupte — die Lösung des sozialen Problems, die „Harmonie aller Interessen“ erwarteten. Aus diesem Grunde forderten sie die Aufhebung aller Privilegien und Monopole, der Zünfte und Korporationen nicht minder wie der Handelskompagnien, und waren grundsätzlich für den Freihandel im Innern und nach außen.

Aber Quesnay hatte noch nicht die Methode, deren man bedarf, um mit Sicherheit festzustellen, welche Elemente dem rein gedachten System der freien Konkurrenz notwendig angehören und welche nicht. Und so hielt er naiv nicht nur alle Bestandteile der wirtschaftlichen Ordnung für „natürlich“, die sich nicht ohne weiteres als Eingriffe des Staates charakterisierten, sondern auch alle wesentlichen Bestandteile der politischen Ordnung seiner Zeit: die Monarchie, den Adel (*la classe noble* oder *disponible*) usw.

Adam Smith kam um einen Schritt weiter: Er fand grundsätzlich die Methode der Trennung der ökonomischen von den außerökonomischen Elementen. Er deduzierte von der Prämisse einer Gesellschaft der Gleichen und Freien, die sich ohne äußere Störung durch Gewalt nach ihren eigenen immanenten Gesetzen entwickelt und derart das rein gedachte Konkurrenzsystem verwirklicht. Aber er führte die Deduktion nicht konsequent durch. Er sah nicht, daß seine Prämisse selbst nicht nur unhistorisch, sondern geradezu gegenhistorisch ist; daß sich noch niemals eine menschliche Gesellschaft ungestört aus einem Zustande der Gleichheit und Freiheit entwickeln konnte; er wurde das Opfer der „soziologischen Wurzel aller Übel“, wie ich es genannt habe, des von ihm zuerst so bezeichneten „Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation“. Zwar sah er klar, daß vor der „Vollbesetzung des Bodens“ weder eine Klasse besitzloser Arbeiter noch infolgedessen irgendein Großeigentum, sei es an Land, sei es an Kapital, entstehen und bestehen könne: aber er glaubte, irrtümlich, wie ich stringent habe nachweisen können, daß jene Vollbesetzung sich „rein ökonomisch“ vollzogen habe, indem sich, um mit Rousseau zu sprechen, „eine bäuerliche Hufe neben die andere legte, bis sie, sich sämtlich berührend, das ganze Land bedeckten“. Er dachte bei dieser Deduktion nicht an seine eigene Feststellung der Tatsache, daß in den Wirren der Völkerwanderung die Häuptlinge und Fürsten alles Land, auch das noch unbebaute und herrenlose, für sich beanspruchten und derart gegen das Siedlungsbedürfnis der Masse sperrten, so daß also die „Vollbesetzung“ sich nicht ökonomisch, sondern außerökonomisch vollzogen hatte. Und von jener falschen Prämisse aus hat er dann durch eine Anzahl leicht aufzudeckender Trugschlüsse alle Elemente der kapitalistischen Ordnung, vor allem die besitzlose Klasse „freier Arbeiter“ und das Großeigentum an Kapital und Boden abgeleitet.



In der Generation, die ihm folgte, spaltet sich die Ökonomik in zwei Schulen, die die beiden Extreme darstellen. Man könnte sie als die theoretische und die geschichtsphilosophische Schule bezeichnen. Ricardo und Malthus in England, Jean Baptiste Say in Frankreich sind die Verfechter der ersten dieser Schulen. Ihnen ist das Bewußtsein vollkommen verlorengegangen, daß die kapitalistische Ordnung mitten im Strome der Geschichte steht; sie halten, ohne auch nur zu fragen, diese Ordnung für die fertige und vollkommene Ordnung der freien Konkurrenz und häufen auf die Smithschen Trugschlüsse immer neue, um eine notdürftige Übereinstimmung ihrer Deduktionen mit der Wirklichkeit herbeizuführen. Aber Ricardo und neben ihm der Deutsche Johann Heinrich von Thünen arbeiten die von Smith inaugurierte Methode der Deduktion aus dem „Selbstinteresse“ bis zur letzten Feinheit aus.

Die zweite geschichtsphilosophische Schule wird begründet von St. Simon. Er verwirft das „Gesetz der ursprünglichen Akkumulation“ als vollkommen unhistorisch und zeigt, daß die Klassen und das Großeigentum in der Tat entstanden sind nicht durch allmähliche Differenzierung aus einer Gesellschaft Freier und Gleicher, aber verschieden Begabter, sondern unzweifelhaft durch Eroberung und Unterwerfung. Mit anderen Worten: er ersetzt jenes Pseudogesetz durch die „Soziologische Staatsidee“, wie Ludwig Gumplowitz sie später nannte. Und er zieht aus dieser durch die Weltgeschichte völlig verbürgten neuen Voraussetzung in bezug auf das eigentlich entscheidende Zentralproblem der Ökonomik den einleuchtenden, ja geradezu evidenten Schluß, daß die Distribution des Einkommens selbstverständlich der Distribution des Eigentums entsprechen muß, wie sie durch jene außerökonomischen Kräfte, oder, um es mit letzter Deutlichkeit zu bezeichnen, wie sie durch jene nicht dem Konkurrenzsystem immanenten Kräfte gestaltet worden ist.

Leider hat St. Simon selbst sich mit dieser allerdings einleuchtenden Erkenntnis begnügt. Aber sie reichte nicht aus. Die Aufgabe war klar gestellt: es mußte von dieser neuen Prämisse aus mit der Ricardoschen Methode der Mechanismus auf das genaueste dargelegt werden, durch den die Großeinkommen, Grundrente und Kapitalprofit, gerade in der beobachteten Höhe in die Hände der Großeigentümer von Boden und Kapital gelangen. Um es mit einer Analogie aus der Chemie zu bezeichnen, so hatte St. Simon das Problem wohl qualitativ, aber nicht quantitativ gelöst. Er hinterließ seinen Nachfolgern die Aufgabe der Synthese seiner richtigen geschichtlichen Voraussetzung mit der Ricardoschen Methode.

Um diese Synthese haben die besten Männer gerungen, ein Proudhon, ein Rodbertus, ein Marx, ohne Erfolg. Dann hat Eugen Dühring die

Methode der Lösung bestimmt: man mußte wie Smith ausgehend von der Gesellschaft der Freien und Gleichen deduzieren, aber nicht als von einer wahren, einer geschichtlichen Prämisse, sondern bewußt als von einer methodischen Fiktion, einem „Als-Ob“ im Sinne Vaihingers. Nur auf diese Weise konnte erkundet werden, welche Elemente einer reinen Konkurrenzwirtschaft wirklich immanent sind, und welche nicht; das heißt: welche der Fortwirkung geschichtlicher außerökonomischer Gewalt ihre Entstehung verdanken und daher verschwinden müssen, ehe von einer reinen Konkurrenzwirtschaft die Rede sein darf, und ehe daher das Urteil darüber gefällt werden darf, ob die von den ersten Klassikern vorausgesagte „Harmonie aller Interessen“, die Lösung der sozialen Frage, eine Utopie ist oder nicht.

Auch Dühring hat diese Deduktion nicht durchgeführt. Aber er hatte die letzte Stufe in die Treppe eingebaut, die zum Ziele führte, und so war es mir vergönnt, den nächsten und, wie ich hoffe, letzten Schritt zu tun. Ich habe schon in meinem Buche von 1898: „Großgrundeigentum und soziale Frage“ die Deduktion vollkommen durchgeführt und in dem zweiten Teile des Buches an der Hand der deutschen Wirtschaftsgeschichte als durchaus richtig erhärten können. (Es ist, nebenbei gesagt, für den Zustand unserer Disziplin kennzeichnend, daß dieses Buch meines Wissens bis heute, auch in seiner Neuauflage von 1922, keiner einzigen Kritik von seiten eines Nationalökonomens oder Wirtschaftshistorikers gewürdigt worden ist. Ich hätte schon einigen Grund zu einer gewissen Verbitterung.)

Die Deduktion ergab in Übereinstimmung mit Turgot, Smith usw. und sogar mit Karl Marx den an sich evidenten Satz, daß eine Klasse freier Arbeiter und daher Großesigentum an Grund und Boden und Kapital nicht eher existieren kann, als bis alles Land besetzt ist. Aber die elementarste Rechnung ergab weiter, daß selbst heute noch in den volkreichsten Ländern Europas der Vorrat an agrarischem Nutzlande viel größer ist, als die vorhandene Agrarbevölkerung brauchen würde, wenn sich die Besiedelung nach dem Schema der reinen Ökonomie vollzogen hätte. Damit war bewiesen, daß der Kapitalismus nicht die reine Ordnung der freien Konkurrenz ist: er enthält in dem massenhaft geschlossenen Grundeigentum einen Rest der außerökonomischen Gewalt. Wäre es nicht vorhanden oder würde es irgendwie abgeschafft und der Boden der freien Besiedelung zugänglich gemacht, so würde es auch heute noch keine besitzlose Arbeiterklasse und keine Möglichkeit der Entstehung von Großesigentum an Boden oder Kapital geben. Es gäbe also nur Arbeitseinkommen und allenfalls geringe, keinesfalls klassebildende Splitter von Grund-

rente und Konjunkturgewinn oder, was das gleiche ist, von dynamischem, nicht aber statischem Profit.

Von diesen Prämissen aus gelang es mir nun auch, die kapitalistische Ordnung bis in ihre letzten Einzelheiten hinein zu deduzieren. Dabei leistete mir ein soeben erst entdecktes statistisches Gesetz die besten Dienste, das 1893 zuerst publizierte Goltzsche Gesetz der Wanderung: „Mit dem Umfang des Großgrundeigentums parallel und mit dem Umfang des bäuerlichen Grundbesitzes in umgekehrter Richtung geht die Wanderung.“ 1873 war der letzte bürgerliche Theoretiker von Rang, John Stuart Mill, 1883 war Karl Marx gestorben; wenn sie das Gesetz gekannt hätten, wäre ihre Lehre wohl anders ausgefallen. Ich war der erste und bin bisher der einzige geblieben, der dieses überall bewährte neu entdeckte Gesetz in die Theorie eingebaut und zu dem Zwecke, was natürlich erforderlich war, streng deduziert hat; obgleich wir nur über sehr wenige echte Gesetze verfügen, sind alle meine Bemühungen vergeblich geblieben, meine Herren Fachkollegen damit auch nur bekannt zu machen. Es wird in keinem der mir vorliegenden Lehrbücher erwähnt, und auch in dem Stolz unserer deutschen Wissenschaft, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, habe ich es sowohl im Stichwörterverzeichnis wie unter allen möglichen Titeln vergeblich gesucht. Auch das ist ein Zeichen für den verzweifelten Zustand unserer Disziplin, daß das von einem sehr angesehenen Fachmann aufgefundene und von einem nicht gerade verachteten Fachmann an entscheidender Stelle verwertete Gesetz nach 33 Jahren der Theorie unbekannt geblieben ist!

Es blieb nur noch ein einziges grundsätzlich zu leisten: die Umformung des nur für geschichtliche Darstellungen passenden Ausdrucks „gewaltgeschaffene Machtposition“ in einen Terminus, mit dem man in der ricardischen Deduktion rechnen konnte. Auch das gelang zuletzt: diese Machtpositionen stellen charakteristische Monopole dar. Der geschichtliche Großgrundbesitzer, der Feudalherr, auf dessen Herrschaftsgebiet sich die besitzlose Bevölkerung massenhaft ansammelt, und der außerdem, auch noch lange nach der Aufhebung der Schollenbindung (der Kirchspielgesetze in England, der Erbuntertänigkeit in Deutschland, Österreich, Polen, Rußland usw.), die politische Übermacht hat, d. h. über das von mir so genannte „öffentlich-rechtliche Klassenmonopol der Staatsverwaltung“ verfügt: dieser Grundherr steht seinen Hintersassen als echter Monopolist gegenüber (was übrigens Adam Smith wußte und aussprach); diese haben im höchsten Maße die „größere Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses“, die überall das Monopol begründet.

Gegen diese meine Lehre vom Bodenmonopol haben sich einige Angriffe gerichtet, und in der Tat ist sie das Zentrum meiner Auffassung. Schum-

peter hat die Frage ins Terminologische verschoben: seine Definition des Monopolbegriffs umfaßt das Bodenmonopol nicht. Da ich über terminologische Fragen grundsätzlich nicht streite, habe ich Entgegenkommen bewiesen und vorgeschlagen, als Unterbegriffe des „Monopols im weiteren Sinne“ das (Schumpetersche) Monopol engeren Sinnes und das „Oligopol“ am Boden zu unterscheiden. Schumpeter hat die Debatte aufgegeben. — Budge hat, um streiten zu können, genau das Entgegengesetzte dessen getan, was die Logik vorschreibt: er ist vom Bekannten, dem Grund und Boden, zum Unbekannten gegangen, indem er die „Qualitas occulta“ einer eigens von ihm erfundenen „Bodenkraft“ setzte. — Hans Oswald gar hat in letzter Verzweiflung — was bringt ein in die Enge getriebener Theoretiker nicht alles fertig? — den ganzen Monopolbegriff vollkommen aus der Theorie ausgerottet, indem er mich belehrte, der Großgrundbesitzer brauche die Arbeiter geradeso wie diese ihn. Natürlich braucht jeder Monopolist seinen Kontrahenten; aber bisher hat alle gute Theorie von Sir James Steuart an das Monopol als ein Tauschverhältnis begriffen, bei dem „die Konkurrenz ganz auf einer Seite ist“, oder wo einseitige Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses besteht, d. h. wo die Kontrahenten den Monopolisten dringender brauchen als er sie.

Wenn diese Argumente überhaupt einen Sinn haben sollen, so kann es nur der sein, daß Großgrundeigentum nicht unter allen erdenklichen Umständen eine Monopolstellung ausmacht. Und das ist natürlich richtig. Wenn etwa irgendwo einmal hundert Großbesitzer nur zehn oder hundert oder sogar tausend landlose Arbeiter vorfinden sollten, dann ist es allenfalls denkbar, daß ihre innere Konkurrenz den Lohn bis auf sein Maximum, den vollen Wert des Arbeitsertrages, steigern könnte, den der Arbeiter als selbständiger Bauer auf ausreichendem, unverschuldetem Lande erwerben würde. Denn der Grundherr könnte als Arbeitgeber auch in diesem Falle den doppelten Vorteil haben, den Mehrertrag der kooperierenden Arbeit und zugleich den „Unternehmerlohn“ seiner eigenen Leitungsarbeit zu erlangen, die ihm beide verloren gingen, wenn er seinen Besitz unbestellt ließe<sup>4</sup>.

Aber diese theoretisch richtige, wenn auch reichlich gewaltsame Kon-

---

<sup>4</sup> Ungefähr solche Verhältnisse bestanden in Deutschland etwa von 1000—1370, als die an sich schon sehr stark an Zahl verminderte Bauernbevölkerung doppelte „Vorflut“ erhielt: in das Kolonialgebiet östlich von Elbe und Saale und in die zahlreich aufblühenden Städte. Damit verwandelte sich das Großgrundeigentum in die ökonomisch harmlose Großgrundherrschaft; das Monopol war verschwunden oder doch kraftlos, bis die neue Bodensperre im Osten die Vorflut abdämmte. Und auf dieser Grundlage stand eine Gesellschaftswirtschaft der wirklich „freien“ Konkurrenz, der nur noch durch geringe politische Einwirkungen schwach gestörten „Harmonie aller Interessen“ (vgl. „Großgrundeigentum und soziale Frage“, 2. historischer Teil).

struktion bringt meine Herren Gegner keinen Schritt von der Stelle. Denn — das bitte ich wohl zu bemerken — ich hole meine Begriffe nicht aus dem luftleeren Raum, sondern ich bemühe mich, geschichtliche Situationen, in diesem Falle eine geschichtlich gewordene Machtposition, in solche Begriffe umzuformen, mit denen die Theorie rechnen kann. Mein ökonomisches Denken ist nicht ungeschichtlich, sondern streng geschichtlich. Hier handelt es sich darum, die Situation zu charakterisieren, in der sich das Landvolk zu Ende der feudalen und zu Anfang der kapitalistischen Ära befand: eine proletarische Übervölkerung, eine des Abstroms, weil der Freizügigkeit beraubte, aufgestaute, für den Bedarf der Betriebe weit überzählige Masse völlig besitzloser Menschen war einem Grundherrn wehrlos ausgeliefert, der nicht nur alle Produktionsmittel an Boden und Kapital, sondern auch die politische Obmacht besaß, dem auch noch nach der Durchsetzung der Freizügigkeit das „Klassenmonopol der Staatsverwaltung“ die Arbeiter zu fast jeder Bedingung zutrieb und unterwürfig hielt. Wenn dieses „Austauschverhältnis“ der äußersten einseitigen Dringlichkeit auf seiten der sonst verhungern den Arbeiter kein Monopolverhältnis kräftigster Art darstellte, dann gibt es in aller Geschichte und Wissenschaft überhaupt nichts, was man als evident bezeichnen dürfte. Und schließlich: das Goltzsche Gesetz ist der stringente Beweis für diese These; ich möchte den Theoretiker kennenlernen, dem es gelingen sollte, es anders als aus einem Monopol zu deduzieren; und deduzieren, anders als ich deduzieren, muß es nun einmal jeder, der mich angreifen will. Ich sage mit Marx: „Hic Rhodus, hic salta“. Kein ernst zu nehmender Fachmann kann daran denken, zu bestreiten, daß das Gesetz in den Zusammenhang gehört, den die Ökonomik zu behandeln und aufzuklären hat.

Ich habe keinen Raum, um hier auch noch darzustellen, wie einfach sich von dem hier gewonnenen, wie ich behauptete, unangreifbaren Standpunkt aus auch das Kapital als „sekundäres Klassenmonopol“ ableiten läßt. Auch hier will eine geschichtliche Tatsache unter einen ökonomischen Begriff gebracht werden. Wer immer noch das Kapital als eine übergeschichtliche, jeder denkbaren Gesellschaftswirtschaft immanente Tatsache aufzufassen beliebt, indem er die Axt des Urbauern oder das Netz des Urfischers als „Kapital“ serviert, mit dem muß ich ablehnen, mich über Dinge der ökonomischen Theorie zu unterhalten. Kapital hat nie etwas anderes bedeutet als einen Eigentumstitel, der seinem Inhaber Zins oder Profit abwirft. Das aber ist, abgesehen vom Wucherzins, der immer mit Recht als ein Monopolgewinn aufgefaßt worden ist, nur möglich in einer Gesellschaft, in der eine überwiegende, in ihrem Angebot von Arbeit durch die größte Dringlichkeit getriebene Klasse vermögens-

loser Arbeiter vorhanden ist. Und die gibt es nicht, wo es noch freien Boden gibt. Auch das ist evident und daher ältester Besitz unserer Wissenschaft.

### 3. Der Wert der Güter, insbesondere der „beliebig produzierbaren Güter“

Mit Hilfe der beiden oben angeführten Funktionsbestimmungen der Statik ist es mir bereits vor fünfzehn Jahren, in meinem „Wert und Kapitalprofit“, geglückt, das Problem des Wertes vollkommen, d. h. in seiner weitesten denkbaren Erstreckung und in der denkbar einfachsten Formel zu lösen.

Hier sei zunächst die Lösung des Wertes der Güter dargestellt. Zu dem Zwecke soll das Problem noch einmal in eindeutiger Form präzisiert werden:

Jeder Preis, also auch der statische, ist eine Gleichung des Inhalts: soundso viele Einheiten einer Ware (Gut, Dienst, Machtposition oder Nutzung einer solchen) wertgleich soundso vielen Einheiten einer anderen Ware. In der Statik steht der Voraussetzung nach jede einzelne Ware zu jeder anderen in einem exakt bestimmten Verhältnis dieser Art. In arithmetischer Formel:  $a = y$ ,  $b = z$ ,  $c = u$ ,  $d = x$  usw. Die Aufgabe ist, das Gesetz zu finden, nach dem sich dieses Verhältnis bestimmt. Das ist das Problem des Wertes oder statischen Preises.

Jeder Geldpreis setzt sich zusammen aus zwei scharf zu unterscheidenden Bestandteilen: den baren Selbstkosten und dem Gewinn. Das gilt von jeder denkbaren Gesellschaft der Konkurrenz. Wir wollen, um uns dem Problem schrittweise zu nähern, zuerst von einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, von der Gesellschaft also „der einfachen Warenproduktion“ sprechen, in der nur Selbständige miteinander konkurrieren. Hier ist der Gewinn an der Wareneinheit offenbar der Entgelt der von dem Produzenten dem Wert der Selbstkosten an Materialien usw. zugesetzten „additional value“ seiner eigenen Arbeit. Dieser Gewinn ist ein Teil des Einkommens. So viel Einheiten der Produzent in der Einkommensperiode, etwa einem Jahre, verkauft, so viele Male macht er den in der Statik immer gleichen Gewinn. Bezeichnen wir den Gewinn mit  $g$ , die Zahl der verkauften Produkte, die „Produktionsziffer“ mit  $n$ , das Einkommen mit  $e$ , so ist  $e = n \cdot g$ . Oder  $g = e : n$ . Nennen wir die Selbstkosten  $s$ , so ist also der statische Preis jeder beliebig produzierbaren Ware (jeder Ware, auf deren Preis kein Monopolgewinn aufgeschlagen ist) bestimmt nach der Formel

$$v = e/n + s.$$

Nun haben wir oben festgestellt, daß das Einkommen aller durchschnittlich qualifizierten Produzenten in der Statik gleich groß ist. Nennen wir diese Konstante  $E$ . Sie ist in jeder gegebenen nichtkapitalistischen Gesellschaft sehr einfach festzustellen. Man fragt einer genügenden Anzahl der einfachen Warenproduzenten ihr Einkommen ab und ordnet die erfragten Werte in einem Koordinatenkreuz, auf dessen Abszisse man die Stufen des Einkommens, auf dessen Koordinate man die Zahl der Einkommen jeder Stufe einträgt. Dann erhält man eine Binomialkurve, und der Medianwert der größten Häufigkeit ist die gesuchte Größe  $E$ . Damit ist, da die Produktionsziffer  $n$  jedes Produzenten gegeben ist, der erste Teil der obigen Formel exakt bestimmt als  $E:n$ .

Nun sind aber die sämtlichen Selbstkosten ebenfalls Waren, deren statischer Preis grundsätzlich auf genau die gleiche Weise bestimmt ist, also  $E:n+s$ . Auch diese neue Größe  $s$  läßt sich wieder auf die gleiche Weise ausdrücken, und so wird die noch aufzulösende Größe von  $s$  immer kleiner und verschwindet zuletzt völlig. Ich habe in meinem „Wert und Kapitalprofit (3. Auflage) diese Rechnung aufgestellt und muß hier darauf verweisen. Sie ist von hervorragender mathematischer Seite als korrekt anerkannt. Als letzter Schluß ergibt sich, daß sich die statischen Preise umgekehrt verhalten wie die Summen der auf jede Ware verwendeten Produktionsziffern:

$$\frac{v_i}{v_k} = \frac{\sum \frac{1}{n_i}}{\sum \frac{1}{n_k}}$$

Nun ist es klar, daß sich wieder die Produktionsziffern umgekehrt verhalten wie die auf das Produkt von allen Produzenten zusammen verwandte Arbeitszeit; denn alle Produzenten gleicher Qualifikation arbeiten in der statischen Gesellschaft selbstverständlich gleich lange, wobei für schwerere und gefährlichere Arbeit kürzerer Dauer leichtere und angenehmere Arbeit längerer Dauer gleichgerechnet werden mag, dadurch wird unser Problem nicht berührt. Denn es ist das eine der zahlreichen soziologischen Bedingungen unseres Problems, die uns gegeben sind, geradeso, wie wir als gegeben hinzunehmen haben, welche Qualifikation und in welchem Grade sie höher bewertet wird als eine andere. Alle Produzenten setzen in gleichen Zeiten ihren Materialien gleichen Wert zu, ganz gleichgültig, ob sie 10000 oder nur 10 Einheiten erzeugen und zu ihrem statischen Preise verkaufen. Wir können also die Größe  $1:n$  ersetzen durch  $t$  (Erzeugungszeit) und die Summe aller auf eine Ware von allen Produzenten zusammen auf die Ware verwandten Zeiten durch  $T$ . Dann lautet unsere Schlußformel folgendermaßen:

$$\frac{v_i}{v_k} = \frac{T_i}{T_k}$$

Damit haben wir den ersten Beweis für die Richtigkeit unserer Deduktion erhalten. Denn diese Formel ist die Petty-Ricardo-Rodbertus-Marxsche Formel des Wertes: die Arbeitsmengen- bzw. Arbeitszeittheorie. Daß der relative statische Preis oft sehr enge durch die verglichene Arbeitszeit oder -menge bestimmt sei, mußte sich jedem Beobachter ohne weiteres aufdrängen. So schrieb schon Petty: „Wenn ein Mann in der gleichen Zeit eine Unze Silber in der Kolonie hervorbringen und nach London schaffen kann, wie ein anderer ein Bushel Weizen in England erzeugen und gleichfalls nach London führen kann, so ist offenbar das eine der Preis des anderen.“ Diese Formel war bisher lediglich „gegriffen“, war durch eine, allerdings der Wahrheit sehr nahe kommende, Intuition gefunden; wir haben sie streng deduziert.

Bevor wir weitergehen, ist festzustellen, daß wir mit dieser Formel, zunächst freilich nur für die vorkapitalistische Wirtschaft, den statischen Preis und damit die statische Preisrelation sämtlicher beliebig produzierbaren Waren in der allereaktesten und allereinfachsten denkbaren Formel deduziert haben. Hier haben wir uns der Ricardoschen Feststellung zu erinnern, daß in der Statik bei der Produktion dieser Waren der „Grenzproduzent“ notwendigerweise immer nur durchschnittlich qualifiziert ist. Seine Selbstkosten und seine Produktionsziffer allein bestimmen den statischen Preis; die höher Qualifizierten, die entweder in gleicher Zeit mehr oder gleiche Mengen mit geringeren Selbstkosten herstellen, haben an diesem Preise eine „renten“-ähnliche Mehreinnahme, die jetzt exakt berechnet werden kann, da die entsprechenden Größen gegeben sind.

Hier ist noch eine kleine Zufügung nötig. Wir haben zu unterscheiden zwischen einer angeborenen und einer anerzogenen Qualifikation. Die Vorteile der ersten kann der Konkurrent dem Begünstigten, sonst gleiche Umstände vorausgesetzt, nicht abjagen. Die zweite aber ist, wie schon die Bezeichnung zeigt, erwerbbar. Darum läßt sich aber der höhere Wert, den solche Qualifikation den Materialien in der Zeiteinheit zusetzt, exakt berechnen. Die Ausbildung kostet zunächst eine bestimmte Anzahl von Lehrjahren, in deren Verlauf das Einkommen  $E$  nicht verdient wird. Dazu kommt eine gegebene Summe von baren Ausgaben; beides zusammen ergibt eine bestimmte Geldsumme, die in der Zeit der noch bestehenden Arbeitsfähigkeit als Kostenelement jeder Wareneinheit über  $E$  hinaus verdient werden muß; eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen! Der durchschnittlich qualifizierte Grenzproduzent, dessen Selbstkosten



den Wert aller beliebig produzierbaren Waren bestimmen, kann also erworbene höhere Qualifikation besitzen; die Genauigkeit unserer Bestimmung leidet darunter nicht.

Betrachten wir nunmehr die Gesetze, nach denen sich in der kapitalistischen Wirtschaft der Preis der beliebig produzierten Waren bildet. Wenn wir sie gefunden haben werden, ist unser Problem in der Hauptsache gelöst. Denn Novitäten und Singularitäten haben keinen statischen Preis oder „Wert“; die ersten, weil sie per definitionem noch nicht lange genug im Zusammenhang der Märkte sind, um von dem zur Statik drängenden Prozeß ergriffen zu sein, und die anderen, weil sie per definitionem nie regelmäßig zu Märkte gebracht und vom Märkte genommen werden. Beide haben nur laufenden, aber nicht statischen Preis; dessen Bestimmung aber ist anerkanntermaßen erstens unmöglich, als *pretium affectionis*, und zweitens völlig uninteressant; keines der großen Probleme der Ökonomik wird dadurch auch nur von ferne berührt. Das gleiche gilt von allen Naturmonopolen, soweit sie nicht schon unter die Kategorie der Singularitäten fallen, wie die Kunstwerke verstorbener Meister: wieviel ein reicher Liebhaber für eine Flasche eines besonders berühmten Jahrgangs eines besonders begehrten Edelweins zahlt, ist für die großen Probleme unserer Wissenschaft ohne jeden Belang. Für die übrigen Monopolpreise lassen sich, wie schon gesagt, Annäherungsformeln von genügender Genauigkeit aufstellen; die Untergrenze ist der Konkurrenzpreis, die Obergrenze wird gebildet durch den Konkurrenzpreis nichtmonopolisierter Ersatzgüter. Eine allgemeine Formel für sie ist nachweislich unmöglich aufzustellen, so unmöglich, wie etwa die Konstruktion eines zugleich gleichseitigen und rechtwinkligen Dreiecks: der Markt ist für alle beliebig produzierbaren Güter eine „richtige“ Waage, für alle Monopolwaren aber eine unrichtige, und niemand kann eine Formel dafür finden, bei welchem Stande des Züngleins ein bestimmtes Gewicht auf einer „unrichtigen“ Waage äquilibriert wird. Außerdem könnte man die Monopolgüter ohne weiteres aus der Berechnung des statischen Preises ausschließen, weil alle Monopole mit einziger Ausnahme der uninteressanten Naturmonopole befristet sind: die Patente und dergleichen durch Gesetz, die privaten Monopole durch Befristung oder durch die Konkurrenz, sei es der Beteiligten selbst, sei es durch Outsiders.

Um es zusammenzufassen, so ist das eigentliche, fast einzige Problem hier das des statischen Preises der beliebig produzierbaren Güter, weil von dessen Lösung die Lösung des zentralsten Problems, des Problems der Distribution, abhängt. Und jenes ist jetzt völlig bewältigt; es bleibt uns nur noch die geringe Korrektur der Formel festzustellen, die für die kapitalistisch hergestellten Güter dieser Art gilt:

Hier sind bekanntlich schon Ricardo und nach ihm Rodbertus und Marx bedeutende Schwierigkeiten erwachsen, und zwar aus dem Grunde, weil die von ihnen intuitiv gegriffene, von uns für die präkapitalistisch hergestellten Güter deduzierte Arbeitsmengen- bzw. Arbeitszeittheorie nicht mehr vollkommen zutrifft, und zwar wegen der „Ausgleichung der Profitraten“. Ricardo hat sich in den Sektionen des ersten Kapitels seiner „Grundsätze“ mit diesem neuen Problem beschäftigt und die Abweichungen festzustellen versucht, die sich aus der verschiedenen Zusammensetzung der einzelnen Kapitale aus fixem und zirkulierendem Kapital und aus der verschiedenen Umschlagszeit usw. ergeben. Und Marx, der ihm hier wie in allen ökonomischen Dingen sehr eng folgte, hat gleichfalls zugegeben, daß die kapitalistisch hergestellten Güter sich nicht, wie in erster Annäherung angenommen war, nach ihrem „Werte“, d. h. nach ihrem Gehalt an „durchschnittlicher, notwendiger gesellschaftlicher Arbeit“, sondern nach einem durch die Ausgleichung der Profitraten etwas veränderten Schlüssel, den „Produktionskosten“, tauschen.

Diese Schwierigkeiten existieren für uns nicht. Wir haben ja niemals behauptet, daß die Güter sich nach ihrem Gehalt an Arbeitsmenge oder -zeit unter allen gesellschaftlichen Bedingungen tauschen, sondern wir haben diese Verhältnisse ausschließlich für die „einfache Warenproduktion“ sozusagen nebenbei aus unserer Grundformel abgeleitet. Wir suchen nicht nach der „Substanz des Wertes“, sondern lediglich nach einer möglichst einfachen Formel, um den statischen Preis aller beliebig produzierbaren Güter auszudrücken<sup>5</sup>. Und diese Formel ist unschwer aus unseren Ansätzen auch für die kapitalistisch hergestellten Güter zu entwickeln:

In der Statik müssen, das ist unbestritten, alle Kapitale von gleicher Gunst der Anlage und gleicher Größe den gleichen Profit abwerfen. Für Kapitale von geringerer als der durchschnittlichen Gunst der Anlage, die deshalb höheren Profit abwerfen müssen, gelten die oben für die Grundrente und die Qualifikation entwickelten Ansätze mutatis mutandis; wir brauchen uns hier nicht dabei aufzuhalten. Wir haben also unsere Grundformel nur derart zu ändern, daß wir die „Produktivitätsziffer“ nicht mehr auf die Betriebe, sondern auf Kapitale gleicher Größe beziehen. Um ein Beispiel zu geben: wenn wir den statischen Preis der Produkte zweier kapitalistischer Betriebe errechnen wollen, deren einer

---

<sup>5</sup> Mit der derart gegenstandslos gewordenen Frage nach der „Werts substanz“ dürfte wahrlich auch das davon abhängige Problem der „Konsumenten-Rente“ aus der Diskussion verschwinden. Es trägt den im übrigen völlig chimärischen Gedanken der „Gerechtigkeit“ des Austausch in die wertfreie Deduktion hinein und ist auch der Größenordnung nach ganz uninteressant; die Abweichungen der laufenden von den statischen Preisen sind wahrscheinlich viel größer — und die Wirklichkeit hat nur mit laufenden Preisen zu tun. Worauf es in allem Organischen ankommt ist nicht auskalkulierte Gleichheit, sondern nur Gleichgewicht der Funktionen.

10 Millionen, deren anderer 10000 Mark Kapitalwert hat, so bringen wir beide auf den gleichen Generalnenner, indem wir für den ersten nicht seine uns gegebene Produktivitätsziffer  $n$ , sondern nur  $n:1000$  in die Formel einstellen. Der besseren Unterscheidung halber nennen wir diese auf das gleiche Kapital reduzierte Produktivitätsziffer mit dem entsprechenden griechischen Buchstaben „Ny“. Dann ergibt sich für die kapitalistisch hergestellten Güter die folgende, ebenso einfache Formel:

$$\frac{v_i}{v_k} = \frac{\sum \frac{1}{\nu_i}}{\sum \frac{1}{\nu_k}}$$

Diese Formel gilt für alle kapitalistisch hergestellten produzierbaren Güter: für Konsumgüter, für Produktivgüter und für das Geldmetall. Ihre Überlegenheit auch in diesem Betracht über die mit Hilfskonstruktionen im Übermaß belasteten Formeln der Grenznutzenschule erweist sich auch hierin.

Damit ist die Aufgabe, soweit sie hier gestellt war, das Gesetz des Güterwertes zu finden, völlig gelöst.

Noch ein kurzes Wort des Rückblicks. Wie Schumpeter einmal richtig schrieb, kann kein Versuch zum Ziele führen, das Gesetz des statischen Preises aus den beobachteten Preisen abzuleiten. Um von anderen schwerwiegenden Bedenken gegen das Verfahren zu schweigen, scheitert es notwendigerweise daran, daß es immer eine Unbekannte mehr als Gleichungen hat. Das läßt sich aus unserer ersten Problemstellung klar erkennen. Sie lautet: warum ist in der Statik immer exakt  $x \cdot a = y \cdot b$  und  $y \cdot b = z \cdot c$ ? An diesem Tatbestande ist z. B. der Casselsche Lösungsversuch gescheitert, wie jeder einigermaßen mathematisch Orientierte von vornherein erkennen mußte. Wir haben die fehlende Gleichung gefunden, indem wir die Konstante  $E$  entdeckten.

(In Parenthese: um  $E$  in der kapitalistischen Wirtschaft festzustellen, darf man gleichfalls nur „einfachen Warenproduzenten“, also kleinen Handwerkern, Händlern und namentlich Bauern ihr Einkommen abfragen. Wenn es praktisch möglich wäre, den oder die „Grenzbauern“ aufzufinden, was nicht möglich ist, so würde deren durchschnittliches Einkommen dem gesuchten Werte  $E$  genügend nahe stehen.)

#### 4. Der „Wert“ der Arbeit und der Machtpositionen

Von hier aus war es nun möglich, das gesamte Problem der Distribution in gleichfalls völlig exakten Formeln zu lösen. Da der mir gegönnte Raum fast erschöpft ist, und der Gegenstand nicht streng zu dem Thema

gehört, wie es hier augenscheinlich gefaßt ist, muß ich mich auf Andeutungen beschränken, indem ich den Leser auf meine Schriften, namentlich auf „Wert und Kapitalprofit“, dritte Auflage, verweise.

Unbestritten ist, daß sich Arbeitslohn und Kapitalprofit in den „Wert“ der kapitalistisch hergestellten, beliebig produzierbaren Güter teilen. Die Aufgabe ist, den Teilungsschlüssel zu finden, und das ist erreicht, wenn man den einen der beiden Bestandteile bestimmen kann. Das aber ist beim Arbeitslohn auf Grund unserer Formel unschwer ausführbar. Der abhängige Lohnarbeiter kann, mathematisch ausgedrückt, nur so viel erwerben, wie ein gleich qualifizierter unabhängiger Arbeiter an den Produktionsmitteln erwerben kann, die ihm in seiner Gesellschaft noch frei zur Verfügung stehen. Da die Willigkeit, sich unter kapitalistische Leitung zu begeben und in vorgeschriebenen Stunden regelmäßig zu schaffen, für eine kapitalistische Gesellschaft eine höhere Qualifikation bedeutet gegenüber der Selbstherrlichkeit des proletarischen Selbständigen, so mag man einen erfahrungsmäßigen Aufschlag auf das Einkommen des letzteren machen, also etwa des Beeren- oder Kristallsuchers, des Besenbinders, des Sammlers von Arzneipflanzen usw. Dadurch wird sich in der Größenordnung des derart bestimmten Lohnes nichts Wesentliches ändern. Das Einkommen des proletarischen Selbständigen nun besteht in gewissen gegebenen Verbrauchsgütern, deren Wert aus unserer Formel hervorgeht: so hoch und vielleicht um ein Kleines höher muß auch der Lohn des Unselbständigen sein: eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen!

Ich habe noch eine zweite Methode der Berechnung des Arbeitslohnes angegeben, in interlokaler, nicht mehr in lokaler Betrachtung. In den „Grenzbezirken des höchsten sozialen Drucks“, in denjenigen agrarischen Bezirken, aus denen die nach dem Goltzschen Gesetz erfolgende Massenauswanderung noch nicht eingesetzt hat, wo daher eine gewaltige „Überbevölkerung“ von landlosen Proletariern sich staut, über die gleichzeitig noch ihre Grundherren das „Monopol der Staatsverwaltung“ besitzen, steht der Lohn auf oder sogar unter dem Existenzminimum. Von hier nach dem zentralen Arbeitsmarkte hin wächst der Arbeitslohn nach genau den gleichen Gesetzen, wie der Getreidepreis von der Peripherie nach dem zentralen Markte hin durch Aufschlag von immer höheren Transportkosten wächst, weil eben nach dem Goltzschen Gesetze die Arbeiter massenhaft zentralwärts ab- und auswandern, sobald der Zug ins Minimum des Druckes sie ergreift. Jenes Existenzminimum, bestehend wieder aus bestimmten Mengen bestimmter Konsumgüter, läßt sich nach unserer allgemeinen Formel ebenso sicher berechnen wie die bis zu der in Frage stehenden Stelle erwachsenden Kosten des Transports. Damit ist jeder

lokale Lohn der „ungelernten“ städtischen Arbeit abgeleitet: über ihm staffeln sich, entsprechend der Seltenheit der Vorbedingungen, die Löhne der höheren Qualifikationen auf.

Den Rest des „Wertes“ der Güter erhält das Kapital. Und zwar ist der „Profit“ bestimmt durch denjenigen Wertteil, den das „Normalkapital“ erhält; darunter verstehe ich ein Kapital, das durch kein Produktions- oder Tauschmonopol begünstigt ist. Das bekannteste Beispiel eines solchen Normalkapitals ist das des Pächters, der nach der bekannten Ricardoschen Feststellung in der Statik immer nur den normalen Profit, aber kein Atom Grundrente erlangt. Aber das gleiche gilt für jedes andere Kapital, das nicht einen Monopolverdienst erhält, den ihm die Konkurrenz nicht abjagen kann.

Weiterhin ist jetzt zu bestimmen der statische Preis des Kapitals selbst. Das scheint einfach, wenigstens für diejenigen Fachmänner, die immer noch an der Vorstellung festhalten, daß das Kapital aus Gütern, aus Produktivgütern besteht. Denn die Formel für alle Sachgüter besitzen wir ja; wir haben also nur zu addieren und haben damit die gesuchte Größe. Aber die Vorstellung ist unmöglich! So schmerzlich es auch immer ist, auf die prachtvolle Doppeldeutigkeit des fast überall verwendeten Begriffes verzichten zu müssen, die allein es ermöglicht, die verschiedenen (zum größten Teile längst selig verschiedenen) Kapitaltheorien noch mit Scheinbeweisen zu stützen: Sachgüter (eine technische Kategorie) sind nun einmal bestimmt nicht substantiell identisch mit dem Eigentumsrecht an eben diesen Sachgütern (einer juristischen Kategorie). Außerdem gibt es genug Kapitale, die gar nicht auf Sachgüter radiziert sind, z. B. Patentrechte, und gibt es andererseits Sachgüter, auch ganze Stämme von „komplementären“ Produktivgütern, die dennoch kein Kapital sind, weil sie keinen Profit erbringen: das war nach Marx' humorvoller Schilderung im 25. Kapitel des ersten Bandes seines „Kapital“ die Erfahrung, die Herr Peel machen mußte, als er ganze Schiffsladungen von „Kapitalgütern“ nach Neu-Holland einführte; und das gleiche haben wir in jeder „freien Kolonie“, wo das Land noch Volkseigentum ist und daher „jeder Pionier ein Stück davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den nächsten Pionier an der gleichen Operation zu verhindern“, und hatten wir im hohen Mittelalter durch fast volle vier Jahrhunderte hindurch, bevor der Kriegsadel den ganzen Osten Europas gegen die freie Besiedlung sperrte.

So schmerzlich es auch allen denen sein mag, die dadurch ihrer teuersten Illusionen beraubt werden, so ist es dennoch unerlässlich, die von Rodbertus vorgenommene und von Adolf Wagner übernommene Unterscheidung der beiden in eins verknäuelten Begriffe vorzunehmen

und die sachlichen Produktivgüter als das „volkswirtschaftliche“, die juristischen Eigentumstitel aber als das „privatwirtschaftliche Kapital“ zu trennen. Noch besser wäre es, den Begriff „Kapital“ ausschließlich für den Gegenstand zu brauchen, den er von jeher bezeichnete: für den rechtlichen oder faktischen Anspruch auf Profit oder Zins, und um der guten Klarheit halber die Produktivmittel eben als solche oder als „gesellschaftliches Beschaffungsgut“ oder dergleichen zu benennen.

Der Wert der Produktivgüter läßt sich allerdings durch Addition der nach unserer Formel berechneten Einzelwerte bestimmen. Aber er hat an sich kein eigenes neues Interesse für uns. Wohl aber kann er uns dazu helfen, den Wert des darauf radizierten Privatkapitals zu bestimmen.

Was nämlich ist dieser Wert? Es ist der statische Preis des Ertrages des Privatkapitals multipliziert mit dem statischen „Fuß der Kapitalisierung“. Wie können wir diesen „Kapitalisierungswert“ exakt bestimmen? Auf die einfachste Weise! Er muß in der Statik genau so groß sein wie der Additionswert der Produktivgüter! Wohl-gemerkt: dieser Satz gilt ausschließlich für die Normalkapitale! Aber hier gilt er unbedingt. Und das läßt den alten und fast unausrottbaren Irrtum eher verstehen: ein normales, nicht durch Monopole begünstigtes Privatkapital hat in der Statik exakt den gleichen Wert wie die ihm zugrunde liegenden Produktivgüter. So abwegig die Meinung ist, die beiden ganz verschiedenen Dinge seien substanzidentisch, so sicher ist es, daß sie wertidentisch sind.

Es handelt sich hier um einen meiner glücklichsten Funde, den ich bereits 1910 veröffentlicht habe, mit dem selbstverständlichen Erfolge, daß keiner der Fachmänner die geringste Notiz davon genommen hat.

Diese Wertidentität läßt sich bereits auf das allereinfachste aus dem anerkannten Satze von der Gleichheit aller Profite in der Statik ableiten. Nicht eher kann die Konkurrenz auf ihrem Ruhezustande stehen, als wenn ein Kapitalist, der eine bestimmte Summe Geldes anzulegen hat, davon den gleichen Profit hat (abgesehen selbstverständlich von seinem „Unternehmerlohne“; ein Risiko und daher eine Risikoprämie gibt es in der Statik nicht), ganz gleichgültig, ob er sich für die Gründung oder den Ankauf einer Fabrik oder die Anlage als Leihkapital entscheidet. Aber man sieht tiefer in den Zusammenhang der Dinge, wenn man auch hier das Spiel von Angebot und Nachfrage im Zusammenhang der Märkte verfolgt, das zur Statik führt. Ich zitiere aus meiner „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“ (S. 832/33):

„Würde nämlich einmal zu viel gesellschaftliches Beschaffungsgut, d. h. volkswirtschaftliches Kapital, in Unternehmungen angelegt werden, so würde sein Gesamtprodukt an Wertdingen niederer Ordnung den Kol-

lektivbedarf überschreiten; ihr Preis würde sinken, und die Basis der Kapitalisierung, der Ertrag des Produktivkapitals, sich verkleinern, so daß bei gleichbleibendem Fuß der Wert des dadurch repräsentierten Privatkapitals unter den Tauschwert der Beschaffungsgüter fallen würde. Dann wendet sich die Nachfrage von dem Markte der Werkgüter ab und dem Markte der Anleihen zu; und das hat eine doppelte Wirkung: erstens fällt der Preis der Werkgüter, und zweitens steigt der Fuß der Kapitalisierung; denn dort sinkt und hier steigt die Nachfrage, so daß der Kurs der festverzinslichen Anleihen steigt und der Zinsfuß bestimmter Geldsummen fällt. Dadurch wird die Anlage von Kapital in neuen Produktivgütern wieder rentabel; denn die gleiche Geldsumme erwirbt mehr davon, oder der gleiche Stamm kostet weniger, und auf der anderen Seite wirft er jetzt wieder ebensoviel Ertrag ab wie das inzwischen im Ertrage gesunkene Leihkapital. — Würde umgekehrt einmal zu wenig gesellschaftliches Beschaffungsgut gebildet, so würde ihr Produkt über seinen statischen Preis und daher der kapitalisierte Betrag des dadurch geschaffenen Privatkapitals über den Wert der Beschaffungsgüter steigen. In diesem Falle würde die Nachfrage auf dem Leihmarkte, und der Fuß der Kapitalisierung sinken und die Bildung neuer volkswirtschaftlicher Kapitale zunehmen, bis ihr Wert wieder mit dem dadurch beschafften ‚Privatkapital‘ zusammenfiel. Eher könnte der Konkurrenzkampf nicht zur Ruhe kommen.“

Wir können also sowohl den Wert eines Normalkapitals wie auch den seines Ertrages in der Statik nach unserer Grundformel exakt ausrechnen; daraus ergibt sich der Hundertsatz des Profits und, wenn man mit diesem Satze in hundert dividiert, der Fuß der Kapitalisierung. Ergibt z. B. ein Normalkapital von einer Million Mark einen Gewinn von 125000 Mark, so ist der Profitsatz  $12\frac{1}{2}\%$  und der Kapitalisierungsfuß 8.

Bleibt als letztes Problem noch die Berechnung des Wertes der begünstigten Kapitale und des Grundeigentums, das nicht auf „Grenzboden“ liegt, also Grundrente abwirft.

Solches Grundeigentum erfreut sich der Verfügung über ein „Produktionsmonopol“ entweder der Lage oder der Bodenbonität (in meiner Terminologie ein „Transport“- bzw. ein „Erzeugungsmonopol“). Diese Monopole zeichnen sich dadurch aus, daß sie ihrem Inhaber Vorteile an den Produktionskosten ermöglichen, die ihm die Konkurrenz nicht abjagen kann. Das Produkt steht auf seinem statischen Konkurrenzpreise, und dennoch hat der Verkäufer einen Monopolgewinn entsprechend der Ersparnis an der Größe  $s$ . Solche Vorteile kann auch ein industrieller oder kommerzieller Betrieb besitzen, ein Erzeugungsmonopol z. B. in einer Wasserkraft, ein Transportmonopol durch die Lage an einer Schiff-

fahrtsstraße, oder schließlich ein „Umsatzmonopol“ (die dritte Unterart der Produktionsmonopole) durch besonders günstige Verkehrslage zu den Konsumenten. In allen Fällen ist der Wert des Eigentums um den kapitalisierten Betrag des Mehrertrages höher als der des Normalkapitals. Diesem Umstande ist denn auch die bisherige Theoretik in bezug auf das Grundeigentum gerecht geworden, weil sie hier den Mehrertrag als „Grundrente“ scharf von dem Profit des Kapitals zu trennen durch Ricardo gelernt hatte; aber beim Kapital ist das nicht immer geschehen: man hätte ja dann eingestehen müssen, daß das volkswirtschaftliche und das privatwirtschaftliche Kapital nicht substanzidentisch sein können, wenn sie nicht einmal wertidentisch sind.

Um ein Beispiel zu geben: Eine Fabrik erfreue sich des Besitzes einer Wasserkraft, die ihr jährlich 20000 Mark an Kohlen erspart. Der Kapitalisierungsfuß sei wieder 8; dann hat der Betrieb einen Kapitalisierungswert von 160000 Mark über den Additionswert seiner Beschaffungsgüter hinaus. Ganz ebenso errechnet sich der Wert des begünstigten, rentetragenden Grundeigentums.

Analog errechnet sich der Wert eines Kapitals, das durch ein „Tauschmonopol“ begünstigt ist und daher die Macht hat, für seine Produkte einen statischen Monopolpreis, d. h. einen um einen Monopolgewinn erhöhten Konkurrenzpreis zu erreichen. Wenn es Monopole dieser Art gibt, die dauern, so würde die Rechnung ganz ebenso wie in dem eben dargestellten Falle verlaufen. Da es solche kaum geben kann, so ist es fraglich, ob die vorübergehenden Tauschmonopole überhaupt in der statischen Rechnung Platz haben. Wenn man sich entschließt, sie darin zu behandeln, so ist die Errechnung des Mehrwerts, den sie darstellen, wieder sehr einfach; eine elementare Eskompterechnung ihrer noch gewährleisteten Patente oder vermuteten Lebenszeit ergibt den Betrag, der, kapitalisiert, dem Additionswert ihrer Beschaffungsgüter hinzugerechnet werden muß.

Damit ist das gestellte Problem vollkommen und in einem Umfang gelöst, wie bisher wenigstens keine andere Theorie es auch nur zu stellen gewagt hat. Selbst ein Marx hat sich mit der bloßen Ausflucht begnügen müssen, daß das Grundeigentum „keinen Wert, sondern nur Preis“ habe. Keine Wertlehre hat mehr versucht, als das eine Teilproblem des Güterwertes zu lösen, und keiner ist es bisher gelungen. Die meine gibt die Formel außerdem für den Wert, den Geldwert der Arbeit, und zwar nicht nur der proletarischen, sondern aller, auch der höchsten Qualifikationsstufen, gibt den Wert der Nutzungen der Machtpositionen: Grundrente und Kapitalprofit, und schließlich den der Machtpositionen selbst, des Grundeigentums und des Kapitals. Weitere Aufgaben sind der Theorie des Wertes nicht gestellt.





HANS ZEISL

# Marxismus und subjektive Theorie

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Problemstellung . . . . .	179
Der Aufbau der subjektiven Theorie . . . . .	180
Die Gesetze der subjektiven Theorie . . . . .	184
Die statistische Natur von Wirtschaftsgesetzen . . . . .	188
Zur Zurechnungstheorie . . . . .	191
Einordnung in die Gesamtwissenschaft . . . . .	196

## Die Problemstellung

Die marxistische Kritik an der subjektiven Theorie, die bisher vorliegt, ist im wesentlichen der Versuch, die Überlegenheit der Marxschen Wertlehre oder doch zumindest ihre Vereinbarkeit mit der subjektiven Theorie zu erweisen<sup>1</sup>. Diese Auseinandersetzung blieb wenig fruchtbar, denn ihr wesentlicher Ertrag waren Mißverständnisse auf beiden Seiten.

Der Weg der vorliegenden Bemerkungen soll ein anderer sein: Nicht um den recht problematischen Wertbegriff soll der Streit gehen. Wir wählen eine sichere Grundlage. Beide wissenschaftlichen Systeme wollen Wirtschaftsgesetze finden, wobei vorläufig dieser unbestimmte Ausdruck genügen mag — und eine Untersuchung über die Möglichkeiten der subjektiven Theorie Gesetze zu finden, wird zugleich eine Kritik an ihr sein.

Wir werden schließlich am Ende unserer Untersuchung versuchen, den Ort zu bestimmen, an dem sich die Gesetze der subjektiven Theorie und die Marxschen Gesetze in das System der Gesamtwirtschaft einordnen lassen<sup>2</sup>.

Es ist nunmehr notwendig, den Gegenstand unserer Kritik, die sogenannte subjektive Theorie, näher zu umreißen.

---

<sup>1</sup> Auf die Angriffe der subjektiven Theorie hat als erster Rudolf Hilferding geantwortet: Böhm-Bawerks Marx-Kritik, Marx-Studien. Bd. 1. — Vgl. dazu auch die Rezension eines Buches von Petry, im Archiv für die Geschichte des Sozialismus. Jahrg. 8. H. 2/3. Frankfurt 1919. — Später schrieb Helene Bauer eine Reihe von Aufsätzen im „Kampf“: Cassels „freie Sozialökonomie. Jahrg. 18. 1925. S. 89. — Zur Theorie der Marktpreise bei Marx. Ebenda S. 219. — Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie. Jahrg. 19. 1926. S. 63. — Einen vermittelnden Standpunkt nehmen ein: Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus, Leipzig 1905, und Emil Lederer, Grundzüge der ökonomischen Theorie. Tübingen 1922. — Die einzige, ihrem Umfang nach ausführliche Kritik der subjektiven Theorie, Bucharin, Die Ökonomie des Rentners, Berlin 1925, ist in keiner Richtung ertragreich. Die hier angeführten Arbeiten geben ein ziemlich vollständiges Bild der bisher vorliegenden marxistischen Kritik der subjektiven Theorie.

<sup>2</sup> Wir können diesen Weg um so eher gehen, als wir die Marxsche Wertlehre für unrichtig halten, trotzdem aber der Meinung sind, daß die marxistische Theorie in ihren entscheidenden Punkten richtig bleibt. Vgl. Zeisl, Ein Einwand gegen die Marxsche Wertlehre, Der Kampf. Wien 1930. H. 9.

## Der Aufbau der subjektiven Theorie

In den rund sechzig Jahren ihres Bestehens hat die subjektive Theorie vielfache Wandlungen erfahren. Es waren vorwiegend die Mathematiker, die unter dem Einfluß naturwissenschaftlicher Gedankengänge den Anstoß zur exakteren Durchbildung der subjektiven Theorie gegeben haben. Im deutschen Schrifttum beginnt diese Wandlung etwa mit Schumpeter und wird rasch vornehmlich von der neueren österreichischen Schule weitergebildet.

Die Folge dieser Bestrebungen war eine Einengung des Erkenntnisbereichs, für den die subjektive Theorie gelten soll. Von dem, was die Klassiker für die Aufgabe der Nationalökonomie hielten, ist wenig übriggeblieben. Aber noch Marshalls *Principles* sind eine wahre Enzyklopädie gegen die subjektive Theorie in ihrer heutigen Gestalt<sup>3</sup>.

Zunächst ist der Wertbegriff in seiner ursprünglichen Form verschwunden. Vom Wert, wie ihn die Gründer darstellten, ist fast nichts übriggeblieben. Die erste Schwierigkeit tauchte auf, als man versuchte, den angeblich durch Introspektion gefundenen Wertbegriff in der Erfahrung festzustellen. Da ergab es sich, daß der einzige Erkenntnisgrund für den „Wert“ die Wirtschaftshandlungen selbst waren. Man ist heute übereingekommen, daß der Wert keine Größe ist<sup>4</sup> und nur mehr bedeutet, daß das Individuum wertet, und werten heißt nichts anderes, als daß das Wirtschaftssubjekt zwischen den ihm gegebenen Möglichkeiten auswählt. Nun läßt sich aber jede Handlung als Wahlhandlung auffassen: Man tut *a*, anstatt *b*, *c* oder nicht-*a*. Damit ist wohl das Ende aller Spekulationen über den Wertbegriff gekommen, denn es bleibt übrig die menschliche Wahlhandlung, und das Problem beschränkt sich auf die Gesetzmäßigkeiten dieser Handlungen. Man mag das Wort immerhin behalten, sofern man nicht vergißt, daß es seinen Sinn geändert hat.

Wir sehen — sicher vorläufig im Gegensatz zu vielen Theoretikern — gerade darin eine wesentliche Leistung der subjektiven Theorie: daß sie die Nationalökonomie von dem ehemals materiellen Wertbegriff über den subjektiven Wert zu einem Punkt geführt hat, wo der Wertbegriff von

<sup>3</sup> Vgl. etwa die Definition der Wirtschaftswissenschaft durch Mayer (Untersuchungen zum Grundgesetz der wirtschaftlichen Wertrechnung. *Ztschr. f. Vw. u. Sozp.* N. F. Bd. 2. S. 24ff.) mit den Problemen, die Marshall mit Hilfe der theoretischen Ökonomie lösen will. (*Principles*. London 1891, S. 94f.)

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Schumpeter, *Wesen usw.* — Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*. München 1912. S. 37f. — Derselbe, *Grundprobleme der subjektivistischen Wertlehre*. *Arch. f. Sozw.* Bd. 59. — Strigl, *Die ökonomischen Kategorien und die Organisation der Wirtschaft*. Jena 1923. S. 132. — Schönfeld, *Nutzen und Wirtschaftsrechnung*. *Ztschr. f. Volksw. u. Sozp.* Jahrg. 1924. S. 649. — Mayer will den Größencharakter des Wertes nicht ganz aufgeben (*Untersuchungen usw.*).

selbst aus dem System fällt und das Wirtschaften eingeordnet wird in eine allgemeine Theorie des menschlichen Handelns.

Damit im Zusammenhang steht ein zweites Element der ökonomischen Theorie, welches seine Bedeutung gewandelt hat: das sogenannte ökonomische Prinzip. Anfangs schien es möglich und notwendig, wirtschaftliche von anderen Motiven zu trennen und damit eine inhaltliche Unterscheidung der menschlichen Handlungen aufzuzeigen. Heute gilt dieser Versuch als gescheitert, und es ergibt sich daraus als selten beachtete Konsequenz, daß auch das wirtschaftliche Handeln selbst vom übrigen Handeln nicht mehr zu trennen ist<sup>5</sup>. Alle Versuche, hier eine Abgrenzung zu vollziehen, sind wohl gescheitert. Denn es läßt sich unschwer zeigen, daß jede Wahlhandlung ein Wirtschaften mit knappen Gütern ist: Schlimmstenfalls, im Schlaraffenland, ist es noch immer die Zeit, mit der gewirtschaftet wird<sup>6</sup>.

Auch mit der Feststellung, daß die theoretische Ökonomie die Wissenschaft von der Katallaktik<sup>7</sup> sei, ist nichts getan, denn man ist recht allgemein der Ansicht, daß sich jede Wahlhandlung als Tausch auffassen läßt<sup>8</sup>. Es besteht also für die subjektive Theorie nach wie vor die Aufgabe, das Sachgebiet der theoretischen Ökonomie abzugrenzen, d. h. zu entscheiden, welche Wahlhandlungen von der theoretischen Ökonomie untersucht werden sollen und welche nicht.

Der ehemals grob materielle Gutsbegriff ist aufgelöst in den Beziehungsbegriff der Verwendungsmöglichkeit (Clark, Strigl). Die

<sup>5</sup> Vgl. Kaufmann, Logik und Wirtschaftswissenschaften. Arch. f. Sozw. Bd. 54. 1924. S. 48. — Strigl, Kategorien usw. S. 68f. — Mises, Soziologie und Geschichte. Arch. f. Sozw. Bd. 63. — Freilich bleibt die Unterscheidung von wirtschaftlichem und nichtwirtschaftlichem Handeln — und damit auch das ökonomische Prinzip — in einer anderen Bedeutung weiter sinnvoll: In unserer Wirtschaft ziehen nämlich die meisten Wirtschaftssubjekte  $m$  Einheiten eines Gutes  $n$  Einheiten vor, wenn  $m > n$ . Für den Spezialfall des Unternehmers bedeutet das: maximales Profitstreben.

<sup>6</sup> Vgl. Mises: „Alles Handeln ist Wirtschaften mit den Mitteln, die zur Verwirklichung möglicher Ziele zu Gebote stehen.“ (Soziologie usw.) — Amonn: „Es fällt z. B. auch das Wirtschaften mit der Zeit und mit seinen Körperkräften ganz allgemein... darunter.“ (Objekt und Grundbegriffe. Wien 1927. S. 153, Fußnote.) — Schumpeter: „Es ist sozusagen Geschmackssache, ob man einen Spaziergang zum Beispiel als wirtschaftliche Handlung auffassen will oder nicht.“ (Wesen usw. S. 80.) — Engliß: „... ist wirtschaftlich jedes Handeln, insofern es vom Gesichtspunkte des Postulates des Unlustminimums betrachtet wird...“ (Grundlagen des wirtschaftlichen Denkens. Brünn 1925. S. 60.) — Mayer ist hier anderer Meinung.

<sup>7</sup> Der Ausdruck stammt vom Bischof Whately (Introductory Lectures), der die Nationalökonomie „Catalactics“ nannte. Schumpeter zitiert dies beifällig (Wesen usw. S. 50). Mises gebraucht dann das Wort Katallaktik als Synonym für den Gegenstand der theoretischen Ökonomie (Grundprobleme usw. S. 33).

<sup>8</sup> Schumpeter: „Alles menschliche Handeln läßt sich... als Tausch auffassen... Betätigungen jeder Art, in Kunst, Sport usw...“ (Wesen usw. S. 80.) — Ebenso Kaufmann, Logik usw. S. 629f.

Aussagen über diese Verwendungsmöglichkeiten sind wenig problematisch. Sie sind den Wirtschaftssubjekten vorgegeben durch eine bestimmte Verteilung, das technische Wissen, durch den Bestand einzuhaltender Normen usw. Die Verwendungsmöglichkeiten, unter denen das Individuum wählt, sind der eine Bestimmungsgrund der Wahl, d. h. der Verwendung selbst.

Die zweite Gruppe von Bestimmungsgründen, von denen die wirtschaftlichen Handlungen abhängen, nennt man gemeinlich Bedürfnisse. Das sind diejenigen Faktoren, die angeben, welche von den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten das Wirtschaftssubjekt auswählen wird. Wir werden später die Problematik dieses Begriffes noch zu erläutern haben.

Das wissenschaftliche Problem ist nun, eine Theorie der Bedürfnisse zu finden, von der Art, daß mit ihrer Hilfe Veränderungen im Wirtschaftsplan vorhersagbar wären, wenn die Verwendungsmöglichkeiten gegeben sind.

Wir fassen zusammen. Die subjektive Theorie stellt das menschliche Wirtschaften in folgender Weise dar: Den Wirtschaftssubjekten sind Verwendungsmöglichkeiten zugeteilt, und es hängt nun von den Bedürfnissen dieser Individuen ab, welche von diesen Möglichkeiten tatsächlich ausgewählt werden. Das Ergebnis der beiden Faktoren, der Verwendungsmöglichkeiten und der Bedürfnisse, sind die Wirtschaftshandlungen selbst.

Es ist jedoch wichtig, daran zu erinnern, daß „Bedürfnis“ und „Verwendungsmöglichkeit“ in einer viel engeren Verbindung stehen, als diese strenge Zweiteilung vermuten läßt. Denn die Verwendungsmöglichkeit muß genau so Erlebnisinhalt des Wirtschaftssubjektes geworden sein wie das Bedürfnis, so daß die erste Schwierigkeit schon daraus entstehen kann, daß der Wirtschaftende von einer bestehenden Verwendungsmöglichkeit nichts weiß. Wieweit solche Fälle vorkommen, ist im wesentlichen eine Frage der Organisation der Wirtschaft. Aber es besteht noch eine andere, viel größere Schwierigkeit: Die Verwendungsmöglichkeit begründet zuweilen erst das Bedürfnis. Wenn ich etwa beim Vorübergehen in einer Auslage einen Spazierstock sehe, der mir besonders gefällt, und ihn kaufe, obwohl ich einen anderen habe, dann kann ich wohl kaum sagen, daß das Bedürfnis nach diesem Spazierstock schon irgendwie bestanden hat. Denn ich war mit meinem alten Spazierstock durchaus zufrieden und habe niemals daran gedacht, mir einen anderen zu kaufen.

Der Versuch, hier ein Bedürfnis zu konstruieren, „schöne Sachen kaufen zu wollen“, wäre wohl wenig fruchtbar. Diese Schwierigkeit wird deshalb so häufig übersehen, weil man bei den Beispielen, die in solchen

Auseinandersetzungen gemeiniglich verwendet werden, wie Hunger, Durst usw., solche Fälle eher vernachlässigen kann als bei spezifischeren Bedürfnissen.

Wir müssen jetzt eine Frage näher untersuchen, die wir bisher übergehen konnten: In welcher Beziehung steht das Prinzip des Grenznutzens zur subjektiven Theorie, und welches ist sein logischer Charakter? Die erste Frage ist: Sagt es etwas über einen empirischen Sachverhalt aus oder nicht? Sehen wir näher zu. Das Prinzip besagt: Verfügt ein Individuum über mehrere Teileinheiten eines Gutes und ist es in der Lage, mit diesen Einheiten verschiedene Verwendungen durchzuführen, denen es verschiedene Wichtigkeit beimißt, dann wird es bei Wegfall einer Einheit diejenige Verwendung unterlassen, der es die geringste Wichtigkeit beimißt<sup>10</sup>. In dieser Form, das unterliegt keinem Zweifel, ist es keine Aussage über einen empirischen Sachverhalt: Weil es durch die Erfahrung nicht überprüfbar ist; denn welche Verwendung immer bei Ausfall einer Teileinheit unterbleiben mag, sie kann als Grenzverwendung bezeichnet werden. Obwohl also das Grenznutzenprinzip seiner grammatikalischen Form nach ein Gesetz zu sein scheint, ist es kein Gesetz, sondern es ist ganz wie die Bedürfnisordnung, mit der es im Zusammenhang steht, eine Definition. Die Frage ist also nicht mehr, ob das „Gesetz vom Grenznutzen“ richtig ist, sondern nur mehr, ob der „Grenznutzen“ eine brauchbare Definition ist.

Wir haben also nach dem heuristischen Wert dieser Definitionen zu fragen. Eine Definition in dem hier verstandenen Sinn ist das Übereinkommen, für gewisse Sachverhalte einen bestimmten Namen zu gebrauchen. Zweckmäßig ist sie dann, wenn die festgestellten Kennzeichen dieses Begriffes relativ konstant sind oder aber die Gesetzmäßigkeit in der Veränderung dieser Koeffizienten feststellbar ist.

Wir wollen das an einem Beispiel aus der Physik erörtern. Das „Schwerefeld der Erde“ ist so eine Definition, und ihre Zweckmäßigkeit ist darin begründet, daß die festgestellten Maßzahlen, die Schwerebeschleunigung, in angebbaren Grenzen örtlich und in sehr weiten Grenzen zeitlich konstant sind. Würde die Beschleunigung dauernd und an allen Orten ihre Größe wechseln, hätte die Definition wenig Zweck.

---

<sup>10</sup> Die weitere Folgerung, daß etwa daher der „Wert“ einer Einheit durch die Wichtigkeit dieser letzten Verwendung bestimmt ist, können wir außer acht lassen, denn sie fügt dem Gesagten nichts Neues hinzu und ist lediglich eine andere Ausdrucksform. (Vgl. Strigl, Kategorien. S. 125.) Früher einmal lag das Schwergewicht auf dem Nutzen bzw. seiner Größe, den diese Grenzverwendung stiftet. Aus dieser Zeit stammt der Name. Es genügt jedoch vollständig, daß die Grenzverwendung selbst dadurch bezeichnet ist bzw. der Preis, der für diese Verwendungsmöglichkeit gezahlt wird.



Für den anderen Fall, wo gerade die Veränderung interessiert, ist der Barometerstand ein Beispiel.

Was bedeutet das für den Grenznutzen, die Bedürfnisse und die Verwendungsmöglichkeiten, worin liegt die Zweckmäßigkeit dieser Begriffe, das ist die Frage. Um sie zu beantworten, wollen wir nunmehr versuchen, das Sachgebiet der subjektiven Theorie abzustecken und die Art ihrer Wirtschaftsgesetze klarzustellen, wobei wir jedoch vorweg eine Einschränkung machen, die hier nicht ausführlicher begründet werden soll: Wir betrachten lediglich den Erkenntniswert der subjektiven Theorie für eine Wirtschaft, in der es Preise gibt. Die Kritik ihrer Anwendung auf die Wirtschaft des isolierten Wirts würde uns in Erörterungen über den Wertbegriff verwickeln, die ohne Schaden für unsere weitere Untersuchung wegb bleiben können. Im übrigen können wir uns hier u. a. auf Marshall berufen, der ebenfalls die subjektive Theorie lediglich für eine Wirtschaft mit Preisen entwickelt<sup>11</sup>.

## Die Gesetze der subjektiven Theorie

Der Bestand von Preisen begründet eine spezifische Abhängigkeit der Wirtschaftshandlungen der einzelnen Individuen. Diese besonderen Zusammenhänge sind die Grundlage für die Brauchbarkeit der subjektiven Theorie. Die Handlungen der Wirtschaftssubjekte haben, sofern sie sich auf den Markt beziehen, einen gemeinsamen Nenner, der das Rechnen ermöglicht. Das ist die Grundlage der subjektiven Theorie. Denn indem in einer arbeitsteiligen Gesellschaft die Individuen durch Vermittlung des Marktes wirtschaften, stehen unter bestimmten Voraussetzungen ihre Wahlhandlungen, sofern sie sich auf Preise beziehen, in einem bestimmten Zusammenhang.

An zwei sogenannten Gesetzen, die man zum Gemeingut der subjektiven Theorie zählt, wollen wir unseren Gedankengang näher entwickeln. Als erstes wählen wir das sogenannte Preisgesetz, das angibt, auf welchem Punkt sich bei beiderseitiger Konkurrenz der Preis auf dem Markt festsetzt; als zweites das Gesetz, daß bei steigendem Preis eines Gutes die Nachfrage sinkt.

Das Preisgesetz lautet etwa: Haben auf einem Markt Käufer und Verkäufer für ein Gut bestimmte Preisschätzungen, dann ist der Preis dieses Gutes bestimmt durch die sogenannten Grenzpaare (Böhm-Bawerk). Nimmt man hinreichend viel Marktbesucher an, dann lassen sich Angebot und Nachfrage als stetige Funktionen darstellen, und der Preis ist durch den Schnittpunkt der beiden Kurven determiniert (Walras).

---

<sup>11</sup> Principles. London 1923. S. 33.

In diesem Preisgesetz sind eine Reihe von Bedingungen enthalten, die meist ausdrücklich angeführt oder im Begriff des Marktes enthalten sind. Zunächst die Voraussetzung, daß die Marktbesucher  $m$  Einheiten eines Gutes  $n$  Einheiten vorziehen, wenn  $m > n$ . Weiteres müssen die Marktbesucher eine vollständige Übersicht über den Markt haben und schließlich noch die beinahe selbstverständliche Voraussetzung der freien Verfügungsgewalt über die zu tauschenden Güter.

Formuliert man dieses Preisgesetz so, dann läßt sich unschwer zeigen, daß es kein Gesetz ist, wie der Begriff in der Naturwissenschaft verwendet wird. Es scheint es nur seiner grammatikalischen Form nach zu sein. Sein logischer Inhalt ist ein analytisches Urteil. Denn ein Gesetz gibt an, welche Umstände eintreten, wenn gewisse Bedingungen gegeben sind, und es ist ein wesentliches Erfordernis, daß dieses Gesetz durch die Erfahrung auf seine Richtigkeit nachgeprüft werden kann. Diese entscheidende Notwendigkeit kann aber das sogenannte Preisgesetz nicht erfüllen, denn es kann durch die Erfahrung weder bestätigt noch widerlegt werden. Die „Gesetze der Katallaktik gelten ausnahmslos überall, wo Tauschakte gesetzt werden“<sup>12</sup>. Das ist richtig, nur sind es eben keine Gesetze, sondern analytische Urteile. Ihr Ergebnis ist bereits in den Voraussetzungen enthalten, d. h. es fehlt der synthetische Charakter des Gesetzes<sup>13</sup>.

Ein Beispiel aus der Physik mag unseren Gedankengang erläutern: Der Weg eines Körpers beim freien Fall wird durch das Gesetz  $s = \frac{g}{2} t^2$  angegeben. Das heißt, es kann durch unsere Erfahrung geprüft werden, ob es richtig ist oder ob es etwa  $g^2 t$  lautet oder ähnlich. Nichts Derartiges ist beim sogenannten Preisgesetz möglich — es ist daher kein Gesetz. Und die scheinbare Exaktheit und Allgemeingültigkeit der Ergebnisse dieses Gesetzes klärt sich nun auf. Sie rührt daher, daß im Nachsatz nur steht, was im Vordersatz bereits enthalten ist.

Welches ist nun der Erkenntniswert dieser Tautologie, als die wir das „Preisgesetz“ erkannt haben? Die Frage läuft auf die andere hinaus: Welches ist der heuristische Wert der Definition des „idealen Marktes“, als dessen explizite Form sich das sogenannte Preisgesetz darstellt? Er liegt in der Tatsache begründet, daß die Märkte, die wir in der Erfahrung vorfinden, nahezu alle annähernd die Merkmale dieser Definition tragen.

<sup>12</sup> Mises, Soziologie usw. S. 482.

<sup>13</sup> Vgl. J. M. Clark: „Damit erledigt sich auch eine bestimmte Art von deduktiven Sätzen der theoretischen Ökonomie: namentlich diejenigen, die den Anspruch erheben, allgemeingültig zu sein, mit dem Erfolg, daß sie Tautologien werden, so daß sie grundsätzlich auf jedes beliebige menschliche Verhalten anwendbar sind.“ (The Socializing of Theoretical Economics, in „The Trend of Economics“. New York 1924. S. 76.)

Damit wird nun auch klar, in welcher Art sich dieses tautologische Preisgesetz als synthetisches Erfahrungsgesetz formulieren läßt. Wenn man es nämlich als Beschreibung der empirisch beobachtbaren Marktvorgänge auffaßt und die angeführten Kennzeichen (maximaler Tauschvorteil und Übersicht) nicht schon in den Begriff des Marktes einbezieht — dann ist es als Gesetz durch die Erfahrung überprüfbar. Seine Richtigkeit hängt dann davon ab, in welchem Maß der Markt diese Kennzeichen hat. Da es der subjektiven Theorie vorerst nicht auf diese Ergebnisse ankommt, begnügt sie sich zunächst mit der tautologischen Form, oder anders ausgedrückt: mit der Annahme des idealen Marktes. Doch bildet diese Frage kaum eine grundsätzliche Schwierigkeit, und es sind lediglich Erwägungen über die Zweckmäßigkeit, die sie entscheiden. In jedem Fall bewährt sich hier der Begriff der Bedürfnisse und die von ihm abgeleiteten Begriffe des Angebotes und der Nachfrage; nunmehr zeigt sich der heuristische Wert dieser Definitionen. Denn indem die konkreten Inhalte dieser Begriffe, also die Struktur der Bedürfnisordnung und der Inhalt von Angebot und Nachfrage, eine gewisse Konstanz aufweisen oder aber die Gesetze ihrer Veränderung bekannt sind, lassen sich mit ihrer Hilfe Preisgesetze darstellen.

Desgleichen liegt die Bedeutung des Grenznutzenprinzips in seiner Anwendung auf empirisch gefundene Bedürfnisordnungen oder Nachfrage- und Angebotsfunktionen. Das heißt, die Bedeutung der von der subjektiven Theorie entwickelten Begriffe liegt nicht etwa im „Wesen“ der Wirtschaftshandlung, sondern darin, daß diese Handlungen inhaltlich in einer bestimmten Weise gleichförmig sind und sich auf einen gemeinsamen Nenner, die Preise, beziehen.

In unserer Wirtschaft etwa sind solche Gleichförmigkeiten z. B. das Gossensche Gesetz und das Streben nach maximalem Tauschvorteil. Doch würde sich der heuristische Wert der Begriffe der subjektiven Theorie auch zeigen, wenn es statt dieser andere Gleichförmigkeiten gäbe. Wir werden weiter unten sehen, daß diese Erkenntnis unmittelbar zu dem Schluß führt, daß die Gesetze der subjektiven Theorie grundsätzlich statistischer Natur sein müssen, d. h. aufbauen auf dem sogenannten „Gesetz der großen Zahl“.

Wir werden diesen Gedanken später wieder aufnehmen und wenden uns nunmehr unserem zweiten Beispiel zu, dem Gesetz, daß die Menge der nachgefragten Einheiten eines Gutes bei steigendem Preis sinkt. Hier ist der Unterschied zum vorigen Beispiel ganz deutlich. Dieses Gesetz ist ohne weiteres durch die Erfahrung überprüfbar. Es ist eine Aussage über die Struktur einer Nachfragefunktion.

Wir haben gerade diese zwei Beispiele gewählt, weil unseres Erachtens

alle Sätze der subjektiven Theorie sich in diese beiden Gruppen einordnen lassen. Es ist dann eine Frage der Terminologie, ob man nur die eine Gruppe von Sätzen — die man in der Regel tautologisch formuliert — zur subjektiven Theorie rechnen will<sup>14</sup>.

Die Zurechnungstheorie — mit der wir uns später etwas ausführlicher beschäftigen werden — gehört in ihrer heutigen Form zu den tautologischen Sätzen. Auch hier liegt die entscheidende Leistung nicht in der Auflösung, sondern im Ansatz der Gleichungen<sup>15</sup>. Die Ertragsgesetze enthalten zumeist Bestandteile aus beiden Gruppen. Das Gesetz vom abnehmendem Ertrag gehört, soweit es einen technischen Inhalt hat<sup>16</sup>, zu den Naturgesetzen — ein anderer Teil ist nichts als eine tautologische Ableitung aus einer bestimmten Struktur von Nachfrage und Kostenkurven.

Das Gossensche Gesetz ist ein Erfahrungsgesetz, dessen große Bedeutung darin liegt, daß es für nahezu alle Bedürfnisse gilt. Daß es nicht ausnahmslos gilt, beweist nur seinen Charakter als Erfahrungsgesetz. Und es ist nur ein Mißverständnis, wenn man glaubt, nachweisen zu müssen, daß das Gossensche Gesetz ausnahmslos für alle Bedürfnisse gilt, die eine stückweise Befriedigung zulassen<sup>17</sup>.

Oder ein anderes Beispiel: Die berühmte Prognose der Schweinepreise des deutschen Institutes für Konjunkturforschung sieht so aus<sup>19</sup>: Man fand, daß ein bestimmter Zusammenhang zwischen den Futterpreisen und dem Angebot an Schweinen bzw. dem Schweinepreis achtzehn Monate später besteht. Nämlich niedrigen Futterpreisen entsprach ein hohes Angebot und umgekehrt. Die Frist von achtzehn Monaten setzt sich aus der Zeit der Aufzucht und einer gewissen Wartezeit nach der Futterpreisänderung zusammen.

Bei der Beschreibung dieses Zusammenhanges finden sich keinerlei tautologische Aussagen mehr; hier ist der Begriff des Marktes aufgelöst, so, wie wir es oben angedeutet haben. Trotzdem lassen sich unsere beiden Gruppen von Aussagen unterscheiden, wenngleich sie jetzt beide in der Gestalt von empirischen Gesetzen auftreten. Auf der einen Seite die Aufdeckung der Ursachen, die für die Preisschätzungen der Verkäufer be-

---

<sup>14</sup> Mises ist dieser Ansicht (Soziologie usw. S. 507). Bei näherem Zusehen auch Strigl, obzwar er wiederholt von der Analogie mit Naturgesetzen spricht. In Wirklichkeit will auch er die theoretische Ökonomie auf die Preisgesetze im engeren Sinn beschränken. (Vgl. auch Strigl, Änderungen in den Daten der Wirtschaft. Jahrb. f. N. u. St. III. Folge. Bd. 73.)

<sup>15</sup> Vgl. Kaufmann, Logik usw. S. 653.

<sup>16</sup> Vgl. Weiß, Abnehmender Ertrag. Hdwb. d. Staatsw.

<sup>17</sup> Vgl. Mayer, Art. „Bedürfnis“. Hdwb. d. Staatsw.

<sup>19</sup> Arthur Hanau, Die Prognose der Schweinepreise. Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Sonderheft 7. Berlin 1928.

stimmend sind, und auf der anderen Seite Aussagen über die Struktur des Schweinemarktes, d. h. über die Preisgesetze im engeren Sinn.

Wir wollen nun versuchen, einen Schluß aus dem bisher Angeführten zu ziehen, der unserer eigentlichen Aufgabe, die Beziehung zu den marxistischen Gesetzen darzustellen, näher bringt.

## Die statistische Natur von Wirtschaftsgesetzen

Es wird auf der einen Seite vielfach behauptet, daß ein Vorzug der subjektiven Theorie in der exakten Ableitbarkeit ihrer Ergebnisse bestünde — wir haben den Grund dieses Vorzugs eben dargelegt —, und es wird andererseits den marxistischen Gesetzen zum Vorwurf gemacht, daß sie keine „richtigen“ Gesetze seien, sondern lediglich mehr oder weniger häufige Regelmäßigkeiten oder Tendenzen. Wir wollen ein Beispiel solcher marxistischer Wirtschaftsgesetze anführen, wobei es uns zunächst nicht darauf ankommt, daß es wahr ist, und schon gar nicht, daß man mit dem Namen „Wirtschafts“gesetz einverstanden ist.

Wenn die industrielle Großerzeugung auf kapitalistischer Grundlage in ein Land einzieht, das eine feudale Agrarverfassung hat, dann werden im Laufe der Zeit Kräfte erwachen, die mit mehr oder weniger Erfolg auf eine Beseitigung dieser Agrarverfassung drängen und den Boden den Bauern selbst ins Eigentum übertragen wollen.

Diesem marxistischen Gesetz kann man ohne weiteres die Form eines statistischen Gesetzes geben, denn eine Tendenz ist nichts anderes als die Wahrscheinlichkeit, daß einem mehr oder weniger genau bekannten Bruchteil der Ereignisse von der Klasse  $a$  der Zustand  $b$  folgt.

Es läßt sich nun zeigen, etwa am Beispiel des Preisgesetzes, daß auch die Wirtschaftsgesetze der subjektiven Theorie grundsätzlich rein statistischer Natur sind, also keineswegs eindeutige Ergebnisse liefern.

Wir erinnern uns, daß die Aussage: Wenn Nachfrage und Angebot eine bestimmte Struktur haben, ist der Preis determiniert — implizite die Aussage enthält: Nachfrage und Angebot haben diese bestimmte Struktur. Die Frage ist nun, welcher Art die Aussagen über diese Funktionen sein können? Wohl ist es denk möglich, daß eine Theorie des Verhaltens einmal imstande sein könnte, für alle Zukunft den Wirtschaftsplan jedes Individuums genau vorhersagen zu können. Doch ist das eine praktisch unlösbare Aufgabe, wenn man erwägt, daß ein plötzlicher Regen das Bügeln der Hose notwendig machen kann und eine Magenverstimmung das Eßbedürfnis wesentlich einschränkt. Es gibt Menschen, deren Wirtschaftsplan geändert wird, wenn ihnen eine Katze über den Weg läuft.

Die Schwierigkeit ist eine doppelte: Man muß erstens alle Gesetze des menschlichen Verhaltens kennen — also wissen, wie und auf wen über den Weg laufende Katzen wirken — und andererseits die Daten aller dieser Gesetze zur Verfügung haben, d. h. den genauen Weg der Katzen und der Individuen, die durch sie beeinflusst werden.

Aber die Unmöglichkeit, diese Schwierigkeiten zu überwinden, hindert nicht die Auffindung von Preisgesetzen. Denn für diese sind die individuellen Bedingungen weitgehend gleichgültig. Ein Beispiel: Ob und wann sich Fritz ein Fahrrad kauft, hängt von tausend Umständen ab: ob sein Vater ihm Geld gibt, ob er gern Rad fährt, wann er Geburtstag hat usw. Die Voraussage: Fritz wird sich am soundsovielten ein Rad kaufen, ist nur möglich, wenn man ausnahmslos alle in Betracht kommenden Motive kennt und ihre Wirkungen vorhersagen kann. Aber obwohl die Gründe, die dazu führen, daß Fritz ein Rad bekommt, praktisch zahllos sind, so daß man sie nicht verfolgen kann, so lassen sich trotz dieser Schwierigkeit Gesetze über das Kaufen von Fahrrädern aufstellen, und zwar statistische Gesetze — nicht gültig für Fritz oder Franz, sondern nur für hinreichend große Gruppen von Menschen.

Um ein bekanntes Beispiel aus einem anderen Gebiet zu nehmen: Es ist nahezu völlig ausgeschlossen, anzugeben, bei welchem Höchstpunkt des Brotpreises ein bestimmter Mensch stehlen wird. Aber es besteht ein auffallender statistischer Zusammenhang zwischen Brotpreis und Häufigkeit der Diebstähle in einem größeren Gebiet, d. h. einem bestimmten Brotpreis entspricht jeweils eine sehr bestimmte Zahl von Diebstählen<sup>20</sup>. Der Grund für das Bestehen solcher statistischer Gesetze liegt in der eigentümlichen Ordnung unserer Welt: Während es nämlich grundsätzlich unmöglich ist, bei Franz oder Fritz anzugeben, welches die „Ursache“ für das Kaufen des Fahrrades war, weil eben das Kaufen eine Funktion von unzählbaren Umständen ist, die zusammentreffen müssen — lassen sich für das Kollektiv „Ursachen“ in dem Sinn angeben, daß gewisse Umstände, die dem Kaufen von Fahrrädern vorangehen, innerhalb des Kollektivs eine größere Häufigkeit zeigen als andere. Das heißt, während für Fritz das Vorübergehen an dem Fahrradgeschäft in der X-Straße ganz ebenso eine Ursache ist wie seine sportliche Leidenschaft und die gute Vermögenslage seines Vaters, zeigt es sich innerhalb des Kollektivs aller Zwanzigjährigen, daß zwar Freude am Sport und ein wohlhabender Vater nahezu regelmäßige Voraussetzungen für das Kaufen sind, nicht aber das Vorübergehen am Radgeschäft. In diesem

---

<sup>20</sup> Vgl. z. B. Aschaffenburg, Das Verbrechen und seine Bekämpfung. Heidelberg 1923. S. 122.

statistischen Sinn und nur in diesem Sinn kann man bestimmte Ursachen aus der Kette der unzähligen, die das Handeln der Individuen bestimmen, herausgreifen<sup>21</sup>. Diese statistischen Ursachen ergeben in ihrer Gesamtheit die Struktur des soziologischen Geschehens an. Ein Ausschnitt dieses Geschehens — die Preisbildung — ist Gegenstand der subjektiven Theorie.

Aber — und das ist das erste Argument dafür, warum die Kenntnis der individuellen Bestimmungsgründe des Handelns für die Preisgesetze nicht nötig ist — die Nationalökonomie interessiert sich überhaupt nicht dafür, ob gerade Fritz oder Franz sich das Fahrrad kauft. Es ist für sie, will sie die Nachfrage nach Fahrrädern feststellen, völlig gleichgültig, ob es Fritz oder Franz ist<sup>22</sup>.

Dazu kommt noch ein zweiter Grund, warum statistische Gesetze ausreichen: Für die Preisbildung in einem hinreichend großen Kollektiv haben nämlich die individuellen Verschiebungen, auch wenn sie einander nicht im Durchschnitt ausgleichen, nur einen geringfügigen Einfluß, den man ohne weiteres vernachlässigen kann.

Noch ein dritter Grund ist hier anzuführen, und er sei an einem Beispiel erörtert. Ein Individuum kauft in der Regel nur ein Fahrrad in einem bestimmten Zeitraum. Das Kollektiv hat jedoch eine ständige, sozusagen kontinuierliche Nachfrage. Das heißt, der Begriff „Nachfrage nach Fahrrädern“ ist überhaupt nur sinnvoll, wenn er auf ein Kollektiv angewendet wird. Und die meisten Begriffe der Preistheorie sind von dieser Art.

Übrigens hat schon Jevons die notwendig statistische Natur der Wirtschaftsgesetze klar erkannt. „Indessen ist es praktisch ganz unmöglich, die Wirkung allgemeiner Gesetze... in der Handlung einer oder einiger weniger Personen aufzudecken. Die... Bedingungen sind so zahlreich, ... daß die analytische Macht der Wissenschaft ihnen nicht gewachsen ist... Erst wenn wir den mittleren Zuckerverbrauch einer zahlreichen Bevölkerung betrachten... ergäbe sich ein... regelmäßiges Gesetz... Die Anwendung eines Mittels oder, was dasselbe ist, eines Häufungsergebnisses beruht auf der hohen Wahrscheinlichkeit, daß die zufälligen und störenden Ursachen im langen Verlauf ebensooft in der einen wie in der anderen Richtung wirksam werden, so daß sie einander aufheben... Demgemäß können Fragen, welche mit Beziehung auf Einzelpersonen ganz unbe-

<sup>21</sup> Vgl. Paul Lazarsfeld, *Jugend und Beruf*. Leipzig 1931. S. 28ff.

<sup>22</sup> Vgl. Pareto, *Manuel*. S. 148. — „Wird diese Person heute diese bestimmte Perle kaufen oder nicht? Das ist vielleicht ein psychologisches Problem, aber sicher keines der Nationalökonomie. Wie viele Perlen werden durchschnittlich im Monat, im Jahr in England verkauft? Das ist ein Problem der Nationalökonomie.“

stimmbar scheinen, oder es vielleicht auch wirklich sind (!), eine genaue... Lösung bei großen Massen und weiten Durchschnitten zulassen.“<sup>23</sup>

Zusammenfassend kann man, das Einsteinsche Wort über die Mathematik variierend, sagen: Soweit die subjektive Theorie eindeutig bestimmte Ergebnisse liefert, sagt sie nichts über die Wirklichkeit aus — sofern sie Aussagen über die Wirklichkeit macht, müssen diese statistischer Natur sein<sup>24</sup>.

Fassen wir die bisherige Darstellung kurz zusammen: Die tautologischen Sätze der subjektiven Theorie erhalten Erkenntniswert erst, wenn man sie in empirisch gefundene Bedürfnisordnungen oder aus diesen abgeleitete Funktionen einsetzt. Die Aussagen über diese Funktionen sind grundsätzlich statistischer Natur. Das soll jetzt am Beispiel der Zurechnungslehre, die zu den bedeutsamsten Leistungen der subjektiven Theorie gehört, kurz erörtert werden.

## Zur Zurechnungstheorie

Die Zurechnungstheorie bestimmt die Preise der Güter höherer Ordnung und bildet so die Grundlage für die Theorie der Verteilung<sup>25</sup>. Man unterscheidet die Gesetze der funktionellen Zurechnung, die angeben, wie hoch der Preis einer Einheit Arbeit, Kapital und Boden ist, und das Ergebnis der personellen Zurechnung hängt davon ab, wie viele Einheiten Arbeit, Kapital usw. die einzelnen Wirtschaftssubjekte beigesteuert haben; eine einfache Multiplikation gibt dann das Einkommen an.

Es läßt sich kaum leugnen, daß die Zurechnungstheorie heute noch nicht im entferntesten die Grundlage einer Einkommenstheorie bilden kann. Wir werden gleich die Ursache hiervon sehen: Die Problemstellung, von der die Zurechnungstheorie heute ebenso wie in ihren Anfängen ausgeht, ist folgende: Wenn die Nachfrage nach Genußgütern und ein bestimmter Vorrat der hierzu nötigen Güter höherer Ordnung gegeben sind — wie hoch ist der Preis dieser Produktionsgüter? Man geht also aus von einer Struktur der Nachfrage, die inhaltlich nicht konkret bestimmt wird. Daraus folgt nach dem oben Gesagten, daß die so gefundenen Ge-

<sup>23</sup> The Theorie of Political Economy. London 1871. S. 22. — Ganz ähnlicher Ansicht ist auch Marshall (Principles. S. 31ff.). Neuerdings hat eine Reihe von amerikanischen Gelehrten diesen Standpunkt weiter ausgeführt. So insbesondere F. C. Mills, Our Measurement in Economics, in „The Trend of Economics“. New York 1924.

<sup>24</sup> Vgl. die ausführliche Diskussion über den Begriff des statistischen Gesetzes auf der 1. Tagung für Erkenntnislehre der exakten Wissenschaften in Prag 1929. Der Bericht ist als Blatt 1, H. 2—4, der „Erkenntnis“ erschienen. Vgl. auch die dort angegebene Literatur.

<sup>25</sup> Vgl. Mayer, Art. Zurechnung. Hdwb. d. Staatsw.



setze tautologischer Natur sein müssen. Dieser Umstand wird jedoch im allgemeinen überhaupt nicht beachtet und hat zu großen Mißverständnissen geführt.

Aber die Problemstellung selbst ist nicht immer zweckmäßig, denn es hängt nicht nur, was selbstverständlich ist, das Ergebnis der funktionellen Zurechnung von der Struktur der Nachfrage ab, sondern, was nicht weniger bedeutsam ist, auch die angebotene Menge eines wichtigen Gutes höherer Ordnung — nämlich der Arbeit. Dies soll kurz erläutert werden: Während Boden und produzierte Produktionsmittel in bestimmten Mengen gegeben sind, die durch den erzielten Preis nahezu nicht variiert werden, ist das mit der Arbeit anders. Je höher der erzielbare Preis ist, desto mehr Arbeit wird im allgemeinen vorhanden sein. Der Grund ist ein sehr einfacher: Während nämlich die Hingabe von Boden auch zu einem minimalen Preis noch ein gewinnbringender Tausch ist, ist die Grenze für die Arbeit durch die Arbeitsunlust, die disutility, gezogen. Das heißt, es wird zwar stets der gesamte vorhandene Vorrat an Boden angeboten, die Menge Arbeit, die auf den Markt kommt, hängt aber in der Regel von dem für sie gezahlten Preis ab. Freilich wird es wiederholt vorkommen, daß diese Grenze so niedrig ist, daß man diese ganze Erwägung vernachlässigen kann. Wenn nämlich der Arbeiter, um zu leben, zu jedem praktisch in Betracht kommenden Preis seine Arbeit hergibt, dann ist kein Unterschied zwischen Arbeit und Boden. Aber es lassen sich Einkommensverteilungen denken, wo die angebotene Menge Arbeit selbst eine Funktion des Preises ist, der zu errechnen ist, also nicht unter allen Umständen als gegeben angenommen werden darf. Nehmen wir aber immerhin an, daß die Menge der Güter höherer Ordnung gegeben ist. Wie steht es dann? Das ist die entscheidende Frage: Wie sehen die Bedürfnisordnungen, bzw. wie sieht die Struktur der Nachfrage nach Konsumgütern aus? Viele Faktoren bestimmen die Nachfrage, aber nimmt man an, daß die Menschen einer bestimmten, enger begrenzten Kulturgemeinschaft im wesentlichen keine zu großen Unterschiede in biologischer Hinsicht aufweisen, dann fällt ein Faktor von überragender Wichtigkeit in die Augen: die Verschiedenheit der Kaufkraft. Um das oben Gesagte anzuwenden — aus den unzähligen Bestimmungsgründen für die Bereitwilligkeit, einen bestimmten Preis für ein Gut zu zahlen, fällt bei statistischer Betrachtung des Kollektivs einer vor allen anderen auf — eben die Kaufkraft. Da nun die Kaufkraft im wesentlichen abhängt vom Güterbesitz der Wirtschaftssubjekte, so ist letzten Endes das Ergebnis der funktionalen Zurechnung abhängig von der vorgegebenen Aufteilung der Güter unter die Wirtschaftssubjekte.

Das hat folgende Bedeutung für die Zurechnungs- bzw. die Ver-

teilungstheorie: Das Einkommen, das einer bezieht, ist nicht nur in dem Sinn abhängig von der ursprünglichen Verteilung der Güter, daß er durch Multiplikationen mit dem Grenzertrag der beigesteuerten Produktivgüter ermittelt werden kann, sondern noch in einer zweiten, viel entscheidenderen Richtung: Die Höhe des Grenzertrages der Produktivgüter selbst, also die Höhe des Zinses, der Bodenpreise und des Lohnes hängen weitgehend ab von der ursprünglichen Verteilung der Güter unter die Wirtschaftssubjekte, wobei es hier vor allem auf die großen Unterschiede in der Verteilung ankommt — um das marxistische Wort zu gebrauchen —, auf die klassenmäßige Verteilung der Kaufkraft<sup>26</sup>. Für Marx war das „Monopol an den Produktionsmitteln“ das Kennzeichen der kapitalistischen Verteilung. Das hat vernünftigerweise nichts mit dem modernen Monopolbegriff zu tun, sondern will lediglich besagen: Es gibt, im großen gesehen, zwei Klassen, die eine hat alle produzierten Produktionsmittel und den Boden zur Verfügung — die andere muß, da sie nichts dergleichen hat, vom Verkauf ihrer Arbeit leben. Wenn nun Marx sagt, daß die Einkommensbildung in der kapitalistischen Gesellschaft abhängig ist von dieser Klassenbildung, dann sollte das mehr bedeuten, als: wer mehr Kapital oder Boden hat, erhält ein größeres Einkommen; Marx hat eben mit Hilfe der Arbeitswertlehre beweisen wollen, daß die Höhe des Lohnes, Zinses usw. selbst abhängig ist von dieser ursprünglichen Klassenbildung<sup>27</sup>. Wir glauben, daß dieser entscheidende Marxsche Gedankengang gerade durch die subjektive Theorie seine exakte Formulierung erhalten kann.

Danach sieht das System der Verteilungstheorie so aus: Ausgangspunkt

---

<sup>26</sup> Wie wenig die subjektive Theorie vorläufig diese Zusammenhänge beachtet, zeigt sich auch daran, daß anläßlich einer Polemik gegen Stolzmann der Versuch gemacht wurde, nachzuweisen, daß die Ergebnisse der funktionellen Zurechnung in keiner Weise (!) von der Verteilung abhängen. (R. v. Gnechten, Der Einfluß der personellen Verteilung auf die funktionale Zurechnung. Ztschr. f. Vw. u. Sozp. 1927.) — Der Fehler dieser Beweisführung liegt erstens darin, daß das Kombinationsverhältnis der Produktionsfaktoren als technische, konstante Größe anstatt vom Preis dieser Faktoren abhängig angenommen wird, und zweitens darin, daß wohl auf die geänderte Verteilung der Produktionsgüter, nicht aber auf die dadurch bewirkte Verschiebung der Kaufkraft Rücksicht genommen wird. — Vgl. auch die sehr bedenkliche Stelle bei Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals, Bd. I, S. 572f.

<sup>27</sup> „Nachfrage und Zufuhr . . . unterstellen die Existenz verschiedener Klassen und Klassenabteilungen, welche die Gesamtsumme des gesellschaftlichen Gutes unter sich verteilen und die Revenue unter sich konsumieren, die also von der Revenue gebildete Nachfrage bilden.“ (Kapital. III/1. S. 174.) — Nachfrage ist „wesentlich bedingt durch das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander und durch ihre respektive ökonomische Position . . . und so zeigt sich auch hier wieder, wie absolut nichts aus dem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden kann, bevor die Basis entwickelt ist, worauf dieses Verhältnis spielt.“ (Kapital. III/1. S. 160.)

ist die ökonomische Klassenbildung, die vorgegebene Aufteilung der Produktionsgüter. Sie ist entscheidend für die Höhe von Zins, Lohn und Rente, d. h. für das Ergebnis der funktionalen Zurechnung. Die personale Zurechnung gibt dann, indem hier die ursprüngliche Aufteilung der Produktionsmittel ein zweites Mal in den Preiszusammenhang eintritt, das Einkommen an.

Das System der Gesetze, das das Einkommen der Klassen und Klassengruppen im Kapitalismus als Funktionen der ursprünglichen Verteilung ableitet, würden wir Sozialisten die Theorie der Ausbeutung nennen<sup>28</sup>.

Wir fassen zusammen: Die Zurechnungstheorie wird heute eingeschränkt lediglich auf den oben angedeuteten Bereich. Sie hat „die bloß relative Bedeutung der Produktionsmittel im Verhältnis zueinander ausgedrückt in den Grenzrelationen der letztverwandten Teilmengen“<sup>29</sup>.

Die Theorie könnte erweitert werden, indem sie bereits auf konkrete, typische Nachfragefunktionen angewendet wird. Sie müßte so für die kapitalistische Gesellschaft, zu einer Theorie der Ausbeutung werden. Marx schrieb einmal: „Die jedesmalige Verteilung von Konsumtionsmitteln ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Sind die Elemente der Produktion — verteilt, so ergibt sich von selbst die — Verteilung der Konsumtionsmittel ... Der Vulgärsozialismus ... hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten ...“<sup>30</sup>. Es ist das ein ähnlicher Vorwurf wie der, den wir gegen die Zurechnungstheorie erhoben haben. Sie betrachtet lediglich die formalen Gesetze der Verteilung und hat es bisher versäumt, sie im Zusammenhang mit der typischen Klassenbildung des Kapitalismus zu erörtern. Ganz im Gegenteil wird

---

<sup>28</sup> Es werde bei dieser Gelegenheit versucht, ein häufiges Mißverständnis aufzuklären. Mit „Ausbeutung“ hat Marx zunächst nichts anderes bezeichnen wollen, als die Einrichtung einer Gesellschaft, einer bestimmten Gruppe aus dem Titel des Privateigentums an Produktionsmitteln regelmäßiges, arbeitsloses Einkommen zu sichern. Alle Versuche, die Ausbeutung zu widerlegen, indem man die Arbeitswertlehre kritisiert, gehen daneben: Denn die Ausbeutung in diesem Sinn ist unmittelbar evident, und es ist eine Frage zweiter Ordnung, ob die Arbeitswertlehre eine Theorie dieser Ausbeutung liefern kann.

<sup>29</sup> Mayer, Art. Zurechnung. Hdwb. d. Staatsw. — In diesem Problemkreis ist sowohl die formale, als auch die materielle Zurechnungstheorie (Mayer) eingeschlossen.

<sup>30</sup> Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. — Wie sehr dieser Gedanke eine Kritik an der Zurechnungstheorie vorwegnimmt, zeigt eine dem Sinne nach fast gleiche Stelle bei Schumpeter: „Es liegt auf der Hand, daß die ‚Verteilung‘ darüber entscheidet, was und wie produziert wird, denn von ihr hängt ja das Einkommen, mithin die Nachfragefähigkeit der Wirtschaftssubjekte ab. Es liegt aber ebenso auf der Hand, daß die Produktionsverhältnisse ihrerseits die ‚Verteilung‘ bestimmen ...“ (Das Grundprinzip der Verteilungstheorie. Arch. f. Sozw. Bd. 42. 1916/17.)

gerade die Zurechnungstheorie immer wieder zu mehr oder weniger verdeckter Apologetik des Kapitalismus mißbraucht. Es war Clark, der damit begonnen hat<sup>31</sup>. Aber obwohl die moderne Theorie Clark hier die Anerkennung verweigert, finden sich ähnliche Gedankengänge auch bei anderen Autoren<sup>32</sup> etwa in dem Sinn: Die Zurechnungsgesetze bestimmen jedem Wirtschaftssubjekt den Anteil am Sozialprodukt, der auf die von ihm geleisteten Dienste entfällt, wobei jedoch diese Entlohnung auch als gerecht bezeichnet wird<sup>33</sup>.

Andere Autoren fügen noch hinzu, daß ganz allgemein das Ergebnis der funktionalen Zurechnung für eine Wirtschaft, die sich im sogenannten natürlichen Gleichgewicht befindet, irgendwie einem volkswirtschaftlichen Optimum entspräche. Von diesem verfehlten Ansatz nimmt der ökonomische Liberalismus seinen Ausgang, der im wesentlichen von folgender Position aus zu kritisieren ist<sup>34</sup>: Wohl gibt es für bestimmte Daten, unter denen die Verteilung der Kaufkraft das Wichtigste ist, jeweils einen Gleichgewichtszustand, der durch gewisse Merkmale ausgezeichnet ist. Da aber sich für jede Konstellation der Daten ein neuer Gleichgewichtszustand ergibt, kann die liberale Theorie wohl Aussagen machen über die Erreichung und Störung dieses Gleichgewichts, niemals aber über die diesem Gleichgewicht zugrundeliegenden Daten. Das heißt, über alle „Interventionen“, die die Daten ändern, auf Grund deren sich das Gleichgewicht einstellt, kann die subjektive Theorie grundsätzlich nichts aussagen. So kann sie z. B. Steuern bloß insofern kritisieren, als sie die Erreichung des Gleichgewichtes stören, nicht aber insofern sie eine Verschiebung der Kaufkraft veranlassen. Das ist in jedem einzelnen Falle eine schwierige Untersuchung, denn zumeist wird jede Steuer eine Verschiebung der Kaufkraft und zugleich eine direkte Umleitung von Produktionsmitteln bewirken.

Es würde zu weit führen, den hier angedeuteten Gedankengang weiterzuentwickeln; dies soll einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben. In unserem Zusammenhang ist jedoch die Feststellung wichtig, daß der ökonomische Liberalismus sich zu Unrecht auf die subjektive Theorie beruft, wenn er die Unzweckmäßigkeit von Eingriffen nachweisen will,

<sup>31</sup> The Distribution of Wealth. S. 3 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Cassel, Theoretische Nationalökonomie. Erlangen 1923. S. 294 ff.

<sup>33</sup> Vgl. dagegen Schumpeter: „... die Frage des ‚gerechten‘ Lohnes wird immer wieder mit der des ‚natürlichen‘ vermengt... Das ist ganz unhaltbar.“ (Wesen usw. S. 317.) — In diesem Sinn auch Landauer: „Was am Zins durch die ganze Theorie Böhm-Bawerks... nicht gerechtfertigt werden kann, das... ist eine Eigenschaft, Quelle privaten, arbeitslosen Einkommens zu sein...“ (Grundprobleme der funktionalen Verteilung des Wirtschaftswertes. Jena 1923. S. 28.)

<sup>34</sup> Wir werden später noch eine zweite solche Position finden.

die auf eine „Datenänderung“ abzielen, also vor allem die Interventionen, die eine Verschiebung der Kaufkraft erreichen wollen. Wir meinen hier vor allem die grundsätzliche Polemik gegen die Sozialpolitik<sup>35</sup>.

## Einordnung in die Gesamtwissenschaft

Wir kommen nunmehr zum letzten Teil unserer Untersuchung, wo wir versuchen wollen, die marxistischen Gesetze und die der subjektiven Theorie einzuordnen in den Bereich der Gesamtwissenschaft. Wir haben eben am Beispiel der Verteilungstheorie gezeigt, wie ein sehr bedeutsamer Teil der Marxschen Theorie, nämlich die Verteilungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft, erst durch die subjektive Theorie seine exakte Formulierung erhalten kann.

Ganz ähnlich steht es etwa mit dem Konzentrationsgesetz, das bei Marx in seinen Grundzügen angegeben wird. Erst mit Hilfe der subjektiven Theorie, nämlich aus der spezifischen Struktur von Kostenfunktionen der miteinander konkurrierenden Unternehmungen kann dieses Gesetz größtenteils abgeleitet werden.

Allgemein wollen wir behaupten, daß sich alle Marxschen Gesetze, soweit sie Preiszusammenhänge darstellen, durchwegs mit Hilfe der subjektiven Theorie formulieren lassen müssen und durch sie ihren einfachsten Ausdruck finden. Danach wäre der Zusammenhang dieser marxistischen Preisgesetze mit der subjektiven Theorie der folgende: Marx hat für die kapitalistische Wirtschaft eine Reihe von Preiszusammenhängen dargestellt; wir haben als Beispiel die Verteilungsgesetze angeführt, die das Einkommen der Klassen ableiten aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß, d. h. aus einer bestimmten klassenmäßigen Verteilung der Produktionsmittel. Wir haben als zweites Beispiel das Konzentrationsgesetz erwähnt. Marx hat diese Gesetze nur in groben Zügen dargelegt. Er hat die Tendenz zur Kapitalkonzentration festgestellt, die ihre Grundlage in der Überlegenheit des Großbetriebes hat. Er hat die Tendenzen der Ein-

---

<sup>35</sup> Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß die subjektive Theorie wiederholt den Versuch gemacht hat, die Unterschiede in der Kaufkraft irgendwie in ihr System einzubeziehen. Seinen Ausgang nimmt dieser Gedankengang vom Bernouillischen Theorem in der Steuertheorie und kehrt in den verschiedenen Formen wieder. Bei Marshall soll die Konsumentenrente diesen Dienst leisten. In der älteren österreichischen Schule in der Form, daß man sagte, die Nachfrage sei das Ergebnis von Wertschätzung der Ware einerseits und des Geldes andererseits; da nun das Geld um so höher geschätzt wird, je weniger einer davon hat, wird auf diesem Weg die Verschiedenheit der Kaufkraft berücksichtigt. Alle diese Versuche sind nach dem heutigen Stand der Theorie als gescheitert anzusehen, da, wie wir oben gezeigt haben, der „Wert“ nicht mehr als Größe anzusehen ist, womit zugleich ausgeschlossen ist, „Werte“ verschiedener Individuen miteinander zu vergleichen. Intersubjektiv vergleichbar sind bloß die Preise, aber ihr Zustandekommen ist ja gerade zu erklären.

kommensverteilung angegeben und ihre Abhängigkeit von der Klassenstruktur aufgezeigt. Aber obwohl Marx den Apparat, der diese Ergebnisse bewirkt, im großen richtig gesehen hat, — konnte er doch dessen elementaren Aufbau nicht darstellen. Durch zwei Jahrhunderte hat der Arbeitswertbegriff die Nationalökonomie zu großen Erfolgen geführt. Hier ist er ihr zum entscheidenden Hemmnis geworden. Deshalb hat Marx die Möglichkeit übersehen, diesen komplizierten Preismechanismus aus verhältnismäßig so einfachen Elementen aufzubauen, wie es das die subjektive Theorie versucht. Es ist ihre historische Leistung, daß sie die Denkmittel geliefert hat, diesen Preismechanismus zu beschreiben.

Wir sprachen bisher lediglich von Preisgesetzen, und für die subjektive Theorie umfassen diese tatsächlich das Sachgebiet der Wirtschaft. Nicht so für Marx; für ihn waren sie nur ein Teil des wirtschaftlichen Geschehens und dieses nur ein Glied in der Gesamtheit des sozialen Geschehens<sup>36</sup>.

Wir wollen für die weiteren Überlegungen zweckmäßigerweise zwei Gruppen von marxistischen Gesetzen unterscheiden: Die einen ordnen einem gegebenen Zustand der Produktionsverhältnisse ein bestimmtes Verhalten der unter diesen Verhältnissen lebenden Menschengruppen in kulturellen, religiösen, künstlerischen usw. Fragen zu. Das sind Zustandsgesetze, ihrem Aufbau nach vergleichbar dem physikalischen Gesetz, wonach einem bestimmten Druck eines gegebenen Gases, bei gleicher Temperatur, jeweils ein bestimmtes Volumen funktional zugeordnet ist. Es sind das die marxistischen Gesetze, die nicht ganz glücklich mit dem Schlagwort vom Unter- und Oberbau gekennzeichnet werden<sup>37</sup>.

Dann aber gibt es noch eine zweite Gruppe von marxistischen Gesetzen, die im Gegensatz zu den vorigen einen zeitlichen Ablauf beschreiben. Wir haben oben ein solches Gesetz angeführt und geben hier noch ein anderes Beispiel: Aus dem kapitalistischen Grundverhältnis (Industrie, die für den Markt erzeugt, und Klassenmonopol an den Produktionsmitteln), entwickelt sich ein Interessengegensatz der Klassen, der in der Folge ein bestimmtes Verhalten dieser Klassen determiniert. Zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht — etwa Klassensolidarität, Klassenkampf, bestimmte Formen dieses Kampfes und schließlich der Versuch des Proletariats, die Grundlagen der Wirtschaft zu ändern.

---

<sup>36</sup> Unter den subjektiven Theoretikern hat Strigl versucht, den Zusammenhang zwischen den Marxschen Gesetzen und der subjektiven Theorie näher zu untersuchen. Unser Lösungsversuch weicht allerdings von seinem ab. (Vgl. Kategorien usw. S. 158ff.: „Die materialistische Geschichtsauffassung als Versuch einer allgemeinen Theorie der Daten.“)

<sup>37</sup> Vgl. etwa Otto Bauer, Das Weltbild des Kapitalismus, in „Der lebendige Marxismus“. Jena 1927.

Da nun den jeweiligen Produktionsverhältnissen stets auch ein bestimmtes Verhalten in kulturellen, religiösen usw. Fragen zugeordnet ist — versucht demnach die marxistische Theorie das gesellschaftliche Geschehen in seiner Gesamtheit zu beschreiben.

Wir haben damit selbst den Einwand vorbereitet, daß dies eben das Wesen von soziologischen Gesetzen sei, und davon seien die Gesetze der Wirtschaft abzusondern: dies sei nun die Leistung der subjektiven Theorie.

Da wir einem Streit um Namen ausweichen wollen, ist jetzt nur ein Weg offen, diesem Einwand zu begegnen. Wir müssen prüfen, ob es zweckmäßig ist, die Preiserscheinungen gesondert abzuhandeln und ob es nicht aus verschiedenen Gründen ratsam sein könnte, diese strenge Isolierung in mancher Hinsicht aufzugeben, d. h.: das Sachgebiet der Wirtschaft weiterzufassen, als es die subjektive Theorie tut<sup>38</sup>. Folgende Gründe scheinen uns hierfür maßgebend: Auf der einen Seite haben diejenigen Faktoren, die die Daten der Preisbildung sind, zumeist eine Reihe anderer Wirkungen auf das soziale Geschehen, die mit den Mitteln der subjektiven Theorie nicht erfassbar sind. Ein Beispiel: Die wachsende Arbeitszerlegung im Produktionsprozesse hat eine bestimmte Wirkung auf die Preise der in diesen Industrien erzeugten Waren auf die Lohnhöhe usw. Diese Zusammenhänge beschreibt die subjektive Theorie. Die Arbeitszerlegung hat jedoch auch Folgen anderer Art: Etwa physiologische Wirkungen für den Arbeiter, wie raschere Ermüdung und Abnützung, was unter Umständen die Verwendungsart der Freizeit — und damit das ganze Leben des Arbeiters — einschneidend ändert. So kann das Ruhebedürfnis zunehmen und der Wunsch nach leichterer Unterhaltung (Radio, Kino usw.). Sieht man diese Wirkungen als Massenerscheinung der modernen Industriewirtschaft, dann ergeben sich tiefe Änderungen in der Gesamtstruktur der Gesellschaft. Und alle diese Veränderungen sind wiederum geänderte Daten für die Preisbildung der verschiedenen Güter (Wachsen der Radioindustrie, Theaterkrise usw.) und bilden so ein untrennbares Ganzes.

Sind so einerseits die Daten der Preisbildung miteinander aufs engste verknüpft — so gibt es auf der anderen Seite wichtige Zusammenhänge ähnlicher Art, die ebenfalls die subjektive Theorie transzendieren. Denn die von ihr abgeleiteten Preise und Einkommen haben Wirkungen auf die

---

<sup>38</sup> Wie weit zuweilen die Einschränkung des Begriffes der Wirtschaft geht, zeigt etwa die Definition Mengers, wonach die Arbeit des Lohnarbeiters nicht als wirtschaftliche Tätigkeit anzusehen ist. (Grundsätze. 2. Aufl. S. 63.) Mayer geht dann noch einen Schritt weiter und scheidet auch die Tätigkeit des Unternehmers aus dem Begriff der Wirtschaft aus. (Untersuchungen usw.)

Einkommensträger, die wiederum nunmehr eine „Datenänderung“ bedeuten. So verschiebt etwa die Erhöhung des Lebensstandards die Bedürfnisse der Menschen, so hat etwa eine Verringerung des Lohnsatzes eine Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit zur Folge<sup>39</sup>.

Nicht etwa, daß die subjektiven Theoretiker diese Zusammenhänge übersehen hätten, aber sie haben ihnen mit wenigen Ausnahmen nur ungenügend Rechnung getragen. Denn vergißt man für einen Augenblick die Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftswissenschaft und versucht als naiver Betrachter das Sachgebiet der Wirtschaft zweckmäßig abzugrenzen, dann wird es fast verwunderlich, daß man es auf die Preiserscheinungen einengen will<sup>40</sup>. Wenn es der letzte Sinn der theoretischen Ökonomie ist, uns Einsicht in den Wirtschaftsprozess und damit die Möglichkeit planmäßiger Herrschaft über ihn zu geben, dann dürfen die Preiserscheinungen nicht gesondert abgehandelt werden; denn sie führen uns nur einen Teil der Folgen unserer Wirtschaftshandlungen vor Augen.

Wir gehen kaum fehl, wenn wir diese Abgrenzung der theoretischen Ökonomie mit der sozialen Tatsache in Verbindung bringen, daß die herrschende Klasse in unserem Wirtschaftssystem primär nur an Preiszusammenhängen interessiert ist. In den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaft hat der Unternehmer sogar eine sehr kurzsichtige Preispolitik getrieben, deren Rückwirkungen ihn zunächst kaum interessierten. Eine ausreichende industrielle Reservearmee entthob ihn jeder Sorge um das Schicksal des Arbeiters; bei den abnorm niedrigen Lohnsätzen und der relativ geringen Verbreitung der großen Industrie konnte man auch den Industrieproletarier als Konsumenten ohne weiteres vernachlässigen. In einem späteren Stadium wurden zunächst solche Zusammenhänge berücksichtigt, die auf sehr kurzem Umweg die Wirtschaftsrechnung des Unternehmers beeinflussten. So ließ ihn der Mangel an hochwertigen

---

<sup>39</sup> Das ist die zweite Position, von der aus der ökonomische Liberalismus zu kritisieren ist: Denn bestimmte Daten oder die Erreichung eines bestimmten Gleichgewichtszustandes mögen immerhin irgendein Preismaximum sichern: Da die subjektive Theorie jedoch nichts über alle anderen Wirkungen dieser Daten bzw. dieses Gleichgewichtes aussagen kann, weil sie eben nur Preiszusammenhänge erfaßt — ist sie von vornherein nicht ausreichend zur Begründung des ökonomischen Liberalismus. Denn um ein wirtschaftspolitisches Programm rechtfertigen zu können, müssen vorerst alle Konsequenzen seiner Durchführung bekannt sein.

<sup>40</sup> Am ehesten hat noch Schumpeter das Unbefriedigende dieser Einschränkung gesehen, aber er hat es unterlassen, die Konsequenzen zu ziehen: „Große Probleme entgehen uns danach, so z. B. das der Tendenzen der Einkommensverteilung und überhaupt alle, bei denen jene Dinge die Hauptrolle spielen: ... Sicherlich ist aber ihr Vorhandensein ein Problem, und man wird nicht umhin können, dasselbe als ein ökonomisches (1) zu betrachten. Dennoch können wir es nicht lösen.“ (Wesen und Hauptinhalt. S. 179f.) „Für die Entwicklungstheorie leistet die Problemreihe Wert — Preis — Geld nichts.“ (Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. S. 91.)



Arbeitern sehr bald in einem gewissen Umfang Sozialpolitik betreiben; Rücksicht auf die Gewerkschaften zwang ihn, höhere Löhne zu zahlen, um einen Streik zu vermeiden. In immer wachsendem Umfang wird der einzelne Unternehmer und die Bourgeoisie als Klasse gezwungen, außer den Preiserscheinungen auch andere — man nennt sie gemeiniglich „soziale“ — Zusammenhänge in ihr Kalkül einzubeziehen. Es scheint uns wahrscheinlich, daß diese Strukturwandlung unseres Wirtschaftssystems auch die Entwicklung der theoretischen Ökonomie beeinflussen wird, und wir glauben Anzeichen dieser Veränderung schon jetzt zu sehen.

Für Marx waren die Preiszusammenhänge immer nur ein Teil des wirtschaftlichen Geschehens, nur ein Teil der „Produktionsverhältnisse“. Man denke etwa an seine großartige Darstellung des Lohnproblems im Frühkapitalismus<sup>41</sup>. Hier spielt das Preisgesetz des Lohnes eine untergeordnete Rolle. Es scheint uns sicher, daß erst die subjektive Theorie dieses Gesetz liefern kann. Aber die Überlegenheit des Marxschen Standpunktes liegt in seiner Betrachtung der Preisphänomene als Teile des sozialen Gesamtprozesses.

Nach Marxens Tod ist die Nationalökonomie andere Wege gegangen. Aber die jüngste Zeit scheint eine Renaissance der Marxschen Methoden vorzubereiten. Wir wollen damit nicht etwa dem reaktionären Universalismus das Wort reden, sondern wir meinen vielmehr jene Strömungen, die anknüpfen an die exakten Naturwissenschaften und versuchen, die Nationalökonomie einzuordnen in eine einheitliche Wissenschaft vom sozialen Geschehen. Und auch in der Philosophie werden Zeichen sichtbar, die einer solchen Entwicklung den Weg bereiten: Der Positivismus sieht eine seiner vornehmsten Aufgaben im Nachweis, daß der Aufbau einer einheitlichen Gesamtwissenschaft möglich ist und die Abgrenzung der einzelnen Wissenschaften im wesentlichen eine Frage der Zweckmäßigkeit ist<sup>42</sup>.

---

<sup>41</sup> Kapital. I. Bd. Volksausgabe. S. 471 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Rudolf Carnap, Der logische Aufbau der Welt. Berlin 1928.

OTHMAR SPANN<sup>1</sup>

**Hauptpunkte  
der universalistischen Wert- und Preislehre**

---

<sup>1</sup> Die Abhandlung folgt den betreffenden Abschnitten in des Verfassers Buche: „Tote und lebendige Wissenschaft. Kleines Lehrbuch der Volkswirtschaft“. 3. Aufl. G. Fischer, Jena 1929.

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Die bisherigen Wert- und Preislehren wie sie der Universalismus sieht . . . . .	203
II. Wertlehre . . . . .	205
1. Fragestellung und Denkaufgaben der Wert- und Preislehre . . . . .	205
2. Die Gleichwichtigkeit . . . . .	206
3. Einwände gegen den Begriff der Gleichwichtigkeit . . . . .	212
4. Über die Meßbarkeit der Leistungsgröße . . . . .	215
5. Objektiver und subjektiver Wert . . . . .	219
6. Innere Wertentfaltung im Gliederbau der Leistungen auf dem Grunde der Gleichwichtigkeit . . . . .	223
III. Preislehre . . . . .	234
1. Überblick . . . . .	234
2. Die äußeren Maßverhältnisse der Leistungen. . . . .	235
3. Die Vieldeutigkeit der äußeren Maßverhältnisse und ihre Folgen . . . . .	239
4. Der Vorrang: Führende Mengenverhältnisse und führende Preise . . . . .	241
5. Weitere Bestimmung des Wesens der Preise . . . . .	244
6. Rückblick . . . . .	247

# I. Die bisherigen Wert- und Preislehren wie sie der Universalismus sieht

Drei große Lehrbegriffe sind es, die in der Geschichte der Preislehre bisher ausgebildet wurden: Die Arbeitswertlehre Smithens, Ricardos und Marxens (von manchen Ricardoschülern zur allgemeinen Kostenwertlehre umgebildet, wovon wir hier aber absehen können); die Grenznutzenlehre, jene einzige Fortbildung der Nutzwertlehren (Adam Müller, Bernhardt und außerdem die älteren deutschen Smithianer, z. B. Hermann; später Schäffle, Komorzynski u. a.), die es zu einer genauen Rechenlehre des Wertes und Preises brachte; endlich die rein mathematischen Theorien, die sich zum Teil auf den Grenznutzen stützen, zum Teil aber auch nicht, wie z. B. Cassel.

Die Arbeitswertlehre wird heute allgemein abgelehnt, dennoch aber leben ihre Fragestellungen und Begriffe in den anderen Preis- und Verteilungslehren noch beherrschend fort. Z. B. finden wir die Ricardo-Marxische Auffassung von „Profit“ (Unternehmergewinn) als Restgröße, Zins und Renten als von dieser Restgröße irgendwie hergeleitet offen oder versteckt bis heute in allen Preistheorien; ebenso die Lehre von den „Produktionsfaktoren“; vor allem auch die Meinung von der Unmöglichkeit einer Wertsteigerung der Erzeugnisse durch technische Fruchtbarkeitssteigerung.

Denn nach Ricardo und Marx wird die Maschine nur abgenutzt, das Kapital daher nur verrechnet. Geht z. B. bei einem Arbeitsgange  $\frac{1}{10\,000}$  einer Maschine, die 10000 Arbeitsstunden enthält, auf je ein Erzeugnis über, so erhält jedes Erzeugnis (von der Maschine her) den Wert von einer Arbeitsstunde. Bringt dieselbe Maschine aber durch eine technische Verbesserung zwei Erzeugnisse bei einem Arbeitsgange zustande, so erhält jedes den Wert von  $\frac{1}{2}$  Stunde, der Gesamtwert der Hervorbringnisse hat sich nicht erhöht. Die gleiche Fragestellung und die gleiche Antwort findet sich aber auch in der Grenznutzenlehre: der Wert der Kostengüter leitet sich von dem der Genußgüter ab. Wenn man also z. B. mit einer Maschine dasselbe hervorbringt, was früher mit zweien, so hätte sich in den Wertgrößen nichts geändert, da sich nun vom Werte der gleichen Genußgütermenge (angenommen diese bliebe unverändert) der Wert der Kostengüter ableitet.

Eine Kritik der Arbeitswertlehre aus ihren eigenen inneren Schwierigkeiten und Widersprüchen heraus ist heutzutage nicht mehr nötig. Das Wesentliche darüber führte ich übrigens andernorts aus<sup>1</sup>.

Die Grenznutzenlehre hat in Deutschland zwar nie Wurzel geschlagen und ist heute auch in Amerika, wo die „Institutionelle Schule“ vordringt, erledigt, in Skandinavien ist sie ausgestorben. Ich habe sie an einem anderen Orte ausführlicher Prüfung unterzogen<sup>2</sup> und dort den Nachweis erbracht, daß alle ihre Grundgedanken, nämlich: die Annahme der Meßbarkeit der Bedürfnisse (s. unten S. 215), das Gossensche Gesetz (s. unten S. 210), das Gesetz des Ausgleiches der Grenznutzen, das Preisgesetz („Gesetz der Grenzpaare“), die Ableitung des Kostenwertes vom Genußwerte unrichtig sind und darum auch alles, was auf diesen Grundbegriffen aufgebaut wurde. Sämtliche Grundbegriffe der Grenznutzenlehre sind unhaltbar; darum ist das ganze Gebäude von Scheinfragen, wie Zurechnung, Gesamtwert, Wertpsychologie, hinfällig. Der Gründer der Lehre, Karl Menger, hat die Schwierigkeiten am meisten gespürt und daher auch, das ist nicht zuviel gesagt, am Ausbau des Systems verzweifelt.

Die Preiserklärungen der mathematischen Schulen endlich kommen für den ganzheitlichen Standpunkt schon aus verfahrenmäßigen Gründen ohnehin nicht in Betracht. Denn ihre beiden Grundannahmen sind unhaltbar. Die erste, die Quantifizierbarkeit, wird später besprochen (s. S. 217). Die zweite, das sogenannte „*ceteris paribus*“, daß sich ein „Faktor“, eine Größe, z. B. das Angebot, allein verändern lasse, wie z. B. in der Physik das Volumen für sich, worauf die „Folgen“ für Druck und Temperatur untersucht werden (erst bei solcher Annahme läßt sich ja eine Gleichung aufstellen, läßt sich rechnen!), ist durchaus wesenswidrig. In einer Ganzheit besteht jedes Glied nur in sinnvoller Gegenseitigkeit mit allen anderen Gliedern, ist daher kein Glied begriffsmäßig die „unabhängige Variable“; sondern seine Änderung ist sowohl Ausdruck der Änderung des Ganzen, wie sie selbst das Ganze ändert. Z. B. kann sich ein Markt, ein Betrieb, ein Haushalt nur ändern, wenn Erzeugung, Entlohnung, Verfrachtung, Verbrauch usw. usw. sich vorher änderte, d. h. aber, streng genommen, das Gesamtganze der Volkswirtschaft eine Veränderung erfuhr. Und, was das Wichtigste ist: alle diese Änderungen sind nicht größenmäßig bestimmbar (wenigstens nicht vollständig, wie schon die unverbrauchlichen Güter bezeugen), sondern

<sup>1</sup> Vgl. meine „Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre“, jetzt 20. Aufl. Leipzig 1930. S. 83ff. (Schwierigkeit der verschiedenen Länge der Umschlagzeiten; Vorrang der Leistung oder Zielerreichung vor dem Arbeitsaufwande.)

<sup>2</sup> Tote und lebendige Wissenschaft. 3. Aufl. 1929. S. 153ff.

hängen von der sinnvollen Stellung des Gliedes im Ganzen ab. Darum sind die tragenden Gleichungen und Formeln der mathematischen Volkswirtschaftslehre meistens einfache Tautologien, so z. B. die Gleichungen Cassels und Irving Fishers<sup>3</sup>.

Es ist kein Zufall, daß keine der bisherigen Wert- und Preistheorien ihre Aufgabe zu lösen vermochte. Das liegt nicht an der einen oder anderen Unvollkommenheit, sondern daran: daß die Aufgabe, die sie sich setzten, nämlich eine eindeutige Wert- und Preisrechnung theoretisch aufzumachen, unlösbar ist. Alle diese Theorien leiden unheilbar an der falschen Annahme: daß es eine eindeutige Wirtschaftsrechnung überhaupt gäbe. Aber die Wirtschaft ist nicht vollkommen rechenbar! Auch die praktische Wirtschaft kann daher keine eindeutige Wert- und Preisrechnung aufmachen und hat es nie getan, solange es eine Wirtschaft gibt, wie wir nachweisen werden. Daraus folgt, daß auch die Fragestellungen aller rechenhaften Wert- und Preislehren fehlerhaft sein müssen.

## II. Wertlehre

### 1. Fragestellung und Denkaufgaben der Wert- und Preislehre

Vom ganzheitlichen Standpunkte aus ergibt sich das Wesen von Wert und Preis aus dem sinnvollen Zusammenhange der wirtschaftlichen Gebilde. Wirtschaft ist ein Gebäude von Mitteln für Ziele<sup>4</sup>; „Mittel“ gibt es nur im „Gebäude“, daher stets gegliedert: „Mittel“ sind sie auch nur, soferne sie für die Erreichung des Zieles etwas leisten. Wirtschaft ist daher ein Gliederbau von Leistungen. Die Leistungen haben aber eine bestimmte Gültigkeit, einen Rang, daher kommt den Leistungen nicht nur Inhalt, sondern auch vergleichsweise Rang und „Größe“ zu. Die Leistungsgröße findet innerhalb eines Gebildes ihren Ausdruck im Werte; im übergebildlichen Zusammenhange, wie er z. B. in Tausch und Kauf, d. h. beim Leistungswechsel zur Erscheinung kommt, findet sie ihren Ausdruck im Preise. Wert und Preis sind Ausdruck des Gliederbaues der Leistungen.

Damit ist Fragestellung und Denkaufgabe des Lehrstückes der Wert- und Preisbildung bestimmt. Die Frage lautet: auf welche Weise sich die Gliederungen der Leistungen im innergebildlichen Zusammenhange

<sup>3</sup> Vgl. meine „Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre“, jetzt 20. Aufl. 1930. S. 187f. u. 176f. — Weiteres über das mathematische Verfahren siehe „Tote und lebendige Wissenschaft“. 3. Aufl. 1929. S. 149 u. 261ff.

<sup>4</sup> Vgl. „Fundament“. 4. Aufl. S. 20ff.

nicht mit mechanischer Notwendigkeit. Hier entsteht eine neue Denkaufgabe: Während die Quecksilbersäule einen Erwärmungsvorgang „automatisch“, mit mechanischer Notwendigkeit, „ausdrückt“, „anzeigt“, drückt z. B. das Wort den Gedanken nicht „automatisch“, nicht mit mechanischer Notwendigkeit, aus, sondern sinnvoll; und d. h. aber: entweder richtig oder unrichtig aus. Die Gliederung der Mittel kann entweder richtig oder unrichtig sein, und der Preis als Ausdruck der Gliederung kann wieder richtig oder unrichtig sein. So ergibt sich der Begriff des richtigen Ausdruckes einer richtigen Gliederung der Wirtschaft, und dieser Begriff erscheint als reiner Wesensbegriff des Preises oder als gerechter Preis.

Nun ist aber „Gliederung“ der Leistungen etwas Sinnvolles. Der Preis drückt darum etwas Sinnvolles aus, nichts Mechanisches; er hat sinnvolle Voraussetzungen, ähnlich wie die Schlußfolgerung sinnvolle Vordersätze (Prämissen) hat. Ferner ist er selbst ein sinnvoller Ausdruck, kein mechanischer. Er folgt, zum Unterschiede von der Physik, als Wert, im übergebildlichen Zusammenhange als Preis, anzuzeigen, ausdrücken?

Fragestellung und Denkaufgaben weisen demnach auf eine durchaus unmechanische und unmathematische Preislehre hin, die sich auf das Wesensverständnis des Gliederbaues der Leistungen, welche die Wirtschaft ausmachen, stützt.

Später wird sich noch zeigen, daß im Preise (Tausche) auch selbst eine praktische Wirtschaftsentscheidung liegt, woraus sich weitere Denkaufgaben ergeben. Vgl. unten S. 245.

## 2. Die Gleichwichtigkeit

### a) Der Begriff.

Da der Begriff des Grenznutzens unhaltbar ist — was ist an seine Stelle zu setzen? Diese Frage hat den Verfasser lange beschäftigt und er fand folgende Antwort:

Es ist die Gleichwichtigkeit oder Äquipollenz, durch welche die „Leistungsgröße“ gebildet wird und zum ersten Ausdruck als „Wert“ kommt. An die Stelle der Annahme stetig abnehmender Nutzungen und des jeweils kleinsten Nutzens, des „Grenznutzens“, tritt der Begriff der „Gleichwichtigkeit“, den der Verfasser dieser Zeilen schon vor vielen Jahren (damals ohne jede polemische Absicht) gelegentlich der Untersuchung der Fruchtbarkeit der Berufe entwickelte<sup>5</sup>, ohne sich allerdings der

<sup>5</sup> Zuerst „Jahrbuch der Volkswirte“, Jahrg. 1913, Wien 1913, S. 113 ff., dann im „Fundament der Volkswirtschaftslehre“. (1. Aufl. 1918.) S. 201. 4. Aufl. 1929. S. 234 ff.

Tragweite dieses Begriffes und seines grundsätzlichen Widerspruches gegen das Gossensche Gesetz und den Grenznutzenbegriff recht klar zu sein.

Der Sinn des Gedankens der „Gleichwichtigkeit“ ist, kurz gesagt, der: daß in einem Ganzen, dessen Teile im Verhältnisse vollkommener Entsprechung stehen — in einem ausgeglichenen Ganzen — alle Teile zur Erreichung des gemeinsamen Leistungsstandes gleich unentbehrlich sind, und also, da nichts noch wichtiger sein kann als „unentbehrlich“ — gleich wichtig sind!

Betrachten wir zuerst den menschlichen Organismus, so ist zu seinem Wohlbefinden die Mitwirkung aller seiner Organe nötig. Das gesunde, körperliche und seelische Wohlbefinden eines Menschen ist nicht nur von der Leistung der Organe Herz und Lunge, sondern z. B. auch von jener des kleinen Fingers abhängig. Zwar kann jeder ohne den kleinen Finger leben, aber bei gewissen Handgriffen macht sich sein Fehlen schmerzlich bemerkbar, in gewissen Lebenslagen zeigt es sich als ästhetischer Mangel usf. Damit jener bestimmte Stand der Zielerreichung gegeben sei, den wir bei vollkommen gesundem Wohlbefinden erlangen, ist also die Leistung auch des kleinen Fingers, wie überhaupt aller gesunden Glieder des Organismus nötig. Die Leistung jedes Gliedes ist nötig, um jenen Zielerreichungsstand zu erlangen und zu behaupten. Erst wenn man fragen würde, was wegfallen könnte, um einen geringeren Stand der Zielerreichung zu behaupten, erst dann unterscheiden sich die Glieder als entbehrliche und unentbehrliche! — Genau dasselbe zeigt sich in der Wirtschaft. Auch hier ist für eine bestimmte Ergiebigkeit, z. B. eines gewerblichen Betriebes, sowohl die Leistung der Dampfmaschine, wie jene der Arbeitsmaschinen, wie jene des Betriebsleiters, des Vorarbeiters, des Lehrlings, des Laufburschen usw. nötig — die Leistung aller Glieder, widrigenfalls derselbe bestimmte Ergiebigkeitsstand (Leistungsstand) nicht mehr behauptet werden kann. Erst wenn ein geringerer Ergiebigkeitsstand behauptet werden soll, wird man an die Ausschaltung einiger Maschinen und Arbeitskräfte gehen — alle Leistungselemente waren also vorher gleich unentbehrlich, gleich wichtig. Und ähnlich steht es bei der Verwendung des Einkommens. Angenommen, ein Einkommen von 10000 Mk. würde in wohldurchdachter Weise, also wirtschaftlich richtig verwendet. Wenn nun ein Zehntel des Einkommens ausfällt, so kann unmöglich derselbe Wirtschaftsplan beibehalten werden, es kann unmöglich derselbe Wohlhabenheitsgrad (Zielerreichungsstand) behauptet werden. Jede einzelne Mark war also zur Erlangung des früheren Zielerreichungsstandes unentbehrlich gewesen. Die verbleibenden Mark sind wieder für den neuen Stand unentbehrlich.



Da nun, so wiederholen wir, wichtiger als „unentbehrlich“ nichts sein kann, so ist das, was gleich unentbehrlich ist, auch gleich wichtig.

Darum nennen wir die Unentbehrlichkeit aller Leistungen in einem wirtschaftlichen Gebilde zur Herbeiführung eines bestimmten Leistungsstandes Gleichwichtigkeit oder Äquipollenz. Unter „wirtschaftliches Ganzes“, „wirtschaftliches Gebilde“ verstehen wir dabei sowohl Betriebe wie „Vorräte“, indem wir diese Vorräte als Glieder eines größeren wirtschaftlichen Gebildes auffassen, z. B. eines Haushaltes, eines Betriebes; wie auch die Haushaltungen; ferner über den Betrieben die Kartelle und zunftähnlichen Wirtschaftsganzheiten bis hinauf zur Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Es handelt sich immer nur darum, in welchem konkreten Gebilde jeweils die Leistungen und der Leistungsstand betrachtet werden.

#### b) Die Änderungen der Gleichwichtigkeit.

Der Begriff der Gleichwichtigkeit ist noch nicht ganz klargestellt, wenn wir nicht auch auf jene Änderungen eingehen, die sich bei Veränderung einer Gesamtleistung (einer Leistungsganzheit) ergeben. Diese Änderungen bedeuten entweder eine Erhöhung oder Verminderung der Leistung eines Gebildes. Es sind nun folgende Grundfälle möglich:

α) In einem Gebilde, in welchem ein Ergiebigkeitsfortschritt stattfindet, d. h. in welchem die Entsprechung der Glieder durch Mehrleistung einzelner Glieder, oder durch Änderung des Ausgliederungsplanes, geändert wird, sind die zusätzlichen Leistungen — sie bestehen hauptsächlich in Kapitalvermehrung, Vermehrung der Leistungen in der Vorreihe und im Kapital höherer Ordnung — solange fruchtbarer als die anderen, bis der neue Entsprechungsplan vollkommen hergestellt ist und alle Teile wieder im Verhältnis vollständig ausgeglichener Gegenseitigkeit stehen. Den zusätzlichen Leistungen kommt lediglich für den Verlauf der Änderung und bis zur Zeit ihrer vollkommenen Durchführung Mehrwichtigkeit zu. Verschiedene Nutzgrößen tauchen demgemäß nur während der Überführung eines Ausgliederungsanzes in das zeitlich folgende auf und tauchen in diesem selbst wieder unter. Nähme man dagegen in einem ausgeglichenen Ganzen verschieden wichtige Leistungen, d. i. verschiedene Nutzgrößen an, so käme man immer zu einer Art Physiokratie, d. h. zu einem materialistischen Wirtschafts-, Guts- und Fruchtbarkeitsbegriff.

An die Stelle der Gleichwichtigkeit aller Leistungen und Glieder tritt während des Verlaufes der Umgliederung die Mehrwichtigkeit der zusätzlichen Leistungen.

β) Zusätzliche Leistungen werden grundsätzlich Änderungen der Ausgliederung (des Entsprechungsplanes) nach sich ziehen. Es gibt aber

(wie allgemein bekannt) Fälle, in denen ein Optimum der Aufwandsgliederung annähernd erreicht ist und nur einseitige Mehraufwände von Leistungen stattfinden können. So, wenn in der Landwirtschaft Arbeit und Kapital verdoppelt werden, die Bodenfläche, das Klima und die Technik aber gleich bleiben (in Wirklichkeit bleibt die Technik allerdings niemals vollkommen gleich, da jeder Mehraufwand die Anwendung gewisser Werkzeuge, Maschinen, z. B. in deren Schnelligkeit, und Rohstoffe beeinflusst, mindestens aber Organisationsänderungen bedingt, alles dieses aber eine Verschiedenheit des Leistungsplanes bedeutet). In solchen Fällen tritt rein praktisch genommen ein dem Gossenschen Gesetze angenäherter Verlauf ein: Die neuen Arbeits- und Kapitalsaufwände werden dann zwar Mehrergebnisse liefern, aber in abnehmendem Maße.

Brachte z. B. der Aufwand von 100 Einheiten des ersten Kapitals 10 E., so kann ein gleicher zusätzlicher Aufwand vielleicht nur 9 E., ein dritter zusätzlicher Aufwand vielleicht nur 8 E. bringen. Es ist dies der als „Gesetz des abnehmenden Bodenertrages“ bekannte Grundfall, der aber nicht nur bei der Bodenbewirtschaftung, sondern überall dort in Frage kommt, wo ein Teil der Leistungsaufwände (der „Produktionselemente“) festgelegt ist. Wir scheiden diesen Fall von dem vorigen aus und sprechen dann von abnehmender Mehrwichtigkeit der zusätzlichen Leistungen, die aber, gleich der oben erörterten „Mehrwichtigkeit“, ebenfalls nur für die Zeit des Umgliederungsganges der Wirtschaft gilt.

Bezeichnend ist, daß dieser Fall nur bei Festlegung einzelner Leistungen bzw. fast der ganzen Leistungsgliederung („Gleichbleiben der Technik“) möglich ist, also auf verhältnismäßiger Isolierung der Zusätze beruht! Dieser Fall ist der einzige, der dem „Gossenschen Gesetze“ (des abnehmenden Nutzens der Zuwüchse) und dem Begriffe des „Grenznutzens“ (dem Nutzen des jeweils letzten Zuwachses, daher des kleinsten Nutzens) äußerlich entspräche, ihm aber gerade, weil er auf Isolierung, auf Festlegung einzelner Aufwände beruht, innerlich widerspricht.

γ) Endlich kann man noch einen dritten Fall unterscheiden. In einem Gebilde, in welchem die Entsprechung der Glieder durch Minderleistungen oder Ausfall von Leistungen oder ungünstige Änderung des Entsprechungsplanes (technischer und organisatorischer Rückschritt, Erschöpfung von Rohstoffen u. dgl.!) geändert wird, werden die minderleistenden Elemente (bzw. die für die ausgefallenen Leistungen eintretenden alten oder neuen Leistungen) so lange unfruchtbarer sein, bis der neue Zustand wieder in einem ausgeglichenen Entsprechungsverhältnis, d. h. in einer Neuausgliederung des Gebildes, seinen Abschluß gefunden hat. An die Stelle der Gleichwichtigkeit tritt in diesem Falle die Minderwichtigkeit der schwächeren Leistungen, d. h. Entwertung, Wertzerstörung. — Auch dieser Fall widerspricht dem Gossenschen Schema und dem Grenznutzenbegriff, da bei zurückgehendem Vorräte

der „Grenznutzen“ — die jeweilig verbleibende „letzte Leistung“ — nicht größer wird, wie es die Gossensche Schichtung der Nutzungen forderte, sondern kleiner. Ferner sehen wir hier auch insofern wieder einen mit dem Gossenschen Gesetze und demgemäß auch mit dem Grenznutzenbegriffe in Widerspruch stehenden Grundfall, als nicht, wie das Gossensche Gesetz annimmt, bei Wegfall einer Leistung (z. B. eines Glases Wassers) die anderen („höheren“, „früheren“) Nutzungen noch stehen bleiben, wie sie waren. Sie müssen sich vielmehr verändern, und zwar, wie wir sahen, notwendig kleiner werden. Denn da es in keiner Wirtschaft möglich ist, bei Wegfall von Leistungen den übrigen Leistungsplan aufrechtzuerhalten, so wird bei Wegfall eines Gutes und seiner Leistung 1. der ganze Ausgliederungsplan, die Gesamtentsprechung der Leistungen sich schrittweise ändern, und da dieser Plan gegenüber der früheren Gültigkeit der Mittel für Ziele — welche bei richtiger Wirtschaft das Optimum darstellt — ein weniger günstiger ist, wird 2. ein geringerer Leistungsstand und somit eine geringere Wichtigkeit jener Leistungen so lange sich zeigen, als die geminderten Leistungen neben den übrigen noch nach dem alten Ausgliederungsplane voll verrichtenden Leistungen wirksam in Tätigkeit sind. Nur in dieser Übergangszeit erscheinen die alten Leistungen als mehrwichtig, die neuen, schwächeren als minderwichtig. Bei dem erreichten geringeren Leistungsstande des Gesamtbildes tritt wieder Gleichwichtigkeit aller Leistungen ein.

Im Begriffe der Änderung der Gleichwichtigkeit (Umgliederung) liegt es, daß der Zustand ausgeglichener Entsprechung (Optimum, Bestverhältnis) der Leistungen nicht starr festgelegt, sondern veränderlich ist. Es gibt kein absolutes, nur ein verhältnismäßiges Optimum (vgl. Haupttheorien, jetzt 20. Aufl., S. 71f.).

δ) Gegenüber dem „Gossenschen Gesetz des abnehmenden Nutzens der Zuwächse“ gilt, daß es den Begriff des Bedürfnisses wie den der Nutzleistung unrichtig faßt, indem es nämlich beide als einzelne nimmt, statt als Glieder einer Ganzheit. Keine Leistung ist aber ohne das Gegenpiel anderer Leistungen möglich, und ebenso ist kein Bedürfnis ohne andere Bedürfnisse möglich. Eben darum ist es ferner auch unrichtig, eine jeweils gegebene Nutzung (Zielerreichung) als aus einzelnen Nutzenstiftungen einzelner Güter oder Güterteile zusammengesetzt zu denken. Es gibt überall nur den ganzen Nutzen, nur die ganze Leistung eines Betriebes, Haushaltes, Gebildes, „Vorrates“, nirgends gibt es eine Summierung einzelner Leistungen. Das bedingt weiter, daß es überhaupt nicht richtig ist, wie das Gossensche Gesetz tut, die Vermehrung der Güter (Leistungen) in bloß mengenmäßigem, in bloß mechanischem und stückhaftem Sinne zu betrachten; sondern es handelt sich darum: ob mit der Vermehrung oder Verminderung ein Fortschritt oder Rückschritt im

Ausgliederungsplane der Leistungen erfolgt, und je nach diesem wechselnden Erfordernisse der Gliedhaftigkeit bestimmt sich erst die „Mengen-einheit“. Von dieser entscheidenden Tatsache vermochten aber die Grenznutzentheoretiker infolge ihrer unglücklichen Vereinzelung der Bedürfnisse und Nutzenstiftungen keine Kenntnis zu nehmen. Im Fortschritte liegt begriffsmäßig die Mehrleistung, erst im Rückschritte eine Einbuße. Darum kann das Gossensche Schema der fortschreitenden Nutzen- und Ertragsabnahme schon begriffsmäßig nicht allgemein gelten. Endlich aber ist wichtig, daß selbst dort, wo abnehmender Nutzertrag der Zuwüchse in Betracht kommen kann, die jeweiligen Gesamtleistungen grundsätzlich nicht nach dem „Grenznutzen“ geschätzt werden. Denn die Gesamtleistungen (Leistungsstand, Gesamtnutzen) sind jeweils selbst nur Glied und erhalten ihre Bedeutung von der Stelle, die sie im jeweils größeren Ganzen (schließlich in der Volks- und Weltwirtschaft) einnehmen — sie erhalten es als Ganzes!

Das alles heißt: Das Gossensche Gesetz des abnehmenden Nutzens der Zuwüchse ist unrichtig.

### c) Zusammenfassung.

Da es sich bei der Gleichwichtigkeit um eine ungewohnte und weittragende Begriffsbestimmung handelt, so dürfte eine Zusammenfassung und Erläuterung des Bisherigen nicht ganz überflüssig sein. Die Schwierigkeit des Gegenstandes möge die in einer Zusammenfassung unvermeidlichen Wiederholungen entschuldigen.

1. Nicht einzelne Leistung und Leistungsgröße kommen für die Wirtschaftstheorie in Frage, sondern nur der Leistungsstand als Ganzes, z. B. eines Betriebes. Nicht einzelne Leistungen, sondern Gebildeleistungen sind die Wirklichkeit der Wirtschaft! Um die Wichtigkeit dieses Satzes einzusehen, muß man sich darüber ganz klar sein, daß der Begriff einer einzelnen Leistung in sich widerspruchsvoll ist. **Jedes Glied leistet nur, indem es Gegenleistungen empfängt.** Jede Leistung ist schon ihrem Wesen nach auf andere Leistungen gegründet, sie empfängt ihr Sein nicht aus sich allein, sondern zugleich von der anderen Leistung, sie ist auf Wechselseitigkeit angewiesen — ist gliedhaft! Das heißt es ja, daß es nur Ganzheiten von Leistungen gibt. Der Begriff der einzelnen Leistung für sich ist eine wesenswidrige Abstraktion. Muß aber jede Leistung als Spiegelbild und Träger aller anderen betrachtet werden, so hängt auch für einen bestimmten Leistungsstand an jeder Leistung alles. Und eben das bedeutet ihre Gleichwichtigkeit.

2. Die Gebildeleistung ist jeweils eine Einheit und zerfällt nicht in innere Schichten, wie das Gossensche Gesetz behauptet. Nur der Vorrat

als Ganzes, nur der Haushalt als Ganzes, nur der Betrieb als Ganzes, nur der Geschäftszweig als Ganzes, nur die Volkswirtschaft als Ganzes leistet. Die unmittelbaren Glieder jeder Ganzheit sind gleich unentbehrlich, also gleichwichtig.

3. Unbeschadet der Einheit der Gebildeleistung und der Gleichwichtigkeit der Gliedleistungen im Gebilde gilt: die Glieder eines Gebildes liefern inhaltlich verschiedene Beiträge zur Erreichung des Leistungsstandes.

4. Die Gleichwichtigkeit ist kein messender Größen- und Mengenbegriff, wie die Grenznutzler fälschlich vom Grenznutzen annehmen, sondern ein nur verneinend bestimmter Begriff, nämlich der gleicher Unentbehrlichkeit aller Glieder. Die mengenhafte Bestimmtheit kommt erst mittelbar in die Wirtschaft, nämlich durch Vermittlung der technisch-stofflichen Ausgliederungsverhältnisse (s. dazu unten über die Meßbarkeit der Leistungsgrößen, S. 215ff. u. 236).

5. Die Erscheinung von Mehrwichtigkeit und Minderwichtigkeit und infolgedessen die Unterscheidung von Nutzungen tritt erst hervor, wenn ein neuer Leistungsstand erreicht oder mit einem alten verglichen werden soll. Mehr- und Minderwichtigkeit tritt also nur im Falle der Umgliederung der Gebilde und nur während des Verlaufes der Umgliederung, d. h. solange ein ausgeglichener Entsprechungszustand noch nicht erreicht ist, in Erscheinung. Der Begriff unterschiedlicher Nutzungen (bzw. kleinsten oder Grenznutzens) ist daher bestimmt gegebenen Nutzen gegenüber, die stets Gesamtnutzen (Leistungsganzheiten) sind, unanwendbar; dagegen ist er mit den oben S. 209ff. ausgesprochenen Vorbehalten (d. i. nur bei verhältnismäßiger Festlegung = unterstellter Isolierung der Leistungen, z. B. beim abnehmenden Bodenertrag) in der wirtschaftlichen Bewegung anwendbar.

### 3. Einwände gegen den Begriff der Gleichwichtigkeit

Der erste Einwand, der sich gegen den Begriff der Gleichwichtigkeit aufdrängen könnte, betrifft den Unterschied lebenswichtiger und lebensunwichtiger Leistungen. Es liegt der schon oben erwähnte Gedanke nahe, daß die edlen oder lebenswichtigen Glieder mit ihren Leistungen doch nicht auf eine Stufe mit den lebensunwichtigen, den unedlen Gliedern gestellt werden dürfen. Die lebenswichtigen Leistungen bleiben, so könnte man weiter sagen, immer, was sie sind, trotzdem für einen bestimmten Zielerreichungsstand auch lebensunwichtige Leistungen herangezogen werden müssen. Die Leistung des Herzens für das Wohlbefinden ist trotzdem nicht dieselbe wie die des kleinen Fingers, die der Dampfmaschine, welche viele Arbeitsmaschinen treibt, nicht dieselbe wie die einer einzelnen Arbeitsmaschine usf.; das würde ja auch die verschiedene

Wirkung beweisen, die sich ergibt, wenn man das Herz, die Dampfmaschine, den kleinen Finger oder eine Arbeitsmaschine ausfallen ließe.

Bei näherer Prüfung zeigt sich, daß diese Einwände den Begriff der Gleichwichtigkeit nicht erschüttern können. Mag es auch unstrittig wahr sein, daß ein Mensch, dem Ohren, Nase, Hände und Füße abgeschnitten sind, noch weiter vegetieren kann, weil das Herz unverletzt ist; so muß man doch fragen, wofür dann das Herz noch da ist, wenn alles „Unwichtige“, alles das, was das Leben erst lebenswert machen kann, fehlt? Das unentbehrliche Glied weist eben auf das vollendende und üppige hin, das Notwendige ist die Grundlage der Fülle; mit abnehmendem Nutzen und innerer Schichtung der Nutzungen, wie das Gossensche Gesetz will, fällt also die Verschiedenheit der Organe nie zusammen. — Aber vor allem haben wir es ja nie mit einzelnen Gliedern zu tun, sondern stets nur mit bestimmten Ganzheiten. Nicht einzelne Glieder leisten, sondern nur die jeweilige Ganzheit von Gliedern, wie oben wiederholt ausgeführt wurde.

In der Volkswirtschaftslehre haben wir es daher auch nie mit dem allgemeinen Gattungsnutzen zu tun, z. B. von „Wasser“, von „Edelsteinen“, denn dieser ist etwas Abstraktes, das als solches keinen „Wert“ und „Preis“ erlangen kann. Die Volkswirtschaftslehre hat es nur mit jeweils bestimmten, mit jeweils handgreiflichen Leistungen zu tun — mit den Leistungen, die sich in einem bestimmten Leistungsstande ergeben, z. B. mit der Nutzwasserversorgung einer Fabrik oder mit der Trinkwasserversorgung einer Stadt. Die Leistung von „Wasser“ hängt nicht nur von dessen eigener Menge, sondern mehr noch vom Zusammenspiel mit anderen Mitteln und Zielen (demgemäß auch mit den vertretbaren Stoffen usw.) ab. Daher bedeutet dasselbe Wasser in einer Fabrik, in einem Haushalte und auf einem Landgute etwas anderes. Schon seit Schäffle (noch vor Menger) ist die Wahrheit in der Volkswirtschaftslehre bekannt, daß nicht die abstrakte „Gattungsnutzung“ eines Gutes, sondern nur die konkreten Nutzungen und die konkreten Umstände in Frage kommen<sup>7</sup>. Gerade bei strenger Festhaltung dieses Gedankens aber ergibt sich, daß auch das Gossensche Gesetz mit seiner Vorstellung von Nutzenschichtungen — indem das erste Stück eines Vorrates mehr leistete

---

<sup>7</sup> Vgl. Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, jetzt 2. Aufl., Wien 1923, S. 103f., wo alle älteren Werterklärungen zusammengestellt sind. — Das „konkret“ wurde von Menger fälschlich als „einzeln“ gedeutet, wurde fälschlich individualistisch verstanden. Statt des konkreten Gebildes, der konkreten Ganzheit (die ja gerade nach der geschichtlichen Erfahrung stets Glied einer Ganzheit ist) wurde von Menger fälschlich das Einzelgut als abgetrenntes, isoliertes, die konkrete Einzelnutzung der konkreten Einzelperson (als abgetrennte) ins Auge gefaßt — dem mechanistischen und individualistischen Geiste seiner Zeit entsprechend.

als das letzte — auf falschem Wege ist; denn dann darf wie nur der konkrete „Wert“, so auch nur der konkrete Leistungsstand aller Leistungselemente gemeinsam, d. h. aber nur die jeweilige Ganzheit der Leistungen berücksichtigt werden. Es gibt eben gar keine einzelnen Leistungen, auch nicht in vollgültigen begrifflichen Abstraktionen. Jede Leistung wird erst, wie immer wieder gesagt werden muß, durch den Empfang von Gegenleistungen zu dem, was sie ist. Eben darum gibt es auch keine inneren Schichten der Leistungsganzheit. Der in solcher Ganzheit beschlossene Leistungsstand sagt uns allein, was in einer wirtschaftlichen Unterganzheit die einzelnen Leistungselemente leisten — nämlich zur Erreichung gerade dieses und keines anderen Leistungsstandes nach Ausweis ihrer Unentbehrlichkeit alle dasselbe!

Weil nur immer Gebilde von Leistungen als Ganze betrachtet werden dürfen, ist es insbesondere auch unstatthaft, das Verfahren des Ausfalles der einzelnen Glieder zur Erforschung der Wichtigkeit der Leistungen heranzuziehen. Dieses Verfahren hat nach dem Muster der damaligen Physiologie Karl Menger in unsere Wissenschaft eingeführt und darauf zuletzt den Satz begründet, daß die Güter nach dem jeweils entfallenden, nämlich dem Grenznutzen geschätzt werden. Wenn aber im Körper ein bestimmtes Organ, wenn im Betriebe eine bestimmte Maschine ausfällt, so erkennt man durch den Ausfall nicht, was das Organ leistete, denn dieses allein leistete ja nicht; sondern eher noch, was die verbleibenden Organe nunmehr nicht leisten können! Das heißt aber:

Vom Ausfall kann man auf die Vertretbarkeit und (bedingt) noch auf die inhaltliche Art der Leistung schließen, nicht aber auf die „Leistungsgröße“ oder den „Wert“. Diesen wichtigen Satz gilt es noch weiter zu begründen. Ist die Leistung *a* des Gliedes *A* nur nach Maßgabe des Empfanges von Gegenwirkungen aller anderen Glieder *B—Z* möglich und darum nur nach Maßgabe der Aufnahme und Fortleitung durch die anderen Glieder, dann ist auch ihre Wichtigkeit bloß nach dieser Maßgabe gegeben, also unbestimmt. Daraus folgt aber die unumstößliche Wahrheit: Es kommt dem Gliede als solchem eine eindeutige Wichtigkeit gar nicht zu. Anders gesagt heißt dies: ein einzelnes Glied, für sich betrachtet, hat weder eine (aus ihm selbst bestimmte) Leistung noch eine Leistungsgröße. Die Ganzheit verleiht erst dem Gliede einen Wert — aber sie verleiht ihn nur mit anderen Gliedern gemeinsam. Es gibt nur einen wechselseitigen Wert.

#### 4. Über die Meßbarkeit der Leistungsgröße

Es ist notwendig, schon hier auf die Frage der Meßbarkeit des Nutzens oder der Leistungsgröße etwas gründlicher einzugehen, trotzdem wir damit Späterem vorgreifen<sup>8</sup>.

a) Die Leistungsgrößen unterscheiden sich nicht durch ein reines Stärkeverhältnis und sind daher auch nicht meßbar.

Im volkswirtschaftlichen Schrifttume sind die Meinungen über die Meßbarkeit der Leistungsgröße — deren Wesen von Menger, Böhm u. a. nicht nur als Nutzen schlechthin, sondern im besonderen als das Gefühl des Genusses bestimmt wird, das der betreffende „Nutzen“, z. B. das Verzehren eines Apfels, mit sich bringt — keine einheitlichen. Böhm-Bawerk behauptet, die Messung von Gefühlsintensitäten sei möglich, zwar nicht in exakter und objektiv richtiger Weise, jedoch in der Form von „ungenauen subjektiven Schätzungen“, und daß darum die Größe des Abstandes der Stärke zweier Bedürfnisse ziffernmäßig bestimmbar sei. Denn man könne z. B. annehmen, daß ein Knabe zwar nicht sieben Pflaumen, aber wohl acht Pflaumen gegen einen Apfel zu vertauschen bereit wäre<sup>9</sup>. — Eine andere Behauptung, die von Cuhel, geht dahin, daß die Nutzen bzw. die hinter ihnen stehenden Gefühle, zwar nicht meßbar, aber wohl „skalierbar“ seien, wobei man eines bestimmten Maßstabes entbehren könne, ähnlich wie man bei den Härtegraden der Mineralien, die das Beispiel für solches „Skalieren“ abgeben, eine Reihenordnung treffe, ohne das Maß, um wieviel nun der eine Härtegrad vom anderen sich unterscheide, anzugeben.

Dem allen gegenüber behaupten wir, daß die Größen der Leistungen oder Nutzungen nicht meßbar seien. Wären die Leistungen ihrer Größe nach grundsätzlich meßbar, ja wäre überhaupt die Gesamtleistung eines Gebildes, die Leistungsganzheit, mengenmäßig in Teile zerlegbar, sei es in gleiche oder verschiedene, dann käme auch der Begriff der Gleichwertigkeit ins Wanken. Die Gesamtleistungsgröße oder der Leistungsstand eines Gebildes ist in sich mengenmäßig nicht teilbar und schon darum kann auch die Größe einer einzelnen Leistung, z. B. der kleinsten, weder für sich noch im Verhältnis zu einer anderen Leistung gemessen werden. Diese Behauptung werden wir nun kurz zu begründen haben.

Die Wirtschaft ist ein Gliederbau von Leistungen. Nun ist es allerdings richtig, daß die Leistungen entweder solche von lebenswichtigen oder

<sup>8</sup> Vgl. unten S. 239 ff.

<sup>9</sup> Positive Theorie des Kapitals. 2. Bd. (Exkurse). 4. Aufl. Jena 1921. S. 205 ff. bes. S. 208, 225.



entbehrlichen Organen sind; und demgemäß — trotz ihrer Gleichwichtigkeit im Wechselspiel zur Erreichung je eines bestimmten Leistungsstandes — gelten die Leistungen auch „mehr“ oder „weniger“, oder haben sie (im Hinblick auf Veränderungen) einen verschiedenen Rang. In diesem Sinne sprechen wir von Leistungsgrößen. Alle Leistungen haben gemäß ihrer bestimmten Gültigkeit auch eine bestimmte Leistungsgröße. Leistungsgröße heißt Leistungsrang.

Die Frage ist nun aber, ob die Leistungen nach der Höhe ihrer Gültigkeit oder ihres Ranges meßbar sind? Dies ist zu verneinen. Denn obgleich es höheren und niedrigeren Rang gibt, so ist dieses Höher und Niedriger doch niemals mengenhaft (quantitativ) ausdrückbar. Das Herz ist nicht 1112mal wichtiger oder mehr als der kleine Finger, der General nicht 900mal wichtiger oder mehr als der Feldwebel, der Papst ist nicht 1000mal wichtiger oder mehr als der Landpfarrer. Das ist klar und spricht für sich. Der Grund dafür liegt darin: daß die Leistungen sich voneinander nicht durch ein einfach steigerbares Intensitätsverhältnis (durch ein Stärkeverhältnis) unterscheiden, sondern daß jede Leistung einen neuen, einen besonderen Rang innehat! Warum ist der General nicht 900mal wichtiger als der Feldwebel? — Weil er nicht die Arbeit (Leistung) von 900 Feldwebeln, sondern etwas anderes tut! Und ebenso steht es mit Herz und kleinem Finger, Papst und Landpfarrer, oder auch, um Beispiele aus der Wirtschaft zu nehmen: mit Dampfmaschine und Arbeitsmaschine, Betriebsleiter und Arbeiter, Erzeuger und Händler. Sie alle haben einen anderen Rang, der wohl höher oder niedriger ist, ihre Leistung ist wohl lebenswichtiger oder unwichtiger, mehr oder weniger gültig, aber das „Höher und Niedriger“, „Mehr oder Weniger“ der Leistung ist nicht die Folge einer Quantifizierung, sondern das Sinnbild einer neuen Art. Es ist nur ein analoges Mehr oder Weniger, aber kein mengenhaftes. Ein rechnerisches, ein mengenhaftes Mehr oder Weniger gibt es nur im Homogenen. Eine Bewegung z. B. kann 10mal oder 100mal schneller sein als eine andere. Sofern sie immer als genau dieselbe Qualität „Bewegung“ gedacht wird, liegt in diesem Unterschiede ein rein Mengenhaftes, die Zahl. Der Anschein des bloßen Mengenunterschiedes entsteht aber bei wirtschaftlichen Leistungen nur infolge sehr geringer Übergänge von der einen Leistungsbeschaffenheit in die andere. Daß Dampfmaschine und Arbeitsmaschine Verschiedenes leisten und diese Leistungen nicht zahlenmäßig bestimmt werden können, liegt auf der Hand; aber auch unter den gleichartigsten Genußgütern besteht dieses Verhältnis, indem z. B. das erste Glas Wasser dem Durstigen ein anderes Ziel erreichen hilft als das zehnte, d. h. einen Genuß anderer Qualität, nicht eigentlich also anderer Quantität (Intensität) gewährt!

Jede Leistung ist unwiederholbar und einzig, sie ist von einer besonderen Art (Spezies) und nicht durch ein bloßes Intensitäts- oder Stärkeverhältnis von einer anderen verschieden. Daher ist auch ihr Rang nicht durch ein einfaches Stärkeverhältnis bezeichnet.

Auf diese Weise ist es verständlich, daß zwar zwischen dem inhaltlich Verschiedenen Rangunterschiede bestehen, aber keine „größenmäßig bestimmbaren“. Eben darum kann man zwar, wie in früheren Beispielen dargelegt, sagen, daß eine Oper von Mozart wertvoller sei, im Range höher stehe als eine Oper von Flotow, aber nicht, daß sie  $10\frac{1}{2}$ mal wertvoller sei. Zwar gilt der Satz „das Bessere ist des Guten Feind“ —, aber es gibt nichts, was  $3\frac{1}{4}$ mal besser wäre als ein anderes.

Nun entsteht die Frage, wie denn auf diese Weise diejenige erfahrungsmäßige Messung der Güter aneinander, die wir im Natural-tausche und im Preise vor uns sehen, zu erklären sei? In der Beantwortung dieser Frage liegt die letzte praktische Entscheidung. Denn auf die Tatsache, daß ein Knabe einen Apfel für acht Pflaumen wirklich hergibt, dagegen nicht für sechs und auch nicht für sieben, stützt sich Böhm-Bawerk, und auf Tatsachen dieser Art stützen sich alle, welche die Meßbarkeit des Nutzens behaupten.

#### b) Die Messung der Güter aneinander in Tausch und Preis.

Jene Messung der Güter aneinander, die in Tausch und Preis zu beobachten ist, beruht nicht auf zahlenmäßiger Bestimmbarkeit der Leistungsgröße selbst, sondern ist eine durchaus vermittelte. Sie ist Ausdruck von sinnvollen und an sich selbst nicht mengenhaften Entsprechungsverhältnissen. Dieser Sachverhalt kommt auf folgende Weise zustande.

Die Ziele stehen in einem bestimmten Rangverhältnis (Gültigkeitsverhältnisse), und demgemäß werden auch die für ihre Erreichung aufgewandten Mittel nach einem bestimmten Rangverhältnisse ausgegliedert, wodurch die Aufwände bestimmt werden. Auf diese Weise ergibt sich ein jeweils ganz bestimmter Gliederbau der Mittel, der nun außerdem, daß er als ein sinnvoller und gültiger betrachtbar ist, nachträglich auch nach den Abmessungen äußerer Art und in diesem mittelbaren Sinne als mengenhafter betrachtbar ist. Die jeweils leistenden Handlungen können daher nachträglich z. B. in Arbeitsstunden aufgelöst, die handelnden Menschen (Leistungsträger) nach ihrer Anzahl bestimmt, die aufgewandten Sachgüter ebenso gezählt und gewogen werden. Man kann von 1000 Arbeitsstunden, 100 Arbeitern, 20 Webstühlen, 10 Ballen Baumwolle usf. sprechen.

Auf diese Weise entsteht eine nur nachträglich, nur mittelbar mengenhafte Bestimmtheit der Güterwelt; und diese mittelbare mengenhafte Bestimmtheit ist auch die Grundlage für Maß und Zahl bei Tausch und Preis. Kommen z. B. bei sonst gegebener Gliederung der Ziele und Mittel bei einem bestimmten Stande der Landwirtschaft zehn Schafe auf einen Ochsen, so könnte das Verhältnis 10 : 1 die Grundlage (wenigstens die erste annähernde Grundlage) ihres Austausches bilden. Das bedeutet nichts weniger als:

**Maß und Zahl bei Tausch und Preis beweisen nicht die Meßbarkeit der Leistungsgrößen; denn Maß und Zahl ist dabei nichts Erstes und Selbständiges, sondern lediglich ein Abgeleitetes und Mittelbares.** Das Erste und Unmittelbare ist die sinnvolle Gegliedertheit der Leistungen; erst abgeleiteter- und mittelbarerweise ist dieses in sich selbst Sinnvolle und Unmeßbare auch als ein Mengenmäßiges, ein Quantifiziertes zu bestimmen. Aber erklärt kann es nicht mengenmäßig werden, sondern nur aus dem Wesensverständnis der Ganzheit und ihrer Gliederung heraus. — Wir können das Vorstehende folgendermaßen zusammenfassen:

Die im Laufe der Wirtschaft auftretenden Mengenverhältnisse sind nur Ausdruck und Anzeiger der sinnvollen Gliederung der Wirtschaftsmittel, nicht aber Maß der Leistungen. Daraus folgt, daß die Leistungsgrößen (Intensitäten) nicht meßbar, nicht selbst quantifizierbar sind.

Über die Unverbrauchlichkeit siehe S. 232.

### c) Unterschied von Wert und Preis.

Gibt es jetzt noch einen Unterschied von Wert und Preis? Die Antwort darauf lautet: keinen wesenhaften, nur noch einen stufenmäßigen. Wert und Preis sind wesensgleich und dasselbe, aber auf anderer Stufe der Ausgliederung.

„Wert“ ist die Leistungsgröße innerhalb des Eigenlebens eines Gebildes. Es gibt nur einen Wert für meinen Betrieb und meinen Haushalt oder für Robinson; aber das Verhältnis, das sich ergibt, wenn dasselbe Gut einen Betrieb oder Haushalt verläßt, also im weitesten Sinne auf den „Markt“ tritt, und damit auf einen überindividuellen, einen übergebildlichen Zusammenhang angewiesen ist, ist ein neues und heißt Tausch oder Preis.

Diese Überlegungen zeigen auch, daß die Bildung der Leistungsgröße im eigenen Gebilde (Haushalt, Betrieb usw.) und im höheren Zusammenhange vieler Gebilde nicht unmittelbar dasselbe ist wie das Rechnen mit Leistungsgrößen und Preisen. Wertbildung und Wertrechnung sind nicht dasselbe. Die Gesetze der Wertrechnung sind wieder von be-

sonderen Bedingungen abhängig. Wie wir sahen, sind diese: die Leistung des Gebildes als solche, d. h. die Gesamtleistung oder der Leistungsstand; und die gliedhafte Zuordnung des Anteils der einzelnen Leistungen an diesem Gesamtstande. Das geschieht nach dem Grundsatz der Gleichwichtigkeit.

Weiteres darüber siehe S. 234 ff.

## 5. Objektiver und subjektiver Wert

### a) Das Wertrechnungsgesetz auf Grund der Gleichwichtigkeit.

Der universalistische Systemgedanke fordert, daß die Wert- und Preiserklärung von dem Satze ausgehe: Leistung ist vor Wert, Leistung ist vor Preis. Überall wo die Theorie mit Wertgrößen und Preisen selbst den Anfang macht, ist sie auf dem Irrwege, überall wo sie mit Leistungsgliederungen den Anfang macht, auf dem richtigen Wege.

Unsere Untersuchung führte uns zu der Einsicht, daß die von allen individualistischen Schulen geübte Abstraktion einzelner Leistungsgrößen, einzelner Güterwerte, einzelner Preise, mit denen sie die Untersuchung beginnen, wesenswidrig ist<sup>10</sup>. Denn der Leistungsstand von Gebilden ist überall das allein Wirkliche.

„Wirtschaftlicher Wert“, „wirtschaftlicher Güterwert“ ist daher im objektiven und subjektiven Sinne zu verstehen. Im objektiven Sinne bedeutet er die Leistungsgrößen im Gebilde (sei es im Gebilde eines einzelnen Wirtschafters, sei es vieler); im subjektiven Sinne bedeutet er a) deren Wichtigkeit für die Personen, b) die Schätzungen jener objektiven Leistungsgrößen durch die Person der Wirtschaftler. (Von der Leistungsgröße der Glieder im übergebildlichen Zusammenhange, dem Preise, werden wir erst später zu sprechen haben.)

Wenn nun nicht die einzelne Leistungsgröße, sondern der Leistungsstand der Gebilde das Erste ist, dann kann auch die Wertschätzung der einzelnen Leistung durch den einzelnen Wirtschaftler nicht am Anfange

---

<sup>10</sup> Darum führt das von den individualistischen Klassikern geübte und von Menger ausdrücklich verkündete Verfahren der „abnehmenden Abstraktion“ oder „zunehmenden Determination“ — darin bestehend, daß man von Robinsonen, Schiffern auf hoher See u. dgl. ausgeht und durch „Auffüllen“ mit Erfahrungsstoff beim geschichtlich-empirischen Wirtschaftler endet — zu grundsätzlich falschen Ergebnissen! Nicht das Verfahren zunehmender Auffüllung der abstrakten Ausgangsbegriffe mit Erfahrung ist falsch, sondern die Ausgangsbegriffe selbst sind falsch. Sie beruhen auf falscher Abstraktion. Denn die isolierte, absolut ungliedhafte „einfache Wirtschaft“ eines Subjektes kann sich bei keiner wesensgemäßen Vereinfachung ergeben; vielmehr ist es die geschichtliche Ausgliederungsordnung einer Wirtschaft, von der man grundsätzlich auszugehen hat. Siehe „Tote und lebendige Wissenschaft“. 3. Aufl. 1929. S. 15 ff.

der Theorie stehen. Die Wertschätzungen der einzelnen Wirtschaftler sind nicht die Grundtatsache, von der die Theorie auszugehen hat; vielmehr sind die Gliederungen des Leistungsstandes der Gebilde das Erste, und ihre richtige Erkenntnis, ihre Schätzung ist das aus jener sachlichen Gestaltung erst Abgeleitete! „Schätzung“, „Psychologie der Schätzung“, Schwierigkeiten (übliche Irrtümer, Gefahren) der Schätzungen kommen als Hilfsbegriffe gewiß in Betracht, stehen aber nicht in der Mitte der Erklärung. Der Wirtschaftler hat den Gliederbau der Leistungen stets vorgegeben, er muß die Sachfordernisse dieses Gliederbaues erkennen und **ablesen**, um sich in ihn einzugliedern oder ihn umzugliedern. Die innere Psychologie der Schätzungen ist infolgedessen nur noch nebensächlich. Das lehrt denn auch überall die Erfahrung. Der Unternehmer beurteilt Leistungsgliederung und Leistungsstand seines Betriebes (gemessen an den höheren Gebilden, den Märkten, der Volks- und Weltwirtschaft), der Werkstättenleiter Gliederung und Stand seiner Abteilung, der einzelne Arbeiter, der einen Beruf wählt oder sich verdingt, Gliederung und Stand der für ihn in Betracht kommenden Betriebe und Geschäftszweige, der Staatsmann seiner Volkswirtschaft (denn gegenüber den weltwirtschaftlichen Anforderungen ist er Vertreter seiner Volkswirtschaft); ebenso aber die Hausfrau ihres Haushaltes. Und erst vom jeweiligen Gesamtstande der Gebilde aus steigen alle Wirtschaftler zur Beurteilung der einzelnen Güter und ihrer Leistungen herab. Ganz allgemein folgt daher: Überall kann nur vom Ganzen auf das Einzelne herunter geschätzt werden, niemals vom Einzelnen zum Ganzen hinauf. Darum gilt auch insbesondere: niemals geht die Schätzung ihrem Wesen nach auf Subjektivität, niemals geht die Schätzung den Weg vom Subjektiven zum Objektiven; sondern umgekehrt vom Objektiven zum Subjektiven. Wo man auch in der Wirtschaft hinblickt, überall wird sich dasselbe zeigen: Der Leistungsstand des Gebildes ist das Erste, die Größe der einzelnen Leistung ist das Abgeleitete. Von der Leistung aus wird erst die Leistungsgröße bestimmt. Es ergeben sich folgende Sätze:

Ganzheit der Leistungen geht vor einzelner Leistung (Gebilde geht vor Glied).

Leistung überhaupt geht vor Leistungsgröße.

Ganzheit der Leistungsgröße (Gesamtleistung, Leistungsstand des Gebildes) geht vor Leistungsgröße des einzelnen Gliedes.

Das sind die Sätze, die von der Leistungslehre zur Leistungsgrößenlehre, von der sachlichen Wirtschaftslehre zur Wert- und Preislehre oder Wirtschafts-Rechenlehre führen und überall die Richtung von oben nach

unten wahren, der Urwahrheit gemäß, daß das Ganze überall vor dem Teil ist.

Wie verhalten sich nun diese Einsichten zu dem Satz der Grenznutzenlehre: „Die Güter werden nach dem Grenznutzen geschätzt?“ Aus dem Bisherigen ergibt sich die Antwort darauf ohne weiteres: Es gilt nicht der Satz: „Die Güter werden nach dem Grenznutzen geschätzt“, denn Güter werden niemals von einzelnen Teilnutzen aus geschätzt, auch gibt es, wie sich früher zeigte, in aller Regel keine Grenzgrößen<sup>11</sup>; vielmehr gilt der Satz:

Die Güter werden vom Leistungsstande des Gebildes aus, und zwar nach Gleichwichtigkeit geschätzt (I); anders ausgedrückt: die Güter werden als Glieder einer Gesamtleistung nach Gleichwichtigkeit geschätzt. — (Über die hier noch nicht in Frage kommende „Vertretbarkeit“ später.) — Zu diesem Satze ist ferner, nach dem früheren, ein die Veränderungen der Wirtschaft ins Auge fassender hinzuzufügen:

Nach Maßgabe der Umgliederung des Gebildes treten an die Stelle der Gleichwichtigkeit Mehrwichtigkeit und Minderwichtigkeit (II).

b) Welche Mengeneinheit liegt jeweils den Wertungen zugrunde?

Das Grenzrechengesetz der Mengerschule, wonach angeblich die Wirtschaft mit Grenzwerten rechnen soll, ist in unseren Sätzen verschwunden. Vielmehr sind es Gesetze richtiger Gliederung und richtiger Gliedergrößenbestimmung, Gesetze, die vom jeweiligen Ganzen zum jeweiligen Gliede heruntersteigen, nach denen man in der praktischen Wirklichkeit wirtschaftet und rechnet.

Wir lassen den zweiten Satz beiseite<sup>12</sup> und wenden uns dem ersten Satze zu, wonach die Güter nach Gleichwichtigkeit geschätzt werden. Aus ihm ergeben sich noch weitere Folgesätze.

a) Die Grenznutzenlehre behauptet, daß bei größerer Menge der Güter der Grenznutzen und damit der Wert des einzelnen Gutes allgemein fällt. Das ist nicht richtig. Geht man nicht von Gütermengen (was falsch ist), sondern von Leistungsständen aus, so gilt:

Ist der Leistungsstand des Gebildes ein höherer, so werden die Leistungen (Leistungszweige, Glieder, Güter) nach Gleichwichtigkeit höher geschätzt; ist der Leistungsstand ein niedriger, so werden sie niedriger geschätzt.

<sup>11</sup> Siehe oben S. 210.

<sup>12</sup> Vgl. Tote und lebendige Wissenschaft. S. 271 ff.

Der Leistungsstand eines Gebildes bestimmt sich allerdings nicht allein aus sich selbst, sondern vorerst aus seinem höheren Gebilde. Stets hängt die Gültigkeit eines Gliedes (nach Gleichwichtigkeit) an der des Gebildes; die des Gebildes (nach Gleichwichtigkeit) an der des höheren Gebildes und so fort bis hinauf zu den höchsten Ganzheiten, zur Volks- und Weltwirtschaft. Das bedeutet, daß man sich an die Gliedhaftigkeit als solche, nicht an die „Anzahl“ halten muß. Es gibt nur im uneigentlichen Sinne eine „Anzahl“! Dieser Begriff schon ist willkürlich, denn welche Einheit soll gelten? Soll ein Sack Mehl, ein Ballen Baumwolle oder ein Gramm davon, ein Stück oder ein Schock die Mengeneinheit sein?

Wird der Leistungsstand eines Gebildes an „vielen“ Gliedern hängen, so gelten alle Glieder viel (nämlich so viel wie der ganze Leistungsstand); wird er an wenigen hängen, so gelten diese wenigen Glieder wenig (nämlich ebensoviel wie der ganze Leistungsstand) — nach Gleichwichtigkeit. Stets muß die ganze Leistung des Gebildes in den Gliedern erscheinen! Dieses Ergebnis widerspricht dem Grenznutzensgesetz. Nach ihm soll ja der Wert eines Gutes (eines Gliedes, einer Leistung) um so kleiner werden, je zahlreicher die leistenden Glieder (Güter) sind, je mehr Leistungen zuwachsen. Genau gesehen, erweist sich das aber als unrichtig. An dem Nilwasser der Pharaonen hing die Ernte des ganzen Landes — natürlich nicht an einem Tropfen, einem Liter, aber an jener größeren Menge, die den Leistungsstand, die Ernte des Landes verändert. Bei einem Präzisionswerkzeuge hängt dagegen an dem Teilchen eines Millimeters alles. Was „viel“ oder „wenig“ ist, muß von der Gliedhaftigkeit her bestimmt werden, es ist nicht von sich aus, ist nicht mechanisch gegeben.

Für diesen theoretisch wie praktisch so wichtigen Fall noch einige Beispiele:

Bei einem großen Kessel von 100 Atmosphären Druck kommt es einerseits auf ein paar Kilo Eisen nicht an, andererseits, nämlich bei den Armaturen (Ventilen), auf Tausendstel von Millimetern. — Bei einer großen Kreditvermittlung kommt es auf die Zahl der Arbeitsstunden des Agenten nicht an, aber vielleicht auf das letzte entscheidende kluge Wort, das die Vermittlung zustande brachte. — Schließlich erledigt sich also jedes Beispiel nach Art eines Präzisionswerkzeuges oder einer Arzneikur: das Kleinste kann entscheiden und gilt viel. — Dafür noch ein letztes Beispiel. Ist für eine Hausfrau der Leistungsstand des Gebildes „Obstverwendung“ ein sehr hoher, verwendet sie dazu z. B. viele Äpfel, so ist es in gewissem Sinne wohl richtig, daß an dem einen Apfel „wenig liegt“; aber doch offenbar nur dann, wenn von ihm der Leistungsstand, auf den es ankommt, nicht abhängig gedacht wird; also dann, wenn ungenau zugemessen wird. Man denke sich den Obstgenuß gleich einer Arznei genau zugemessen, so muß man sagen: daß der ganze Arzneigenuß notwendig sei, daher an jedem einzelnen Fläschchen die ganze Kur (der ganze Leistungsstand des Gebildes) hängt. Wird die Verwendung wirklich als eine geschlossene Einheit, als ein Gebilde festgehalten: dann ist alles gleichwichtig und kann nichts entbehrt werden. Erst insofern Ungenauigkeit herrscht und die letzten zweifelhaften mengenmäßigen Aufwendungen in Frage kommen (wie etwa ein Tropfen aus einer großen Arzneiflasche, ein Eckchen

eines Dachziegels an einem Hause), kann eine mindere Schätzung eintreten, aber nur, weil hier die technische Ausführung des Gebildes nicht absolut genaue Abmessungen verlangt. — An diesem Beispiele erkennt man abermals die Willkür der „Stückelung“, welche die Grenznutzenschule vornimmt (vgl. oben S. 221). Erst jene Beiträge, die zur Erreichung eines bestimmten Leistungsstandes infolge ihrer Gliedhaftigkeit nötig erachtet werden, kommen für die wirtschaftliche Schätzung als Mengeneinheiten in Frage, nicht aber mechanische Mengeneinheiten.

β) Auch diese Bestimmungen der Gültigkeitsgrößen können lediglich unter jenen Vorbehalten erfolgen, die aus der nur mittelbaren und nur unvollständigen Rechenbarkeit der Wirtschaft sich ergeben.

γ) Damit kommen wir zu einer entscheidenden Folgerung: **Eine „exakte“, mathematisch begründete Wertrechnung ist grundsätzlich unmöglich.** Jede Werttheorie, die so weit geht, die Wertschätzungen der Wirtschaftler nach mathematischen Gesetzen und Formeln bestimmen zu wollen, macht sich grundsätzlicher Fehler schuldig und will mehr leisten, als der praktische Wirtschaftler selbst je leisten kann — man braucht ja nur an die Unbestimmtheit vieler Bewertungen in den kaufmännischen Bilanzen zu denken, sowie an die grundsätzlichen Schwierigkeiten jeder Kalkulations- und Kostenrechnung. In allen diesen Fällen (d. h. in jeder Preisbildung) hilft man sich praktisch, wie man kann, theoretisch ist Eindeutigkeit ausgeschlossen. Es kann darum nicht unser Ehrgeiz sein, eine solche „Werttheorie“ vorzulegen, welche die Größenbildung der Werte in rechnerischer, mengenhafter Veranschlagung eindeutig darstellt.

## 6. Die innere Wertentfaltung im Gliederbau der Leistungen auf dem Grunde der Gleichwichtigkeit

### a) Die Mitleistungen und Mitwichtigkeiten.

„Keine Ganzheit schafft allein“ (1); „keine niedere Ganzheit schafft ohne die höhere“ (2); „nichts ist nur Mitte, nichts ist nur Umkreis“ (3); „nichts ist nur in einer Ganzheit Mitte, nichts ist nur in einer Ganzheit Umkreis“ (4).

Diese Sätze der Kategorienlehre<sup>13</sup> müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir die innerste, geheimste Wirksamkeit der Gleichwichtigkeit be-lauschen wollen; wenn wir erkennen wollen, wie aus der Gleichsetzung aller Leistungen, die in der Gleichwichtigkeit liegt, dennoch jene mannig-fache Abstufung der Werte, jene verschiedene Wertigkeit kommt, welche noch vor jeder anderen Verschiedenheit liegt, die in der mengenhaften Ausgliederung der Leistungen zur Erscheinung kommt.

Der Schlüssel zu diesem verborgensten, innersten Bereiche des ganzheitlichen Lebens ist in den angeführten Sätzen gegeben. Sie lehren uns:

<sup>13</sup> Vgl. meine „Kategorienlehre“. Jena 1924. S. 251 ff.



daß wir den Gliederbau der Leistungen rein ideell verstehen und uns aller stofflichen, aller mechanischen, aller materialistischen Vorstellungen dabei durchaus begeben müssen. Kein Glied ist allein dadurch bestimmt, daß es sich selbst gleich ist (Identität), sondern vielmehr dadurch, daß es in einem höheren Ganzen nochmals enthalten, in ihm „rückverbunden“ ist, daß es nochmals ein Sein darin hat (Selbfremdheit, Rückverbundenheit)<sup>14</sup>.

Dieses „gleichzeitige mehrfache Gesetzsein“ ein und desselben Gliedes im Gliederbau der Wirtschaft ist näher durch folgende Punkte bezeichnet:

1. Der Gliederbau der Leistungen ist bestimmt durch die Teilinhalte (Teilganzen, Leistungszweige)<sup>15</sup> und durch die Stufen<sup>16</sup>. 2. Damit sind bestimmte Vorrangverhältnisse gegeben<sup>17</sup>. 3. Der Gliederbau der Leistungen ist ferner bestimmt durch die Grundtatsache gleichzeitig mehrfacher Gliedhaftigkeit, d. h. dadurch, daß ein Glied in mehreren Leistungszweigen zugleich Glied sein kann (wie auch Satz „4“ oben ausdrückt: „Nichts ist nur in einer Ganzheit Mitte, nichts ist nur in einer Ganzheit Umkreis“).

Führen wir uns den eben dargestellten Bau der Wirtschaft vor Augen, wie er durch Stufen, Teilinhalte und gleichzeitig mehrfache Gliedhaftigkeit bestimmt ist, so erkennen wir: In dem ideellen Leistungsbau der Wirtschaft hat jede einzelne Leistung, trotzdem sie zahlenmäßig als eine einzige bestimmt ist, mehrfaches Dasein; sie erscheint mehrfach oder kann wenigstens mehrfach erscheinen.

Mit dieser Erkenntnis halten wir den Schlüssel zu dem Geheimnis der inneren Wirksamkeit der Gleichwichtigkeit in der Hand.

Das vielfältige, das zugleich mehrfache Sein einer und derselben Leistung führt von der Gleichwichtigkeit der Leistungen zur Vielfachheit des Gleichwichtigen und damit zur Bildung ungleicher Wertgrößen. Den gleichen Wichtigkeiten (Werten) aller Leistungen entsprechen, so können wir auch sagen, verschieden oftmalige Mitwichtigkeiten, den Leistungen, durch verschieden oftmalige Gesetztheit, verschieden oftmalige Mitleistungen.

Diesen Vorgang nennen wir die „innere Wertentfaltung“ in der Ausgliederung der Leistungen.

Das mehrfache Mitgesetzsein einer und derselben Leistung, oder, was

<sup>14</sup> Vgl. meine „Kategorienlehre“. Jena 1924. S. 218ff.

<sup>15</sup> Nämlich, Gemeinschaftsreife, Vorreife, Hervorbringungsreife.

<sup>16</sup> Nämlich: Weltwirtschaft, Volkswirtschaft, Betrieb, Haushalt.

<sup>17</sup> Die höhere Stufe hat den Vorrang vor den niederen, bestimmte Teilganze, zum Beispiel Gemeinsamkeitsreife und Vorreife (Kapital höherer Ordnung, Erfindung, Lehren) haben den Vorrang vor den anderen Teilganzen. Nähere Erklärung siehe Tote und lebendige Wissenschaft. 1929<sup>3</sup>. S. 84ff.

dasselbe ist, ihre Mitleistungen, ihre Mitwichtigkeiten, sind durch folgende Sätze bezeichnet:

1. Die höherstufigen Leistungen erscheinen in allen tieferen Stufen wieder, sie leisten in ihnen mit, sind in ihnen mitgesetzt. Beispiel: der Handelsvertrag (Kapital höherer Ordnung auf weltwirtschaftlicher Stufe) erscheint in den Ausführungsverordnungen und Anwendungsvorschriften für die Zollverwaltung und Eisenbahnverwaltung wieder (Kapital höherer Ordnung auf volkswirtschaftlicher Stufe); so geht es in die tieferen Verwaltungsstufen hinab (z. B. örtliche Zollfreilager, Kapital höherer Ordnung auf gebietswirtschaftlicher Stufe) und äußert sich schließlich in den Betriebsorganisationen (Kapital höherer Ordnung auf Betriebsstufe). — Ähnlich: das Weltpatent; das nur für Volkswirtschaften und Gebiete geltende Patent (zwischenstaatliche Patentverträge; innerstaatliche Patentgesetze; Abmachungen der Kartelle usw. über Gebiete der Patentanwendung).

2. Die vorgeordneten Teilganzen erscheinen in den nachgeordneten Teilganzen wieder. Je nach ihrem Stufenwert wird sich dieses Wiedererscheinen auch in den tieferen Stufen wiederholen. Wir sehen aber im folgenden vom Stufenbau ab und nehmen als Beispiel Vorgänge gleicher Stufe, nämlich der Volkswirtschaft.

Das Kapital höherer Ordnung erscheint in der Vorreife; die Vorreife in der Hervorbringungsreife. Die Leistung des Kapitals höherer Ordnung „Handelsvertrag“ erscheint in jeder Lieferung, jeder Warenerzeugung für das Ausland wieder. Das Kapital höherer Ordnung „Patentrecht“ erscheint auf dem Gebiete der Vorreife (Erfindung) im Patent wieder; das Kapital höherer Ordnung „Wechselrecht“ im Kreditgeschäft (Marktreife des Geldes), im Handel (Marktreife der Ware), auf den Märkten zwischen den Leistungszweigen der Hervorbringungsreife (nämlich der Stoffreife, Zeitreife, Ortsreife) und ihren verschiedenen Phasen (Rohstoffe und fertige Güter). — Ebenso die Vorreife. Wie das Kapital höherer Ordnung erscheint auch der Erfindergedanke und die technische Ausbildung in allen Anwendungen wieder, also bei jeder Warenherstellung, jedem Handelsgeschäfte usf. — Desgleichen erscheint die Kreditgewährung (Marktreife des Geldes, z. B. durch die Bank, die Geldeinlagen sammelt und das Kapital oder ihren eigenen Kredit den Bedürftigen zuwendet) in den Handelsgeschäften oder Erzeugungsgeschäften (Hervorbringungsreife) wieder; ebenso erscheint das Handelsgeschäft in den Erzeugungszweigen wieder, die davon betroffen werden (denn der Absatz, welchen der Handel der Ware gewährt, sichert, bestimmt erst ihre Erzeugung).

Wir brauchen diese Beispiele nicht weiter zu vermehren, denn sie

lassen sich für jeden, der in die ganzheitliche Denkweise eingedrungen ist, mühelos jedem beliebigen Gebiete der praktischen Wirtschaftserfahrung entnehmen. Unsere beiden Sätze „die Leistungen der vorgeordneten Teilganzen erscheinen in den nachgeordneten wieder“ und „die Leistungen auf vorgeordneten Stufen erscheinen in den nachgeordneten wieder“, sind damit in ihrer grundlegenden Bedeutung für das Hindurchgehen des Vorgeordneten durch das Nachgeordnete, für das Hindurchwirken durch dieselben, für ihr Mitdabeisein in den späteren, mit einem Worte für das ideelle Mehrfachsein aller vorgeordneten Leistungen in dem Gliederbau der Wirtschaft hinreichend verdeutlicht. Wir können auch sagen: die höheren Stufen „wirken in den niederen mit“; die vorgeordneten Teilganzen „wirken in den nachgeordneten mit“ — ähnlich wie der Erfinder und der konstruierende Ingenieur bei der Arbeit des Eisendrehers ideell „mitwirken“, „mitleisten“, geistig „mit dabei sind“, was sich z. B. darin zeigt, daß der Eisendreher unaufhörlich auf seine Vorlage sieht, auf den Plan, wo die Millimeterstärken der Teile genau aufgezeichnet sind. Es ist der Erfinder, der den Gedanken angibt, es ist der konstruierende Ingenieur, der die Zeichnung für den Eisendreher macht, dem Eisendreher gleichsam unaufhörlich die Hand führt und ihm sagt: „Jetzt ist auf diese Millimeterstärke einzustellen, jetzt auf eine andere usw.“ Erfinder- und Ingenieurleistung sind daher in der Leistung des Eisendrehers geistig mitgegenwärtig, mitwirksam.

Dabei ist zu bemerken, daß die Vorränge mit ihrem „Hindurchwirken“, ihrem „Mitleisten“, ihrem „Mitdabeisein“, ihrem gleichzeitigen Vielfachsein (des Vorgeordneten in dem Nachgeordneten) keineswegs die Gegenseitigkeit aller Leistungen sowie Teilganzen und Stufen aufheben. Vielmehr zeigt sich gerade hier: daß auch die vorgeordneten Leistungen ohne die nachgeordneten nicht wirklich werden können. Der Erfinder kann nicht ohne den Konstrukteur (welcher die konkrete Anwendung vollzieht), dieser schließlich nicht ohne den Eisendreher wirtschaftliche Wirksamkeit erlangen, nicht eine wirtschaftliche Leistung vollziehen. Denn nur die schließliche Anwendung, die Auswirkung aller Arbeiten in der Hand des Eisendrehers führt zur Eingliederung in eine leibhaftige „Wirtschaft“, zur leibhaftigen Gestaltung von Wirtschaft. Der Gliederbau der Wirtschaft muß gegenseitig verwirklicht werden, oder er wird gar nicht verwirklicht. Jede Leistung wird nur vollzogen, so sagten wir früher, indem sie unaufhörlich alle Gegenleistungen empfängt. Und die höhere Stufe ist nicht ohne die niedere wie umgekehrt. Das vorgeordnete Teilganze nicht ohne das nachgeordnete wie umgekehrt. Teilinhalte und Stufen können nur gegenseitig in Leistung treten. — Die Gegenseitigkeit besteht also trotz des Vorranges von

Stufen und Teilganzen. Der Vorrang bedeutet nicht den Verlust der Gegenseitigkeit, weder seitens der vorgeordneten noch der nachgeordneten Leistungsinhalte und -stufen. Es gilt: In den jeweils nachgeordneten Leistungen sind nicht nur die eigenen, sondern auch die vorgeordneten wirksam; die vorgeordneten gelangen erst durch die nachgeordneten zu wirtschaftlicher Wirklichkeit.

Endlich folgt aus den früheren Voraussetzungen der Satz:

3. Jede Leistung kann unangesehen des Teilganzen und der Stufe in mehreren Ganzheiten zugleich Glied sein.

Ob die Leistung dem Teilganzen „Kapital höherer Ordnung“ oder der Vorreife oder dem Kredit oder der Werkerzeugung angehört, macht keinen grundsätzlichen Unterschied. Ebenso wenig der Stufenwert. Zugleich in mehreren Gebilden Glied zu sein, ist vom Vorrang unabhängig. Eine Lampe, die zwei Menschen leuchtet, von denen einer liest, der andere näht, ist zugleich Glied im Gebilde von Genußleistungen (Lesen) und von Erzeugungsleistungen (Schneidern). Ein gemischter Eisenbahnzug vollzieht durch sein Fahren zugleich: Genußleistungen für die Vergnügungsreisenden und Frachtleistungen, die vielen Wirtschaftszweigen angehören. Die Leistung einer Brücke wird zugleich Glied der verschiedensten wirtschaftlichen Gebilde aller Personen und Güter, die sie überschreiten (s. auch S. 230, 233f.).

b) Die Wertbildung.

Indem wir die ideelle Vielfachheit aller Leistungen nach Maßgabe ihrer inhaltlichen und stufenmäßigen Vorgeordnetheit sowie ihrer gleichzeitig mehrfachen Gliedhaftigkeit erkannten, haben wir bereits den Weg von der Gleichwichtigkeit zur inneren Wertentfaltung im Verrichtungsbaue der Wirtschaft zurückgelegt, den Weg von der Gleichwichtigkeit zur Bildung verschiedener Wertgrößen.

1. Jede Leistung erhält nach Gleichwichtigkeit den gleichen Grundanteil. Würde nach Gleichwichtigkeit jede Leistung den Grundanteil 1 erhalten (welche Zahl nur sinnbildlich zu fassen ist, da die Leistungsgröße nicht unmittelbar zahlenmäßig auszudrücken ist), so ergäbe sich, wenn wir vom Stufenbau zunächst absehen, für die Leistungen der verschiedenen Teilganzen (Leistungszweige) folgendes Bild:

Kapital höherer Ordnung. . . . .	1
Vorreife . . . . .	1
Marktreife des Geldes (Kreditgeschäft) . . . . .	1
Marktreife der Ware (Handel) . . . . .	1
Übrige Hervorbringungsreife (Werkreife i. e. S.) . . . . .	1
	5

gleiche Grundanteile

15 \*

Der Übersichtlichkeit halber ist dieses Bild sehr vereinfacht. Wir sehen dabei ab: von der Unterscheidung des Kapitals höherer Ordnung in ursprüngliches und abgeleitetes, von der Unterscheidung der Vorreife in Erfindung und Lehren; von der Unterteilung der Werkreife i. e. S.; und vor allem auch: von der Unterscheidung führender Arbeit und geführter Arbeit; führenden Gutes und geführten Gutes, des Kapitals und Gebrauchs. Diese Unterscheidung wäre nicht nur in der ganzen Werkreife durchzuführen, sondern auch im Kapital höherer Ordnung, in der Vorreife und Marktreife. — Es ist also durchaus willkürlich, daß wir hier gerade 5 Teile aufführen. Würden die Unterschiede in Teilinhalten (Teilganzen) durchgeführt, würde die Unterscheidung des Führens und Geführtseins (Kapital und Gebrauch sowohl in bezug auf Arbeit wie auf Sachgut) durchgeführt und würden dann insbesondere die einzelnen Gütererzeugungen (Zielerreichungen) veranschlagt, welche sich durch die Verfolgung der Leistungen bis ans Ende ergeben, so kämen wir zu sehr großen Zahlen.

In dieser Rechnung herrscht auf Grund der Gleichwertigkeit noch Gleichwertigkeit. Zur Entfaltung ungleichwertiger Größen führen erst die ideellen Vielfachheiten der Leistungen nach Maßgabe ihrer Vorränge. Fassen wir zuerst die Vorränge der Teilganzen (der Leistungszeige) ins Auge, so gilt der Satz:

2. Die Leistungen der vorgeordneten Leistungszeige erhalten so oft ihre Anteile, als sie in nachgeordneten Leistungszeigen wieder erscheinen, als sie in ihnen mitwirken, als sie in ihnen nochmals gesetzt werden.

Für die Wertbildung dabei ergäbe sich folgende Veränderung des vorigen Bildes, wobei alle Vereinfachungen desselben beibehalten werden. Wenn die Leistung „1“ des Kapitals h. O. durch alle nachgeordneten Teilganzen je einmal hindurchwirkt und jede (unverbrauchliche) mitgesetzte Leistung des Kapitals höherer Ordnung mit „(1)“ angeschrieben wird, so ergibt sich folgendes Bild:

Kapital höherer Ordnung . . . . .	1	}	5
Vorreife . . . . .	(1)		
Marktreife des Geldes (Kredit) . . . . .	(1)		
Marktreife der Ware (Handel) . . . . .	(1)		
Werkreife i. e. S. . . . .	(1)		

Die Summe (rechts oben) beträgt dann 5.

Wir schrieben die Summe statt unten oben an, um sie ihrem Ursprungs-orte, hier dem „Kapitel höherer Ordnung“, zuzuordnen, nicht ihrem Endpunkte, hier der „Werkreife“. — Ferner: die Zahl „5“ ist durchaus

willkürlich. Wenn sich eine Kapitalleistung höherer Ordnung milliardenmal auswirkte, könnten ebensogut Milliardenzahlen an ihre Stelle treten.

Ein entsprechendes Bild ergibt sich für die Vorreife. Eine Erfindereistung, „i“ angeschrieben, erscheine in allen nachgeordneten Teilganzen einmal wieder, „(i)“ angeschrieben, die Summe (ebenfalls rechts oben angeschrieben) beträgt dann „4“.

Vorreife . . . . .	1	}	4
Marktreife des Geldes (Kredit) . . .	(1)		
Marktreife der Ware (Handel) . . .	(1)		
Werkreife i. e. S. . . . .	(1)		

Das ließe sich für jedes Teilganze sinngemäß fortsetzen. Das Gesamtbild, das sich dann ergibt, ist folgendes:

Kapital höherer Ordnung . . . . .	1	}	5						
Vorreife . . . . .	1			}	4				
Marktreife des Geldes (Kredit) . . .	1					}	3		
Marktreife der Ware (Handel) . . .	1							}	2
Werkreife i. e. S. . . . .	1								

Die fett gedruckten Zahlen oben zeigen an, durch wie viele Leistungszweige (Teilganze) hindurch die betreffende Leistung kraft ihres Vorranges wirkt, wie oft sie daher ideell gesetzt ist. Sooft sie gesetzt wird, so oft erhält sie den Grundanteil und dadurch eine höhere Wertgröße als jene anderen, welche eine schwächere Vorrangstellung haben und daher ihre Anteile weniger oft ideell vervielfältigend setzen. Da das Kapital höherer Ordnung in jedem nachgeordneten Leistungszweige wiedererscheinen muß, bis zur letzten Handlung und ausführenden Gütereistung der Werkreife, so entfallen darauf 5 Anteile, und es erhält daher den Wert 5; da die Vorreife gleichzeitig in jeder nachgeordneten Leistung wiedererscheinen muß (mit Ausnahme des Kapitals höherer Ordnung, das ja vor ihr steht), entfallen darauf 4 Anteile, daher der Wert 4; da die Marktreife des Geldes (Kredit) in allen nachgeordneten Leistungen wiedererscheinen muß, entfallen darauf 3 Anteile, daher der Wert 3 usw., wie es unser Beispiel darstellt.

Veranschlagen wir auch die Vorränge der Stufen, so ergibt sich:

3. Die Leistungen der höheren Stufen aller Leistungszweige erhalten so oft ihren Anteil, als sie in tieferen Stufen wiedererscheinen.

Jede Leistung erhält danach nochmals Anteile nach Maßgabe ihrer Gesetztheit in den Stufen. Gehört z. B. das Kapital höherer Ordnung der weltwirtschaftlichen Stufe an (Handelsvertrag), so erscheint es nochmals im Kapital höherer Ordnung der tieferen Stufen (Volkswirtschaft: innere Zollverwaltung, Gebiet: Zollamt eines bestimmten Bezirkes usw.)

wieder; gehört die Vorreife der weltwirtschaftlichen Stufe an, so erscheint sie auf den tieferen Stufen wieder (Weltpatent; Ausübung in einer Volkswirtschaft; in den Gebieten und Verbänden der Volkswirtschaft); gehört die Kreditgebung der weltwirtschaftlichen Stufe an, so erscheint sie in den tieferen Stufen wieder (äußere Anleihe gegen innere; die äußere muß erst von der weltwirtschaftlichen zur volkswirtschaftlichen Stufe heruntersinken) usw.

Zahlenmäßig würde sich das, so können wir es schematisch fassen, dahin auswirken, daß der Wert des Kapitals höherer Ordnung, wenn er auf der weltwirtschaftlichen Stufe „5“ betrüge, nun auch auf der volkswirtschaftlichen Stufe einen Wert hinzuerhielte, so daß er 6 ausmache (wenn dabei von Unterstufungen und Vermittlungen abgesehen wird); ähnlich die Erfindung, wenn sie „4“ betrüge den Wert 5, der Kredit den Wert 4 erhielte usf.

Veranschlagen wir endlich noch die vielfache Gliedhaftigkeit, welche eine und dieselbe Leistung zugleich erlangen kann, ohne daß ein Vorrang in Betracht käme, so zeigt sich wieder, was sich schon früher ergab<sup>18</sup>:

4. Alle Leistungen erhalten so oft einen Anteil, als sie in wirtschaftlichen Gebilden zugleich Glied sind, als sie, unabhängig vom Vorrang, mehrfache Gliedhaftigkeit besitzen.

Würden wir der Einfachheit halber nur annehmen, daß jede Leistung zwei Wirksamkeiten in verschiedenen Ganzheiten (zwei Gliedhaftigkeiten) aufweist, so ergäbe sich rund für das Kapital höherer Ordnung nach dem Bisherigen:  $2 \times 6 = 12$ ; für die Erfindung  $2 \times 5 = 10$ ; für den Kredit  $2 \times 4 = 8$  usf. Die Kapitalien höherer Ordnung und überhaupt die vorgeordneten Leistungsarten haben aber in der Regel eine öftere gleichzeitige Gliedhaftigkeit als die nachgeordneten und ausführenden Leistungen. Daher können jene ganz ungleich höhere Werte erlangen. Man begreift, daß man wohl wegen eines Handelsvertrages, der sich millionenfach auswirkt, aber nicht wegen einer noch so wertvollen Lieferung, z. B. von Südfrüchten, einen Krieg führen kann (Beispiel: Cromwells Navigationsakte — Krieg mit Holland).

---

Überblicken wir die verschiedenen Anteile, nach denen die innere Wertbildung in der Ausgliederung vor sich geht, so können wir unterscheiden: 1. die Grundanteile; 2. die Anteile nach Vorrang des Teilganzen; 3. die Anteile nach Vorrang der Stufe; 4. die Anteile nach gleichzeitig mehrfacher Gliedhaftigkeit.

---

<sup>18</sup> Vgl. oben S. 227.

## c) Von der Wertentfaltung zur Preisbildung.

## α) Der freie Spielraum der Preisbildung.

Man vergegenwärtige sich überall, daß unsere Rechnung nur ganz schwach die ungeheuren Unterschiede der inneren Wertbildung der Leistungen und Gebilde auf Grund der Gleichwichtigkeit verdeutlicht. Man wird dann für die unglaublich weiten Spielräume der empirischen Preisbildung, für ihre unglaubliche Freiheit den Schlüssel finden. **Denn der Preis kann alle Mitleistungen mit ihren Mitwichtigkeiten veranschlagen, er muß aber nicht** — solange dabei die Wirtschaft eine richtige bleibt, d. h. solange sie dabei ohne Schädigung weitergehen kann (vgl. S. 235).

Ein Handelsvertrag kann, da er in ungezählten Geschäften mitwirkt, fast grenzenlos hoch gewertet werden, ohne daß die Wirtschaftsrechnung dadurch falsch würde! Ähnlich wie Handelsagenten sich in ihren Abschlüssen oft von jedem verkauften Stück eine „Provision“ ausbedingen, so wäre es auch denkbar, daß von jeder auf Grund des Handelsvertrages durchgeführten Lieferung eine „Provision“ an die Handelsminister zu zahlen wäre. Die Wirtschaftsrechnung bliebe dabei noch immer richtig, aber im Preise wäre eine andere Wirtschaftsentscheidung, die auf die zukünftige Entwicklung einwirkt, getroffen. Da aber festangestellte Beamte den Handelsvertrag machen, sein Preis damit organisatorisch festgelegt ist, kommt jener hohe Wert in aller Regel nicht zur Erscheinung. Dazu bedarf es geschichtlicher Ausnahmestände, wie wir sie etwa bei Condottieri u. dgl. sehen. Es ist also nur eine organisatorisch bedingte Erscheinung, daß zwar der Handelsagent, daß ähnlich auch der Erfinder für jede einzelne Ware, die nach seiner Erfindung angefertigt wird, eine Provision erhalten kann und in diesen Fällen also der Grundanteil tatsächlich immer wieder aufgerechnet wird, daß aber beim Kapital höherer Ordnung ein anderer Vorgang eingeschlagen wird. Immerhin zeigen sich, wie gesagt, auch da Erscheinungen, welche uns das Wertbildungsgesetz nach Gleichwichtigkeit verraten. Ein Condottiere kann für diese wirtschaftspolitische Ordnung der auswärtigen Verhältnisse ungeheure Reichtümer, kann ein ganzes Herzogtum einheimen (s. Wallenstein!), gewöhnlich erhält aber der betreffende Minister nur ein knappes Gehalt. Warum die Wirtschaft, welche Agenten und immerhin oft auch noch Erfindern in einer verhältnismäßig gleichartigen Weise ihre vorgeordnete Mitwirkung bezahlt, hier so ungleich vorgeht, darauf werden wir später noch stoßen.



Die Unbestimmtheit der Wirtschaftsrechnung ist es, was hier auffällt! Die Wertentfaltung aus Gleichwichtigkeit und Mitwichtigkeit zeigt uns aber, daß diese Unbestimmtheit Grenzen, wenn auch weite Grenzen hat. Die ungeheuer weiten Fehlergrenzen der praktischen Wirtschaftsrechnung sind hier theoretisch erklärt. Der Grund, warum jede Wert- und Preislehre scheitern muß, welche die Preisrechnung als echt mathematische behandelt und das eindeutig berechnen will, was auch die praktische Wirtschaft nicht eindeutig berechnen kann, kommt hier abermals zum Vorschein.

β) Die Unverbrauchlichkeit der Leistungen im besonderen.

Das oftmalige ideelle Gesetzsein einer und derselben Leistung in mehreren Stufen, Leistungszweigen und Gebilden führt uns auf die Fragen der stofflich-technischen Mengenverhältnisse der Leistungen (Güter) wie auf die Frage der Unverbrauchlichkeit zurück. Es gilt der Satz:

Einen besonderen Grund für den freien Spielraum der Preisbildung bildet die teilweise oder völlige Unverbrauchlichkeit gewisser Leistungen. Denn die unverbrauchliche Leistung kann bezahlt werden, weil sie eine Leistung ist, sie muß aber nicht, weil sie nicht verbraucht wurde — bei richtiger Wirtschaft. Anders die verbrauchliche Leistung. Wer sie in Anspruch nimmt, muß, soll die bisherige Wirtschaft aufrechterhalten werden, für einen Ersatz sorgen. Ein Glas Himbeerwasser, getrunken, muß ersetzt werden, soll die bisherige Wirtschaft aufrechterhalten werden. Ein Geigenspiel, das 1 Mensch oder 1000 Menschen hören können (das daher in diesen Grenzen unverbrauchlich ist), muß nicht tausendmal ersetzt werden. Der Erfindergedanke muß überhaupt nicht ersetzt werden, er ist völlig unverbrauchlich. (Nebenbei: während einer bestimmten Menge Himbeerwassers ein bestimmtes „Bedürfnis“ vielleicht noch zugeordnet werden kann, kann einer bestimmten Menge Geigenspiels, einer bestimmten Menge Erfinderarbeit keine bestimmte Bedürfnisbefriedigung mehr zugeordnet werden — wodurch allein die Grenznutzenlehre erledigt ist.) — Allgemein gilt der Satz:

5. Das Leisten der höheren Stufe in den niederen sowie der vorgeordneten Teilganzen in den nachgeordneten geschieht nach Weise der Unverbrauchlichkeit.

Die Unverbrauchlichkeit drückt sich in äußeren Maßverhältnissen (Mengenverhältnissen) der Güter nicht unmittelbar aus. Denn wenn ein Handelsvertrag, wenn ein Erfindergedanke grenzenlos oft angewendet werden kann, ohne verbraucht zu werden, so entstehen dadurch keine

äußeren Mengenverhältnisse. Jedoch drückt sich die Unverbrauchlichkeit in der unmittelbaren Ergiebigkeit der niederen Stufen und nachgeordneten Leistungen aus, nämlich darin, ob die nachgeordnete Leistung viel oder wenig vorgeordnete in sich auswirkt und demgemäß viel oder wenig Güter hervorbringt.

Ferner hat die Zahl der gleichzeitigen Gliedhaftigkeiten einer Leistung Einfluß auf ihr mengenmäßiges Vorkommen. Es gilt der Satz:

6. Die mehrfache Gliedhaftigkeit hat dort, wo sich die Leistung in äußeren Maßverhältnissen der Güter ausdrückt, einen mittelbaren Einfluß auf diese Maßverhältnisse.

Gewisse Leistungen, wie z. B. Kenntnisse oder Handelsverträge, drücken sich gar nicht oder nur nebensächlich in äußeren Maßverhältnissen (Mengenverhältnissen) aus. Denn die Arbeitsstunden und die Tinte, die für einen Handelsvertrag gebraucht wurden, nachzurechnen, ist zwar möglich, trifft aber nicht das Wesentliche. Ebenso wenig wie die Erfindung durch die Arbeitsstunden, die zu ihrer Schöpfung führten, gekennzeichnet werden kann. Andere Leistungen aber drücken sich in mengenmäßigen Verhältnissen aus, z. B. kann die Viehzucht unter gewissen Umständen das Mengenverhältnis 10 Schafe auf 1 Ochsen ergeben. — Aber die mehrfache Gliedhaftigkeit hat auf das Mengenverhältnis in der Regel Einfluß. Wir können die Gliedhaftigkeit eines Ochsen gleichzeitig ansetzen etwa: für das Pflügen; für das Verfrachten (als Zuchtier)<sup>19</sup>; für die Fleischerzeugung; die Häuteerzeugung (Gerberei, Ledergewerbe); die Hornerzeugung; die Arzneierzeugung (die „Innereien“ als Rohstoffe der Arzneimittelgewerbe) u. a. m. Durch solche vielfache Gliedhaftigkeit des Ochsen ist zweifellos die mengenhafte Ausgliederung der Viehzucht und ihrer Zweige wesentlich bestimmt. Nehmen wir z. B. an, es würden durch Einstellung eines Motorpfluges auf dem betreffenden Gutshofe den Ochsen die Leistungen des Pflügens, der Bodenbearbeitung und der Verfrachtung entzogen, so ergäbe sich in der Folge die sog. „vielschwache Wirtschaft“; es wird dann nicht mehr das Maßverhältnis 1 Ochse: 10 Schafen aufrechterhalten bleiben, sondern es werden weniger Ochsen gehalten. Die Veränderungen der vielfachen Gliedhaftigkeit wirkten also nicht nur auf die nach Gleichwichtigkeit entfallenden Anteile, sondern auch auf das Mengenverhältnis zurück. (Der Ochse wird dadurch im Verhältnis zur Schafzucht seltener, also

<sup>19</sup> Im genauen Sinne ist mehrfache Gliedhaftigkeit dort vorhanden, wo die eine Leistung gleichzeitig eine andere (für ein anderes wirtschaftliches Gebilde) in sich schließt: die Fleischerzeugung ist zugleich Glied der Ledergewerbe, Arzneygewerbe usw. — Insofern Pflügen und Wagenziehen der Fleischerzeugung abträglich ist, wird das Gut (der Ochse) anderen Leistungen entzogen, es findet daher eine mehrfache Gliedhaftigkeit insofern nicht statt. Davon sehen wir im Obigen ab.

teurer; aber im Verhältnis zur Maschine, die zahlreicher wurde, billiger — welche Preisverschiebungen wir aber an dieser Stelle nicht zu verfolgen haben.)

Die gewonnene Einsicht in die innere Wertbildung durch Häufung der Gleichwichtigkeitsanteile bei den vorgeordneten und den zugleich mehrfach gliedhaften Leistungen; ferner die Einsicht in die nur mittelbare Quantifizierung derselben und in die Erscheinung der Unverbrauchlichkeit, welche sich durchgängig in der mehrfachen Gesetztheit zeigt — das alles lehrt uns die Preisbildungsvorgänge der praktischen Wirtschaft, ihre großen Widersprüche und oft scheinbar ungeheuerlichen Ungleichheiten, wie sie in der persönlichen Erfahrung, in der Preisstatistik und in der Wirtschaftsgeschichte sich zeigen, verstehen.

Damit sind wir schon weit in die Preislehre vorgestoßen, der wir uns nun gründlich zuwenden müssen.

### III. Preislehre

#### 1. Überblick

Unsere Untersuchung ist nun so weit gediehen, daß sie uns einen Überblick über die verschiedenen Gliederungsebenen oder, wie wir sie auch nennen wollen, Ordnungen erlaubt, ohne daß es einer weiteren Begründung bedürfte. Denn auf unserem Wege zeigten sich immer deutlicher die Unterschiede: der Leistungen, der Leistungsgrößen, der mengenhaften Äußerung der Leistungen und schließlich — im übergebildlichen Zusammenhange — der Preise. Daraus ergeben sich verschiedene Gliederungsordnungen, und zwar:

1. die sinnvolle Gliederungsordnung der Leistungen, oder die **Leistungsordnung**;

2. demgemäß auch, als daraus abgeleitet, die Leistungsstände, d. i. die Gliederungsordnung der Leistungsgrößen oder die **Wertordnung**, die nach Gleichwichtigkeit und Wertentfaltung zur Erscheinung kommt;

3. die mengenhaften Äußerungen, in denen sich die Gliederungsordnung der Leistungen darstellt oder die **äußere Aufwandordnung der Leistungen**. Sie entsteht dadurch, daß viele Leistungen eine technisch-stoffliche Unterlage haben, die Ausgliederung der Leistungen daher bestimmte äußere Abmessungen, äußere Maßverhältnisse oder Ausgliederungsproportionen zeigt, z. B. wenn auf einem Gutshofe 10 Schafe auf einen Ochsen kommen. Diese Maßverhältnisse, Abmessungsverhältnisse oder äußeren Ausgliederungsverhältnisse sind als solche nicht greif-

bar, kommen aber in Angebot, Nachfrage, Kosten, Bilanzen u. a. Formen zur äußeren Erscheinung;

4. endlich die auf 1—3 aufgebaute Ordnung der jeweils erscheinenden Preise oder die **Preisordnung**.

Dieser Überblick zeigt, daß es sich die bisherigen Lehrbegriffe zu einfach machten, indem sie nur Wert und Preis unterschieden oder, wie Cassel, nur den Preis allein anerkannten.

Die „mengenhafte Aufwandsordnung“ der Mittel ist als nicht vollständiger, sondern nur durch technische Vermittlung erlangter äußerer Ausdruck der sinnvollen Gliederungsordnung zu verstehen; die Preisordnung ist wieder als abgeleitet von der Aufwandsordnung, daher als zweiter Ausdruck zu verstehen; damit ist sie gegenüber der sinnvollen Ausgliederungsordnung doppelt mittelbar.

Wir unterscheiden diese vier Ordnungsweisen auch als Leistungsebene — Wertebene — mengenhaft-äußere Aufwandsebene oder Ebene der technischen Maßverhältnisse der Leistungen — Preisebene.

Hierdurch fällt gleich anfangs ein helles Licht auf die durchaus vermittelte Art des Preises; daß der Preis also eine bloße Oberflächenerscheinung der Wirtschaft ist, ist eine Erkenntnis, die jeder Lehrbegriff des Preises an den Anfang stellen muß, der den rechten Weg finden will.

## 2. Die äußeren Maßverhältnisse der Leistungen

Der entfaltete Wertkosmos ist dadurch gekennzeichnet, daß er viele unverbrauchliche Leistungen enthält. Unverbrauchliche Leistungen können aber, wie sich zeigte, wohl vergütet werden, müssen es aber nicht. In der Regel werden sie nicht vergütet. Warum?, weil ein Zwang zu ihrem Ersatze, zur Vorsorge für ihre Neubildung im kommenden Wirtschaftsgange im einzelnen nicht vorliegt. Wer Brot essen will, muß, soll der Stand der Wirtschaft aufrecht bleiben, für Ersatz sorgen, wer einen Erfindergedanken, wer einen Handelsvertrag benutzen will, muß, soll auch die Wirtschaft dieselbe bleiben, für Ersatz dennoch nicht sorgen, da nämlich Erfindung und Handelsvertrag unverbrauchlich sind und immer wieder benutzt werden können. (Von allgemeinen organisatorischen Vorsorgen, wie z. B. dem Patentwesen, das einen Preis sichern will, sehen wir hier ab.)

Müßten alle unverbrauchlichen Leistungen vergütet werden, so würde kein Ertrag ausreichen, sie zu bezahlen. Es würden sich geradezu phantastisch hohe Preise für alle Güter ergeben. Wer vermöchte z. B. die Erfindung der Sichel und des Hammers, die aus der Urzeit stammen, wer die Ordnungsleistung der Wirtschaftsmoral, die auf

die christliche Religion zurückgeht, wer die Leistung des Schulmeisters, die z. B. der Leser benutzt, indem er diese Zeilen liest, bei jeder Wirtschaftshandlung mitzubezahlen? Zwar sehen wir in der Geschichte öfters, daß ein Condottiere, eine souveräne Handelskompanie sich das Kapital höherer Ordnung nach Auswirkung bezahlen läßt, wir sehen oft auch in der praktischen Wirtschaft, daß es Kreditvermittlern, Handelsagenten, Patentinhabern gelingt, sich an jeder benutzten Leistung, z. B. an jedem verkauften Stücke in Form einer „Provision“ beteiligen zu lassen. Müßten aber alle unverbrauchlichen Leistungen der vorgeordneten Wirtschaftsteile jedesmal bezahlt werden, so wären sie absolut unerschwinglich.

Daraus folgt, daß der entfaltete Wertkosmos nicht die allgemein wirksame Bedingung der Preisgestaltung ist, daß er nur die Obergrenze bildet, die zwar in einzelnen Fällen, niemals aber als ganze erreicht werden kann. Die praktische Wirtschaft ist vielmehr gezwungen, sich die vorgeordneten Leistungen in höchstem Maße unbezahlt anzueignen, was in Marxischer Sprache ausgedrückt eine Umkehrung der Mehrwertlehre ergibt<sup>20</sup>.

Außer jener ideellen Obergrenze, dem entfalteten Wertkosmos, hat die Preisbildung noch eine Untergrenze oder, genauer gesagt, Anhaltspunkte für eine Untergrenze (denn mathematisch bestimmbar ist weder die Ober- noch die Untergrenze). Diese liegen in den äußeren, d. i. den technisch-stofflichen Maßverhältnissen, den mengenhaften Ausgliederungsproportionen der Wirtschaft, sofern sie nämlich zur Sicherstellung und Fortführung der Wirtschaft in Betracht kommen, was aber immer nur in wechselndem Maße, bei wechselnder Fort- oder Rückbildung, der Fall ist. Die äußeren Maßverhältnisse oder Ausgliederungsproportionen sind aber doch insofern entscheidend, als schließlich alle Güter mit allen Gütern, alle Leistungen mit allen Leistungen, gekauft werden müssen, z. B. alles Eisen, alle Kohle, Baumwolle, Wolle, Kapitalleistungen h. O. usw. gegen alle anderen Güter. Wie geschieht das? Die Hauptgrundlage dafür ist: daß die Leistungen (Güter) nach Gleichwichtigkeit in äußere Mengenverhältnisse zueinander treten. Das gilt es nun näher zu erklären.

Es ergab sich, daß die ausgegliederten Leistungsgebilde erst durch ihre technisch-stoffliche Bedingtheit mengenhafte Abmessungen (z. B. nach Gewicht, Rauminhalt, Stückzahl) erhalten, also nur lückenhaft und nur mittelbar durch Maß und Zahl bestimmt werden<sup>21</sup>. Immerhin sind diese Größenbestimmungen der Wirtschaft sehr wichtig. Die Größen der

<sup>20</sup> Vgl. meine „Irrungen des Marxismus“. Berlin 1931, S. 31ff.

<sup>21</sup> Vgl. S. 217f.

Wirtschaft stehen nämlich nicht chaotisch nebeneinander, sondern ergeben sich durch die Gleichsetzung der Leistungszeige — nach Gleichwichtigkeit, und zwar in dem bestimmten, bedingten Sinne, den wir im folgenden genau festzustellen haben.

Beginnen wir mit einer Betrachtung aus der untersten Stufe, aus der Froschperspektive. Dann zeigt sich z. B. dem Leiter eines durchschnittlichen Wirtschaftshofes einer bestimmten Gegend und Zeit, daß zur Erreichung der üblichen Ziele mit den üblichen Mitteln etwa zehn Schafe auf einen Ochsen kommen. Die Frage ist nun, welche Glieder hier als gleichwichtig betrachtet werden sollen? Ist etwa jedes beliebige Glied, z. B. jedes Schaf gleichwichtig mit jedem Ochsen, weil beide am Leistungsstande des Gebildes mitwirken? Dem ist offenbar nicht so. Man muß sich vielmehr fragen, was jeweils unmittelbar „Glieder“ eines Leistungsstandes (Gebildes) sei? Vom Standpunkte der Ganzheit „Wirtschaftshof“ aus sind die unmittelbaren Glieder die Leistungszeige „Schafzucht“, „Rinderzucht“; erst vom Standpunkte des Leistungszeiges „Schafzucht“, „Rinderzucht“ aus sind die einzelnen Schafe und Rinder die Glieder (auch das nur, sofern von weiteren Einzelheiten, wie Werkzeugen u. dgl. abgesehen wird).

Daraus folgt zur Feststellung dessen, was gleichwichtig ist: Vom Ganzen herabsteigend, darf nicht jedes beliebige einzelne Gut, jede beliebige einzelne Leistung, sondern muß jeder jeweils niedrigere Leistungszeig betrachtet werden. Also: Vom Ganzen ausgehend, sind die Leistungszeige (je als ganze) gleichwichtig; innerhalb jedes Leistungszeiges sind dann wieder die Unterverzweigungen (Unter- oder Zwischenganzten); erst innerhalb dieser sind die einzelnen Glieder, erst innerhalb dieser wieder die Unterglieder je untereinander gleichwichtig. Alles ist nur gleichwichtig, verglichen mit einem Leistungszeige, Gliede, Unterglieder jeweils gleicher Stufe.

Zum Beispiel sei von 30 Schafen jedes zur Erreichung der mit dem Leistungszeige verbundenen Ziele gleich nötig, von drei Ochsen jeder einzelne usw., wie ja auch im physiologischen Organismus die Atmung, der Blutkreislauf, die Verdauung usw. als Leistungszeige (Organsysteme, Teilganze) genommen werden müssen, und erst innerhalb derselben die einzelnen Organe (Magen usw.), erst innerhalb dieser wieder die Teilkörper (Drüsen usf.) und erst dann die Zellen als gleichwichtig in Betracht gezogen werden können.

Um also die Größenbildung auf Grund der Gleichwichtigkeit zu verstehen, muß man festhalten, daß die Gesamtleistung, der Gesamtnutzen (z. B. des Wirtschaftshofes) nicht geradeswegs, daß er nicht unter Überspringung der Zwischenganzten auf die einzelnen letzten konkreten Glieder aufgeteilt werden darf (nicht auf die einzelnen Schafe, die beliebigen einzelnen Arbeitshandlungen, die einzelnen Werkzeuge, die einzelnen Dachziegel usf.; diese sind ja untereinander ganz offenbar nicht gleichwichtig), sondern auf die jeweils unmittelbaren Glieder, d. h. die Unterganzheiten oder Leistungszeige (hier die Schafwirtschaft, die Rinderwirtschaft) und erst von diesen herabsteigend zu

letzt auf die einzelnen Glieder. Innerhalb jedes Gebildes erfolgt die gliederhafte Aufteilung der Gesamtleistung nur auf das, was unmittelbar Glied ist, nach dem Grundsätze der Gleichwichtigkeit.

Darum ist auch nicht in einem Betriebe, der verschiedene Maschinen, Arbeiter, Rohstoffe usw. hat, jede Maschine, jedes Rohstoffquantum (der verschiedensten Stoffe!) gleichwichtig, so daß es den gleichen Preis erlangen müßte, sondern es sind die inneren Leistungszweige, welche in jedem Betriebe gleichwichtig sind. Kämen wie im Gutshofe zehn Schafe auf einen Ochsen, so in jedem Betriebe auf eine Dampfmaschine durchschnittlich 100 Arbeitsmaschinen, so wäre eine Dampfmaschine = 100 Arbeitsmaschinen, weil beide Betriebszweige gleichwichtig sind. In der Wirklichkeit gälte dies freilich nur dann, wenn Eisen und Maschinenbestandteile nur in diesen Betrieben verwendet würden (oder wenn diese Betriebe sich ihre Dampf- und Arbeitsmaschinen samt den Vorerzeugnissen dazu selbst herstellten, ähnlich wie dies von der Schaf- und Rinderzucht annähernd angenommen werden kann, weil sie selbst den Boden beisteuert).

Die Verhältnismäßigkeit des Gliederbaues der Wirtschaft kann aber nur in dem Sinne für die nach Gleichwichtigkeit rechnende Größenbildung in Betracht kommen, als die Ausgliederung auf allen Stufen der Wirtschaft sich entspricht. In einer vollständig ausgeglichenen Wirtschaft würde der gesamte Stufenbau von der Welt- und Volkswirtschaft bis zum Betriebe und zum Haushalte herunter miteinander übereinstimmen. Daß diese Bedingung praktisch nie ganz erfüllt wird, ist klar. Noch wichtiger aber ist eine andere Tatsache: daß die äußeren Maßverhältnisse niemals eindeutig sind — auch abgesehen davon, daß sie ja selbst nur eine mittelbare und sehr lückenhafte Quantifizierung der Wirtschaft darstellen.

Die Gleichwichtigkeit im Sinne einer einfachen Gleichsetzung (Gleichwertung) der Leistungszweige steht, wie der Leser bemerkt haben wird, zunächst im Widerspruche zum verschiedenen Wertgehalte der Leistungszweige, zur Wertentfaltung. Gleichwichtig sind die Leistungszweige nur unter Absehung von ihrem ungleichen Gehalte an Mitleistungen, nämlich unter Absehung von ihrem Enthaltensein in verschiedenen Ganzheiten. Im Leistungszweige „Viehzucht“ z. B. sind die Unterzweige „Schafzucht — Ochsenzucht“ nur dann gleichwichtig, wenn dieser Leistungszweig ganz allein, rein als solcher, d. h. unter Absehung davon ins Auge gefaßt wird, daß Schafe und Ochsen in recht verschiedener Weise im Gutshofe als Ganzem Glied sind, in ihm auf ganz verschiedene Weise enthalten sind, in ihm ganz Verschiedenes leisten (z. B. Verschiedenes für die Düngung, als Zugtiere usw.); daß sie ferner auch in verschiedener Weise in der Volkswirtschaft enthalten sind (z. B. in der Gerberei, der Fleischverarbeitung); und daß sie daher auch ganz verschiedene Mitleistungen enthalten (z. B. die Leistung des Handelsvertrages, nur wenn sie zur Ausfuhr kommen, andernfalls nicht). Nur wenn man von der verschiedenen Gliederhaftigkeit bestimmter Glieder in anderen Gebilden als dem jeweils allein ins Auge gefaßten absieht, er-

gibt sich die Gleichsetzung der Leistungszweige und ihrer äußeren Mengen nach Gleichwichtigkeit.

Dadurch wird die Bedeutung der äußeren Maßverhältnisse nach Gleichwichtigkeit und ihre preisbedingende Eigenschaft zwar nicht vernichtet, aber allerdings wesentlich eingeschränkt. Die wichtigste Folgerung, die sich daraus ergab: daß die durch Gleichwichtigkeit der Leistungszweige entstehenden äußeren Maßverhältnisse nicht eindeutig sind, gilt es nun näher zu untersuchen.

### 3. Die Vieldeutigkeit der äußeren Maßverhältnisse und ihre Folgen

Daß die äußeren Maßverhältnisse der Leistungszweige nach Gleichwichtigkeit auch dann nicht eindeutig sind, wenn bestimmte, gegebene Mengen vorausgesetzt werden, möge an dem Beispiele der Viehzucht näher gezeigt werden. Wenn die Schafe zu den Ochsen bei uns genau 1 : 10 stünden (aber anders z. B. schon in Australien), so stehen doch diese Mengen in je ganz anderen Verhältnissen: 1. zu den übrigen Gebilden (Leistungszweigen) des Gutshofes, in denen sie ja auch gleichzeitig Glied sind; 2. zu den nachfolgenden Wirtschaftszweigen, deren Vorstufe sie sind, für die sie bestimmt sind, von denen sie zuletzt auch endlich gekauft werden. Es verhalten sich dann, um nur einige Beispiele anzuführen:

Schafe: Ochsen als Glieder des Leistungszweiges Viehzucht im Gutshofe (wie 10 : 1);

Schafe: Milch- und Käsegewinnung <sup>21a</sup>	} völlig anders als Ochsen, daher nicht mehr wie 10 : 1;
Schafe: Düngerbildung <sup>21b</sup>	
Schafe: Weidenutzung	

Ferner verhalten sich aber die Schafe auch ganz anders als die Ochsen in folgenden Maßverhältnissen:

Schafe: Fleisch- und Fettverwendung, d. h. die Schafe als Vorphase zu: Fleischerei-, Gasthofs-, Herbergs- und Haushaltswesen — was nicht genau übersehbare Mengenverhältnisse im Vergleiche mit anderen Vorphasen, die ebenfalls mit der Schafzucht gegeben sind, ergibt, nämlich:

Schafe: Wollverarbeitung (Mengenverhältnisse der Schafe zu den Spinnmaschinen, Webstühlen, Färbereien, Bleicherei, Appreturen, deren Vorphase die Schafzucht ist);

Schafe: Gerberei (desgleichen);

<sup>21a</sup> d. h.: es verhalten sich „Schafe“ als Glieder bzw. Vorstufe des Leistungszweiges „Milch- und Käsegewinnung“.

<sup>21b</sup> d. h.: Schafe als Glieder des Leistungszweiges „Düngererzeugung“ — usf. sinngemäß in den folgenden Beispielen.



Schafe: Pelzgewerbe (desgleichen);

Schafe: Arzneimittelerzeugung (insofern die sog. „Innereien“ Rohstoffe für Arzneimittel, gleichwichtig mit anderen Rohstoffen, sind);

Schafe: Hornverarbeitung.

Überall, wohin wir in der Wirtschaft blicken, sehen wir Ähnliches. Brotgetreide ist nicht nur eine Vorstufe der Müllerei, sondern kann auch verfüttert werden und ist dann Vorstufe der Milch-, Fleisch-, Fett-, Häute-, Hörnererzeugung. — Ein Weinberg ist nicht nur Glied der Weinerzeugung, sondern zugleich auch der Obsterzeugung. — In der basischen Stahlerzeugung wird Flußstahl und Thomasschlacke zugleich gewonnen. Diese Erzeugnisse sind aber in vielen anderen Leistungszeigen verwendbar und treten daher als deren Vorstufen (Glieder) zu ihnen allen in ein Mengenverhältnis.

Eine Erzeugung ohne alle Nebenerzeugnisse, Abfälle, Nebenerfolge ist nicht denkbar. Wie keine Verrichtung allein denkbar ist, so auch kein Erfolg allein. Selbst der Lehrer, der dem Schüler das Griechische beibringt, lehrt ihn nicht nur dieses, sondern zugleich damit auch formal-logisches Können (das er später, z. B. als Jurist, verwenden kann); aber auch geistige Disziplinierung, Sammlung, Benehmen lehrt er ihn zugleich — alles verschiedenster Verwendbarkeit und außerdem nur ganz unbestimmt quantifizierbar.

Diese Beispiele zeigen aufs neue: Zum ersten, daß der bestimmte, mengenhaft ausgegliederte Leistungszeig stets mehrere verschiedene Verwendungen (Gliederhaftigkeiten) teils zugleich besitzt, teils nach Wahl finden kann; zum zweiten, daß dadurch das Mengenverhältnis, in das er zu den anderen Leistungszeigen (je nach wechselnder Gliederhaftigkeit) eintritt, teils unübersichtlich, teils uneindeutig wird. Man muß das materialistische Denken in der Volkswirtschaftslehre ganz verlernen! Ein und dasselbe technisch bestimmte Gut ist nicht dasselbe, wenn es in seiner gleichzeitig verschiedenen oder je nach Wahl zeitlich wechselnden Gliederhaftigkeit betrachtet wird. Das geschlachtete Schaf verhält sich zugleich mengenhaft anders zur Fleisch-, Fett-, Arzneimittelverarbeitung, deren Glied es wird; es verhält sich wahlweise anders zur Pelzzeugung oder zur Gerberei, wo eine die andere ausschließt.

Wie groß ist der Irrtum aller jener, die in der Wirtschaft nicht das Unmengenhafte, das Geistige hinter dem Mengenhaften sehen; und die überdies das Mengenhafte nur an sich selbst, nur technisch bestimmen, ohne die himmelweit verschiedenen Verhältnismäßigkeiten zu erkennen, in denen ein und dieselbe technisch-mathematische Größe zu allen anderen Größen nach Maßgabe ihrer verschiedenen wirksamen oder möglichen Gliederhaftigkeiten steht.

Dazu kommt noch ein anderer grundlegend wichtiger Umstand:

daß als wirtschaftliches Mengenverhältnis jedesmal die äußeren Massen nicht nach Gegebenheit, sondern nur nach Maßgabe des Ersatzes in Frage kommen — und zwar entweder eines beharrenden, fortschreitenden oder rückbildenden Ersatzes. Diese

Erkenntnis stieß uns wiederholt auf. Sie ergibt sich notwendig aus dem Zusammenhange und Sinne des bisher entwickelten Lehrbegriffes des Preises. Sie führt u. a. auch zu einer neuen Begründung des fälschlich sog. Begriffes der „**freien Güter**“. Äußerlich genommen träte Wasser, Licht, Luft mit einer unendlichen technischen Menge in das Mengenverhältnis der Güter ein. Das stimmt aber nicht: Wasser, Licht, Luft und ähnliche sog. „freie Güter“ treten jeweils nur soweit in das äußere Mengenverhältnis wirtschaftlicher Güter ein, als ihr Ersatz, als ihre Sicherstellung zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft nötig ist — d. h. als sie sich nicht wie **unverbrauchliche Güter** verhalten. Und zwar ist „Ersatz“ dabei ein nicht genau bestimmter Begriff, sondern verschieden bei gleicher, fortschreitender oder rückschreitender und überhaupt technisch sich ändernder Wirtschaft. Nur so weit also, als z. B. die Sicherstellungsleistungen von Wasserleitungen, Quellenschutz, Lüftungsanlagen usf. mit ihren äußeren Mengen ausgegliedert werden. Die Leistungen von Licht, Luft, Wasser verhalten sich darüber hinaus als unverbrauchliche. Was wirtschaftlich unerschöpflich, unverbrauchlich ist — weil es nicht ersetzt werden muß —, tritt natürlich insofern nicht in das Mengenverhältnis ein (vgl. S. 232 f.).

Bei all dieser Uneindeutigkeit der rechnerischen Mengenverhältnisse ist zu bedenken: daß je nach der wirksamen Verwendung (Gliederhaftigkeit), die im Falle der Wahl unter mehreren möglichen eintritt, ein und dasselbe technische Gut andere Mitleistungen der vorgeordneten Teilganzen und Stufen in sich aufleben läßt. Dasselbe Schlachtvieh, das zur Ausfuhr bestimmt ist, wird die Kapitaleistung h. O. „Handelsvertrag“ enthalten, während das im Inland geschlachtete vielleicht die Kapitaleistung h. O. „Arzneimittelordnung“ enthält, nämlich wenn es mit zur Arzneimittelbereitung verwendet wird.

Wir verstehen nunmehr, warum z. B. die Bewertungsfragen in kaufmännischen Bilanzen, die gerichtlichen Preisschätzungs- und sogar manche Inventarisierungsfragen grundsätzlich nicht eindeutig lösbar sind.

#### 4. Der Vorrang:

##### Führende Mengenverhältnisse und führende Preise

Führt nun solche Uneindeutigkeit nicht zum Chaos? Können die ausgegliederten Mengenverhältnisse der Leistungen noch Anhaltspunkte und Bedingungen der Preisbildung werden?

Der feste Pol in der Erscheinungen Flucht ist hier der Vorrang unter den Mengenverhältnissen.

Unter den vielfachen Mengenverhältnissen, in denen jede Leistung kraft vielfacher gleichzeitiger oder wahlweiser Gliederhaftigkeit steht,

bietet sich jeweils eines als das führende dar! Die Führung, den Vorrang hat: das Mengenverhältnis des jeweils vorgeordneten gegenüber dem nachgeordneten Teilinhalte; das Mengenverhältnis der höheren gegenüber der niederen Stufe; und endlich innerhalb gleicher Teilinhalte und Stufen: das Mengenverhältnis der tätigen gegenüber der leidenden, der zielnahen gegenüber der zielfernen Leistung.

Auf die Preise angewendet, ergeben sich daraus folgende grundlegende Sätze, soweit die Mengenverhältnisse durch ihren Vorrang preisbestimmend sind:

Die Preise für Leistungen der Gemeinsamkeitsreife (Kap. h. O.) haben den Vorrang vor allen anderen Preisen, d. h. sie setzen sich vor andern Preisen durch, sind die logische Voraussetzung dafür, daß andere Preise überhaupt bezahlt werden. — Dieser Satz gilt praktisch nur: soweit eine Preisbildung überhaupt eintritt (s. S. 231f.); und soweit die Preisbildung nicht durch Organisation anders geregelt wird. (Der Minister erhält ein knappes Gehalt, wird aber an der Frucht der Handelsverträge nicht beteiligt usf.)

Die Preise für Erfindung haben den Vorrang vor jenen für Lehren und für die nachgeordneten Leistungen. — Dieser Satz gilt nur, soweit eine Preisbildung für Erfindung überhaupt eintritt, d. h. die Freiheit, unverbrauchliche Leistungen zu vergüten oder nicht zu vergüten, ihm nicht entgegensteht (vgl. S. 232).

Die Preise für Lehren haben den Vorrang vor denen der nachgeordneten Teilinhalte. — Dieser Satz gilt nur, sofern die Organisation nicht anders regelt und sofern die Freiheit, unverbrauchliche Leistungen zu vergüten oder nicht zu vergüten, ihm nicht entgegensteht.

Die Preise für Kreditvermittlung und Kredit (Marktreife des Geldes) haben den Vorrang vor den anderen Preisen der Hervorbringungsreife.

Die Preise für Handelsleistung (Marktreife der Ware) haben den Vorrang vor den nachgeordneten der Hervorbringungsreife, nämlich der Werkreife (Erzeugung).

Die Preise der jeweils zielnäheren Leistungen gleicher Art der Werkreife haben den Vorrang vor jenen der jeweils zielfernen gleicher Art. — Insbesondere dieser Satz gilt nur so weit, als nicht „dynamische“ Kräfte der Wirtschaft anders wirken (z. B. werden in der Rohstoffbearbeitung die Preise oft maßgebend gegenüber jenen der Fertigerzeugung, nämlich dann, wenn dort der Wirtschaftsfortschritt stattfindet: Vorrang der Umgliederung (der „Dynamik“, „Mehrwertigkeit“) vor der Ausgliederung („Statik“, „Gleichwertigkeit“).

Die Preise der jeweils führenden (tätigen) Leistungen haben innerhalb ihrer Teilganzen, Stufen und Leistungsgeschlechter den Vorrang

gegenüber jenen der jeweils geführten (erleidenden) Leistungen. Dieser Satz läßt sich auch in die Form bringen: Die Preise des Kapitals sind vor jenen der Gebrauchsleistungen — aber nur innerhalb der jeweils gleichen Teilinhalte, Stufen und Leistungsgeschlechter. Denn „Kapital“ gibt es nicht nur im Gewerbe (Maschine — mittelbare Leistung), sondern auch in der Gemeinsamkeitsreife: Kenntnisse, Können, Geschick des Unterhändlers für Handelsverträge, Schreibmaschine in seiner Kanzlei u. dgl. sind ebenso „Kapital“, d. h. mittelbare (also in ihrer Weise verhältnismäßig führende, schöpferische) Leistungen. — Ferner gilt:

Die Preise der höheren Stufen haben den Vorrang für jene der niederen Stufen (Weltmarkt vor Binnenmarkt, Binnenmarkt vor Gebiets- und Ortsmarkt; Großmarkt vor Kleinmarkt).

Wichtig ist, zu beachten, daß die angeführten Vorrangsätze nicht allein gelten! Sie werden vor allem von dem Vorrang der Umgliederung vor der Ausgliederung, der „Dynamik“ vor der „Statik“ der Wirtschaft überhöht. Sie werden ferner durch die jeweils verschieden obwaltende Notwendigkeit des Ersatzes und der Sicherstellung durchkreuzt, die bei zum Teil oder völlig unverbrauchlichen Leistungen völlig oder zum Teil unterbleiben kann<sup>22</sup>; und die ferner bei beharrender, fortschreitender und sich rückbildender Wirtschaft anderen Umfanges, sogar anderen Inhaltes ist. Endlich können jene Vorränge von bestimmten Einrichtungen (Organisationen) durchkreuzt werden.

Der Begriff des Vorranges eines Preises vor anderen Preisen, oder, was dasselbe ist, des führenden Preises, mag fürs erste überraschen. Aber finden wir ihn denn nicht im praktischen Wirtschaftsleben deutlich vor? Nur weltfremde individualistische Theorien haben nichts davon bemerkt, daß die praktische Wirtschaft überall kennt: „führende Märkte“, z. B. den Großmarkt gegenüber dem Kleinmarkt, „nach deren Preisen sich die anderen richten“, deren Preise also den Vorrang haben; „führende Erzeugungsgebiete“, „führende Plätze“, sogar „führende Betriebe“, „führende Firmen“, die, wie man (meist übertreibend) zu sagen pflegt, den Preis „diktieren“, „bestimmen“, — was immer den Sinn hat, daß ihre Preise „führen“ und die anderen sich danach irgendwie richten und einrichten müssen.

---

<sup>22</sup> Darauf, daß Güter wie Wasser, Licht, Luft nur in das wirtschaftliche Mengenverhältnis eintreten, sofern Ersatz und Sicherstellung (Wasserleitung, Quellenschutz, Lüftungsanlagen usw.) beteiligt ist, da sich diese Leistungen (sofern unerschöpflich) im übrigen größtenteils wie unverbrauchliche verhalten, wiesen wir früher hin. „Freie Güter“ sind Licht, Luft usw. eben darum nicht. Denn diese (mittelbare) Unverbrauchlichkeit ist nicht unerschöpflich, es sind Aufwände zu ihrer Gewinnung, ihrer Sicherstellung nötig. „Freie Güter“ im strengen Sinne gibt es nicht.

In versteckter und unklarer Form kommt der Begriff des führenden Preises auch in der heutigen Kredittheorie vor, so etwa, wenn der „Einfluß des Kredites“ (nicht nur des Zinsfußes) auf die Warenpreise untersucht wird. Sogar bei Ricardo und seinen Nachfolgern kommt im sogenannten „Gesetz der Rentenpreise“ ein Preis-Vorrang in versteckter Weise zur Geltung. Danach soll — so würden wir in unserem Begriffs-zusammenhange sagen — innerhalb gleichartiger Leistungen das jeweils ungünstige Mengenverhältnis (die „teuersten Kosten“, z. B. die schlechtesten Böden) absolut führend, d. h. allein maßgebend für den Preis sein, wodurch die günstigeren Mengenverhältnisse (bessere Böden usw.) durchwegs eine „Rente“ erhalten sollen.

Über den Begriff der „Rente“, die in Wahrheit eine besondere Vergütung für eine Führerleistung ist, vgl. meine „Haupttheorien“. 20. Aufl. 1930. S. 85ff.

## 5. Weitere Bestimmung des Wesens der Preise

Bisher hielten wir uns noch immer bei den Voraussetzungen des Preises auf, bei den äußeren Maßverhältnissen der Güter, ihrem Ersatz, ihren Vorrängen. Nun wenden wir uns der Natur des Preises selbst zu. Wir müssen da nochmals an den Anfang zurückgehen und frühere Ergebnisse in Erinnerung rufen.

Der Preis pflegt gemeinhin durch den Naturaltausch verdeutlicht zu werden. Wenn ein Ochse gegen zehn Schafe getauscht wird, so pflegt man zu sagen, dann beträgt der Preis eines Ochsen zehn Schafe, der Preis eines Schafes  $\frac{1}{10}$  Ochse. Danach würden im „Tausche“ die Waren aneinander mengenmäßig „gemessen“, „berechnet“ werden. Diese übliche Erklärung des Preises bleibt durchaus äußerlich. Denn der Preis ist nicht bloß äußeres Ergebnis des Tausches, sondern Ausdruck, sinnvoller Ausdruck des Gliederbaues der Leistungen. Als solcher „Ausdruck“ sind Preis wie Tausch zu erklären, nicht als bloße Messung der Waren aneinander.

Ein Grundfehler aller individualistischen Preislehren liegt, wie sich immer wieder zeigte, in ihrem falschen Tauschbegriffe. Dem Individualisten ist der Tausch nur Geben und Nehmen, daher nur das Zusammentreffen von Waren, Geldern, Wertschätzungen, die jeweils schon vor dem Tausche als fertige vorhanden sind, daher nur als Mengenverhältnis bezeichnet sind und die Voraussetzungen für ihr Dasein nur aus sich selbst, d. i. aus dem Eigennutz der Wirtschaftler nehmen. Daher ist diese Auffassung atomistisch, individualistisch und materialistisch-quantitativ. Daher wird ihr endlich der Preis zu einer selbsttätig entstehenden „Resultante“, die durch „Angebot und Nachfrage“, oder durch „Grenzkäufer und Grenzverkäufer“, oder durch „Gleichgewicht“ der aufeinandertreffenden Warenmengen u. dgl. bestimmt wird, eine Resultante, die durch solche „automatische“ Entstehung notwendig mechanische Art annimmt.

Dem Universalismus dagegen ist der Tausch: ein Vorgang der Markt-

reife, ist er der Übergang der Leistungen in einen anderen Verrichtungszweig (Leistungswechsel); und dieser Vorgang des Überganges ist selbst wieder eine Verrichtung, welche den sinnvollen Gegenseitigkeiten (Entsprechungen) unterliegt; das Geld im besonderen, das beim Tausche dabei ist, ist ihm keinesfalls ein bloß neutraler Nenner und Rechenpfennig, sondern selbst ein formendes und schaffendes, den Gliederbau der Leistungen mitgestaltendes Mittel (ein Kapital höherer Ordnung)<sup>23</sup>. Mit oder ohne Geld ist daher der Preis 1. ein Ausdruck des Gliederbaues und ist 2. die Bildung dieses Ausdruckes ein die Marktreife selbst vermittelnder, begleitender Vorgang.

Demnach kommt es nach der organischen Auffassung des Preises auch auf die Unterschiede von „freiem Markt“ mit seinem Gebrauch von instrumentalem Gelde, von „Naturaltausch“ und von „organisiertem Tausch“ nicht entscheidend an. In der Fronhofs- und Feudalwirtschaft z. B. ist der Übergang von Leistungen in die anderen Verrichtungsstufen (d. h. die Entgeltlichkeit der Leistungen der Bauern und Gutsherren, z. B. der Spanndienste gegen Weidgerechtigkeiten) organisatorisch geordnet, nicht aber dem „freien Markte“ überlassen — und doch ist auch hier Tausch, nämlich Vergoltenwerden der Leistungen. Sogar in der kommunistischen Planwirtschaft könnte jene Anordnung, jene Verfügung, die den Übergang der Waren, z. B. von Eisen, in die Eisen verarbeitenden Betriebe regelt, nicht entbehrt werden. Sie ist aber eine arteigene Anordnung, eine arteigene Verfügung — eben darum tritt in ihr die Tauschverrichtung, die Preisbildung wieder auf, wenn auch in einem anderen, nämlich einem organisatorischen, Gewande als beim „freien Markt“. (Die „Anforderungen“ der vielen Betriebe bei dem kommunistischen Oberleiter der Wirtschaft, die nicht voll befriedigt werden können, stellen in ihrer Weise die Nachfrage, die Berichte über das, was zur Verfügung steht, das „Angebot“ dar. Der „Markt“ tritt also in anderer Gestalt wieder hervor.)

Daraus folgt: Der Preis ist nicht bloß Geben und Nehmen, sondern darüber hinaus eine **Wirtschaftsentscheidung** übergebildlicher Art, durch welche die Güter in neue Verrichtungsabschnitte eingeführt werden, was also eine bestimmte Entwicklung der Erzeugung, des Verbrauchs, der Wirtschaft überhaupt bedeutet. Was jemand kauft und verkauft, ist darum auch keine Privatsache, sondern geht zunächst die beteiligten Wirtschaftszweige, zuletzt aber alle an.

Die Haupt- und Schicksalsfrage der Preiserklärung, die sich nun zeigt, lautet: Nach welchen Bestimmungsgründen erfolgt die in der Preis-

---

<sup>23</sup> Vgl. Tote und lebendige Wissenschaft. 1929<sup>3</sup>. S. 278ff.

bildung sich zeigende Wirtschaftsentscheidung in allen jenen Fällen, sei es in Form des sog. „freien Marktes“ oder der Organisation?

Die ganzheitliche Auffassung läßt erkennen, daß in keinem jener Fälle der Wirtschaftler die Voraussetzungen für sein Handeln allein oder auch nur primär aus sich selbst nimmt! Vielmehr handelt er ja stets als Glied, als Glied jener Verrichtungszweige, Betriebe, Haushalte und sonstigen Gebilde; daher kommt das Subjektive der Person des Wirtschaftlers nur mittelbar und abwandelnd, nicht aber erstbestimmend (primär) zur Geltung.

Mit der durchgängigen Gliedhaftigkeit des Handelns der Wirtschaftler ist aber die Antwort auf jene Frage schon grundsätzlich gegeben worden. Sie lautet:

Es treten notwendig jene Bestimmungsgründe der Preisbildung in Wirksamkeit, welche aus den Lebens- und Sacherfordernissen des Gliederbaues der jeweils beteiligten Gebilde folgen; diese Lebens- und Sacherfordernisse müssen von den beteiligten Wirtschaftlern aus dem jeweiligen Gliederbaue abgelesen werden. Der Preis folgt dann aus einer Wirtschaftsentscheidung, welche selbst Ausdruck der jeweiligen Gliedhaftigkeit der beteiligten Wirtschaftler ist und durch diese Gliedhaftigkeit hindurch daher Ausdruck des Gliederbaues der Mittel ist.

Wenn auch dem Wirtschaftler subjektiv an diesem Gliederbaue nichts liegt — was beim freien Wirtschaftler nicht nur, sondern auch bei dem Beamten der Planwirtschaft zutage tritt oder treten kann —, so liegt doch darin, daß Kauf und Verkauf nach Erfordernissen der jeweils ausgegliederten (oder umzugliedernden) Märkte, Betriebe, Gliederbaue mittelbar oder unmittelbar erfolgen muß, ein übersubjektives, ein übergebildliches (überbetriebliches, überhaushaltliches, sogar übervolkswirtschaftliches) Moment, das in jedem Tausche enthalten ist.

Das leuchtet auch aus folgender Erwägung ein.

Es war ein Grundfehler der individualistischen Unterstellung, bei Tausch und Markt stets nur zwei Personen ins Auge zu fassen. Denkt man dagegen an Marktgruppen, Marktverbände, Marktsitten, Marktordnungen, an die Zusammenhänge mehrerer Märkte und die innere Verbundenheit der Geschäftszweige vom Rohstoff bis zum Fertigerzeugnisse, dann versteht man, daß der Einzelne überall nur gliedhaft auftritt und das Ganze als „Kapital höherer Ordnung“ ihm ebenso wie auch allen Unterganzheiten, Kapitalien, Waren, Kaufkräften überall schon gestaltend einwohnt.

## 6. Rückblick

Es ist hier nicht mehr möglich, all den Folgerungen, die sich aus dem Gesagten ergeben, nachzugehen. Daß Angebot, Nachfrage, Kosten nunmehr nicht als Ursprüngliches behandelt werden dürfen, vielmehr nur Äußerungen der Ausgliederung, daher nur Oberflächenerscheinungen sind; daß sie ferner von vorangegangenen Wirtschaftsfolgen abhängen; daß sie nur vermitteln, nur „Ausdruck“ sind; daß auch ihre Maßverhältnisse nicht allein preisbestimmend sind — alles das noch näher zu begründen, würde hier zu weit führen. Das letzte Ergebnis daraus ist: daß die Maßverhältnisse der Wirtschaft nie den Preis selbst bestimmen, sondern grundsätzlich nur Richtpunkte für die Preisbildung sind, und zwar Richtpunkte im Sinne einer Untergrenze, während die entfaltete Wertordnung (s. auch S. 235) jeweils die Obergrenze bildet. Die äußere Aufwandsordnung der Güter ist zwar, wie sich zeigte, eine der Grundlagen der Preisbildung, aber nicht ursprünglicher und unmittelbarer Preisbestimmungsgrund. Die Preisbestimmungsgründe, wie wir sie bis jetzt auf dem Grunde des Satzes „Leistung ist vor Preis“ kennenlernten, stellen sich dann anders dar.

1. Die Preise schwanken zwischen einer Obergrenze und einer Untergrenze. Beide Grenzen sind überdies nicht mathematisch eindeutig gegeben.

Die **Untergrenze** besteht darin: daß die Leistungen (Güter), welche man zur Eingliederung in das eigene Gebilde erwirbt (kauft), ersetzt werden müssen, falls es sich nicht um unverbrauchliche Leistungen (Güter) handelt, welche ja durch ihre Eingliederung in das eigene Gebilde nicht weniger werden (z. B. der Erfindergedanke, die Bauordnung), die daher — der Untergrenze nach — im konkreten Falle umsonst erworben werden können. Die Untergrenze wird also durch die Lebenserfordernisse des Gliederbaues der Leistungen bestimmt. Daher ist auch der „Ersatz“ nicht im technischen Sinne bestimmt, sondern je nach Beharrung, Fortbildung oder Weiterbildung der Wirtschaft werden gleiche, höhere oder mindere Ersätze zu leisten sein. Wenn wir „Ersatz“ ungenau mit „Kosten“ wiedergeben, so heißt das: die untere Grenze des Preises kann für unverbrauchliche Güter (Leistungen) auf Null sinken, für verbrauchliche ist sie mit den Wiederherstellungskosten bezeichnet: die aber entweder gleiche Kosten, Überkosten oder Unterkosten darstellen je nach Beharrung, Fortbildung oder Rückbildung der Wirtschaft. Darin liegt: daß mit der Preisbildung zugleich eine Wirtschaftsentscheidung verbunden ist — eben weil sie Ausdruck einer Gliederungstat ist. Eine solche muß aber entweder die alte Gliederung bestätigen oder eine Umgliederung einleiten (und ferner richtig oder unrichtig sein).



Eine Mittelstellung zwischen verbrauchlich und unverbrauchlich findet sich bei jenen Gütern, die zwar im technischen Sinne verbrauchlich sind, sich aber immer wieder — vergleichsweise wenigstens — von selber einstellen, von selber ersetzen, wie fließendes Wasser in einer Quelle, frei zuströmende Luft usw. In demselben Maße, als das zutrifft — also nur vergleichsweise, nur bedingt —, haben diese Güter die Art unverbrauchlicher Güter, und es müssen nur die Leistungen ihrer Sicherstellung (Quellenfassung, Lüftungsanlagen usw.) ersetzt werden, nicht sie selbst. — Eine ähnliche Stellung nehmen z. T. die Nebenerzeugnisse ein.

Im Falle der Ersatznotwendigkeit der zu erwerbenden Güter sind die äußeren Maßverhältnisse maßgebend als Leitfaden für die Untergrenze — während der Ersatz der nicht notwendig zu ersetzenden, d. h. die Bezahlung auch aller unverbrauchlichen Güter die (übrigens unerschwingliche) **Obergrenze des Preises** bildet.

2. Die Möglichkeit, den Preis der Untergrenze oder einen höheren Preis zu zahlen, hängt von den früheren Leistungserfolgen (Ergiebigkeiten) der Wirtschaft ab, und zwar der eigenen nicht nur, sondern auch der fremden. War die jetzige Ergiebigkeit gleich hoch wie die frühere, so kann die bisherige Untergrenze (oder allgemeiner: der bisherige Preis) bezahlt werden; war sie geringer, so können nur geringere Preise als früher bezahlt werden, welche aber keinen vollen Ersatz des Verbrauchten in sich schließen und daher zur Rückbildung der Wirtschaft führen; war sie dagegen größer, so können größere Preise gezahlt werden, die zur Fortbildung der Wirtschaft führen. Allgemeiner gefaßt ergibt sich daraus die Frage: Welche Preise werden von Überschüssen der Wirtschaft gezahlt? (Die Bewegung der Überschüsse, ob sie gleich, größer oder kleiner waren, ist dann unwesentlich.) Darauf ist zu antworten:

3. Aus Überschüssen können Preise über die Untergrenze hinaus gezahlt werden:

a) für die unverbrauchlichen Leistungen vorgeordneter Art; b) für die vorgeordneten Leistungen überhaupt, d. h. für die Leistungen nach Maßgabe jener Vorränge, die sich durch Teilinhalt und Stufe hindurch ergeben (soweit sie nicht nach „a“ schon als unverbrauchliche bezahlt sind).

a) und b) heißt aber nichts weniger als: Preisbestimmung nach Maßgabe der entfalteteten Wertordnung, d. i. nach der Höchstgrenze. Diese kann nur teilweise erreicht werden (s. oben S. 231ff., 235f. u. ö.).

Den ursprünglichen Vorrängen reihen sich die abgeleiteten Vorränge oder „Vorränge zweiter Ordnung“ an, das sind jene innerhalb

der jeweiligen Teilganzen und Stufen (gleichgültig, ob diese im Vorrang oder Nachrang stehen), z. B. Kapital — Gebrauchsgut, führende Arbeit — geführte Arbeit, sei es innerhalb der Gemeinsamkeitsreife oder Werkreife usw. (s. oben S. 240).

Wie sehr im Preise eine Wirtschaftsentscheidung liegt, wird in der Möglichkeit der Überschreitung der Untergrenze besonders deutlich.

4. Die letzten Gründe, aus denen sich die Preisbildung (nach 1—3) ergibt, sind dann:

- a) die Gleichwichtigkeit — als Grundlage;
- b) die Wertentfaltung — als Obergrenze, die aber nicht allgemein erreichbar ist;
- c) die äußeren Maßverhältnisse, nach Gleichwichtigkeit bestimmt, deuten die Untergrenze an (aber nur nach Maßgabe von „e“ und „d“). Sie kommen als Angebot, Nachfrage, Kosten zur Erscheinung und sind selbst wieder keine mathematisch eindeutigen Größen.
- d) Die Vorränge der vorgeordneten Teilganzen und Stufen sowie die Vorränge zweiter Ordnung. Sie bestimmen, welche Maßverhältnisse jeweils als führend auftreten.
- e) Die Wirtschaftsentscheidung: Fortbildung, Rückbildung, oder Beharrung der Wirtschaft.

Hinter allen diesen Bestimmungsgründen steht der allgemeine Satz: Leistung ist vor Preis.

---

Im Vergleich mit den individualistischen, mathematisierenden Preislehren finden wir die universalistische überall überlegen. Die ältere Auffassung, wonach die Vermehrung des Angebotes annähernd „umgekehrt proportional“ auf die Höhe des Preises wirken soll, jene der Nachfragen „direkt proportional“, wird heute zwar nicht mehr ausdrücklich vertreten. Es geht aber hier so wie mit der sog. Quantitätstheorie des Geldes. Man nennt sie, welche behauptete, die Preise stiegen „direkt proportional“ zur Geldmenge, heute „primitiv“. Man fügt die Umlaufgeschwindigkeit bei und faßt den Begriff des Geldes durch Einbeziehung der Girokonti weiter, flugs hat man eine „kritische“ Quantitätstheorie — die ganze Denkform, Fragestellung und Lösung der alten Lehre wurde beibehalten, nur ein grober Schönheitsfehler ausgemerzt, und nun fühlt man sich neu gewappnet! Ähnlich in der Lehre von Angebot und Nachfrage. Trotz des Nutzwertgedankens werden die alten Fragestellungen und Denkschemen im Grunde auch die alten Lösungen beibehalten. Die universalistische Lehre dagegen verläßt die alten Begriffe gänzlich. Statt von einfacher Quantifizierung der Arbeit oder des Nutzens auszugehen,

geht sie vom Gliederbau der Leistungen und dem Vorrang der Leistung vor dem Preise aus. Der Preis ist ihr ein Anzeiger der Leistungen. Mittelst der Bestimmungsstücke: Gleichwichtigkeit, Wertentfaltung, Ersatznotwendigkeit und Ersatzfreiheit (bei verbrauchlichen und unverbrauchlichen Gütern), endlich der Wirtschaftsentscheidung (im Sinne der Aufrechterhaltung oder Fortentwicklung der Wirtschaft) erkennt sie die Bedingtheit des Preises und vor allem seine Uneindeutigkeit, seine Unrechenbarkeit ebenso wie seine sinnvoll-normative Artung. Damit deckt sie die Gründe des Versagens der alten Lehrbegriffe auf und kommt zu einem Verständnis der ungeheuren Lebendigkeit und Wandelbarkeit des wirklichen Lebens — nicht zuletzt durch den Begriff des richtigen und, daraus folgend, des gerechten Preises. Dieser ist mit seinen im Vergleich zu den früheren Theorien völlig neuen und anders gearteten Aufrechnungselementen, nämlich jenen, die aus der Ausgliederungsordnung der Wirtschaft sich ergeben, auch die Grundlage eines neuen Lehrbegriffes der Verteilung.

WILHELM VLEUGELS

**Zur Verteidigung der Wertlehre**  
(Kritik der der Ablehnung der Wertlehre zugrunde liegenden  
Gedankengänge)



Ungefähr ein Menschenalter ist verflossen, seit Böhm-Bawerk überrascht feststellte, daß v. Gottl „ein ganz merkwürdiges Opfer auf dem so reich versorgten Altar der Werttheorie gebracht“ habe<sup>1</sup>. Seit v. Gottl den Kampf gegen den Wertgedanken als gegen „ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie“ eröffnete, ist der Streit um die Wertlehre nicht mehr zur Ruhe gekommen, wobei die verschiedenen Gegner des Wertbegriffes (oder auch nur dieses Wortes) allerdings mit verschiedenen Absichten und Begründungen gegen seine Verwendung in der sozialökonomischen Theorie Stellung nehmen.

Ehe ich — dem mir zugefallenen Thema (s. Untertitel) entsprechend — auf die mir besonders bedeutsam erscheinenden Gedankengänge eingehe, die die Ablehnung der Wertlehre begründen sollen, sei es mir gestattet, den Sachverhalt kurz darzustellen, wie er sich mir darbietet.

Dabei scheidet sich zunächst aus der Betrachtung alle etwaige Gegnerschaft gegen das bloße Wort „Wert“ aus, die sich nicht gegen den Begriff richtet. Ob etwas damit gewonnen wäre, wenn wir das im praktischen Sprachgebrauche vieldeutige und auch in der Wissenschaft in verschiedenem Sinne angewandte Wort vermieden und durch ein anderes ersetzen, sei zunächst dahingestellt. Das kann selbstverständlich nur als rein äußere Zweckmäßigsfrage entschieden werden, ist aber für inneren Gehalt und Aufbau der Theorie ohne jede Bedeutung.

Ein Streit um die Verwendbarkeit des Wertbegriffes konnte erst entstehen, nachdem man von der kausalen zur funktionalen Betrachtungsweise des Preisproblems vorzudringen gelernt hatte. Aus diesem simplen Satze scheint mir alles zu folgen, was hier zu sagen nötig ist. Hält man die funktionale Darstellung des Preiszusammenhangs für die einzig mögliche und glaubt man, daß damit die Aufgabe der theoretischen Sozialökonomik notwendig erschöpft sei, so mag einem der Wertbegriff als ein für unsere Zwecke heute überflüssiges Instrument erscheinen. (Auch dann dürfte man freilich nicht verkennen, welche wertvollen Dienste dies

---

<sup>1</sup> E. v. Böhm-Bawerk, Vom Gegenstand der Wertlehre 1898, abgedruckt in Böhm's „Gesammelten Schriften“, hrsg. von F. X. Weiß. Bd. I. Wien 1924. S. 303ff. — Die Abhandlung enthält eine Rezension des v. Gottl'schen Werkes: „Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie. Kritische Studien zur Selbstbesinnung des Forschens im Bereiche der sogenannten Wertlehre“. Jena 1897.

Instrument geleistet hat, das tatsächlich — so wie die Entwicklung nun einmal verlaufen ist — auch zur Entdeckung jener Darstellung des Allzusammenhanges der Preise geführt hat.) Jedenfalls müßte man in seinen Anforderungen an den Inhalt der theoretischen Sozialökonomik — verstanden als Teil einer Wirtschaftstheorie<sup>2</sup> — sehr bescheiden sein, wenn man sich mit der einfachen Beschreibung des Preiszusammenhanges begnügen wollte. Zuzugeben ist, daß diese Aufgabe heute ohne direkte Bemühung des Wertbegriffs lösbar ist. In der denkbar einfachsten Darstellung des statischen Preisniveaus, die wir besitzen, wird sogar zu Unrecht der Anschein erweckt, als ob es sich hier um Dinge handelte, die der Nutzen- und Wertsphäre angehörten: in Wiesers Lösung des Zurechnungsproblems. Diese Lösung muß unverständlich oder völlig verfehlt erscheinen, wenn man sich von Wiesers Wortlaut, statt vom Gedankengang, leiten läßt und mehr in ihr erblickt als eben nur die Schilderung des wechselseitigen Zusammenhanges der Preise im Gleichgewichtszustande<sup>2a</sup>. Nur so aufgefaßt, enthält Wiesers Zurechnungslösung einen guten Sinn, und sie erscheint mir — gerade angesichts der vollendeten „Primitivität“ der Mittel, die Wieser zur grundsätzlichen Erfassung und Verdeutlichung des statischen Niveaus und der Interdependenz der Preise verwandte — als eine schlechthin geniale Leistung. Was von dieser denkbar einfachsten Darstellung des Preiszusammenhanges gilt, gilt auch von allen andern: Soweit die Theorie das statische Niveau im wechselseitigen Zusammenhang der Preise zu beschreiben hat, braucht der Wertbegriff nicht mehr ausdrücklich bemüht zu werden. „Aber“, wie Schumpeter gegenüber Cassel sagt<sup>3</sup>, „gratulieren wir uns nicht, daß wir es so herrlich weit gebracht haben, und schieben wir nicht ein Werkzeug beiseite, das zwar in einem Punkte seine Schuldigkeit getan hat, in anderen Richtungen aber noch eine große Rolle spielen wird.“ Die Theorie kann sich ja unmöglich mit einer bloßen Beschreibung des Gleichgewichtszustandes begnügen. Tatsächlich hat sich auch niemand damit begnügt, wenn auch gelegentlich ausdrückliche Erklärungen einzelner Vertreter der sogenannten mathematischen Nationalökonomie den gegenteiligen Anschein erwecken können. Daran ist nichts Erstaunliches. Wer den Hauptteil seiner theoretischen Forschungsarbeit

<sup>2</sup> Vgl. dazu meine Bemerkungen zu Amonns Grundauffassung vom Wesen unserer Wissenschaft: „Volkswirtschaftslehre als Wirtschaftslehre“. (Österr.) Ztschr. f. Nationalökonomie. I. 1929 speziell. S. 315.

<sup>2a</sup> Vgl. dazu meine nach vorliegendem Beitrage (Anfang 1931) verfaßte Schrift „Die Lösungen d. wirtsch. Zurechnungsproblems bei Böhm-Bawerk und Wieser“. Max Niemeyer Verlag, Halle (Saale) 1930.

<sup>3</sup> J. Schumpeter, Cassels Theoretische Sozialökonomik. Schmollers Jahrbuch. 51. Jahrg. 1927. S. 69ff.

der idealtypischen Zustandsschilderung der Statik gewidmet hat, kann leicht geneigt sein, darin die „wichtigste“ Aufgabe der Theorie zu sehen, ebenso wie anderen die Erklärung der Entwicklung jenes Zustandes — die logische Genese der Preisbildung — besonders wichtig dünken mag.

Welche dieser Aufgaben der Theorie man bevorzugt, das hängt letztlich von individueller Begabung und individuellen Interessen ab, welche letztere ja auch durch die Begabung entscheidend bedingt sind. Daß man bei vielen Forschern deutlich sieht, daß bei ihnen jeweils eine der beiden andeutend charakterisierten Aufgaben im Vordergrund ihrer Bemühungen stand, und daß sie sie auch entsprechend höher zu bewerten neigten, ist weder überraschend noch beklagenswert: Die Wissenschaft kann bei der so herbeigeführten „Ökonomie der Kräfte“ viel gewinnen und braucht gar nichts dabei zu verlieren. Niemand wohl wird ernstlich geneigt sein, zu bestreiten, daß ein „vollständiges“ System der Wirtschaftstheorie beiden Aufgaben gerecht werden muß. Sobald dies anerkannt ist, ist es ein vollkommen müßiges Beginnen, zu streiten, welche von ihnen etwa wichtiger wäre. Wendet man sich aber der Erklärung des Mechanismus der Preisbildung in seiner Bewegung zu, so wird der Wertbegriff sofort zu einem ganz unentbehrlichen Werkzeug. Dann ist es nicht mehr möglich, die ausdrückliche Anwendung des Begriffes zu vermeiden, unter welcher Wortmaske er sich auch immer verbergen mag.

Man könnte vielleicht geneigt sein, anzunehmen, auch die Beschreibung des Preiszusammenhanges sei ohne direkte Heranziehung des Wertbegriffes nicht möglich, weil dabei ja auch jene Güter (und Leistungen) berücksichtigt werden müssen, die — im Sinne des Sprachgebrauchs — nicht „getauscht“ werden und daher — in diesem Sinne auch keinen „Preis“ erzielen — Güter und Nutzleistungen also, die nach dem Sprachgebrauche „nur bewertet“ werden<sup>4</sup>. Wie die übrigen Preise, so tauchen auch die der fraglichen Güter mit dem völlig gleichsinnigen Zahlenausdruck im Gleichungssystem der Statik auf. (Man denke etwa an die in der Bergwerksproduktion geförderten Kohlen, die zum Antrieb der werkseigenen Maschinen verwandt werden und in der Selbstkostenrechnung mit einem dem Marktpreise entsprechenden Verrechnungspreise angesetzt werden.)

Dies führt zu der Frage, welches denn der wesentliche Inhalt des wirtschaftlichen Wertbegriffes ist. Oder wie wir auch mit den Worten des Forschers fragen können, der zuerst gegen das „verhüllte Dogma“ des Wertgedankens auftrat: „Ist überhaupt der Wissenschaft unter Wert

---

<sup>4</sup> Über den wirtschaftlichen Begriff des Tausches siehe Schumpeter, *Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. 1908. S. 49 ff.



ein Singularobjekt vorgesetzt?“<sup>5</sup> Auf diese Frage v. Gottls hat schon Böhm-Bawerk mit der Vermutung geantwortet, daß wohl „bei aller Mannigfaltigkeit des Behandlungsobjekts, das sich die verschiedenen Werttheorien vorgesetzt haben mochten, irgendein Stück dieses Objekts allen gemeinsam war...“<sup>6</sup> Im Rahmen seiner Besprechung „nur an das Größte und Zweifelloseste“ erinnernd, fügt Böhm hinzu: „Alle Verfasser von Werttheorien bemühen sich unter diesem und jenem Namen (Menger z. B. gar nicht unter dem Namen der Wert-, sondern unter jenem der Preistheorie), die Tatsachen und Größenverhältnisse des Warentausches zu erklären.“ Damit ist nicht jener Wertbegriff angesprochen, dessen Rolle in der ökonomischen Theorie allein als problematisch erscheinen kann. Hier vielmehr ist der (Tausch-) Wertbegriff gemeint, der bei den meisten Forschern seinem wesentlichen Inhalte nach mit dem Preisbegriffe übereinstimmt, während manche Autoren die Begriffe „Tauschwert“ und „Preis“ überhaupt als völlig identische betrachten. Doch, auch wenn man hier eine begriffliche Unterscheidung für nötig hält, so darf man in jedem Falle wohl sagen: Wenn erst einmal erklärt ist, warum bestimmte Güterquanten im Tausche bestimmte Preise erzielen, dann werden wir auch über den Tauschwert als „die Fähigkeit eines Gutes, im Tauschverkehr bestimmte Gütermengen dafür zu erlangen“, im klaren sein. Um den Tauschwert kann sich also die Diskussion um den Wertbegriff nicht drehen.

Erst wenn man über die Darstellung des Gleichgewichts hinaus die Frage nach dem Mechanismus, durch den er erreicht wird, die Fragen nach „Allpreisgrund“ und „Allpreisfolge“ (v. Gottl) stellt, kommt das Begriffsinstrument zur Geltung, um das der Streit geht. Wie man nun ohne Anwendung des Wertbegriffes in diesem Sinne die Bildungsgesetze der Tauschwerte enthüllen soll, welches Instrument man an seiner Stelle anwenden soll, das müßten uns die Autoren sagen, die die Wertlehre ablehnen. Von den Sozialisten der verschiedenen Schattierungen ist noch nie eine Reklamation gegen die Wertlehre erfolgt, die sich gegen die Verwendung des Wertbegriffes als gegen ein Instrument der Ökonomik richtete. Überhaupt die Gruppe der Arbeitswerttheoretiker scheidet hier aus. (Welchen Sinn die vereinzelt Reklamationen gegen die Wertlehre von sozialistischer Seite haben, wird noch zu zeigen sein.) Daß die „mathematischen“ Ökonomen nicht hierher gehören, wurde schon festgestellt<sup>7</sup>. Daß wir die Gegner der Wertlehre nicht bei den ihres Tuns

<sup>5</sup> v. Gottl l. c.

<sup>6</sup> Böhm-Bawerk l. c. S. 307.

<sup>7</sup> Siehe oben den charakteristischen Wortlaut Schumpeters, in dessen bereits zitierter Cassel-Kritik weitere Belege zu finden sind. — Pareto sagt: „Les notions de

bewußten Vertretern der „psychologischen“ Nutzwertlehre<sup>8</sup> zu suchen haben, braucht kaum festgestellt zu werden. So bleiben also folgende Möglichkeiten: entweder daß die Gegner der Wertlehre ihres Tuns nicht ganz bewußte Nutzwerttheoretiker sind, oder daß sie bloß gegen ein Wort kämpfen, welche beiden Möglichkeiten sich noch zu einer dritten kombinieren lassen.

Selbstverständlich erscheint besonders der erste mögliche Fall als überaus paradox, was uns aber nicht hindern darf, nach seinem eventuellen Vorhandensein zu fragen. Die Umgehung des bloßen Wortes ist gerade beim subjektiven oder Gebrauchswert besonders erleichtert. So lassen sich die Ausdrücke Nutzen und Wert bspw. ganz gut zur Bezeichnung identischer Begriffe verwenden<sup>9</sup>, da der Begriff des Nutzens ja seinen wirtschaftlichen Sinn erst als Entsprechung zum Begriff der Seltenheit bekommt. Und weil umgekehrt vom Begriff der Seltenheit ähnliches

---

valeur d'usage, d'utilité, d'ophélimité, d'indices d'ophélimité etc. facilitent beaucoup l'exposé de la théorie de l'équilibre économique, mais elles ne sont pas nécessaires pour construire cette théorie.“ (Manuel d'économie politique. II. Aufl. Paris 1927. S. 160.) Und mit berechtigtem Stolz fügt er hinzu, daß in dieser Form der Gleichgewichtsdarstellung die ökonomische Theorie „acquiert la rigueur de la mécanique rationnelle“. Darf man daraus den Schluß ziehen, daß Pareto die Wertlehre für die Wirtschaftstheorie überhaupt als entbehrlich erachte? Ich glaube nicht. Ihm kommt es doch nur darauf an, zu zeigen, daß er den Begriff für seine Darstellung der Interdependenz nicht braucht. So selbstverständlich es ist, daß eine gereifte Frucht sich zu lösen sucht vom Baume der Erkenntnis, auf dem sie wuchs, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch dieser Teil der Theorie zur verstehend erklärenden Wirtschaftstheorie gehört und letztlich vom Wertgedanken beherrscht bleibt. Beim „Übergang“ von der „funktionalen“ zur „kausalen“ Betrachtung — deren Verträglichkeit miteinander schon Walras erkannt hat, wenn auch Späteren diese Einsicht manchmal verlorengegangen zu sein scheint — bieten die „Wahlakte“ die „Anschlußstelle“ für die Wertlehre und ihre Aufgabe, den Mechanismus, der zum Gleichgewicht führt, zu untersuchen. Es ist zum mindesten der sichere Instinkt des genialen Theoretikers, der Pareto seine langen Ausführungen über die „gusti“ und die „Ophelimität“ konservieren ließ — sicherlich Instrumente, die noch eine große Rolle zu spielen haben in der Entwicklung unserer Theorie. — Über Paretos „Theorie der Wahlakte“, wie überhaupt seine Stellung zu unserm Problem vgl. auch F. X. Weiß, Art. Wert (Nachtrag) im Hdwb. d. Staatsw. IV. Aufl. 8. Bd. S. 1013ff. — Barones Stellung wird durch seinen Satz charakterisiert: „Praktisch wäre es, die Bezeichnung ‚Wert‘, die keinen genauen Inhalt hat, durch den Begriff ‚Tauschverhältnisse‘ (ragione di scambio) oder geradezu durch den Begriff ‚Preis‘ zu ersetzen.“ (Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie, hrsg. von Staehle. Bonn 1927. S. 42. Sperrung von mir.) Wenn Barone vom Wertbegriff spricht, denkt er an den Tauschwert, nicht an den hier zur Diskussion stehenden Gebrauchswert, dessen Inhalt er durch die Verwendung der Ausdrücke Nutzen und Grenznutzen akzeptiert.

<sup>8</sup> Ich bediene mich der schon weitgehend eingebürgerten Gegenüberstellung einer mathematischen und einer psychologischen Richtung in der modernen Nationalökonomie, obwohl sie nicht ideal ist. Wer aber den Inhalt der Fachliteratur kennt, kann sie schwerlich mißverstehen; und wer ihn nicht kennt, kann durch keine Wortwahl vor Mißverständnissen bewahrt bleiben.

<sup>9</sup> Argumente dafür siehe bei Schumpeter, Wesen und Hauptinhalt. S. 99ff. Schriften 183. I.

gilt — auch er wird ja wirtschaftlich relevant erst durch die (wenn schon stillschweigende) Beziehung zum Nutzenbegriff —, so gibt das dem Nutzwerttheoretiker die Möglichkeit, sich ganz objektivistisch zu gerieren, einfach von Knappheit zu reden, was auch einen großen praktischen Vorzug hat: Wird es doch auf diese Weise dem Gegner der Grenznutzentheorie möglich, ohne ein „peccavi“ die moderne Nutzwertlehre in der Hauptsache zu akzeptieren.

Was die zweite Möglichkeit angeht, so kann man von vornherein feststellen, daß ein Kampf gegen das bloße Wort einiges für sich haben könnte, besonders angesichts der Tatsache, daß man sich des wesentlichen Inhalts des subjektiven Wertbegriffes in den verschiedensten Ausdrucksweisen bemächtigen kann. Wenn man sieht, daß ein Wort mit verschiedenen Assoziationen belastet ist, wenn der entsprechende Begriff im Laufe endlos langer Kontroversen immer noch nicht völlig eindeutig von den verschiedenen Forschern verwandt wird, und wenn sich gleichzeitig die Möglichkeit der Verwendung weniger mißverständlicher Ausdrücke ergibt, dann könnte es tatsächlich leicht als das Zweckmäßigste erscheinen, dieses Wort einfach zu umgehen, indem man ein anderes Wort einführt, oder auch indem man die Erklärungen unmittelbar auf die Konstituentien des Begriffes aufstützt. So kann man vielleicht ärgerlichen, weil zeitraubenden und wenig fruchtbaren Diskussionen aus dem Wege gehen. Aber selbstverständlich wäre damit nichts gegen den Begriff gesagt.

Prüfen wir nunmehr kurz die Gedankengänge jener Autoren, die ausdrücklich die Wertlehre ablehnen, von ihrem „Sterben“ sprechen, sie als „auszumusternden Ballast“ bezeichnen. Hier erscheint es angemessen, mit dem Forscher zu beginnen, dem im Kampf gegen die Wertlehre zeitliche Priorität gebührt: v. Gottl<sup>10</sup>. Bei der Charakterisierung seiner mit wenigen Worten schwer zu kennzeichnenden Werke sei es mir gestattet, noch einmal auf einige Sätze Böhm-Bawerks zu rekurrieren<sup>11</sup>: „Gottl repräsentiert den Typus des erkenntnistheoretischen Skeptikers auf dem Gebiete der Wertlehre; und zwar repräsentiert er ihn in einer etwas wunderlichen, aber dabei durch und durch interessanten und liebenswürdigen Weise. — Jede Besprechung seiner Schrift muß eigentlich ungerecht gegen sie werden, weil ihre Vorzüge in Details liegen, die sich der Wiedergabe entziehen, während sich die Kritik an die — ver-

<sup>10</sup> Für dies Thema kommen hauptsächlich folgende Werke v. Gottls in Frage: *Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie*. 1897; *Die Herrschaft des Wortes*. 1901, beide wieder abgedruckt in „*Wirtschaft als Leben*“. 1925; „*Die wirtschaftliche Dimension*“. 1923; „*Bedarf und Deckung*“. 1928.

<sup>11</sup> Böhm l. c. S. 303.

fehlte — Hauptsache halten muß.“ Leider geht es nicht anders, wenn die Kritik vom Standpunkte der Wirtschaftstheorie aus erfolgen soll. Den positiven Qualitäten dieses kultivierten Denkers kann man sicherlich nur dann ganz gerecht werden, wenn man nicht zu sehr mit der wirtschaftstheoretischen Fachliteratur Umgang pflegt<sup>12</sup>. So sympathisch an sich das Streben ist, von der „Herrschaft des Wortes“ loszukommen, so viel sein Aufruf zur kritischen Selbstbesinnung für sich hat, so braucht man doch m. E. Gottls eigenen Grundgedanken nur zu Ende zu denken, um zu erkennen, daß wir der Herrschaft des Wortes nur dann entinnen können, wenn wir — die Worte nicht zu wichtig nehmen, um die sich ewig streiten lassen wird. Es wird immer ein gewisses Maß von geistigem Einfühlungsvermögen vonnöten sein, damit man sich mit Worten als leider unvermeidlichen Begriffssymbolen verständigen und durch das Wort zum gemeinten Begriff vordringen kann. Man überschätzt das Wort, wenn man glaubt, es zu einem für jedermann eindeutigen und unmißverständlichen Begriffsrepräsentanten machen zu können. Nicht grundlos fordert man von jedem Wissenschaftler Eindringen in die Terminologie des Faches. Und das tut man ja nicht, damit die Fachleute sich in eigener Geheimsprache unterhalten und so auf bequeme Weise von der misera plebs der Laien unterscheiden können, sondern weil man nur vom literaturkundigen Fachmann erwarten kann, daß er zum wesentlichen Begriffsinhalte des Wortes vordringt, während bei der großen Schar der Auch-Interessierten störende Nebenvorstellungen immer schlechthin unvermeidlich sein werden. Um dies wieder nach Möglichkeit auszuschließen, sollte die Terminologie des Faches stets möglichst engen Anschluß an den praktischen Sprachgebrauch suchen, ein Verfahren, das — wie Wieser uns gezeigt hat — auch in anderer Hinsicht sehr lohnend sein kann.

Gewiß ist es aber sehr überraschend, wenn Gottl dem „Wertgedanken“ Fehde ansagt, um ihn dann selbst teils unter der Marke „Wucht des Begehrs“, teils unter der völlig inadäquaten, weil irreführende naturwissenschaftliche Assoziationen wachrufenden Bezeichnung der „wirtschaftlichen Dimension“ wieder aufleben zu lassen. Gottl selbst hat eine klare Definition verschmätzt und seine Erklärungen sind keineswegs eindeutig. Bei seiner unmittelbar auf die Erfassung des Begriffswesentlichen gerichteten geistigen Haltung verkennt er wohl, an welche Denk- und Ausdrucksnotwendigkeiten wir „schicksalhaft“ ge-

---

<sup>12</sup> Insofern ist die Kritik von Gottls „Bedarf und Deckung“ durch den „Nationalökonom“ — wie er sich selbst nennt — Max Rumpf („Probleme der Sozialen Lebenslehre“. Schmollers Jahrb. 53. Jahrg. 1929. S. 33ff.) als Beitrag zu einem ausgeglichenen Gesamtbilde des Gottlschen Schaffens dankbar zu begrüßen.

bunden sind. Bei gutem Glück und naher Seelenverwandtschaft kann man sich auch schweigend verständigen. Der wissenschaftliche Schriftsteller bedarf aber leider der Worte. Und weil sie dem Begriff so leicht Gewalt antun, verschmäht Gottl die klare Definition und sucht durch Umschreibungen, Bilder und Vergleiche dem einfühlungsbereiten Leser das reine Begriffsbild seiner geistigen Vorstellung vor die Seele zu zaubern. In welcher peinlichen Lage aber auch der gutwillige Kritiker da gerät, vor welcher ein Rätselratenmüssen er sich gestellt sieht, davon legen die Analysen seiner Werke durch die Fachkritik Zeugnis ab, wie man das bei Amonn, Haberler und Streller, Back, zum Teil auch bei Karl Muhs nachlesen kann<sup>13</sup>. Speziell die drei Erstgenannten zeigen im Entscheidenden völlig übereinstimmend, daß Gottl, nachdem er sich entschließen mußte, seinen vorgestellten Gedanken im Wortausdruck Gestalt zu geben, im Begriffe ist, Erkenntnisse der Grenznutzentheorie in origineller Weise zu entwickeln, wobei freilich aufgewandter Scharfsinn und Erfolg an wirklich neuen sachlichen Ergebnissen in keinem rechten Verhältnis zueinander stehen dürften.

Entsprechend dem wirtschaftstheoretisch relevanten Sinn, den ich — unterstützt von den genannten kritischen Interpretationen — den Gottlschen Ausführungen über den Begriff der „wirtschaftlichen Dimension“ ablauschen kann, scheint mir dies Wort Repräsentant jenes Begriffs zu sein, den Böhm unter der Bezeichnung der „bedingten“ auf vermutete Preise aufstützenden „Wertschätzung“ erfaßt, die sich auf vorherige Preiserfahrung gründet<sup>14</sup>. Diese auf der Preiserfahrung

<sup>13</sup> Mehr durch die verschiedenen Temperamentsgrade, mit der die Verf. ihre Enttäuschung äußern, als durch sachliche Abweichungen voneinander sind folgende Abhandlungen unterschieden: Alfr. Amonn, „Wert“ oder „wirtschaftliche Dimension“? Arch. f. Sozw. 59. Bd. 1928. S. 225 ff.; Gottfried Haberler, Wirtschaft als Leben. Ztschr. f. Nationalökonomie. I. Bd. 1929. S. 28 ff.; Rud. Streller, Unter der Herrschaft des Wortes. Ztschr. f. d. ges. Staatsw. 88. Bd. 1930. S. 22 ff.; schließlich das Buch von Back, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, mit besonderer Berücksichtigung Gottls. Jena 1926. — Dagegen sind Karl Muhs (Die „wertlose“ Nationalökonomie. Jahrb. f. Nationalökonomie u. Statistik. III. Folge. 74. Bd. 1928. S. 801 ff.) manche Irrtümer, vor allem eine verfehltete Ausdeutung der „üblichen“ Theorie der Menger-Böhmschen Theorie mit Gottl gemeinsam.

<sup>14</sup> v. Gottl sagt in seinem Werk über „Die wirtschaftliche Dimension“, sie sei „begründete Erwartung der Preise“ (S. 21), sie komme „nicht ohne den Anhalt an vergangene Preise zustande“, wie „ohne den Anhalt an die wirtschaftliche Dimension wieder keine künftigen Preise zustande“ kämen (S. 23) und bezeichnet sie (ebenda) als die Brücke zwischen den Preisen der Vergangenheit in die Zukunft der Preise, eine Brücke, die sich wölbt über die „Entschlüsse zu Tausch und Preis“, die „sich allemal im Bewußtsein der Tauschenden gestalten müssen“. — Als Illustration und zum Beweise der Übereinstimmung dieser Umschreibung mit dem Inhalt des Begriffs der „bedingten Wertschätzung“ ziehe man Böhm-Bawerks „Positive Theorie des Kapitals“ heran: I. Bd. IV. Aufl. Jena 1921. S. 297.

aufbauende „vorläufige, hypothetische“ Wertschätzung, die „auf dem Markt erst verwirklicht werden soll“ (Böhm), darf einmal nicht mit dem statischen Preise identifiziert werden, wie das gelegentlich geschehen ist<sup>15</sup>, zweitens aber ist sie nicht — wie Gottl anzunehmen scheint<sup>16</sup> — Garantie eines dauernden Einklangs zwischen Bedarf und Deckung, sondern nur eine von den Kräften, die auf Preisstetigkeit hinwirken und denen praktisch immer andere Kräfte entgegenwirken.

Mag nun auch v. Gottl das Streben nach der Enthüllung eines „Allpreisgrundes“ lediglich als mögliche Absicht eines „naiven theoretischen Denkens“ betrachten, mag er selbst sein Interesse vorwiegend auf die „Allpreisfolge“ richten, so zeigt sein Begriff der wirtschaftlichen Dimension doch, daß auch für diese Aufgabe der Theorie die Bemühung des Wertbegriffes nach seiner eigenen Auffassung unerlässlich ist. Immerhin handelt es sich hierbei nur um sekundäre, aus dem Preise abgeleitete Wertschätzungen. Der Inhalt unseres guten alten Nutzenbegriffes (im Sinne Böhms) aber wird angesprochen, wenn v. Gottl davon spricht<sup>17</sup>, daß „jeglichem Bedarf... eine bestimmte Wucht des Begehrs innewohnt“. Diese Verwendung des Nutzenbegriffes und die Bedeutung seiner Rolle in der Wirtschaftstheorie wird in keiner Weise eingeschränkt durch die spätere Erklärung<sup>18</sup> von Gottl, daß „die Begehswucht der Bedarfe jenes Zusammenspiel (scil. der Bedarfserfüllungen) nur mittelbar“ beeinflusse: In dem Sinne, daß im Zusammenspiel der Erfüllungen der Einfluß der Wucht des Begehrs „nur soweit“ zur Geltung komme, „daß eine Erfüllung auch als solche leicht um so mehr besagt, je begehrtwuchtiger der Bedarf ist, über den sie hinausliegt...“ Mit dieser Er-

<sup>15</sup> Auch v. Gottl steuert diesem Irrtum zu, vgl. „Die wirtschaftliche Dimension“. S. 22 u. 105f. — Über die Nichtübereinstimmung von „vermutetem“ und „statischem Preise“ vgl. meine von Oppenheimer (Weltw. Arch. Bd. 28. 1928) grotesk mißdeuteten Bemerkungen in meiner Schrift: „Das Ende der Grenznutzentheorie“? Stuttgart 1925. S. 80ff. u. 88f. Ihr Sinn ist der, daß eine auf Preisverfälschung aufbauende Preisvermutung nicht identisch mit dem statischen Preise sein kann, weil der statische Preis nicht real, nie erfahrungsmäßig gegeben ist.

<sup>16</sup> v. Gottl, Die wirtschaftliche Dimension. S. 105f., vgl. dazu Streller l. c. S. 55f.

<sup>17</sup> v. Gottl, Bedarf und Deckung. S. 35. — Die im Original folgenden Ausführungen Gottls können den Eindruck erwecken, als ob der Terminus — Wucht des Begehrs — nur in kritischer Absicht eingeführt ist. Daß dem nicht so ist, dazu vgl. wieder Streller l. c. S. 34ff. — Ob auch, wie Streller meint, die von Gottl angerufene „Erkenntnis der Lebensförderlichkeit“ gleichbedeutend ist mit „subjektiver Wertschätzung“ mag als von untergeordneter Bedeutung hier dahingestellt bleiben. — Vielleicht ist diese Erkenntnis der Lebensförderlichkeit identisch mit dem von Muhs (S. 803f. irrtümlich bei Böhm!) entdeckten „objektiven Gebrauchswert“, in jedem Falle aber ist es ein Begriff, dessen wir zu den Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie nicht notwendig bedürfen.

<sup>18</sup> Bedarf und Deckung. S. 41f.

klärung darf jeder Grenznutzer wohl zufrieden sein, ebenso wie mit der folgenden: „... selbst in diesem bloß mittelbaren Sinn bedeutet die Wucht des Begehrs stets nur den einen Faktor für jenes Zusammenspiel, jenen nämlich, den gleichsam der Bedarf von sich aus hineinträgt in das Zusammenspiel. Den anderen Faktor aber liefert die Art der Verbundenheit der Bedarfe, ihre ‚Mischung‘, deren Spiegelbild dann eben ein bestimmtes Zusammenspiel von Erfüllungen ist.“ Das alles stimmt — soweit die Beschreibung der wirtschaftlichen Bedeutung, der Bedürfnisse und ihrer Verbundenheit miteinander in Frage kommt — sachlich überein mit den Absichten und Leistungen auch der sog. psychologischen Grenznutzentheorie, wie denn eine Theorie, die als obersten Leitgedanken den Satz vom Nutzenmaximum benutzt, gar nicht anders als „integral“ denken kann, wenn sie dies auch in den ersten Stadien ihrer Entwicklung (bei Menger und Böhm) nicht so aufdringlich sichtbar machte, wie es schon Wieser tat. In den neueren Darstellungen<sup>19</sup> der Grundgedanken auch der „psychologisch“ fundierten modernen Theorie ist dieses stets den Gesamtzusammenhang erfassende Denken aber voll entfaltet, wobei gleichzeitig deutlich wird, daß es sich im konsequenten Weiterschreiten auf dem Wege der von Menger und seinen Schülern eingeschlagenen „organischen“ Betrachtungsweise entwickeln mußte, daß es sich dabei um nichts anderes handelt als um einen konsequenten Ausbau der Theorie innerhalb des von jenen gezogenen Rahmens.

Jedenfalls sehen wir, daß v. Gottl nicht zu den Gegnern des Wertbegriffes gehört, und daß er — unbeschadet seines horrors vor den Worten „Nutzen“ und „Wert“ — zur „Familie der Nutzwerttheoretiker“ gehört<sup>20</sup>.

Es bedarf nicht viel theoretischer Orientiertheit, um von Gustav Cassel<sup>21</sup> gleiches festzustellen. Ist doch sein Grundprinzip der „Knappheit“ nichts anderes<sup>22</sup> als eben das Grundprinzip der modernen Nutzwert-

<sup>19</sup> Vgl. speziell L. Schönfeld, Grenznutzen und Wirtschaftsrechnung, Wien 1924, sowie P. N. Rosenstein, Art. „Grenznutzen“, im Hdwb. d. Staatsw. IV. Aufl. IV. Bd. 1927. — Gar nicht zu reden von Schumpeters erstem Kapitel in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (II. Aufl. 1926), das durch seine ganze Art der Darstellung die weitgehende Übereinstimmung aller modernen Nutzwerttheoretiker eindrucksvoller deutlich macht, als es alle ausdrücklichen Erklärungen vermögen.

<sup>20</sup> Insofern vermag ich Diehl nicht ganz beizupflichten, der sagt („Von der sterbenden Wertlehre“. Schmollers Jahrb. 49. Jahrg. 1925, S. 1279.): „Die Lehre von der wirtschaftlichen Dimension ist nichts anderes als eine neue Wertlehre...“ Sie ist zwar Wertlehre, aber nicht eigentlich eine neue, sondern eine unvollkommene Variante der Nutzwertlehre.

<sup>21</sup> G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie. IV. Aufl. Leipzig 1927.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu speziell: Alfr. Amonn, Cassels System der Theoretischen Nationalökonomie. Arch. f. Sozw. 51. Bd., 1924, und Jos. Schumpeters wiederholt zitierte Cassel-Kritik.

lehre, die rareté von Walras, Mengers „wirtschaftliches Mengenverhältnis“ oder die „relative Seltenheit im Verhältnis zum Begehrt“, womit der Wertbegriff ins Leben getreten und wirksam ist. Daran wird, soweit ich zu sehen vermag, nichts Entscheidendes verändert durch die Tatsache, daß Cassel gelegentlich auch in einem andern als dem wirtschaftlichen Sinne von „Knappheit“ spricht, wobei dann der Begriff der „Beschaffenheit der Nachfrage“ ergänzend danebentritt, in dessen weiterer (und notwendiger) Analyse man dem Wertbegriffe unausweichlich begegnen muß<sup>23</sup>. Mit der Verwendung des „Prinzips der Knappheit“, das sich nach Schumpeters Worten<sup>24</sup> bei Cassel „nur als ein Prinzip psychischen Verständnisses und als verummter Grenznutzen erweist“, ist der Wertbegriff schon akzeptiert.

Nun hat Cassel aber noch andere Argumente für die Ablehnung der Wertlehre, von denen nicht besonders angenehm zu sprechen ist. Leider habe ich da die peinliche Aufgabe, einen schon Dutzende von Malen vorgebrachten und ebenso oft widerlegten wenig qualifizierten Irrtum bei einem qualifizierten Forscher festzustellen. Wir schulden ihm daher auch hier den Ausdruck der Feststellung, die bereits Schumpeter getroffen hat, die Feststellung, daß Cassels Kritik der Wertlehre zu jenen Einwänden gegen die Grenznutzentheorie gehört, die „tief unter seinem sonstigen Niveau liegen“<sup>25</sup>. Über den „sehr unbestimmten und wechselnden“ Begriff des Wertes sagt Cassel<sup>26</sup>: „Der Wert sollte etwa die relative wirtschaftliche Bedeutung der Güter bezeichnen. Aber eben weil es an dem arithmetischen Maß dieser Bedeutung fehlte, mußte der Begriff des Wertes unklar bleiben, konnte niemals die Schärfe des arithmetisch ausgedrückten Größenbegriffes erreichen. Freilich hat man diesem Mangel in neuerer Zeit dadurch abzuhelpen versucht, daß man die wirtschaftliche Bedeutung der Güter mit der Intensität menschlicher Bedürfnisgefühle zu messen suchte. Auf solchen Fiktionen wollte man die ganze ökonomische Theorie aufbauen, und diese sogenannte subjektive Wertlehre wurde als ein großer Fortschritt der ökonomischen Wissenschaft gepriesen. Der vollständige Mangel jeder arithmetischen Grundlegung dieser vielfach in arithmetischen Formen und sogar in mathematischen Formeln auftreten-

---

<sup>23</sup> Vgl. bspw. W. Kromphardt, Die Systemidee im Aufbau der Casselschen Theorie, Leipzig 1927, etwa das daselbst (S. 94) angeführte Zitat aus Cassels Werk über den in dem Zitat vorkommenden Casselschen Ausdruck „Beschaffenheit der Nachfrage“, Amonn l. c. S. 46ff. — Zu der Bemerkung, mit der Kromphardt (l. c., S. 11, Anm. 10) Cassel als unbewußten Werttheoretiker gegen Amonn in Schutz nimmt, vgl. korrigierend Schumpeter in seiner Cassel-Kritik. S. 74f.

<sup>24</sup> Schumpeter l. c. S. 81.

<sup>25</sup> Schumpeter l. c. S. 74.

<sup>26</sup> G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie. IV. Aufl. Leipzig 1927. S. 41.



den Theorie machte jedoch, daß dieselbe die innere Festigkeit, die man von einer wissenschaftlichen Theorie fordert, entbehren mußte und zeigte zugleich, worin der wesentliche Fehler der Theorie lag. Dieser Fehler war nämlich eben die Abweisung des tatsächlich von den wirtschaftenden Menschen benutzten Maßstabes ihrer Schätzungen, die Ausschließung des Geldes von der ganzen Untersuchung der Tauschwirtschaft.“

Da muß der Neuling, der sich von Meister Cassel führen läßt, ja nun wirklich meinen, daß der Fall „dieser sogenannten subjektiven Wertlehre“ verzweifelt läge. Deshalb seien denn noch einmal unverdrossen einige Gedanken vorgetragen, von denen jeder einzelne von sich sagen kann <sup>27</sup>:

„Heut komm ich zum hundertsten Male  
herein in die lustige Welt“ —

Die subjektive Wertlehre macht keineswegs den Versuch, die Intensität von Bedürfnisgefühlen zu „messen“. Ihre Vertreter stehen vielmehr fast ausnahmslos auf dem Standpunkte, daß dies nicht möglich sei. Ob nun möglich oder nicht, das verschlägt für uns gar nichts. Die subjektive Wertlehre baut einfach auf dem evidenten Satze auf, daß wir bei rationellem Verhalten die Güter schätzen, weil wir sie brauchen, und daß wir sie so hoch schätzen, als es ihrer Seltenheit und der Intensität unserer entsprechenden Bedürfnisgefühle entspricht. Welche dieser Gefühle stärker oder schwächer sind als die andern, das sagen jedem einzelnen von uns seine persönlichen Lust- und Unlustempfindungen unmittelbar. Und da wir keine Psychologen sind und uns deshalb unmöglich über die innere Beschaffenheit der entsprechenden psychischen Vorgänge fachmännisch äußern könnten, dessen auch zur Erklärung des wirtschaftlichen Handelns gar nicht bedürfen, so begnügen wir uns damit, dies Faktum von Bedürfnisempfindungen verschiedener Stärkegrade als einfache Tatsache hinzunehmen. Um weiter im einzelnen zeigen zu können, in welcher Art grundsätzlich der Zusammenhang zwischen Gütern und Bedürfnisgefühlen verstehbar ist, wie jeder einzelne sein Nutzenmaximum ausbalanciert, führen wir zur Veranschaulichung Zahlen ein, ein abgestuftes Zahlensystem, das die Symbole der verschiedenen Bedürfnisempfindungen repräsentiert.

Wenn sich nun auch für akademische Lehrzwecke mit bloßen Sym-

---

<sup>27</sup> Aus der ungeheuer umfangreichen Literatur sei nur beispielsweise genannt: Emil Lederer, Grundzüge der ökonomischen Theorie. 1922. S. 131 ff.; Hans Mayer, Art. „Bedürfnis“. Hdwb. d. Staatsw. IV. Aufl. Bd. II. 1924. S. 450 ff.; L. v. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel. II. Aufl. 1924. S. 10 ff.; Leo Schönfeld l. c. S. 11 ff. — Hartnäckigeren Mißverstehen suchen meine Ausführungen (Das Ende der Grenznutzentheorie? Stuttgart 1925. S. 59 ff.) die Dinge plausibel zu machen.

holen allerlei erläutern und verstehen läßt, so muß der Mensch in praxi, um seine wirtschaftlichen Tauschhandlungen durchführen zu können, seine Nutzenschätzungen in einem Wertausdruck objektivieren. Auch hier können wir durch Beobachtung als einfache — vom Wirtschaftstheoretiker nicht weiter zu erklärende — Tatsache feststellen, daß jeder einzelne von uns in der Lage ist, den Nutzen, den ihm ein bestimmtes Gut einbringt, in Mengen eines andern Gutes, die er eventuell hinzugeben bereit ist, auszudrücken. Und weil das andere, aufzuwendende Gut, die Kosten (der Nutzen, auf den wir verzichten, um einen größeren zu erlangen) in der Tauschwirtschaft gewöhnlich durch die Hingabe von Geld geopfert wird, so hat bspw. Böhm-Bawerk sein „Gesetz der Grenzpaare“ unter Zuhilfenahme von in Geld ausgedrückten Schätzungen dargestellt, d. h. also jenen Maßstab eingeführt, den Cassel bei den Vertretern der subjektiven Wertlehre vermißt. (Wie er dazu kommt, das zu erklären, ist Cassels Sache.) Nicht daß eine Notwendigkeit bestände, gerade Geldausdrücke einzuführen. Die logische Genese der Preisbildung läßt sich auch unter Zuhilfenahme von andern „Gütern“ (als Geld) erklären, die erst eben durch den Preisbildungsprozeß zu Preisen werden. Dennoch war es praktisch, daß Böhm gleich das Geld als Wertausdrucksmittel einführte. Denn dadurch konnte er gleichzeitig wenigstens im größten umschreibend darstellen<sup>28</sup>, wie sich schon für jeden einzelnen fühlbar die Preise zu einem ganzen System verflechten, womit dann die Erklärung bis zu dem Punkte geführt ist, an dem die notwendig immer „mathematische“ Theorie des Preiszusammenhanges einsetzt, wie Cassel sie gibt.

Zu einem vollkommenen System gehört beides. Und wenn man, wie Cassel, mißversteht, was die subjektive Wertlehre gelehrt hat und leistet, dann muß man sich eben auf die Beschreibung des statischen Preiszusammenhanges beschränken, aber leider „muß sich der Leser dann einen tieferen Einblick in die eben bezeichneten Fragen versagen“<sup>29</sup>,

---

<sup>28</sup> Dies geschieht mit seiner Analyse der „Wertschätzung der Ware durch die Kaufstigen“ (Böhm, *Positive Theorie*. IV. Aufl. 1921. I. Bd. S. 296ff.) und über „Das Kostengesetz“ (ebenda S. 307ff.). — Zu dem Vorwurfe der Zirkelerklärung, den man dem Menger-Böhmschen Preisgesetz gegenüber erhoben hat, vgl. meine Schrift wider Oppenheimer („Ende der Grenznutzentheorie“). S. 79ff. Der Vorwurf der Zirkelerklärung hat leider dadurch eine gewisse „Weihe“ bekommen, daß Amonn gelegentlich höchst unglücklich von einem Zirkel in der Preiserklärung der Wiener Schule sprach. („Der Stand der reinen Theorie“, in der „Festschrift für Lujo Brentano“. München 1925. Bd. II. S. 283f.) Daß die dort erhobenen Einwände einen ganz aparten Sinn haben, zeigen die Ausführungen, die Amonn selbst in seinen „Grundzügen der Volkswohlslehre“ (Jena 1926. S. 176ff.) gibt, in denen dem „Gesetz der Grenzpaare“ nur Kleindruck gegönnt ist, was aber seine Bedeutung nicht verringert.

<sup>29</sup> Cassel l. c. S. 117.

wenn auch Cassel unter der Hand vieles von dem offiziell von ihm verbannten Gedankengut in sein Lehrbuch einschlüpfen läßt. Nur ist das natürlich ein methodisch nicht sehr schönes Verfahren. Nachdem Cassel seine verfehlte Kritik an der „psychologischen“ Grenznutzentheorie in den verschiedenen Auflagen seines Werkes allmählich etwas abgemildert hat, entschließt er sich vielleicht eines Tages zu einer erneuten gründlichen Prüfung dieser Lehre. Sehr wahrscheinlich, daß dann an Stelle der Kritik die jetzt nur versteckt wirksame Wertlehre sichtbar gemacht und damit voll fruchtbar gemacht würde. Das Lehrbuch könnte dadurch gewinnen.

Auf Cassel als seinen Hauptkronzeugen beruft sich Heinrich Dietzel in seiner Schrift „Vom Lehrwert der Wertlehre“, in der er gleich eingangs Cassel attestiert, daß bei ihm das Prinzip der Knappheit keine „Episodefigur“ sei, daß es „ständig auf der Bühne bleibe“, also „fundamentale Bedeutung“ beanspruchen könne<sup>30</sup>. Nach dem, was wir soeben von Schumpeter über Cassels Knappheitsprinzip gehört haben, ist dies ein zwar von Dietzel ungewolltes, darum aber sicher nicht weniger bedeutendes Zeugnis für die fundamentale Bedeutung des Wertbegriffes in der ökonomischen Theorie. Nun sagt Dietzel zwar ausdrücklich, daß „nicht nur die Produktionstheorie . . . , sondern auch die Distributionstheorie aufzumachen sei ,unter der Umgehung des Wertbegriffes“<sup>31</sup>. Doch wird bei ihm schnell offenbar, daß er weniger den Begriff als vielmehr das Wort „Wert“ umgeht. Denn er sagt ausdrücklich, daß die „Lehre von den Kosten- und Nutzenbilanzen“ bei ihm „den Schlüssel zum Verständnis aller wirtschaftlichen Phänomene“ gebe<sup>32</sup>. An anderer Stelle wieder sagt er: „Der Grad des Nutzens determiniert auch das Maß des Tauschwertes“<sup>33</sup>. Wie man sich zum Inhalte dieses Satzes stellen mag, ist ganz gleichgültig, er zeigt unmißverständlich, daß Dietzel keineswegs ein Gegner der Verwendung des subjektiven Wertbegriffes ist. Auch der Titel der Schrift ist ja sicherlich nicht nur um des hübschen Wortspiels willen gewählt worden, bei dem Dietzel vielleicht den seiner Ansicht nach zweifelhaften Lehrwert einer hypertrophisch entwickelten Wertlehre — eventuell Darstellung heute im wesentlichen überwundener Kontroversen — im Auge gehabt hat, wie er denn auch selbst sagt<sup>34</sup>, bereits in seinen älteren Aufsätzen zum Wertproblem habe er unterstrichen, daß „bei einigem guten Willen und Fähigkeit zur Kürze

<sup>30</sup> H. Dietzel, Vom Lehrwert der Wertlehre und vom Grundfehler der Marxschen Verteilungslehre. Erlangen 1921. S. 5.

<sup>31</sup> Dietzel l. c. S. 4.

<sup>32</sup> Dietzel l. c. S. 4, Anm. 1.

<sup>33</sup> Dietzel l. c. S. 7.

<sup>34</sup> Dietzel l. c. S. 4.

das ‚Wertproblem‘ so wie es überkommen, mit wenigen Sätzen sich erledige.“ Sicher ist das nur eine Frage der Darstellungskunst. Und wenn sich unter den „wenigen Sätzen“ beispielsweise ein solcher befindet wie der: „Die Urteile über Kosten und Wert (durch Kostenaufwand erlangten oder erlangbaren Nutzen) bilden die theoretische Grundlage aller wirtschaftlichen Praxis‘, allen wirtschaftlichen Wollens und Handelns“<sup>35</sup>, dann wird der Nutzwerttheoretiker dem Nutzen- und Kostennutzen-theoretiker Dietzel schon sehr weitgehend beistimmen. Wie denn ja schon Böhm-Bawerk gezeigt hat, daß Dietzels theoretisches Hauptwerk<sup>36</sup> nur noch der Befreiung von einigen kleinen Inkonsequenzen bedarf, um der Grenznutzentheorie zu gleichen, wie ein Ei dem andern.

Den Anschein außergewöhnlicher Paradoxie kann Rob. Liefmanns Kampf gegen die Wertlehre erwecken: Er wendet sich gegen den Begriff und dennoch auch wieder nicht dagegen, will deshalb wenigstens das Wort vermeiden und wendet es dennoch an. Es ist aus besonderem Grunde nicht leicht, sich zum Sinne seiner Ausführungen durchzutasten. Hätte er selbst nicht gegenüber dem von ihm beklagten Unverständnis seiner Kritiker eine eindeutige Erklärung gegeben, so müßte man über seine tatsächliche Meinung im Zweifel sein. Soweit Liefmann sich gegen den Begriff wendet, ist damit nur der vermeintliche von Liefmann falsch aufgefaßte Wertbegriff der österreichischen Grenznutzentheorie gemeint: ihre Vertreter nahmen angeblich „ein objektives Faktum, beschränkte Verfügbarkeit, Seltenheit zum Kriterium des wirtschaftlichen Wertes“, und dadurch gelangten sie „in ein quantitativ-materialistisches Fahrwasser, was dann durch den Grenznutzengedanken noch verstärkt wird“<sup>37</sup>. Das dieser Kritik zugrunde liegende Mißverständnis ist befremdend für jeden, der sich in die Schriften der Grenznutzentheoretiker vertieft hat. Wird doch hier tatsächlich das Grundprinzip der modernen Nutzwertlehre völlig verkannt, im Sinne physikalisch gegebener Mengen (sozusagen als „absolute“ Seltenheit) ausgedeutet, ungeachtet der Tatsache, daß schlechthin jede Schrift der österreichischen Schule es unmißverständlich als „relative Seltenheit im Verhältnis zum Begehrt“ erläutert. Nunmehr verstehen wir, warum Liefmann sagen kann, daß keiner seiner Kritiker erkannt habe, daß er nur „diesen Wertbegriff ablehne“ (im Sinne „objektiv - materialistisch - quantitativer Vorstellungen“)<sup>38</sup>. Wer hätte, ehe

<sup>35</sup> Dietzel l. c. S. 4, Anm. 1.

<sup>36</sup> Dietzel, Theoretische Sozialökonomik. Bd. I. Leipzig 1895, vgl. dazu Böhm-Bawerks kritische Würdigung vom Jahre 1898, unter dem Titel „Kostenwert und Nutzwert“, abgedruckt in den „Gesammelten Schriften“. S. 375 ff.

<sup>37</sup> R. Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. I. Bd.: Grundlagen der Wirtschaft. III. Aufl. Stuttgart u. Berlin 1923. S. 248.

<sup>38</sup> R. Liefmann l. c. S. 248.

Liefmann seinen Einwand ganz klar und deutlich formulierte, bei einem ernstesten Forscher solch ein Mißverständnis vermuten können! Das ist die Basis der Liefmannschen Kritik an der Grenznutzenlehre, eine Basis, die uns freilich verstehen läßt, warum diese Kritik nirgendwo treffend sein konnte, und die uns gleichzeitig verstehen läßt, warum er so Vieles vom wesentlichen Inhalt der Grenznutzentheorie mit dem Anspruche der Originalität entwickeln konnte<sup>39</sup>. Nunmehr versteht man, wie Liefmann mit der Attitüde eines Kritikers an der Grenznutzentheorie den Satz aussprechen kann<sup>40</sup>: „Es gibt im wirtschaftlichen Sinn keine objektiv seltenen Güter, sondern selten sind Dinge nur im Verhältnis der auf sie gerichteten Begehungen.“

Es würde zu weit führen, Liefmanns Kritik an der Grenznutzentheorie weiterzuverfolgen, eine Aufgabe, die Bobtschev zum Gegenstand einer beiden Parteien gegenüber loyalen Untersuchung gemacht hat<sup>41</sup>. Deutet man den Wertbegriff der österreichischen Grenznutzentheoretiker so willkürlich und abwegig, wie Liefmann es getan hat, dann ist es freilich richtig, „diesen Wertbegriff“ abzulehnen; doch geht die Konstruktion dieses Unbegriffes auf Liefmanns eigene Rechnung. Aber hat es einen Sinn, den Begriff „eines irgendwie aufgefaßten subjektiven Wertes“ abzulehnen, wenn man gleich im folgenden Satze<sup>42</sup> den Begriff der „Nutzenschätzung“ mit dem der „individuellen Bewertung“ identifiziert? Das ist nichts anderes als der Wertbegriff der Grenznutzentheorie.

Was ist das Fazit dieses ganzen Streites gegen die subjektive Wertlehre? Das Schlußergebnis einer „Nutzen und Kosten (als entgangenen Nutzen) vergleichenden Bilanz“ ist nicht eben großartig. Die Dogmengeschichte der Wertlehre ist um einen Annex bereichert: unter den Anhängern der subjektiven Wertlehre werden in Zukunft die „Scheingegner“ zu erwähnen sein.

Auch in der sozialistischen Literatur finden wir gelegentlich Feststellungen, die die Rolle der Wertlehre in unserer Wissenschaft als problematisch erscheinen lassen können. Hierbei muß man sich zunächst der Tatsache erinnern, daß bei den Sozialisten die wirtschaftstheoretische Grundlage ihres Systems vielfach anders konstruiert ist als in der „bürgerlichen“ reinen Theorie, und daß der Hauptakzent der Frage-

---

<sup>39</sup> Vgl. z. B. die kurze Zusammenstellung von Erkenntnissen, die Liefmann bei den Grenznutzlern nicht finden konnte, in dem bereits zitierten Nachtrag zum Artikel „Wert“ von F. X. Weiß.

<sup>40</sup> R. Liefmann l. c. S. 248.

<sup>41</sup> K. Bobtschev, Wertbegriff und Ertragsgedanke. Sofia 1928 (mit reicher Literaturangabe).

<sup>42</sup> R. Liefmann l. c. S. 249.

stellung in ihren Systemen nicht beim Reinökonomischen liegt. Es ist das wohl eine der Hauptursachen, die das Aneinandervorbeireden so vieler sozialistischer und „bürgerlicher“, d. h. der reinen Ökonomik zugewandter Theoretiker garantieren.

Mit der auch von Tugan nicht klar erkannten verschiedenen methodologischen Grundlage der beiden Systeme hängt es wohl auch zusammen, daß er in gleicher Weise von der Marxschen Wertlehre wie von der Grenznutzenlehre behaupten zu können glaubt, sie gingen beide „von der Voraussetzung der sozialen Gleichheit der im Austausch sich begegnenden Individuen“ aus<sup>43</sup>. Könnte das allenfalls als unvollkommener Ausdruck für den fiktiven Charakter<sup>44</sup> des Marxschen Wertgesetzes diskutabel erscheinen, so ist es zweifellos unrichtig für die Grenznutzenlehre. Jedenfalls ist Tugan nur für den Bereich speziell der Verteilungserscheinungen Gegner der Werttheorie und dies aus handgreiflichen Mißverständnissen. Ehe ich das zu zeigen versuche, sei mir die Bemerkung gestattet, daß ich Tugan trotz seiner teilweise groben Irrtümer<sup>45</sup> als aufrechten Denker sehr schätze. Mit dem Herzen bei der Sache, ihr hingegeben und voller Loyalität ohne jede Originalitätswut die Ansichten anderer prüfend, tut er entscheidende Schritte zur Klärung der Positionen, wenn er auch auf halbem Wege stehenbleibt. Bei Tugan finden wir, wie erwähnt, eine merkwürdige halbe Ablehnung der Werttheorie: Er erkennt die Grenznutzenlehre an für den Bereich der Produktpreisbildung, verwirft aber die Wertlehre als Erklärungsinstrument der Verteilungstheorie, weil er glaubt, sie müsse gegenüber allen Machteinflüssen versagen<sup>46</sup>.

Richtig erkennt Tugan, daß die ökonomische Theorie „keine Erklärung für die konkrete Gestaltung der Besitzverhältnisse in diesem oder jenem Lande“ geben kann. Unrichtig zieht er daraus den Schluß, daß diese Theorie mit ihrem Wertbegriff als Erklärungsinstrument die Verteilungserscheinungen nicht meistern könne, und daß daher die Distributionslehre als „soziale“, nicht als ökonomische Theorie betrieben werden müsse. Dem liegt letztlich eine Verkennung der Aufgabe zugrunde,

<sup>43</sup> Tugan-Baranowsky, Soziale Theorie der Verteilung. Berlin 1913. S. 11.

<sup>44</sup> Vgl. hierzu B. Rütger in seiner Kölner Dissertation „Die Auseinandersetzung zwischen Böhm-Bawerk und Hilferding über Marx“, 1926, sowie die da genannte Arbeit Sombarts.

<sup>45</sup> So beispielsweise seine merkwürdige Ansicht (l. c. S. 5) die „herrschende Theorie“ lasse die Einkommen selbständig arbeitender Handwerker oder Bauern „unberücksichtigt“.

<sup>46</sup> Vielleicht wäre Tugan vor diesem Irrtum bewahrt geblieben, wenn Böhm „Macht und ökonomisches Gesetz“ (wieder abgedruckt in den „Gesammelten Schriften“. I. Bd. S. 230ff) damals schon vorgelegen hätte.

die die reine Ökonomik hat. Tugan zeigt sich besonders interessiert an der Erkenntnis der personellen Verteilung. Er sieht jedoch nicht, daß mit der Aufdeckung der „Gesetze“ der funktionellen auch an der personellen Verteilung das erklärt ist, was daran eben ökonomisch zu erklären ist, daß sie eine volle Erklärung der wirklichen Verteilung ermöglicht, sobald ihr die nötigen Daten gegeben werden. Daß deren Gewinnung keine Aufgabe der ökonomischen Theorie ist und nicht sein kann, sagt Tugan selbst sehr schön: „Die Volkswirtschaftslehre stellt sich nicht zur Aufgabe, allgemeine Gesetze der sozialen Klassenbildung in der Geschichte festzustellen, oder konkrete Besitzverhältnisse in diesem oder jenem Lande zu erklären. Sie setzt solche vielmehr als ihren notwendigen Ausgangspunkt voraus; und sie in ihrer Entwicklung zu verfolgen, überläßt sie der allgemeinen Geschichte und der Soziologie“<sup>47</sup>.

Im Verfolg dieses guten und klar formulierten Gedankens kommt Tugan zu der damit nicht zu motivierenden Behauptung, daß die Verteilungsphänomene — obschon mit den Produktions- und Tauschphänomenen zusammenfallend — zu ihrer Analyse „einer andern logischen Methode“ bedürften als der des methodischen Individualismus<sup>48</sup>. Es gälte die Verteilung als „soziales Phänomen“ zu erfassen<sup>49</sup>. Offenbar wechselt Tugan hier (mit der Absicht ihrer sauberen methodischen Scheidung) von einer ökonomischen zu einer soziologischen Problemstellung hinüber; in diesem Sinne wird von ihm auch das Problem der Verteilung definiert als „das Problem der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Einkommen derjenigen sozialen Klassen, die durch die Bedingungen der kapitalistischen Produktion und des Austausches miteinander verknüpft sind“. — Den „Vertretern der Produktivitätstheorie“ macht er den Vorwurf, sie suchten zu beweisen, daß jeder „gesellschaftlichen Klasse — Grundherren, Kapitalisten und Arbeitern — derjenige Teil des gesellschaftlichen Produktes“ zukäme (als „gerechte Bezahlung“!), der dem produktiven Beitrag des bezüglichen Produktionsfaktors entspricht. Diese Argumentation der Grenznutzer beruhe auf einer „quaternion terminorum: dem Gebrauch desselben Terminus in Sätzen und Schlüssen, aber in verschiedenem Sinne“. In den Sätzen nämlich handle es sich „um Produktionsfaktoren: Boden, Kapital; aber in dem Schlusse — um soziale Klassen, Grundherren, Kapitalisten“<sup>50</sup>.

Ganz abgesehen davon nun, daß die Vertreter der Zurechnungslehre es ausdrücklich ablehnen, irgend etwas über Gerechtigkeitsfragen auszu-

<sup>47</sup> Tugan l. c. S. 8.

<sup>48</sup> Tugan l. c. S. 10.

<sup>49</sup> Tugan l. c. S. 11.

<sup>50</sup> Tugan l. c. S. 56f.

sagen, die außerhalb des Bereiches der reinen Ökonomik liegen, die ja — wie Tugan selbst erkennt — unmöglich die „Daten“ aus sich heraus entwickeln kann — abgesehen davon, beruht die Argumentation gerade auf dem Fehler, den Tugan irrtümlich den Vertretern der Grenzproduktivitätstheorie vorwerfen zu müssen glaubt. Bei ihm handelt es sich nämlich um eine durch den Terminus „Klassen“ vermittelte quaternio terminorum: Was die „bürgerliche“ Theorie von den Einkommenskategorien — für die speziell die ältere Theorie unglücklicherweise häufig die Bezeichnung „Klassen“ brauchte — behauptet, wird von den sozialistischen Kritikern mit Hilfe jenes unglücklichen Terminus Klassen aus der rein wirtschaftlichen in die gesellschaftliche Sphäre transponiert, wo es dann — selbstverständlich — unsinnig erscheinen muß<sup>61</sup>. Es ist sicherlich bedauerlich, daß die ältere Theorie mit der rein ökonomischen Einteilung der Gesellschaft nach den Produktionsfaktoren, die ihre einzelnen Glieder im Wirtschaftsprozeß einzusetzen haben, jenen Namen der „Klassen“ verband — eine Übung, mit der leider auch manche neuere Autoren noch nicht radikal und endgültig gebrochen haben. Denn diese Bezeichnung ist es, die rein wirtschaftlich gedachten Lösungen ein soziologisches Scheingepräge gab, was wiederum dazu führen konnte, daß besonders sozialistische Ökonomen selbst in das Werk Ricardos überraschend viel Nonsense hineininterpretieren konnten, ja sogar bei diesem für immer vorbildlich selbstkritischen und am Ergebnis „uninteressierten“ Denker Bestrebungen „bürgerlicher Apologetik“ feststellen zu müssen glaubten. (Selbst soweit physiokratische und klassische Theoretiker vielleicht glaubten, gleichzeitig mit einem ökonomischen Gedankengang soziologische Probleme gelöst zu haben — ein Irrtum, der bei mangelndem Bewußtsein der Verschiedenheit beider Disziplinen leicht verständlich ist —, sollte man daraus nicht den Vorwurf bürgerlicher Apologetik ableiten und sich nicht an diese Dinge hängen, sondern die Gedanken so beziehen, wie sie einen guten Sinn geben.) Es ist begreiflich, daß eine fundamentale Mißdeutung eine Kette von Irrtümern nach sich ziehen mußte; es wird immer schwer begreiflich bleiben, daß selbst Autoren, die solche Fülle von Irrungen bei den größten Meistern unseres Faches fanden, nicht an der eigenen Interpretationskunst verzweifelten. Es bildet einen Ruhmestitel Tugans, daß er mit der Konfundierung ökonomischer und soziologischer Betrachtungsweise, jenem teuren Erbteil besonders der „sozialistischen Wissenschaft“ — das ihr die Sache verpfuschte, der „bürgerlichen Ökonomik“ mehr nur die methodologischen Erklärungen — grundsätzlich zu brechen suchte. Daran ändert es

---

<sup>61</sup> Den gleichen Irrtum zeigte ich kürzlich gegenüber Oppenheimer auf im zweiten Teile meiner erwähnten kritischen Abhandlung zu seinem System.



wenig, daß er die richtig angelegte Scheidung selbst nicht glücklich durchzuführen vermochte.

Tugans Ablehnung der Wertlehre für den als Distributionslehre bezeichneten Teil der Preistheorie beruht auf den hier aufgewiesenen Mißverständnissen.

In seiner bereits erwähnten Schrift „Vom Lehrwert der Wertlehre“ bringt Dietzel ein ausführliches Kapitel über „die Wertlehre bei den Sozialisten“, wobei er besonderen Nachdruck darauf legt, zu zeigen und durch zahlreiche Zitate sozialistischer Schriftsteller zu belegen, daß die Wertlehre bei Marx — früher als „pierre angulaire“ des Systems betrachtet — „richtig besehen bloß ein Ornament“ gewesen sei<sup>52</sup>. Nun halte ich dies freilich für eine etwas kühne Metapher, die den wirklichen Sachverhalt übertreibt. Zuzugeben ist, daß die Wertlehre, mit der der erste Band des „Kapital“ anhebt, nur für einen fiktiven Gesellschaftszustand gilt, was Marx leider erst im dritten Bande klar ausspricht<sup>53</sup>. Eben daraus folgt schon, daß sie für das Ganze nicht von entscheidender Bedeutung ist. Kautzky ist durchaus zuzustimmen, wenn er in einer von Dietzel zitierten Äußerung sagte, die Wertlehre Marx' habe „mit dem Sozialismus nichts zu tun“, — wie ja überhaupt solch ein Zweckinstrument reiner Theorie weltanschaulich zu nichts verpflichtet —; Kautzky ist auch zuzustimmen, wenn er sagte, daß die Marxsche Wertlehre „zum Nachweise der Ausbeutung der Arbeiter überflüssig“ sei<sup>54</sup>. Solche Ausführungen, deren Dietzel noch mehrere wiedergibt und bei denen alles auf die Interpretation ankommt, mag man zu Dutzenden anführen, sie zeigen alle nur — was wir ohnehin wissen —, daß bei Marx ganz andere Interessen im Vordergrund standen als die einer „reinen ökonomischen Theorie“, die in seinem System nur die Rolle

<sup>52</sup> Dietzel l. c. S. 31.

<sup>53</sup> Vgl. hierzu die bereits erwähnte Untersuchung von Rütger l. c. S. 21 ff.

<sup>54</sup> Zitiert nach Dietzel l. c. S. 30. In der gegen Bernstein gerichteten Abhandlung „Problematischer gegen wissenschaftlichen Sozialismus“ (Die neue Zeit, XIX. Jahrg., 2. Bd., 1901, S. 361) sagt Kautzky: „Unanfechtbar“ sei Bernsteins Satz, „daß die Marxsche Werttheorie zum Nachweis der Ausbeutung überflüssig sei, daß man dies Vergnügen viel billiger haben könne“. — Dieser Satz besagt also nicht, wie Dietzel anzunehmen scheint, daß für die Marxsche Lehre der Wertbegriff überflüssig sei, sondern nur daß Ausbeutung als Faktum auch ohne Bemühung speziell der Marxschen Wertlehre nachweisbar sei. Es handelt sich hier also um eine ziemlich allgemein gehaltene These, deren Richtigkeit über die Bedeutung der Wertlehre in der Ökonomik gar nichts aussagen könnte. — Wenn Dietzel (l. c. S. 29) ferner nachweist, daß schon seit langer Zeit von den Sozialisten „die Wertlehre heute als ein eher schädliches, denn nützlich ‚hors d'œuvre‘ behandelt“ würde: „Von den einen deshalb, weil sie die Propaganda erschwere“, von anderen, „weil sie die Verteidigung erschwere“, so reichen diese „Argumente“ natürlich an die Frage der wissenschaftlichen Bedeutung der Wertlehre und ihrer Rolle in der Ökonomik überhaupt nicht heran.

einer Hilfswissenschaft spielt und die rein aus sich heraus gar nicht zu einer irgendwie erschöpfenden Behandlung des Problems der „Ausbeutung“ kommen kann. Man kann daher sehr wohl der Ansicht sein, daß auch eine völlig treffende Kritik der Marxschen Wertlehre sein System nicht zum Einsturz brächte, daß seine entscheidenden Thesen (mit ihrem soziologisch-historischen Charakter) über den notwendigen Schicksalsgang der kapitalistischen Wirtschaft sich noch behaupten könnten, auch wenn alle Gedankengänge „reiner Ökonomik“ im Marxschen System verfehlt wären. Auf dem Boden allein der reinen Wirtschaftstheorie wäre das gar nicht auszumachen. Und damit ist gleichzeitig gesagt, daß die Rolle der Wertlehre im Marxschen System für die Frage der Rolle des Wertbegriffes in der reinen Wirtschaftstheorie gar nichts entscheiden kann.

---

Zusammenfassung: Wir sahen, daß die Sozialisten nicht sinnvoll als Gegner der Wertlehre bezeichnet werden können. Was die reine Ökonomik und ihre Vertreter, die „bürgerlichen“ Ökonomen, angeht, liegt die Sache folgendermaßen: Die Beschreibung des Preiszusammenhanges ist eine der Hauptaufgaben der sozialökonomischen Theorie, und diese Aufgabe ist möglich ohne direkte Heranziehung des Wertbegriffes. In der Aufweisung der Bedingungen des Gleichgewichtes ist die „Verbindungsstelle“ gegeben, die von der eben charakterisierten Hauptaufgabe zu der prinzipiell nicht weniger wichtigen Aufgabe führt, den Mechanismus der Preisbildung in seiner Bewegung zu erklären, den Mechanismus also, der bei ungestörtem Ablauf das Gleichgewicht herbeiführen würde.

Diese zweite Aufgabe ist ohne Heranziehung des Wertbegriffes — wenigstens beim gegenwärtigen Stande unserer Erkenntnis — nicht lösbar. Diese Feststellung ist wohl berechtigt, da unsere kurze Untersuchung gezeigt hat, daß die Wertlehre nur scheinbar abgelehnt wird. Eine Untersuchung, die sich nicht vom Worte, sondern vom Begriffsinhalte leiten läßt, führt zu dem Resultate, daß die vermeintlichen Gegner der Wertlehre in Wahrheit gerade jener Gruppe der Theoretiker zuzurechnen sind, deren Sammelname sie gleichzeitig ohne weiteres als Verwender einer Form des hier entscheidenden Wertbegriffes („subjektiver Wert“ als Instrument der wirtschaftlichen Kausalanalyse) charakterisiert, der — nicht ganz unmißverständlich — sog. „psychologischen“ Richtung der Nutzwertlehre.

Was den Kampf gegen die Bezeichnung des gemeinten Begriffes angeht, so wäre es zweifellos möglich, das bloße Wort „Wert“ zu verwenden

meiden. In dieser Hinsicht könnte unsere Disziplin als Teil einer Theorie des wirtschaftlichen Handelns auch mit anderen Ausdrücken ihr Erkenntnisziel erreichen. Aber: einigten wir uns auf bestimmte andere Ausdrücke, brauchten alle sie, wir könnten doch nie dem Schicksal ganz entgehen, daß auch diese Worte im selben Maße, in dem sie allgemeiner angewandt würden, mit verschiedenen, den ursprünglich gemeinten und gewollten Begriff störenden Assoziationen belastet würden. Wir sind nun einmal an gewisse Denk- und Ausdrucksnotwendigkeiten gebunden, und kein noch so geistreich vorgetragener erkenntnistheoretischer Skeptizismus hilft uns darüber hinweg. Aber er hat eine verhängnisvolle Tendenz, den terminologischen Wirrwarr, die babylonische Sprachverwirrung unter den Fachleuten zu vermehren und sie weiter an der Arbeit am sachlichen Problem zu verhindern.

Schon häufig — besonders eindringlich von Amonn und Schumpeter — ist Klage über die Neigung so vieler deutscher Theoretiker geführt worden, die Wirtschaftstheorie ohne Rücksicht auf die Leistungen der vorhergegangenen Generationen völlig neu zu begründen. Zu diesen Versuchen hat sicher viel verfrühte Resignation auf Grund allzu wortgebundener Auslegungen bereits getaner Arbeit mitgewirkt. Möge das dürftige Ergebnis des Streites gegen die Wertlehre mit dazu beitragen, in der jüngeren Generation die Überzeugung zu verbreiten, daß es gegen die „Herrschaft des Wortes“ ein wirksames Gegenmittel gibt: Geduldige Versenkung in die Fachliteratur, in die Werke der Meister; emsiges Bemühen, ihnen ihren guten Sinn abzulauschen und — wo das Wort ihnen Unsinn in den Mund zu legen scheint — die tieferen Ursachen dafür zunächst einmal bei sich selbst zu suchen und dabei nicht zu schnell zu resignieren. Das lohnt sich in jedem Falle, denn schließlich haben die Meister des unseren mit denen anderer Fächer das gemeinsam, daß auch ihre Irrtümer niemals unqualifiziert sind, und daß es meist nur einer Korrektur der Ausdrucksweise bedarf, um zu wertvollen Einsichten zu gelangen. Worte sind wandelbar und vergänglich; der Begriff ist ewig und wird niemals im Worte einen völlig adäquaten Ausdruck finden. Darum wird immer guter Wille und Bescheidenheit gegen die Werke der Meister dazu gehören, wenn wir uns der „Herrschaft des Wortes“ entziehen und uns der Herrschaft des Begriffes unterstellen wollen.

LUDWIG MISES

**Die  
psychologischen Wurzeln des Widerstandes  
gegen die nationalökonomische Theorie**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung . . . . .	277
I. Das Problem . . . . .	278
II. Die marxistische (wissenssoziologische) Hypothese . . . . .	280
III. Die Rolle des Ressentiments . . . . .	287
IV. Notwendigkeit und Freiheit . . . . .	290
Schluß . . . . .	293

## Einleitung

Untersuchungen, die sich mit den Problemen der modernen Wertlehre befassen, würden eine Lücke aufweisen, wenn sie sich nicht auch mit den Einwänden auseinandersetzen, die gegen die subjektivistische Nationalökonomie vom wirtschaftspolitischen und vom schulpolitischen Standpunkte erhoben werden.

Da ist zunächst die Behauptung, die subjektivistische Wertlehre sei „Klassenideologie der Bourgeoisie“. Für Hilferding ist sie „das letzte Wort, das die bürgerliche Nationalökonomie dem Sozialismus antwortet“<sup>1</sup>. Bucharin will sie als „die Ideologie des Bourgeois, der aus dem Produktionsprozeß bereits hinausgedrängt ist“, brandmarken<sup>2</sup>. Man mag über diese beiden Autoren denken, wie man will; doch es ist zu beachten, daß sie zu den Machthabern der beiden volkreichsten Staaten Europas gehören und daher wohl imstande sind, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die vielen Millionen, zu denen keine anderen Schriften dringen als die von der marxistischen Propaganda verbreiteten, erfahren über die moderne Nationalökonomie nichts weiter als diese und ähnliche Verdammungsurteile.

Dann haben wir die Richtung zu nennen, die glaubt, gegen die subjektivistische Nationalökonomie den Umstand ins Treffen führen zu dürfen, daß sie von den Lehrstühlen der Hochschulen ferngehalten wird. Selbst Adolf Weber, der doch die Vorurteile des Kathedersozialismus scharfsinnig zu kritisieren gewußt hat, kommt diesem Argument in seinem Lehrbuch sehr nahe<sup>3</sup>. Dem etatistisch gerichteten Denken, das

---

<sup>1</sup> Vgl. Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik (Marx-Studien. I. Bd. Wien 1904). S. 61.

<sup>2</sup> Vgl. Bucharin, Die politische Ökonomie des Rentners. Berlin 1926. S. 27.

<sup>3</sup> Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München u. Leipzig 1928. S. 211. — Daß diese Fernhaltung der nationalökonomischen Theorie von den Hochschulen nicht zu Ergebnissen geführt hat, die die „Praxis“ befriedigen, beweisen die Ausführungen des Legationsrates Dr. Bücher auf der Frankfurter Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Bücher erhob gegen die Universitäten des Deutschen Reiches den Vorwurf, daß die Volkswirte „falsch ausgebildet“ werden, weil „die deutsche Nationalökonomie das Gefühl für die tatsächlichen Aufgaben der Gegenwart verloren und sich vielfach das praktische ökonomische Denken abgewöhnt hat“. Sie habe sich „in Einzelaufgaben zersplittert und den Blick auf die Zusammenhänge

heute überall herrscht, entspricht es, eine Lehre schon darum für abgetan zu halten, weil die Behörden, die über Stellenbesetzungen verfügen, von ihr nichts wissen wollen, und das Kriterium der Wahrheit in der Anerkennung durch das Ministerium zu erblicken.

Niemand wird bestreiten können, daß man Anschauungen, die so weit verbreitet sind, nicht einfach mit Schweigen übergehen darf.

## I.

# Das Problem

Jede neue Lehre trifft zunächst auf Ablehnung und Widerspruch. Die Anhänger der alten, der herrschenden Auffassung treten ihr entgegen, verweigern ihr die Anerkennung, erklären sie für verfehlt und widersinnig. Es müssen Jahre, ja Jahrzehnte vergehen, ehe es dem Neuen gelingt, das Alte ganz zu verdrängen. Ein junges Geschlecht muß heranwachsen, bevor sein Sieg sich entscheidet.

Um dies zu verstehen, muß man sich darauf besinnen, daß die weitaus überwiegende Zahl der Menschen nur in der Jugend neuen Gedanken zugänglich ist. Mit dem Fortschreiten des Alters nimmt die Aufnahmefähigkeit ab, und das früher erworbene Wissen erstarrt zum Dogma. Zu diesen inneren Widerständen treten solche, die aus der Rücksichtnahme auf äußere Verhältnisse entstehen. Das Prestige leidet, wenn man sich genötigt sieht, zuzugestehen, daß man lange Zeit einer nun als verfehlt erkannten Lehre angehängt hat; die Eitelkeit wird getroffen, wenn man zugeben muß, daß andere das Bessere gefunden haben, das man selbst nicht zu finden vermocht hat. Mit der alten Lehre hat sich im Laufe der Zeit die Autorität der öffentlichen Zwanganstalten, des Staates, der Kirche, der Parteien, irgendwie verschwistert; diese Gewalten, ihrem Wesen nach jeder Veränderung abhold, bekämpfen nun die neue Lehre, schon weil sie neu ist.

Wenn wir von den Widerständen, denen die subjektivistische Wertlehre begegnet, sprechen, dann haben wir jedoch etwas anderes im Auge als diese Hindernisse, die jeder neue Gedanke findet. Es handelt sich uns nicht um die Erscheinung, die auf allen Teilgebieten des menschlichen Denkens und Wissens auftritt, nicht um den Widerstand gegen

---

verloren“. (Siehe den Bericht in der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. September 1927.) Dieses vernichtende Urteil ist um so bemerkenswerter, als Bücher wirtschaftspolitisch, wie aus den übrigen Ausführungen dieser Rede hervorgeht, ganz auf dem Boden der Gegner des laissez-faire und der Befürworter der „durchorganisierten Wirtschaft“ steht, mithin eines Sinnes ist mit der interventionistisch-etatistischen Richtung der deutschen Volkswirte.

das Neue, sondern um eine Erscheinung, die wir nur in der Geschichte des soziologischen und insbesondere des nationalökonomischen Denkens festzustellen haben, um den Widerstand gegen die Wissenschaft als solche, um einen Widerstand, den die Jahre nicht nur nicht beseitigt oder geschwächt, sondern eher gestärkt haben.

Daß es hier in der Tat nicht um die subjektivistische Wertlehre allein, sondern überhaupt um die Katallaktik geht, ersieht man am besten daraus, daß heute keine andere Preistheorie mehr der des Subjektivismus entgegensteht. Ab und zu versucht ein marxistischer Parteibeamter noch die Arbeitswertlehre zu verfechten; im übrigen wagt es niemand mehr, eine von der subjektivistischen Lehre im Wesen abweichende Theorie vorzutragen. Alle Auseinandersetzungen über die Theorie des Preises stehen ganz auf dem Boden der subjektivistischen Lehre, mögen auch manche Schriftsteller — wie z. B. Liefmann und Cassel — glauben, daß sie von ihr sehr weit entfernt sind. Wer die subjektivistische Wertlehre heute radikal ablehnt, der lehnt auch jede nationalökonomische Theorie radikal ab und will in der wissenschaftlichen Behandlung gesellschaftlicher Probleme nichts als Empirie und Geschichte gelten lassen.

Was Logik und Erkenntnistheorie über diese Haltung zu sagen haben, fällt nicht in den Rahmen, der dieser Arbeit gesetzt ist; sie hat sich mit den psychologischen Wurzeln der Ablehnung der subjektivistischen Wertlehre zu befassen.

Daher haben für uns auch die Anfeindungen außer Betracht zu bleiben, denen die Wissenschaften von der Gesellschaft und von der Wirtschaft von außen her begegnen. Solche äußeren Widerstände sind genug vorhanden. Doch sie sind wohl kaum imstande, den Fortschritt des wissenschaftlichen Denkens aufzuhalten. Man muß schon sehr stark in den etatistischen Vorurteilen befangen sein, wenn man glaubt, die Ächtung einer Lehre durch den Staatsapparat und die Fernhaltung ihrer Anhänger von staatlichen und kirchlichen Benefizien könnten ihrer Entwicklung und Verbreitung auf die Dauer Eintrag tun. Selbst Ketzerverbrennungen haben der modernen Naturwissenschaft den Weg nicht zu verlegen vermocht. Es ist für das Schicksal der Gesellschaftswissenschaft ziemlich gleichgültig, ob sie an den europäischen Beamenschulen gelehrt wird, und ob die jungen Amerikaner des College in den Stunden, die ihnen Sport und Vergnügen frei lassen, in ihr unterwiesen werden. Daß man es aber wagen durfte, Soziologie und Nationalökonomie an den meisten Lehranstalten durch Fächer zu ersetzen, die geflissentlich allem soziologischen und nationalökonomischen Denken aus dem Wege gehen, ist nur möglich gewesen, weil innere Widerstände vorhanden sind, die diesen Vorgang rechtfertigen. Wer die äußeren Schwierigkeiten unserer Wissen-



schaft untersuchen will, muß sich vorerst mit jenen befassen, die ihr in unserem Innern erwachsen.

Die eigenartige Erscheinung, daß die Ergebnisse der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung eine Gegnerschaft finden, die sich in ihrer Gedankenführung über alle Logik und Erfahrung hinwegsetzt, läßt sich nicht einfach damit erklären, daß, wer seine Überzeugung zugunsten von Anschauungen, die den Machthabern lieb sind, opfert, in der Regel reichlich entschädigt wird. Eine wissenschaftliche Untersuchung darf nicht in jene Niederungen hinabsteigen, in die blinder Parteihaß den Kampf gegen die Wissenschaft der Nationalökonomie verlegt hat. Sie darf nicht einfach die Vorwürfe umkehren, die Marx erhob, wenn er den „bürgerlichen“ Ökonomen, den „Vulgärökonom“ immer wieder als schurkischen Soldschreiber der „Bourgeoisie“ bezeichnet hat, wobei er mit Vorliebe den offenbar von ihm ganz mißverstandenen Ausdruck „Sykophant“ gebrauchte; sie darf auch die Kampfmethoden nicht übernehmen, mit denen die deutschen Kathedersozialisten jede Gegnerschaft zu unterdrücken suchten<sup>4</sup>. Gesetzt den Fall, man wäre berechtigt, allen Bekämpfern der Nationalökonomie und der subjektivistischen Preislehre den guten Glauben abzusprechen, so bliebe noch immer die Frage offen, wie es kommt, daß die öffentliche Meinung solche Wortführer duldet und nicht lieber den wahren Propheten Gefolgschaft leistet als den falschen<sup>5</sup>.

## II.

### Die marxistische (wissenssoziologische) Hypothese

Wenden wir uns zunächst der Lehre zu, die die Abhängigkeit des Denkens von der Klassenlage des Denkers lehrt.

Nach der Auffassung des Marxismus gliedert sich die menschliche Gesellschaft in der Zeit, die zwischen dem Untergange der Gentilverfassung der goldenen Urzeit und dem Umschlagen des Kapitalismus in das kommunistische Paradies der Zukunft liegt, in Klassen, deren Interessen sich in unüberbrückbarem Gegensatz befinden. Die Klassenlage — das gesellschaftliche Sein — eines Individuums bestimmt sein Denken; das Denken fördert daher Lehren zutage, die den Klasseninteressen des Denkers ent-

<sup>4</sup> Vgl. die Kennzeichnung dieser Methoden durch Pohle, *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre*. 2. Aufl. Leipzig 1921. S. 116 ff.

<sup>5</sup> Die Widerstände, von denen wir sprechen, sind nicht nur bei einem Volke aufgetreten; sie sind in den Vereinigten Staaten oder in England gerade so, wenn vielleicht auch in geringerer Stärke, zu finden wie in Deutschland oder Italien.

sprechen. Sie bilden den „ideologischen Überbau“ der Klasseninteressen, sie sind Apologien der Klasseninteressen, sie verhüllen ihre Nacktheit. Der einzelne Denker mag subjektiv ehrlich sein; es ist ihm jedoch nicht gegeben, in seinem Denken die Schranken, die ihm durch seine Klassenlage gesetzt sind, zu übersteigen. Er vermag die Ideologien der anderen Klassen zu enthüllen und zu entlarven, bleibt aber doch zeitlebens in der Ideologie befangen, die seine eigene Klassenlage ihm vorschreibt.

In den Bibliotheken, die zur Verteidigung dieser Lehre geschrieben wurden, wird bezeichnenderweise kaum die Frage gestreift, ob die Voraussetzung, daß die Gesellschaft in Klassen zerfällt, deren Interessen in unversöhnlichem Gegensatz stehen, wirklich zutrifft<sup>6</sup>. Für Marx lagen da die Dinge sehr einfach. Er fand die Lehre von der Gliederung der Gesellschaft in Klassen und von der Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen in Ricardos System der Katallaktik vor oder glaubte zumindest, sie daraus herauslesen zu dürfen. Heute ist die Wert-, Preis- und Verteilungstheorie Ricardos längst überholt, und die subjektivistische Verteilungslehre bietet uns nicht den geringsten Anhaltspunkt zur Stützung der Lehre vom unversöhnlichen Klassengegensatz. Wenn man die Bedeutung der Grenzproduktivität für die Einkommensbildung erkannt hat, kann man nicht länger an der Vorstellung des unüberbrückbaren Klassengegensatzes festhalten.

Doch da Marxismus und Wissenssoziologie in der subjektivistischen Wertlehre eben nichts anderes als einen letzten ideologischen Versuch zur Rettung des Kapitalismus erblicken, wollen wir uns auf die immanente Kritik ihrer Thesen beschränken. Für den Proletarier gibt es, wie Marx selbst zugibt, nicht nur Klasseninteressen, sondern auch andere, dem Klasseninteresse entgegenstehende Interessen. So heißt es im Kommunistischen Manifest: „Die Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst.“<sup>7</sup> Es ist also nicht so, daß der Proletarier nur Klasseninteressen hat; er hat auch andere Interessen. Welchen soll er folgen? Der Marxist wird antworten: Natürlich den Klasseninteressen; Klasseninteresse geht vor allem andern. Doch das ist dann keineswegs mehr „natürlich“, ist eben, sobald man zugegeben hat, daß auch anderes Handeln möglich und den Interessen gemäß ist, kein

---

<sup>6</sup> Das gilt vor allem auch von denen, die, wie z. B. die „Wissenssoziologen“ und die Schule von Max Adler, den Marxismus „soziologisch“, d. h. losgelöst von aller Nationalökonomie betrachten wollen. Für sie ist die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes der Klasseninteressen ein Dogma, an dessen Wahrheit nur Verworfenne zweifeln können.

<sup>7</sup> Vgl. das Kommunistische Manifest. 7., autorisierte deutsche Ausgabe. Berlin 1906. S. 30.

„Sein“, sondern ein „Sollen“. Der Marxismus sagt nicht von den Proletariern, daß sie keinen anderen als ihren Klasseninteressen folgen können, sondern er sagt den Proletariern: Ihr seid eine Klasse und sollt eurem Klasseninteresse folgen; werdet eine Klasse, indem ihr dem Klasseninteresse gemäß denkt und handelt. Dann obliegt es ihm aber zu beweisen, daß die Klasseninteressen den anderen Interessen voranstehen sollen.

Doch selbst wenn wir annehmen, daß die Gesellschaft in Klassen mit widerstreitenden Interessen zerfällt, und wenn wir zugeben wollten, daß jedermann die Pflicht habe, das Klasseninteresse und nichts als das Klasseninteresse wahrzunehmen, bleibt noch die Frage offen: Was dient dem Klasseninteresse am besten? Das ist der Punkt, wo „wissenschaftlicher“ Sozialismus und „Wissenssoziologie“ ihren Charakter als Parteilichkeit bewähren. Sie nehmen ohne weiteres an, daß das, was das Klasseninteresse erfordert, in jedem Augenblick eindeutig und evident ist<sup>8</sup>. Der Klassengenosse, der anderer Meinung ist, kann nur ein Klassenverräter sein.

Was vermag der marxistische Sozialismus dem zu erwidern, der gerade auch im Interesse der Proletarier das Sondereigentum an den Produktionsmitteln und nicht Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordert? Er kann ihn entweder, wenn er „Proletarier“ ist, als Klassenverräter oder, wenn er kein „Proletarier“ ist, als Klassenfeind brandmarken, oder aber er muß sich mit ihm in eine Erörterung der Probleme einlassen. Wählt er diesen Weg, dann hat er den Boden seiner Theorie verlassen; denn wie könnte man sich mit Klassenverrättern, denen ihre moralische Minderwertigkeit, oder mit Klassengegnern, denen ihre Klassenlage es verwehrt, die Ideologie der Proletarierklasse zu erfassen, geistig auseinandersetzen?

Die geschichtliche Funktion der Klassentheorie erkennt man am besten, wenn man ihr die Theorie der Nationalisten gegenüberstellt. Auch Nationalismus und Rassenlehre verkünden, daß es unüberbrückbare Gegensätze der Interessen gibt — sie sehen diese allerdings nicht zwischen den Klassen, sondern zwischen den Völkern und Rassen —, und daß das Denken durch das völkische und rassische Sein bestimmt ist. Die Nationalisten bilden Vaterlandsparteien und Nationalparteien, die es für sich in Anspruch nehmen, allein die Ziele zu verfolgen, die dem Wohle des Vaterlandes und des Volkes dienen. Wer nicht mit ihnen geht,

---

<sup>8</sup> „Der Einzelne irrt häufig in der Wahrung seiner Interessen: eine Klasse irrt niemals auf die Dauer!“ sagt F. Oppenheimer (System der Soziologie. II. Bd. Jena 1926. S. 559). Das ist Metaphysik und nicht Wissenschaft.

gilt, je nachdem, ob man ihm die Volkszugehörigkeit aberkennt oder zuerkennt, als Feind oder als Verräter. Dem Nationalisten will es nicht eingehen, daß auch die Programme anderer Parteien dem Wohle des Vaterlandes und des Volkes dienen wollen. Er kann es nicht fassen, daß auch der, der mit Nachbarvölkern in Frieden leben will oder für Freihandel gegen Schutzzoll eintritt, diese Forderungen nicht im Interesse des Fremdvolkcs stellt, sondern in dem des eigenen Volkes zu handeln glaubt und handeln will. Der Nationalist glaubt an sein Programm so felsenfest, daß er es gar nicht verstehen kann, daß ein anderes Programm zum Wohle seines Volkes noch denkbar sei. Wer anders denkt, kann nur Verräter oder volksfremder Feind sein.

Beiden Theorien, der marxistischen Wissenssoziologie und der nationalistisch-rassenpolitischen Lehre, ist mithin gemeinsam die Annahme, daß das Interesse der Klasse, der Nation, der Rasse eindeutig ein bestimmtes Handeln verlangt, und daß darüber, wie dieses Handeln beschaffen sein muß, für den Klassenangehörigen, für den Volksgenossen, für den Reinrassigen kein Zweifel bestehen kann. Eine Erörterung des Für und Wider verschiedener Programme mit geistigen Mitteln erscheint ihnen undenkbar. Die Klassenlage, die Volkszugehörigkeit, das Rassegut läßt dem Denker keine Wahl; er muß so denken, wie sein Sein es fordert. Solche Theorien sind natürlich nur dann möglich, wenn man von vornherein ein vollständiges Programm aufgestellt hat, an dem auch nur zu zweifeln verboten ist. Logisch und zeitlich vor der materialistischen Geschichtsauffassung steht Marxens Bekenntnis zum Sozialismus, steht vor dem nationalistischen Programm die militaristisch-protektionistische Lehre.

Beide Theorien sind auch aus der gleichen politischen Lage entsprungen. Gegen die von den Philosophen, Nationalökonomcn und Soziologen des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten liberalen Lehren vermochte man und vermag man mit den Waffen der Logik und der Erfahrungswissenschaft nichts vorzubringen. Wer den Liberalismus bekämpfen will, dem bleibt eben nichts anderes übrig, als diese beiden — Logik und Erfahrungswissenschaft — zu entthronen, ihnen ihren Anspruch, allgemeingültige Sätze zu lehren, zu bestreiten. Dem „Absolutismus“ ihrer Lösungen wird entgegengehalten, daß sie nur „bürgerliche“, „englische“, „jüdische“ Wissenschaft brächten; die „proletarische“, die „deutsche“, die „arische“ Wissenschaft seien zu anderen Ergebnissen gelangt. (Daß die Marxisten von Marx und Dietzgen bis herab zu Mannheim bestrebt sind, ihrer eigenen Lehre doch eine Ausnahmestellung zuzuerkennen, die sie über den Stand einer bloßen Klassenlehre hinausheben soll, ist inkonsequent genug, kann aber hier

außer Betracht bleiben.) An die Stelle der Widerlegung der Lehren tritt die Entlarvung ihrer Schöpfer und ihrer Anhänger.

Das Mißliche an diesem Verfahren ist, daß es in folgerichtiger Anwendung jede Auseinandersetzung mit Argument und Gegenargument unmöglich macht. Der Kampf der Geister wird durch die Überprüfung des gesellschaftlichen, nationalen, rassenmäßigen Seins der Gegner ersetzt. Bei der Verschwommenheit der Begriffe Klasse, Volk und Rasse gelingt es immer, diese Überprüfung mit einer Entlarvung des Gegners abzuschließen. Es ist so weit gekommen, daß man als Klassengenossen, Volksgenossen, Rassebruder nur noch den anerkennt, der die solchem Sein vermeintlich allein adäquaten Ideen teilt. (Es ist ein besonderer Mangel an Folgerichtigkeit, daß man sich auf das Zeugnis von Anhängern der eigenen Ideologie, die außerhalb des Kreises der Angehörigen der eigenen Klasse, Nation und Rasse stehen, mit der Wendung beruft: selbst die Klassenfremden, Volksfremden, Fremdstämmigen müssen, wenn sie erleuchtet und ehrlich sind, unsere Auffassung teilen.) Ein Kriterium, an dem man die dem Sein adäquate Lehre erkennen könnte, wird leider nicht angegeben, kann auch gar nicht angegeben werden. Die Entscheidung durch die Mehrheit der diesem Sein Zugehörigen wird ausdrücklich abgelehnt.

Die drei Axiome, die diese antiliberalen Lehren voraussetzen, lauten: 1. Die Menschheit ist in Gruppen geschieden, deren Interessen in unversöhnlichem Widerstreit liegen. 2. Jeder Gruppe — richtiger: jedem Angehörigen jeder Gruppe — ist das Gruppeninteresse und das Handeln, das ihm am besten dient, unmittelbar evident. 3. Das Kriterium der Gruppenscheidung ist a) die Klassenzugehörigkeit, b) die Volkszugehörigkeit, c) die Rassenzugehörigkeit. Der erste und der zweite Satz ist allen diesen Lehren gemeinsam; durch den besonderen Inhalt, den sie dem dritten geben, unterscheiden sie sich.

Es ist mißlich, daß jeder dieser drei Sätze für sich allein und alle drei als Einheit zusammengefaßt durchaus jene Denknötwendigkeit und Unmittelbarkeit der Evidenz entbehren, die der Charakter als Axiom erfordern würde. Man kann von ihnen nicht sagen, daß sie eines Beweises nicht benötigen, wenn man auch leider sagen muß, daß sie eines Beweises nicht fähig sind. Denn um sie zu beweisen, müßte man ein ganzes System der Soziologie aufstellen, als dessen Abschluß sie zu erscheinen hätten. Wie sollte das aber möglich sein, da sie doch logisch vor jedem Denken, zumindest vor jedem soziologischen (die Wissenssoziologen sagen: seinsgebundenen) Denken stehen? Fängt man damit an, mit diesen Axiomen im Denken Ernst zu machen, dann gerät man zu einem Skepti-

zismus, der den Standpunkt von Pyrrhon und Aenesidemus an Radikalismus weit übertrifft.

Doch diese drei Axiome bilden nur die Voraussetzung der Lehre; sie sind noch nicht die Lehre selbst, und, wie wir gleich sehen werden, mit ihrer Aufzählung sind noch nicht alle axiomatischen Voraussetzungen der Lehre erschöpft. Die marxistisch-wissenssoziologische Lehre, der wir uns wieder zuwenden und mit der wir uns in den weiteren Ausführungen allein befassen wollen, besagt, daß das Denken vom Sein (der Klassenzugehörigkeit) des Denkers dergestalt abhängig ist, daß alle von ihm erzeugten Theorien nicht allgemeingültige Wahrheit, wie ihre Urheber vermeinen, sondern eine den Klasseninteressen dienende Ideologie bringen. Nun aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß den Klassenangehörigen, die die Interessen ihrer eigenen Klasse am besten wahrnehmen wollen, die durch keinerlei ideologische Irrtümer getrübt Erkenntnis des wahren Sachverhaltes ganz besonders dienlich sein müßte. Je besser sie ihn kennen, desto besser werden sie die Mittel zur Verfolgung ihrer Klasseninteressen zu wählen wissen. Freilich: wenn die Erkenntnis des Wahren zur Einsicht führen sollte, daß das Klasseninteresse anderen Werten geopfert werden soll, dann könnte sie den Eifer, mit dem die vermeintlichen Klasseninteressen vertreten werden, schwächen, und dann wäre eine falsche Lehre, die diesen Nachteil vermeidet, der wahren an Kampfwert überlegen. Doch wenn man diese Möglichkeit zugeht, hat man die Grundlage der ganzen Lehre aufgegeben.

Die Förderung, die die kämpfende Klasse durch die falsche Lehre erfährt, kann mithin nur darin bestehen, daß sie die Kampfkraft der gegnerischen Klassen schwächt. Die „bürgerliche“ Nationalökonomie z. B. fördert die Bourgeoisie einmal im Kampfe gegen die vor-kapitalistischen Mächte und dann wieder im Widerstande gegen das Proletariat, indem sie diesen Gegnern die Überzeugung von der Notwendigkeit der Herrschaft des kapitalistischen Systems beibringt. Wir kommen nun zu der vierten und letzten der axiomatischen Voraussetzungen dieses Stückes der marxistischen Lehre: Die Förderung, die eine Klasse durch den Umstand, daß ihre Angehörigen nur in Apologien (Ideologien) und nicht in richtigen Theorien denken können, erfährt, überwiegt den Nachteil, der daraus erwächst, daß ihr eben dadurch die Vorteile entgehen, die der Besitz einer nicht durch das falsche Bewußtsein getrübt Erkenntnis des wahren Sachverhaltes im praktischen Handeln gewähren müßte.

Man muß sich darüber klar werden, daß die Lehre von der Abhängigkeit des Denkens von der Klassenlage des Denkers alle diese vier Axiome zur Grundlage hat. Diese Abhängigkeit erscheint als eine Förderung der

Klasse im Klassenkampfe; daß ihr Denken nicht absolut richtig, sondern klassenbedingt ist, ist eben darauf zurückzuführen, daß das Interesse dem Denken den Weg vorzeichnet. Wir wollen hier nun gar nicht den Versuch machen, diese vier Axiome, die man gemeinlich ohne Beweis gelten läßt, weil man sie eben auch gar nicht beweisen kann, irgendwie in Zweifel zu ziehen. Unsere Kritik hat allein der Beantwortung der Frage zu gelten, ob die Klassentheorie zur Entlarvung der modernen Nationalökonomie als Klassenideologie der Bourgeoisie herangezogen werden kann, und sie muß versuchen, ihre Aufgabe immanent zu lösen.

Man mag nun immerhin auf dem Standpunkte des vierten der obendargelegten Axiome stehen, wonach es für eine Klasse vorteilhafter sei, einer den Sachverhalt entstellenden Lehre anzuhängen, als den Sachverhalt richtig zu erfassen und darnach zu handeln. Doch das kann zweifellos höchstens für die Zeit gelten, in der die anderen Klassen noch nicht über die ihrem Sein adäquate Lehre verfügen; denn später würde doch zweifellos die Klasse, die ihr Handeln nach der richtigen Lehre einrichtet, überlegen sein den Klassen, die eine falsche — wenn auch subjektiv ehrliche — Lehre zugrunde legen, und der Vorteil, den die klassenbedingte Lehre sonst gewährt, indem sie den Widerstand der feindlichen Klassen schwächt, würde jetzt, da diese ihr Denken schon von dem der anderen Klassen emanzipiert haben, nicht mehr gegeben sein.

Wenden wir das auf unser Problem an.

Marxisten und Wissenssoziologen sagen: Diese moderne Schule der subjektivistischen Nationalökonomie ist „bürgerliche“ Wissenschaft, ein letzter aussichtsloser Versuch, die kapitalistische Ordnung der Dinge zu retten. Wenn man diesen Vorwurf gegen die klassische Nationalökonomie und ihre unmittelbaren Nachfolger erhoben hat, so hatte das noch immerhin Sinn. Damals, als es noch die proletarische „Nationalökonomie“ nicht gegeben hat, konnte man meinen, daß das Bürgertum durch seine Wissenschaft das Proletariat am Erwachen zum Bewußtsein seiner Klassenlage hindern könne. Doch nun ist die „proletarische“ Wissenschaft geboren, das Proletariat ist klassenbewußt. Wenn das Bürgertum heute mit einem neuen apologetischen Versuch kommt, mit neuer bürgerlicher Wissenschaft, mit neuer „Ideologie“, dann ist es zu spät; am Klassenbewußtsein des Proletariats, der nicht mehr anders als klassenmäßig denken kann, müssen alle Versuche, damit Erfolg zu erzielen, abprallen. Heute könnte es den Interessen des Bürgertums nur schaden, wenn sein Denken eine neue Klassenideologie ausbrüten würde. Die gegnerischen Klassen könnte man nicht mehr unter die Herrschaft dieser Lehre bringen. Daß aber das Handeln des Bürgertums durch diese falsche Lehre bestimmt wird, müßte den Erfolg seiner Kampfhandlungen ge-

fährden. Wenn es das Klasseninteresse ist, das das Denken bestimmt, so müßte das Bürgertum heute zu einer Theorie gelangen, die, frei von jeder Trübung durch falsches Bewußtsein, ausspricht, was wirklich ist.

Dem marxistischen und wissenssoziologischen Kritiker könnte man also, wenn man sich auf seinen eigenen Standpunkt stellen wollte, sagen: Bis zum Auftreten von Karl Marx focht das Bürgertum mit einer „Ideologie“, dem System der Klassiker und der Vulgärökonomie. Als aber durch das Erscheinen des ersten Bandes des „Kapital“ (1867) dem Proletariat die seinem gesellschaftlichen Sein entsprechende Lehre gegeben worden war, hat das Bürgertum seine Taktik geändert. Eine „Ideologie“ konnte ihm nicht mehr länger dienlich sein, seit das Proletariat, zum Bewußtsein seines gesellschaftlichen Seins als Klasse erwacht, damit nicht mehr geködert und eingelullt werden konnte. Jetzt bedurfte das Bürgertum einer Lehre, die, frei von jeder ideologischer Trübung das wahre Sein der Dinge nüchtern erschauend, ihm die Möglichkeit bot, in dem großen Entscheidungskampf der Klassen stets das zweckmäßigste Mittel zu ergreifen. Schnell war die alte Ökonomie aufgegeben und seit 1870, zuerst durch Jevons, Menger, Walras, dann durch Böhm, Clark, Pareto die neue, die richtige Lehre ausgebildet, die die veränderte Klassenlage der Bourgeoisie nun forderte. Denn die Klassenlage der Bourgeoisie im Stadium ihres Kampfes gegen das zum Bewußtsein seiner Klassenlage bereits erwachte Proletariat bringt es mit sich, daß die dem Klassensein des Bürgertums adäquate Lehre, d. h. seinem Klasseninteresse am besten dienende Lehre nicht „Ideologie“, sondern Erkenntnis des absolut Richtigen ist.

Mit Marxismus und Wissenssoziologie läßt sich eben alles beweisen und nichts.

### III.

## Die Rolle des Ressentiments

In der Schrift *de officiis* hat Cicero einen Kodex gesellschaftlicher Respektabilität und Ehrbarkeit niedergelegt, der die Auffassungen über Vornehmheit und Anständigkeit, die Jahrtausende hindurch in der abendländischen Zivilisation geherrscht haben, getreu widerspiegelt. Cicero hat in seinem Werke nichts Neues gebracht oder bringen wollen; er hat ältere griechische Vorbilder benützt, und die Ansichten, die er vorträgt, entsprachen durchaus dem, was schon seit Jahrhunderten in der Welt des Griechentums und des Hellenismus und im republikanischen Rom gegolten hatte. Roms republikanische Verfassung wich dem Kaisertum, Roms Götter dem Christengotte; das römische Weltreich brach zu-



sammen, aus den Stürmen der Völkerwanderung entstand ein neues Europa, Papsttum und Kaisertum stürzten von ihrer Höhe, neue Mächte traten an ihre Stelle, doch die Geltung der sozialen Wertmaßstäbe Ciceros blieb unerschüttert. Voltaire nannte die Schrift *de officiis* das nützlichste Handbuch der Moral<sup>9</sup>, und Friedrich der Große hielt es für das beste Werk auf dem Gebiete der ethischen Philosophie, das jemals geschrieben worden ist oder geschrieben werden wird<sup>10</sup>.

In allem Wandel der gesellschaftlichen Schichtung blieb für den Moralphilosophen der Grundgedanken der Ciceronischen Lehre unerschüttert in Geltung: Gelderwerb befleckt. Das war die Auffassung der vornehmen Großgrundbesitzer und der fürstlichen Höflinge, Offiziere und Beamten, das war aber auch die Meinung der Literaten, sei es nun, daß sie als Almosenempfänger am Hofe eines Großen lebten oder als Inhaber kirchlicher Pfründen in gesicherter Stellung wirken durften. Die Säkularisierung der hohen Schulen und die Umwandlung der prekären Hofliteratenstellungen in aus öffentlichen Mitteln bestrittene Sinekuren hat das Mißtrauen des für sein Wirken als Lehrer, Forscher und Schriftsteller besoldeten Intellektuellen gegen den unabhängigen Forscher, der von dem meist nur dürftigen Ertrage seiner Schriften oder von irgendwelcher anderer Tätigkeit seinen Unterhalt bestreiten muß, nur noch verschärft. Durch ihre Stellung in die Hierarchie von Kirche, Staatsverwaltung und Heeresdienst eingegliedert, blickten sie wie alle durch Beteiligung aus Steuereingängen dem Erwerbsleben Entrückten mit Verachtung auf den Kaufmann, der dem Mammon dient. Diese Verachtung verwandelte sich in dumpfen Groll, als mit der Ausbreitung des Kapitalismus Unternehmer zu großem Reichtum und damit zu hohem Ansehen aufzusteigen begannen. Es wäre ein schwerer Irrtum, anzunehmen, daß das Ressentiment gegen Unternehmer und Kapitalisten, gegen Reichtum und ganz besonders gegen neuen Reichtum, gegen Gelderwerb und besonders gegen Handel und Spekulation, das heute unser ganzes öffentliches Leben, die Politik und das Schrifttum beherrscht, seinen Ursprung von den Gefühlen der breiten Volksschichten herleitet. Es stammt gerade aus den Kreisen und Anschauungen der im öffentlichen Dienste mit festem Sold und in staatlich anerkanntem Range stehenden Gebildeten. Es ist demgemäß in einem Volke um so stärker, je williger es sich von der Obrigkeit und ihren Organen führen läßt; es ist in Preußen-Deutschland und in Österreich stärker als in England und Frankreich, schwächer

<sup>9</sup> Vgl. Zieliński, Cicero im Wandel der Jahrhunderte. 4. Aufl. Leipzig 1929. S. 246.

<sup>10</sup> ebenda S. 248.

noch in den Vereinigten Staaten, am schwächsten in den britischen Dominionen.

Gerade der Umstand, daß viele dieser obrigkeitlich geeichten Gebildeten durch Beziehungen der Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft, der Schulkameradschaft und des geselligen Umgangs mit den Angehörigen der Schicht der Erwerbenden enge verbunden sind, verschärft noch die Neid- und Haßgefühle. Die Empfindung, daß sie den gering geschätzten Kaufleuten in vielem unterlegen sind, bringt in den Wirtschaftsfremden Minderwertigkeitskomplexe zur Entstehung, die das Ressentiment verstärken. Nicht der handelnde Mensch gestaltet die ethischen Wertmaßstäbe, sondern der *procul negotiis* lebende Schriftsteller. Eine Moral, deren Schöpfer in den Kreisen der Priester, Beamten, Professoren und Offiziere zu suchen ist, hat für Unternehmer, Kapitalisten und Spekulanten nur Abscheu und Verachtung übrig.

Und nun bringt man diesen von Haß und Neid erfüllten Gebildeten eine Lehre, die bewußt wertfrei die Markterscheinungen erklärt. Preis- und Zinssteigerungen und Lohnsenkungen, die man sonst auf die Habsucht und Herzlosigkeit der Reichen zurückführte, werden da ganz natürlich als Reaktion des Marktes auf Veränderungen von Angebot und Nachfrage zurückgeführt, und es wird gezeigt, daß eine arbeitsteilende, auf dem Sondereigentum beruhende Gesellschaftsordnung ohne diese Regelung durch den Markt gar nicht bestehen könnte. Was als moralisches Unrecht, ja als strafwürdiges Verbrechen verdammt wurde, wird hier gewissermaßen als Naturerscheinung angesehen. Kapitalisten, Unternehmer und Spekulanten erscheinen nicht mehr als Schmarotzer und Ausbeuter, sondern als Organe der gesellschaftlichen Organisation, deren Funktion schlechthin unentbehrlich ist. Das Herantragen pseudo-moralischer Maßstäbe an Vorgänge des Marktes verliert jede Berechtigung, die Begriffe Wucher, Preistreiberei, Ausbeutung werden ihres ethischen Sinns entkleidet und damit ganz sinnlos. Und schließlich führt die Wissenschaft mit harter und unwiderlegbarer Logik den Nachweis, daß die Ideale der Gegner des Erwerbens hohl sind, daß sozialistische Gesellschaftsordnung unverwirklichbar und daß interventionistische Gesellschaftsordnung sinn- und zweckwidrig, daß also die Marktwirtschaft die einzig mögliche Ordnung gesellschaftlicher Kooperation ist. Es ist nicht erstaunlich, daß diese Lehren in den Kreisen, deren Ethik in der Verurteilung des Erwerbstriebes gipfelte, auf heftigen Widerstand stoßen mußten.

Die Nationalökonomie hat den Glauben, der von der Überwindung des Sondereigentums und der Tausch- und Marktwirtschaft das Heil erwartete, zerstört. Sie hat gezeigt, daß die Allmacht der gesellschaftlichen Gewalten,

von der man Wunder erhoffte, ein Wahngewand ist, und daß es für den die gesellschaftliche Kooperation aufbauenden Menschen, für das ζῶον πολιτικόν, geradeso unüberschreitbare Grenzen gibt wie für den die organische und anorganische Natur in der Produktion lenkenden homo faber. Das mußten die Diener dieses Gewaltapparates, sowohl die im imperium als die im magisterium, auch als Herabsetzung ihrer persönlichen Geltung ansehen. Als Halbgötter, die Geschichte machen, oder zumindest als die Gehilfen dieser Halbgötter fühlten sie sich; nun sollten sie nichts als Vollstrecker einer unabänderlichen Notwendigkeit sein. Wie die deterministischen Lehren auch, ganz abgesehen von den kirchlich-dogmatischen Bedenken, auf inneren Widerstand des sich frei fühlenden Menschen stießen, so stießen diese Lehren auf den Widerstand der sich in ihrer politischen Macht frei fühlenden Regierer und ihres Anhangs.

Der Macht einer herrschenden Ideologie kann sich niemand entziehen. Auch Unternehmer und Kapitalisten stehen unter dem Einfluß der Moralanschauungen, die ihr Treiben verdammen. Mit schlechtem Gewissen treten sie zur Abwehr der wirtschaftspolitischen Forderungen an, die man aus den Grundsätzen der Beamtenmoral ableitet. Das Mißtrauen, das sie gegen alle Lehren erfüllt, die die Markterscheinungen ohne ethische Beurteilung betrachten, ist nicht geringer als das aller übrigen Schichten. Das Minderwertigkeitsgefühl, das in ihnen das Bewußtsein erweckt, daß ihr Tun unmoralisch ist, wird nicht allzuseiten durch Übertreibung der Grundsätze der antichrematistischen Ethik überkompensiert. Von dem Anteil, den Millionäre und Söhne und Töchter von Millionären an der Bildung und Führung der sozialistischen Arbeiterparteien genommen haben, ist schon oft gesprochen worden. Aber auch außerhalb der sozialistischen Parteien begegnen wir derselben Erscheinung. Wenn die geistige Oberschicht des deutschen Volkes die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung verwirft, so ist das nicht in letzter Linie der Erfolg des Lebens und Wirkens von zwei Unternehmern, Ernst Abbe und Walther Rathenau.

#### IV.

### Notwendigkeit und Freiheit

Die letzte Aussage, bis zu der die Erkenntnistheorie vorzudringen vermag, ohne den festen Grund der Wissenschaft zu verlieren und sich in vage Spekulationen metaphysischer Begriffsdichtung einzulassen, lautet: Die Veränderungen des unserer Erfahrung Gegebenen vollziehen sich in einer Weise, die uns im Gang der Dinge das Walten allgemeiner Regeln, die keine Ausnahme zulassen, erkennen läßt.

Unser Denken ist nicht imstande, eine Welt zu denken, in der die Dinge nicht „nach ewigen ehernen, großen Gesetzen“ ablaufen würden. So viel aber ist uns doch klar, daß in einer so beschaffenen Welt menschliches Denken und menschliches „rationales“ Handeln nicht möglich wären, daß es also in einer so beschaffenen Welt weder Menschen noch logisches Denken geben könnte.

Die Gesetzmäßigkeit des Weltablaufes muß uns mithin als die Grundlage unseres menschlichen Daseins, als die letzte Wurzel unseres Menschentums erscheinen. An sie zu denken, kann uns nicht mit Angst erfüllen, muß uns vielmehr beruhigen und uns ein Gefühl der Sicherheit verleihen. Denn weil im Weltenlauf nicht Willkür herrscht, sondern Gesetze, von denen wir etwas zu erkennen vermögen, ist es uns gegeben, zu handeln, das heißt, unser Verhalten so einzustellen, daß von uns gewünschte Zwecke erreicht werden können. Wäre es anders, dann wären wir durchaus Spielball eines uns nicht verstehbaren Treibens.

Erfassen können wir nur die Regel, die in der Veränderung des Gegebenen zum Ausdruck kommt; das Gegebene selbst bleibt uns immer unerklärbar. Unser Handeln muß das Gegebene hinnehmen, wie es ist. Doch auch die Kenntnis der Regeln macht das Handeln nicht frei. Es vermag nie mehr, als bestimmte eng umgrenzte Ziele zu erreichen. Über die unübersteigbaren Schranken, die ihm gezogen sind, kann es nie hinausgehen, und auch innerhalb des ihm eingeräumten Spielraums hat es immer mit dem Einbruch unbeherrschbarer Kräfte, mit dem Schicksal zu rechnen.

Hier tritt uns nun eine eigenartige psychologische Tatsache entgegen. Mit dem Unbekannten, das schicksalhaft über uns kommt, rechten wir weniger als mit dem Ergebnis des Wirkens der Regeln, die wir erfaßt haben. Denn das Unbekannte ist auch das Unerwartete; wir können sein Herannahen nicht sehen, wir erfassen es erst, bis es schon da ist. Was aus der bekannten Regel fließt, können wir voraussehen und erwarten. Ist es unseren Wünschen widrig, dann liegt in diesem Warten auf das Unheil, das kommt, ohne daß wir es wenden können, arge Qual. Daß das Gesetz unerbittlich ist und keine Ausnahmen macht, wird uns ein unerträglicher Gedanke. Daß die Regel wider alles Erwarten diesmal, dies eine Mal, doch ausweichen möge, auf das Wunder bauen wir unsere Hoffnung; der Glauben an das Wunder wird zum einzigen Trost. Mit ihm lehnen wir uns gegen die Härte des Naturgesetzes auf, bringen wir die Stimme unseres Denkens zum Schweigen; vom Wunder erwarten wir, daß es den voraussichtlichen, uns jedoch nicht genehmen Gang der Dinge wenden soll.

Von der ehernen Unerbittlichkeit und Strenge des Gesetzes, die unser Denken und Handeln in der „Natur“ längst schon zu erkennen genötigt wurden, glaubte man auf dem Gebiete menschlichen Verhaltens und demgemäß auch auf dem des gesellschaftlichen Lebens frei zu sein, bis seit dem 18. Jahrhundert die Ausbildung der Wissenschaft der Soziologie und insbesondere ihres bis heute am meisten ausgestalteten Teilstückes, der Nationalökonomie, auch hier das „Gesetz“ erkennen ließ. Wie man, ehe die Einsicht in die Gesetzmäßigkeit des Naturgeschehens aufgedämmert war, sich in Abhängigkeit von übermenschlichen Wesen, von Gottheiten, fühlte, die man zuerst als ganz willensfrei, d. h. in ihrem Tun und Lassen über jede Bindung erhaben, dachte, und dann zumindest als Souveräne, die Ausnahmen von der sonst geltenden Regel in einzelnen Fällen zu verfügen befähigt sind, so empfand der Mensch bis dahin im Gesellschaftlichen nichts als Abhängigkeit von Gewalten und Gewalthabern, deren gesellschaftliche Macht unbegrenzt erschien. Von ihnen, von den Großen und Erhabenen, konnte man alles erwarten; im Guten wie im Bösen gab es für sie keine irdischen Schranken, mochte man auch hoffen, daß das Gewissen im Hinblick auf die Vergeltung im Jenseits sie meist davon abhalten werde, ihre Macht zum Bösen zu mißbrauchen. Diese Denkungsart wurde von der individualistischen und nominalistischen Sozialphilosophie der Aufklärung in zweifacher Weise erschüttert. Sie deckte die ideologische<sup>11</sup> Grundlage aller gesellschaftlichen Macht auf, und sie zeigte, daß jede Macht durch eine im Gesellschaftlichen waltende Gesetzmäßigkeit in ihrer Auswirkung begrenzt sei.

Stärker noch als die Auflehnung gegen die Lehre von der Gesetzgebundenheit der Natur war das Aufbäumen gegen diese Lehren. Wie die Massen von der unerbittlichen Strenge des Naturgesetzes nichts wissen wollen und an die Stelle des Gottes der Theisten und Deisten, der an die Gesetze gebunden ist, wieder die freischaltende Gottheit treten lassen, von der Gnaden und Wunder zu erhoffen sind, so lassen sie sich den Glauben an die unbegrenzte Allmacht der gesellschaftlichen Gewalten nicht rauben. Wie in der Not selbst der Weise sich bei der Hoffnung auf das Wunder ertappt, so bringt ihn Unzufriedenheit mit seiner gesellschaftlichen Lage zur Hoffnung auf eine Reform, die, durch keine Schranken beengt, alles leisten könnte.

Das Wissen um die Unerbittlichkeit der Naturgesetze ist immerhin schon so lange in das Bewußtsein, zumindest in das der Gebildeten, gedrungen, daß man in den Lehren der Naturwissenschaft eine Anweisung

---

<sup>11</sup> Der Ausdruck „ideologisch“ ist hier natürlich nicht im marxistischen (wissenssoziologischen), sondern im wissenschaftlichen Sinne gebraucht.

erblickt, wie man Ziele erreichen kann, die sonst unerreichbar blieben. Dagegen sind auch die Gebildeten noch immer so erfüllt von der Vorstellung, daß im Gesellschaftlichen alles erreicht werden könnte, wenn man genug Macht und Willensstärke aufbringt, daß sie aus den Lehren der Gesellschaftswissenschaft nur die düstere Botschaft herauslesen, daß viel von dem, was sie wollen, nicht erreicht werden kann. Die Naturwissenschaft, meint man, zeige, was gemacht werden könnte und wie es gemacht werden könnte; die Gesellschaftslehre, meint man hingegen, zeige nur, was nicht gemacht werden könne und warum es nicht gemacht werden könne. Die auf der Naturwissenschaft beruhende Technik wird allenthalben gepriesen; die wirtschaftspolitischen Lehren des Liberalismus werden abgelehnt und die Nationalökonomie, auf der sie beruhen, als dismal science gebrandmarkt.

Kaum jemand wendet sein Interesse den Problemen des Gesellschaftslebens zu, ohne den Antrieb dazu von dem Willen, Reformen durchgeführt zu sehen, empfangen zu haben; vor der Beschäftigung mit der Wissenschaft steht der Entschluß, bestimmte Wege im Handeln zu gehen. Nur wenige haben die Kraft, die Erkenntnis, daß diese Wege ungangbar sind, hinzunehmen und daraus alle Folgerungen zu ziehen. Die meisten bringen leichter das Opfer des Intellekts als das Opfer ihrer Tagträume. Sie können es nicht ertragen, daß ihre Utopie an den unabänderlichen Bedingungen des menschlichen Daseins scheitern soll. Was sie ersehnen, ist eine andere Wirklichkeit als die in der Welt gegebene, ist „der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das der Freiheit“<sup>12</sup>. Sie wollen frei sein von einem Kosmos, dessen Einrichtung sie ihren Beifall versagen.

## Schluß

Die romantische Auflehnung gegen Logik und Erfahrungswissenschaft beschränkt sich nicht auf das Gebiet des Gesellschaftlichen und der Gesellschaftswissenschaft; sie ist Auflehnung gegen das Ganze unserer Kultur und Zivilisation. Abkehr vom Wissen und von der Technik, Rückkehr zum Glauben und zur Bukolik des Mittelalters fordern sowohl Spann als auch Sombart, und alle Deutsche, die nicht im Lager des Marxismus stehen, stimmen ihnen freudig zu. Die Marxisten aber sind eifrig dabei, ihren einst nüchternen „wissenschaftlichen“ Sozialismus in einen den Massen mehr zusagenden romantischen und sentimentalischen Sozialismus umzugestalten.

---

<sup>12</sup> Vgl. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 7. Aufl. Stuttgart 1910. S. 306.

Der Wissenschaft wird vorgeworfen, daß sie nur zum Verstande spreche, das Gemüt aber leer und unbefriedigt lasse. Sie sei hart und kalt, wo Wärme verlangt wird; sie gebe nur Lehren und Technik, wo Tröstung und Erhebung gesucht werden. Daß es nicht die Aufgabe der Wissenschaft sein kann, religiöse und metaphysische Bedürfnisse zu befriedigen, ist nicht zu bestreiten. Sie darf die Grenzen, die ihr gezogen sind, nicht überschreiten, sie hat sich auf die logische Verarbeitung der Erfahrung zu beschränken; sie baut damit die Grundlagen, auf denen die wissenschaftliche Technologie — und dazu gehört auch alle Politik als Kunstlehre des Gesellschaftlichen — ihr System errichtet. Um Glauben und Seelenfrieden hat sich die Wissenschaft in keiner Weise zu kümmern. Die Versuche, Metaphysik wissenschaftlich zu begründen oder durch monistische Feiern, die dem Gottesdienst nachgebildet werden, eine Art Religionsersatz zu schaffen, haben mit Wissenschaft nichts zu tun. An das Transzendente, an das, was jenseits der Erfahrung für uns unzugänglich ruhen mag, kommt die Wissenschaft in keiner Weise heran; sie kann sich zu Lehren, die allein das Transzendente betreffen, weder ablehnend noch zustimmend äußern.

Ein Konflikt zwischen Glauben und Wissen entsteht erst, wenn Religion und Metaphysik aus ihrer Sphäre heraustreten und der Wissenschaft den Kampf ansagen; sie greifen an, teils aus dem Bedürfnis, Glaubenssätze zu verteidigen, die mit dem Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht vereinbar sind, öfter noch, um sich gegen die Anwendung der Wissenschaft im Leben zu kehren, wenn diese dem von ihnen empfohlenen Verhalten nicht entspricht. Es ist unschwer zu verstehen, warum dabei die subjektivistische Nationalökonomie am stärksten befehdet wird.

Man darf sich nicht darüber täuschen, daß heute nicht nur die Massen, sondern auch die Gebildeten, die, die man die Intellektuellen nennt, in dieser Auseinandersetzung nicht auf der Seite der Wissenschaft zu finden sind. Manchen mag diese Haltung Herzensbedürfnis sein. Sehr viele aber rechtfertigen ihre Stellungnahme damit, daß es im Zug der Zeit liege, daß man sich dem sehnsüchtigen Wunsch der Massen nicht verschließen dürfe, daß der Intellekt sich demütig vor dem Instinkt und der Einfalt des frommen Gemüts beugen müsse. So dankt der Intellektuelle freiwillig ab, verzichtet voll Selbstverleugnung auf seine Führerrolle und wird zum Geführten. Diese Umkehr — nicht etwa der Wissenschaft, sondern derer, die sich als die Träger der Geisteskultur ansehen — war weitaus das wichtigste geschichtliche Ereignis der letzten Jahrzehnte. Ihr Ergebnis ist eine Politik, deren Früchte wir mit Entsetzen reifen sehen.

Wissenschaftliches Denken hat zu allen Zeiten vereinsamt. Doch nie war es um eine Wissenschaft herum einsamer als um die moderne Nationalökonomie. Das Schicksal der Menschheit — Fortschreiten auf dem Wege, den die Gesittung des Abendlandes seit Jahrtausenden geht, oder jäher Absturz in ein wüstes Chaos, aus dem es keinen Ausweg gibt, aus dem kein neues Leben je erstehen wird — hängt davon ab, ob es dabei bleiben wird.